
SANTINIKETAN
VISWA BHARATI
LIBRARY
940.4
B45

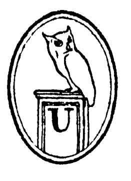
GRAF JOHANN HEINRICH
BERNSTORFF

Deutschland und Amerika

GRAF JOHANN-HEINRICH
BERNSTORFF

Deutschland und Amerika

Erinnerungen aus dem
fünfjährigen Kriege



1920
Verlag von Ullstein & Co / Berlin

Inhalt

Sechstes Kapitel

Der „Lusitania"-Zwischenfall

Siebentes Kapitel

Der „Arabic"-Zwischenfall

Achtes Kapitel

Die zweite „Lusitania“-Krisis

210 - 237

Neuntes Kapitel

Der „Sussex“-Zwischenfall

238—266

Zehntes Kapitel

Die amerikanische Friedensvermittlung

267—352

Elftes Kapitel

Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen

Zwölftes Kapitel

Die Heimkehr

VORWORT

DAS vorliegende Buch verdankt seine Entstehung keinem spontanen Drange nach schriftstellerischer Betätigung. Erst nachdem die von anderer Seite erfolgten Veröffentlichungen sowie die Untersuchungen des amerikanischen Senatskomitees und des Ausschusses der deutschen Nationalversammlung eine unklare Mischung von Wahrem und Falschem über die Vorgänge in Amerika an das Tageslicht gefördert hatten, fühlte ich mich verpflichtet, die Ereignisse zu schildern, die zum Eintritte der Vereinigten Staaten in den Krieg führten.

Das deutsche Volk hat in dem fünfjährigen Kriege einen unvergleichlichen Heldenmut sowie eine unübertreffliche Ausdauer im Kampfe und im Leiden bewiesen. Der fürchterliche Zusammenbruch, der uns Deutschen den Lebensmut zu nehmen droht, erfolgte schließlich, weil die Übermacht unserer Feinde durch Hinzutritt der Amerikaner allzu groß geworden war. Das deutsche Volk hat ein Recht, die volle Wahrheit über die Vorgänge zu erfahren, welche die Entscheidung des Krieges herbeiführten.

In den Dienst der Wahrheit ist das vorliegende Buch gestellt. Es verfolgt keinen anderen Zweck. Alles Persönliche ist nach Möglichkeit ausgeschaltet worden.

An dieser Stelle bitte ich, meinen aufrichtigsten Dank denjenigen Herren aussprechen zu dürfen, welche mir bei der Abfassung des Buches ihre wertvolle Unterstützung gewährten. Herr Professor Fritz Kern sowie Herr Dr. Alexander Fuehr haben wesentlichen Anteil an der Fertigstellung der Schilderung gehabt, und Herr Unterstaatssekretär Heinrich Albert lieferte mir unentbehrliches Material.

Eine Darstellung meiner Tätigkeit in Konstantinopel und bei der Vorbereitung der Friedensverhandlungen gedenke ich in einem zweiten Bande folgen zu lassen.

Starnberg, im Dezember 1919

J. Bernstorff

EINLEITUNG

MEINE POLITISCHEN GRUNDANSCHAUUNGEN VOR UND IN DEM KRIEGE

DIE ersten politischen Eindrücke empfing ich im Elternhause, in der deutschen Botschaft in London, wo die Atmosphäre eine ausschließlich politische war. Mein Vater gehörte nicht zu der vielfach vorhandenen Klasse von Diplomaten, welche die Politik als Nebenbeschäftigung betreiben. Sein Leben war dem nationalen deutschen Gedanken geweiht, und ich bin von Kindheit an mit gleicher Ausschließlichkeit von demselben Ideale erfüllt gewesen.

Meine Eltern standen dem Kaiser und der Kaiserin Friedrich sehr nahe, seitdem diese deutsch-englische Ehe unter Mitwirkung meines Vaters geschlossen worden war. Das prinzliche Paar wohnte oft auf der Botschaft in London. Aus dem Kreise Kaiser Friedrichs empfing ich die politischen Anregungen, die sich bei mir in einer langen diplomatischen Laufbahn immer mehr zu einer festen politischen Weltanschauung verdichteten. Ich sah das Heil für Deutschland in einer liberalen Entwicklung zum Unitarismus und Parlamentarismus, sowie in einer konsequenten freundschaftlichen Annäherung an England und die Vereinigten Staaten. Damit bekenne ich mich, um ein modernes Schlagwort zu gebrauchen, zur westlichen Orientierung. Heute, wo wir trauernd am Grabe unserer nationalen Hoffnungen stehen, bin ich mehr denn je überzeugt, daß eine stetige Politik in der erwähnten Richtung uns vor der Katastrophe bewahrt hätte.

Anderseits will ich nicht bestreiten, daß auch die östliche Orientierung ein durchführbares politisches Prinzip

dargestellt haben würde, wenn wir uns rechtzeitig für diese entschieden hätten. Indessen bin ich der Ansicht, daß schon Bismarck uns auf die westliche Orientierung eingestellt hat, als er im Jahre 1879 für Österreich-Ungarn und nicht für Rußland optierte. Trotz allem, was der vergrämte Einsiedler von Friedrichsruhe gegen die westlich orientierte Politik Caprivis geschrieben hat, ist er doch der Begründer des Dreibunds gewesen, der ohne englisches Wohlwollen nicht lebensfähig war. Eine östliche Orientierung unserer Politik würde schließlich zur Preisgabe und Teilung Österreich-Ungarns geführt haben und hätte uns keine Orientpolitik im Sinne Marschalls gestattet. Allerdings habe ich immer bedauert, daß wir nach Konstantinopel einen so bedeutenden Mann sandten, der dort zum genialen Vertreter einer falschen Politik wurde. Ein orientalisches Sprichwort sagt: „Man soll seine Last nicht auf ein totes Kamel legen."

Wenn wir uns, wie ich damals immer hoffte, auf die westliche Orientierung festgelegt hätten, mußten wir allerdings bereit sein, unter Umständen einen Krieg gegen Rußland mit England zu wagen. Die Erfahrungen des fünfjährigen Krieges haben gelehrt, daß wir einen solchen Krieg leicht gewonnen haben würden. Ich wünschte keinen Krieg mit Rußland und war nie ein Feind Rußlands, aber ich glaubte, daß wir in unserer Weltlage optieren müßten und einen Krieg vielleicht nicht würden vermeiden können, ähnlich wie dies Caprivi empfunden hat. Selbst wenn England in einem Kriege des Dreibunds mit Rußland und Frankreich nur eine wohlwollende Neutralität bewahrt hätte, so wäre das für uns bei weitem günstiger gewesen als die Lage, die sich für uns aus der Einkreisungspolitik ergab.

Bei einer westlichen Orientierung mußten wir ferner damit rechnen, daß England unserer sozusagen explosiven wirtschaftlichen Entwicklung auch als Freund einen Dämpfer aufsetzte. Das hätte ich aber nicht für einen entscheidenden Nachteil gehalten. Tatsächlich sind wir zu schnell gewachsen.

Wir hätten als „Juniorpartner“ des britischen Weltreichs langsamer erstarken müssen. Die Politik Frankreichs und Japans seit Beginn unseres Jahrhunderts kann als Beispiel für die Politik gelten, an die ich dachte. Wir hätten dann allerdings den Kessel unserer industriellen Entwicklung nicht so überheizt, wir hätten England nicht so rasch überflügelt, wie wir es bei einer ganz freien Entwicklung sonst zweifellos gekonnt hätten, aber wir vermieden auch die tödliche Gefahr, in die wir uns infolge der allgemeinen Feindschaft gegen uns verwickelt haben.

Ich kann heute ex post nicht beweisen, daß für uns die Möglichkeit eines Bündnisses mit England vorlag. Fürst Bülow bestreitet, daß dies der Fall gewesen sei. Vielleicht bot während seiner Amtsführung eine solche Möglichkeit auch nicht mehr genügend sichere Aussichten, um deswegen uns die Feindschaft Rußlands aufzuladen. Ich halte es aber für sicher, daß ein englisches Bündnis für uns zu haben gewesen wäre, wenn wir die Caprivische Politik konsequent fortgeführt hätten und das Krügertelegramm niemals abgesandt worden wäre. Leider haben wir in Deutschland — Bismarck nicht ausgenommen — immer Staatsmänner am Ruder gehabt, die das Schwergewicht ihrer eigenen Anschauungen und Kenntnisse auf dem Kontinent liegen hatten und sich gerade im englischen Denken nicht zu Hause fühlten. Ich bin überzeugt davon, daß die englische Handelseifersucht, mit der wir selbstverständlich rechnen mußten, ein gutes Verhältnis mit England nicht ausgeschlossen hätte, vorausgesetzt, daß wir bereit waren, die Front gegen Rußland zu nehmen.

Die Politik der freien Hand, die wir bis zum Kriege getrieben haben, griff nach dem Höchsten. Fürst Bülow, der Vater dieser Politik, hätte es vermutlich verstanden, uns ohne Krieg durch die „Gefahrenzone“ hindurchzusteuern. Wir würden dann in wenigen weiteren Jahren so stark geworden sein und die „Gefahrenzone“ so weit hinter uns

gebracht haben, daß wir nach menschlichem Ermessen keinen Krieg mehr zu befürchten brauchten. Der deutsche Flottenbau hat zweifellos seit der Jahrhundertwende unser Verhältnis zu England ausschlaggebend verschlechtert und die Gefahr unserer weltpolitischen Lage entscheidend vermehrt. Der Bülow-Tirpitzsche Gedanke der „Risikoflotte" war aber vielleicht unter der Voraussetzung durchführbar, daß unsere Diplomatie auch genügend geschickt war, den Krieg zu verhindern, solange der Risikogedanke in England noch nicht durch sich selbst friedenerhaltend wirkte.

Die deutsche auswärtige Politik war von Bismarck genial geführt worden, aber sie war, der Zeit entsprechend, eine fast ausschließlich kontinental-europäische gewesen. Gleichzeitig mit Bismarcks Rücktritt setzte die deutsche Weltpolitik ein. Sie war keine freie Blüte staatsmännischer Schöpferkraft, sondern eine bittere Notwendigkeit, geboren aus dem Zwange, dem schnell wachsenden deutschen Volk ausreichende Nahrung zu sichern. Nicht die Weltpolitik als solche hat uns zugrundegerichtet, sondern die Art, wie wir dabei zu Werke gingen. Der Dreibund mit der genialen Kombination des Rückversicherungsvertrages bildete kein genügend starkes Sprungbrett, um in die Weltpolitik hineinzuspringen. Der Rückversicherungsvertrag konnte nichts anderes sein wie ein Notbehelf, der die unvermeidliche zweite Option zwischen Rußland und Österreich-Ungarn hinausschieben sollte. Wir mußten im Laufe der Zeit entweder ganz für Rußland optieren in dem Sinne, wie ich es oben skizziert habe, oder wir mußten eine Verständigung mit England suchen, deren Bedingungen wir allerdings nicht hätten frei wählen können. Leider war es aber ein Axiom der nachbismarckschen deutschen Politik, daß der Gegensatz zwischen Rußland und England unüberbrückbar wäre, und der Dreibund das Zünglein der Wage zwischen diesen beiden feindlichen Mächten bilden müßte. Diese These wurde von Herrn von Holstein, dem damals im Auswärtigen Amt maßgebenden

Herrn, ständig mündlich und schriftlich verfochten. Er übersah dabei die schwache Stelle des Dreibundes, welche in dem österreichisch-italienischen Gegensatze und der Abhängigkeit Italiens von der größten Mittelmeermacht England lag. Er übersah ferner die großzügige Möglichkeit, welche die englische Staatskunst besaß, um sich mit Rußland auszugleichen. Er bemerkte nicht, wie die französische Feindseligkeit gegen uns gewissermaßen als Makler dieser unser Leben bedrohenden Weltkoalition dienen mußte.

In der letzten Ententenote des fünfjährigen Krieges heißt es:

„Die der Preußentradition treuen Machthaber Deutschlands waren viele Jahre eifrig bemüht, die Vorherrschaft in Europa an sich zu reißen. Sie wollten stark genug sein, um ein ihnen untertanes Europa so tyrannisch zu beherrschen, wie sie das ihnen untertane Deutschland beherrschten."

Wir Deutschen wissen, daß diese Anklage eine Lüge ist, aber leider muß der unbefangene Deutsche zugeben, daß diese Lüge im Auslande schon seit Jahren ehrlich geglaubt wurde. Wir unserseits hegten ähnliche Auffassungen von unseren Feinden und taten nicht genug, um deren Vorurteile zu zerstreuen. Im Gegenteil: wir verstärkten sie fortwährend durch überschwengliche Reden, welche unsere Welt- und Flottenpolitik begleiteten, und durch unseren Widerstand gegen Pazifismus, Abrüstung, Schiedsgerichte und so weiter. Wie sehr unsere Haltung auf den Haager Konferenzen uns in der ganzen Welt geschadet hat, ist jetzt niemandem mehr ein Geheimnis. Heinrich Friedjung bemerkt richtig: „Die deutsche Diplomatie lieferte sich auf den Haager Konferenzen dem Chor der Rache der Pazifisten als Sünderin aus." Während meiner Amtszeit in Washington bin ich mit der dortigen Regierung dreimal über einen Schiedsgerichtsvertrag einig geworden. Alle drei Verträge wurden in Berlin verworfen, und ich mußte drüben in Amerika immer die vorwurfsvolle

Frage hören, woher es denn käme, daß die Union mit allen Staaten der Welt Schiedsverträge abgeschlossen hätte, nur nicht mit Deutschland.

Die obenerwähnte Ententenote sagte ferner:

„Als ihre Kriegsvorbereitung zu Ende war, ermutigten die deutschen Machthaber einen ihrem Willen verknechteten Bundesgenossen, dem Serbenreich binnen 48 Stunden den Krieg zu erklären. Sie wußten genau, daß dieser Krieg, der die Balkanherrschaft einbringen sollte, nicht örtlich zu begrenzen war, sondern den Weltkrieg entfesseln mußte. Um ihn unvermeidlich zu machen, bogen sie jedem Ausgleichsversuch, jeder Beratung aus, bis es zu spät war. Der Weltkrieg kam: und unter allen Nationen war nur Deutschland, das nach ihm getrachtet hatte, zur Führung solches Krieges vollkommen gerüstet und bereit."

Die Leiter der Entente möchten diese Verdrehung der Geschichte zu einem Dogma erheben, damit ihre Völker ihnen keine Vorwürfe machen können. Die geschichtliche Wahrheit liegt jedoch schon jetzt ziemlich klar für jeden, der sie ehrlich und unbefangen sucht. Die deutsche Regierung glaubte, daß die serbische Propaganda Österreich-Ungarn vernichten würde und hoffte anderseits, daß ihr letzter treuer Bundesgenosse durch eine Züchtigung Serbiens eine politische Renaissance erleben würde. Deshalb ließ sie dem Grafen Berchtold freie Hand in dem Glauben, den Bülowschen Erfolg anläßlich der bosnischen Krisis wiederholen zu können. Die Lage war aber inzwischen eine andere geworden. Rußland und Frankreich wollten im Vertrauen auf Englands Hilfe den Krieg riskieren. Als die deutsche Regierung das merkte, versuchte sie, wie ein Kraftfahrer vor dem Zusammenstoße mit einem fremden Automobil, zu bremsen und rückwärts zu fahren. Es war aber zu spät. Der Fehler unserer Regierung lag darin, daß sie Österreich-Ungarn gestattete, ein so gewagtes Experiment in einer Zeit der Hochspannung zu unternehmen.

Es ist auch nicht wahr, daß wir zum Kriege vollkommen gerüstet und vorbereitet gewesen sind. Weder hatten wir genügende Vorräte an Munition, Lebensmitteln und Rohstoffen, noch einen Feldzugsplan, der für einen Krieg gegen England geeignet war. Trotz alledem hätten wir in dem Kampfe nicht zu unterliegen brauchen, wenn wir unserer defensiven Politik treu geblieben wären. Das deutsche Volk bewies einen Heldenmut ohnegleichen und glaubte ehrlich, daß es einen Verteidigungskrieg führte. Wenn unsere Politik konsequent dementsprechend geführt worden wäre, hätten wir unsere Weltstellung gerettet. Wir hätten immer an die Analogie des Siebenjährigen Krieges denken müssen, um bei jeder Gelegenheit bereit zu sein, das aussichtslose Geschäft mit möglichst geringem Verluste zu liquidieren.

Seit der ersten Schlacht an der Marne stellte Präsident Wilson konsequent die These auf, daß eine Entscheidung durch die Waffen nicht mehr herbeigeführt werden könne. Diese Ansicht, die auch die meinige war, bot trotz allem, was uns sonst trennte, die Grundlage für ein gewisses Maß von Zusammenarbeit.

Über Herrn Wilsons Persönlichkeit bestanden und bestehen noch heute Zweifel. Er ist der glänzendste rednerische Exponent der amerikanischen Weltanschauung. Er widmet aber der Ausführung seines jeweiligen Programms nicht dieselbe Energie und Folgerichtigkeit wie der Formulierung des Programms selbst. Unzweifelhaft steht der Präsident, dank seiner Herkunft und seinem Bildungsgange, stark unter englischen kulturellen Einflüssen. Trotzdem bot sein Ehrgeiz, Friedensstifter und „Arbiter mundi“ zu sein, eine gute Handhabe, um ihn für uns zu gewinnen, falls wir keinen entscheidenden Sieg aus eigener Kraft gewinnen konnten. In diesem Falle war Wilson als demokratischer Lenker der stärksten neutralen Macht die geeignetste Persönlichkeit, um einen Verständigungsfrieden einzuleiten und herbeizuführen.

Seit dem Aufkommen des U-Bootkriegs gab es für uns

zwei Wege, zwischen denen gewählt werden mußte. Wenn der U-Bootkrieg begründete Aussicht auf Erringung des Sieges bot, mußte er mit tunlichster Beschleunigung und aller Kraft durchgeführt werden. Versprach der U-Bootkrieg aber, wie ich persönlich glaubte, nicht den Sieg, so war er in seiner zu Friktionen führenden Form unbedingt aufzugeben, da er uns durch die Erzeugung amerikanischer Feindseligkeit mehr Schaden als Nutzen brachte.

Ich als deutscher Botschafter bei dem größten neutralen Staate, die amerikanische Macht unmittelbar vor Augen, mußte meine Aufgabe darin sehen, die diplomatischen Beziehungen mit den Vereinigten Staaten aufrechtzuerhalten. Ich war überzeugt, daß wir den Krieg verlieren müßten, wenn Amerika gegen uns einträte. So wurde es mehr und mehr für mich zur obersten Maxime, dies zu verhindern. Dementsprechend habe ich auf die Zentralregierung eingewirkt, welche die Summe aus allen Informationen von verschiedenen Seiten zu ziehen hatte. Allerdings konnte ich mich bei meiner isolierten Lage in Washington nicht nur auf informatorische Tätigkeit beschränken, sondern mußte einige Male auch eigenmächtig handeln, um eine vorzeitige Zuspitzung der diplomatischen Situation bis zur völligen Hoffnungslosigkeit zu verhindern.

Die von mir vertretene Politik versprach nicht nur den negativen Erfolg, Amerika aus dem Kriege fernzuhalten, sondern bot auch die einzige Aussicht, mit neutraler Hilfe einen Verständigungsfrieden herbeizuführen. Meine Annahme, daß es durch Herrn Wilson zu einem solchen Frieden hätte kommen können, ist eine heute nicht mehr zu beweisende Hypothese. Sie klingt vielleicht unwahrscheinlich infolge des Verhaltens des Präsidenten in Versailles. Ich glaube aber, daß Herr Wilson vor dem 31. Januar 1917 eine grundsätzlich andere Stellung uns gegenüber eingenommen hat. Ich gründe meine Annahme, daß der Präsident uns damals zu einem Verständigungsfrieden hätte verhelfen können, auf folgende Beobachtungen:

1. Eine Friedensvermittlung war der einzige Weg, durch welchen die Vereinigten Staaten es verhüten konnten, selbst in den Krieg verwickelt zu werden, und dies wollte damals die amerikanische öffentliche Meinung vermeiden.

2. Herr Wilson konnte zwar, selbst wenn er gewollt hätte, England nie den Krieg erklären, er konnte auch nicht durch Anwendung von Machtmitteln die Munitionslieferungen an die Alliierten hemmen oder England zur Beachtung des Völkerrechts zwingen, er konnte aber England zwingen, einen Verständigungsfrieden mit uns zu schließen, weil er sich dabei auf die öffentliche Meinung Amerikas stützte, und weil eine solche Politik den realpolitischen Interessen der Vereinigten Staaten entsprach.

Ich habe konsequente Friedenspolitik getrieben und halte diese auch heute noch für die einzig richtige. Denkbar war, wie oben gesagt, aber auch eine konsequent durchgeführte U-Bootpolitik. Das Schlimmste, was wir tun konnten, war, einen Zickzackkurs zu steuern, bei dem Amerika dauernd angeärgert und Herr Wilson durch unsere halben Nachgiebigkeiten immer mehr zu einer unnachgiebigen Prestigepolitik getrieben wurde. Diesen Zickzackkurs steuerten wir aber leider und zerstörten damit die Aussichten der von mir vorgeschlagenen Politik, ebenso wie auf der anderen Seite, nach Ansicht der Marinekreise, die Wirkung des U-Bootkriegs dadurch lahmgelegt wurde.

Meine Politik möchte ich als die einer „Friedensresolution im stillen“ bezeichnen. Es war falsch, unseren Friedenswillen öffentlich zu bekunden. Nach außen hin mußten wir stark erscheinen und unsere tatsächlich noch vorhandene Widerstandskraft durch Betonung unserer Stärke gegen innen und außen noch weiterhin vermehren. Innerlich dagegen mußten wir, meiner Auffassung nach, seit der ersten Marneschlacht den Sieg verloren geben und infolgedessen auf einen Friedensschluß hinzielen, dessen relativ ungünstige Gestalt die öffentliche Meinung Deutschlands vielleicht vorübergehend

verblüfft und zu Empörung gereizt hätte. Rücksichten auf unsere öffentliche Meinung durften aber nicht in dem Maße vorwaltend sein, wie es der Fall war. Die politische Reichsleitung hätte die militärischen Führer, die von ihrem Standpunkte aus begreiflicherweise stärkere „Sicherungen" verlangten, als nach der Gesamtlage zu erreichen waren, ebenso in ihren Schranken halten müssen, wie das Bismarck verstanden hat. Es ist anzunehmen, daß die militärische Leitung in ihrem Bereiche ebenso Tüchtiges geleistet hätte, wenn sie von einer zu weitgehenden Einflußnahme auf die Friedensschlußpolitik ferngehalten worden wäre.

Als Politiker sehe ich den letzten Grund unseres Unglücks in der Zwiespältigkeit unserer Politik vor dem Kriege wie während desselben. Eine nach Bismarcks Rücktritt rechtzeitig vorgenommene entschlossene und klare Entscheidung entweder für die von mir gewünschte westliche oder für die östliche Orientierung hätte die Zuspitzung der Weltlage zu unseren Ungunsten vermutlich verhindert. Im Kriege würde aber meines Erachtens eine völlige Preisgabe des U-Bootkriegs unter tunlichster Annäherung an Amerika uns einen guten Kriegsausgang verschafft haben. Indessen hätte vielleicht auch die, von mir selbst nicht gewünschte, entschlossene Durchführung des U-Bootkriegs ohne alle Zauderbewegungen uns nicht einen so völligen militärischen, wirtschaftlichen, politischen und moralischen Zusammenbruch gebracht, wie wir ihn zu unserem Schmerze erleben mußten. Der von uns gesteuerte unklare Zickzackkurs war meiner Auffassung nach daran schuld, daß von allen möglichen Ausgängen der Epoche deutscher Weltpolitik der für uns unglücklichste eingetreten ist. Das wilhelminische Zeitalter ging an dem Unstern zugrunde, daß nicht rechtzeitig bestimmte Ziele aufgestellt und verfolgt worden sind, daß sich vielmehr vor dem Kriege wie während des Krieges zwei Systeme in der Regierung rieben und sich gegenseitig zerrieben.

ERSTES KAPITEL

DEUTSCHLAND UND DIE VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA VOR DEM KRIEGE

WER längere Zeit in den Vereinigten Staaten gelebt hat, wird mit Goethe überzeugt sein, daß „Amerika es besser hat als unser Kontinent". Eine fast vollendete Autarchie läßt dort keine schweren Wirtschaftssorgen aufkommen. Nirgends anderwärts traf ich auf meinen diplomatischen Fahrten ein so glückliches und freudig in die Zukunft blickendes Volk. Eine intensive Wirtschaft ist in dem verhältnismäßig dünn bevölkerten Lande nur in vereinzelten Gegenden notwendig geworden, und für die reichen Überschüsse der Rohstoffproduktion finden sich immer Abnehmer, während die Industrie bisher noch nicht unbedingt auf den Export angewiesen war. Diese glücklichen Zustände bringen es mit sich, daß der Amerikaner für die Vorgänge in anderen Ländern nur wenig Interesse übrig hat. Wenn sich die Politik der Vereinigten Staaten vor dem fünfjährigen Kriege mit der Politik Europas kreuzte, handelte es sich fast ausnahmslos um amerikanische Fragen. Wir brauchen nur an den Spanisch-Amerikanischen Krieg und die verschiedenen Venezuela-Zwischenfälle zu denken, während es der deutschen Regierung nur mit Mühe gelang, die Administration des Präsidenten Roosevelt zu bewegen, an der Konferenz von Algeciras teilzunehmen, wo uns dann die Anwesenheit eines Vertreters der Vereinigten Staaten keine Entlastung brachte.

Die Washingtoner auswärtige Politik war bis zu dem fünfjährigen Kriege eine fast rein panamerikanische, bei welcher

die Monroedoktrin das A und O bildete. Die Panama-Kanalpolitik blieb das Lieblingskind Theodor Roosevelts, wenn dieser versatile Präsident auch anderwärts sich zu betätigen liebte und den Russisch-Japanischen Krieg durch Vermittlung des Friedens von Portsmouth beendigte. In diesem Falle spielte die innere Politik, welche in Amerika in auswärtigen Fragen meistens den Ausschlag gibt, eine Hauptrolle. Herr Roosevelt wollte das in den Vereinigten Staaten sehr mächtige pazifistische Element für sich gewinnen, was ihm auch gelang, während die Imperialisten — namentlich später — diese Friedensvermittlung tadelten, weil sie eine größere Schwächung der beiden kriegführenden Mächte verhindert habe. Auch Roosevelts Staatssekretär John Hay betätigte sich im fernen Osten und galt in Amerika als der geistige Urheber der Politik der „offenen Tür". Auf diesem Gebiet arbeitete die deutsche Regierung öfters Hand in Hand mit der amerikanischen, und hierauf war es auch zurückzuführen, daß das Berliner Auswärtige Amt die Vereinigten Staaten gern in Algeciras vertreten sehen wollte. Die deutsche Regierung glaubte, daß die Amerikaner sich auch in Marokko für die „offene Tür" einsetzen würden. Diese Annahme erwies sich als falsch, weil das politische und wirtschaftliche Interesse der Vereinigten Staaten für die Länder jenseits des Atlantischen Ozeans nicht genügend groß war. Die Algeciras-Konferenz ließ den Verlauf der Friedensverhandlungen von Versailles vorausahnen. Ebensowenig Berechtigung lag in der vielfach bei uns verbreiteten Auffassung, daß die Amerikaner durch eine energische ostasiatische Politik in einen ernsten Konflikt mit Japan geraten würden.

Einen gewissen Gegensatz zu der im übrigen panamerikanischen Außenpolitik der Vereinigten Staaten bildete die Philippinen-Frage, welche indessen aus dem Spanisch-Amerikanischen Kriege über die Kuba-Angelegenheit entstanden ist. Viele Amerikaner — vermutlich die Mehrzahl — wünschen die Philippinen wieder aufzugeben, sobald die Einwohner

dieser Inseln sich selbst regieren können. In ihrem Ursprunge brachte die Philippinen-Frage uns eine Differenz mit den Vereinigten Staaten, welche jahrelang im Gedächtnisse der Amerikaner haftenblieb. Heinrich Friedjung sagt über diesen Zwischenfall: „Überflüssigerweise verfiel die deutsche Regierung auf den Gedanken, ihr ostasiatisches Geschwader unter Admiral Diederichs gerade in dem Zeitpunkte vor Manila erscheinen zu lassen, in welchem 1898 die Entscheidung über die Philippinen fiel. Das geschah bloß aus unpraktischem Kraftgefühle ohne jede verletzende Absicht." Diese Kritik ist zum Teil berechtigt. Doch lag die Sache insofern anders, als der amerikanische Gesandte Andrew White in Berlin hatte durchblicken lassen, daß die Vereinigten Staaten die Philippinen nicht zu behalten gedächten und nichts dagegen einzuwenden hätten, wenn Deutschland die Inseln erwerben wollte. Andrew White hatte, aus seiner deutschfreundlichen Gesinnung heraus, eigenmächtig seine Instruktionen überschritten und wurde von seiner Regierung getadelt. Immerhin lag ein Mißverständnis vor, auf Grund dessen das Berliner Auswärtige Amt im guten Glauben gehandelt hatte. In der öffentlichen Meinung der Union blieb aber der Stachel haften, daß Deutschland gegen die Vereinigten Staaten habe Zeugnis ablegen wollen. Die uns schon damals feindliche englische Presse blies kräftig in das glimmende Feuer amerikanischer Mißstimmung.

Ein ähnliches Ergebnis hatte der Venezuela-Konflikt vom Jahre 1902, bei welchem es sich um Reklamationen gegen die venezolanische Regierung handelte. Deutschland und England stellten damals gemeinsam ein Ultimatum und verhängten, nachdem dieses unbeachtet blieb, die Blockade über einige venezolanische Häfen. Zu diesem Zeitpunkte wurde ich als Botschaftsrat nach London versetzt, wo ich einen großen Teil der Verhandlungen über die Venezuela-Frage mit dem Foreign Office zu führen hatte. Der von uns in Bewegung gesetzte Apparat war im Verhältnis zu den deutschen

Forderungen viel zu groß. Die erste Anregung zu der gemeinsamen Aktion ging zwar von englischer Seite aus, es wäre aber unsererseits klüger gewesen, diese Anregung zu überhören. Mit unbedingter Sicherheit war vorauszusehen, daß die amerikanische Regierung gegen ein derartiges Vorgehen europäischer Mächte in Südamerika Einspruch erheben und daß England, seiner Gewohnheit entsprechend, vor den Vereinigten Staaten zurückweichen würde, sobald deren Mißfallen deutlich erkennbar war. Als die amerikanische öffentliche Meinung mit Heftigkeit protestierte und dabei als feststehend annahm, daß Deutschland in Venezuela Fuß fassen wolle, fiel uns die englische Presse in den Rücken mit der Behauptung, die Aktion sei von Deutschland eingeleitet, um England und die Vereinigten Staaten miteinander zu verfeinden. Die Angelegenheit wurde schließlich auf Herrn Roosevelts Wunsch durch amerikanische Vermittlung geregelt, ließ aber trotzdem in den Vereinigten Staaten die weit verbreitete Auffassung zurück, daß Deutschland die Monroedoktrin antasten werde, sobald es die Macht dazu habe.

Präsident Taft, der im Jahre 1909 an Theodor Roosevelts Stelle trat, und sein Staatssekretär Philander Knox hatten das Bestreben, die von John Hay inaugurierte Politik der „offenen Tür" weiter auszubauen. Beide Herren hegten lebhaftes Interesse für Ostasien. Der erstere war Gouverneur der Philippinen gewesen, der letztere stand der Pittsburger Eisenindustrie nahe und kannte deren Bedürfnis nach Ausdehnung ihres Wirkungskreises. Herr Knox machte den Vorschlag, die Eisenbahnen in der Mandschurei zu internationalisieren. Als aber diese amerikanische Anregung ausschließlich bei uns Anklang fand und, außer sonstiger allgemeiner Ablehnung, auch noch zur Folge hatte, daß sich Japan und Rußland wieder näherten, gab Herr Knox seine aktive ostasiatische Politik auf und beschränkte sich darauf, die amerikanischen Großbanken anzuspornen, sich an dem Bahnbau und an der sonstigen wirtschaftlichen Entwicklung Chinas

zu beteiligen. Diese Politik wurde von der demokratischen Opposition als „Dollardiplomatie“ bezeichnet und heftig bekämpft. Als dann die republikanische Partei bei den Wahlen unterlag und Präsident Wilson an das Ruder kam, ließ er die bisherige ostasiatische Politik fallen. Die Großfinanz ergriff sofort diese Gelegenheit, um aus dem chinesischen Geschäfte hinauszugehen. Sie hatte nur auf Wunsch der Regierung die „Dollardiplomatie“ unternommen, die keinen oder wenig Gewinn abwarf, weil der Amerikaner nicht geneigt ist, fremde Wertpapiere zu kaufen.

Staatssekretär Knox' ostasiatische Politik, die bei uns immer Unterstützung fand, brachte es mit sich, daß die amtlichen Beziehungen zwischen der deutschen und der amerikanischen Regierung wohl niemals so gute waren wie in den Jahren 1909—1913, trotz einer kurzen Trübung infolge der Differenz über unsere Kaliausfuhr nach den Vereinigten Staaten. Gerade die Tatsache, daß dieser unangenehme Streitfall so leicht beigelegt wurde, bewies, wie freundlich die amtlichen Beziehungen der beiden Regierungen sich damals gestaltet hatten. Auch gelang es, ein für beide Teile befriedigendes Handelsabkommen zu schließen, welches die Gefahr eines Zollkrieges auf Grund des neuen amerikanischen Zolltarifs beseitigte, während Tafts wirtschaftliche Pläne, die auf Reziprozität und Vereinigung mit Kanada ausgingen, aus politischen Gründen an der kanadischen Opposition scheiterten und in den Vereinigten Staaten sowie in Kanada und England einen bitteren Nachgeschmack zurückließen.

Von dem amtlichen diplomatischen Verkehr abgesehen, muß im übrigen leider gesagt werden, daß gegenseitiges Mißverstehen die Signatur der deutsch-amerikanischen Beziehungen gewesen ist. In Deutschland hatte man kein Verständnis für die eigenartige Mischung von politischer Klugheit, Geschäftssinn, Zähigkeit und Sentimentalität, welche in dem amerikanischen Volkscharakter vereinigt ist. Die Macht der Union wurde bei uns konsequent unterschätzt, und

die temperamentvollen Äußerungen amerikanischer Jugendkraft fanden daher mehr Mißbilligung als notwendig, weil man darin nur „Bluff“ und Anmaßung sah. Wir zogen nicht immer genügend in Betracht, daß die Amerikaner sehr „emotional“ sind, d. h. daß sie leicht durch ihr Temperament hingerissen und dann unberechenbar werden. Politische Überraschungen erscheinen in den Vereinigten Staaten fast als die Regel.

Andererseits nehmen sich die Amerikaner niemals die Zeit, eine fremde Nation verstehen zu lernen. Kenntnis anderer Sprachen ist in den Vereinigten Staaten durchaus nicht verbreitet. Die Amerikaner nehmen unbewußt geistige Anleihen bei den Engländern auf, als der einzigen Nation, deren Literatur und Presse ihnen in der Urschrift zugänglich sind. Selbstverständlich trug diese Tatsache wesentlich dazu bei, den Amerikanern vor dem fünfjährigen Kriege das Verständnis Deutschlands zu erschweren, weil damals die deutsch-englischen Beziehungen sich ständig ungünstiger gestalteten und diese Verschlechterung in der englischen Presse und Publizistik ihren starken Widerhall fand. Die englische Sprache übt in den Vereinigten Staaten eine unbedingtere Herrschaft aus als selbst in England. Bezeichnend hierfür ist z. B., daß kein Diplomat in Washington auf den Gedanken kommen würde, seine Geschäfte in einer anderen Sprache zu erledigen. Während ich in London den französischen Botschafter niemals habe Englisch sprechen hören — selbst nicht in Tischreden —, gebrauchte Herr Jusserand in Washington immer die englische Sprache. Er hätte, trotz des Anspruchs der Franzosen auf die diplomatische Vorherrschaft ihrer Zunge, auch gar nicht anders verfahren können, denn beispielsweise bin ich in den acht Jahren meiner amtlichen Tätigkeit in Washington keinem Staatssekretär begegnet, der außer der englischen noch einer anderen Sprache mächtig gewesen wäre. Es leuchtet ein, daß diese Sachlage dem englischen politischen und kulturellen Einflusse Tür und Tor öffnet.

Unbewußt sahen die Amerikaner in ihrer Mehrzahl schon vor dem fünfjährigen Kriege den Deutschen in dem Lichte, in welchem die englische Presse und Publizistik ihn darstellte. Insbesondere glaubte man in den Vereinigten Staaten vielfach ehrlich an die angeblichen deutschen Pläne, die Weltherrschaft zu gewinnen. Unsere großen Erfolge auf wirtschaftlichem Gebiete erweckten dort schrankenlose Bewunderung und erzeugten einerseits eine Überschätzung unserer Macht, die uns politisch ungünstig war, während andererseits der Amerikaner oft generalisierend Deutschland nach dem kleinen deutschamerikanischen Bierphilister beurteilte, welchen er verächtlich als „Dutchman" bezeichnet. Zwischen diesen Extremen pendelte das Urteil der Amerikaner über das deutsche Volk hin und her, aber mit jedem Jahre gewann die erstere Richtung mehr und mehr die Oberhand. Das Phantom eines deutschen Weltreiches von Hamburg bis Bagdad spukte schon vor dem Kriege in den amerikanischen Köpfen, und als nächsten Schritt befürchtete man in den Vereinigten Staaten, daß dieses Weltreich die Monroedoktrin antasten und Kolonien in Südamerika gründen würde. Professor Baumgarten hat in einer lesenswerten Schrift darauf hingewiesen, wieviel die alldeutsche Publizistik dazu beigetragen hat, solche Phantasien in Amerika großzuziehen.

In unserer Presse waren insbesondere Angriffe auf die Monroedoktrin allzu beliebt. Ich bin immer der Ansicht gewesen, daß wir diesen amerikanischen Glaubenssatz offen und amtlich hätten anerkennen sollen. Bei der Monroedoktrin handelt es sich nicht um eine Rechts-, sondern um eine Machtfrage. Wir hatten tatsächlich nicht die Macht, die Monroedoktrin anzutasten, selbst wenn wir solche Absichten gehabt hätten, was niemals der Fall gewesen ist. Es wäre daher klüger gewesen, die Monroedoktrin anzuerkennen und dadurch die politische Stimmung in einem Lande zu verbessern, von welchem wir durch unseren

Bedarf an Rohstoffen wirtschaftlich abhängig waren. Ich habe mich oft gefragt, ob die kaiserliche Regierung nicht ihre Aufgabe in der unbedingten Vermeidung eines Krieges gesehen haben würde, wenn unsere wirtschaftliche Abhängigkeit von dem Auslande klarer erkannt worden wäre. Die deutsche Prosperität beruhte zum großen Teil auf den Auslandsdeutschen, die sich überall in der Welt eingenistet hatten wie einst die Griechen im römischen Weltreiche. Die Auslandsdeutschen bildeten ein Kolonialreich, das viel wertvoller war als mancher überseeische Besitz anderer Mächte. Mir scheint, daß dieser Sachlage nicht genügend Rechnung getragen wurde.

Schließlich ist als Grund von Mißverständnissen noch die schon in der Einleitung erwähnte Abneigung anzuführen, welche in Deutschland gegen die amerikanischen pazifistischen Tendenzen herrschte. Neun Zehntel aller Amerikaner sind Pazifisten, teils aus Erziehung und aus sentimentaler Vorliebe für das Prinzip, teils aus wirtschaftlichem Geschäftssinne. In den Vereinigten Staaten begriff man nicht, daß das deutsche Volk durch seine leidensvolle Geschichte gezwungen worden ist, den martialen Charakter seiner Ahnen zu pflegen und aufrechtzuerhalten. Insbesondere ist der Typus des deutschen Reserveoffiziers und Korpsstudenten dem Amerikaner höchst unsympathisch. Für gewisse deutsche Fehler mangelte in den Vereinigten Staaten das entschuldigende Verständnis, weil unsere historische Entwicklung dort nicht begriffen wurde.

Wenn auch die Amerikaner unbewußt unter englischem geistigen Einflusse stehen, müssen wir uns doch hüten, sie einfach, wie das bei uns meistens geschieht, als Angelsachsen zu bezeichnen. Die Amerikaner nennen sich selbst in ihrem eigenen Lande so gut wie niemals Angelsachsen. Diese Bezeichnung wird von den Engländern angewandt, wenn sie die amerikanischen Vettern für sich reklamieren wollen. Gelegentlich bedient sich auch ein Amerikaner dieses

Ausdruckes, wenn er in London eine Verbrüderungstischrede hält. Als Regel gilt aber, daß die Amerikaner Amerikaner und nichts anderes wie Amerikaner sein wollen. Am 11. Mai 1914, bei der Feier zum Gedächtnisse der in Vera Cruz gefallenen Krieger, sagte Präsident Wilson in einer seiner schönsten Reden:

„Denkt daran, wie wahrhaft unseres Blutes diese Männer waren. Ich meine unseres amerikanischen Blutes, das nicht einem einzelnen Lande, Stamme oder Sprache der neueren Welt entstammt, sondern freie Menschen in aller Welt haben ihre Söhne, ihre Brüder und ihre Töchter in unser Land gesandt und unsere große zusammengesetzte Nation geschaffen, die aus allen stärksten und besten Elementen der Welt besteht. Mit tiefem Interesse bin ich der Liste der Toten mit ihrem Gemische von Namen gefolgt, denn die Namen tragen die Zeichen der verschiedenen Völkerstämme, aus denen diese Männer hervorgegangen waren. Aber sie sind keine Iren mehr, keine Deutschen, keine Franzosen, keine Juden oder Italiener. Sie waren es nicht mehr, als sie nach Vera Cruz gingen, sie waren Amerikaner, jeder einzelne von ihnen, und ihr Amerikanertum war durch ihre verschiedene Abstammung nicht unterschieden. Sie waren in einem besonderen Sinne unseres Blutes und haben es dadurch bewiesen, daß sie sich von unserem Geiste beseelt zeigten, daß sie, ohne Rücksicht auf ihre Abstammung, das dachten, wünschten und taten, was amerikanisch war; und die Flagge, unter der sie dienten, sammelt alles Blut der Menschheit in eine freie Nation.“

Obige Worte Herrn Wilsons geben auch den Schlüssel zu der Haltung der Amerikaner deutscher Abstammung. Wohl hängen diese fast ausnahmslos mit inniger Liebe an ihrer alten Heimat, aber sie sind Amerikaner, ebenso wie alle anderen. „Germania ist unsere Mutter und Columbia unsere Braut“, sagte Carl Schurz und charakterisierte mit diesen Worten die Sachlage prägnant und richtig. Wie ein Mann

„Vater und Mutter verläßt, um einem Weibe anzuhangen", so gibt auch der sogenannte Deutschamerikaner seinem neuen Heimatlande den Vorzug, wenn es zu einem deutsch-amerikanischen Konflikte kommt. Er wird aber immer alles tun, was in seinen Kräften steht, um einen solchen Konflikt zu verhindern. Für die schwierige und peinliche Stellung der Amerikaner deutscher Abstammung fehlte bei uns schon vor dem Kriege das richtige Verständnis. Während des Krieges war dies noch mehr der Fall. Zu allen Zeiten wurde die Frage der „Deutschamerikaner" bei uns nicht mit Takt behandelt. Namentlich erwartete man zu viel von ihnen. Die Amerikaner deutscher Abstammung haben in ihrer neuen Heimat alle Fehler und Vorzüge des deutschen Volkes beibehalten. Wir dürfen ihnen keinen Vorwurf daraus machen, wenn sie weniger politisches Interesse und Verständnis haben als die übrigen Amerikaner. Dafür zeichnen sie sich durch Achtung vor der öffentlichen Ordnung, Treue und Arbeitsamkeit in ihren Berufen aus. Als unausbleibliche Folge dieser nationalen Eigenschaften üben sie nicht den politischen Einfluß aus, welcher ihnen nach ihrer Zahl gebührte. Beispielsweise führe ich an, daß ich bei meinem ersten Besuche in Milwaukee von einem irischen Bürgermeister begrüßt wurde, was mich einigermaßen überraschte, weil die Stadt damals 300 000 Deutsche unter 400 000 Einwohnern zählte.

Die im vorstehenden geschilderte Sachlage brachte es mit sich, daß die deutsche Politik in den Vereinigten Staaten vor dem Kriege hauptsächlich die Aufgabe hatte, ein größeres gegenseitiges Verständnis herbeizuführen. Die Reise des Prinzen Heinrich, der bei dieser Gelegenheit beschlossene regelmäßige Austausch von Universitätsprofessoren und Schullehrern, die gegenseitigen Flottenbesuche, das Amerika-Institut in Berlin und ähnliche mehr oder weniger erfolgreiche Unternehmungen dienten alle dem gleichen Zwecke. Die deutschen diplomatischen Vertreter wurden angewiesen,

diese Arbeit tatkräftig zu unterstützen. Als ich zum Botschafter in Washington ernannt wurde, gaben mir der Kaiser und der Kanzler als Hauptinstruktion mit auf den Weg, daß ich die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten über die friedlichen und freundschaftlichen Absichten der deutschen Politik aufklären solle. Fürst Bülow sagte mir außerdem, ich müsse unbedingt den infolge des Ablebens meines Amtsvorgängers unvollendet gebliebenen Schiedsgerichtsvertrag mit den Vereinigten Staaten unter Dach und Fach bringen. Trotz dieser bestimmten Weisung stolperte die deutsche Regierung, wie schon erwähnt, später über juristische Zwirnsfäden. Allerdings war Fürst Bülow inzwischen aus seinem Amte geschieden. Die Wirkung, die unsere Obstruktion in dieser Frage auf die Stimmung der Amerikaner ausübte, darf keineswegs unterschätzt werden. Sie trug wesentlich dazu bei, die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten von den angeblichen kriegerischen Absichten Deutschlands zu überzeugen.

Entsprechend den amerikanischen Gepflogenheiten mußte die teils amtliche, teils private Tätigkeit zur Anbahnung eines besseren gegenseitigen Verständnisses in der breiten Öffentlichkeit vor sich gehen, wodurch der Nachteil unvermeidlich war, daß die in Deutschland und in den Vereinigten Staaten vorhandenen gegnerischen Elemente zum Widerspruche gereizt wurden. Leider war einem Teile der deutschen Presse die amtliche deutsche Vertretung in Washington immer dann ein Dorn im Auge, wenn sie unter Berücksichtigung der amerikanischen Sinnesart und gesellschaftlichen Sitten den beiderseitigen Beziehungen eine etwas wärmere Farbe geben wollte. Schon zur Zeit meines Amtsvorgängers Speck von Sternburg wurde in solchen Fällen die deutsche Botschaft der Weichheit und zu großen Anpassungsneigung beschuldigt, und dies ist auch unter meiner Amtsführung so geblieben.

Im übrigen legten unsere Zeitungen im allgemeinen kein

genügendes Interesse und Verständnis für amerikanische Verhältnisse an den Tag. Es gab in den Vereinigten Staaten nur wenige deutsche Korrespondenten, und die vorhandenen waren zu schlecht bezahlt, um wirkliche Fühlung mit amerikanischen Kreisen halten zu können. Etwa ein Jahr vor dem Kriege bot mir der bekannte reiche Deutschamerikaner Hermann Sielcken an, diesem Übel abzuhelfen, indem er das Gehalt für einen hervorragenden amerikanischen Journalisten deutscher Abstammung zahlte, welcher in Washington als Vertreter des Wolffschen Telegraphenbureaus fungieren sollte. Daraufhin leitete ich diesen Telegraphendienst in die Wege. Nach kurzer Zeit wurde mir aber schon aus Berlin mitgeteilt, daß die Telegramme zu teuer wären, da nicht genügendes Interesse dafür bestünde. Dabei hatte das Wolffbureau in diesem Falle keine Kosten außer den Telegrammgebühren zu tragen. So war der Nachrichtendienst eines Volkes bestellt, das Weltpolitik zu treiben glaubte!

Herr Wilson bezog das Weiße Haus in Washington ungefähr ein Jahr vor dem Kriege und eröffnete seine Amtsführung mit vielen inneren Reformen. Dann folgte die amerikanisch-mexikanische Krisis. Die Beziehungen zu Europa im allgemeinen und Deutschland im besonderen traten daher völlig in den Hintergrund.

Woodrow Wilson war Akademiker und Historiker. Seine Werke zeichnen sich durch den glänzenden Stil und die virtuose Handhabung der englischen Sprache aus, die später in seinen politischen Reden und Kundgebungen hervortrat. Zu politischer, allgemein bekannter Bedeutung gelangte Herr Wilson, als er Präsident der Universität Princeton war und von dieser Stellung aus zum Gouverneur des Staates New Jersey gewählt wurde. Schon damals zeigten sich nebeneinander seine demokratischen Anschauungen, die ihn zu energischer Bekämpfung der aristokratischen Studentenklubs führten, und seine egozentrischen autokratischen Neigungen,

welche ihn fremdem Rate unzugänglich machten und zu ständigen Konflikten mit dem Verwaltungsrat der Universität Anlaß gaben. Als Gouverneur von New Jersey begann Herr Wilson in der bisherigen Hochburg der „Trusts" einen außerordentlich scharfen Kampf gegen deren Herrschaft. Herr Roosevelt hatte zwar gegen die „Trusts" gesprochen, aber nur wenig gehandelt. Er konnte wohl auch keine positiven Resultate erzielen, weil die republikanische Partei mit den „Trusts" zu sehr verbunden und von ihnen abhängig war. Als Herr Roosevelt handeln wollte, erreichte er lediglich die Sprengung seiner Partei. Eine wirkliche Reform konnte nur von der demokratischen Partei ausgehen. Die Überzeugung, daß dem so war, brachte Herrn Wilson den Sieg bei der Präsidentschaftswahl des Jahres 1912.

In außenpolitischer Beziehung war Herr Wilson Pazifist, ebenso wie seine Partei, während die Imperialisten fast ohne Ausnahme der republikanischen Partei angehörten. Die pazifistische Richtung hatte vor Ausbruch des fünfjährigen Krieges trotz „Wall Street" und der englisch orientierten „Gesellschaft" das unbedingte Übergewicht in den Vereinigten Staaten, um so mehr als Herr Wilson nach amerikanischen Gepflogenheiten das Amt des Staatssekretärs demjenigen Politiker übertrug, dessen Einflusse er die Nomination der demokratischen Partei zum Präsidentschaftskandidaten verdankte. So gelangte Herr William Jennings Bryan zur Würde des Staatssekretärs, nachdem er zweimal vergeblich für die Präsidentschaft kandidiert hatte.

Herr Bryan gehörte in jeder politischen Frage einer noch weit radikaleren Richtung an als Herr Wilson. Seine Gegner nennen ihn einen unehrlichen Demagogen. Ich möchte Herrn Bryan im Gegenteil als einen ehrlichen Schwärmer bezeichnen, dessen leidenschaftliche Begeisterung zwar einen unvergleichlichen Versammlungsredner, aber keinen die Realitäten berücksichtigenden Staatsmann erzeugen konnte. Wer in seinem Enthusiasmus glaubt, das Ideal schon am nächsten

Donnerstage in unserer Welt verwirklichen zu können, braucht deshalb noch nicht unehrlich zu sein, selbst wenn er übersieht, daß sich die „Sachen hart im Raume stoßen“.

Vielfach wurde geglaubt, daß Herr Bryan den Posten des Staatssekretärs nicht annehmen würde, da schon damals alle Eingeweihten wußten, daß Herr Wilson neben sich nur „Handlanger“ und keine Männer mit eigenen Ideen dulden würde. Herr Bryan fühlte indessen wohl die moralische Verpflichtung, den Versuch zu machen, seinen radikalen Anschauungen zum Siege zu verhelfen, und trat das Amt mit der Erklärung an, daß, so lange er Staatssekretär sei, die Vereinigten Staaten keinen Krieg führen würden. Dieser idealen Auffassung wollte er auch in der übrigen Welt Geltung verschaffen, und zu diesem Zwecke unterbreitete er allen fremden Regierungen einen Entwurf zu einem Schieds- und Friedensvertrage, der Kriege in Zukunft völlig ausschließen sollte. Bekanntlich ging die deutsche Regierung, im Gegensatze zu allen anderen, auf diese Wünsche Herrn Bryans nicht ein. Der Staatssekretär war hierüber etwas verstimmt, wenn er auch immer noch hoffte, daß wir schließlich dem Beispiele der anderen Mächte folgen würden. Bei jeder Begegnung erinnerte er mich an den Vertragsentwurf, der von mir nach Berlin eingereicht worden war. Später habe ich oft bedauert, daß wir damals nicht auf die Wünsche Herrn Bryans eingegangen sind, der übrigens während des Krieges nochmals vergeblich auf die Sache zurückkam. Wenn der Vertrag von uns unterschrieben worden wäre, hätte er doch vielleicht die über den U-Bootkrieg geführten Verhandlungen erleichtert.

Das diplomatische Korps in Washington fand sich einer völlig neuen Situation gegenüber. Die republikanische Partei war sechzehn Jahre lang am Ruder gewesen und mußte nun sämtliche Verwaltungsstellen räumen. Auch der persönliche Verkehr mit dem Präsidenten nahm andere Formen an wie

mit seinen Amtsvorgängern. Herr Roosevelt liebte es, mit den Diplomaten, die ihm gefielen, intime freundschaftliche Beziehungen zu unterhalten. Er setzte sich über die althergebrachte Etikette hinweg, die es dem Präsidenten verbot, die Botschaften und die Privathäuser Washingtons zu besuchen. Allbekannt sind die freundschaftlichen Beziehungen Herrn Roosevelts zu Baron Speck von Sternburg. Als ich diesen nach seinem Ableben im Jahre 1908 ersetzte, lud mich Herr Roosevelt am Abende nach meiner Antrittsaudienz in das Weiße Haus zu einer Privatunterredung ein, die sich auf alle Tagesfragen erstreckte. Solche Einladungen wiederholten sich öfters in den letzten zwei Monaten der Rooseveltschen Administration, die sich bei meinem Amtsantritte schon ihrem Ende zuneigte. Herr Roosevelt legte mir zum Beispiel den Entwurf der Rede vor, die er nach seinem Rücktritte in der Berliner Universität hielt.

Ähnlich gestalteten sich meine Beziehungen zu Präsident Taft, der einen jovialen ungezwungenen Ton und Verkehr liebte. Er lud mich einmal ein, ihn im Salonwagen in seine Heimat Cincinnati zu begleiten, wo wir gemeinsam das dortige Musikfest besuchten. Ein anderes Mal erschien er unangemeldet auf der Botschaft, als wir zu Ehren seiner Tochter einen Ball gaben, und später nahm er die Einladung zur Hochzeit meiner Tochter an.

Präsident Wilson, der nach Neigung und Gewohnheit ein Einsiedler und einsamer Arbeiter ist, liebt die Geselligkeit nicht. Er führte die alte Etikette wieder ein und besuchte ausschließlich die Häuser der Mitglieder des Kabinetts, wie es nach dem Herkommen üblich war. Von den in Amerika so beliebten Banketten blieb Herr Wilson nach Möglichkeit fern und schränkte sogar die Geselligkeit im Weißen Hause stark ein. So wurde zum Beispiel der Neujahrsempfang ganz abgeschafft. Diese Haltung des Präsidenten entsprach, wie gesagt, seinen Neigungen. Aber ich glaube doch nicht, daß

er lediglich, wie das so häufig im Leben vorkommt, aus seinen Neigungen eine Theorie entwickelt hat. Vielmehr nehme ich an, daß Herr Wilson die alte amerikanische Tradition für zweckentsprechend hielt, wonach der Präsident sich von jeder Intimität fernhalten soll, um die völlige Unparteilichkeit seines hohen Amtes zu wahren. Die einzigartige Freundschaft, die Herrn Wilson mit Herrn House verbindet — oder verband —, widerspricht an sich dieser Theorie nicht, weil der letztere gewissermaßen immer die Stellung eines Ministers ohne Portefeuille bekleidet hat. Ein derartiger „unverantwortlicher Ratgeber" paßt eher in die amerikanische Verfassung als in jede andere, da bekanntlich der Präsident der Vereinigten Staaten allein und ausschließlich verantwortlich ist, während seine Minister nur als seine Gehilfen zu betrachten sind.

Im allgemeinen war die politische Sachlage in Amerika vor dem Ausbruche des fünfjährigen Krieges eine solche, daß einerseits unter dem erwähnten englischen Einflusse auf eine überwiegende Parteinahme der öffentlichen Meinung für die Entente zu rechnen, daß aber anderseits infolge der allgemeinen Gleichgültigkeit gegenüber europäischen Vorgängen und der starken pazifistischen Tendenzen kein Eingreifen Amerikas zu erwarten war, wenn nicht unvorhergesehene Ereignisse eintraten. Allerdings ließ sich befürchten, daß die aufflammende Reizbarkeit der Amerikaner wie früher auch jetzt wieder in Deutschland unterschätzt werden würde. Sie ist bei uns nie begriffen worden, trotzdem die Manila- und Venezuela-Affären in dieser Hinsicht hätten eine Lehre sein können. Das Nebeneinander von Pazifismus und impulsiver Kriegslust im amerikanischen Volkscharakter hätte, wenn in Deutschland den amerikanischen Verhältnissen größere und beständigere Aufmerksamkeit gewidmet worden wäre, uns bekannt sein müssen. Der Amerikaner beurteilt europäische Vorgänge teils nach seinem stark ausgeprägten privaten Rechtsempfinden, teils nach Gefühls-

werten, aber nicht in dem Sinne, wie man in Deutschland vielfach annahm, lediglich als kalt rechnender Geschäftsmann. Hätte man das in Deutschland beachtet, so würde man die verheerende Wirkung des Einmarsches in Belgien und der Versenkung der „Lusitania“ auf die amerikanische öffentliche Meinung — zumal bei dem Einflusse der englischen Propaganda — von vornherein sehr hoch in Rechnung gestellt haben.

Am 17. Mai 1915 schrieb ich in einem Berichte an den Reichskanzler:

„Alles Beschönigen hilft nichts. Wir fahren daher am besten, wenn wir offen zugeben, daß unsere hiesige Propaganda unter dem Eindrucke des „Lusitania“-Zwischenfalls gänzlich zusammengebrochen ist. Für jeden, der den amerikanischen Volkscharakter kennt, war dieses vorauszusehen. Ich gestattete mir daher, seinerzeit darauf hinzuweisen, daß ein dem gegenwärtigen ähnelndes Ereignis uns an den Rand eines Krieges mit den Vereinigten Staaten führen würde. Leicht beieinander wohnen in dem amerikanischen Naturell zwei scheinbar sich völlig widersprechende Charaktereigentümlichkeiten. Der kühl rechnende Geschäftsmann ist nicht wiederzuerkennen, wenn er von der Gemütsbewegung erfaßt wird, welche man hier mit dem Wort „Emotion“ bezeichnet. In solchen Momenten kann man ihn nur mit einer hysterischen Frau vergleichen, bei der alles Zureden nichts hilft. Die einzige Hoffnung ist, daß man Zeit gewinnen kann, damit sich der Anfall austobt. Der Ausgang, welchen der „Lusitania“-Zwischenfall haben wird, ist heute noch nicht abzusehen. Ich hoffe, daß wir über denselben ohne Krieg hinwegkommen. Wie dem auch sei, jedenfalls kann unsere Propaganda erst wieder beginnen, wenn sich der Sturm gelegt hat.“

Hier möchte ich noch einige Worte einflechten über die Bedeutung der öffentlichen Meinung in den Vereinigten Staaten.

In Europa, wo man beständig von den tatsächlich außerordentlich weitgehenden Machtbefugnissen des amerikanischen Präsidenten hört — die Londoner „Times“ schrieb einmal, daß seit dem Sturze des russischen Zaren der Präsident der Vereinigten Staaten der einzige übriggebliebene wahre Autokrat sei —, macht man sich schwerlich einen rechten Begriff von der Macht der öffentlichen Meinung in der Union. Wie in Amerika kein Bürgermeister die öffentliche Meinung seiner Stadt, kein Gouverneur die seines Staates ungestraft ignorieren kann, so vermag sich auch der Präsident der Republik, trotz seiner großen Machtbefugnisse, nicht auf die Dauer in Gegensatz zu der überwiegenden öffentlichen Meinung des Landes zu setzen. Es ist schon häufig, u. a. auch von Herrn Wilson, betont worden, daß der amerikanische Präsident „das Ohr am Boden“ haben, d. h. genau auf die öffentliche Meinung achten und in Übereinstimmung mit ihr handeln muß. Jeder andere Kurs wäre ja auch für den amerikanischen Staatsmann, dessen höchstes Ziel stets darin besteht, entweder selbst wiedergewählt zu werden oder doch seine Partei am Ruder zu erhalten, politischer Selbstmord, da ein Schwimmen gegen den Strom der öffentlichen Meinung sich mit Sicherheit bei den nächsten Wahlen rächen würde.

Dabei ist nun aber in Betracht zu ziehen, daß die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten selten etwas so Homogenes und Geschlossenes ist wie beispielsweise in England. Besonders in außerpolitischen Fragen reagiert in der sich über einen ganzen Kontinent erstreckenden Union die öffentliche Meinung in den einzelnen Landesteilen in recht verschiedener Weise und in ganz verschiedenem Grade. So bildet sich bei europäischen Fragen in den Staaten der Atlantischen Küste, die in innigerer Berührung mit der Alten Welt stehen, häufig eine ganz ausgeprägte öffentliche Meinung, während der Westen mehr oder weniger indifferent bleibt. Andererseits ist in den Golfstaaten die öffentliche

Meinung an dem mexikanischen Problem, in den pazifischen Staaten an der japanischen Frage sehr lebhaft interessiert — Dinge, die in anderen Landesteilen kaum mehr als ein akademisches Interesse erregen. Das zeigt sich denn auch in der amerikanischen Tagespresse, die Zeitungen von einem über die ganze Nation verbreiteten Einflusse nicht aufweist, sich vielmehr, in Übereinstimmung mit der landesüblichen Einteilung der Union in sieben wirtschaftliche Interessensphären — nämlich New York, Neu-England, mittelatlantische Staaten, Südstaaten, Mittelwesten, Westen und pazifische Staaten -- aus sieben verschiedenen Tagespressen zusammensetzt, deren jede ganz verschiedenen Problemen den Vorrang gibt. Allerdings kommt der New Yorker Presse für die Erkenntnis der öffentlichen Meinung Amerikas bei europäischen Fragen sicherlich die größte Bedeutung zu. Indessen darf diese Bedeutung nicht zu der irrigen Annahme verleiten, daß amerikanische Presse und New Yorker Presse gleichbedeutende Begriffe seien. Die Lektüre der letzteren reicht nicht aus, um ein zuverlässiges Urteil über die amerikanische öffentliche Meinung hinsichtlich gewisser, das ganze Land beschäftigender Fragen zu gewinnen, vielmehr ist es notwendig, auch die leitenden Zeitungen Neu-Englands, der mittelatlantischen Staaten und besonders des Westens zu studieren. Amerikanische Stimmungsberichte deutscher und englischer Korrespondenten, die, wie es noch jetzt oft geschieht, lediglich die New Yorker Presse berücksichtigen, lassen einen häufig im Stich, wenn man darauf Rückschlüsse auf die öffentliche Meinung des ganzen Landes und die fast immer konform mit der Mehrheit gehende Haltung der Bundesregierung gründet. Die „Associated Press“ macht es sich daher auch zur Regel, bei allen Fragen von nationaler Bedeutung nicht nur Auszüge aus New Yorker Zeitungen wiederzugeben, sondern gedrängte Zusammenstellungen der Stimmen von wenigstens fünfzig leitenden Blättern der ganzen Union zu veröffentlichen.

Mehr noch als eine Quelle der Erkenntnis der öffentlichen Meinung sind aber die amerikanischen Tageszeitungen ein Medium zur Beeinflussung derselben. Die Vereinigten Staaten sind das Land der Propaganda par excellence! Jedes größere Unternehmen, welcher Natur es auch sei, hat dort seinen Presseagenten. Vor allem wird vor den alle zwei Jahre stattfindenden Wahlen monatelang eine Propaganda betrieben, von deren Umfang sich der Durchschnittseuropäer schwer eine Vorstellung zu machen vermag. Es ist daher nicht erstaunlich, daß sich die politische Leitung des Landes in wichtigen Fragen der Außenpolitik in sehr weitgehendem Maße der Presse bedient, um die öffentliche Meinung im Sinne der von der Regierung verfolgten Politik zu beeinflussen. Nicht nur die großen Nachrichtenagenturen, sondern auch alle führenden Tageszeitungen der Union unterhalten ihre ständigen Sonderberichterstatter in Washington, die von dem Staatssekretär fast täglich, von dem Präsidenten in der Regel einmal die Woche empfangen werden. Die Mitteilungen, die sie bei diesen Empfängen erhalten, übermitteln sie ihren Zeitungen meist mit größter Ausführlichkeit ohne Namensnennung der hohen Staatsbeamten, von denen sie ausgehen, und machen sich damit natürlich zu einem über das ganze Land gehörten Megaphon für die Ansichten der Regierung. In auswärtigen Fragen war es oft auffällig, daß Zeitungen mit ihren Kommentaren zurückhielten, bis sie auf dem angedeuteten Wege ein „mot d'ordre" von Washington erhalten hatten.

Natürlich besteht für die Regierung diese Möglichkeit der Stimmungsmache hinsichtlich einer konkreten Frage nur so lange, wie sich eine feste öffentliche Meinung darüber noch nicht gebildet hat. Sobald der Prozeß der „Kristallisation", wie man es drüben nennt, abgeschlossen ist, bleibt der Regierung keine andere Möglichkeit, wie dem Kurse der überwiegenden öffentlichen Meinung zu folgen. Selbst ein Mann wie Herr Wilson, der einen besonders hohen Grad von

Eigenwilligkeit besitzt, ist immer mit der öffentlichen Meinung gegangen, für deren richtige Erkenntnis ihm — außer seinem sprichwörtlichen Instinkt — sein Sekretär Tumulty mit einem großen Stabe sowie die über das ganze Land verbreitete demokratische Parteiorganisation zur Verfügung stehen. Wenn der Präsident sich in wenigen Ausnahmefällen in Gegensatz zu der öffentlichen Meinung setzte, so konnte man sicher sein, daß er bald in ihren Kurs zurücksteuerte.

ZWEITES KAPITEL

DIE DEUTSCHE PROPAGANDA IN DEN VEREINIGTEN STAATEN

ALS ich die Nachricht von der Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand erhielt, saß ich mit dem spanischen Botschafter bei dem Essen im Metropolitan Club in Washington. Herr Riano und ich waren uns über den sehr ernsten, den Frieden in Frage stellenden Charakter des Ereignisses keinen Augenblick im Zweifel, fanden aber wenig Interesse dafür bei den im Klub anwesenden Amerikanern, die, wie immer, den europäischen Dingen gleichgültig gegenüberstanden. Über die Folgen des Mordes empfing ich in Washington weder amtlich noch durch die Presse eine Mitteilung.

Ich trat daher am 7. Juli den mir bereits einige Wochen früher bewilligten üblichen Sommerurlaub an. Zum letzten Male durchquerte ich den Ozean auf einem der stolzen deutschen Schiffe, und zwar auf dem schönsten unserer ganzen Handelsflotte, der „Vaterland". Zum letzten Male sah ich bei meiner Ankunft den Hamburger Hafen und die untere Elbe in ihrem vollen Glanze. Die in der Heimat lebenden Deutschen können sich kaum vorstellen, mit welcher Liebe und mit welchem Stolze wir überseeischen Diplomaten und Auslandsdeutschen an den heimischen Schiffahrtlinien hingen!

Wenige Tage, nachdem ich in meinem Heim in Starnberg angelangt war, setzte in der Öffentlichkeit eine starke Erregung und Beunruhigung über die politische Lage ein. Es waren indessen in den letzten Jahren so viele Krisen noch

in zwölfter Stunde glücklich überwunden worden, daß ich auch dieses Mal bis zum letzten Augenblicke auf eine Wendung zum Guten hoffte. Schien doch die Verantwortung für einen Krieg allzu schwer zu tragen für einen Menschen — wer es auch immer sein mochte, der die letzte Entscheidung fällen mußte.

An dem wundervollen, stillen Sommerabende des 1. August hörten wir über den Starnberger See herüber in allen umliegenden Dörfern den dumpfen Trommelschlag, der die Mobilmachung verkündete. Jene Stunde ist mir unvergeßlich geblieben wegen der trüben Ahnungen, die mich bei dem Trommelklange erfüllten.

Am nächsten Tage hieß es, Vorbereitungen für die Abreise nach Berlin zu treffen, wo ich noch Weisungen zu erhalten hatte, bevor ich mit tunlichster Beschleunigung nach Washington zurückkehrte. Die Fahrt von München nach Berlin, die nur in Militärzügen möglich war, nahm achtundvierzig Stunden in Anspruch.

In der Wilhelmstraße hatte ich mit den maßgebenden Persönlichkeiten Besprechungen, deren Quintessenz die Weisung war, Regierung und Volk der Vereinigten Staaten über den deutschen Standpunkt aufzuklären. Dabei sollte ich es vermeiden, aggressiv gegen England aufzutreten, weil die Verständigung mit Großbritannien so bald wie möglich gesucht werden müsse. Die Berliner Auffassung von der Schuldfrage war schon damals ungefähr die gleiche, wie sie in der Versailler Denkschrift der Vierer-Kommission vom 27. Mai 1919 niedergelegt worden ist, nämlich daß Rußland der Urheber des Krieges sei.

Ferner wurde mir im Auswärtigen Amte mitgeteilt, daß, neben einigen anderen zur Verstärkung des Stabes der Washingtoner Botschaft bestimmten Herren der frühere Staatssekretär des Reichskolonialamtes Dr. Dernburg und der Geheime Oberregierungsrat Albert vom Reichsamte des Inneren mich begleiten sollten. Ersterer als Vertreter des

deutschen Roten Kreuzes, letzterer als Abgesandter der Zentral-Einkaufs-Gesellschaft. Die Hauptaufgabe Dr. Dernburgs war indessen, eine Anleihe in den Vereinigten Staaten aufzunehmen, deren Erlös dazu bestimmt sein sollte, die Einkäufe des Herrn Albert für die genannte Gesellschaft zu bezahlen. Für diesen Zweck gab uns die Reichsfinanzverwaltung Schatzscheine mit, die erst durch meine Unterschrift Geltung erlangen sollten. Aus dieser Tatsache bildete sich später die Legende, daß Dr. Dernburg mit Millionen zu Propagandazwecken ausgerüstet worden sei.

Unsere Reise war langwierig, verlief aber ohne Zwischenfälle. In achtundvierzig Stunden gelangten wir nach Rotterdam, wo wir den niederländischen Dampfer „Noordam“ bestiegen. Bei der Einschiffung befanden wir uns sämtlich in gehobener Stimmung, da wir überall in Deutschland eine wunderbar opferwillige und ehrliche Begeisterung gesehen hatten. Auf dem Dampfer aber, der übrigens stark überfüllt war, änderte sich das Bild. Wir waren plötzlich von feindseliger Stimmung umgeben und fanden unter den Mitreisenden nur wenige Freunde der deutschen Sache. Der tägliche harte Kampf, dem wir entgegenfuhren, sollte schon auf dem Schiffe beginnen. Wir stürzten uns sofort in ihn und versuchten nach Möglichkeit, unsere Mitreisenden zu bekehren.

In Dover wurde der Dampfer von einem britischen Offizier revidiert; die Untersuchung ging indessen ohne Unannehmlichkeiten für uns vorüber, da in jenen ersten Tagen des Krieges die Normen des Völkerrechts noch einigermaßen respektiert wurden. Wir hatten schon alles vorbereitet, um die Schatzscheine über Bord zu werfen, falls wir untersucht werden sollten. Als Kuriosum erwähne ich ein komisches Intermezzo nach der Ausfahrt aus dem Hafen von Dover. Ein wohlwollender Deutschamerikaner aus einem der westlichen Staaten, der mich nicht persönlich kannte, mich aber als Deutschen rekognosziert hatte, kam auf mich

mit der Bemerkung zu: „Sehen Sie sich vor, daß Ihnen keine Unannehmlichkeiten zustoßen; die Leute an Bord behaupten, Sie seien der deutsche Botschafter in Washington." Der vortreffliche Mann fiel aus den Wolken, als ich meine Identität zugab. Wir hatten uns nicht in die Schiffsliste eintragen lassen, machten aber im übrigen kein Geheimnis aus unserer Reise, weil dieselbe doch in Rotterdam bekannt geworden war.

Nach elftägiger Fahrt landeten wir, am 23. August, in New York. Die Ankunft war für uns eine Erlösung, da wir auf der Seereise ausschließlich mit feindlichen funkentelegraphischen Nachrichten von französischen Siegen überschüttet worden waren. Jeden Tag hatten wir Meldungen von der Vernichtung eines anderen deutschen Armeekorps erhalten. Im Vergleiche mit dieser Nervenfolter war das Kreuzfeuer von Fragen unzähliger, nicht eben deutschfreundlich gesinnter amerikanischer Presseleute im Hafen von New York verhältnismäßig leicht zu ertragen.

Bekanntlich wurde damals die amerikanische öffentliche Meinung über die Gründe des Kriegsausbruchs und den Kriegsverlauf ganz einseitig orientiert, da England, das sofort nach der Kriegserklärung unsere transatlantischen Kabel zerschnitten hatte, den ganzen überseeischen Nachrichtenapparat in der Hand hielt. Außerdem aber fanden unsere Gegner von vornherein in einer Reihe führender amerikanischer Zeitungen sehr gewichtige Bundesgenossen, die sich in ihren drei bis sechs täglichen Ausgaben nach Kräften bemühten, eine möglichst deutschfeindliche Stimmung zu verbreiten. In New York leisteten in gehässigen Angriffen auf Deutschland das Schlimmste die französisch orientierten „Herald" und „Evening Telegram" sowie die in englischem Fahrwasser segelnden „Tribune" und „Times"; etwas gemäßigter waren „Sun" und „Globe", neutral nur „Evening Post" und „American". Außerhalb New Yorks wütete die Presse gegen uns besonders in Neu-England und in den

mittelatlantischen Staaten. Im Süden und im Westen war die Pressehetze die gleiche, aber erheblich weniger intensiv. Von Neutralität konnte man damals nur bei den, einen ausgesprochen national-amerikanischen Standpunkt vertretenden Hearst-Blättern, ferner der „Chicago Tribune“, der „Washington Post“ und einigen kleineren Zeitungen reden. Es bedeutete schon viel, daß Blätter wie der „Boston Transcript“, der „Brooklyn Eagle“, die „Baltimore Sun“ und wenige andere ihre Briefkastenspalten deutschfreundlichen Zuschriften öffneten, die sie freilich mit ziemlicher Regelmäßigkeit in ihren Leitartikeln oder „editoriellen Noten“ verdammten. Gegen diese tagtäglich mit britischen Propagandameldungen — namentlich Nachrichten über deutsche „Greuel“ in Belgien — systematisch genährte Hetze vermochte die kleine Zahl der überdies von der großen Öffentlichkeit wenig beachteten deutschsprachlichen Zeitungen, an ihrer Spitze die alte „New Yorker Staats-Zeitung“ sowie die kurz nach Kriegsausbruch gegründete mutige Wochenschrift „The Fatherland“ des jungen Deutschamerikaners G. S. Viereck, zunächst nicht mit nennenswertem Erfolge anzukämpfen.

Bei meiner Ankunft in New York und in den ersten darauffolgenden Wochen habe ich mich redlich bemüht, der amerikanischen öffentlichen Meinung durch tägliche Interviews mit Vertretern der führenden Tageszeitungen den deutschen Standpunkt auseinanderzusetzen. Ich bemerkte aber bald, daß diese Tätigkeit nicht nur nahezu vergebliche Liebesmühe war, sondern daß sie auch gewisse Gefahren für mich in sich trug. Der tägliche Kampf mit der Presse drohte meine amtliche Stellung zu untergraben und meine Beziehungen zu der Washingtoner Regierung so sehr zu beeinträchtigen, daß ich nicht in der Lage gewesen wäre, die zu erwartenden diplomatischen Verhandlungen mit Erfolg zu führen. Ich hielt es daher dem deutschen Volke gegenüber für meine Pflicht, für meine Person auf alle Propaganda zugunsten der

deutschen Sache zu verzichten. Allerdings habe ich bis zum endgültigen Bruche weiter viel mit amerikanischen Journalisten verkehrt; ich lehnte es aber kategorisch ab, Interviews zu gewähren, und weigerte mich, Zeitungsvertreter zu empfangen, die nicht bereit waren, meine Äußerungen lediglich als vertrauliche, private Informationen zu behandeln.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit betonen, daß der amerikanische Pressemann weit besser ist als der Ruf, den er in Europa genießt. Trotz der feindlichen Atmosphäre, die mich in Amerika umgab, habe ich mich niemals über eine Indiskretion zu beklagen gehabt. Zwar erfand manch kleiner New Yorker Reporter, den ich nicht empfangen, Äußerungen, die ich nie getan hatte; aber solche Erfahrungen macht jeder Politiker in Amerika. Überdies bleiben die Ergebnisse solcher Reporterkunststücke fast immer lokal auf den Ort der Handlung beschränkt und lassen sich leicht dementieren. In Washington kamen solche Dinge überhaupt nicht vor. Die dortigen Journalisten waren durchweg außerordentlich tüchtige und vertrauenswürdige Männer, die sich durchaus als „gentlemen" benahmen. Meine Beziehungen zu ihnen blieben bis zuletzt sehr freundliche. Soweit ich nicht aus politischen Gründen zu schweigen genötigt war, habe ich ihnen immer die reine Wahrheit gesagt. Dabei konnte ich freilich ebensowenig wie die amerikanischen Journalisten voraussehen, daß die von mir vertretene Politik schließlich unterliegen würde.

Zu der Zeit, da ich persönlich die Propaganda aufgab, um mich auf meine politisch-diplomatische Tätigkeit in Washington zurückzuziehen, war gerade die Finanzmission des Staatssekretärs Dr. Dernburg gescheitert. Präsident Wilson hatte sich dahin ausgesprochen, daß es als unneutraler Akt zu betrachten wäre, wenn den kriegführenden Staaten in der Union Anleihen gewährt würden. Unsere Freunde in der New Yorker Hochfinanz sahen diese Verfügung als günstig

für Deutschland an, da sie voraussahen — was nachher auch eintrat —, daß für jede Million, die wir erhielten, unsere Feinde hundert Millionen würden aufnehmen können. Infolge dieser Entscheidung des Präsidenten mußte Geheimrat Albert seine Einkäufe, soweit angängig, unter der Hand finanzieren, während Dr. Dernburg, den seine Pflichten als Delegierter des Roten Kreuzes, nach der inzwischen erfolgten Organisation dieses Hilfswerkes durch den Geheimen Oberregierungsrat Meyer-Gerhard und den Rittmeister Hecker, nicht voll in Anspruch nahmen, nach Deutschland zurückgekehrt wäre, wenn es damals noch eine Möglichkeit dafür gegeben hätte. Eine solche bestand indessen nicht, da die Engländer alle neutralen Schiffe kurz nach ihrer Ausfahrt aus den amerikanischen Häfen durchsuchten und — in flagranter Verletzung des Völkerrechts, das nur die Gefangennahme bereits in die militärischen Cadres eingereihter Personen zuläßt — jeden waffenfähigen Deutschen rücksichtslos festnahmen und internierten. Da Dr. Dernburg somit in New York in unfreiwillige Gefangenschaft geraten war, begann er Aufsätze über den Weltkrieg für die Tageszeitungen zu schreiben. Er besaß die Gabe, die Ursprünge des Krieges in ruhiger und fesselnder Weise darzulegen und insbesondere den deutschen Standpunkt in konziliantcr Form zu vertreten. Seine Arbeiten hatten daher einen außerordentlichen propagandistischen Erfolg. Die Schriftleitungen der Zeitungen und verschiedener Zeitschriften drängten ihn daher um Beiträge für ihre Spalten, und die gesamte New Yorker Presse druckte willig alle Zuschriften ab, die er in Erwiderung auf deutschfeindliche Äußerungen einsandte.

Aus dieser Tätigkeit entwickelte sich, im Einvernehmen mit dem Auswärtigen Amte, das Pressebureau Dr. Dernburgs in New York, eine Lösung der Propagandafrage, die mir äußerst willkommen war. Dr. Dernburg konnte als Privatmann vieles frei sagen und schreiben, was sich für amtliche Äußerungen nicht eignete und daher nicht von mir ausgehen

durfte. Infolgedessen hielt ich es auch für angezeigt, daß, entgegen gewissen damaligen Vorschlägen, Dr. Dernburg nicht der Botschaft zugeteilt wurde, da er dadurch nur in seiner Tätigkeit behindert worden wäre, und daß auch das Pressebureau völlig selbständig und ohne amtlichen Charakter blieb. Ich darf als allgemein bekannt voraussetzen, daß Washington die politische und New York die wirtschaftliche Hauptstadt der Vereinigten Staaten ist, woraus sich zu jeder Zeit eine sozusagen geographische Trennung der entsprechenden diplomatischen Aufgaben ergibt. Es hatte natürlich gewisse Nachteile im Gefolge, daß in New York außer dem Generalkonsulate noch vier selbständige deutsche Stellen entstanden, nämlich die Bureaus Dr. Dernburgs, des Geheimrats Albert, des Militärattachés Hauptmann von Papen und des Marineattachés Fregattenkapitän Boy-Ed. Um mit den genannten Herren einigermaßen in Fühlung zu bleiben, fuhr ich gelegentlich nach New York und hielt im Hotel Ritz-Carlton, meinem gewöhnlichen Absteigequartier, in dem auch Dr. Dernburg wohnte, gemeinsame Besprechungen mit ihnen ab, da ihre zerstreut in der unteren Stadt liegenden Bureaus, in die ich übrigens nie gekommen bin, nicht geeignet dafür waren. Unsere gegenseitigen persönlichen Beziehungen waren stets die allerbesten. Dagegen war unserem amtlichen Verhältnis naturgemäß die Tatsache wenig förderlich, daß die Herren alle von Berlin selbständige Instruktionen erhielten. Am wenigsten war das noch bei Dr. Dernburg der Fall, weil sein Auftraggeber, soweit die Propaganda in Frage kam, teils das Auswärtige Amt selbst, teils die halbamtliche „Zentralstelle für Auslandsdienst“ war. Die übrigen drei vorgenannten Herren aber unterstanden alle anderen heimatlichen Behörden wie ich. Die Herren von Papen und Boy-Ed teilten mir häufig die ihnen aus Berlin zugegangenen Instruktionen nicht mit, um die Botschaft nicht durch die Einziehung militärischer oder seemännischer Informationen in Verlegenheit zu bringen. Finanziell waren übrigens die vier Bureaus

von der Botschaft vollständig unabhängig und hatten ihre eigenen Bankkonten, über die sie ihren Heimatbehörden selbständig Rechenschaft ablegten. Nur Geheimrat Albert hatte für gewisse Ankäufe von Rohmaterialien im großen Stil bestimmte Fonds, zu denen auch mir für alle Fälle Zugriff gestattet war.

Über die Tätigkeit der genannten vier Herren sind in Amerika unzählige Legenden verbreitet worden, die zum Teil ihren Weg auch nach Deutschland gefunden haben. Trotz aller Vorwürfe, die gegen sie und indirekt auch gegen mich erhoben worden sind, ist mir hinsichtlich der Propaganda — auf die sogenannten „Verschwörungen" komme ich im fünften Kapitel zu sprechen — nichts zu Ohren gekommen, dessen sich die Genannten irgendwie zu schämen hätten. Vereinzelte Fehler sind wohl von uns allen gemacht worden und waren bei der Heftigkeit und langen Dauer des Kampfes unvermeidlich. Im allgemeinen aber verdient die deutsche Propaganda in Amerika keineswegs den Tadel, den sie, teilweise auch in der Heimat, gefunden hat. Wenn sie wirklich so ungeschickt oder wirkungslos gewesen wäre, wie die gegnerische Presse später behauptet hat, so hätten die Entente und ihre amerikanischen Parteigänger nicht einen so ungeheuren Apparat gegen sie in Bewegung gesetzt. Man braucht nur das Buch „Intrigues et Diplomaties à Washington" von G. Lechartier zu lesen, um zu sehen, welche Bedeutung von feindlicher Seite unserer Propaganda beigelegt wurde. Trotz aller Bosheit, welche der Verfasser in seine romanhafte Schilderung hineinlegt, leuchtet auf jeder Seite Bewunderung für die deutsche Betätigung in den Vereinigten Staaten durch. Ebenso wurde bei der Ende 1918 von einem Ausschuß des amerikanischen Senats eingeleiteten Untersuchung über die deutsche Propaganda, den darüber veröffentlichten Protokollen zufolge, wiederholt betont, daß sie keineswegs ohne Erfolg gearbeitet habe, ihre Nachwirkungen vielmehr, „wie giftige Gase", sich noch lange nach Amerikas

Kriegseintritt stark geltend gemacht hätten. Man darf wohl sagen, daß sie wahrscheinlich, ohne die schweren, durch den Unterseebootkrieg heraufbeschworenen Krisen, mit der Zeit die deutschfeindliche Hetze gänzlich neutralisiert haben würde.

Was unsere Berechtigung angeht, die deutsche Sache in den Vereinigten Staaten durch Wort und Schrift öffentlich zu vertreten, so versteht sich dieselbe in einem Lande, das sich zu den Grundsätzen der Pressefreiheit und der Redefreiheit bekennt, ganz von selbst. Außerdem aber hat gerade die amerikanische Regierung in dieser Beziehung während des Bürgerkrieges einen bekannten Präzedenzfall geschaffen, indem Präsident Lincoln im Jahre 1863 nach dem mit seinen Sympathien stark auf seiten der Konföderierten stehenden England den namhaften Kanzelredner Henry Ward Beecher entsandte, der durch seine später als „Patriotic Addresses" veröffentlichten Reden viel zur Umstimmung der öffentlichen Meinung zugunsten der Nordstaaten beitrug. Auch in diesem Kriege hat Amerika nach Aufgabe seiner Neutralität aktive Propaganda in neutralen Ländern getrieben, wie die unter den Auspizien des amtlichen Pressebureaus und mit besonderer Genehmigung des Staatssekretärs Lansing erfolgte Entsendung der bekannten New Yorker Frauenrechtlerin Frau Norman Whitehouse beweist. Überdies ist uns unsere Berechtigung zur Propaganda in den Vereinigten Staaten ausdrücklich durch eine Erklärung des Agenten Bruce Bielaski vom Amerikanischen Justizdepartement bestätigt worden, der als Hauptbelastungszeuge bei der erwähnten Senatsausschußuntersuchung gegen uns auftrat. Er sagte aus, daß es kein Gesetz gegeben habe, nach dem in den Vereinigten Staaten vor ihrem Kriegseintritt die deutsche Propaganda oder die Propaganda irgendeiner anderen ausländischen Regierung ungesetzlich gewesen wäre. Wozu dann der Lärm? — so fragt man sich billig. Wozu dann die beinahe vom ersten Auftreten Dr. Dernburgs bis heute im In- und Auslande

aufrechterhaltene Suggestion, daß wir uns mit unserer Aufklärungskampagne eines Übergriffes gegen die Vereinigten Staaten schuldig gemacht hätten?!

Auch in moralischer Beziehung ist gegen die deutsche Propaganda nichts einzuwenden gewesen, wiewohl unsere Gegner dieses immer behauptet haben. Die Regierung der Vereinigten Staaten war neutral und wollte es bleiben — die deutsche Propaganda erstrebte das gleiche. Es ist mir nicht ein einziger Fall von Bestechung durch unsere Herren bekannt geworden. Wenn unsererseits Geld ausgegeben wurde, so geschah dies lediglich zum Zwecke der Verbreitung von Aufsätzen und Schriften, die für die Neutralität der Vereinigten Staaten plädierten. Häufig boten sich Schriftsteller und Redakteure an, die aus eigenster Überzeugung bereit waren, derartige Aufsätze zu schreiben und zu verbreiten, aber finanziell nicht dazu in der Lage waren. Die Leiter der deutschen Propaganda wären sicherlich pflichtvergessen gewesen, wenn sie in solchen Fällen nicht die nötigen Gelder bereitgestellt hätten. Alle Regierungen der Welt sind von jeher in ähnlicher Weise vorgegangen, insbesondere auch die Regierung der Vereinigten Staaten seit ihrem Kriegseintritt hinsichtlich der „Freien Zeitung" in Bern — also ebenfalls in einem neutralen Lande. Angesichts dieser Tatsache aber muß die im vorigen Winter nachträglich eingeleitete und mit einem so großen Apparat durchgeführte Untersuchung des amerikanischen Senats über die deutsche Propaganda in einem recht sonderbaren Lichte erscheinen. Offenbar lag ihr — welche Ironie! — lediglich ein rein propagandistischer Zweck zugrunde, nämlich die Absicht, Deutschland in der Person seiner in den Vereinigten Staaten akkreditiert gewesenen amtlichen Vertreter herabzusetzen und vor dem urteilslosen Publikum verächtlich zu machen!

Während in den ersten Kriegsmonaten niemand in Amerika daran gedacht hatte, mit dem Begriffe „deutsche Propaganda" etwas Anstößiges zu verbinden, war es unseren Gegnern später

gelungen, den Gedanken zu verbreiten, daß einige von Reichsdeutschen und Deutschamerikanern in den Vereinigten Staaten begangene Gesetzesverletzungen ein wesentlicher, ja der wesentlichste Teil der „deutschen Propaganda“ sei. So wurde erreicht, daß schon in der Zeit vor Amerikas Kriegseintritt jeder, der offen für Deutschlands Sache eintrat, mit dem Ausdrucke „deutscher Propagandist“ zu einem Typ von zweifelhafter Rechtschaffenheit gestempelt wurde. Die nachträgliche amtliche Perpetuierung dieser bewußt irreführenden Verquickung unserer durchaus einwandfreien Propaganda mit einer kleinen Zahl durchaus verwerflicher Fälle deutscher Straftaten in Amerika — dieses und nichts anderes war das Ziel jener Senatsuntersuchung. Schon der tendenziöse Titel, den die darüber veröffentlichten Drucksachen tragen, nämlich „Brauerei- und Schnapsinteressen sowie deutsche und bolschewistische Propaganda“, deutet zur Genüge an, daß unsere Propaganda zwischen zwei „Schächern“ gekreuzigt werden sollte; denn für den amerikanischen Durchschnittsbürger gibt es nichts Verabscheuungswürdigeres als die Destille auf der einen und den Bolschewismus auf der anderen Seite. Dabei darf nicht unerwähnt bleiben, daß die große Mehrzahl der Dokumente, die dem Senatsausschuß vorgelegt wurden, durch Bestechung oder Diebstahl in die Hände des Agenten Bielaski gelangt ist, der somit selbst in einem Glashause sitzt. Auch darf zur Charakterisierung des Kronzeugen Becker auf die bezeichnenden Worte des an der Untersuchung teilnehmenden Senators Reed verwiesen werden, der mit Bezug auf die Aussagen des Genannten äußerte: „Mich interessiert der Versuch, etwas Wahrheit aus einer Masse von Angaben herauszudestillieren, die so offenkundig unfair und verdreht sind, daß es schwer ist, sie in parlamentarischer Sprache zu charakterisieren.“ („I am interested in trying to develop some truth through a maze of statements that have been so manifestly unfair and distorted that it is hard to characterize them in parliamentary language.“)

Was die phantastischen Ziffern anlangt, mit denen man in Amerika die Kosten unserer Propaganda zu veranschlagen unternommen hat, so beruhen sie — soweit sie nicht einfach böswillig aus der Luft gegriffen sind — auf der mindestens recht oberflächlichen Annahme, daß alle Gelder, die von den verschiedenen deutschen Stellen seit Kriegsausbruch bis zum Abbruche der amerikanisch-deutschen Beziehungen in den Vereinigten Staaten ausgegeben worden sind, und deren Höhe man auf Grund einer minuziösen Durchprüfung der Scheckkonten aller Banken, mit denen diese Stellen arbeiteten, festgestellt hat, für Propagandazwecke ausgegeben worden seien. Tatsächlich diente natürlich der weitaus größte Teil jener Ausgaben zur Finanzierung der sehr umfangreichen Wareneinkäufe des Geheimrats Albert sowie gewisser von Hauptmann von Papen abgeschlossener kaufmännischer Transaktionen, von denen später noch die Rede sein wird. Im Vergleiche dazu war die Summe der von uns für die Zwecke der Propaganda aufgewandten Gelder recht gering. Das Pressebureau war häufig in sehr fühlbarer Weise dadurch behindert, daß für ganz geringfügige Ausgaben, die das einmal aufgestellte Budget überschritten, vorher die Genehmigung in Berlin eingeholt werden mußte. Es hätte daher manches Nützliche unterbleiben müssen, wenn nicht, besonders in den ersten Kriegsmonaten, opferwillige Deutschamerikaner, die kaum geringeres Interesse daran hatten, daß der deutsche Standpunkt richtig und mit Nachdruck vertreten wurde, unserer Propagandaleitung erhebliche Beträge zur Verfügung gestellt hätten. Aus amtlichen Mitteln sind in den zweieinhalb Jahren seit Kriegsausbruch bis zum Abbruch der amerikanisch-deutschen Beziehungen für Propagandazwecke in der Union — einschließlich kleinerer Beträge für andere Länder, wie z. B. für den von New York aus auch über Südamerika und Ostasien ausgedehnten Bilderdienst — im ganzen noch nicht eine Million Dollar ausgegeben worden. Das ist sicherlich nur ein geringer Bruchteil dessen,

was England und Frankreich ausgegeben haben, um, trotz sehr eingehender Vorbereitung in den Friedensjahren, die amerikanische öffentliche Meinung während des Krieges für ihre Zwecke zu gewinnen. Es ist tatsächlich nur ein Sechstel dessen, was, der Chicagoer „Tribune“ vom 1. November 1919 zufolge, das offizielle amerikanische Pressebureau des Herrn Georg Creel verausgabt hat, um in den eineinhalb Jahren von Amerikas Kriegseintritt an bis zum Abschlusse des Waffenstillstandes „die Begeisterung für den Krieg zu zementieren“. Die fünfunddreißig oder gar fünfzig Millionen Dollar, welche die deutsche Propaganda in den Vereinigten Staaten nach der Behauptung unserer Gegner verschlungen haben soll, gehören somit in das Reich der Fabel.

In dieser Verbindung muß ich auch einer anderen, weit bösartigeren Legende entgegentreten, nämlich der im vorigen Jahre in Amerika geflissentlich verbreiteten Verleumdung, daß die in Amerika für das deutsche Rote Kreuz gesammelten Gelder dazu gedient hätten, die deutsche Propaganda zu finanzieren. Tatsache ist, daß jeder Dollar, welcher der deutschen Roten-Kreuz-Delegation in New York zuging, der heimischen Stelle, für die er im einzelnen bestimmt war, überwiesen worden ist. Selbstverständlich wurden diese Gelder zunächst zu den verschiedenen New Yorker Bankkonten vereinnahmt, aus denen Dr. Dernburg unter anderem auch die Ausgaben für das Pressebureau bestritt; aber ihr Gegenwert wurde, wie Rittmeister Hecker auf das bestimmteste erklärt hat, stets unverzüglich zum Tageskurse bankmäßig nach Deutschland überwiesen.

Dr. Dernburg bediente sich bei der Errichtung des Pressebureaus der Unterstützung, die er in New York vorfand. Die in Amerika verbreitete und auch bei der erwähnten Senatsuntersuchung von einem Mitgliede des amerikanischen Geheimdienstes gemachte Angabe, daß dieses Pressebureau sozusagen einen Teil der deutschen Mobilmachung gebildet habe und daß dafür die fähigsten Propagandaexperten aus

Europa und Ostasien in New York zusammengezogen worden seien, um, nach einem besonderen Schnellkurse daselbst, auf die amerikanische Welt losgelassen zu werden, ist eine lächerliche Erfindung. Wie Dr. Dernburg selbst ganz ohne jeden vorgefaßten Plan zu seiner Propagandatätigkeit kam, so auch seine Mitarbeiter. Zunächst stand ihm für diese Tätigkeit, außer dem New Yorker Presseagenten der Hamburg-Amerika-Linie, Herrn M. B. Claussen, nur ein nach Japans Kriegseintritt von dort gekommener Reichsbeamter zur Seite, der seine Reise nach Deutschland nicht fortzusetzen vermochte, weil ihm das durch Vermittlung des amerikanischen Staatsdepartements erbetene Freigeleit über den Atlantischen Ozean britischerseits verweigert wurde. Dieser Beamte, der Dolmetscher des Generalkonsulats zu Yokohama Dr. Alexander Fuehr, der große Erfahrung in Pressesachen besitzt und mit amerikanischen Verhältnissen vertraut ist, gab mit einem ganz kleinen Stabe von in New York engagierten Hilfsarbeitern die täglichen Bulletins des „German Information Service" heraus, die ein Jahr lang erschienen und im wesentlichen Übersetzungen aus deutschen Zeitungen, Kommentare zu den Tagesereignissen und gelegentliche Interviews von aus Europa zurückgekehrten Personen enthielten. Herrn Claussen lag es ob, diese Bulletins, deren Herkunft in keinerlei Geheimnis gehüllt war, bei der amerikanischen Presse zu verbreiten und für einen möglichst weitgehenden Abdruck der Artikel zu sorgen, der auch, namentlich in der Provinzialpresse, ein ziemlich reger war. Später, als die Propagandatätigkeit auf die Herausgabe und Verbreitung von Flugblättern, Broschüren und umfangreicheren Schriften ausgedehnt wurde, entschloß sich Dr. Dernburg, in der Person des Herrn William Bayard Hale, der schon vorher in Wort und Schrift für eine unparteiische Würdigung des deutschen Standpunktes eingetreten war, einen namhaften amerikanischen Publizisten in das Pressebureau aufzunehmen, dem zwei jüngere New Yorker Journalisten zur Seite standen. Dazu

wurden dem Bureau, das fernerhin auch die Kriegsbilder- und Kriegsfilmpropaganda aufnahm, zwei weitere jüngere Reichsbeamte, Dr. Mechlenburg und Herr Plage, die ebenfalls aus Japan nach Amerika verschlagen waren, als Hilfsarbeiter beigegeben. Mehr als ein Dutzend Personen, einschließlich der Laufburschen, hat aber das Pressebureau zu keiner Zeit seines Bestehens gezählt. Von den angeblich einunddreißig aus Deutschland importierten geschulten Propagandisten, die, nach dem Zeugnis des Kapt. Lester bei der Senatsuntersuchung, in dem Pressebureau gearbeitet haben sollen, ist, soweit ihre Namen in den Untersuchungsprotokollen angegeben werden, nach der Versicherung des Herrn Fuehr nicht ein einziger bei ihm tätig gewesen!

Außer der Oberleitung über das Pressebureau lag Dr. Dernburg, der für seine Person unermüdlich fortfuhr, Aufsätze für Zeitschriften und aufklärende Briefe an Tageszeitungen zu schreiben, die Fühlungnahme mit maßgebenden Männern der amerikanischen Presse ob. Ferner hielt er gelegentlich, auf Einladungen hin, Reden in amerikanischen und auch deutschen Kreisen, zum Teil auch außerhalb New Yorks. Vereinigungen zum Zwecke der Propaganda hat er meines Wissens nicht gegründet; dagegen hat er derartige ohne sein Zutun entstandene Verbände, wenn sie sich an ihn wandten, selbstverständlich mit Rat und Tat unterstützt.

Für alle Fragen der Propaganda stand Dr. Dernburg ein von ihm geschaffener kleiner Ausschuß zur Seite, der, neben den Herren Albert, Meyer-Gerhard und Fuehr, aus einigen amerikanischen Journalisten und Geschäftsleuten bestand. Mit diesem Ausschusse pflegte er ein- oder zweimal wöchentlich zu konferieren, wobei die allgemeine Lage, die jeweiligen Fluktuationen in der öffentlichen Meinung sowie die voraussichtliche Wirkung des zu veröffentlichenden Propagandamaterials eingehend besprochen wurden.

Mit diesem völlig improvisierten und, wie man sieht, recht bescheidenen Apparat begann Dr. Dernburg seine

Aufklärungskampagne. Die gegnerische Behauptung, daß die deutsche Propaganda in den Vereinigten Staaten eigentlich schon viele Jahre vor dem Kriege angehoben habe, so daß wir uns im August 1914 einer vorhandenen, und zwar über das ganze Land verzweigten Organisation hätten bedienen können, entbehrt leider jeder Begründung. Bedauerlicherweise war deutscherseits in dieser Beziehung vor dem Kriege, trotz meiner mehrfach an maßgebender Stelle angebrachten Mahnungen, nie etwas geschehen. Bekanntlich war damals in Deutschland für die Macht der öffentlichen Meinung in den demokratischen Ländern sehr wenig Verständnis vorhanden. Man glaubte bei uns — wie das dem objektiven und auf das Sachliche gerichteten deutschen Volkscharakter entspricht —, es komme mehr darauf an, daß das Richtige geschehe, als daß es als richtig von der Öffentlichkeit anerkannt werde. Dazu kam die Unterschätzung der Vereinigten Staaten in ihrem Einflusse auf die weltpolitische Entwicklung. Vor dem Kriege hat wohl niemand bei uns damit gerechnet, daß die Union als ein wesentlich mitbestimmender oder gar ausschlaggebender Faktor in einem europäischen Kriege in Betracht kommen könne — eine falsche Auffassung, die leider bis tief in das Jahr 1917 nachwirkte —. Man hatte daher für eine Fühlungnahme und ein Zusammenarbeiten mit der amerikanischen Presse selten Interesse und niemals Geld gehabt. Zwar hatte ich persönlich im Laufe meiner Washingtoner Tätigkeit gewisse gesellschaftliche Beziehungen mit den Eigentümern einiger großer amerikanischer Tageszeitungen angeknüpft. Von Berlin aus aber war keinerlei Anknüpfung erfolgt. Selbst mit den deutschamerikanischen Blättern bestand keine organisierte Verbindung, und dieselben waren auch untereinander ohne jede Organisation. Mit der größten amerikanischen Nachrichtenagentur, der Associated Press, stand zwar das Wolffsche Telegraphenbureau seit Jahren in einem Geschäftsverhältnis; da dieses aber so organisiert war, daß die genannte Agentur nicht direkt mit

Berliner Wolff-Depeschen, sondern durch ihren eigenen dortigen Vertreter bedient wurde, so wollte das nicht viel bedeuten. Englischerseits war dagegen der Kontakt mit der amerikanischen Presse — ganz abgesehen von der an sich schon aus der Gleichheit der Sprache resultierenden weit engeren Verbindung — seit Jahren ein äußerst inniger gewesen und systematisch gepflegt worden. So war bei Kriegsausbruch der englische Einfluß auf die amerikanische Tagespresse ein ganz enormer. Er beruhte nicht so ausschließlich, wie man in Deutschland vielfach angenommen hat, auf direkten Eigentumsrechten. Ich glaube nicht, daß außer dem „Providence Journal" — das uns allerdings unter seinem australischen, mit den britischen Vertretungen in enger Fühlung stehenden Schriftleiter Rathom durch beständige skrupellose Angriffe außerordentlich geschadet hat — irgendeine größere amerikanische Zeitung von England direkt gekauft war. Hier und dort mögen sich größere Blocks amerikanischer Zeitungsaktien in englischem Besitz befunden und die Tendenz gewisser Blätter maßgebend beeinflußt haben. Wenn sich aber — wie im ersten Kriegsjahre von irisch-amerikanischer Seite glaubhaft versichert wurde — Lord Northcliffe ein oder zwei Jahre vor Kriegsausbruch damit gebrüstet haben soll, daß er siebzehn amerikanische Zeitungen „kontrolliere", so ist schwerlich anzunehmen, daß dieser Einfluß des englischen Zeitungsmagnaten auf klingender Münze beruhte. Vielmehr erhielten gewisse Zeitungen ihren sonst sehr kostspieligen privaten Nachrichtendienst aus England und von dem europäischen Kontinent zu sehr vorteilhaften finanziellen Bedingungen geliefert. Bei anderen Blättern sollen, ohne Kosten für dieselben, englische Leitartikelschreiber angestellt gewesen sein — eine mir in Amerika mehrfach gemachte Angabe, die sich um deswillen nicht nachprüfen ließ, weil bezüglich der Urheberschaft der Leitartikel von allen amerikanischen Zeitungen das strengste Geheimnis gewahrt wird. Allgemein gesprochen gab indessen die in bezug auf

europäische Angelegenheiten vollständig englische Organisation des amerikanischen Nachrichtendienstes den Ausschlag. Bis zum Kriegsausbruche schöpften die amerikanischen Nachrichtenagenturen ausschließlich aus englischen Quellen. Auch die Zeitschriften, die in der Union insofern eine sehr bedeutende Rolle spielen, als neue, die Tendenz der Tagespresse beeinflussende Gedanken zumeist von ihnen ausgehen, wurden in sehr weitgehendem Maße von England bedient. Andererseits wurde das weite Gebiet der kinematographischen Vorführungen stark vom französischen Film beeinflußt. Somit hatten unsere Gegner in den Vereinigten Staaten bei Kriegsausbruch für die Verbreitung ihrer Nachrichten und die Vertretung ihres Standpunktes, insbesondere aber auch zum Angriffe auf die deutsche Sache, ein schier unbegrenztes, trefflichst vorbereitetes Feld. Trotzdem überschwemmten sie alsbald, namentlich durch Vermittlung der über das ganze Land verbreiteten Agenturen der englischen Schiffahrtslinien, die Union mit Aufklärungsliteratur, und der bekannte Schriftsteller und Parlamentarier Sir Gilbert Parker versandte von London aus Tonnen derartiger Schriften an namhafte amerikanische Geschäftsleute, Professoren und Politiker.

Für uns traten allerdings, wie ich rühmend hervorheben möchte, bei Kriegsausbruch die deutschamerikanischen Zeitungen sofort rückhaltlos und geschlossen wie ein Mann ein. Auch haben sie sich bis zu Amerikas Kriegseintritt redlich bemüht, dem deutschen Standpunkte volle Gerechtigkeit widerfahren zu lassen und die unneutralen Neigungen der Mehrheit ihrer Landsleute sowie die gegnerische Verleumdungskampagne zu bekämpfen. Da sie aber dem großen, der deutschen Sprache nicht mächtigen Publikum nicht zugänglich sind und insbesondere die maßgebenden politischen amerikanischen Kreise so gut wie nicht erreichen, so blieb leider ihre Unterstützung mehr oder minder akademisch. Sehr schätzenswerte Dienste leistete der deutschen Sache die bereits erwähnte, in englischer Sprache erscheinende Wochen-

schrift „Fatherland"; bei ihrem ausgesprochenen Charakter als Kampfblatt konnte aber naturgemäß dieses Blatt nicht einen so tiefgehenden Einfluß ausüben wie die ganz unauffällig englische Propaganda treibende lokale Tageszeitung. Für die telegraphische Nachrichtenübermittlung von Deutschland nach Amerika hatten wir lediglich die kurz vor Kriegsausbruch errichteten zwei deutschen Funkenstationen in Sayville und Tuckerton zur Verfügung, und es gelang bald, allerdings unter amerikanischer Zensur, aus Berlin einen regelmäßigen Pressedienst zu erhalten, der nicht nur über die ganzen Vereinigten Staaten verbreitet, sondern auch nach Südamerika und Ostasien weitergeleitet wurde. Aber einerseits reichte die Leistungsfähigkeit der beiden Stationen, trotz wiederholter Vergrößerungen und Verstärkungen, bei weitem nicht aus; andererseits vermochte sich der Pressedienst inhaltlich den amerikanischen Bedürfnissen nie recht anzupassen. Das gleiche ist hinsichtlich der Mehrzahl der deutschen Aufklärungsschriften zu sagen, die, teils in deutscher, teils in nicht immer einwandfreier englischer Sprache, seit dem dritten Kriegsmonate in ziemlich großen Massen nach Amerika gelangten. In ihren Ausführungen trat ebenso wie in den Pressetelegrammen eine völlige Verkennung der amerikanischen Volkspsyche zutage. Der amerikanische Charakter ist, wie ich hier wiederholen möchte, keineswegs so nüchtern und berechnend, wie sich der Deutsche den amerikanischen Geschäftsmann gewöhnlich vorstellt. Das hervorstechende Charakteristikum der amerikanischen Massenpsyche ist vielmehr eine große, wenn auch oberflächliche Sentimentalität. Es gibt wohl keine Nachricht, der man nicht durch eine sentimentale Einkleidung den Weg über das ganze Land sichern könnte. Unsere Gegner haben diesen Umstand anläßlich des deutschen Einmarsches in das „arme kleine Belgien", der Erschießung der „edelmütigen Pflegerin" Edith Cavell und bei anderen Gelegenheiten in raffiniertester Weise ausgenutzt; die Berliner Propagandaleitung verstand

dagegen aus solchen Vorkommnissen auf der gegnerischen Seite, z. B. der Vergewaltigung Griechenlands, dem Luftbombardement der Fronleichnamsprozession in Karlsruhe usw., nur sehr wenig zu machen. Das, was bei auch nur halbwegs geschickter Publizität in Amerika außerordentlich stark gewirkt haben würde, nämlich die Leiden unserer Kinder, Frauen und Greise infolge der britischen Hungerblockade — das hat sie der Welt gänzlich vorenthalten!

Dagegen gab sie sich die allergrößte Mühe, der amerikanischen öffentlichen Meinung „die Wahrheit über den Krieg" beizubringen. Das aber fiel auf wenig aufnahmefähigen Boden, denn der Amerikaner wünscht nicht belehrt zu werden. Ihm lag nichts daran, die „Wahrheit" kennen zu lernen, die ihm die deutschen Pressenachrichten und Aufklärungsschriften zu übermitteln bestrebt waren. Der Amerikaner will sich sein eigenes Urteil bilden und darum nur Tatsachen haben. Die Möglichkeit der Beeinflussung liegt daher mehr in der Auswahl und Zusammenstellung der Tatsachen, als in einer logischen, überzeugenden Argumentierung. Um so leichter ist er durch rechtzeitige Übermittlung geschickt zusammengestellter Tatsachen zu beeinflussen, da ihm bei seiner durchschnittlich recht geringen Allgemeinbildung und der völligen Unkenntnis der europäischen Verhältnisse die einfachsten Voraussetzungen für eine kritische Beurteilung der von der gegnerischen Seite mitgeteilten Tatsachen fehlen. Es ist geradezu unglaublich, was sich das amerikanische Volk an Lügennachrichten bieten läßt, wenn sie nur, in der richtigen Aufmachung, oft genug wiederholt werden. Entscheidend ist dabei, von welcher Seite die erste Meldung über ein Ereignis kommt; denn der erste Eindruck haftet. Berichtigungen bleiben gewöhnlich wirkungslos, zumal sie gewöhnlich nur in kleinem Drucke und an unauffälliger Stelle mitgeteilt werden. Wenn also die amerikanische Presse beispielsweise die Nachricht von der „Vernichtung" der Kathedrale von Reims zuerst aus London in englischer

Darstellung erhielt, so vermochte keine noch so begründete deutsche Richtigstellung den ersten schlechten Eindruck zu verwischen *.

Besonders versagt haben in der Wirkung auf die amerikanische öffentliche Meinung — wie hier vorausgreifend bemerkt werden soll — die meisten unserer amtlichen Noten. Sie waren bei der späteren, immer vollständigeren Unterbrechung der Nachrichtenübermittlung aus Deutschland das letzte und ausschließliche Mittel, um dem amerikanischen Volke den deutschen Standpunkt näherzubringen. Ihre Wirkung hing ganz von dem Eindrucke ab, den sie auf die amerikanische öffentliche Meinung und nicht von dem, welchen sie auf die Washingtoner Regierung machten. Trotzdem sind sie in Berlin fast immer juristisch präzis, propagandistisch aber vollkommen verfehlt abgefaßt worden.

Die vorstehenden Momente sind zu berücksichtigen, wenn man den Erfolg unserer Propaganda in den Vereinigten Staaten zu bewerten versucht. Sie zeigen, daß einerseits die in der amerikanischen Öffentlichkeit herrschenden Bedingungen für unsere Propaganda außerordentlich ungünstige waren, und daß anderseits die Unterstützung, die sie aus der Heimat erhielt, mit geringen Ausnahmen nicht die richtige war. So ist denn Dr. Dernburg selbstverständlich nicht imstande gewesen, Amerika in den acht Monaten seines dortigen Wirkens in ein deutschfreundliches Land umzuwandeln — was sicherlich auch kein anderer an seiner Stelle vermocht hätte. Aber es ist ihm in weitgehendem Maße gelungen, in verhältnismäßig kurzer Zeit die gegnerische Propaganda mehr oder weniger lahmzulegen und wenigstens die größten Entstellungen unserer Feinde über uns nach und nach unwirksam zu machen.

* Angesichts der großen und anhaltenden Entrüstung, welche die gegnerische Propaganda seinerzeit mit der Nachricht von der „völligen Vernichtung" der Reimser Kathedrale in Amerika auszulösen verstand, ist eine Pariser „Associated Press"-Meldung vom 1. November 1919 von Interesse, wonach an diesem Tage in der Kirche wieder die Messe zelebriert wurde. Nach dieser Meldung äußerte der Kardinal - Erzbischof von Reims: ‚Wie, meine Kathedrale wäre vernichtet? Ach nein; der Schaden ist viel leichter zu reparieren, als allgemein angenommen wird."

Sowohl seine eigenen Schriften und sonstigen Beurkundungen als auch besonders die zahlreichen Broschüren und Bücher, die auf seine Anregung hin von amerikanischen Freunden der deutschen Sache geschrieben und von unserem Pressebureau direkt oder indirekt in Hunderttausenden von Exemplaren auf Grund eines mit großem Geschick zusammengestellten Adressenmaterials verbreitet wurden, erzielten eine sehr bedeutende Wirkung. Seine Fühlungnahme mit amerikanischen Journalisten und sonstigen einflußreichen Persönlichkeiten wirkte, namentlich in den ersten Kriegsmonaten, viel Gutes. Seine Anknüpfung mit irischen Führern legte den Grund für eine Kooperation, die im folgenden Jahre für unsere Stellung in den Vereinigten Staaten von großer Bedeutung wurde und bei etwas verständnisvollerem Eingehen unserer heimischen Behörden noch fruchtbarer hätte wirken können.

Ein Zweig unserer Propaganda, der ebenfalls noch unter Dr. Dernburg in Angriff genommen, in der Hauptsache aber erst nach seinem Weggange ausgebaut wurde, war die Wandelbilderpropaganda, für die Geheimrat Albert eine sehr leistungsfähige Gesellschaft ins Leben rief. Sie war zunächst als Agentur zur Verbreitung in Deutschland hergestellter Filme gedacht gewesen. Da aber von dort für den amerikanischen Markt brauchbares Material nicht zu erhalten war, entschloß sich die „American Correspondent Film Co.", eigene Korrespondenten nach Deutschland und Österreich zu entsenden, um dort selbst geeignete Aufnahmen machen zu lassen. Es sind auf diese Weise mehrere große Filmdramen geschaffen worden, die in Hunderten von amerikanischen Filmtheatern viel Erfolg erzielt haben. Trotzdem mußte das Unternehmen schließlich, in der Hauptsache wegen mangelnden Entgegenkommens der heimischen Militärbehörden, liquidiert werden.

Mit der Versenkung der „Lusitania" erreichte unsere Aufklärungspropaganda in den Vereinigten Staaten im wesent-

lichen ihr Ende. Hinfort war das Hauptziel unserer dortigen propagandistischen Betätigung, deren Leitung nach Dr. Dernburgs Abreise auf Geheimrat Albert überging, die Vereinigten Staaten aus dem Kriege herauszuhalten. Nebenher wurde versucht, gegen die Waffen- und Munitionsausfuhr sowie gegen die anglo-französische Anleihe Stimmung zu machen und die wachsende Beeinträchtigung amerikanischer Wirtschaftsinteressen durch England zu demonstrieren. Im November 1915 drängte ich, wie ich damals dem Reichskanzler von Bethmann Hollweg telegraphierte, auf den vollständigen Abbau der Propaganda. Das Pressebureau in New York blieb zwar unter Dr. Fuehrs Leitung bis zum Abbruch der amerikanisch-deutschen Beziehungen bestehen. Es beschäftigte sich indessen, abgesehen von gewissen fortlaufenden literarischen Beiträgen für bestimmte Zeitschriften, weniger mit propagandistischen Aufgaben als mit der Beobachtung der amerikanischen Presse und dem Ausbau des Nachrichtendienstes von und nach Deutschland sowie nach Südamerika und Ostasien.

DRITTES KAPITEL

DIE POLITISCHEN EREIGNISSE BIS ZU DEM „LUSITANIA"-VORFALL

WIE ich im ersten Kapitel erwähnte, ließ sich erwarten, daß die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten überwiegend für die Entente Partei ergreifen würde. Dies geschah infolge der Verletzung der Neutralität Belgiens noch weit über Erwarten. Die Heftigkeit der Äußerungen der antideutschen Partei rief lebhaften Widerspruch seitens derjenigen hervor, welche eine strenge Neutralität der Vereinigten Staaten verlangten. Die Angehörigen der letzteren Partei wurden immer als „Pro-Germans" bezeichnet, obgleich selbst die Deutschamerikaner nie mehr forderten als eine unbedingte Neutralität. Auf dieses Ziel hin arbeitete auch die deutsche Politik durch ihre Vertreter in Amerika. Wir haben zu keiner Zeit mehr erhofft.

Die Wogen der Erregung gingen so hoch, daß sogar die privaten Beziehungen der Angehörigen beider Parteien zueinander darunter litten. Präsident Wilson erließ daher am 19. August 1914 an das amerikanische Volk eine Proklamation, welche besonderes Interesse beansprucht, weil sie seine Politik, die er bis zu dem Bruche konsequent und hartnäckig im Auge hatte, in bestimmter Form festlegte.

In der Proklamation befinden sich folgende Sätze: „Jeder Mann, der Amerika wirklich liebt, wird in dem Geiste wahrer Neutralität sprechen, welcher der Geist der Unparteilichkeit, Gerechtigkeit und Freundschaft gegen alle Beteiligten ist," und ferner „Trennung in verschiedene Lager würde

verhängnisvoll werden für den Frieden unserer Seelen und könnte ernstlich der richtigen Erfüllung unserer Pflicht im Wege stehen, als der einzigen großen Nation, welche im Frieden lebt, dem einzigen Volke, das sich bereithält, die Rolle eines unparteiischen Vermittlers zu spielen und friedliche Ratschläge zu geben, nicht als Parteigänger, sondern als Freund."

Die in den zitierten Auszügen aus Herrn Wilsons Proklamation skizzierte Politik fand die Zustimmung der überwiegenden Mehrheit des amerikanischen Volkes, denn selbst unter den Parteigängern der Entente war nur eine kleine Minderheit vorhanden, die ein aktives Eingreifen der Vereinigten Staaten in den Krieg wünschte. Abgesehen davon, daß die traditionelle amerikanische Politik eine solche Einmischung in europäische Verhältnisse zu verbieten schien, lag es im Interesse der Vereinigten Staaten, in ungebrochener Kraft den „arbiter mundi" zu spielen, wenn die Staaten des alten Europa, des gegenseitigen Zerfleischens müde, endlich wieder den Frieden herbeisehnten. Amerika mußte wünschen, daß keine der beiden kriegführenden Parteien in übermächtiger Stellung aus dem Kampfe hervorging. Deshalb liegt eine gewisse Wahrheit darin, wenn bei uns vielfach behauptet wird, die Vereinigten Staaten würden jedenfalls schließlich in den Krieg eingegriffen haben, um den sogenannten „deutschen Frieden" zu verhindern. Die Frage ist aber nur, ob ein solcher Friede angesichts der Übermacht unserer Feinde jemals möglich war. Wenn wir die erste Schlacht an der Marne gewonnen hätten und dann bereit gewesen wären, Belgien wiederherzustellen, sowie im übrigen einen maßvollen Frieden zu schließen, so ließe sich immerhin denken, daß wir uns mit England über eine Art von Frieden von Amiens hätten verständigen können. Nach dem Verlust der Marneschlacht war ein „deutscher Friede" ausgeschlossen. Die Möglichkeit eines solchen hat niemals wieder bestanden. Deshalb mußte die deutsche Politik einen

Verständigungsfrieden auf der Basis des „Status quo ante“ erstreben. Wie Friedrich der Große die neugewonnene Großmachtstellung Preußens gegen gewaltige Übermacht verteidigte, so kämpften wir unter ähnlichen Umständen für die Aufrechterhaltung der Weltstellung Deutschlands. Unsere Regierung hatte urbi et orbi erklärt, daß sie einen Verteidigungskrieg führte, und mußte daher konsequent ihre Politik dementsprechend einstellen. Wenn wir einen dem Hubertusburger ähnlichen Frieden erlangten, hatte Deutschland den Sieg errungen. Es wird bei uns heute noch vielfach bestritten, daß es möglich gewesen wäre, dieses Ziel zu erreichen. Ich habe in Amerika zweieinhalb Jahre dafür gekämpft und bin noch heute, ebenso wie damals, fest davon überzeugt, daß wir durch Eingehen auf die Politik der Vereinigten Staaten einen den Bedürfnissen des deutschen Volkes entsprechenden Frieden erlangt hätten, wenn diejenigen, welche in der Heimat das gleiche wollten, in der Lage gewesen wären, ihren Willen durchzusetzen.

Bei uns wird gegen meine Auffassung auch eingewandt, daß das deutsche Volk nicht „durchhalten“ konnte, wenn es nicht durch den „Siegeswillen“ aufgepeitscht wurde. Ich glaube, daß diese Behauptung dem deutschen Volke unrecht tut. Wäre unsere heimische Propaganda, anstatt daß sie immer eitle Siegeshoffnungen weckte, darauf eingestellt worden, die reine Wahrheit zu sagen, würde das deutsche Volk den Gefahren bis zuletzt standgehalten haben. Wir hätten immer wiederholen sollen, daß unsere Lage sehr bedenklich sei, daß wir aber die Zähne zusammenbeißen müßten, und daß die Regierung bereit sei, bei der ersten Gelegenheit den Verteidigungskrieg durch einen entsprechenden Frieden zu beschließen.

Die kontroverse Frage des „deutschen“ oder des „Verständigungsfriedens“ mußte schon hier berührt werden, weil sie den Kernpunkt des diplomatischen Kampfes in Washington bildete. Diese Schlagworte waren zu Anfang

des Krieges noch nicht erfunden, aber ihr wesentlicher Inhalt beherrschte schon damals die Lage. Die Haltung der amerikanischen Regierung und öffentlichen Meinung uns gegenüber hing in erster Linie davon ab, ob sie glaubte, daß wir die Weltherrschaft erstrebten oder daß wir einen Verteidigungskrieg führten.

Gleich nach meiner Rückkehr aus Europa besuchte ich den Präsidenten Wilson, der übrigens den Krieg und das Ableben seiner ersten Frau zum Anlaß nahm, um sich noch mehr als sonst von der Außenwelt zurückzuziehen. Allgemein nannte man ihn den Einsiedler des Weißen Hauses. Er empfing nur solche Personen, mit denen er politische Geschäfte zu erledigen hatte. Insbesondere den Diplomaten und anderen Ausländern gegenüber hielt sich Herr Wilson sehr zurück, weil er den Schein der Bevorzugung oder Parteilichkeit vermeiden wollte.

Einem Deutschen wird es nach der Enttäuschung von Versailles sehr schwer, Herrn Wilson gerecht zu beurteilen. Wir dürfen aber nicht vergessen, daß man in Deutschland nie einen ernstlichen Versuch gemacht hat, die Persönlichkeit des Präsidenten der Vereinigten Staaten unbefangen zu würdigen. In dem Verlaufe des Krieges hat man ihn immer mehr und mehr als unneutral und deutschfeindlich betrachtet, während er tatsächlich am Maßstab der amerikanischen öffentlichen Meinung gemessen in einem ganz anderen Lichte erscheint. Später, nach unserer militärischen Niederlage, huldigten wir Herrn Wilson als dem Messias, der Deutschland und die ganze Welt aus ihrer tiefen Not erretten sollte. Als dann der Präsident in Versailles, anstatt ein großzügiges Programm zum gemeinsamen Wiederaufbau der Welt aufzustellen und durchzuführen, alle ultrachauvinistischen und nationalistischen Fehler der europäischen Staatsmänner guthieß und Deutschlands Bestrafung als den Zweck des Friedens proklamierte, wurde Herr Wilson bei uns ohne Umschweife als Heuchler bezeichnet.

Ich glaube, daß in allen Phasen des Krieges die deutsche Beurteilung des Präsidenten unter sehr starken Übertreibungen gelitten hat. Ihr Hauptfehler lag in der Loslösung der Persönlichkeit Wilsons von der öffentlichen Meinung der Vereinigten Staaten. Trotz seiner starken Eigenwilligkeit und seiner autokratischen Neigungen ist Herr Wilson doch in erster Linie der vollendetste Typus des amerikanischen Politikers. Er will in seinen Reden immer der Stimme der öffentlichen Meinung Ausdruck geben und in seiner Politik deren Wünsche befolgen. Gewiß sucht er die öffentliche Meinung zu leiten und zu beeinflussen. Aber er wechselt sofort die Front, wenn er merkt, daß er andere Wege gegangen ist, wie die Aura popularis wünschte. Um die Taten und Reden Herrn Wilsons richtig zu beurteilen, muß man sich zunächst immer fragen, was er damit in Amerika für die politische Stellung seiner eigenen Person und seiner Partei erreichen will. In glänzendster Form proklamiert er die Ideale des amerikanischen Volkes. Aber die Realisierung derselben im einzelnen hängt dann immer von den aktuellen innerpolitischen Interessen seiner Person und der demokratischen Partei ab. Die Stellung Herrn Wilsons ist immer gleichbedeutend mit derjenigen seiner Partei gewesen, weil diese überhaupt keine andere Persönlichkeit aufzuweisen hat, die mit dem Präsidenten konkurrieren könnte. Deshalb fand Herr Wilson innerhalb der demokratischen Partei immer nur wenig oder gar keinen Widerstand und konnte er, seinen Neigungen entsprechend, lange Zeit eine ganz selbständige Politik treiben.

Der Präsident ist ein liebenswürdiger Gesellschafter, wenn er sich einmal entschließt, aus seinem engsten Kreise herauszutreten. Er gilt nicht als treuer Freund und wird von vielen seiner früheren Mitarbeiter und begeisterten Anhänger der Undankbarkeit beschuldigt. Jedenfalls ist Herr Wilson aber ein unversöhnlicher Feind, wenn er sich persönlich angegriffen oder verletzt fühlt. Er neigt infolge seiner

Empfindlichkeit stark zu dem Fehler, politische Meinungsverschiedenheiten als persönliche Feindseligkeit zu empfinden. Der Präsident hat der kaiserlichen Regierung niemals verziehen, daß sie seine von der amerikanischen öffentlichen Meinung gestützte Friedenspolitik des Winters 1916—17 zum Scheitern brachte. Bei uns sind ihm später diejenigen seiner Reden als Heuchelei ausgelegt worden, in welchen er zwischen dem deutschen Volk und der kaiserlichen Regierung unterschied. Eine solche Differenzierung war damals durch die amerikanische Volksstimmung begründet, die Autokratie und Militarismus für das Unglück der Welt verantwortlich machte. Unbeantwortet bleibt aber die Frage, warum diese Unterscheidung in Versailles von Herrn Wilson aufgegeben wurde. Ohne ihn irgendwie entschuldigen oder verteidigen zu wollen, erkläre ich das Rätsel dadurch, daß sich der Präsident durch die Staatsmänner der Entente von der Mitschuld des deutschen Volkes überzeugen ließ. Er befand sich uns gegenüber in einer Stimmung, die ihn solchen Einwirkungen zugänglich machte. Herr Wilson war nach Herkunft, Erziehung und Bildung Pazifist. Wenn man sich erinnert, daß bei uns und in neutralen Ländern gerade die Pazifisten über den Frieden von Versailles am meisten entrüstet waren, daß gerade sie in ihrer Mehrzahl rieten, diesen Frieden nicht zu unterzeichnen, sondern den Krieg fortzuführen, so kann man sich immerhin vorstellen, welche Empfindungen ein enttäuschter Pazifist wie Wilson demjenigen gegenüber hegt, welchen er für schuldig hält, einen idealen pazifistischen Frieden vereitelt zu haben.

Außerdem beherrschte Herr Wilson von Versailles aus nicht mehr die amerikanische öffentliche Meinung, und seine politische Macht war infolgedessen zusammengebrochen. In den Vereinigten Staaten gewann wieder die alte Gleichgültigkeit gegen europäische Dinge die Oberhand. Man war zufrieden, den Sieg über Autokratie und Militarismus herbeigeführt zu haben. Weiter wollte man nichts. Die

amerikanischen Truppen drängten nach Hause, und schließlich war die Stimmung uns gegenüber in den Vereinigten Staaten noch so schlecht, daß dort niemand es verstanden haben würde, wenn der Präsident um unsertwillen einen Bruch mit seinen bisherigen Bundesgenossen herbeigeführt hätte.

In Versailles mag auch eine hervorstechende Eigentümlichkeit Herrn Wilsons eine Rolle gespielt haben, die schon bei den früheren Verhandlungen von großer Bedeutung war. Er ist ein Mann langsamer Entschlüsse, der Entscheidungen gern aufschiebt, bis sie unvermeidlich sind. Immer ist er geneigt, abzuwarten, ob die Situation sich nicht von selbst bessert oder ein unvorhergesehenes Ereignis eintritt. Wie oft haben während der Washingtoner Verhandlungen einmal unsere Gegner und ein anderes Mal ich geglaubt, daß wir den Präsidenten auf eine bestimmte Richtung festgelegt hätten! Immer wieder wurde aber dann die endgültige Entscheidung aufgeschoben. In Washington erfolgte sie meistens unter dem Drucke einer starken Einwirkung der öffentlichen Meinung. In Versailles mögen wohl die Staatsmänner der Entente oft die Entscheidung dadurch erzwungen haben, daß sie einen stärkeren Willen und größere Kenntnisse europäischer Verhältnisse an den Tag legten. Herr Wilson war in Versailles in der Lage des Riesen Antäus, der seine Kraft lediglich aus dem heimatlichen Boden zog. Losgelöst von der amerikanischen Erde, konnte ihn Herkules-Clemenceau erdrücken.

Zu der Zeit, die ich jetzt beschreibe, lagen die Verhältnisse ganz anders, weil Herr Wilson damals in der amerikanischen öffentlichen Meinung eine zuverlässige Stütze seiner Politik hatte. In Deutschland nahm man gleich zu Beginn des Krieges dem Präsidenten sehr übel, daß er das Telegramm des Kaisers, worin Herr Wilson ersucht wurde, die Greuel der belgischen Bevölkerung und Franktiereurs zu mißbilligen, kühl ablehnend beantwortete. Es ist aber bei uns nicht beachtet worden, daß der Präsident zu derselben

Zeit ebenfalls ablehnte, eine belgische Deputation zu empfangen, die nach Amerika kam, um seine Hilfe zu erbitten.

Bei meiner bereits erwähnten Unterredung mit dem Präsidenten äußerte sich dieser im Sinne seiner Neutralitätsproklamation, deren wesentlichen Inhalt ich oben wiedergegeben habe. Meine Erwiderung, daß die amerikanische Neutralität uns mit Wohlwollen gegen unsere Feinde gefärbt zu sein scheine, wies Herr Wilson lebhaft zurück. Er meinte, dieser Anschein werde nur durch die Tatsache der Seeherrschaft Englands hervorgerufen, an welcher er nichts ändern könne. Der Präsident knüpfte hieran folgende Bemerkung, die mir damals sehr auffiel:

Die Vereinigten Staaten müßten unbedingt neutral bleiben, weil anderenfalls infolge der Zusammensetzung ihrer Bevölkerung aus Abkömmlingen aller europäischen Länder sehr ernste Schwierigkeiten entstehen würden.

Meine Äußerung über die für unsere Feinde wohlwollende Neutralität der Vereinigten Staaten war damals hauptsächlich durch die Differenz über die funkentelegraphischen Stationen veranlaßt. Die Entstehung dieser Frage liefert auch einen Beweis dafür, wie wenig wir uns für einen Krieg vorbereitet hatten. Durch deutsche Unternehmungslust waren behufs Herstellung direkter Verbindung mit Europa zwei funkentelegraphische Stationen an der Ostküste der Vereinigten Staaten errichtet worden, eine in Sayville (Long Island), die andere in Tuckerton (New Jersey). An der Finanzierung von beiden hatte sich amerikanisches und französisches Kapital beteiligt. Da die Kabel bei Beginn des Krieges völlig in die Hände der Engländer gerieten bzw. von ihnen zerstört wurden, stand uns keine telegraphische Verbindung mit der Heimat zur Verfügung. Wir waren ausschließlich auf die drahtlosen Stationen angewiesen, wenn wir uns nicht ausnahmsweise mit langwierigen Umwegen über neutrale Staaten behelfen konnten. Nun stellte sich leider heraus, daß die Rechtslage hinsichtlich der Besitztitel

beider Stationen nicht klar war. Von französischer Seite wurden sofort Prozesse angestrengt und die Schließung der Stationen durch einstweilige Verfügung des Gerichts verlangt. Unter diesen Umständen war es für uns noch ein Glück, daß die amerikanische Regierung, nach langwierigen Verhandlungen mit mir, von beiden Stationen Besitz ergriff. Andernfalls wären dieselben geschlossen worden, und wir hätten sie überhaupt nicht benutzen können.

Die Freude über die getroffene Entscheidung wurde uns dadurch gestört, daß die Washingtoner Regierung eine Zensur der Radiogramme einführte, indem sie sich auf die Haager Konvention berief, welche von neutralem Boden aus die Herstellung einer drahtlosen Verbindung mit den Land- und Seestreitkräften einer kriegführenden Macht verbietet. Wenn die Stationen schon vor dem Kriege in vollem öffentlichem Betriebe gewesen wären, hätten wir einen festen Rechtsboden unter den Füßen gehabt, denn die Haager Konvention statuiert für solche Fälle eine Ausnahme. Unglücklicherweise waren aber die Stationen im Jahre 1914 nur teilweise fertig ausgebaut, und die Anwendbarkeit der betreffenden Klausel war daher immerhin zweifelhaft. Zwar konnten die Stationen sofort in Betrieb genommen werden, aber auf den französischen Protest hin stellte sich die amerikanische Regierung auf den streng juristischen Standpunkt. Wir mußten uns bei den Verhandlungen mit dem Hinweise begnügen, daß unsere Feinde durch chiffrierte Kabeldepeschen jede militärische Nachricht an ihre Regierungen weitergeben könnten, während wir in der Benutzung der Funkenstationen beschränkt würden. Schließlich einigten wir uns mit der amerikanischen Regierung dahin, daß diese ein Exemplar der Chiffren erhielt, welche wir für die Radiogramme gebrauchten. So blieb der Inhalt der letzteren unseren Feinden verborgen, während die Washingtoner Regierung davon Kenntnis erhielt, um die Übermittlung militärischer Nachrichten verhindern zu können. Dieses Verfahren stellte sich für

uns naturgemäß nur als ein Notbehelf dar und war für die Führung von Verhandlungen mit der amerikanischen Regierung ungeeignet.

Der Verlauf obiger Kontroverse war typisch für das Schicksal der deutschen Interessen in Amerika während der ganzen Periode der Neutralität. Wir hatten unglücklicherweise gar keine Machtmittel in der Hand, um auf Amerika irgendwelchen Druck zu unseren Gunsten auszuüben. Im Vergleiche mit der im Fahrwasser der Entente segelnden öffentlichen Meinung der Oststaaten und mit den maßgebenden Kreisen New Yorks bemühte sich die Wilsonsche Administration fraglos um ehrliche Neutralität. Trotzdem sind ihre Entscheidungen materiell meistens zu unseren Ungunsten verlaufen, so daß für den fernerstehenden deutschen Beobachter nicht ohne Grund der Eindruck entstehen konnte, als ob die Neutralität der amerikanischen Regierung nur eine erheuchelte wäre und unter allerlei Vorwänden England Vorschub geleistet werden sollte.

Dieser Eindruck war für den, welcher aus der Nähe beobachten konnte, nicht vorwaltend. Die Amerikaner sind in der Politik in erster Linie Juristen, und zwar in einem strengeren und rechtlicheren Sinne als die imperialistischen Engländer, bei denen nach ihrer alten Tradition das Recht nur die Form ist, um den politischen Willen durchzusetzen bzw. zu umhüllen. Ich kann nicht beurteilen, inwieweit die Amerikaner etwa seit 1917 infolge ihres Eintritts in den Krieg zu Vollblutimperialisten geworden sind. Damals waren sie es jedenfalls noch nicht. Wenn im übrigen tatsächlich die meisten Entscheidungen der Vereinigten Staaten zu unseren Ungunsten fielen, so war die Frage nach den amerikanischen Motiven streng zu unterscheiden von der anderen Frage, welche Folgerungen wir aus der Sachlage zogen. Selbst wenn wir berechtigte Ursache gehabt hätten, über ungünstige Behandlung zu klagen, so war eben Amerika insoweit zu schonen, als es unserem letzten Interesse, den Krieg nicht

zu verlieren, entsprach. Die Frage kann nicht so gestellt werden, ob wir Grund zur Empfindlichkeit und zur Vergeltung hatten, sondern einzig so, wieviel aus der gegebenen Sachlage für Deutschland herauszuholen war.

Bei meinem erwähnten Besuche im Weißen Hause war nur die Frage der Funkentelegraphie akut. Diese, ebenso wie die später zu erwähnenden Verhandlungen über die Bekohlung unserer Kriegsschiffe und über die amerikanischen Waffen- und Munitionslieferungen führte ich mit Staatssekretär Bryan. Als ich diesen zum ersten Male aufsuchte, rief er mir mit großer Lebhaftigkeit zu:

„Jetzt sehen Sie, daß ich recht hatte, als ich stets sagte, Vorbereitung für einen Krieg sei der geeignetste Weg, einen solchen herbeizuführen. Alle europäischen Mächte waren bis an die Zähne bewaffnet und behaupteten immer, daß diese schwere Rüstung notwendig sei, um sich gegen einen Krieg zu schützen. Jetzt ist der Trugschluß offenbar. Wir allein leben im Frieden, weil wir unbewaffnet sind."

Herr Bryan ist immer ein ehrlicher Pazifist geblieben und opferte später den Ministerposten seiner Überzeugung. Solange er im Amte blieb, beeinflußte er die amerikanische Regierung stets im Sinne der Erhaltung der Neutralität und bemühte sich ständig, den Frieden herbeizuführen. Ein erster Versuch in letzterer Richtung war gleich nach Ausbruch des Krieges von Washington aus gemacht worden, fand aber bei den kriegführenden Mächten allseitige Ablehnung. Zu Anfang des Monats September wiederholte Bryan das Angebot amerikanischer Vermittlung.

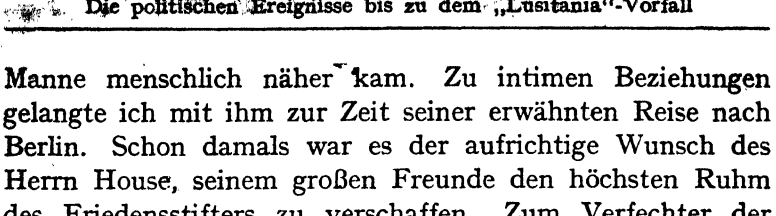
Damals hatte in New York eine lebhafte Agitation für Wiederherstellung des Friedens eingesetzt. Herr William Randolph Hearst, der bekannte Verleger weitverbreiteter Zeitungen, und andere namhafte Persönlichkeiten veranstalteten große Versammlungen, in denen es als die weltgeschichtliche Mission der Vereinigten Staaten bezeichnet wurde, dem Massenmorden in Europa Halt zu gebieten. Zu dieser Zeit

war ich mit einigen anderen Herren bei dem Bankier James Speyer auf dessen Landsitz zu Gast. Der Hausherr und die meisten Anwesenden, darunter der frühere Botschafter in Konstantinopel, Oskar Straus, waren Anhänger der augenblicklichen pazifistischen Bewegung. Bei Tische wurde die Frage der amerikanischen Vermittlung lebhaft besprochen. Namentlich war Herr Straus für diesen Gedanken eingenommen. Er wandte sich besonders an mich, weil die deutsche Regierung als Gegnerin der pazifistischen Ideen betrachtet wurde. Ich sagte, wir hätten den Krieg nicht gewollt und würden gewiß bei der ersten geeigneten Gelegenheit zu einem Verständigungsfrieden bereit sein. Daraufhin erklärte Herr Straus, daß er sofort nach Washington reisen werde, um Herrn Bryan meine Worte zu wiederholen. Gleich nach dem Essen begab er sich auf die Bahn, und schon am nächsten Tage erhielt ich ein Telegramm des Staatssekretärs, worin dieser mich ersuchte, schleunigst zu einer Besprechung nach Washington zurückzukehren. Dort hatten wir in der Privatwohnung Herrn Bryans eine längere Unterredung, als deren Ergebnis ein amerikanisches Vermittlungsangebot an den Reichskanzler gerichtet wurde. Inzwischen war Herr Straus zu den Botschaftern der anderen kriegführenden Mächte gefahren, welche sich alle mehr oder weniger ablehnend verhielten. Die freundlich gehaltene Antwort der deutschen Regierung deckte sich im Prinzip mit meinen Äußerungen, fügte aber hinzu, daß Herr Bryan sich zunächst an unsere Feinde wenden möge, weil der weitere Verlauf der Verhandlungen von deren Haltung abhänge, welche nicht bekannt sei. Die amerikanische Regierung kam niemals auf die Frage zurück, und ich hatte keinen Grund, dieselbe zu urgieren. Jedes Drängen unsererseits würde den Eindruck der Schwäche hervorgerufen haben. Immerhin hatte dieses Zwischenspiel für uns insofern ein günstiges Ergebnis, als unsere Bereitwilligkeit zu Verständigungsverhandlungen mit der Ablehnung der Gegner kontrastierte.

Infolge des Scheiterns ihrer ersten Vermittlungsversuche hielt die amerikanische Regierung es für notwendig, sich zunächst mehr zurückzuhalten. Trotzdem sandte aber Präsident Wilson noch vor Ablauf des Winters 1914/15 seinen vertrauten Freund, den Oberst Edward M. House, nach London, Paris und Berlin, um in halbamtlicher Weise festzustellen, ob sich Friedensmöglichkeiten böten.

Herr House, der sein Heim in einer prunklosen Wohnung in New York hatte, nahm im Weißen Hause eine ganz eigenartige und sehr einflußreiche Stellung ein. Dem Präsidenten durch innige Freundschaft verbunden, hat er es stets abgelehnt, irgendein Staatsamt daheim oder im Auslande einzunehmen, obgleich er in bescheidenen Verhältnissen lebt und sicherlich jeden beliebigen Kabinett- oder Botschafterposten hätte haben können. So blieb er völlig unabhängig und war seit Präsident Wilsons Amtsantritt dessen nächster Berater in inneren und namentlich in auswärtigen Angelegenheiten. Als solcher nahm Herr House eine Stellung ein, wie sie in der amerikanischen Geschichte ohnegleichen ist. Bei seinem damaligen Aufenthalt in London soll er sich der wenig amerikafreundlichen Gattin eines englischen Ministers gegenüber selbst als die „Augen und Ohren des Präsidenten“ bezeichnet haben. Ich weiß aus eigener Erfahrung, wie eingehend und zutreffend er seinen Freund über die Verhältnisse in Europa zu informieren verstand und wie unbedingt richtig er anderseits die Ansichten Herrn Wilsons wiedergab.

Es war nicht leicht, mit Herrn House, dessen fast sprichwörtliche Wortkargkeit mit der Schweigsamkeit des alten Moltke vergleichbar war, näher bekannt zu werden. Entgegen der Mehrzahl seiner Landsleute, insbesondere seiner engeren Landsleute aus den Südstaaten, ist Herr House, bei aller persönlichen Liebenswürdigkeit und südstaatlichen Courtoisie, zugeknöpft und zurückhaltend. Es bedurfte beträchtlicher Zeit, bis ich dem sehr klugen und interessanten



Manne menschlich näher kam. Zu intimen Beziehungen gelangte ich mit ihm zur Zeit seiner erwähnten Reise nach Berlin. Schon damals war es der aufrichtige Wunsch des Herrn House, seinem großen Freunde den höchsten Ruhm des Friedensstifters zu verschaffen. Zum Verfechter der Gedanken des Präsidenten war Herr House eine besonders geeignete Persönlichkeit. Ich habe nie einen aufrichtigeren und ehrlicheren Pazifisten gekannt als ihn. Er verabscheut den Krieg, weil er denselben als mit seinen Idealen edler Menschlichkeit in Widerspruch stehend betrachtet. Oft sprach er mir mit Entrüstung über Menschen, die sich an dem Kriege bereicherten, und setzte hinzu, daß er niemals Effekten der Kriegsindustrie anrühren würde. Wiederholt erzählte er mir später, daß er ebenso energisch in London gegen die völkerwidrige englische Blockade wie in Berlin gegen den U-Bootkrieg gesprochen habe. Beide Arten der Kriegführung widerstrebten dem warmen und mitleidigen Herzen des Herrn House. Er konnte es nicht fassen, daß Frauen und Kinder an Hunger oder durch Ertrinken umkommen sollten, damit die Ziele einer imperialistischen Politik, die er verurteilte, erreicht würden. Zudem war er überzeugt, daß beide Arten der Kriegführung den Sieg nicht entscheiden, sondern nur in den Ländern beider kriegführenden Parteien eine grenzenlose Erbitterung hervorrufen würden, welche der künftigen gemeinsamen Friedensarbeit im Wege stehen müßte. In vielen seiner damaligen Auffassungen hat Herr House recht behalten, wie ja auch der Krieg lediglich durch den Eintritt Amerikas und die dadurch entstandene Übermacht an Menschen, Geld und Material entschieden worden ist.

Inzwischen hatte sich wegen des Waffen- und Munitionshandels die Stimmung in Deutschland scharf gegen die Vereinigten Staaten gewandt. Diese Frage lag für uns sehr

ungünstig, da uns die Rechtsbasis fehlte. Die Bestimmung der Haager Konvention, welche solchen Handel gestattet, war seinerzeit auf der zweiten Haager Konferenz auf unseren eigenen Antrag angenommen worden. Immerhin war es begreiflich, daß die nach Lage der Dinge einseitige Unterstützung unserer Feinde durch die schnellwachsende amerikanische Kriegsindustrie in Deutschland starke Verstimmung erzeugte. Infolgedessen entstand eine Kontroverse mit der amerikanischen Regierung, ähnlich derjenigen mit England während des Krieges von 1870/71. Selbst in den Vereinigten Staaten gab es eine nicht geringe Minderheit, welche den Waffen- und Munitionshandel mißbilligte, und zwar mehr aus moralischen als aus politischen oder völkerrechtlichen Gründen. Es versteht sich von selbst, daß die Agitation dieser Minderheit von den deutschen Vertretern in jeder Weise unterstützt wurde. Kein amerikanisches Gesetz verbot solche Unterstützung, welche auch nicht als Verletzung der amerikanischen Neutralität betrachtet werden konnte. Allerdings gerieten hierbei einige der deutschen Herren in eine schwierige Lage, weil sie in den Verdacht kamen, die „Deutschamerikaner", welche nebst den Iren eine führende Rolle bei der Agitation spielten, gegen die Regierung aufgehetzt zu haben. Namentlich Dr. Dernburg wurde in Amerika nicht mehr gern gesehen, seitdem er neben seiner schriftstellerischen Tätigkeit angefangen hatte, Reden in Versammlungen zu halten. Er galt bei der Washingtoner Regierung als der Anführer der „Bindestrich-Amerikaner", welche die Politik der Administration des Präsidenten Wilson bekämpften, weil letztere den formaljuristischen Standpunkt einnahm, daß der Waffen- und Munitionshandel erlaubt sei, und daß es daher eine Verletzung der Neutralität zu unseren Gunsten wäre, wenn solcher Handel nach Beginn des Krieges verboten würde. Präsident Wilson selbst hatte allerdings den Gedanken gehabt, die Waffen- und Munitionsfabriken zu verstaatlichen, wodurch der Handel mit den

kriegführenden Mächten völkerrechtswidrig geworden wäre. Als er aber unter der Hand den Kongreß sondierte, stellte sich heraus, daß für eine solche Maßregel keine Majorität zu haben war. Die Vereinigten Staaten hatten bereits auf der Haager Konferenz einen ähnlichen Vorschlag gemacht, der eine Hauptforderung der Pazifisten erfüllen sollte. Es galt in weiten amerikanischen Kreisen als Axiom, daß die Waffen- und Munitionsfabrikanten die eifrigsten Kriegshetzer seien. Da es in dem ersten Kriegswinter in Amerika sehr wenig derartige Fabriken gab, war der Gedanke des Präsidenten keine reine Utopie, sondern sicher ernstlich gemeint, wobei in Betracht kommt, daß die Kreise der amerikanischen Schwerindustrie zu den schärfsten politischen Gegnern Herrn Wilsons gehörten. Wenn die Anregung des Präsidenten in der deutschen Öffentlichkeit bekannt geworden wäre, hätte man bei uns Herrn Wilson günstiger beurteilt.

Die Verhandlungen, die ich über die Waffen- und Munitionslieferungen zu führen hatte, verquickten sich mit der Frage der Bekohlung unserer Kriegsschiffe. Diese geschah auf Grund eines Vertrages der Reichsregierung mit der Hamburg-Amerika-Linie. Die Hafenbehörden hatten sich zuerst entgegenkommend gezeigt. Auf englische Proteste hin wurde die Handhabung der amerikanischen Regierung von Monat zu Monat strenger. Mit der Sache selbst hatte ich nichts zu tun. Sie lag in den Händen des Marineattachés, der aus begreiflichen Gründen der Seekriegführung alle seine Maßnahmen streng geheim hielt. Ich wurde erst mit der Angelegenheit befaßt, als ich den Auftrag erhielt, der amerikanischen Regierung die folgende vom 15. Dezember 1914 datierte Denkschrift zu überreichen:

„Nach allgemeinen völkerrechtlichen Grundsätzen läßt sich nichts dagegen einwenden, daß neutrale Staaten durch ihr Gebiet oder aus ihrem Gebiete Kriegskonterbande an die Feinde Deutschlands gelangen lassen. Dafür sprechen auch die Artikel 7 der Haager Abkommen vom 18. Oktober 1907,

betreffend die Rechte und Pflichten der Neutralen im Falle eines Landkrieges und eines Seekrieges. Macht aber ein Staat von dieser Freiheit zugunsten unserer Feinde Gebrauch, so darf er gemäß einer allgemein anerkannten Regel des Völkerrechts, die in den Artikeln 9 der beiden erwähnten Abkommen bestätigt ist, nicht der deutschen Kriegsmacht bei dem Bezuge der Konterbande aus seinem Gebiet oder durch sein Gebiet Hindernisse in den Weg legen.

Dieser Auffassung trägt die Neutralitätserklärung der Vereinigten Staaten vollkommen Rechnung, indem danach die Zuführung von Kriegskonterbande an alle Kriegführenden in gleicher Weise erlaubt ist: ‚All persons may lawfully and without restriction by reason of the aforesaid stats of war manufacture and sell within the United States arms and ammunitions of war and other articles ordinarily known as contraband of war*.‘

Der vorstehende Grundsatz ist in der öffentlichen Erklärung des amerikanischen Staatsdepartements vom 15. Oktober 1914 über Neutralität und Konterbande in weitestem Maße angenommen worden.

Gleichwohl haben verschiedene Hafenbehörden in den Vereinigten Staaten Kauffahrteischiffen, die deutschen Kriegsschiffen auf hoher See oder in anderen neutralen Häfen die erforderlichen Feuerungsstoffe und Vorräte zuführen wollten, die Ausklarierung verweigert. Eine solche Zufuhr braucht ein neutraler Staat nach den erwähnten völkerrechtlichen Grundsätzen nicht zu verhindern; er darf also Kauffahrteischiffe mit entsprechender Ladung weder festhalten noch in ihrer Bewegungsfreiheit behindern, nachdem er die Versorgung der Gegner mit Kriegskonterbande gestattet hat. Nur dann würde es seine Pflicht werden, den Handel dieser Schiffe einseitig zu hindern, wenn durch einen solchen Handel die Häfen ein Stützpunkt für deutsche Seekriegsunter-

* Jedermann kann gesetzlich und ohne Beschränkung wegen des vorerwähnten Kriegszustandes Waffen und Kriegsmunition und andere herkömmlich als Kriegskonterbande bekannte Artikel innerhalb der Vereinigten Staaten anfertigen und verkaufen.

nehmungen würden. Dies könnte vielleicht der Fall sein, wenn in den Häfen deutsche Kohlendepots angelegt wären oder die Schiffe sie auf dem Wege zu den deutschen Seestreitkräften in regelmäßiger Fahrt anliefen. Es bedarf aber keiner Ausführung, daß das gelegentliche Auslaufen eines Kauffahrteischiffes mit Vorräten oder Kohlen für deutsche Kriegsschiffe den neutralen Hafen noch nicht zu einem neutralitätswidrigen Stützpunkt für deutsche Seekriegsunternehmungen macht.

Unsere Feinde beziehen aus den Vereinigten Staaten Kriegskonterbande, insbesondere Waffen im Werte von mehreren Milliarden Mark; dazu sind sie an sich befugt. Die Duldung wird aber zu einem schweren Unrecht, wenn die Vereinigten Staaten die gelegentliche Versorgung unserer Kriegsschiffe aus ihren Häfen verhindern. Denn daraus würde sich eine ungleiche Behandlung der Kriegführenden ergeben, und zu unseren Ungunsten würde eine allgemein anerkannte Regel der Neutralität verletzt werden."

Diese Denkschrift spielte in den weiteren Verhandlungen eine große Rolle, weil sich Herr Flood, der Vorsitzende des Komitees für auswärtige Angelegenheiten des amerikanischen Repräsentantenhauses, auf dieselbe in dem Sinne berief, daß sich Deutschland mit den amerikanischen Waffen- und Munitionslieferungen an seine Gegner abgefunden habe.

Die Verhältnisse in den Vereinigten Staaten brachten es mit sich, daß es in unserem politischen Interesse lag, den Kampf für ein Waffen- und Munitionsausfuhrverbot unseren amerikanischen Freunden zu überlassen. Die Bemühungen des Senators Stone in dieser Richtung sind allgemein bekannt und erst kürzlich wieder vor dem Untersuchungsausschusse der Deutschen Nationalversammlung erwähnt worden. Wenn sich viele einflußreiche Amerikaner für das Ausfuhrverbot einsetzten, war weit mehr Hoffnung vorhanden, es zu erreichen, als wenn der Anschein erweckt wurde, daß die Washingtoner Regierung sich einem deutschen Drucke fügte. Der Pazifist Bryan war in dieser Frage äußerst

empfindlich und besuchte mich öfters, um seine Neutralität zu beteuern. Ich riet daher der kaiserlichen Regierung, in dieser Frage zunächst von einer amtlichen Note abzusehen, damit die amerikanische Agitation zugunsten eines Ausfuhrverbotes völlige Bewegungsfreiheit hätte. Da sich aber unsere Gegner immer wieder darauf beriefen, daß die kaiserliche Regierung nichts gegen die Waffen- und Munitionslieferungen einzuwenden habe, war ich infolge ständigen Drängens unserer amerikanischen Freunde genötigt, meine Haltung zu ändern und, nach Einholung der Genehmigung aus Berlin, der Washingtoner Regierung am 4. April 1915 eine Denkschrift zu überreichen, deren wichtigsten Teil ich hier folgen lasse:

„Außerdem möchte ich die Haltung der Vereinigten Staaten in der Frage der Waffenausfuhr zur Sprache bringen. Nach der Überzeugung der kaiserlichen Regierung ist die Regierung der Vereinigten Staaten mit ihr der Meinung, daß in Neutralitätsfragen nicht allein die formelle Außenseite des Falles, sondern ebensosehr der Geist, in welchem die Neutralität durchgeführt wird, berücksichtigt werden muß.

Die Lage im gegenwärtigen Kriege ist mit der Lage in irgendeinem vorhergehenden Kriege nicht zu vergleichen. Deshalb ist jede Bezugnahme auf deutsche Waffenlieferungen in früheren Kriegen nicht gerechtfertigt; denn damals war es nicht die Frage: ob den Kriegführenden Kriegsmaterial geliefert werden sollte, sondern wer es im Wettbewerb mit anderen Staaten liefern sollte.

Im gegenwärtigen Kriege sind alle Nationen mit einer nennenswerten Kriegsmaterialindustrie entweder selbst in den Krieg verwickelt oder damit beschäftigt, ihre eigene Rüstung zu vervollständigen, und haben deshalb ein Ausfuhrverbot auf die Ausfuhr von Kriegsmaterial gelegt. Die Vereinigten Staaten sind demgemäß als einziger neutraler Staat in der Lage, Kriegsmaterial zu liefern. Der Begriff der Neutralität hat damit eine neue Tragweite erhalten, die von der formellen Frage des bisher bestehenden Rechts unabhängig

ist. Im Widerspruche dazu begründen die Vereinigten Staaten eine gewaltige Waffenindustrie im weitesten Sinne, indem die bestehenden Anlagen nicht nur weiterarbeiten, sondern mit allen verfügbaren Mitteln noch erweitert und neue errichtet werden. Die internationalen Abkommen zum Schutze der Rechte der Neutralen entsprangen sicher aus der Notwendigkeit, die bestehenden Gewerbszweige neutraler Nationen so gut wie möglich gegen Beeinträchtigung in ihren Geschäften zu schützen. Aber es kann in keinem Falle mit dem Geiste aufrichtiger Neutralität im Einklang stehen, wenn unter dem Schutze derartiger internationaler Verträge eine vollständig neue Industrie in einem neutralen Staate geschaffen wird, wie sie in der Entwicklung der Waffenindustrie in den Vereinigten Staaten zutage tritt, deren Geschäft nach Lage der derzeitigen Verhältnisse allein den kriegführenden Mächten zugute kommen kann.

Diese Industrie liefert ihre Ware gegenwärtig nur den Feinden Deutschlands. Die theoretische Bereitwilligkeit, an Deutschland ebenso zu liefern, wenn die Verschiffung dahin möglich wäre, macht den Fall nicht anders. Wenn es der Wille des amerikanischen Volkes ist, aufrichtig neutral zu sein, dann werden die Vereinigten Staaten Mittel finden, diese einseitige Waffenausfuhr zu verhindern oder sie wenigstens zu benutzen, um den rechtmäßigen Handel mit Deutschland zu schützen, besonders den Handel in Lebensmitteln. Diese Auffassung von der Neutralität sollte für die Regierung der Vereinigten Staaten um so mehr maßgebend sein, als sie sich von ähnlichen Gesichtspunkten bei ihrer Politik gegenüber Mexiko hat leiten lassen. Am 4. Februar 1914 erklärte Präsident Wilson nach den Angaben eines Kongreßabgeordneten vom 30. Dezember 1914, im Ausschusse für auswärtige Angelegenheiten über die Aufhebung des Waffenausfuhrverbotes nach Mexiko: ‚Wir werden echte Neutralität beobachten, indem wir die Begleitumstände des Falles berücksichtigen‘ . . . Er stellte sich damals auf den Standpunkt:

,Da Carranza im Gegensatz zu Huerta über keine Häfen verfügt, um Kriegsmaterial einzuführen, so sind wir in diesem Falle als Staat verpflichtet, Carranza und Huerta gleich zu behandeln, wenn wir dem wahren Geiste der Neutralität und nicht einer bloß papiernen Neutralität gerecht werden wollen.'

Diese Betrachtungsweise muß, auf den gegenwärtigen Fall angewandt, zum Erlaß eines Waffenausfuhrverbotes führen."

Obgleich während des Krieges alle Noten sofort veröffentlicht worden sind, war die amerikanische Regierung sehr gekränkt, daß ich auch diese Denkschrift veröffentlichte, welche ohnedem ihren Zweck verfehlt haben würde. Die Agitation für ein Waffen- und Munitionsausfuhrverbot wurde eifrigst weiterbetrieben und schlief auch trotz des „Lusitania"-Zwischenfalls nie ganz ein. Die amerikanische Regierung blieb aber auf ihrem Standpunkte stehen, den sie mir am 21. April 1915 wie folgt darlegte:

„An dritter Stelle nehme ich mit Bedauern davon Kenntnis, daß Ew. Exzellenz bei Erörterung des Verkaufs und der Ausfuhr von Waffen für die Feinde Deutschlands durch Bürger der Vereinigten Staaten unter dem Eindrucke zu stehen scheinen, daß die Regierung der Vereinigten Staaten trotz ihrer ausgesprochenen Neutralität und ihrer eifrigen Bemühungen, diese in anderen Punkten aufrechtzuerhalten, die freie Wahl gehabt hätte, diesen Waffenhandel zu verhindern, und daß sie anderenfalls eine ungerechte Haltung Deutschland gegenüber einnehme. Die Regierung der Vereinigten Staaten ist der Ansicht — ich glaube, dies wird Ew. Exzellenz bekannt sein — und sie kann angesichts der unbestrittenen Regeln des bestehenden Völkerrechts nicht anderer Ansicht sein, daß jede Änderung der eigenen Neutralitätsgesetze während der Dauer des Krieges, welche die Beziehungen der Vereinigten Staaten zu den im Kampfe liegenden Völkern in ungleicher Weise beeinflussen würde, ein nicht zu rechtfertigendes Abweichen von dem Prinzip der

strikten Neutralität wäre, von welcher die Regierung bei ihren Handlungen sich konsequent hat leiten lassen. Ich spreche achtungsvoll die Ansicht aus, daß keiner der in Ew. Exzellenz Memorandum hervorgehobenen Umstände das angeführte Prinzip ändert. Ein Waffenausfuhrverbot gerade jetzt würde einen solchen Wechsel und damit eine direkte Verletzung der Neutralität der Vereinigten Staaten bedeuten. Ich bin überzeugt, Ew. Exzellenz werden einsehen, daß die Regierung der Vereinigten Staaten, da sie diese Ansicht hat und sich durch ihre Ehre daran gebunden fühlt, den von Ew. Exzellenz vorgeschlagenen Kurs unmöglich in Erwägung ziehen kann.“

Unterdessen kehrte Oberst House ohne Erfolg aus Europa zurück, wo er aber nützliche persönliche Beziehungen angeknüpft hatte. Die Regierungen sämtlicher kriegführenden Staaten waren damals der Ansicht, daß der Zeitpunkt noch nicht gekommen wäre, wo sie eine Friedensvermittlung des Präsidenten Wilson freundlich aufnehmen könnten. Herr House ließ sich aber durch seine erste resultatlose Mission nicht von weiteren Bemühungen abschrecken und blieb bis zuletzt der eifrigste Befürworter eines amerikanischen Vermittlungsfriedens. Seit dieser Reise unterhielt Oberst House mit mir ständige freundschaftliche und vertrauliche Beziehungen, welche der Herbeiführung eines solchen Friedens dienen sollten.

VIERTES KAPITEL

WIRTSCHAFTLICHE FRAGEN

IN dem zweiten Kapitel erwähnte ich, daß Dr. Dernburgs Absicht, eine Anleihe in den Vereinigten Staaten aufzunehmen, gescheitert sei. Später ging die Durchführung aller unserer wirtschaftlichen und finanziellen Aufgaben auf Herrn Geheimrat Albert über. Sein ursprünglicher Auftrag lautete dahin, in New York umfangreiche Verschiffungen von Nahrungsmitteln, insbesondere von Weizen und Fett, zu organisieren, die von dem New Yorker Bureau der Hamburg-Amerika-Linie durchgeführt werden sollten. Die Voraussetzung hierfür war einmal die Bereitstellung der erforderlichen Mittel und anderseits die Erwartung, daß die Engländer durch die Rücksicht auf die Neutralen, insbesondere auf die Vereinigten Staaten von Amerika, gezwungen sein würden, an den in der Deklaration von London kodifizierten Grundsätzen des internationalen Rechtes im allgemeinen festzuhalten. Beide Voraussetzungen sind nicht eingetroffen.

Da die Mittel zur Durchführung des Planes nicht beschafft werden konnten, hätte sich die Finanzierung vielleicht ermöglichen lassen, wenn das Reich die nicht unerheblichen, in den Vereinigten Staaten vorhandenen Dollarguthaben der deutschen Banken und großer industrieller Unternehmungen, wie z. B. der chemischen Fabriken, übernommen und für die Verschiffungen zur Verfügung gestellt hätte. Die entsprechenden von uns gemachten Vorschläge sind unbeantwortet geblieben, kamen auch, da wir erst Ende August in New York eintrafen und dann noch Wochen mit den

Anleiheverhandlungen verlorengingen, reichlich spät. Ein Organ, welches diese Fragen in New York unmittelbar nach Kriegsausbruch aus eigener Initiative angefaßt hätte, fehlte, wie denn auf dem ganzen großen Gebiete des Kreditwesens, der Rohstoff- und Nahrungsmittelversorgung, der Verschiffung überhaupt bis zu meinem Eintreffen mit den anderen Herrn nichts geschehen und damit die beste Zeit ungenutzt verlorengegangen war. Überweisungen von Deutschland aus sind erst nach langer Zeit und auch nur in bescheidenem Umfange erfolgt Infolgedessen ist die wirtschaftliche Aufgabe von vornherein wesentlich eingeschränkt und inhaltlich verschoben worden.

Auch die zweite Voraussetzung, daß die Vereinigten Staaten im Hinblick auf den großen Handelsverkehr mit Deutschland ihre Rechte als neutraler Staat auf unbehinderten Schiffsverkehr im Rahmen des internationalen Seerechtes wahren würden, traf nicht zu. Die Vereinigten Staaten haben insofern jedenfalls — auch nach Ansicht sehr angesehener Amerikaner, wie z. B. der Zeitschrift „New Republic" — den Geist der Neutralität verletzt, als sie den Handelsverkehr der neutralen Staaten untereinander von England unterbinden ließen. Die Gründe sind bekannt. Dem Interesse am Wirtschaftsverkehr mit den Neutralen und indirekt mit Deutschland stand das Interesse an dem noch größeren Absatz nach den uns feindlichen Ländern gegenüber, zu dem sehr bald, und zwar in rapide steigendem Maße, die Lieferungen von Kriegsmaterial hinzutraten. Auch waren sich die Vereinigten Staaten ihrer wirtschaftlichen Macht England gegenüber nicht bewußt, da es in der ungeschulten, neu zur Regierung gelangten demokratischen Regierung zunächst an jedem Ansatz von Sachkunde fehlte, und militärisch waren sie mangels einer Armee und einer Flotte wehrlos. So konnte England langsam und vorsichtig, aber sicher die Absperrung der Mittelmächte vom amerikanischen Markte durchsetzen.

Bei dieser Sachlage kam es von vornherein darauf an, jede Verschiffung als eine rein neutrale durchzuführen. Der Verschiffer mußte ein Amerikaner oder ein Angehöriger des neutralen Europas sein. Die Finanzierung hatte nach außen hin ebenfalls als eine neutrale zu erscheinen. Bestimmungsort konnte nur ein Hafen in Holland, in den skandinavischen Ländern, Spanien oder — damals noch — Italien sein. Infolgedessen sind die Verschiffungen sehr bald nicht mehr durch die New Yorker Vertretung der Hamburg-Amerika-Linie ausgeführt, sondern von Herrn Albert selbst in die Hand genommen worden, der sich dabei lediglich des fachmännischen Rats der Hamburg-Amerika-Linie bediente. Die Entscheidungen konnten so von einer Stelle und daher schneller getroffen werden, zumal die finanzielle Verantwortung doch bei Herrn Albert lag. Vor allem aber wurde die Aufmerksamkeit von den Verschiffungen abgelenkt, da Herr Albert lange Zeit unbekannt blieb, während die Hamburg-Amerika-Linie von Anfang an strengster Überwachung seitens der Engländer unterzogen wurde. Freilich lag anderseits in diesem Vorgehen die Gefahr von Verurteilungen in englischen Prisengerichten. Die Verschiffungen waren nunmehr rein staatliche. Allein Herr Albert konnte — wie sich später herausstellte, mit Recht — annehmen, daß sich die Zurückführung der Verschiffungen auf ihn so lange wie die Engländer überhaupt neutrales Eigentum respektierten, im allgemeinen verdecken ließ. Anderseits hätte in dem Wege über ein deutsches Privatunternehmen in dieser Hinsicht auch keine Sicherheit gelegen.

In Ausführung seines Auftrages hat Herr Albert zunächst die angekauften Waren mit den regelmäßigen Linien (Scandinavian-American-Line) verschifft. Als sich hier sehr bald Schwierigkeiten ergaben, weil die Linien, um einen Aufenthalt in den englischen Häfen zu vermeiden, Waren, bei denen der letzte Bestimmungsort möglicherweise Deutschland sein konnte, nicht mehr annahmen, wurde eine besondere

Schiffahrtslinie unter amerikanischer Flagge begründet. Der Betrieb der Linie lag in den Händen einer amerikanischen Firma, die nach außen hin als Reeder auftrat, während im inneren Verhältnis die Schiffe von Herrn Albert gechartert waren.

Da die amerikanische Flagge im Anfang von den Engländern mehr respektiert wurde als die anderer Neutraler, sind eine Reihe dieser Schiffe ohne größeren Aufenthalt durchgekommen. Später wurde auch diese Art der Verschiffung unmöglich. Es wurden dann einzelne Schiffe — zumeist unter amerikanischer Flagge — gechartert und, als die Eigentümer aus Furcht vor Verlusten die Charterung ablehnten oder durch unerfüllbare Bedingungen im Chartervertrag unmöglich machten, käuflich erworben. Die Schiffe wurden als Blockadebrecher nach einem neutralen Hafen konsigniert und später entweder unmittelbar nach Deutschland abgelenkt oder von einem deutschen Kriegsschiff aufgebracht.

Mit der Verschärfung der englischen Maßnahmen und der englischen Blockade wurden die Unternehmungen immer schwieriger und mußten zuletzt ganz aufgegeben werden. Auch standen die Kosten und Mühen der Vorbereitung schließlich nicht mehr im Verhältnis zu dem Erfolge. Jede einzelne Verschiffung mußte von langer Hand vorbereitet werden.

Von zehn Versuchen kam oft nicht einer wirklich zur Durchführung. Sehr oft scheiterte ein Unternehmen, an dem seit Wochen gearbeitet wurde, im letzten Augenblick an der Verweigerung des Kredits seitens der Banken, insbesondere, wenn die politischen Beziehungen sehr gespannt waren, oder an einer Indiskretion oder an der englischen Überwachung oder an der Kontrolle der amerikanischen Hafenbehörden.

Die englische Überwachung hatte Dimensionen angenommen, wie sie nur infolge der stillschweigenden Duldung, zum

Teil aktiven Unterstützung der amerikanischen Behörden möglich waren. Nicht nur verlangten die englischen Konsuln, daß ihnen in jedem einzelnen Falle die Verschiffungspapiere vorgelegt würden, sondern daneben war ein ausgezeichneter Überwachungs- und Spionagedienst eingerichtet, der teils durch amerikanische Detektivbureaus, teils durch einen umfangreichen eigenen Dienst ausgeübt wurde. Die Engländer hatten Vertrauensleute in allen an den Verschiffungen beteiligten Bureaus und Geschäften — Vertrauensleute, die sie sich zumeist durch Bestechung zugänglich machten. Verschiedentlich sind Versuche gemacht worden, in Herrn Alberts Bureau einzubrechen, den „Schlüssel“ (Kombination) zu seinen Geldschränken zu erfahren, durch Angestellte, wie Waschfrauen und dergleichen Papiere zu entwenden, sowie ihm selbst Schriftstücke wegzunehmen und dergleichen mehr.

Die Kontrolle seitens amerikanischer Hafenbehörden wurde formell zwar im Rahmen des Gesetzes, sachlich aber zweifellos in einer für uns ungünstigen Weise ausgenutzt. Die Vorschrift war, daß Schiff und Ladung nach dem wirklichen Bestimmungsorte ausklariert werden mußten. Der Zweck der Vorschrift war lediglich ein statistischer. Infolgedessen war ihr vor dem Kriege keinerlei Bedeutung beigemessen worden. Vielmehr wurden die Verschiffungspapiere zumeist von untergeordneten Organen der Verschiffer ausgefüllt. Bald nach Ausbruch des Krieges wurde dem „Collector of the Port of New York“ ein besonderer „neutrality squad“ zugeteilt, dessen Aufgabe es war, strikte Neutralität bei der Ausführung der Hafen- usw. Gesetze sicherzustellen. Dies führte dazu, daß in jedem einzelnen Falle, in dem die Vermutung bestand, daß die Waren in letzter Linie nicht für das Land des Bestimmungsorts, sondern für Deutschland bestimmt sein könnten, eine eingehende Untersuchung eingeleitet wurde. Es konnte nicht ausbleiben, daß diese Maßregel abschreckend auf jeden Verschiffungsversuch wirkte,

und daß auch Herr Albert auf das empfindlichste in seinen Unternehmungen behindert wurde. Die ganze Handhabung lief praktisch auf eine Ergänzung der englischen Blockade hinaus. Als es Herrn Albert später gelang, sich mit den Zollbehörden entsprechend zu verständigen, waren inzwischen eine Fülle von Möglichkeiten versäumt und die Verschiffungen durch die Verschärfung der englischen Blockade sowieso unmöglich geworden.

Die Durchführung der Verschiffungen amerikanischen Exporteuren zu übertragen, die im deutschen Geschäfte erfahren und seit langer Zeit tätig waren, kam nicht in Frage. Herr Albert faßte seine Aufgabe von vornherein dahin auf, daß er in die bestehenden Geschäftsbeziehungen möglichst wenig eingriff und es den mit Deutschland arbeitenden Häusern überließ, wie sie Lieferungen nach Deutschland auszuführen vermochten. Diese Art der Versorgung Deutschlands mit Nahrungsmitteln hat allerdings ganz versagt. Die Schuld wird zum Teil auch dem in Deutschland ansässigen Importhandel zuzuschreiben sein. In diesen Kreisen hoffte man noch lange Zeit, aber vergeblich, Konsignationen seitens der amerikanischen Häuser erreichen zu können. Auch hielt man zu lange an den während des Friedens erprobten Geschäftsmethoden fest, forderte Offerten ein, verhandelte über den Preis und erkannte vor allem nicht, daß das Risiko, welches der Exporteur infolge des englischen Vorgehens übernahm, besondere Entschädigung oder Zahlung fob New York notwendig machte. Infolgedessen ist die wertvolle Zeit im Anfange des Krieges ungenutzt verlorengegangen. Sehr bald aber schieden die amerikanischen Exporteure ganz aus, weil diejenigen, die mit Deutschland in Geschäftsverbindung gestanden hatten, den Engländern bekannt, daher verdächtig waren und schließlich auf die schwarze Liste gesetzt wurden. Eine Verschiffung von dieser Seite aus hätte der Ladung von vornherein den Stempel der deutschen Bestimmung aufgedrückt und sie gefährdet. Herr

Albert bediente sich daher für die Verschiffung besonderer Organe. Zunächst hat er neben der Verwendung dänischer Firmen einzelne neue amerikanische Exportgesellschaften begründet. Solche Gründungen waren natürlich nur für kurze Zeit verwendbar und mußten, sobald sie den Engländern gegenüber verdächtig waren und daher abgewirtschaftet hatten, durch andere ersetzt werden.

Der gelegentlich erhobene Vorwurf, daß die Geschäfte auf eine kleine Clique von Vertrauensleuten und Firmen beschränkt worden seien, erscheint sachlich ungerechtfertigt. Die Umstände forderten möglichste Geheimhaltung, weil andernfalls Ursprung und Bestimmung der Verschiffungen schon in New York von dem englischen Geheimdienste festgestellt worden wären. Dadurch würde die Ladung bei der Beschlagnahme durch die Engländer rettungslos verloren gewesen sein. Daß für diese Geschäfte insbesondere nicht alteingesessene deutschamerikanische Handelshäuser in Frage kommen konnten, liegt auf der Hand. Sie waren nicht nur den Engländern bekannt, sondern zum Teil schon durch ihren deutschen Namen verdächtig. Dementsprechend haben sie bei gelegentlichen Anfragen stets selbst abgelehnt, Unternehmungen der vorstehenden Art durchzuführen. Der Vorwurf ist auch nur in einem kleinen Kreise deutschamerikanischer Firmen, der sich um den deutschen Verein und die sogenannte deutschamerikanische Handelskammer gruppierte, erhoben und erörtert worden und hatte seinen Ursprung in einem begreiflichen, aber auf ungenügender Sachkunde beruhenden Interesse, an den Geschäften beteiligt zu werden.

Obwohl die Verschiffung von Rohstoffen an sich nicht in dem ursprünglichen Auftrage Herrn Alberts einbegriffen war, ergab sich sehr bald auf Grund besonderer Ersuchen oder durch die Natur der Sache die Notwendigkeit, auch bei der Verschiffung von Rohstoffen, insbesondere von Wolle und Baumwolle, hilfreiche Hand zu leisten. So gelang es

im Herbst 1914, mit dem amerikanischen Dampfer „Luckenbach“ einige Millionen Pfund Wolle unmittelbar nach Deutschland zu senden. Hinsichtlich der Baumwolle hat Herr Albert ebenfalls im Herbst 1914 durch Verhandlungen, die er in meinem Auftrage mit dem „State Department“ und dem „Foreign Trade Adviser“ führte, die Anerkennung Englands, daß Baumwolle nicht als Bannware anzusehen sei, durchgesetzt. Auch nach dieser Anerkennung machte England Verschiffungen von Baumwolle praktisch dadurch unmöglich, daß es die Baumwollverschiffer in jeder Weise einzuschüchtern versuchte, unter anderem durch Aussprengung des Gerüchtes, die Schiffe würden trotz allem weggenommen werden, und durch Verbot der Versicherung seitens englischer Versicherungsgesellschaften. Hier hat Herr Albert dadurch eingegriffen, daß er die Versicherung durch deutsche Versicherungsgesellschaften ermöglichte und durch Beladung und Ausrüstung von Schiffen mit Baumwolle, wie z. B. des amerikanischen Dampfers „Carolyn“ den Nachweis führte, daß es sich lediglich um Abschreckungsversuche der Engländer, nicht aber um ernstliche Absicht der Wegnahme handelte. Dadurch wurde das Vertrauen so weit hergestellt, daß im Herbst 1914 und im Anfang 1915 sich eine große Anzahl anderer Firmen an der Verschiffung von Baumwolle beteiligte. Als später Baumwolle zur unbedingten Bannware gemacht worden war, hat Herr Albert versucht, Blockadebrecher auszurüsten — Versuche, die mit dem Eintreffen der „Eir“ mit zehntausend Ballen Baumwolle in einem deutschen Hafen ihren Abschluß erreichten.

Die verschiedenen Versuche, Kupfer, Gummi und andere Rohstoffe zu verschiffen, die zur unbedingten Bannware gehörten, haben sich, abgesehen von den vorerwähnten Fällen der Wolle und Baumwolle, trotz wiederholter, umfassender und sehr vorsichtiger Vorbereitung zumeist als unmöglich erwiesen. Ein sehr groß angelegtes Unternehmen dieser Art, die Verschiffung mit dem Dampfer „Atlantic“, mußte

im letzten Augenblick wegen der Maßnahmen der Hafenbehörden aufgegeben werden.

Alle diese Unternehmungen, und zwar sowohl die Ankäufe und Verkäufe wie die Verschiffungen von Nahrungsmitteln und Rohstoffen als auch die Charterung von Schiffen, die Schiffskäufe und Verkäufe, die Begründung von Schiffahrtslinien, von neuen Gesellschaften und so weiter, haben ebenso wie die Finanzgeschäfte neben der rein geschäftlichen Seite zumeist einen politischen Einschlag gehabt. Sie waren entweder bestimmt, Einzel- und Versuchsfälle in bestimmten Phasen der Entwicklung des internationalen Seerechts zu bilden oder eine Rückwirkung auf die öffentliche Meinung der Vereinigten Staaten in wirtschaftlicher Hinsicht auszuüben.

Wenn man nachträglich das Ergebnis der Verschiffungen abwägt, wird festzustellen sein, daß sie in der Versorgung Deutschlands mit Nahrungs- und Futtermitteln eine entscheidende Rolle nicht gespielt haben. Deutschland wäre gerade im ersten Kriegsjahre auch ohne die paar hunderttausend Tonnen ausgekommen, die auf diese Weise auf dem Umwege über neutrale Länder hereingebracht worden sind. Immerhin haben sie im Zusammenhange mit der Einfuhr aus den anderen neutralen Ländern die Situation mehrfach erleichtert. Wichtig dagegen war die Erkämpfung der freien Zufuhr von Baumwolle Ende 1914 und Anfang 1915, ganz abgesehen von den eigenen Verladungen. Ohne diese Zufuhren würden wir mit unseren Vorräten wesentlich früher am Ende gewesen sein.

*

Die Frage der Versicherung — See- und Kriegsversicherung — erforderte sehr bald über das durch die eigenen Verschiffungen gebotene Interesse hinaus besondere Aufmerksamkeit. Der amerikanische Versicherungsmarkt wurde von den englischen Gesellschaften beherrscht. Die letzteren

führten nicht nur den Hauptteil — etwa zwei Drittel — des gesamten Versicherungsgeschäftes durch, sondern hatten auch auf die amerikanischen Gesellschaften dadurch einen entscheidenden Einfluß, daß sie in erster Linie für die Rückversicherung in Frage kamen. Daneben hatten sie auch durch Kapitalbeteiligung eine maßgebende Stellung. England gab sehr bald die Anweisung, daß englische Versicherungsgesellschaften sich an einem Geschäft nicht beteiligen dürften, bei dem ein deutsches Interesse in irgendeiner Form in Frage kommen könnte. Infolgedessen stellten sich auch für Verschiffungen nach neutralen Ländern für uns große Schwierigkeiten ein, denn die Versicherungskraft der deutschen zusammen mit den wenigen von England unabhängigen amerikanischen Gesellschaften war nicht ausreichend. Die beiden in New York am stärksten vertretenen deutschen Gesellschaften, die Norddeutsche Versicherungsgesellschaft und die Mannheimer Versicherungsgesellschaft, die eine ausgezeichnete, rührige und sehr loyale Vertretung in der Firma F. Herrmann & Co. in New York hatten, gaben anfangs nur ein Versicherungslimit von je fünfundsiebzigtausend Dollar, also zusammen einhundertfünfzigtausend Dollar, das in jeder Beziehung unzureichend war. Kriegsversicherung zu übernehmen, waren sie anfänglich überhaupt nicht autorisiert.

Die wirtschaftliche Bedeutung der Versicherungsfrage ist ohne weiteres einleuchtend. Ohne Seeversicherung war keine Kriegsversicherung zu erhalten. Insbesondere machte das amerikanische Regierungsbureau für Kriegsversicherung die Deckung der Seeversicherung zur unbedingten Voraussetzung. Ihm folgten sämtliche amerikanische Versicherungsgesellschaften. Die befriedigende Regelung der Versicherung — und zwar sowohl See- als auch Kriegsversicherung — bildete wiederum die Voraussetzung für die Finanzierung der Verschiffungen. Der Verschiffer erhielt nur Kredit gegen Aushändigung der Versicherungsdokumente an die Bank. Dazu kam später, daß die wenigen amerikanischen Schiffahrtslinien,

die sich von England unabhängig erhielten und deshalb auf der schwarzen Liste standen, nicht mehr in der Lage waren, die „Hull insurance“, das heißt die Versicherung der Schiffskörper, zu decken, und daß daher die Lösung der Versicherungsfrage die Voraussetzung für die Bereitstellung von Schiffsraum wurde. Auch lag es schon um deswillen in unserem Interesse, hier helfend einzugreifen, weil andernfalls die betreffenden Schiffslinien zu einer Verständigung mit den Engländern gezwungen worden wären und damit ihre Tonnage in den Dienst unserer Gegner gestellt hätten.

Anfänglich hat Herr Albert in besonders wichtigen Ausnahmefällen die Versicherung selbst übernommen. Es hat sich dabei zumeist um geringe Restbeträge gehandelt, durch deren Deckung eine unmittelbare Gefährdung oder eine gefährliche Verzögerung der Verschiffung vermieden wurde. Unser Hauptbestreben ging darauf hin, das Versicherungslimit der deutschen Versicherungsgesellschaften zu erhöhen. Diesen Anregungen entsprechend ist dann ein Pool deutscher Versicherungsgesellschaften gebildet worden, dessen Limite für See- und Kriegsversicherung allmählich immer weiter erhöht wurden. Dadurch ist es möglich gewesen, eine Reihe von Verschiffungen nach europäischen Ländern durchzuführen, eine nicht unerhebliche Tonnage — etwa dreißigtausend Tonnen — dem Zugriff der Alliierten zu entziehen, somit einer Reihe großer deutscher Häuser in Südamerika umfangreiche Geschäfte zwischen Süd- und Nordamerika zu ermöglichen und sie infolgedessen zur Aufrechterhaltung ihres Geschäftsbetriebes trotz der englischen Maßnahmen in den Stand zu setzen.

Über unsere Propaganda habe ich in dem zweiten Kapitel ausführlich gesprochen. Hier wäre noch hervorzuheben, daß der Schwerpunkt unserer aktiven Propaganda von Anfang an auf die wirtschaftliche Seite gelegt wurde, die gewissermaßen

den Schlüssel zum Verständnis der amerikanischen Politik während des Krieges bildete.

Wenn auch die ungeheure und rapide Entwicklung des amerikanischen Außenhandels durch die Kriegsmateriallieferungen, der Übergang vom Schuldner- zum Gläubigerstaat erst allmählich eintrat und sich im Anfang der Verlust des deutschen Marktes aktiv und passiv unangenehm fühlbar machte, so wirkten die Größe der Aufträge der Alliierten und die damit verbundenen Verdienste doch von Anfang an auf die öffentliche Meinung wie ein narkotisches Betäubungsmittel. Dies um so mehr, als die Engländer diese Frage außerordentlich geschickt handhabten. Sie gingen in jedem Falle vorsichtig und schrittweise vor. So erkannten sie zum Beispiel die Londoner Deklaration zunächst im Prinzip an, nahmen jedoch einzelne Abänderungen vor, die in der Öffentlichkeit als scheinbar unwichtig wirkten, in ihrer Tragweite nicht übersehen wurden und doch den Grundstein für ein allmähliches Überbordwerfen der Londoner Deklaration bildeten. Nachdem die öffentliche Meinung an die englischen Übergriffe gewöhnt und die dadurch berührten Interessen allmählich durch Aufträge der Alliierten klaglos gestellt waren, wurde später die Blockade eingeführt, die durch Erörterung in der Presse vorsichtig vorbereitet, zunächst nicht als Blockade bezeichnet und erst langsam und systematisch verschärft ward. Unter anderem wurde die Verschiffung von Baumwolle nach Deutschland Ende 1914 ausdrücklich gestattet, später durch Einzelmaßnahmen, wie zum Beispiel durch Festhalten einzelner Schiffe sowie durch die Versagung der Seeversicherung, praktisch gehemmt und dann durch die Erklärung der Baumwolle zur unbedingten Bannware endgültig gehindert. Charakteristisch ist, daß die Erklärung der Baumwolle zur unbedingten Bannware an demselben Tage veröffentlicht wurde, an dem sämtliche amerikanischen Zeitungen durch den „Arabic-Fall" aufs höchste erregt waren, so daß der letztere, verhältnismäßig unbedeutende

Zwischenfall die erste Seite und die Leitartikel der Zeitungen füllte, während die so überaus wichtige wirtschaftliche Maßnahme nebenbei an einer kaum sichtbaren Stelle veröffentlicht wurde.

Diesem englischen Vorgehen versuchten wir energisch entgegenzutreten. Es wurde Fühlung genommen mit den Importeuren deutscher Waren, die sich zu einem Verbande zusammenschlossen und Vorstellungen in Washington erhoben. Dem Verbande stellten wir in unauffälliger Weise eine uns ergebene Anwaltsfirma als juristischen Berater zur Seite. Mit den Baumwollinteressenten, welche durch das politische Gewicht der Südstaaten über großen Einfluß in der öffentlichen Meinung und im Kongreß verfügten, wurden Beziehungen angeknüpft. Verschiedentlich sind Projekte zum Ankauf von Baumwolle im großen Stile für deutsche Rechnung erwogen, mit den Interessenten besprochen und durch Ankäufe in kleineren Mengen erprobt worden. In ähnlicher Weise wurde mit den Großschlächtern, den Kupferinteressenten und dergleichen mehr durch systematische Aufklärung und Betonung des Interesses am deutschen Markte Fühlung genommen. Der Erfolg ist zum Teil aus den dargelegten Gründen, zum Teil wegen der politischen Entwicklung in dem Gesamtverhältnis Deutschlands zu den Vereinigten Staaten gering gewesen. Dies kann jedoch aum als Argument gegen die Zweckmäßigkeit der unternommenen Schritte angeführt werden, da zu der damaligen Zeit niemand die spätere Entwicklung, insbesondere die lange Dauer des Krieges, voraussehen konnte, während bei kürzerer Dauer die getroffenen Maßnahmen zweifellos ihre Wirkung ausgeübt hätten.

Ein besonderer Teil der wirtschaftlichen Propaganda war die Herbeiführung sogenannter „Issues," das heißt der Versuch, an systematisch konstruierten Einzelfällen das grundsätzliche Unrecht englischer Eingriffe und die praktische Tragweite der Übergriffe der öffentlichen Meinung

nahezubringen. Der wichtigste Fall in dieser Richtung ist die „Wilhelmina“. Nach den bestehenden Grundsätzen des internationalen Rechtes waren Nahrungsmittel nur bedingte Bannware. Sie hätten nach Deutschland eingeführt werden dürfen, wenn sie ausschließlich für den Gebrauch der Zivilbevölkerung bestimmt waren. Da es England jedoch gelang, die Verschiffer von jedem Versuche der Konsignierung von Nahrungsmitteln nach Deutschland abzuhalten, zumal angesichts des enormen Absatzes nach den uns feindlichen Ländern in den beteiligten Kreisen Interesse an solchen Verschiffungen nicht bestand, war die Frage nie zu einem klaren Austrage gekommen. Herr Albert hat daher eine amerikanische Firma zur Verschiffung von Nahrungsmitteln für die Zivilbevölkerung Deutschlands auf dem amerikanischen Dampfer „Wilhelmina“, der nach Hamburg ausklariert wurde, dadurch veranlaßt, daß er hinter den Kulissen das gesamte geschäftliche Risiko übernahm. Dies geschah in einer Form, welche die amerikanische Firma völlig in gutem Glauben und auch die Verschiffung sowohl der amerikanischen Regierung als den Engländern gegenüber als eine rein amerikanische erscheinen ließ.

Die „Wilhelmina“ wurde von den Engländern nach Falmouth hereingenommen und mit der Begründung festgehalten, daß Hamburg eine befestigte Stadt sei, und daß nach den von Deutschland getroffenen Maßnahmen für die Versorgung der Zivilbevölkerung mit Nahrungsmitteln — Beschlagnahme, Zentralisierung der Verteilung und so weiter — zwischen der Versorgung des Militärs und der Zivilbevölkerung kein Unterschied mehr bestände. Während die Verhandlungen über diese Frage noch schwebten und im wesentlichen in einem für uns günstigen Sinne auszulaufen schienen, ging England zur Einführung einer allgemeinen Blockade über. Dadurch verlor der Fall sein grundsätzliches und praktisches Interesse, zumal England sich zur Bezahlung der Ware, und zwar zu den Preisen am Bestimmungsorte, bereit

erklärte. Da anderseits bei Festhalten an dem rein theoretischen Anspruche die Gefahr bestand, daß es dem englischen oder amerikanischen Geheimdienste schließlich gelingen würde, den deutschen Ursprung des Unternehmens nachzuweisen, ist Herr Albert den von der englischen Regierung angebotenen Vergleich eingegangen und hat eine Entschädigungssumme, die sämtliche Kosten deckte, angenommen.

Ähnliche Fälle hätten sich mehrfach konstruieren lassen. Einer der wichtigsten und auch populärsten wäre in der Zeit vom Herbst 1915 bis Mitte 1916 die Verschiffung von Baumwolle nach Deutschland für die deutsche Zivilbevölkerung gewesen. Die Erklärung von Baumwolle zur absoluten Konterbande (Bannware) stand zunächst nur auf dem Papier, da kein amerikanischer Verschiffer seitdem die Verschiffung gewagt hatte.

Es haben daher eingehende Erörterungen darüber stattgefunden, ob sich nicht ein solches Unternehmen im vollsten Lichte der Öffentlichkeit empfohlen hätte. Zahlreiche Anregungen der Baumwollproduzenten bewiesen das lebhafteste Interesse weitester Kreise. England wäre gezwungen worden, die grundsätzliche Bannwareerklärung in die Tat umzusetzen zu einer Zeit, wo die amerikanische Regierung noch nicht ganz unbekümmert über die Interessen der Baumwollinteressenten mit ihrem innerpolitischen Einfluß hinweggehen konnte. Noch trat die Knappheit der Ernten und anderseits die Zunahme des Verbrauchs in den Vereinigten Staaten selbst und die damit verbundene Steigerung der Preise in der Öffentlichkeit und selbst in den beteiligten Kreisen nicht in ihrer ganzen Tragweite in die Erscheinung. Die Baumwollinteressenten sahen mit Sorge größeren Absatzschwierigkeiten entgegen und verlangten nach einer Wiedereröffnung des Absatzmarktes der Zentralmächte.

Allerdings hätte eine Verschiffung von Baumwolle nach Deutschland nur dann Sinn gehabt, wenn sie gleichzeitig mit umfassenden anderen Maßnahmen, insbesondere Ankäufen

auf dem amerikanischen Baumwollmarkte für deutsche Rechnung, verbunden gewesen wäre. In dieser Richtung haben wir damals auf Grund eingehender Erörterungen mit amerikanischen Interessenten, die wiederholt mit der Anregung zu einem solchen Schritte an uns herangetreten sind, Vorschläge nach Berlin gerichtet. Sie liefen im wesentlichen darauf hinaus, deutscherseits etwa eine Million Ballen Baumwolle fest anzukaufen und darüber hinaus Optionen auf weitere ein bis zwei Millionen Ballen unter der Abmachung abzuschließen, daß die Ausübung der Optionen von der Möglichkeit der Verschiffung nach Deutschland abhängig war. Gestützt auf diese Maßnahmen hätte dann die Verschiffung einer großen Einzelsendung vorgenommen werden müssen. Der Plan hatte begründete Aussichten auf Erfolg. Jedenfalls wäre ein nennenswertes Risiko mit ihm nicht verbunden gewesen, da für den Eingeweihten die Steigerung der Preise außer Zweifel stand. Die Finanzierung wäre auf der Grundlage der neuen Bankgesetzgebung (Federal Reserve act) unter Beleihung der gelagerten Baumwolle mit abnehmenden Margen der Bareinzahlung infolge der Preissteigerung nicht auf unüberwindliche Schwierigkeiten gestoßen. Der mittelbare politische Druck auf die amerikanische Regierung und die öffentliche Meinung mit ihrer Rückwirkung auf England wäre bedeutend gewesen.

Leider wurde dem Plan der Boden dadurch entzogen, daß man die Sache von Deutschland aus ohne Zusammenhang mit der Verschiffung, ohne Eingehen auf den Gedanken der Optionen und ohne Kenntnis der innerpolitischen und wirtschaftlichen Situation in den Vereinigten Staaten in Angriff nahm. Bremen legte zwar in der Tat einen Auftrag auf eine Million Ballen, lieferbar in Bremen, zu einem festen Preise nach New York. Es war jedoch für den mit den Verhältnissen Vertrauten von vornherein klar, daß ein solcher Schritt ein völliger Schlag ins Wasser sein mußte. Die Verschiffungsmöglichkeit war ja gerade der springende Punkt.

Die amerikanische Presse hat denn auch unter englischem Einflusse sofort hohnlachend darauf hingewiesen, daß der Auftrag nicht ernst gemeint sei, sondern lediglich ein Bluff zum Zwecke deutscher Propaganda bedeute.

Nachdem damit dem größeren Plane der Boden entzogen war, wurden die Erörterungen über die Verschiffung einer Einzelverladung zwar fortgesetzt und letztere auch im einzelnen vorbereitet. Sie mußte jedoch aufgegeben werden, weil die Schwierigkeiten, die Verschiffung als seitens rein amerikanischer Firmen und im rein amerikanischen Interesse erfolgt zu konstruieren, ohne den Hintergrund großer wirtschaftlicher Maßnahmen fast unüberwindlich waren und damit die Kosten außer Verhältnis zur Erfolgchance standen. Es hätten deutscherseits die gesamten Kosten, wie im „Wilhelmina"-Fall garantiert werden müssen, die natürlich verloren waren, wenn dem englischen Geheimdienst der Nachweis des Zusammenhangs mit der deutschen Stelle gelang.

★

Die Propaganda zur Verhinderung und Verzögerung von Kriegsmateriallieferungen an unsere Gegner war im Anfang auf die grundsätzliche Frage eingestellt, ob solche Lieferungen mit der Neutralität vereinbar waren. Es wurde — wie schon kurz erwähnt — der Versuch gemacht, insbesondere gestützt auf die deutschamerikanischen Kreise, das Unmoralische und dem inneren Wesen nach Unneutrale der Lieferungen, zumal wegen ihres ganz außerordentlichen Umfangs, dem amerikanischen Volke zum Bewußtsein zu bringen. Bekanntlich sind diese Versuche, die sich auch auf eine durchaus legale Beeinflussung des Kongresses erstreckten, gescheitert. Dabei hat die Uneinigkeit und geringe politische Befähigung der Deutschamerikaner wesentlich mitgesprochen. In letzter Linie ist aber doch wohl das wirtschaftliche Interesse der Nation an diesen Lieferungen, bei denen

schließlich die gesamte amerikanische Landwirtschaft und Industrie beteiligt waren, entscheidend gewesen.

Auch die Versuche zur praktischen Verhinderung der Lieferungen durch die Tat haben sehr bald eingesetzt. Im Herbst 1914 wäre es vielleicht möglich gewesen, die Bethlehem Steel Works aufzukaufen, wenn man sich rechtzeitig zur Aufwendung des erforderlichen Kapitals entschlossen hätte. Zur damaligen Zeit sahen auch die Amerikaner nicht voraus, welch ungeheuren Umfang die Lieferungen annehmen würden. Mit der Erwerbung dieses Werkes hätte man der ganzen Munitionsfabrikation den Stützpunkt entzogen. Ähnliche Vorschläge sind wiederholt von uns ausgearbeitet worden, wie zum Beispiel der Vorschlag, die gesamte Schrapnellproduktion der Vereinigten Staaten zu binden. Die an sich rechtlich begründeten Bedenken, daß solche Verträge praktisch kaum erzwingbar sind und umgangen worden wären, sind nicht durchgreifend. Bei etwaigen Rechtsstreitigkeiten über die Gültigkeit der Verträge hätten wir durch die sich zu unseren Gunsten ergebende Publizität mehr gewonnen, als wir verlieren konnten. Die Berliner Regierung hat jedoch damals einen abweichenden Standpunkt eingenommen und sich erst im Beginn des Jahres 1915 für die Frage interessiert, als sich die großen Lieferungen der Amerikaner bei unseren Gegnern geltend machten und die Umstellung der deutschen Industrie auf die Munitionsproduktion noch nicht vollendet war. Der Militärattaché bekam den Auftrag, alles zu tun, um die ausstehenden großen französischen und russischen Aufträge auf Schrapnelle, die damals von den Alliierten noch vorwiegend verwendet wurden, zu verhindern. Dies wurde durch Begründung eines eigenen Unternehmens, der Bridgeport Projectile Company, unter Abschluß von Verträgen zur Bindung von Pulver sowie der zur Schrapnellherstellung wichtigsten Werkzeugmaschinen mit Erfolg, wenn auch nur in verhältnismäßig bescheidenem Umfange, erreicht. Gestützt auf diese

Gesellschaft, die zunächst als rein amerikanische galt, sind vor allem die Spezialmaschinen zur Herstellung der Schrapnellhülsen in einem Umfange aufgekauft worden, der die amerikanische Produktion ernstlich störte und insbesondere die Übernahme und Durchführbarkeit neuer Aufträge der Alliierten auf eine gewisse Zeit verhinderte. Herr Albert hat bei dem Abschlusse der Verträge den Militärattaché unterstützt und beraten, später die Finanzierung des Unternehmens überwacht und nach Herrn von Papens Weggange die Abwicklung bewirkt.

Noch erfolgreicher waren die Bemühungen, überschüssiges Benzol, das Rohprodukt für die Herstellung von Pikrinsäure, aus dem Markte zu nehmen. Das Benzol wurde von einer hierfür besonders gegründeten Gesellschaft aufgekauft und für diese von einer unter deutscher Leitung stehenden Fabrik in Salizylpräparate verarbeitet. Der Absatz erfolgte im wesentlichen auf dem amerikanischen Markte sowie, mit Genehmigung des Kriegsministeriums, nach den neutralen Ländern. Das Unternehmen schloß mit einem nicht unerheblichen Verdienst für den Reichsfiskus ab. Ebenso wurde eine Zeitlang alles auf den Markt kommende Brom, dessen Lieferung zur Herstellung und Beschwerung des Gases diente, aufgekauft.

Auf dem Gebiete der Verhinderung und Verzögerung von Kriegslieferungen lag auch das viel umstrittene Abkommen mit der Bosch Magneto Company, des amerikanischen Zweigunternehmens des Stuttgarter Hauses. Es lief im wesentlichen darauf hinaus, daß die Gesellschaft, welche unter deutscher Leitung stand, Aufträge der Alliierten für Zünder nicht von vornherein ablehnte, sondern scheinbar annahm, die Ausführung hinauszögerte und zur Durchführung der Täuschung sogar gelegentlich kleine Mengen lieferte, um dann in letzter Stunde die Ausführung der Aufträge abzulehnen. Dieses Vorgehen ist damals von einem deutschamerikanischen Journalisten, von Skal, angegriffen worden. Auf Grund kurzer

Notizen, die Herr von Skal in Unkenntnis des Sachverhalts in der deutschen Presse veröffentlichte, hat sich die öffentliche Meinung in Deutschland gegen das deutsche Stammhaus, die Boschwerke in Stuttgart, gewendet. Die Frage ist dann zum Gegenstande meiner Berichterstattung gemacht worden und hat der Prüfung der heimischen Behörden und der Gerichte unterlegen. Ich vermag noch heute nicht von meiner Auffassung zurückzukommen, daß die ganze Angelegenheit in der deutschen Öffentlichkeit unnötig aufgebauscht worden ist, und daß auch die eingehende Prüfung der rechtlichen Seite durch die Behörden und die Gerichte unnötig war, da sich der Leiter der amerikanischen Filiale und die Leiter der deutschen Werke in dem absolut guten Glauben befanden, eine der deutschen Sache nützliche Maßregel zu treffen. Es war eine reine Frage des Erfolges. Wenn es wirklich gelungen ist, durch die Verzögerungspolitik Aufträge zu verschleppen und unsere Gegner auf lange Zeit an dem Aufbau einer eigenen Fabrikation von Zündern und Zündapparaten für Flugzeuge zu verhindern, so war das Vorgehen gerechtfertigt, im anderen Falle unzweckmäßig, aber moralisch und rechtlich einwandfrei. Es liegen beachtenswerte Anhaltspunkte dafür vor, daß sich die Engländer im Anfang auf die Möglichkeit der Produktion und des Bezuges solcher Zünder von den Vereinigten Staaten verließen und sich erst später allmählich und infolgedessen unter wesentlich schwierigeren Verhältnissen zum Aus- und Aufbau der eigenen Zünderfabrikation entschlossen. Daß in dieser Hinsicht bis in die letzte Zeit Schwierigkeiten bestanden haben, ist aus den von England nach Amerika gelangten Nachrichten einwandfrei festgestellt worden.

Infolge der großen Einkäufe der Alliierten änderte sich allmählich die Haltung der amerikanischen Regierung in der Frage der Gewährung von Anleihen. Ende März 1915 gelang es uns auf Grund eines Berliner Auftrages eine allerdings kleine Anleihe aufzunehmen. Die Angelegenheit

verursachte ein ganz ungewöhnliches Maß von Arbeit. Die amerikanische Finanzwelt wurde schon damals von der Morgan-Gruppe vollständig beherrscht. Diese Herrschaft beruhte darauf, daß die Aufträge der Alliierten in englischen Händen konzentriert und von England wiederum dem als Agenten der englischen Regierung tätigen Hause J. P. Morgan & Co. übertragen wurden. Da die Aufträge schließlich alle Gebiete des wirtschaftlichen Lebens betrafen, wurden sämtliche großen amerikanischen Banken und Bankiers in Anspruch genommen und damit in den Morganschen Interessenkreis hineingezogen. Infolgedessen war kein größeres Haus zur Übernahme einer deutschen Anleihe zu bewegen. Wohl aber erklärten sich einige angesehene Trustgesellschaften bereit, die mit Deutschland Geschäftsbeziehungen hatten oder zu haben wünschten, sich als Mitglieder eines Syndikats bezeichnen zu lassen, wenn es gelänge, einen „Syndikatsmanager" zu finden. Als solcher erschien die später zu Ansehen gelangte, damals aber noch ziemlich unbekannte Firma Chandler & Co., New York, geeignet. Als sämtliche Vorbereitungen und vorläufige Abmachungen getroffen waren, erklärten die vorbezeichneten Trustgesellschaften unter dem Druck des Morganschen Einflusses, daß ihre Namen in dem Syndikat nicht genannt werden dürften. Inzwischen war die Angelegenheit so weit gediehen, daß ein Zurücktreten eine moralische Niederlage bedeutet hätte, die für unseren Kredit gefährlich geworden wäre. Infolgedessen mußten wir uns entschließen, die Anleihe lediglich unter der Unterschrift der Firma Chandler & Co. durchzuführen, was natürlich im allgemeinen Interesse nicht erwünscht war.

Rückschauend bin ich der Ansicht, daß wir besser getan hätten, von einer Anleihe in den Vereinigten Staaten abzusehen und die erforderlichen Geldmittel von Berlin aus zu überweisen. Dies hat später behufs Einlösung der Anleihe doch geschehen müssen, und zwar dann zu einem wesentlich ungünstigeren Devisenkurse. Allerdings konnte man bei

Aufnahme der Anleihe kaum annehmen, daß die Rückzahlung noch während des Krieges notwendig sein würde, da man wohl mit einer kürzeren Dauer des Krieges gerechnet hatte. Anderseits kann keine Rede davon sein, daß etwa durch diese Anleihe den späteren Anleihen der Alliierten der Weg geebnet worden sei. Letztere Anleihen, die mit Naturnotwendigkeit aus den großen Lieferungen an die Alliierten hervorgingen, wären doch zustande gekommen. Wohl aber haben wir uns durch die Anleihe eines Arguments für die mangelnde Neutralität der Vereinigten Staaten beraubt.

Im Jahre 1916 gelang es, etwa fünf Millionen Dollar Reichsschatzscheine unter der Hand und ohne formelle Anleiheverhandlungen unterzubringen.

Eine andere wirtschaftliche Frage, mit welcher ich befaßt wurde, bezog sich auf die Ausfuhr von deutschen Farbstoffen nach den Vereinigten Staaten. In Berlin wurde der Standpunkt vertreten, daß den Vereinigten Staaten deutsche Farbstoffe vorenthalten werden sollten, um einen Druck zur Bekämpfung und gegebenenfalls Beseitigung der englischen Blockade auszuüben. Der gleiche Standpunkt ist bezüglich anderer, für die Vereinigten Staaten unentbehrlicher Waren, wie zum Beispiel Kalisalze, Zuckerrübensamen und dergleichen mehr, eingenommen worden. Ein Wechsel in dieser Stellungnahme ist erst im Frühjahr 1916 auf meinen Vorschlag eingetreten.

Ich bin der Ansicht, daß sich die Vorenthaltung dieser Waren als schwerer Irrtum erwiesen hat. Das politische Ziel des Druckes auf England zur Beseitigung der Blockade ist nicht erreicht worden. Die amerikanischen Industrien haben sich zum Teil durch Bezug von Farbstoffen von anderer Seite — Einfuhr deutscher Farbstoffe aus China, wo man sie systematisch aufgekauft hatte, Schmuggel deutscher Farbstoffe über neutrale Länder, Bezug Schweizer Farbstoffe, Einfuhr natürlicher Farben sowie von Ersatzstoffen —, vor allem aber durch Aufbau einer eigenen Farbstoffindustrie

geholfen. Bei dem Kali hat man sich einfach mit dem Mangel abgefunden, was um so leichter war, als die amerikanischen Düngemittelfabriken und -händler schon aus Geschäftsinteresse eine systematische Propaganda für Entbehrlichkeit von Kali und für die Verwendung ihrer eigenen Erzeugnisse machten. Es dürfte überhaupt eine generelle Beobachtung sein, daß sich in letzter Linie keine einzige Ware als wirklich unentbehrlich erwiesen hat. Die Folge der Vorenthaltung war daher lediglich — abgesehen von einer gänzlich unnötigen politischen Verstimmung, weil es den Engländern gelang, das Odium völlig auf uns abzuwälzen — der Mangel größerer deutscher Guthaben in den Vereinigten Staaten sowie der Aufbau einer eigenen amerikanischen Produktion.

Bei dem Absatz deutscher Kriegsanleihe hat es sich in der Hauptsache darum gehandelt, daß sich unlautere Elemente des Geschäftes bemächtigten, durch gegenseitiges Unterbieten und zum Teil durch direkt betrügerische Handlungen die Kriegsanleihe diskreditierten, und daß anderseits durch die Unmöglichkeit der Lieferung von Originalstücken auf die Dauer das Interesse an der Abnahme der Kriegsanleihe erlahmte. Schon frühzeitig habe ich daher die Ausstellung von Interimsscheinen durch mich vorgeschlagen. Die Angelegenheit ist jedoch gescheitert, weil der Vertreter der Deutschen Bank sich widersetzte und weil die naturgemäße Opposition zweier größerer Institute, die aus dem Vertriebe der Kriegsanleihe und der damit verbundenen Spekulation in der Markvaluta ein nutzbringendes Geschäft machten, nicht zu überwinden war. Ich bin noch heute der Ansicht, daß bei einer rechtzeitigen Organisation der Absatz der Kriegsanleihe um viele Millionen Dollar hätte gesteigert werden können.

FÜNFTES KAPITEL

DIE SOGENANNTEN DEUTSCHEN VERSCHWÖRUNGEN

ALS unmittelbar nach Kriegsausbruch die britische Seeherrschaft unsere in fremden Gewässern befindlichen Kriegsschiffe von ihren Operationsbasen und die deutschen Reservisten in Nord- und Südamerika von der Heimat abschnitt, wurden in den Vereinigten Staaten von Reichsdeutschen und Deutschamerikanern Gegenmaßregeln ergriffen, die, wiewohl an sich nicht gegen die Union gerichtet, gegen die Landesgesetze verstießen. Ferner wurden dort und von dort aus im Jahre 1915 mehrfach Gewaltakte gegen Deutschlands Feinde verübt oder vorbereitende Handlungen zu solchen unternommen, die ebenfalls mehr oder minder schwere Verletzungen der amerikanischen Gesetze darstellten. Beide Arten von Handlungen sind, unter der suggestiven Bezeichnung „deutsche Verschwörungen" oder „deutsche Komplotte gegen die amerikanische Neutralität", in raffinierter Weise gegen uns verwertet worden, und diese Agitation hat der deutschen Sache im allgemeinen und der von mir verfolgten Politik im besonderen schweren Schaden zugefügt.

Unter den Gesetzesverletzungen der ersten Art ist vor allem der schon kurz erwähnte Fall der Hamburg-Amerika-Linie zu nennen, der dadurch entstand, daß die New Yorker Filiale auf Grund direkter Weisungen ihres Hamburger Stammhauses, den deutschen Kreuzern und Hilfskreuzern auf See etwa ein Dutzend gecharterter Schiffe mit Kohle und Proviant

zusandte, welche in den Ausklarierungspapieren nach Häfen deklariert wurden, die jenseits der Punkte des offenen Meeres lagen, an denen sie mit den deutschen Kreuzern zusammenzutreffen hatten. Als später bekannt geworden war, daß die New Yorker Niederlassung der Hamburg-Amerika-Linie auf diese Weise deutsche Kreuzer bekohlt hatte, wurde sie wegen Abgabe wissentlich falscher Erklärungen in den Ausklarierungsdokumenten unter Anklage gestellt, und sind ihr ehrwürdiger Leiter, der Gesandte a. D. Dr. Bünz, sowie drei andere Angestellte der Firma im Dezember 1915 in erster Instanz zu je achtzehn Monaten Zuchthaus verurteilt worden.

Das rigorose Vorgehen gerade gegen den allgemein angesehenen und von seiner langjährigen Tätigkeit als Generalkonsul in Chicago und New York her auch bei den Amerikanern sehr beliebten Herrn Bünz legte damals die Vermutung nahe, daß die amerikanische Regierung nach außen die starke „neutrale" Macht markieren, tatsächlich aber die Strafe gegen den betagten Herrn Bünz nicht vollstrecken wollte. In Wirklichkeit ist er denn auch bis geraume Zeit nach Amerikas Kriegseintritt völlig unbehelligt geblieben. Als indessen im Sommer 1917 in der Presse ein starkes Kesseltreiben gegen ihn einsetzte, erklärte er sich spontan bereit, trotz seines leidenden Zustandes, die Strafe zu verbüßen, und wurde er in das Hospital der Bundesstrafanstalt in Atlanta überführt. Dort ist er im Jahre 1918 gestorben. Ehre seinem Andenken!

In Anbetracht des Umstandes, daß die Straftat nicht mehr als eine technische Verletzung — vgl. Kapitel 4 — der amerikanischen Gesetzesvorschriften war und daß ihr keinerlei unedle, insbesondere keine gegen die Vereinigten Staaten gerichtete Motive zugrunde lagen, war die Strafe eine außerordentlich harte. Sie war es um so mehr, als bei der Hauptverhandlung von der Verteidigung geltend gemacht wurde, daß Amerika im Kriege gegen Spanien ganz ebenso gehandelt

habe, indem es seine vor Manila liegende Flotte unter Admiral Dewey von dem neutralen Hafen Hongkong aus bekohlen ließ, wobei die mit Kohle beladenen Schiffe als mit „Eisenabfällen" befrachtet nach Macao deklariert wurden! Es war indessen für die in den amerikanischen Oststaaten gegen Ende 1915 herrschende Stimmung bezeichnend, daß das drakonische Urteil gegen die „deutschen Verschwörer", abgesehen von einigen scharf protestierenden deutschamerikanischen Zeitungen, allgemeine Billigung fand.

Ferner wurde zahlreichen deutschen Reserveoffizieren in Amerika die Reise über den von England scharf bewachten Ozean dadurch ermöglicht, daß sie durch ein von dem Deutschamerikaner H. A. von Wedell organisiertes, später von einem Herrn Karl Ruroede fortgeführtes Geheimbureau in New York falsche oder verfälschte amerikanische Reisepässe erhielten. Das Bureau wurde von den amerikanischen Justizbehörden aufgehoben, als im Januar 1915 auf einem norwegischen Schiffe im New Yorker Hafen vier deutsche Reservisten mit derartigen Pässen abgefaßt worden waren. Wedell hatte angeblich New York schon einige Zeit vorher fluchtartig verlassen, soll aber in britische Gefangenschaft geraten und bei einem Transporte ertrunken sein. Die Reservisten kamen mit empfindlichen Geldstrafen davon. Ruroede dagegen wurde zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Bei der Beurteilung dieser Straftaten hat man in Betracht zu ziehen, daß nach dem geltenden Völkerrechte die britischen Seestreitkräfte nicht berechtigt waren, einzelne unbewaffnete Deutsche, die auf neutralen Schiffen in die Heimat reisten, gefangenzunehmen, was auch von der amerikanischen Regierung ausdrücklich betont wurde, als sich ein solcher Fall auf einem amerikanischen Schiffe im Stillen Ozean ereignete. Im allgemeinen waren aber leider die neutralen Mächte zu schwach, um den britischen Übergriffen gegenüber ihre Rechte mit Erfolg zu schützen, und so wurden alle Deutschen auf der Heimreise gefangengenommen, wenn die Briten sie zu finden

vermochten. Diejenigen unserer Landsleute, welche das Gefühl der Pflicht, ihr Vaterland zu verteidigen, nach Hause trieb, befanden sich somit einem flagranten Völkerrechtsbruche gegenüber in der Notwehr, wenn sie sich falsche Pässe zu verschaffen versuchten. Es handelte sich in diesen Fällen um Pflichtenkollisionen, wie sie im Leben oft vorkommen und die jeder mit seinem Gewissen abmachen muß. Die Träger solcher falschen Pässe riskierten, bestraft zu werden, zogen aber diese Gefahr dem Verdachte der Fahnenflucht und der Feigheit vor. Ihr „Segeln unter falscher Flagge" zur Täuschung der britischen Ozeanwächter war moralisch immer noch höher zu bewerten als das Setzen neutraler Flaggen seitens britischer Schiffe zur Täuschung der deutschen Unterseeboote. Von einer „deutschen Verschwörung" konnte in diesen Paßfälschungsfällen nicht die Rede sein, da ich im Auftrage der deutschen Regierung amtlich bekanntgegeben hatte, daß unter den obwaltenden Umständen kein Deutscher wegen Fahnenflucht später in der Heimat bestraft werden würde, weil er in Amerika zurückgeblieben sei. Auch eine persönliche Verantwortlichkeit meinerseits für das erwähnte New Yorker Geheimbureau, die man auf Grund eines aufgefangenen, mir lediglich durch die Presse bekannt gewordenen Briefes zu konstruieren versucht hat, den Herr v. Wedell vor seiner Abreise an mich gerichtet haben soll, muß ich nachdrücklichst ablehnen. Allerdings ist mir der Genannte, der eine Advokatenpraxis in New York betrieben hatte, vor dem Kriege persönlich bekannt gewesen. Er war aber sofort nach Kriegsausbruch nach Deutschland zu seinem alten Regiment geeilt und kehrte später, vermutlich auf Veranlassung einer deutschen Militärbehörde, heimlich nach Amerika zurück, um nach anscheinend nur ganz kurzem Aufenthalte daselbst ebenso heimlich wieder zu verschwinden. Ruroede war mir vor seiner Verhaftung nicht einmal dem Namen nach bekannt. Sofern er, wie seinerzeit behauptet wurde, den deutschen Reservisten die falschen Pässe ohne

jeden persönlichen Vorteil verschaffte, so kann ich, angesichts der Tatsache, daß er die in der Notwehr gegen britische Übergriffe befindlichen deutschen Landsleute unterstützte, die Schwere der ihm auferlegten Strafe nur bedauern.

Hatten schon die Fälle der Hamburg-Amerika-Linie und der Paßfälschungen der deutschen Sache in Amerika erheblich geschadet, so war der Schaden ein noch viel schwererer bei den Gewaltakten, die von Reichsdeutschen und Deutschamerikanern von amerikanischem Boden aus gegen unsere Feinde verübt oder versucht wurden. Zu den paar authentischen Fällen dieser Art, die, wie jeder Vorurteilslose erkennen müßte, aus eigener Initiative unternommene, recht törichte Akte patriotischen Übereifers, sicherlich aber keine von den in den Vereinigten Staaten beglaubigten deutschen Vertretern angezettelte „Verschwörungen" waren, sind geflissentlich unzählige andere hinzugedichtet worden, die zweifellos jeder tatsächlichen Grundlage entbehrten. Außerdem wurden seither für jeden Unglücksfall, der sich in irgendeiner amerikanischen Munitionsfabrik ereignete — und ihre Zahl war in den wie Pilze aus der Erde geschossenen, überwiegend mit ganz ungeschultem Arbeitspersonal betriebenen Munitionswerken ganz naturgemäß ziemlich groß —, regelmäßig „deutsche Agenten" verantwortlich gemacht. Die deutschfeindlichen Zeitungen, allen voran das „Providence Journal", stellten diese Vorkommnisse als einen ganz selbstverständlichen Ausfluß des „bekannten Systems der deutschen Schrecklichkeit" hin. Schlimmer noch, sie hämmerten ihren Lesern die Idee ein, daß Gewaltakte ein wesentlicher Teil der „deutschen Propaganda" seien, und stellten in ihren „cartoons" den Deutschen und meist auch den Deutschamerikaner nur noch in der suggestiven Figur des bärtigen Anarchisten mit bereitgehaltener Bombe dar. Ich selbst bin in diesem Zusammenhange von der Revolverpresse wiederholt in Wort und Bild schwer verunglimpft worden, indem sie mich — erst vorsichtiger, später mit nicht

mißzuverstehender Deutlichkeit — als den Rädelsführer oder Anstifter der angeblichen „Verschwörungen" hinstellte. Erheblich ärger gebärdeten sich selbst angesehene Zeitungen gegen den Militärattaché Hauptmann von Papen und den Marineattaché Kapitän Boy-Ed, deren Namen offen in Verbindung mit einigen von den amerikanischen Justizbehörden verfolgten Straftaten genannt wurden. Beide Offiziere fielen schließlich dieser Agitation zum Opfer und mußten auf Ersuchen der amerikanischen Regierung im Dezember 1915 aus Amerika abberufen werden. Fast gleichzeitig wurden in der Jahresbotschaft des Präsidenten an den Kongreß gesetzliche Maßregeln gegen die amerikanischen Teilnehmer an solchen Umtrieben gefordert, denen vorgeworfen wurde, „Komplotte zur Zerstörung von Eigentum angestiftet und Verschwörungen gegen die Neutralität der Regierung angezettelt" zu haben. Erst in der Kriegsbotschaft vom 2. April 1917 bezichtigte Herr Wilson offen die amtlichen deutschen Vertreter in Amerika dieser Umtriebe, indem er sagte: „Leider ist es keine bloße Vermutung, sondern eine vor unseren Gerichtshöfen erwiesene Tatsache, daß die Verschwörungen, die mehr als einmal der Störung des Friedens und der Zertrümmerung der Gewerbe unseres Landes gefährlich nahekamen, auf Anstiften, mit Unterstützung und sogar unter persönlicher Leitung amtlicher Agenten der kaiserlichen Regierung betrieben wurden, die bei der Regierung der Vereinigten Staaten beglaubigt waren." Seither ist mein eigener Name in unzähligen Propagandaschriften, mit denen das amtliche „Committee on Public Information" sowohl die Union als auch Europa überschüttet hat, als der des obersten Leiters der deutschen „Verschwörungen" in Amerika genannt worden. Man hat mich offen der Anstiftung und Beihilfe, jedenfalls aber der Mitwisserschaft an allen erdenklichen gemeinen Verbrechen bezichtigt.

Ich bin diesen vollkommen aus der Luft gegriffenen und lediglich zum Zwecke der antideutschen Stimmungsmache

erfundenen Anschuldigungen schon mehrfach in Interviews mit amerikanischen Journalisten entgegengetreten. Ich weise sie hier noch einmal auf das bestimmteste zurück!

Was an den Geschichten über deutsche Verschwörungen in den Vereinigten Staaten Wahres ist, wird erst noch durch eine künftige unbefangene Geschichtschreibung einwandfrei festgestellt werden müssen. Zeugnisse, die unter dem Einflusse der Kriegspsychose abgegeben worden sind, haben selbstredend nur einen bedingten Wert. Gerade aus den Protokollen über die Erhebungen des Senatsausschusses geht ganz klar hervor, daß namentlich die Aussagen der Herren Lester und Becker unendlich viel Unrichtigkeiten und Erfindungen enthalten. Vermutlich haben einige ihrer deutschen oder vormals deutschen Informanten, deren Namen sorgsam geheimgehalten werden, sie absichtlich belogen, entweder weil sie den Judaslohn empfangen oder weil sie ihre Brücken nach der Heimat abgebrochen hatten und sich in ihrem Adoptivlande eine gute Stellung sichern wollten.

Wie dem auch sei — ich habe an Handlungen, die mit den Gesetzen der Vereinigten Staaten im Widerspruch standen, niemals teilgenommen. Ich habe solche Handlungen weder veranlaßt, noch wissentlich durch Bereitstellung von Geldmitteln oder auf andere Weise Beihilfe dazu geleistet. Ich habe auch nicht in einem einzigen Falle von wirklichen Verbrechen oder von vorbereitenden Handlungen zu solchen vorher Kenntnis gehabt. Regelmäßig habe ich erst durch die Zeitungen davon Kunde bekommen und habe die meisten Dinge, deren wir bezichtigt wurden, lange Zeit nicht geglaubt, was mir kaum verübelt werden kann, wenn man bedenkt, was uns alles, manchmal Tag für Tag, in die Schuhe geschoben wurde. Ich erinnere nur an die verschiedenen angeblichen Pläne zur Invasion Kanadas mit Hilfe der deutsch-amerikanischen Schützengilden und die zahlreichen anderen phantastischen Unternehmungen dieser Kategorie, die uns in den ersten Kriegsmonaten nachgesagt wurden!

Soweit tatsächlich Verletzungen der amerikanischen Gesetze vorgelegen haben, sind sie sicherlich von niemandem stärker verurteilt und verwünscht worden als von mir — schon um deswillen, weil nichts der von mir in Amerika verfolgten und in diesem Buche geschilderten Politik schädlicher sein konnte als diese Vorkommnisse und die Stimmung, die sie erzeugen mußten. Es war mir völlig klar, daß die vereinzelten tatsächlichen Verletzungen der Landesgesetze und die daran geknüpfte deutschfeindliche Hetze meiner Politik bei der amerikanischen Regierung und der öffentlichen Meinung außerordentlich schaden mußten. Es ist also auch aus inneren Gründen heraus vollkommen widersinnig, mir im Ernst irgendwelche Verantwortung für die in Frage stehenden Vorkommnisse zuschreiben zu wollen. Ich würde ja der von mir verfolgten Politik selbst von vornherein den Todesstoß gegeben haben, wenn ich die sogenannten „Verschwörungen" angestiftet oder begünstigt hätte!

Nun wird mir scheinbar in Amerika der Vorwurf gemacht, daß ich zum allermindesten die Ausführung von Gewaltakten unter Leitung der der Botschaft attachierten Offiziere oder besonderer deutscher Geheimagenten stillschweigend geduldet hätte. Zum Beweise dafür werden mehrere an die Botschaft in Washington gerichtete, in England dechiffrierte Ziffertelegramme deutscher Militärbehörden angeführt, in denen angeblich Gewaltakte auf kanadischem Staatsgebiet anbefohlen wurden. Ich weiß nicht, ob diese Depeschen echt sind. Militärische Ziffertelegramme, die mit der Formel „Für Militärattaché" begannen, sind in der Tat sehr zahlreich in der Botschaft eingegangen, wurden aber von der Botschaftskanzlei regelmäßig sofort an das in New York gelegene Bureau des Hauptmanns von Papen weitergeleitet, ohne daß ich vorher von ihrem Inhalt Kenntnis erhielt. Herr von Papen hat mir begreiflicherweise nie mündlich von Aufträgen seiner vorgesetzten Behörde zur Vornahme von Gewaltakten der fraglichen Art gesprochen. Ich halte es bis auf weiteres auch

nicht für erwiesen, daß er solche Aufträge erhalten hat. In diesen Dingen kann ich nur für mich selbst sprechen, da ich mich niemals mit den rein militärischen Fragen befaßt habe. Kurz nach Herrn von Papens Heimreise legte ich energisch gegen die Entsendung eines Nachfolgers Verwahrung ein, weil für einen Militärattaché nach Lage der Verhältnisse kein Arbeitsfeld mehr vorhanden und nur eine neue Agitation seitens unserer Gegner zu erwarten war.

Was geheime, von den deutschen Militärbehörden nach den Vereinigten Staaten entsandte Agenten, sei es beauftragterweise, sei es in Überschreitung ihrer Aufträge, unter Verletzung der Landesgesetze unternommen haben, das entzog sich allerdings schon damals meiner Kenntnis, und das habe ich selbst nach meiner Rückkehr nach Deutschland nicht zu ergründen vermocht. Ich möchte aber betonen, daß ich das Auswärtige Amt wiederholt dringend ersuchte, die Entsendung deutscher Geheimagenten nach Amerika mit allen Mitteln zu verhindern. Außerdem habe ich in der Presse an die in den Vereinigten Staaten weilenden Reichsdeutschen eine von mir unterzeichnete geharnischte Verwarnung veröffentlichen lassen, unter keinen Umständen Handlungen zu begehen, die gegen die Landesgesetze verstießen. Im allgemeinen kann ich sagen, daß ich ungefähr ein Jahr vor dem Abbruche der diplomatischen Beziehungen völlig reinen Tisch mit allen „Verschwörungen" gemacht und erreicht hatte, daß keine Agenten mehr aus Deutschland gesandt wurden. In der Heimat ist mir zum Teil ein Vorwurf daraus gemacht worden, daß ich den „Verschwörungen" nicht früher ein Ende bereitet hätte. Darauf ist zu erwidern, daß es tatsächlich doch nur die Fälle Rinteln und Fay gewesen sind, die uns in den Ruf von „Verschwörern" brachten. Alles andere kam später lediglich als größtenteils erfundenes Beiwerk dazu. Sobald ich von den beiden genannten Fällen gehört hatte, tat ich mit Erfolg Schritte, um Wiederholungen zu vermeiden, die auch tatsächlich nicht eingetreten sind.

Was die Haltung der amerikanischen Regierung mir gegenüber mit Bezug auf die der Botschaft zugeschriebenen „Verschwörungen“ angeht, so ist dazu folgendes zu bemerken. Als im November 1915 die Pressehetze ihren Höhepunkt erreichte, richtete ich an Staatssekretär Lansing ein Schreiben, in dem ich gegen die ungerechtfertigten Angriffe gegen mich und die Herren der Botschaft nachdrücklich protestierte und um Abstellung derselben bat.

Das Schreiben lautete in deutscher Übersetzung:

„Washington, den 16. Nov. 1915.

Die andauernden grundlosen Angriffe des ‚Providence Journal‘ gegen mich und Mitglieder meiner Botschaft veranlassen mich, anzufragen, ob Eure Exzellenz keine Mittel und Wege haben, zu zeigen, daß diese Angriffe nicht mit Wohlwollen von der amerikanischen Regierung betrachtet werden. Derartige Angriffe gegen die Botschaft einer befreundeten Macht, die den Schutz und die Gastfreundschaft der amerikanischen Regierung genießt, würden ganz unverständlich sein, wenn nicht allgemein bekannt wäre, daß das ‚Providence Journal‘ ein ‚hyphenated‘ englisch-amerikanisches Blatt ist. Um die Worte des Herrn Präsidenten zu gebrauchen, liegen dieser Zeitung offensichtlich andere Länder mehr am Herzen als das eigene Land.

Seit fünfzehn Monaten haben ich und alle Mitglieder meiner Botschaft sozusagen das gesamte Heer amerikanischer Privatdetektive hinter uns gehabt. Tag und Nacht sind sie uns gefolgt im Dienste unserer Feinde. Trotzdem und obwohl offizielle deutsche Dokumente gestohlen wurden, ist es ihnen nicht gelungen, auch nur einen einzigen Beweis für gesetzwidrige Handlungen gegen irgendeinen von uns zu finden.

Ich würde sehr verbunden sein, falls Eure Exzellenz sich veranlaßt sehen könnten, diese Botschaft gegen derartige grundlose Angriffe zu schützen, Angriffe, die ihre einzige

Grundlage finden in der Voraussetzung von Verschwörungen, die nicht existieren."

Auf dieses Schreiben ist mir zwar eine Antwort nicht zugegangen. Als mir aber kurze Zeit nachher Herr Lansing mitteilte, daß die amerikanische Regierung um Abberufung der ihr nicht mehr genehmen Herren Boy-Ed und von Papen ersuchen müsse — ich komme auf diesen Zwischenfall noch an anderer Stelle zurück —, erklärte mir der Staatssekretär sehr bestimmt, daß ich in keiner Weise involviert sei. Daß dies nicht nur eine höfliche Phrase, sondern durchaus ernst gemeint war, ergibt sich klar aus der Tatsache, daß die amerikanische Regierung nach dem Weggange der beiden Attachés, noch vierzehn Monate lang, bis zum Abbruche der amerikanisch-deutschen Beziehungen, mit mir vertraulich verhandelt hat.

Auf jene Tatsache möchte ich jetzt mit Nachdruck hinweisen, wenn man es nachträglich unternimmt, mich als Urheber oder Leiter jener „Verschwörungen" hinzustellen, die später durch die amerikanische Kriegspropaganda derartig ins Ungemessene vergrößert worden sind, daß der Durchschnittsamerikaner wirklich zu glauben scheint, die deutsche Botschaft sei ein Anarchistenzentrum gewesen und habe tatsächlich in der Zeit der amerikanischen Neutralität gegen die Vereinigten Staaten in der schlimmsten Weise „Krieg geführt".

Worin bestanden nun die sogenannten „Verschwörungen"? Wo sind die Legionen der Verschwörer? Wie sieht die angeblich unendliche Liste der deutschen Gesetzesverletzungen in Amerika im einzelnen aus?

Die Antwort auf diese Fragen geben die amtlichen Protokolle über die bereits mehrfach erwähnte Untersuchung des Senatsausschusses über die deutsche Propaganda. Nach den zweitägigen Darlegungen des Herrn Bruce Bielaski über dieses Thema ersuchte Senator Nelson, „des trockenen Tones satt" — er bemerkte ausdrücklich, daß das meiste, was

vorgebracht worden sei, ganz „akademisch" wäre! — den Agenten des Justizdepartements um einen Bericht über die deutschen Versuche, „Streiks anzustiften und Munitionsfabriken in die Luft zu sprengen", die ja seines Erachtens ebenfalls zur deutschen Propaganda gehörten. Herr Bielaski referierte darauf über die „wichtigsten Fälle von Gesetzesübertretungen, die von der deutschen Regierung veranlaßt (fathered) wurden". Er führte dabei mit dem Bemerken, daß dieses ein vollständiges Resümee sei, insgesamt vierundzwanzig Fälle mit den Namen der inkriminierten Personen an, die ich nachstehend in tabellarischer Form wiedergebe:

1. Paßfälschungen (v. Wedell, Ruroede);
2. Sprengung einer kanadischen Brücke (Horn);
3. Paßfälschungen (Stegler, Madden, Cook);
4. Paßfälschung (Lüderitz);
5. Versuchte Zerstörung eines kanadischen Kanals (v. d. Goltz, Tauscher, Fritzen);
6. Paßfälschungen (Sanders, Wunneberg und 2 Gen.);
7. Versorgung deutscher Kriegsschiffe auf See mit Kohle usw. (Bünz, Köter, Hofmeister, Poppinghaus);
8. Versuchte Anstiftung einer Revolution in Indien (Bopp, v. Schack, v. Brinken, Ram Chandra und 25 Gen.);
9. Versuchte Sprengung eines kanadischen Eisenbahntunnels (Bopp und 3 Gen.);
10. Versuchte Zerstörung von kanadischen Munitionsfabriken und Eisenbahnbrücken (Kaltschmidt und 5 Gen.);
11. Geplante Zerstörung von alliierten Munitionsschiffen durch Höllenmaschinen (Fay, Scholz, Däche und 3 Gen.);
12. Geplante Zerstörung von alliierten Munitionsschiffen durch Brandbomben (Scheele, v. Kleist, Wolpart, Bode);
13. Versuchte Anstiftung von Streiks in Kriegsmaterialfabriken (Rintelen, Lamar, Martin);

14. Versuchte Anstiftung von Streiks unter den Hafenarbeitern (keine Beweise!);
15. Entsendung von Spionen nach Kanada (König);
16. Meineid betr. die Bewaffnung der „Lusitania“ (Stahl);
17. Versuch, Gummi nach Deutschland zu schmuggeln (Jäger und 5 Gen.);
18. Versuch, von einem internierten deutschen Schiffe Chronometer an Land zu schmuggeln (Thierichens);
19. Versuch, Nickel nach Deutschland zu schmuggeln (Olsen und 2 Gen.);
20. Versuch, Gummi nach Deutschland zu schmuggeln (Newman und Gen.);
21. Versenkung eines deutschen Schiffes in einer amerikanischen Schiffahrtsstraße (Kapitän und Mannschaft der „Liebenfels“);
22. Versuch, Gummi nach Deutschland zu schmuggeln (Soloman und Gen.);
23. Paßfälschung (Rintelen, Meloy);
24. Geplante Vernichtung von alliierten Armeepferden durch Bakterien (Sternberg).

Soweit die Aufzählung des Agenten Bielaski! Ohne die paar darunter enthaltenen wirklich ernsten Gesetzesverletzungen irgendwie beschönigen zu wollen, möchte ich doch annehmen, daß der unbefangene Leser daraus den Eindruck gewinnen muß, daß Herr Bielaski offensichtlich sehr weit ausholen zu müssen geglaubt hat, um dem Senatsausschusse einen auch nur einigermaßen präsentablen Katalog von Verschwörungen, die von der deutschen Regierung in den Vereinigten Staaten angezettelt sein sollen, vorzulegen! Es war ihm augenscheinlich darum zu tun, durch die Länge seiner Liste zu imponieren; er schloß daher Vorfälle in sie ein, hinter denen auch das argwöhnischste Gemüt schwerlich die deutsche Regierung vermuten wird. Er hat denn auch selbst nicht die Urheberschaft deutscher Regierungsvertreter hinsichtlich jedes einzelnen der angegebenen Fälle zu

behaupten gewagt. Auf die Frage des Senators Overman, ob alle diese Fälle den Herren von Papen und Boy-Ed zur Last zu legen seien, antwortete Herr Bielaski ausweichend: „Im allgemeinen wurden die hauptsächlichsten und wichtigen Fälle und größeren Versuche von Verbrechen von irgendeinem amtlichen Vertreter Deutschlands inspiriert, finanziert und geleitet." Im einzelnen hat er lediglich bei den ersten 14 und den 2 letzten Fällen deutsche Regierungsvertreter oder Agenten namentlich als Urheber oder Anstifter bezeichnet, wobei er, wie ich unterstreichen möchte, meinen eigenen Namen lediglich in Verbindung mit der angeblich von Deutschland beabsichtigten Anstiftung einer Revolution in Indien genannt hat. Diese Fälle, in denen die Zahl der von amerikanischen Gerichten Verurteilten, Herrn Bielaskis unkontrollierbaren Angaben zur Folge, insgesamt nicht mehr als 67 (darunter anscheinend 16 Reichsdeutsche) beträgt, setzen sich zusammen aus dem bereits erörterten Fall der Hamburg-Amerika-Linie, 5 Fällen von Paßfälschungen, wovon ebenfalls oben bereits die Rede war, ferner dem sogenannten indischen Komplott, einem Falle tatsächlicher und 3 Fällen versuchter Gewalttaten in Kanada und endlich den, die Fälle 11 bis 14 und 24 des Bielaskischen Resümees ausmachenden Gesetzesverletzungen der Agenten Rintelen, Fay und Steinberg.

Ich komme auf diese Fälle im einzelnen weiter unten zurück. Vorher möchte ich feststellen, daß das in Frage stehende Resümee in gewisser Hinsicht wichtiger ist für das, was es nicht enthält, als für das, was es enthält.

Da ist in erster Linie das Fehlen der früher so oft gegen uns erhobenen perfiden Beschuldigung hervorzuheben, daß wir „Verschwörungen" angezettelt hätten, um die Vereinigten Staaten in Kriege mit Mexiko und Japan zu verwickeln. Wenn Herr Bielaski bei seiner Vernehmung vor dem Senatsausschusse jener angeblichen Komplotte mit keinem Worte gedenkt, so wird man daraus den Schluß ziehen dürfen,

daß diese lächerlichen Märchen, mit denen seinerzeit die amerikanische öffentliche Meinung so geflissentlich vergiftet wurde, endlich begraben sind. Tatsächlich hat mir während meiner Washingtoner Tätigkeit nichts ferner gelegen, als mit mexikanischen Generalen zu konspirieren, da ich dadurch der von mir befolgten Politik den Boden unter den Füßen weggezogen haben würde. Was Japan anlangt, so bemerke ich beiläufig, daß Herr Hale, als er Mitarbeiter unserer Propaganda wurde, ausdrücklich die Bedingung stellte, daß wir nichts unternehmen würden, um den bestehenden Gegensatz zwischen Amerika und Japan zu vertiefen — eine Bedingung, die von Dr. Dernburg ohne weiteres angenommen wurde, da er ebenso wie sein Assistent Dr. Fuehr, der ein genauer Kenner Japans ist, ein entschiedener Gegner einer solchen Agitation war*.

Ferner ist zu bemerken, daß auch das uns früher häufig nachgesagte Komplott, die Negerbevölkerung der Vereinigten Staaten zur Erhebung aufzureizen, in Herrn Bielaskis Katalog fehlt. Bei seiner Vernehmung von einem Senator eines der Südstaaten zu einer Äußerung über diesen Punkt aufgefordert, gab der Genannte ohne weiteres zu, daß die in dieser Richtung angeblich unternommenen Versuche nicht von deutschen Behörden ausgegangen seien.

Weiter ist darauf hinzuweisen, daß der Agent des Justizdepartements uns hinsichtlich der ehedem so beständig gegen uns erhobenen Beschuldigung, daß wir in amerikanischen Munitionsfabriken Streik- und Bombenkomplotte angezettelt hätten, vollständige Entlastung erteilte. Nach allem, was seinerzeit gerade in dieser Hinsicht von amerikanischen Zeitungen auf „deutsche Verschwörungen" zurückgeführt worden

* Um Mißverständnissen vorzubeugen, bemerke ich hier ausdrücklich, daß ich damit in keiner Weise die bekannte Instruktion des Staatssekretärs Zimmermann an unsern Gesandten in Mexiko in Abrede stellen will, die eine Kooperation in Mexiko gegen die Vereinigten Staaten sowie eine Verständigung mit Japan für den Fall — und lediglich für diesen Fall — anregte, daß die Vereinigten Staaten gegen uns Krieg erklären sollten. Ich komme auf diese Instruktion noch zu sprechen und bemerke hier nur, daß ich gezwungen war, sie an Herrn von Eckhardt weiterzugeben.

ist, muß ich gestehen, daß, wenn ich eine Anklage bestimmt erwartet hätte, es diese gewesen wäre. Anscheinend ist es den Teilnehmern des Senatsausschusses ähnlich gegangen, denn einer von ihnen richtete an Herrn Bielaski ausdrücklich die Frage, ob er denn darüber nichts zu bekunden habe. Seine Antwort lautete indessen: „Ich weiß darüber sehr wenig, wenn irgend etwas; ich glaube nicht, daß in der Zeit unserer Neutralität irgendwelche Fälle für strafrechtliche Verfolgung vorlagen."

Auch das in New York betriebene deutsche Arbeitsvermittlungsbureau, das ebenfalls früher als Organ oder Deckmantel einer gefährlichen „deutschen Verschwörung" hingestellt worden war, wurde in dem Bielaskischen Resümee nicht erwähnt, was den Schluß zuläßt, daß man jene verleumderische Hypothese fallen gelassen hat. Die fragliche, nach dem Namen ihres Leiters als Liebau-Bureau bekannt gewordene Stelle wurde von Hauptmann von Papen mit Unterstützung der österreichisch-ungarischen Botschaft ins Leben gerufen, nachdem der Botschafter Dr. Dumba und ich unsere in amerikanischen Kriegsmaterialfabriken arbeitenden Landsleute öffentlich darauf hingewiesen hatten, daß sie sich in der Heimat des Hochverrats strafbar machten, wenn sie Waffen und Munition für unsere Feinde herstellten. Danach war es eine moralische Pflicht für die beiden Botschaften, Anstellungen und Beschäftigung für diejenigen zu schaffen, die freiwillig ihre Stellen in den für die Entente arbeitenden Fabriken aufgaben. Tatsächlich verstieß das Bureau, das Zweigstellen in Philadelphia, Chicago, Pittsburg und Cleveland unterhielt und etwa viertausendfünfhundert Personen neue, einwandfreie Stellen nachgewiesen hat, in keiner Weise gegen die amerikanischen Gesetze. Was meinen öffentlichen Hinweis auf den deutschen Hochverratsparagraphen anlangt, so wurde er von einem großen Teile der amerikanischen Presse scharf verurteilt und als Versuch, „das deutsche Strafgesetzbuch in Amerika einzuführen", somit also die Souveränität

der Vereinigten Staaten anzutasten, hingestellt. Jene Kritik wirkt im Lichte dessen, was man später gerade amerikanischerseits einem Bürger als Hochverrat angerechnet hat, reichlich sonderbar.

Nach diesem Exkurse über die uns früher vorgeworfenen „Verschwörungen", die das Bielaskische Resümee nicht mehr gegen uns geltend macht, komme ich auf die Fälle von Straftaten zurück, die es uns zur Last legt.

Da ist zunächst der Gewalttat des früheren deutschen Offiziers Werner Horn zu gedenken, die wohl den ersten Anstoß dazu gab, uns den schlimmen Namen von „dynamiters" einzubringen. Horn, von dessen Existenz und Anwesenheit in Amerika ich erst nach verübter Tat durch die Zeitungen erfuhr, sprengte in der damals weit verbreiteten Annahme, daß kanadische Truppen auf einer den Staat Maine durchquerenden Eisenbahnlinie nach Halifax befördert würden, im Februar 1915 unweit Vanceboro auf kanadischem Boden eine zu der Linie gehörende Eisenbahnbrücke. Da die Tat völlig sinnlos war und den Eisenbahnverkehr höchstens einige Stunden aufhalten konnte, so glaubte man es mit einem Geisteskranken zu tun zu haben. Hauptmann von Papen nahm daher keinen Anstand, für den mittellosen Horn die Kosten für einen angemessenen Rechtsbeistand vorzuschießen. Soviel mir bekannt, ist denn auch Horn lange Monate in Untersuchungshaft gehalten und erst nach Amerikas Kriegseintritt wegen Verletzung der Dynamit-Transportvorschriften — er hatte scheinbar sein Dynamit im Handkoffer mit sich geführt — zu einer längeren Freiheitsstrafe verurteilt worden.

Von den drei Fällen von versuchten Anschlägen auf kanadische Anlagen und Werke hat die sogenannte Welland-Kanal-Affäre jedenfalls in New York den meisten Staub aufgewirbelt. Der Welland-Kanal verbindet, westlich von den Niagarafällen, somit auf kanadischem Staatsgebiet, den Ontario- mit dem Eriesee: er ist daher für den sehr regen

Schiffsverkehr der großen Seen, insbesondere für den Getreidetransport nach der Küste, von großer Bedeutung. Aus diesem Grunde scheint einer deutschen militärischen Stelle an der Vernichtung des Kanals gelegen zu haben, die angeblich bereits im September 1914 von einem deutschen Abenteurer, der sich Horst von der Goltz nannte, versucht, aber aus nicht völlig aufgeklärten Gründen in letzter Stunde aufgegeben worden sein soll. Der Krupp-Vertreter in New York, Hauptmann Hans Tauscher, wurde 1916 unter Anklage gestellt, für jenen Anschlag das Dynamit geliefert zu haben, wurde aber freigesprochen, da er den Nachweis erbrachte, daß er den Zweck der Verwendung der von ihm besorgten Sprengstoffe nicht gekannt hatte. Ich selbst erhielt die erste Kenntnis von dem Anschlage auf den Welland-Kanal erst bei der Erhebung der Anklage gegen Herrn Tauscher. Im übrigen liegt der Tatbestand noch heute sehr im dunkeln. Der Haupttäter von der Goltz hatte schon im Oktober 1914 die Fahrt nach Deutschland angetreten, bei der er aber in britische Gefangenschaft geriet. Als dann im Dezember 1915 Hauptmann von Papen unter britischem Freigeleit die Heimreise ausführte, wurden ihm in einem schottischen Hafen seine Papiere abgenommen, unter denen sich auch sein amerikanisches Scheckbuch befand. Letzteres führte zur Identifizierung des von der Goltz als der Person, die den Welland-Kanal zu sprengen versucht hatte. Höchstwahrscheinlich wurde er darauf von den englischen Behörden vor die Alternative gestellt, entweder erschossen zu werden oder nach Amerika zu gehen und, unter zugesicherter Straffreiheit, dort gegen Deutschland vor Gericht aufzutreten. Er wählte das letztere und machte als amerikanischer „Kronzeuge"*, übrigens weiter unter stetiger Bewachung, in New York seine

* Für den mit der amerikanischen Strafrechtspflege nicht vertrauten Leser sei hier bemerkt, daß in Amerika bei von mehreren Tätern verübten strafbaren Handlungen ein Täter, der den Angeber macht und als „Kronzeuge" auftritt (turns State's evidence) straffrei bleibt. Es liegt auf der Hand, daß diese Übung, die vom Standpunkt der Moral aus nicht stark genug verurteilt werden kann, dem Spitzeltum Tür und Tor öffnet.

Aussagen. Inwieweit denselben angesichts des auf ihn ausgeübten Druckes und seiner höchst zweifelhaften Vergangenheit Glauben geschenkt werden darf, muß dahingestellt bleiben.

Über den Fall des Reichsangehörigen Albert Kaltschmidt in Detroit, der nach Amerikas Kriegseintritt wegen angeblich im Jahre 1915 gemachter Versuche, eine Munitionsfabrik, ein Arsenal und einen Viadukt in Kanada in die Luft zu sprengen, verhaftet und im Dezember 1917 mit vier anderen zu Zuchthausstrafe verurteilt wurde, war mir während meiner Tätigkeit in Amerika nie etwas zu Ohren gekommen. Der in amerikanischen Zeitungen gemachte Versuch, die Verantwortung für die Gewalttaten, welche der Genannte in die Wege geleitet haben soll, mir zuzuschieben, weil ihm im Oktober 1915 ein größerer Betrag aus einem auf Geheimrat Alberts und meinem Namen stehenden gemeinsamen Bankkonto überwiesen worden wäre, muß ich auf das bestimmteste zurückweisen. Kaltschmidt, der ein angesehener Geschäftsmann war, hat sich, soweit ich nachträglich habe feststellen können, im Jahre 1915 mehrfach im Auftrage der Herren Albert und von Papen betätigt, wenn es galt, den Einkaufagenten der Entente größere Posten wichtigen Kriegsmaterials sozusagen vor der Nase wegzukaufen, und er hat selbstverständlich für diese Zwecke nicht unbedeutende Summen sowohl von Hauptmann von Papen als auch aus Botschaftsfonds erhalten. Da er bei dieser Tätigkeit den Ententeagenten sehr unbequem gewesen war und sich außerdem mit seiner Schwester und seinem Schwager, die mit ihm verurteilt wurden, durch starke Agitation zugunsten eines Ausfuhrverbotes auf Waffen und Munition unbeliebt gemacht haben soll, so erscheint es nicht ausgeschlossen, daß die gegen sie erhobene Anklage auf einem Racheakte beruhte und daß sich das amerikanische Spruchgericht durch kanadische Machenschaften täuschen ließ. Dafür spricht auch die Tatsache, daß man von den angeblichen strafbaren Handlungen

Kaltschmidts bis zum Kriegseintritt der Vereinigten Staaten nichts gehört hat. Wie dem aber auch sei, wenn Kaltschmidt und seine Anverwandten die ihnen zur Last gelegten strafbaren Handlungen wirklich begangen haben, so handelten sie sicherlich aus eigener Initiative, nicht auf Anstiftung seitens der Botschaft.

Großen Abbruch tat der deutschen Sache der Fall des deutschen Generalkonsuls Bopp in San Francisco, der bereits im Jahre 1915 mit dem Vizekonsul von Schack und dem Attaché von Brinken beschuldigt wurde, durch Helfershelfer Munitionsverschiffungen nach Rußland verhindert oder gestört zu haben. Im folgenden Jahre wurde er weiter bezichtigt, einen gewissen Louis J. Smith dazu angestiftet zu haben, einen Tunnel der „Canadian Pacific Railway" zu sprengen, um Kriegsmaterialtransporte nach Rußland zu stören. Die genannten Beamten wurden darauf in den Anklagezustand versetzt, aber gegen Kaution auf freiem Fuß belassen. Erst gegen Ende 1916 fand die Hauptverhandlung statt, bei der sie mit zwei angeblichen Gehilfen im wesentlichen auf Grund des Zeugnisses des Haupttäters Smith, der als „Kronzeuge" gegen sie auftrat, zu Zuchthausstrafen verurteilt wurden. Sie legten, unter gleichzeitigem Rücktritt von ihren Ämtern, gegen das Urteil Berufung ein, sind aber nach Amerikas Kriegseintritt auch in zweiter Instanz verurteilt worden. Wenn Generalkonsul Bopp und sein Hilfsarbeiter wirklich die Taten begangen haben sollten, derentwegen sie verurteilt worden sind, so haben sie selbstverständlich nicht im Auftrage der Botschaft oder einer anderen vorgesetzten Behörde gehandelt, sondern sind dabei Herren ihrer eigenen Entschlüsse gewesen. In seinen Berichten an mich hat Herr Bopp seine Schuld stets in Abrede gestellt, und ich konnte mich nie des Eindruckes erwehren, daß er in eine Falle der Alliierten gegangen ist, wie sie den deutschen Beamten in Amerika durch alliierte Spitzel fortwährend gestellt worden sind.

Dem Vernehmen nach sind Generalkonsul Bopp sowie die Herren von Schack und von Brinken später auch noch wegen Teilnahme an dem sogenannten indischen Komplott zu weiteren Freiheitsstrafen verurteilt worden. Über diese Unternehmung ist meines Wissens vor Amerikas Kriegseintritt nichts an die Öffentlichkeit gedrungen. Späteren amerikanischen Zeitungsberichten entnahm ich, daß es sich um einen im Jahre 1916 von indischen Nationalisten in San Francisco unter deutscher Assistenz unternommenen Versuch, einen bewaffneten Aufstand in Britisch-Ostindien zu erregen, gehandelt hat — offenbar eine ganz wilde Sache („a wild goose chase"), die mit einem völligen Fiasko endete. Für die amerikanischerseits aufgestellte Behauptung, daß eine für unsere Streitkräfte in Deutsch-Ostafrika bestimmte, auf dem kleinen Schoner „Annie Larsen" verstaute Ladung Gewehre und Munition in Wirklichkeit über Java und Siam nach Indien habe gehen sollen, sind Beweise nicht beigebracht worden. In Verbindung mit diesem Komplott wurden wegen „verbrecherischer Verschwörung, von den Vereinigten Staaten aus ein militärisches Unternehmen gegen das Staatsgebiet und die Besitzungen des Königs von Großbritannien und Irland und Kaisers von Indien ausgeführt zu haben", im Oktober 1917 in Chicago vier und im August 1918 in San Francisco zehn (nach Herrn Bielaskis Angabe zusammen neunundzwanzig) Personen zu längeren Freiheitsstrafen verurteilt. Anscheinend ist auch dieser Fall von der amerikanischen Propaganda zur Entfachung des Kriegswillens mit vielem Erfolge gegen uns verwertet worden. Grundsätzlich verurteile ich alle von neutralem Boden aus unternommenen militärischen Unternehmungen auf das entschiedenste. Was indessen die moralische Seite gerade dieses Komplottes anlangt, so muß ich doch betonen, daß man in Amerika schwerlich begründeten Anlaß hatte, sich darüber allzusehr aufzuregen. Ließ man doch Tschechen und Polen noch vor Amerikas Kriegseintritt große Freiheit, ihre Stammesgenossen gegen Österreich

und Deutschland in jeder Weise zu unterstützen. Außerdem müßte es in dem Falle, daß der oben genannte Schoner tatsächlich den indischen Nationalisten hätte Waffen zuführen sollen, als reichlich widersinnig bezeichnet werden, daß die Entsendung einer minimalen Schonerladung Waffen und Munition nach Indien ein schweres Verbrechen darstellen soll, wenn die Verschiffung ganzer Arsenale und Munitionskolonnen nach Frankreich tagtäglich vor sich ging!

Ich komme schließlich zu den verbrecherischen Umtrieben, derer sich nach amerikanischer Behauptung bestimmte, von deutschen militärischen Stellen nach den Vereinigten Staaten entsandte geheime Agenten dort schuldig gemacht haben.

Was zunächst die Machenschaften des Herrn Franz Rintelen anlangt, so erhielt ich die ersten Nachrichten davon im Spätherbst 1915 und kenne Einzelheiten auch heute lediglich aus den amerikanischen Zeitungen. Der Genannte, der von Beruf Bankier ist, während des Krieges aber als Kapitänleutnant der Reserve in Marinediensten stand, erschien im April 1915 in Amerika und stellte sich mir, bei einer meiner gelegentlichen Reisen nach New York, persönlich vor. Er weigerte sich damals, mir mitzuteilen, im Auftrage welcher amtlichen Stelle er in den Vereinigten Staaten weile und welches seine Aufträge seien. Ich erbat daher telegraphisch vom Auswärtigen Amte Auskunft über ihn, erhielt aber keinen Bescheid. Einige Zeit darauf kam Herr Rintelen nach Washington und erbat von mir eine Legitimation, die ich ihm zu erteilen indessen ablehnte. Später wurde seine Anwesenheit in New York von den Herren von Papen und Boy-Ed als lästig empfunden; sie sorgten daher für seine Heimreise, auf der er in englische Gefangenschaft geriet. Nachdem infolgedessen die Angelegenheit Rintelen öffentlich erörtert wurde und die ersten Andeutungen über mysteriöse Machenschaften Rintelens zur Unterbindung der amerikanischen Munitionslieferungen an die Alliierten in der Presse auftauchten, beauftragte mich das Auswärtige Amt, ihn amtlich

zu verleugnen, worauf mir Staatssekretär Lansing mitteilte, daß Rintelen sich in England als Abgesandter der deutschen Regierung bezeichnet habe. Wie ich dann von Kapitän Boy-Ed erfuhr, hatte Rintelen ihm erklärt, beauftragt zu sein, in den Vereinigten Staaten größere Einkäufe von Rohstoffen zu machen, und von ihm für diesen Zweck aus seinen Fonds einen größeren Betrag als Vorschuß erhalten — ein Umstand, welcher der Hauptgrund für die im Dezember 1915 von der amerikanischen Regierung verlangte Abberufung des Herrn Boy-Ed wurde. Worin die Machenschaften Rintelens im einzelnen bestanden, habe ich nie, weder in Amerika noch in Deutschland, festzustellen vermocht, da Rintelen der Botschaft gegenüber nichts darüber verlauten ließ und keinen Bericht nach Deutschland erstatten konnte, weil er nach Amerikas Kriegseintritt aus der englischen Kriegsgefangenschaft an die Vereinigten Staaten ausgeliefert und dort zu mehrjähriger Zuchthausstrafe verurteilt wurde. Nach amerikanischen Berichten soll er überführt worden sein, mit dem mexikanischen General Huerta konspiriert zu haben, einen amerikanisch-mexikanischen Krieg herbeizuführen — eine Beschuldigung, welche das Sündenregister des Herrn Bielaski nicht enthält. Ferner soll er in Verbindung mit dem amerikanischen Kongreßabgeordneten Buchanan und zwei übelbeleumundeten Individuen namens Lamar und Martin in Chicago eine Arbeiterorganisation gegründet haben, deren Ziel es war, den Kongreß zum Erlaß eines Waffenausfuhrverbotes zu veranlassen — ein Beginnen, das, dem gedachten Berichte zufolge, ungeheure Summen gekostet und „nichts von Bedeutung für die deutsche Regierung geleistet hat“. Ob Rintelen und seine Helfershelfer für diese Umtriebe auf Grund des Sherman Law wegen Verschwörung zur Anstiftung von Streiks bestraft worden sind, oder ob er außerdem Streiks in Munitionsfabriken zu erregen versucht hat, ist nicht bekannt. Anscheinend hat er auch unter dem Verdachte gestanden, Streiks unter den Hafenarbeitern in New York

angestiftet zu haben, um die Verschiffung von Kriegsmaterial an die Alliierten zu verhindern oder zu verzögern; wie aber der Agent Bielaski bei der Senatsuntersuchung selbst zugab, sind dafür keine Beweise erbracht worden. Dagegen scheint Rintelen überführt worden zu sein, daß er durch einen in Amerika ansässigen deutschen Chemiker namens Scheele „Brandbomben" hat anfertigen lassen, die angeblich von drei Offizieren der deutschen Handelsmarine an Bord alliierter Munitionsschiffe geschmuggelt worden seien und auf mehreren derselben bei der Überfahrt Brände verursacht haben sollen. Für diese ihm zur Last gelegten Taten wurden Rintelen und seine Helfershelfer nach Amerikas Kriegseintritt mit längeren Zuchthausstrafen bestraft, die sie noch heute in der Bundesstrafanstalt zu Atlanta verbüßen. Inwieweit Rintelen tatsächlich schuldig ist, vermag ich nicht zu beurteilen. Betonen muß ich aber, daß er — und, sofern er in höherem Auftrage handelte, namentlich seine Auftraggeber — die deutschen amtlichen Vertreter in den Vereinigten Staaten auf das schwerste kompromittiert und unseren Gegnern den wirksamsten Stoff zur Stimmungsmache gegen Deutschland geliefert haben. Wie sehr insbesondere die angeblich auf einem deutschen Passagierdampfer erfolgte Herstellung von Bomben und ihre Placierung auf alliierten Munitionsschiffen uns geschadet haben, läßt sich gar nicht ermessen.

Eine andere Bombenunternehmung, die der deutschen Sache unermeßlichen Schaden verursacht hat, war das Komplott des dem Vernehmen nach ebenfalls im April 1915 nach Amerika gekommenen deutschen Leutnants Fay und zweier anderer Deutscher namens Scholz und Däche, alliierte Munitionsschiffe durch „Höllenmaschinen" außer Aktion zu setzen, die am Steuerruder ausfahrender Schiffe heimlich befestigt werden und einige Zeit nach der Abfahrt automatisch zur Explosion kommen sollten. Von der Existenz der Genannten erhielt ich erst durch die Presse Kenntnis, als sie, angeblich bei dem Experimentieren mit ihren Apparaten in einem

abgelegenen Walde, verhaftet wurden. Auf eine telegraphische Anfrage in Berlin wurde mir der Bescheid, daß Fay dort völlig unbekannt sei. Es ist daher nicht sicher, ob er wirklich im Auftrage einer deutschen amtlichen Stelle in Amerika weilte. Er und seine Gehilfen wurden im Mai 1916 zu langjährigen Zuchthausstrafen verurteilt, obgleich keinerlei Beweis dafür erbracht worden ist, daß ihre mir von fachmännischer Seite als kindisch bezeichnete Idee einem Schiffe ernstlichen Schaden zu tun geeignet war.

In dem Register des Herrn Bielaski ist endlich noch von einem deutschen Agenten namens Steinberg die Rede, von dem ich bisher noch nie etwas gehört hatte. Er wird bezichtigt, im Jahre 1915 den Versuch gemacht zu haben, in Amerika für die alliierten Armeen angekaufte Pferde durch Bakterien zu vergiften, was ihm lediglich um deswillen nicht gelungen sein soll, weil seine Kulturen nicht mehr aktiv gewesen seien. Bei der Vernehmung vor dem Senatsausschusse zögerte Herr Bielaski zuerst, diesen Fall überhaupt zu erwähnen, und entschloß sich dazu nur auf Drängen eines anderen Regierungsagenten. Offenbar hielt der Agent des Justizdepartements selbst nicht viel von diesem Fall, der sich nicht einmal auf eine gerichtliche Beweisaufnahme und ein richterliches Urteil stützt.

Auf erwiesene Tatsachen kam es freilich ehedem, als wir deutschen Beamten noch in Amerika tätig waren, so gut wie gar nicht an. Nachdem wir auf Grund einiger weniger authentischer Fälle von Gesetzesverletzungen im sogenannten — tatsächlich völlig falsch verstandenen — deutschen Interesse einmal in Verruf gekommen waren, trug jedes Gerücht oder Gerede von deutscher Gewalttätigkeit, gleichgültig ob es auf Tatsachen beruhte oder nicht, dazu bei, die gegen uns verbreitete Stimmung des Argwohns und des Mißtrauens zu vertiefen.

SECHSTES KAPITEL

DER „LUSITANIA"-ZWISCHENFALL

AM 6. August 1914 schlug die Regierung der Vereinigten Staaten den kriegführenden Mächten vor, daß die Gesetze des Seekriegs, wie sie in der Londoner Deklaration von 1909 niedergelegt seien, in dem gegenwärtigen Kriege Geltung haben sollten. Dieser verständige Vorschlag, dessen allseitige Annahme viel Unglück verhindert hätte, drang nicht durch, weil England Vorbehalte machte und Modifikationen der Deklaration verlangte. Daraufhin zog die amerikanische Regierung am 24. Oktober ihren Vorschlag zurück und erklärte, „sie werde künftig darauf bestehen, daß die Rechte und Pflichten der Regierung und der Bürger der Vereinigten Staaten durch die bestehenden Gesetze des Völkerrechtes und durch die Verträge der Vereinigten Staaten bestimmt würden, ohne Rücksicht auf die Bestimmungen der Londoner Deklaration". Ferner stellte die amerikanische Regierung Proteste und Schadensersatzforderungen in Aussicht, falls die erwähnten Rechte verletzt oder ihre freie Ausübung durch die kriegführenden Mächte behindert würden.

Am 3. November 1914 erklärte England die ganze Nordsee zum Kriegsschauplatze und führte damit gegen alles Völkerrecht gewissermaßen eine Blockade neutraler Küsten und Häfen ein. In Deutschland war man allgemein enttäuscht darüber, daß die Vereinigten Staaten auf diese Erklärung hin ihre Rechte nur insofern wahrten, als sie in den einzelnen Fällen englischer Rechtsverletzung Schadenersatz forderten.

Ebenso wie bei uns, erkannte man auch in anderen Ländern sofort, daß Großbritannien mit der völkerrechtswidrigen Blockade der neutralen Häfen die Absicht verfolgte, das deutsche Volk auszuhungern. Als ich zu damaliger Zeit im Staatsdepartement einmal mit dem späteren Staatssekretär Lansing über die amerikanische Hilfsaktion in Belgien verhandelte, sagte er mir, daß diese Aktion vermutlich scheitern werde, weil Lord Kitchener dagegen Stellung nehme und nicht gestatten wolle, daß Lebensmittel in Gebiete gesandt würden, welche von Deutschland besetzt seien. Ich erwiderte, daß ich diese Wendung der Angelegenheit erwartet hätte, da die Briten uns aushungern wollten, worauf Herr Lansing entgegnete: „Ja, die Engländer sagen das selbst ganz offen.“ Bekanntlich gab übrigens Lord Kitchener seinen Widerspruch auf, weil die englische öffentliche Meinung die Verpflegung Belgiens wegen dessen Sonderstellung forderte, obgleich diese Vergünstigung indirekt auch uns zugute kam. Als die amerikanische Regierung später eine ähnliche Hilfsaktion auch in Polen veranstalten wollte, holte sie sich in London eine Ablehnung.

In Deutschland hoffte man allgemein, daß die neutralen Staaten ihr Recht auf freien Handel untereinander energisch wahren und gemeinsam unter Führung der Vereinigten Staaten einen ernstlichen Versuch machen würden, die britische Regierung zur Einhaltung der völkerrechtlichen Normen zu zwingen. Dies geschah nicht oder jedenfalls nicht frühzeitig genug, um den verhängnisvollen Beschluß des U-Bootkriegs zu verhindern. Die Frage kann niemals entschieden werden, ob der Krieg einen für uns günstigeren Verlauf genommen haben würde, wenn die immer wiederkehrenden deutsch-amerikanischen Konflikte über den U-Bootkrieg nicht jede Entwicklung einer englisch-amerikanischen Differenz im Keime erstickt hätten. Auch in den anderen neutralen Ländern verschwand infolge des U-Bootkriegs jede Sympathie für uns. Dadurch wird es zum Teil erklärlich, daß die neutralen Staaten nicht, wie in allen früheren Kriegen,

den Versuch machten, gemeinsam gegen die Macht, welche die Seeherrschaft ausübte, ihre Rechte wirksam zu verteidigen. Ein solches Vorgehen der neutralen Staaten wäre uns, als der schwächeren Seemacht, indirekt zugute gekommen, ebenso wie die Vereinigten Staaten in ihrem Unabhängigkeitskampfe gegen England von einer derartigen Haltung der europäischen Mächte Vorteil zogen. Auf Grund meiner Erlebnisse in Amerika glaube ich, daß die Washingtoner Regierung anders aufgetreten wäre, wenn wir nicht das Odium der Verletzung der belgischen Neutralität und des U-Bootkriegs auf uns genommen hätten. Da die Vereinigten Staaten nur den Finger in die Höhe zu heben brauchten, damit England seine Haltung änderte, liegt hier die Erinnerung nahe, wie oft sich England in den letzten fünfundzwanzig Jahren zurückziehen mußte, sobald Amerika bei Konflikten mit England scharf auftrat. Der Gegensatz, in welchem die Haltung des Präsidenten zu der üblichen Hemdärmelpolitik Amerikas gegen England stand, ist für die Wilsongegner in Deutschland eines der Hauptargumente für ihre Behauptung, England und Amerika hätten heimlich ein abgekartetes Spiel getrieben, welches vor mir geheimgehalten worden wäre.

Politische Gegner sind erfahrungsgemäß nicht einmal durch positive Beweise zu überzeugen, und in diesem Falle werden obenein die Beweise noch lange fehlen, da unsere Gegner ihre Archive nicht öffnen werden. Warum sollten sie auch? Sie haben gesiegt und brauchen sich daher keine Vorwürfe über den Gang der Ereignisse zu machen. Heute kann ich also auf Argumente, daß ich die Situation in Amerika falsch gesehen hätte, nur mit Gegenargumenten antworten. Ein heimliches, abgekartetes Spiel braucht im vorliegenden Falle gar nicht vorausgesetzt zu werden, um die Situation zu erklären, die sich aus der Haltung der öffentlichen Meinung in Amerika von selbst ergab. Die Sympathie war von den ersten Kriegstagen an dort gegen uns. Wäre sie so stark für uns gewesen, wie sie gegen uns stand, so hätte die amerikanische

Regierung vermutlich die englischen Völkerrechtsbrüche nicht ertragen und ein Embargo erlassen. Wenn ich auch heute noch die Ansicht vertrete, daß Herr Wilson sich um eine wirkliche Neutralität der Staatsgewalt bemüht hat, so ist hierbei das Entscheidende, daß er der überwiegenden Antipathie gegen uns in einem immerhin beträchtlichen Maße widerstanden hat; so sehr, daß er sich von der landläufigen Meinung des Ostens der Vereinigten Staaten dauernd dem Vorwurf ausgesetzt sah, prodeutsch zu sein.

Für die fürchterliche Lebensgefahr, welche die deutsche Regierung sehr gegen ihren Wunsch schweren Herzens zu dem Einmarsch in Belgien veranlaßte, bewies das amerikanische Publikum bei seiner Gleichgültigkeit gegen europäische Fragen und bei seiner weitgehenden Unkenntnis der Einzelheiten kein Verständnis. Auch für die Zwangslage eines von habgierigen Feinden umringten, mit schlechten Grenzen versehenen und verhältnismäßig kleinen Volkes wie das deutsche, hatte der Amerikaner, gewohnt in Sicherheit und weitesten Verhältnissen zu leben, kein Gefühl. Er urteilte, wie oben bemerkt, nach privatem Rechtsempfinden und Humanitätsgefühl, das unter Umständen sentimental werden konnte. Erst das Verhalten der alliierten Mächte in Versailles dürfte das amerikanische Volk darüber aufgeklärt haben, von welcher Beutegier das deutsche Volk in diesem Kriege bedroht war. Selbst wenn solche Erkenntnis jetzt vorhanden sein sollte, ist sie zu spät gekommen, um einen anderen Kriegsausgang möglich zu machen. Ich bin aber überzeugt, daß das amerikanische Volk im Laufe weniger Jahre zur Erkenntnis darüber kommen wird, daß das deutsche Volk nicht, wie es heute manchem scheint, alles Unrecht in diesem Kriege allein begangen hat, sondern daß ihm auch bitteres Unrecht geschehen ist.

Wie dem auch sei: die deutsche Regierung entschloß sich für den U-Bootkrieg und erließ eine entsprechende Bekanntmachung, welche ich am 4. Februar 1915 nebst der

begründenden Denkschrift dem Staatssekretär Bryan überreichte. Laut diesen Kundgebungen wurden die Gewässer rings um Großbritannien und Irland einschließlich des gesamten englischen Kanals als Kriegsgebiet erklärt. Vom 18. Februar ab werde jedes in diesem Kriegsgebiet angetroffene feindliche Kauffahrteischiff zerstört werden, ohne daß es immer möglich sein würde, die dabei der Besatzung und den Passagieren drohenden Gefahren abzuwenden. Auch neutrale Schiffe liefen im Kriegsgebiet Gefahr, da es angesichts des von der britischen Regierung am 31. Januar angeordneten Mißbrauchs neutraler Flaggen und der Zufälligkeiten des Seekrieges nicht immer vermieden werden könne, daß die auf feindliche Schiffe berechneten Angriffe auch neutrale Schiffe träfen.

Als ich diese Schriftstücke Herrn Bryan übergab, war meine Hauptaufgabe, der Regierung der Vereinigten Staaten zu empfehlen, die amerikanischen Bürger zu warnen, feindlichen Kauffahrteischiffen, welche sich auf den Kriegsschauplatz begaben, weiterhin Mannschaften, Passagiere und Waren anzuvertrauen. Ferner mußte ich die amerikanische Regierung darauf aufmerksam machen, daß es sich auch für ihre eigenen Schiffe dringend empfehle, das Einlaufen in das Kriegsgebiet zu vermeiden, obgleich ausdrücklich in der Denkschrift gesagt war, daß die deutschen Seestreitkräfte Anweisung hätten, Gewalttätigkeiten gegen neutrale Schiffe, soweit sie als solche erkennbar seien, zu unterlassen.

Bei Staatssekretär Bryan stieß ich zunächst auf völlige Ungläubigkeit. Er schien den U-Boot-Handelskrieg einfach für unmöglich und unsere Bekanntmachung für Bluff zu halten. Dementsprechend entschloß sich die amerikanische Regierung, keinerlei vorbeugende Maßnahmen zu treffen, sondern am 12. Februar eine Protestnote nach Berlin zu senden. In dieser Note kündigte sich der prinzipielle Gegensatz an, welcher die Kontroverse über den U-Bootkrieg bis zuletzt beherrschte. Einerseits wurde in Deutschland der U-Bootkrieg als berechtigte Repressalie gegen die englische Blockade

betrachtet, die übrigens auch die amerikanische Regierung als völkerrechtswidrig bezeichnete; anderseits erklärte man in den Vereinigten Staaten, daß die Neutralen — von dem Falle einer effektiven Blockade abgesehen — berechtigt seien, ohne Lebensgefahr zu reisen, wohin sie wollten, während die deutschen U-Boote nur befugt wären, Handelsschiffe behufs Untersuchung anzuhalten, es sei denn, daß diese Widerstand leisteten oder die Flucht ergriffen.

Der Kern des Zwiespaltes lag darin, daß die britische Blockade, die nach englischer Auffassung eine Fortbildung des Seekriegsrechts in Anpassung an die moderne Kriegstechnik bedeutete, von Amerika nur mit papierenen Protesten bekämpft wurde, während unsere eigene Fortbildung des Seekriegsrechts durch die neue Unterseebootswaffe von Amerika als casus belli behandelt worden ist. Die kaiserliche Regierung hat im späteren Verlaufe des Streites den Amerikanern Anerbietungen gemacht, deren Annahme nach deutscher Auffassung alle berechtigten Handels- und Schiffahrtsinteressen Amerikas gesichert, auch amerikanische Menschenleben vollkommen geschützt, anderseits aber unserer U-Bootkriegsführung freien Lauf gewährt hätte. Hierauf ist Amerika nicht eingegangen und hat die Fortbildung des Blockadebegriffes durch den U-Bootkrieg mit der gesamten Macht der Vereinigten Staaten bekämpft, während es die Fortbildung des Blockadebegriffes durch die Engländer, welche in viel umfassenderer Weise Rechte der Neutralen außer Kraft setzte, praktisch geduldet hat.

Die folgenden Worte der amerikanischen Note vom 12. Februar ließen schon den kommenden Konflikt ahnen:

„Die amerikanische Regierung benutzt diese Gelegenheit, die Kaiserlich Deutsche Regierung mit größter Hochschätzung darauf aufmerksam zu machen, daß die Regierung der Vereinigten Staaten zu einer Kritik wegen nicht neutraler Haltung, der sich nach Ansicht der deutschen Regierung die Regierungen gewisser anderer neutraler Staaten ausgesetzt

haben, keine Veranlassung gegeben hat. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat keinen Maßnahmen zugestimmt oder hat es bei keiner solchen bewenden lassen, die von den anderen kriegführenden Nationen im gegenwärtigen Kriege getroffen worden sind, und die auf eine Beschränkung des Handels hinzielen. Vielmehr hat sie in allen solchen Fällen eine Haltung eingenommen, die ihr das Recht gibt, diese Regierungen in der richtigen Weise für alle eventuellen Wirkungen auf die amerikanische Schiffahrt verantwortlich zu machen, welche durch die bestehenden Grundsätze des Völkerrechts nicht gerechtfertigt sind. Daher erachtet sich die amerikanische Regierung im vorliegenden Falle mit gutem Gewissen auf Grund anerkannter Prinzipien für berechtigt, die in dieser Note angedeutete Haltung einzunehmen. Falls die Kommandanten deutscher Kriegsschiffe auf Grund der Annahme, daß die Flagge der Vereinigten Staaten nicht in gutem Glauben geführt werde, auf hoher See ein amerikanisches Schiff oder das Leben amerikanischer Staatsangehöriger vernichten sollten, so würde die Regierung der Vereinigten Staaten in dieser Handlung schwerlich etwas anderes als eine unentschuldbare Verletzung neutraler Rechte erblicken können, die kaum in Einklang zu bringen sein würde mit den freundschaftlichen Beziehungen, die jetzt glücklicherweise zwischen den beiden Regierungen bestehen. Sollte eine solche beklagenswerte Situation entstehen, so würde sich die Regierung der Vereinigten Staaten, wie die Kaiserlich Deutsche Regierung wohl verstehen wird, genötigt sehen, die Kaiserlich Deutsche Regierung für solche Handlungen ihrer Marinebehörden streng verantwortlich zu machen und alle Schritte zu tun, die zum Schutze amerikanischen Lebens und Eigentums und zur Sicherung des vollen Genusses der anerkannten Rechte auf hoher See für die Amerikaner erforderlich sind."

Am 16. Februar legte die kaiserliche Regierung nochmals den deutschen Standpunkt in einer weiteren Note dar, deren Schluß und wichtigster Satz wie folgt lautete:

„Sollte es der amerikanischen Regierung vermöge des Gewichts, das sie in die Wagschale des Geschickes der Völker zu legen berechtigt und imstande ist, in letzter Stunde noch gelingen, die Gründe zu beseitigen, die der deutschen Regierung jenes Vorgehen zur gebieterischen Pflicht machen, sollte die amerikanische Regierung insbesondere einen Weg finden, die Beobachtung der Londoner Seekriegsrechtserklärungen auch von seiten der mit Deutschland kriegführenden Mächte zu erreichen und Deutschland dadurch die legitime Zufuhr von Lebensmitteln und industriellen Rohstoffen zu ermöglichen, so würde die deutsche Regierung hierin ein nicht hoch genug anzuschlagendes Verdienst um die humanere Gestaltung der Kriegführung anerkennen und aus der also geschaffenen neuen Sachlage gern die Folgerungen ziehen.“

Diese Note hatte insofern einen Erfolg, als die amerikanische Regierung am 22. Februar in einer gleichlautenden Note an die deutsche und an die britische Regierung einen Vermittlungsvorschlag machte, deren wesentlicher Inhalt der folgende war: „Unterseebote sollen nicht zum Angriffe auf Handelsschiffe irgendeiner Nationalität Verwendung finden außer zur Durchführung des Rechtes der Anhaltung und Untersuchung; Handelsschiffe dürfen neutrale Flaggen als Kriegslist oder zu Zwecken der Unkenntlichmachung nicht benutzen; Großbritannien wird Lebens- oder Nahrungsmittel nicht anhalten, wenn sie an Agenturen in Deutschland adressiert sind, die von den Vereinigten Staaten namhaft gemacht werden, um solche Warenladungen in Empfang zu nehmen und an konzessionierte deutsche Wiederverkäufer zur ausschließlichen Weiterverteilung an die Zivilbevölkerung zu verteilen.“

Obigen amerikanischen Vermittlungsvorschlag nahm die deutsche Regierung in einer Note vom 28. Februar an, fügte aber hinzu, „sie müsse Wert darauf legen, daß ihr auch die Zufuhr anderer, der friedlichen Volkswirtschaft

dienenden Rohstoffe einschließlich der Futtermittel ermöglicht werde“.

Wie zu erwarten war, lehnte die britische Regierung den amerikanischen Vermittlungsvorschlag unter durchsichtigen Vorwänden ab. England führte diesen Krieg, wie alle seine früheren Kriege, zur Aufrechterhaltung seiner Seeherrschaft. „Britannia rules the waves“ war und wird immer das Leitmotiv englischer Politik sein, solange ein britisches Weltreich besteht. England wird nur der Not gehorchend jemals in dieser prinzipiellen Frage auf ein Kompromiß eingehen.

Damit war der amerikanische Vermittlungsvorschlag begraben. Unsere Note vom 16. Februar hatte den U-Bootkrieg mit der englischen Blockade in ein Repressalienverhältnis gesetzt. Dieser Standpunkt war taktisch wohl nicht sehr glücklich. Er bot Amerika die Gelegenheit, sofort darauf einzugehen, uns also einen Gefallen zu erweisen, der uns praktisch nichts einbrachte, aber der amerikanischen Regierung für ihr Empfinden ein verstärktes Recht gab, auch fernerhin gegen den U-Bootkrieg zu protestieren. Es wäre wohl richtiger gewesen, den U-Bootkrieg einfach als neue Waffe ohne Bezug auf die englische Blockade einzuführen, und wenn man das gekonnt hätte, ohne durch eine doch niemals effektive Blockierung ganz Großbritanniens und Irlands Reibungsflächen mit Amerika zu schaffen, so wäre das noch günstiger gewesen. Unsere Erklärung der großbritannischen Gewässer zum Kriegsgebiet in Nachahmung der englischen Kriegsgebieterklärung war ein juristischer Formalismus, der nicht mit der Psychologie Amerikas rechnete. Durch den Repressalienstandpunkt hefteten wir außerdem dem U-Bootkrieg ein gewisses Odium des Unrechtmäßigen an. Wenn es richtig ist, was von Marinekreisen behauptet wird, daß die Durchführung der Londoner Deklaration uns gar keinen entscheidenden materiellen Vorteil gebracht haben würde, so ist es um so weniger verständlich, weshalb unser Vorschlag vom 16. Februar gemacht worden ist. Nachdem

wir durch ihn zeigten, daß uns bei der Kriegsgebietserklärung selbst nicht ganz wohl war, konnten wir doch unmöglich erwarten, daß die Engländer Herrn Wilsons auf unsere Anregung gemachten Vorschlag annehmen und uns damit einen so billigen diplomatischen Triumph einräumen würden. Wenn aber der Präsident sich von England eine Ablehnung holte, so war schon aus Prestigegründen zu erwarten, daß er mit um so größerer Unnachgiebigkeit auf uns drückte, um sich den in Berlin leichter als in London zu erreichenden diplomatischen Erfolg zu verschaffen. Durch diesen Notenwechsel war mir meine spätere Haltung teils vorgezeichnet, teils erschwert. Im übrigen begann meine eigene Tätigkeit in dieser Frage eigentlich erst mit dem „Lusitania“-Falle. Bis dahin sind die Verhandlungen völlig von Berlin aus geführt worden.

Bis auf weiteres nahm die Washingtoner Regierung eine abwartende Haltung ein, weil noch keine amerikanischen Bürger durch den U-Bootkrieg ihr Leben verloren hatten. Hinsichtlich amerikanischen Eigentums beharrte die Regierung der Vereinigten Staaten konsequent auf dem Standpunkte, daß finanzielle Verluste durch Schadenersatzforderungen beglichen werden dürften. Jeder Tag konnte aber einen ernsten Konflikt bringen, und diese Aussicht bereitete uns Deutschen in den Vereinigten Staaten schwere Sorge, namentlich weil die amerikanische Regierung noch immer die Gefahr zu unterschätzen schien und gar keine Vorsichtsmaßregeln ergriff. Als ich Mitte April in New York eine Sitzung mit den Vertretern der anderen deutschen Ressorts abhielt, beschlossen wir, aus dem Gefühle unserer schweren Verantwortung heraus, auf Dr. Dernburgs Vorschlag in der für Schiffahrtsnachrichten üblichen Form eine Warnung in der Presse zu erlassen. In der Regel werden Schiffahrtsnachrichten ressortmäßig von den Konsulaten veröffentlicht. Da sich Dr. Dernburg über diese Frage aber mit dem New Yorker Generalkonsulate nicht geeinigt hatte, beschloß ich das

Zeitungsinserat „Deutsche Botschaft“ zu unterschreiben. Es lautete wie folgt:

Nachricht

Reisende, die sich zur Fahrt über den Atlantischen Ozean einzuschiffen beabsichtigen, werden daran erinnert, daß zwischen Deutschland und seinen Verbündeten und Großbritannien und seinen Verbündeten Kriegszustand besteht; daß die Kriegszone die an die britischen Inseln stoßenden Gewässer einschließt; daß gemäß der von der Kaiserlich Deutschen Regierung ausgegebenen formellen Bekanntmachung Schiffe, welche die Flagge Großbritanniens oder einer seiner Verbündeten führen, der Zerstörung in diesen Gewässern ausgesetzt sind, und daß Reisende, die in der Kriegszone auf Schiffen Großbritanniens oder seiner Verbündeten fahren, das auf ihre eigene Gefahr tun.

Kaiserlich Deutsche Botschaft, Washington, D. C.
27. April 1915.

Obiges Inserat sollte an drei aufeinander folgenden Samstagen in der Presse erscheinen, und zwar zum ersten Male schon am 24. April. Einer jener historischen Zufälle, welche die Weltgeschichte liebt, fügte es indessen, daß die Anzeige wegen technischer Schwierigkeiten nicht vor dem 1. Mai veröffentlicht werden konnte — gerade an dem Tage der Abfahrt der „Lusitania“ aus dem Hafen von New York. Was Zufall war, erschien als Absicht, und noch heute glauben viele Amerikaner, daß ich von der geplanten Versenkung der „Lusitania“ informiert war.

Da mir die diesbezüglichen Tatsachen nicht genau oder amtlich bekannt sind, lasse ich dahingestellt, ob seitens unserer Seestreitkräfte beabsichtigt war, gerade die „Lusitania“ zu versenken. Soviel ich aber weiß, ist es den U-Bootkommandanten immer technisch unmöglich gewesen, ein bestimmtes Schiff zum Ziele ihrer Operationen zu nehmen; dement-

sprechend soll der betreffende Kommandant, als er die „Lusitania“ versenkte, nicht gewußt haben, auf welches Schiff er ein Torpedo abfeuerte. Aber selbst, wenn auf seiten unserer Seestreitkräfte eine bestimmte Absicht vorgelegen hätte, war uns in Amerika jedenfalls nichts davon bekannt. Ich gestehe im Gegenteil gern zu, daß ich, vor dem unerwarteten Ereignisse, die Versenkung der „Lusitania“ für ausgeschlossen gehalten habe. Ich war überzeugt, daß aus Gründen der Menschlichkeit wie der Klugheit Passagierdampfer tunlichst geschont würden, und war über das Maß der technischen Schwierigkeiten nicht unterrichtet, welche es unseren Seestreitkräften erschwert haben, bei einer wirksamen U-Bootkriegführung Passagierdampfer zu schonen.

Ferner hielt ich es für technisch unmöglich, ein so schnelles Schiff wie die „Lusitania“ in voller Fahrt mit einem Torpedo zu treffen, und endlich nahm ich an, daß ein ganz moderner Dampfer, wenn er wirklich getroffen werden sollte, genügend lange über Wasser bleiben würde, um den Passagieren Zeit zur Rettung zu gewähren. Auch der Kapitän der „Lusitania“ scheint sich ganz sicher gefühlt zu haben, denn er traf bekanntlich vor dem Unglücke keinerlei Maßregeln, um die Gefahr zu vermeiden und gegebenenfalls die Passagiere zu retten. Tatsächlich ist auch der rasche Untergang des Schiffes und der Verlust der Menschenleben nur darauf zurückzuführen, daß die auf dem Schiffe verladene Munitionsmasse explodierte.

Wie ich nochmals betonen möchte, war also unsere Anzeige in der Presse eine generelle Warnung, die wir aus menschlichen und politischen Gründen veröffentlichten ohne jeden besonderen Bezug auf die „Lusitania“. Das Hauptmotiv unseres Vorgehens lag in der apathischen Haltung der Washingtoner Regierung. Wir nahmen mit Recht an, daß viele Amerikaner in ihrer sorglosen Art den amtlichen Notenwechsel nicht gelesen haben und sich also ahnungslos in die Gefahr stürzen würden. Wie wenig Erfolg wir mit der Anzeige hatten, geht aus einem mir vorliegenden Ausschnitte des Londoner

„Daily Telegraph" vom 3. Mai hervor, dessen New Yorker Telegramm über unsere Warnung folgende Überschrift trägt:

Deutsche Drohung
für Dampfer der Atlantischen Linien
Berlins letzter Bluff
In Amerika verspottet

Am 7. Mai fuhr ich nachmittags nach New York, eine Tatsache, in der übrigens auch ein Beweis dafür liegt, daß ich die Torpedierung der „Lusitania" nicht erwartete. Zufällig reisten Herr Paul Warburg und ein anderer amerikanischer Bankier gleichzeitig mit mir. In Philadelphia kaufte ich eine Abendzeitung, in welcher ich die telegraphische Meldung von der Versenkung der „Lusitania" las. Als ich diese Nachricht meinen beiden Reisegefährten mitteilte, hielten sie, ebenso wie ich, die Meldung für erfunden. Leider empfing uns aber Herr Jacob Schiff in New York mit der Bestätigung der Nachricht. In der ersten Erregung war er auf den Bahnhof geeilt, um seinen Schwager Warburg zu informieren. Ich hatte die Reise unternommen, um im „Metropolitan Opera House" einer Vorstellung der „Fledermaus" beizuwohnen, welche die deutschen Künstler und Künstlerinnen zugunsten des deutschen Roten Kreuzes veranstalten wollten. Als ich bei Ankunft im Hotel Ritz-Carlton erfuhr, daß über hundert Amerikaner, darunter viele Frauen und Kinder, bei dem Untergang der „Lusitania" das Leben verloren hatten, ließ ich sofort die Theatervorstellung abbestellen. Das Hotel war bald auf allen Seiten von Zeitungsreportern umstellt, so daß ich bis zu meiner Abreise am nächsten Tage das Haus nicht verließ. Ich wäre sofort nach Washington zurückgekehrt, wenn ich nicht einige deutsche Herren hätte sprechen wollen.

Dr. Dernburg war leider am gleichen Tage nach Cleveland abgereist, um dort in einer Versammlung eine Rede zu halten. Bei dieser Gelegenheit verteidigte er die Versenkung der „Lusitania", als eines mit Munition beladenen Schiffes, und

erregte dadurch einen Sturm der Entrüstung im ganzen Lande. Abgesehen davon, verursachte das verhängnisvolle Ereignis eine allgemeine Empörung, von deren Heftigkeit man sich noch heute in Deutschland keine richtige Vorstellung macht. Bei uns hatten sich die Nachrichten von Schlachten und gewaltigen Menschenverlusten in dem Verlaufe des Krieges derartig gehäuft, daß der Untergang eines Schiffes keinen besonders tiefen Eindruck machen konnte. Wenn wir anderseits in Amerika bis auf den heutigen Tag als Mörder von Frauen und Kindern bezeichnet werden, so vergißt man dort, daß der U-Bootkrieg nicht annähernd so viele Frauen und Kinder hingemordet hat wie die englische Blockade. Schließlich ist die Todesart des Ertrinkens nicht grausamer als die des Verhungerns. Indessen empfindet jeder die eigenen Verluste schwerer als die eines andern, und der „Lusitania“-Zwischenfall brachte den Vereinigten Staaten zum ersten Male die Schrecknisse des Krieges in das eigene Land. Außerdem waren die Amerikaner fest davon überzeugt, daß ihnen ein flagrantes Unrecht angetan worden sei. Ich wurde bei meiner Abreise aus New York in den Strudel der öffentlichen Erregung hineingerissen, da es mir trotz Benutzung eines Nebenausganges des Hotels nicht gelungen war, das Haus unbemerkt zu verlassen. Mehrere mit Reportern vollgepackte Automobile fuhren mir nach dem Bahnhofe nach, wo ich derartig umringt wurde, daß ich nicht ausweichen konnte. Es blieb mir nichts anderes übrig, wie jede Antwort zu verweigern, wodurch ich allerdings momentan die Empörung der Reporter steigerte. Wenn ich aber irgendeine Äußerung getan hätte, würde ich nur für die Dauer Öl in das Feuer gegossen haben, welches im ganzen Lande brannte. Schließlich gelang es mir mit Mühe, unter dem Wutgeheul der Reporter den Zug zu erreichen.

Nach meiner Rückkehr lebte ich in Washington in den ersten Tagen sehr zurückgezogen, um unangenehme Zwischenfälle zu vermeiden. Der in der Heimat in gleichgestimmter

Umgebung lebende Deutsche macht sich schwer einen Begriff von dem kleinen Kriege, den wir in Amerika täglich führen mußten. Wir hatten viele treue Freunde, die bis zu dem endgültigen Bruche immer fest zu uns hielten. Denen werde ich bis zu meinem Lebensende die herzlichste Dankbarkeit bewahren, um so mehr, als ihnen diese Treue von ihren eigenen Landsleuten und den feindlichen Diplomaten sehr schwer gemacht wurde. Die Partei der Entente versuchte uns sozial zu boykottieren und den Terrorismus auch auf die deutschfreundlichen Amerikaner auszudehnen. Ein neutraler Diplomat zum Beispiel wurde bei seiner Regierung verklagt, daß er für uns Partei nehme. Als er erfuhr, daß diese Klage von dem russischen Botschafter ausgegangen war, stellte er Herrn Bakmetieff zur Rede. Der letztere wußte keinen weiteren Beweis anzuführen, als daß der niederländische Gesandte — um diesen handelte es sich — öfters mit mir im Klub frühstücke und immer im Hotel Ritz-Carlton, dem deutschen Hauptquartier, wohne, wenn er nach New York fahre. Das angeführte Beispiel ist typisch für das Verfahren, welches gegen uns angewandt wurde. Trotzdem hat es mir während des Krieges niemals an treuen und wahren amerikanischen Freunden gefehlt, wenn auch, namentlich nach dem „Lusitania"-Zwischenfalle dieser oder jener sich vor der Boykottierung fürchtete. Solche schwachen Seelen konnten wir ruhig missen, denn die Lage war so gespannt, daß wir nur zuverlässige Freunde haben wollten. Bei dieser Gelegenheit möchte ich betonen, daß meine amtlichen und privaten Beziehungen mit den Herren des Staatsdepartements bis zuletzt die allerfreundlichsten waren. Es wäre ungerecht, wenn ich dies nicht ausdrücklich erwähnte.

In den ersten Tagen nach dem „Lusitania"-Zwischenfalle muß wohl sogar Präsident Wilson die im Lande herrschende empörte Kriegsstimmung unterschätzt haben, denn sonst wäre er derselben vermutlich nicht in der Form entgegengetreten, wie er es in einer berühmtgewordenen Rede tat.

Am 10. Mai legte er in Philadelphia für seine pazifistische Gesinnung Zeugnis ab und sagte:

„Amerika muß ein besonderes Beispiel geben, das Beispiel des Friedens, und zwar nicht nur, weil es nicht kämpfen will, sondern weil Friede, nicht Kampf, das heilende und erhebende Element der Welt ist. Es gibt einen Stolz, der zu groß ist, um zu kämpfen. Eine Nation kann so sehr im Rechte sein, daß sie andere nicht durch Gewalt davon zu überzeugen braucht.“

Diese Rede erhöhte die im ganzen Lande tobende Entrüstung und Erregung. „Too proud to fight“ wurde zum Schimpfworte der Jingo- und Ententepartei gegen Herrn Wilson. Fast einstimmig verlangte die öffentliche Meinung, daß die diplomatischen Beziehungen mit Deutschland abgebrochen werden sollten. Unter dem Eindrucke dieser elementaren Bewegung hielt der Präsident es für nötig, seine Worte offiziös etwas fortinterpretieren zu lassen.

Es könnte hier möglicherweise eingewendet werden: Amerika war schwer erregt, aber hatte keinen Kriegswillen. Nicht die Tatsache, daß Wilson den Krieg vermeiden wollte, sondern nur der ungeschickte Ausdruck „too proud to fight“ reizte die Öffentlichkeit.

Ähnliche Einwände sind zum Beispiel von Herrn von Tirpitz erhoben und in den regelmäßig nach Deutschland gesandten Berichten der sogenannten Deutsch-amerikanischen Handelskammer in New York wiederholt ausgesprochen worden. Diese Berichte sollen in Deutschland Einfluß ausgeübt haben, obgleich ihr Verfasser ein Mann ohne politisches Ansehen war und die Handelskammer tatsächlich nie bestanden hat. Sie führte ausschließlich ein Scheindasein auf dem Kopfe des Papiers, auf welchem die Berichte geschrieben wurden. Es ist in Amerika während des Krieges unter dem Einflusse der Kriegspsychose so viel und bösartig geklatscht und intrigiert worden, daß sich auch darüber manches Interessante erzählen ließe. Indessen ziehe ich es vor, diese unwürdigen

Dinge nicht zu berühren, ebensowenig wie ich jemals in meiner amtlichen Berichterstattung auf solche Geschichten eingegangen bin. Wenn aber die Berichte der Handelskammer Einfluß in Deutschland ausgeübt haben sollten, so wäre dies zu bedauern. Die in ihnen vertretene Auffassung, daß die Vereinigten Staaten unter keinen Umständen in den Krieg eintreten würden, hat sich leider nicht als richtig erwiesen. Insbesondere war die Ansicht falsch, daß Amerika damals wegen mangelnder Rüstung nicht Krieg führen könne. Im Jahre 1917 war auch noch keine Rüstung vorhanden; man sprach nur davon, eine zu schaffen. Ich würde der erste gewesen sein, mich zu freuen, wenn ich mit meinen ständigen Warnungen vor der amerikanischen Kriegsgefahr im Unrecht geblieben wäre.

Tatsächlich haben wir nach dem „Lusitania“-Zwischenfalle drei Wochen lang dicht vor dem Abbruche der diplomatischen Beziehungen gestanden. An allen Börsen der Vereinigten Staaten war Panik eingetreten. Glücklicherweise war der Kongreß nicht versammelt; sonst wären gewiß sehr heftige Reden gehalten worden, welche die Sachlage verschlimmert hätten. Bekanntlich folgen sich nach der amerikanischen Verfassung alljährlich abwechselnd kurze und lange Sessionen des Kongresses. Am 4. März 1915 war eine kurze Session beendigt worden, und der Präsident hatte keine Extrasession einberufen, da er Reden über den Krieg vermieden sehen wollte.

Für die alles mit sich fortreißende Stärke der Empörung war ein besonders eindrucksvolles Zeichen, daß auch die Deutschamerikaner völlig zusammenklappten. Nicht nur unsere Propaganda brach nieder, sondern auch unsere politischen Freunde verstummten und wagten sich erst nach der Beilegung des „Arabic“-Falles wieder an den Tag. Das Deutschtum in den Vereinigten Staaten war nach dem „Lusitania“-Zwischenfalle sozusagen tot und lebte erst allmählich wieder auf.

[illegible] ersten Eindrücke, die ich von dem Präsidenten und Herrn Bryan erhielt, ließen mich hoffen, daß diese alles [illegible] würden, um den Frieden zu erhalten. Ich füge hier die [illegible]en Telegramme ein, welche ich an das Auswärtige Amt sandte:

I

„Washington, den 9. Mai 1915.

‚Lusitania‘-Zwischenfall verursachte große Erregung, namentlich in dem am meisten beteiligten New York, doch hoffe ich, daß ernste Folgen ausbleiben werden; Herr Wilson behandelt Angelegenheit ruhig. Ich empfehle, Bedauern über Tod so vieler Amerikaner in irgendeiner Form auszudrücken, was geschehen könnte, ohne unsere Verantwortung anzuerkennen.“

2

„Washington, den 10. Mai 1915.

Bryan sprach mir sehr ernst über ‚Lusitania‘-Zwischenfall. Sein Einfluß wird jedenfalls in friedlicher Richtung ausgeübt werden. Derselbe ist groß, da Wilson für seine Wiederwahl von Bryan abhängt. Dagegen bläst Roosevelt die Kriegstrompete, um Jingoelemente für sich zu gewinnen. Für Bryans ernste Auffassung ist sein Bedauern bezeichnend, daß wir nicht seinen bekannten Friedensvertrag unterzeichnet hätten. Deshalb wiederhole ich meinen Vorschlag, in irgendeiner Form eine schiedsrichterliche Erledigung anzuregen, falls sich Sachlage verschlimmern sollte. Dies wäre ein gutes ‚Argumentum ad hominem‘, um Krieg zu vermeiden. Von hier aus betrachtet ist als anderer guter Ausweg zu empfehlen, daß wir unseren Vorschlag erneuern, den Unterseebootkrieg aufzugeben, falls England sich an völkerrechtliche Grundsätze halten und seine Aushungerungspolitik aufgeben will. Lage ist jedenfalls s e h r e r n s t. Ich hoffe und glaube, daß wir über vorliegenden Zwischenfall hinwegkommen

werden, aber wenn sich solche wiederholen, ist hierfür nicht zu garantieren.“

Die Empörung der Amerikaner richtete sich ganz besonders gegen Dr. Dernburg, weil er die Versenkung der „Lusitania“ in öffentlicher Rede verteidigt hatte. Ich konnte daher nicht umhin, ihm zu raten, das Land freiwillig zu verlassen. Er wäre vermutlich doch bald ausgewiesen worden, und jedenfalls konnte er keine ersprießliche Tätigkeit mehr entfalten. Anderseits war zu hoffen, daß Dr. Dernburgs freiwillige Abreise die hochgehenden Wogen der Erregung etwas glätten und den sofortigen Abbruch der diplomatischen Beziehungen verhindern würde. „Es raste der See und wollte ein Opfer haben.“

Über Dr. Dernburgs Entschluß, abzureisen, sandte ich nachstehenden Bericht nach Berlin:

„Washington, den 17. Mai 1915.

Wie ich Eurer Exzellenz telegraphisch meldete, hat Dr. Dernburg sich entschlossen, das Land freiwillig zu verlassen. Ich glaube, daß er dem Vaterlande dadurch einen großen Dienst geleistet hat, was ihm insofern erleichtert wurde, als er seine bisherige Tätigkeit doch nicht hätte fortführen können. Wie ich bereits meldete, hatte er unseren Gegnern den Angriff auf seine Person leicht gemacht, indem er gegen den hysterischen Gefühlsausbruch mit einer Rede und einem Interview anging, deren Inhalt sich leider nicht mit den hier am nächsten Tage eingegangenen Weisungen Eurer Exzellenz deckte. Solange Herr Dernburg nur Zeitungsartikel schrieb, leistete er ausgezeichnete, auch hier allgemein anerkannte Dienste. Als er indes anfing, in deutschamerikanischen Versammlungen Reden zu halten, betrat er einen sehr gefährlichen Boden. Darüber waren wir uns hier alle einig. Indessen müssen im Kriege auch solche Mittel versucht werden, und wenn dann ein Opfer fällt, so muß dies als leider unvermeidlich hingenommen werden.“

Als ich Herrn Bryan mitteilte, daß Dr. Dernburg freiwillig heimreisen werde, wenn die amerikanische Regierung ihm freies Geleit seitens unserer Feinde erwirken wolle, war die Freude des Staatssekretärs noch größer, als ich erwartet hatte. Er sagte, die Reden Dr. Dernburgs hätten den Verdacht erweckt, daß die deutsche Regierung die Amerikaner gegen die Administration des Präsidenten Wilson aufhetzen wolle. Wenn dieser Verdacht nunmehr fortfalle, werde der Abbruch der diplomatischen Beziehungen für den Augenblick vermieden werden können.

Am 13. Mai sandte die amerikanische Regierung nach Berlin eine scharfe Note, welche ihren bereits bekannten Standpunkt von neuem darlegte. Die folgenden Sätze der Note führe ich wörtlich an, weil sie für den weiteren Verlauf der Dinge von grundlegender Bedeutung gewesen sind:

„Die Regierung der Vereinigten Staaten möchte die Kaiserlich Deutsche Regierung allen Ernstes darauf aufmerksam machen, daß der Einwand gegen ihr jetziges Verfahren, den Handel ihrer Feinde anzugreifen, darin liegt, daß es praktisch unmöglich ist, Unterseebote für die Vernichtung des Handels zu verwenden, ohne dabei die Regeln der Billigkeit, der Vernunft, der Gerechtigkeit und der Menschlichkeit zu mißachten, die von der modernen Anschauung als gebietend angesehen werden. Es ist für die Offiziere eines Unterseebootes tatsächlich unmöglich, ein Handelsschiff auf See zu durchsuchen und seine Papiere und Ladung zu prüfen; es ist für sie tatsächlich unmöglich, das Schiff als Prise zu nehmen und, wenn sie nicht an Bord des Schiffes eine Prisenbesatzung lassen können, so können sie es nicht versenken, ohne die Besatzung und alles, was sich an Bord befindet, Wind und Wellen in ihren kleinen Rettungsbooten preiszugeben. Es ist klar, daß die Unterseebote, wie die Ereignisse der letzten Wochen gezeigt haben, nicht gegen Handelsschiffe verwendet werden können ohne unvermeidliche Verletzungen vieler geheiligter Grundgesetze der Menschlichkeit und Gerechtigkeit.

Amerikanische Bürger handeln innerhalb der Grenzen ihrer unbestreitbaren Rechte, wenn sie auf hoher See ihre Schiffe überall dahin steuern und zur See überall dahin reisen, wohin sie ihre rechtmäßigen Geschäfte führen, und sie üben diese Rechte in dem wohl sehr berechtigten Vertrauen aus, daß ihr Leben nicht gefährdet werde durch Handlungen, die in offensichtlicher Verletzung allgemein anerkannter nationaler Verpflichtungen begangen werden, und sicher auch in dem Vertrauen, daß ihre eigene Regierung sie in der Ausübung ihrer Rechte unterstützen werde.

Es wurde, wie ich der Kaiserlich Deutschen Regierung bedauere mitteilen zu müssen, kürzlich in den Zeitungen der Vereinigten Staaten eine formelle, an die Bevölkerung der Vereinigten Staaten gerichtete Warnung veröffentlicht, die von der deutschen Botschaft in Washington stammen soll und die tatsächlich besagte, daß jeder Bürger der Vereinigten Staaten, der sein Recht zu freien Reisen auf den Meeren ausübe, es auf eigene Gefahr tue, falls seine Reise ihn in die Zone der Gewässer führe, in der die Kaiserliche Marine ihre Unterseebote gegen den Handel Großbritanniens und Frankreichs verwende, trotz des achtungsvollen, aber sehr ernsthaften Protestes der Regierung der Vereinigten Staaten. Die Regierung der Vereinigten Staaten erwähnt dies nicht, um die Aufmerksamkeit der deutschen Regierung auf die überraschende Regelwidrigkeit der Tatsache zu lenken, daß eine von der deutschen Botschaft in Washington stammende Mitteilung sich an die Bevölkerung der Vereinigten Staaten durch Vermittlung der Presse richtet, sondern nur, um darauf hinzuweisen, daß eine Warnung vor einer ungesetzlichen und unbilligen Handlung in keiner Weise als eine Entschuldigung oder Milderung dieser Handlung, noch als geeignet angesehen werden kann, die Verantwortlichkeit ihrer Urheber zu verringern.

Die Regierung der Vereinigten Staaten kann nicht glauben, daß die Kommandanten der Schiffe, die diese ungesetzlichen

Handlungen begangen haben, dies anders als unter einem Mißverständnis der von den deutschen Marinebehörden gegebenen Befehle getan haben können. Sie vertraut daher darauf, daß die Kaiserlich Deutsche Regierung die Handlungen, über die die Regierung der Vereinigten Staaten Klage führt, mißbillige, daß sie, soweit möglich, Genugtuung geben wird für unermeßliche Schäden und daß sie sofort die nötigen Schritte tun wird, um die Wiederholung von Vorfällen zu verhindern, die so offenkundig die Grundsätze der Kriegführung, für die die Kaiserlich Deutsche Regierung in der Vergangenheit so klug und fest eingetreten ist, umstürzen.

Die Kaiserlich Deutsche Regierung wird nicht erwarten, daß die Regierung der Vereinigten Staaten irgendein Wort ungesprochen oder irgendeine Tat ungeschehen lassen wird, die notwendig sein sollten, um ihrer heiligen Pflicht zu genügen, die Rechte der Vereinigten Staaten und ihrer Bürger zu wahren und ihre freie Ausübung und Genuß zu gewährleisten."

Die Forderungen der obigen amerikanischen Note machten den U-Bootkrieg unmöglich, was damals auch noch tatsächlich die Absicht der Unionsregierung war. Die deutsche Antwort vom 28. Mai änderte nichts an der Sachlage, da sie die Versenkung der „Lusitania" verteidigte und mit der Tatsache motivierte, daß das Schiff als Hilfskreuzer zu betrachten und mit Geschützen versehen gewesen wäre. Außerdem hätte die „Lusitania" Munition und kanadische Truppen an Bord gehabt. Es unterliege keinem Zweifel, daß der rasche Untergang der „Lusitania" in erster Linie auf die durch den Torpedoschuß verursachte Explosion der Munitionsladung zurückzuführen sei. Was die Verluste an Menschenleben anlange, so habe die deutsche Regierung den beteiligten neutralen Regierungen bereits ihr lebhaftes Bedauern darüber zum Ausdruck gebracht, daß Angehörige ihrer Staaten bei dieser Gelegenheit ihr Leben verloren hätten.

Den zuletzt erwähnten Auftrag hatte ich schon wenige Tage nach der Versenkung der „Lusitania" bei der amerikanischen Regierung ausgeführt.

Nach diesem ersten Notenwechsel schien der Gegensatz der beiderseitigen Auffassungen unüberbrückbar, und derselbe mußte angesichts der noch bestehenden Erregung zum Abbruche der diplomatischen Beziehungen führen, wenn nicht Zeit gewonnen wurde, in welcher sich die Wogen der Empörung legen konnten. Die telegraphische Verbindung zwischen der deutschen Regierung und ihrer Washingtoner Botschaft war nur auf Umwegen herzustellen und deshalb außerordentlich langwierig. Ich mußte auf eigene Verantwortung Entschlüsse fassen und rasch handeln. Ohne weiteres war mir klar, daß der Abbruch der diplomatischen Beziehungen Krieg bedeuten würde. Wir standen in Amerika in heftigem Kampfe mit der feindlichen Propaganda, welche nur das eine Ziel verfolgte, die Vereinigten Staaten in den Krieg hineinzuziehen und dadurch die Entscheidung herbeizuführen. Seit dem „Lusitania"-Zwischenfalle drehte sich das diplomatische Ringen zwischen der Entente und uns fast ausschließlich um die eine Frage, ob die Vereinigten Staaten neutral bleiben oder in den Krieg eintreten würden. Wenn die diplomatischen Beziehungen zwischen der deutschen und der amerikanischen Regierung abgebrochen wurden, standen wir in den Vereinigten Staaten der feindlichen Propaganda ohne Gegengewicht wehrlos gegenüber, und der Krieg wurde unvermeidlich. Es handelte sich also zunächst darum, unter allen Umständen die diplomatischen Beziehungen aufrechtzuerhalten. Allerdings hatten meine Bemühungen nur in dem Falle wirklich einen Zweck, daß der Bruch endgültig vermieden wurde. Jetzt, wo uns der Ausgang bekannt ist, läßt sich einwenden, daß es besser gewesen wäre, wenn die Vereinigten Staaten schon damals in den Krieg eingegriffen hätten. Ihr militärischer Druck und unsere daraus folgende Niederlage wären dann zwei Jahre früher eingetreten und hätten das deutsche

Volk zu einer Zeit getroffen, wo es noch nicht durch vierjährigen Krieg und Blockade demoralisiert und zermürbt war. Damals hatte ich aber begründete Hoffnung, einen amerikanischen Vermittlungsfrieden herbeiführen zu können, und wollte ich daher um jeden Preis Zeit gewinnen.

Ohne Instruktionen aus Berlin abzuwarten, machte ich von meinem Vorrechte als Botschafter Gebrauch und erbat eine Audienz bei dem Präsidenten. Wie ich später, unter anderem auch aus Manila erfuhr, waren an dem Tage — dem 2. Juni —, als ich Herrn Wilson aufsuchte, schon alle Vorbereitungen für den Abbruch der Beziehungen und einen daraus folgenden Krieg getroffen und wurden dann rückgängig gemacht. Ich hatte eine lange Unterredung unter vier Augen mit dem Präsidenten, den ich tief erschüttert und von dem dringenden Wunsche beseelt fand, den Krieg zu vermeiden. Wir waren beide darin einig, daß Zeit gewonnen werden müsse, und diese Übereinstimmung führte zur Anwendung eines Palliativmittels. Wir stellten uns auf den Standpunkt, daß die bestehende Absperrung Deutschlands eine Atmosphäre des Mißverstehens zwischen uns und den Vereinigten Staaten hervorgerufen habe. Unter dieser Voraussetzung war anzunehmen, daß, wenn eine persönliche mündliche Verbindung hergestellt werden könnte, eine Entspannung eintreten würde. Dementsprechend verabredeten wir, auf meinen Vorschlag, daß ich den Geheimen Regierungsrat Meyer-Gerhard, der mit Dr. Dernburg nach Amerika gereist und dort für unser Rotes Kreuz tätig war, sofort nach Deutschland senden sollte, um meiner Regierung mündlichen Bericht zu erstatten. Herr Wilson versprach, keine unwiderruflichen Schritte zu tun, bis die Mission Herrn Meyer-Gerhards Ergebnisse gezeitigt hätte.

Seit dieser Unterredung bin ich fest überzeugt gewesen, daß der Präsident keinen Krieg mit Deutschland führen wollte. Anderenfalls wäre schlechterdings nicht einzusehen, warum er damals auf meine Vorschläge einging, anstatt die Beziehungen abzubrechen. Wenn er den letzteren Weg

eingeschlagen hätte, würde er die amerikanische öffentliche Meinung in weit höherem Maße hinter sich gehabt haben, als es später bei dem endgültigen Bruche der Fall war. Ein Widerspruch wäre nicht laut geworden außer von seiten des Staatssekretärs Bryan, der sowieso von seinem Amte zurücktrat, weil der mit Kriegsgefahr schwangere Notenwechsel seinen pazifistischen Anschauungen widersprach.

Wenn ich in diesem Stadium der „Lusitania"-Angelegenheit nicht den Präsidenten aufgesucht hätte, würden die Beziehungen abgebrochen und daraus der Krieg gefolgt sein. Es wird bei uns vielfach behauptet, daß, wenn wir nicht die mindeste Rücksicht auf amerikanische Empfindungen genommen hätten, Herr Wilson, der keinen Krieg wollte, ihn vermieden haben würde, und daß wir dann freie Bahn für den U-Bootkrieg gehabt hätten. In Übereinstimmung mit sämtlichen Mitgliedern der Botschaft war ich aber gegenteiliger Überzeugung. Die Richtigkeit dieser Überzeugung ist durch die späteren Ereignisse bewiesen worden. Dieselben Deutschen und Deutschamerikaner, welche im Mai 1915 und später behaupteten, die Vereinigten Staaten würden niemals in den Krieg eintreten, stellten auch im Januar und Februar 1917 die gleiche Behauptung auf. Die Grundlage meiner ganzen Politik ist in jenen „Lusitania"-Tagen entstanden. Ich empfing aus den damaligen Ereignissen den Beweis, daß Herr Wilson friedlich, die öffentliche Meinung kriegerisch gestimmt war, und daß der Präsident allein den sofortigen Kriegsausbruch verhindert hatte, andererseits aber als amerikanischer Politiker genötigt war, mit der öffentlichen Meinung mit zu gehen. Als Wilson seine Philadelphia-Rede uminterpretierte, war von deutscher Seite nichts geschehen und ihm nichts zur Kenntnis gekommen, was ihm den Glauben beibringen konnte, daß Deutschland der Kriegsgefahr auf alle Fälle ausweichen und somit eine grobe Notenpolitik dem Präsidenten billige Lorbeeren über Deutschland verschaffen würde. Ich halte es für unrichtig, anzunehmen,

daß Wilson uns von jener Zeit an niederbluffen wollte. Er hat an die Kriegsgefahr geglaubt, aber zugleich nach Mitteln und Wegen gesucht, sie zu vermeiden. Darauf war meine ganze Handlungsweise zu gründen. Damals hat der Präsident mir auch zum erstenmal selbst davon gesprochen, daß er eine Friedensvermittlung im Auge habe.

Nach der Audienz im Weißen Hause telegraphierte ich folgendes an das Auswärtige Amt:

Ziffertelegramm

„Washington, den 2. Juni 1915.

Der Ernst der hiesigen Situation veranlaßte mich, Audienz bei dem Präsidenten Wilson nachzusuchen. In einer außerordentlich freundschaftlichen Unterredung, in der wiederholt der beiderseitige Wunsch betont wurde, einen Ausweg aus den gegenwärtigen Schwierigkeiten zu finden, kam Wilson immer wieder darauf zurück, daß es ihm nur auf die Humanitätsseite der Frage ankomme, der gegenüber der Schadenersatz für die auf der „Lusitania“ umgekommenen Amerikaner zurücktrete. Sein Bestreben gehe auf gänzliche Aufhebung des Unterseebootkrieges. Gegenüber diesem Endziel würden geringere Konzessionen unsererseits nur ein Kompromiß sein. Wir sollten durch Aufgabe des Unterseebootskrieges einen Appell an die Moral richten, da nur durch eine Verständigung, nicht mehr durch die Waffen, der Krieg endgültig entschieden werden könne. *Würden wir den Unterseebootskrieg* aufgeben, so werde er dann auf Aufhebung der englischen Aushungerungspolitik dringen. Nach bestimmten Nachrichten aus London werde das gegenwärtige Kabinett darauf eingehen. Wilson hofft, daß damit ein Anfang gemacht würde für eine Friedensaktion im großen Stile, welche er an der Spitze der Neutralen in die Wege leiten möchte.

Die amerikanische Antwortnote wird wahrscheinlich die ganze juristische Frage beiseite schieben und nur die humane

betonen, letztere sehr stark, aber, wie Wilson mir sagte, in scharfer Form.

Präsident betonte, daß der Punkt, in dem wir uns vereinigen könnten, der wäre, daß Deutschland und die Vereinigten Staaten von Amerika immer für die Freiheit der Meere eingetreten seien.

Die sehr freundschaftlich verlaufene Unterredung darf nicht über den Ernst der Lage täuschen. Wenn uns nicht gelingt, in der nächsten Note zu beruhigen, wird Wilson an Abbruch der Beziehungen nicht vorbeikommen. Empfehle dringend, dies zu vermeiden wegen moralischer Wirkung und unmittelbarer Steigerung der Waffenausfuhr ins Ungemessene sowie Gefahr umfassender finanzieller Stützung der Gegner. Für den Fall einer Verständigung aber besteht Aussicht, daß vorhandene Strömung auf Waffenausfuhrverbot obsiegt. Ferner ist dann Eingreifen Wilsons im Sinne des Friedens sicher zu erwarten. Entscheidend für Erfolg, ob unsere Note richtigen Ton trifft für öffentliche Meinung, die hier ausschlaggebender Machtfaktor. Dazu erforderlich Beiseitelassung juristischer Einzelheiten und Erörterung auf Basis des Gesichtspunktes der Humanität. Um richtigen Eindruck in Berlin zu geben, abreist Meyer-Gerhard als Rote-Kreuz-Delegierter morgen nach Deutschland. Bis zu dessen Eintreffen bitte ich, unsere Antwort zu verschieben. Hiermit Wilson einverstanden.“

Herr Meyer-Gerhard konnte den ersten ausführlichen mündlichen Bericht über die amerikanischen Verhältnisse nach Berlin bringen. Ich hatte ihn genau über meine Auffassung informiert und ihm insbesondere den Inhalt meiner Unterredung mit Herrn Wilson mitgeteilt. Im übrigen mußte ich mich immer mit kurzen Telegrammen auf Umwegen begnügen. Bei der erwähnten Audienz bot aber der Präsident zum ersten Male an, für mich ein chiffriertes Telegramm durch das Staatsdepartement und die amerikanische Botschaft in Berlin befördern zu lassen. Auch Berichte konnte

ich nicht sehr häufig senden, und dann nur in kurzer Fassung, weil wir alle unsere Ausgänge chiffrieren mußten und es wenig sichere Gelegenheiten gab. Für die erzwungene Lückenhaftigkeit meines Verkehrs mit dem Auswärtigen Amte führe ich als bezeichnend an, daß die Telegramme der Wolff- und Transozean-Bureaus als Grundstock der gegenseitigen Informationen dienen mußten, wobei ich allerlei verschiedene, nur dem Auswärtigen Amte verständliche Wortstellungen verwendete, um in den Telegrammen meine eigenen Auffassungen klar erkenntlich zu machen

Herr Meyer-Gerhard reiste mit tunlichster Beschleunigung nach Deutschland ab, nachdem er von Herrn Bryan eine Bescheinigung erhalten hatte, daß er auf Wunsch der amerikanischen Regierung die Fahrt unternehme. Ob die englischen Behörden diesen Freies-Geleit-Ersatz respektiert haben würden, scheint allerdings zweifelhaft. Herr Meyer-Gerhard hatte aber Glück, indem das von ihm benutzte norwegische Schiff gar nicht von den britischen Seestreitkräften angehalten wurde. Seine Mission war insofern erfolgreich, als sich die Erregung in den Vereinigten Staaten inzwischen legte und die erste schwere Krisis in den deutsch-amerikanischen Beziehungen dadurch überwunden wurde. Im übrigen hatte aber die Reise Herrn Meyer-Gerhards keinen Einfluß auf die weiteren Verhandlungen. Der scharfe Notenwechsel zwischen Washington und Berlin ging weiter, ohne eine Verständigung zu erzielen, da beide Regierungen auf ihrem Standpunkte beharrten.

Die zweite amerikanische Note, die am 10. Juni abgesandt wurde, gab die Veranlassung zum Rücktritte des Staatssekretärs Bryan. Er vertrat den Standpunkt, daß den amerikanischen Bürgern verboten werden sollte, auf Schiffen zu reisen, welche die Flagge einer kriegführenden Nation trügen. Von dieser Auffassung ausgehend, wollte Herr Bryan nicht die Verantwortung für einen weiteren Notenwechsel tragen, der nach seiner Ansicht schließlich zum Kriege führen müsse.

Der Rücktritt des Staatssekretärs hatte außerdem noch ein tragikomisches diplomatisches Vorspiel gehabt. Der österreichisch-ungarische Botschafter in Washington, Herr Dumba, besuchte in der besten Absicht Herrn Bryan, um mit ihm den deutsch-amerikanischen Konflikt zu besprechen. Beide Herren wollten einen Ausweg finden und glaubten, daß der nicht direkt an der Frage beteiligte Botschafter mit Erfolg würde vermitteln können. Später ist gesagt worden, daß ein gegenseitiges Mißverständnis obgewaltet habe. Dies ist immerhin möglich. Jedenfalls sandte Herr Dumba auf dem Wege über Nauen ein Radiogramm nach Wien, in welchem er als Gedankengang Bryans folgendes ausführte:

„Die Vereinigten Staaten wollten keinen Krieg. Die scharfen Noten seien nicht so bös gemeint, müßten aber geschrieben werden, um die erregte amerikanische öffentliche Meinung zu befriedigen. Die Berliner Regierung solle sich dadurch nicht gekränkt fühlen, sondern eine geeignete Konzession machen, um den Konflikt aus der Welt zu schaffen.“

Dieses Telegramm Herrn Dumbas war soeben im Berliner Auswärtigen Amte vorgelegt worden, als sich der amerikanische Botschafter bei dem Unterstaatssekretär Zimmermann melden ließ, um in seiner üblichen erregten und schroffen Art unbedingte Nachgiebigkeit Deutschlands zu fordern, weil anderenfalls der Krieg unvermeidlich sei. Herr Zimmermann zeigte darauf Herrn Gerard, um ihn abzukühlen, das Dumbasche Telegramm, dessen Inhalt die Haltung des amerikanischen Botschafters als Bluff erscheinen ließ. Herr Gerard meldete natürlich diesen Vorfall nach Washington, worauf dort ein gegenseitiges Erheben von Vorwürfen einsetzte. Auch die Presse bemächtigte sich bald der Geschichte, da in der amerikanischen Hauptstadt niemals etwas geheim bleibt. Dort war man im allgemeinen der Meinung, daß Deutschland nachgeben werde, wenn es von dem Ernste der amerikanischen Kriegsabsichten überzeugt werden könne. Infolgedessen erschien nun Herr Bryan in dem Lichte, als

habe er die Politik des Präsidenten gestört. Sein Rücktritt wurde durch diesen Zwischenfall beschleunigt, und der bisherige Justiziar des Staatsdepartements, Herr Robert Lansing, trat an seine Stelle. Nach amerikanischer Auffassung blieb aber der Hauptvorwurf an Herrn Dumba hängen, der von dieser Zeit ab für einen Intriganten gehalten wurde.

Herr Lansing ist Jurist und nicht Politiker. Er faßt alle Probleme rein juristisch und seine Stellung als die eines juristischen Beirats des Präsidenten auf. Er ist sozusagen Herrn Wilsons juristisches Gewissen. Der persönliche Verkehr mit Herrn Lansing war immer sehr angenehm.

Der Standpunkt Herrn Bryans war der eines wirklich Neutralen. Die amerikanischen Interessen konnten materiell vollkommen gewahrt werden, auch wenn ein Verkehr auf feindlichen Passagierdampfern unterblieb. Die Amerikaner konnten auf eigenen, holländischen und skandinavischen Schiffen fahren. Tatsächlich nahm aber die öffentliche Meinung Amerikas einen so neutralen Standpunkt in ihrer Mehrheit nicht ein, und Herr Wilson schloß sich der überwiegenden Stimmung an. Es konnte uns nichts nützen, wenn wir verlangten, daß der Präsident die von uns gebilligte Form der Neutralität annehmen sollte. Wir mußten uns damit abfinden, daß seine Neutralitätsauffassung von derjenigen Bryans und der unserigen abwich, und mußten uns mit Herrn Wilson zu verständigen suchen, wenn wir nicht den Krieg mit den Vereinigten Staaten herbeiführen wollten. Immer wieder möchte ich betonen, daß wir Amerika gegenüber keine Pressionsmittel hatten, und daß für die Vereinigten Staaten ein Krieg mit Deutschland eine sehr leichte Sache war. Bei einem solchen Kriege liefen die Amerikaner gar keine Gefahr, während ihre Schwerindustrie dabei ihre Rechnung fand und die Imperialisten sich freuten, die lange ersehnte Armee, die Flotte und die Handelsflotte schaffen zu können. Als friedenerhaltend wirkte nur die pazifistische Gesinnung der Mehrheit des Volkes und die mit ihr

übereinstimmende Zauderpolitik des Präsidenten, der immer hoffte, es werde der Friede oder irgendeine andere günstige Wendung den Abbruch der Beziehungen verhindern.

Auf Herrn Gerard war der oben erwähnte diplomatische Zwischenfall offenbar nicht ohne Eindruck geblieben, denn er machte aus eigener Initiative in Berlin einen allerdings wenig glücklichen Vorschlag, als dort die amerikanische Note vom 10. Juni beantwortet werden mußte. Danach sollten ausreichend kenntlich gemachte und vorher angesagte Passagierdampfer den Verkehr der Amerikaner nach England sichern. Dieser Vorschlag wurde in die deutsche Note vom 8. Juli aufgenommen und fand in Washington sofort eine besonders scharfe Zurückweisung, weil er geradezu als Vereinbarung über eine teilweise zugestandene Aufhebung der Grundsätze zu erachten wäre, auf deren Anerkennung die amerikanische Regierung bestehen müsse. Der Volkswitz nannte diese durch rot-weiß-blaue Streifen kenntlich zu machenden Fahrzeuge die „Barbier-Schiffe“, weil in Amerika die Barbierläden durch solche Streifen bezeichnet werden.

Am 21. Juli wurde dann die letzte amerikanische „Lusitania“-Note abgesandt, in welcher die Washingtoner Regierung insofern ihre Stellung modifizierte, als sie den U-Bootkrieg als statthaft bezeichnete, wenn vor der Versenkung den Besatzungen und Passagieren der Handelsschiffe Gelegenheit gegeben würde, ihr Leben zu retten. Im übrigen blieb aber die Note auf dem bisherigen Standpunkte und führte folgendes aus:

„Wenn ein Kriegführender einem Feinde gegenüber nicht Vergeltung üben kann, ohne das Leben Neutraler und deren Eigentum zu schädigen, so sollten sowohl Menschlichkeit als Gerechtigkeit und eine angemessene Rücksicht auf die Würde der neutralen Mächte gebieten, daß das Verfahren eingestellt wird . . . Die Regierung der Vereinigten Staaten vermag nicht zu glauben, daß die Kaiserliche Regierung

noch länger davon absehen wird, das unbekümmerte Vorgehen ihrer Seeoffiziere bei Versenkung der ‚Lusitania' zu mißbilligen oder Entschädigung für die Verluste an amerikanischen Menschenleben anzubieten, insoweit für zwecklose Vernichtung von Menschenleben durch eine ungesetzliche Handlung überhaupt Ersatz geleistet werden kann ... Die amerikanische Regierung sieht sich gerade wegen des großen Wertes, den sie auf die lange ununterbrochene Freundschaft zwischen Volk und Regierung der Vereinigten Staaten und Volk und Regierung Deutschlands legt, veranlaßt, bei der Kaiserlichen Regierung feierlichst auf der Notwendigkeit einer gewissenhaften Beachtung der neutralen Rechte in dieser kritischen Angelegenheit zu bestehen. Die Freundschaft selbst drängt sie, der Kaiserlichen Regierung zu sagen, daß die Regierung der Vereinigten Staaten eine Wiederholung von Handlungen, die Kommandanten deutscher Kriegsschiffe in Verletzung der neutralen Rechte begehen sollten, falls sie amerikanische Bürger betreffen, als vorsätzlich unfreundlichen Akt betrachten müßte."

Mit dieser offenen Kriegsdrohung für den Fall der Wiederholung einer der Versenkung der „Lusitania" ähnlichen Handlung schloß der erste Abschnitt der deutsch-amerikanischen Verhandlungen über den U-Bootkrieg.

Ich lasse hier vier meiner Berichte aus dieser Zeit folgen, welche aus Cedarhurst datiert sind, einem Vororte New Yorks, wo die Botschaft während der heißen Sommermonate Aufenthalt genommen hatte:

1. Zifferbericht

„Cedarhurst, den 9. Juni 1915.

In der inneren amerikanischen Politik herrscht fortgesetzt die übliche Sommerstille. Höchstens könnte man insofern von einer Reflexwirkung der äußeren Lage auf die innere Politik sprechen, als Herr Wilson, wie hierzulande üblich, auswärtige Fragen in erster Linie unter dem Gesichtspunkt

betrachtet, wie dieselben seine Aussichten in der nächstjährigen Präsidentschaftskampagne beeinflussen.

Trotzdem die Wogen der antideutschen Stimmung, welche durch den „Lusitania"-Zwischenfall hervorgerufen wurden, noch immer sehr hoch gehen, so kann man doch mit gutem Gewissen behaupten, daß weder der Präsident noch das amerikanische Volk einen Krieg mit Deutschland wünschen. Demnach hat Herr Wilson am meisten Aussicht, die öffentliche Meinung für sich zu gewinnen, wenn er den Konflikt mit uns ehrenvoll beilegt, indem er denselben zum Ausgangspunkte für eine friedliche Bewegung im großen Stil ausnutzt. Ich bin fest davon überzeugt — mehr denn je, nachdem ich kürzlich eine längere Unterredung mit ihm hatte —, daß die Gedanken des Präsidenten sich in dieser Richtung bewegen. Deshalb hat er auch so plötzlich die mexikanische Frage wieder aufgenommen. Dadurch hofft er eine Diversion für die öffentliche Meinung zu schaffen.

Obgleich ich fürchte, eines übertriebenen Optimismus geziehen zu werden, so muß ich doch nach meinen hiesigen Beobachtungen die Ansicht aussprechen, daß der Präsident und die hiesige Regierung viel neutraler sind, als man gemeinhin annimmt. Der Einfluß Englands ist hier ein ungeheurer, weil er durch so viel Kanäle geht, die wir gar nicht zuschließen können. Demgegenüber hat die hiesige Zentralregierung versucht, eine neutrale Haltung zu bewahren. Es ist eine für uns vielleicht auffallende, aber dennoch feststehende Tatsache, daß, so oft einflußreiche Amerikaner aus New York, Boston und Philadelphia, den englischen Hauptquartieren in diesem Lande, nach Washington kommen, sie über die dortige prodeutsche Stimmung klagen. Wie ich bestimmt in Erfahrung brachte, hofft die Regierung sogar, durch eine Verquickung mit der mexikanischen Frage die Waffen- und Munitionsausfuhr nach Europa zu verhindern. Außerhalb des antideutschen Rings ist die Stimmung hierfür im Lande günstig. Weite Kreise fühlen, daß der Verkauf von Waffen

und Munition nicht in Einklang zu bringen ist mit den fortgesetzten Appellen an die Humanität, welche von Washington aus in die Welt gesandt werden.

Wie aus obigem hervorgeht, ist mein Gesamteindruck der, daß Herr Wilson am ehesten glaubt, wiedergewählt zu werden, wenn er in Europa Frieden stiftet und in Mexiko Ordnung schafft. Für den letzteren Zweck will er sich des Generals Iturbide bedienen, welcher sich den ganzen letzten Winter in New York und Washington aufgehalten hat. Er war früher Gouverneur des Distrikts der Stadt Mexiko, gilt als tapfer sowie ehrlich und macht auf mich persönlich den Eindruck eines vornehmen Mannes. Er soll genug Anhänger in Mexiko haben, um dort eine Armee zu schaffen, wozu New Yorker Banken ihm die Mittel vorstrecken wollen. General Iturbide genießt das volle Vertrauen der hiesigen Administration. Die Zukunft muß lehren, ob er in der Lage sein wird, ohne Intervention der Vereinigten Staaten eine geordnete Regierung in Mexiko zu schaffen.“

2. Zifferbericht

„Cedarhurst, den 12. Juni 1915.

Seitdem Präsident Wilsons zweite Note über den „Lusitania“-Zwischenfall veröffentlicht worden ist, ergeht sich die hiesige Presse in Mutmaßungen über den wahren Grund des Rücktritts Herrn Bryans. Es liegt ja auf der Hand, daß die Note selbst den Grund für die Kabinettskrisis nicht abzugeben vermochte, denn Bryan konnte sicher die zweite Note unterschreiben, nachdem er die erste mit seinem Namen gedeckt hatte. Anderseits mag hier niemand zugeben, daß die Kontroverse mit Deutschland nur den Vorwand abgab für eine persönliche Machtprobe nach dem Vorgange des Kampfes zwischen den Herren Taft und Roosevelt.

Bryan hat nunmehr noch ein Manifest an die Deutschamerikaner in die Welt geschickt, in welchem er seine Haltung verteidigt. Glücklicherweise ist dieses Manifest so gehalten,

daß Bryan kaum die Gunst der Deutschamerikaner erlangen dürfte. Es wäre m. E. ein Unglück für uns, wenn Bryan als Vertreter der deutschen Sache gelten könnte. Dadurch würde nur Verwirrung geschaffen werden. Wenn es von unserem Standpunkte aus irgend möglich ist, müssen wir versuchen, mit Herrn Wilson zu einer Verständigung zu gelangen. Er ist augenblicklich der herrschende Machtfaktor im Lande, und ohne ihn oder gar gegen ihn ist nichts zu erreichen.“

3. Zifferbericht

„Cedarhurst, 2. Juli 1915.

Trotz der schlechten Behandlung, welcher die amerikanische Post nach hier vorliegender Nachricht von seiten der Engländer ausgesetzt ist, hoffe ich, daß meine gehorsamen Berichte alle in Eurer Exzellenz Hände gelangt sind. Der Sicherheit halber wiederhole ich, daß seit meiner Audienz bei Präsident Wilson, der Ausschaltung des „Agitators“ Dernburg, der Mission Meyer-Gerhard und den über die letztere aus Berlin eingegangenen Preßtelegrammen hier eine allgemeine Beruhigung eingetreten ist. Die Verhältnisse sind wieder normale geworden und werden solche bleiben, wenn unsere bevorstehende Antwortnote Entgegenkommen zeigt.

Ich möchte sogar einen Schritt weiter gehen und behaupten, daß der „Lusitania“-Zwischenfall schließlich infolge der Behandlung, die wir ihm haben angedeihen lassen, einen günstigen Einfluß ausgeübt hat und weiter ausüben wird. Allerdings erhöht dieser Vorfall die Wut unserer hiesigen Gegner. Mit der anglophilen „Gesellschaft“ in New York, Philadelphia und Boston ist momentan überhaupt nicht zu reden, und hinsichtlich der Wallstreet-Magnaten steht die Sache nicht besser; diese beiden Faktoren sind eben zu innig mit England verbunden. Indessen ist die Regierung infolge des „Lusitania“-Zwischenfalls zum erstenmal wirklich aufgewacht. Sie erfaßt jetzt die Bedeutung der Seekriegsfrage. Wenn ich im Februar, März, April mit amtlichen Persönlichkeiten über

den Unterseebootkrieg und damit zusammenhängende Dinge sprach, fand ich kaum Gehör. Man verstand hier den Ernst der Lage gar nicht. Jetzt dagegen ist das Thema der „Freiheit der See“ das Leitmotiv der amerikanischen Politik geworden. Alles ist vorbereitet, um auch England gegenüber energisch aufzutreten, wenn unsere Antwortnote eine Fortführung der Verhandlungen ermöglicht. Selbst die New Yorker Presse ist viel vernünftiger geworden. Die auf den Krieg bezüglichen Fragen werden leidenschaftslos erörtert, was namentlich gelegentlich der Torpedierung des „Armenian“ zutage trat. Noch niemals seit Beginn des Krieges waren die Aussichten für eine verständige amerikanische Politik so günstig wie jetzt.“

4. Zifferbericht

„Cedarhurst, 22. Juli 1915.

Wenn man sich fragt, was das Ergebnis der elfwöchigen Verhandlungen über den „Lusitania“-Zwischenfall und der Aufwendung aller irgendwie möglichen Überredungskunst gewesen ist, so muß die Antwort dahin lauten, daß unter schwierigen Verhältnissen Krieg und Abbruch der diplomatischen Beziehungen verhindert worden ist. Namentlich der letzteren Eventualität waren wir zeitweilig viel näher, als vielleicht in Deutschland geglaubt wird.

Von der Stimmung, die hier in den ersten Wochen nach dem „Lusitania“-Zwischenfall herrschte, kann sich nur der einen Begriff machen, welcher es hat mit ansehen und insbesondere fühlen müssen. Unter den damals herrschenden Umständen gab es nur einen Ausweg: Zeit zu gewinnen und eine freundliche Stimmung wiederherzustellen, welche eine Fortführung der Verhandlung möglich machte. Dies ist gelungen.

Besseres kann nur erreicht werden, wenn sich die amerikanische Regierung entschließt, die Verhandlungen gleichzeitig mit Berlin und London aufzunehmen, um auf diesem Wege

einen Ausgleich herbeizuführen. Der Gegensatz zwischen unserer und der amerikanischen Auffassung ist zu groß, um durch eingleisige Verhandlungen mit uns überwunden zu werden. Die amerikanische Regierung ist in ihren ersten Noten zu weit gegangen und findet nun schwer einen Ausweg zum Rückzug. Jetzt erkennt sie zwar an, daß unser Unterseebootkrieg eine berechtigte Repressalie gegen die englische Aushungerungspolitik bedeute, aber sie bleibt dabei, daß wir verantwortlich seien, wenn durch unsere Repressalie Amerikaner an Leib und Leben geschädigt würden. Dementsprechend verlangt die amerikanische Regierung, kurz gesagt, daß wir

erstens für die auf der „Lusitania“ Umgekommenen in irgendeiner Form Entschuldigungen machen sowie Schadenersatz leisten, und daß wir

zweitens in Zukunft Passagierdampfer nur nach vorheriger Warnung versenken.

Die neueste amerikanische Note, welche bereits nach Berlin unterwegs ist, will in gewissem Sinne die Verhandlungen zum Abschluß bringen, damit die hiesige Regierung in der Lage ist, zu einer Erörterung der mit England schwebenden Fragen überzugehen. Immerhin weiß ich aus meinen mündlichen Verhandlungen mit Staatssekretär Lansing, daß die hiesige Regierung eine schriftliche oder mündliche Antwort haben möchte, wenn wir in der Lage sind, uns dem amerikanischen Standpunkt zu nähern und wenn wir der hiesigen Regierung helfen können, in zweigleisigen Verhandlungen mit uns und England die Freiheit der See zu erreichen, das Ziel, welches nach wie vor dem Präsidenten Wilson am meisten am Herzen liegt.“

Dr. Dernburg reiste Mitte Juni nach Deutschland zurück, nachdem ihm die Ententeregierungen auf Ersuchen der amerikanischen Regierung freies Geleit gewährt hatten. Ich fuhr nach New York, um Abschied von Dr. Dernburg zu nehmen, und lud am Vorabende seiner Abreise einige Freunde ein,

mit uns auf dem Dachgarten des Hotels Ritz-Carlton zu speisen. Dabei ereignete sich ein Vorfall, der als Stimmungsbild aus den „Lusitania"-Tagen erwähnenswert ist. Einige Personen, welche den uns am nächsten befindlichen Tisch bestellt hatten, weigerten sich, denselben einzunehmen, weil sie nicht in der Nähe der Deutschen sitzen wollten.

Nach der Abreise Dr. Dernburgs und infolge der uns unbedingt feindselig gewordenen Stimmung hielt ich es, wie schon früher erwähnt, für notwendig, den größten Teil der Tätigkeit Dr. Dernburgs zu liquidieren. Diese Aufgabe verteilte ich im Einvernehmen mit dem Auswärtigen Amte unter die bisherigen Mitarbeiter Dr. Dernburgs. Geheimrat Albert übernahm, außer seiner bisherigen Tätigkeit für die Zentral-Einkaufs-Gesellschaft, alle finanziellen und wirtschaftlichen Fragen und wurde der Botschaft als Handelssachverständiger zugeteilt. Dr. Alexander Fuehr trat an die Spitze des Pressebureaus, und Rittmeister Hecker rückte in die Leitung der Geschäfte des deutschen Roten Kreuzes auf.

In der deutschen Heimat ist leider nicht genügend bekannt und gewürdigt worden, wie viel Opferfreudigkeit seitens der Amerikaner, und insbesondere derjenigen deutscher Abstammung, bewiesen wurde. Der Gesamtbetrag der für unser Rotes Kreuz und ähnliche Institutionen nach Deutschland überführten Summen belief sich auf zwanzig Millionen Mark. Die Enttäuschung, welche in der Heimat über den geringen politischen Einfluß der Deutschamerikaner empfunden wurde, ließ keine genügende Anerkennung aufkommen für deren großartige Leistungen auf dem Gebiete der Wohltätigkeit, die von herzlichster Sympathie für die Leiden der deutschen Bevölkerung inspiriert waren.

SIEBENTES KAPITEL

DER „ARABIC"-ZWISCHENFALL

EINIGE Tage nach dem Abgange der letzten amerikanischen „Lusitania"-Note vom 21. Juli 1915 bat mich Staatssekretär Lansing, ihn zu besuchen, und sagte mir, die amerikanische Regierung wüßte nun keinen Ausweg mehr. Wenn wieder Amerikaner durch Torpedierung eines Handelsschiffes ihr Leben verlören, wäre der Krieg nicht zu vermeiden. Die Regierung der Vereinigten Staaten werde keine Noten mehr schreiben, welche doch zwecklos wären, sondern bäte mich, die weiteren Verhandlungen zu übernehmen. Da ich anläßlich des „Lusitania"-Zwischenfalles bewiesen hätte, daß ich den Krieg zu vermeiden wünschte, vertraute die amerikanische Regierung darauf, daß ich doch noch einen Ausweg aus der anscheinend hoffnungslosen Situation finden würde.

Von diesem Tage an kam mir Herr Lansing regelmäßig dadurch entgegen, daß er mir bei allen Verhandlungen gestattete, durch Vermittlung des Staatsdepartements und der amerikanischen Botschaft in Berlin chiffrierte Depeschen an meine Regierung zu senden, wie das schon einmal anläßlich des „Lusitania"-Zwischenfalls geschehen war.

Meine einzige Hoffnung auf Erfolg lag in einem Absatze der amerikanischen Note vom 21. Juli, welcher folgendermaßen lautete:

„Die Regierung der Vereinigten Staaten und die Kaiserlich Deutsche Regierung kämpfen für das gleiche große Ziel und

sind lange zusammen eingetreten für Anerkennung eben jener Grundsätze, auf denen die Regierung der Vereinigten Staaten jetzt so feierlich besteht. Sie kämpfen beide für die Freiheit der Meere. Die Regierung der Vereinigten Staaten wird fortfahren, für diese Freiheit zu kämpfen, von welcher Seite auch immer sie verletzt werden möge, ohne Kompromisse und um jeden Preis. Sie ladet die Kaiserlich Deutsche Regierung zu praktischer Mitarbeit ein, im jetzigen Augenblick, wo diese Mitarbeit am meisten durchsetzen kann und dieses gemeinsame Ziel am schlagendsten und wirksamsten erreicht werden kann.

Die Kaiserlich Deutsche Regierung gibt der Hoffnung Ausdruck, daß dieses Ziel in gewissem Maße sogar vor dem Ende des gegenwärtigen Krieges erreicht werden möge. Dies kann geschehen. Die Regierung der Vereinigten Staaten fühlt sich nicht nur verpflichtet auf diesem Ziel, von wem auch immer es verletzt oder mißachtet werden mag, zum Schutze ihrer eigenen Bürger zu bestehen, sie ist auch aufs höchste daran interessiert, dieses Ziel zwischen den Kriegführenden selbst verwirklicht zu sehen, und hält sich jederzeit bereit, als gemeinsamer Freund zu handeln, dem der Vorzug zuteil wird, einen Weg vorzuschlagen."

Auf Grund obiger amerikanischer Aufforderung zur Kooperation behufs Wiederherstellung der „Freiheit der Meere" ließ sich vielleicht eine Verständigung erreichen, wenn nur eine Formel gefunden werden konnte, welche die „Lusitania"-Frage erledigte, und wenn Wiederholungen ähnlicher Zwischenfälle ausblieben.

Ich wußte, daß in Berlin zwei politische Richtungen gegeneinander kämpften, von denen die eine den Krieg mit den Vereinigten Staaten vermeiden, die andere auch auf diese Gefahr hin den U-Bootkrieg führen wollte. Ich sah meine Aufgabe darin, die erstere Richtung zu unterstützen, weil ich überzeugt war, daß der Eintritt Amerikas in den Krieg unfehlbar unsere endgültige Niederlage herbeiführen würde.

Auch wußte ich mich in vollster Übereinstimmung mit dem Staatssekretär von Jagow, dessen Auffassung sich mit der meinigen deckte. Ich wußte aber bis zum 31. Januar 1917 niemals sicher, welche Richtung in Berlin die Oberhand gewinnen würde, obwohl ich immer bestimmt auf den schließlichen Sieg der Vernunft gehofft habe. Ebensowenig wußte ich, ob die Mission des Herrn Meyer-Gerhard, der meine Auffassung in Berlin zur Geltung bringen wollte, oder Herr Dr. Dernburg, der in der gleichen Richtung arbeitete, irgendwelchen Erfolg gehabt hatten. Die weitere Erzählung wird zeigen, wie mangelhaft ich informiert worden bin, und wie ich über die Absichten der Berliner Regierung hinsichtlich der Führung des U-Bootkriegs und später hinsichtlich der Friedensvermittlung des Präsidenten im dunkeln tappte. Ich wußte nie, was man eigentlich in Berlin wollte, und ich weiß insbesondere auch heute noch nicht, weshalb mir erst nach dem „Arabic“-Zwischenfalle mitgeteilt worden ist, daß die U-Bootkommandanten schon nach dem „Lusitania“-Falle Anweisung erhalten hatten, „Liners“ zu schonen. Die Verhandlungen wären jedenfalls sehr erleichtert worden, wenn dies früher in Washington bekannt geworden wäre. Ich glaube aber nicht, daß seitens der Berliner Zentralregierung eine böse Absicht vorlag, ebensowenig wie ich die landläufige Erklärung als richtig anerkennen kann, daß die technischen Schwierigkeiten der Nachrichtenübermittlung ausschlaggebend gewesen sind. So viel Fühlung war schon zwischen dem Auswärtigen Amte und der Botschaft in Washington vorhanden, daß ich bestimmte Weisungen erhalten konnte. Es ist nicht anders. Die Erklärung liegt in dem Kampfe der beiden Richtungen in Deutschland. Der Leiter des Auswärtigen Amtes wußte genau, daß ich in Washington die gleiche Politik trieb wie er in Berlin, aber Herr von Jagow konnte mich oft nicht rechtzeitig informieren, weil er selbst nicht wußte, ob seine Anschauungen die Oberhand gewinnen würden.

Damals berichtete ich das Folgende nach Berlin:

Zifferbericht

„Cedarhurst, 28. Juli 1915.

Euere Exzellenz habe ich anderweitig gehorsamst gebeten, hochgeneigtest diesen Bericht abwarten zu wollen, bevor die Entscheidung getroffen wird, ob und eventuell wie die letzte amerikanische „Lusitania“-Note beantwortet werden soll. Da weder die hiesige Regierung noch die öffentliche Meinung eine Antwort für unbedingt notwendig hält, also keine Gefahr im Verzuge ist, möchte ich unter allen Umständen gehorsamst vorschlagen, eventuell weitere Verhandlungen mündlich und vertraulich hier führen zu lassen, selbst wenn die Instruktionen brieflich gesandt werden müßten. Erfahrungsgemäß kann man mit der amerikanischen Regierung nur in Washington erfolgreich verhandeln. Sowohl Präsident Wilson als Staatssekretär Lansing sind jetzt bereit, auf diesem Wege den Versuch zu machen, eine Einigung herbeizuführen. Diese Sachlage wird vielleicht in Deutschland nicht erkannt, nachdem die Sprache der amerikanischen Note unnötig scharf erscheinen muß. Letzteres erklärt sich dadurch, daß Herr Wilson durch die Erregung über den „Lusitania“-Zwischenfall emporgetragen wurde und auf Grund dieser Stimmung zuerst eine so schroffe Stellung eingenommen hat, daß er nicht zurück kann, ohne sich hier unmöglich zu machen. Außerdem glaubt er, daß er wegen des Rücktritts des Herrn Bryan und des nunmehr berühmten, unglücklichen Dumba-Telegramms bei uns nicht ernst genommen wird. Ferner wünscht er den Notenwechsel mit uns zum Abschluß zu bringen, weil er nunmehr gegen England vorgehen will und in seinem bekannten Eigensinn auf dem Standpunkte beharrt, daß er erst die Verhandlungen mit uns abschließen müsse, bevor er die englische Frage aufnimmt. Es muß aber unbedingt betont werden, daß Herr Wilson weder den Krieg mit uns herbeiführen, noch für England Partei nehmen

will. Darüber darf man sich nicht durch die Presse des Ostens der Vereinigten Staaten täuschen lassen. Diese sowie andere mächtige und einflußreiche Personen nehmen allerdings für England Partei und würden zum Teil einen Krieg mit Deutschland freudig begrüßen. Dies ist jedoch hinsichtlich Herrn Wilsons und der weit überwiegenden Mehrheit des amerikanischen Volkes nicht der Fall.

Die Gefahr der Situation liegt darin, daß die oben erwähnte Presse uns in den Krieg treiben kann, ebenso wie ein neuer „Lusitania“-Vorfall dasselbe Ergebnis herbeiführen würde. Was Herr Wilson will, ist das Folgende: durch die scharfe Sprache seiner an uns gerichteten Note der hiesigen öffentlichen Meinung Genüge tun und, wenn er von uns Konzessionen erreichen kann, durch Vermittlung zwischen dem deutschen und englischen Standpunkt sein Lieblingsprojekt „Die Freiheit der See“ durchführen. Der Präsident hat sich in seiner Note unserer Auffassung in einem Punkte entschieden genähert, indem er den Unterseebootkrieg jetzt als legitim betrachtet, während er früher meinte, derselbe ließe sich nach dem Völkerrecht überhaupt nicht durchführen.

Es ist nicht meines Amtes, zu entscheiden, und ich kann von hier aus nicht alle Verhältnisse übersehen, um zu beurteilen, ob es, von unserem Standpunkte aus betrachtet, besser ist, die amerikanische Note zu beantworten oder nicht. Ich kann nur darstellen, wie sich die Sache von hier aus ansieht. Danach dürfte die Entscheidung davon abhängen, was wir von dem Unterseebootkrieg erwarten. Wenn dieser Selbstzweck ist und wir die begründete Hoffnung haben, durch denselben England niederringen zu können, so erscheint es vorteilhafter, die amerikanische Note nicht zu beantworten und den Unterseebootkrieg ohne Rücksicht auf neutrale Proteste durchzuführen. Wenn dagegen der Unterseebootkrieg Mittel zu dem Zwecke ist, die Aufhebung oder Milderung der britischen Blockade zu erreichen, so würde sich meines gehorsamsten Erachtens der Versuch

lohnen, diesen Zweck mit Hilfe des Präsidenten Wilson zu erreichen, indem wir ihm Konzessionen machen. Er hat einem meiner Vertrauensmänner gesagt: „If I receive a favorable answer from Germany I will see this thing through with England to the end.*“

Bis dieser gehorsamste Bericht in die Hände Euerer Exzellenz gelangt, wird Wilsons Note an die englische Regierung abgegangen sein. Wenn diese eine ähnliche scharfe Sprache führt wie die an uns gerichtete, so würde ich dringend raten, den Versuch zu machen, auf Grund des beifolgenden Notenentwurfs eine Einigung mit den Vereinigten Staaten herbeizuführen. Falls Euere Exzellenz mich dann durch eine chiffrierte, der Sicherheit halber vielleicht zweimal wiederholte drahtlose Depesche beauftragen wollen, auf dieser Basis in Verhandlungen einzutreten, glaube ich eine befriedigende Grundlage schaffen zu können, auf welcher wir Wilson als Sturmbock gegen England benutzen können. Wenn wir ihm aus seiner gegenwärtigen schwierigen Lage heraushelfen, bin ich überzeugt, daß er mit Energie England gegenüber seinen Plan durchführen wird, das Völkerrecht noch während des Krieges wieder aufzurichten. Den lapidaren Satz „it can be**“ hat der Präsident selbst in die letzte Note eingerückt. Diese drei Worte drücken die feste Zuversicht Wilsons aus, daß er England zum Nachgeben zwingen kann.

Wie ich bereits anderweitig meldete, handelt es sich bei unserer Antwort — und ich hoffe dringend, daß es möglich sein wird, eine solche zu geben — um die folgenden drei Punkte:

1. Erledigung des „Lusitania“-Zwischenfalls. In dieser Beziehung wäre zu sagen, daß wir nach unserer Ansicht als Repressalie unbedingt berechtigt gewesen seien, die „Lusitania“ anzugreifen. Wir hätten aber nicht dabei die Absicht gehabt, Amerikaner umzubringen und bedauerten lebhaft,

* Wenn ich eine günstige Antwort von Deutschland erhalte, werde ich diese Sache mit England bis zu dem Ende durchfechten.

** Dies kann geschehen.

daß dies durch eine Verkettung unglücklicher Umstände geschehen sei. Falls sich unter den Hinterbliebenen der Opfer Notleidende befinden, wären wir gern bereit einer späteren Einigung zu überlassen, ob die Betreffenden finanziell zu entschädigen seien.

2. Wir beabsichtigten an der in der letzten Zeit geübten Praxis hinsichtlich des Unterseebootkrieges festzuhalten. Wie die Dinge jetzt liegen, kommt es tatsächlich nur darauf an, daß wir Passagierdampfer nicht ohne Warnung versenken.

3. Wir wären bereit, die Bemühungen des Präsidenten Wilson, noch während des Krieges das Völkerrecht wiederherzustellen, tatkräftig zu unterstützen, und anheimstellten ihm, deswegen mit der englischen Regierung in Verhandlungen zu treten. Als Basis könnte die Londoner Seerechtsdeklaration dienen, wie dies die amerikanische Regierung seinerzeit selbst vorgeschlagen habe.

Wenn wir, wie ich oben gehorsamst andeutete, verfahren, so ist schlimmstenfalls zu befürchten, daß die Verhandlungen mit England scheitern. Dann wäre aber vor aller Welt klargestellt, daß die Schuld an unseren Feinden liegt, und Herr Wilson wäre für uns gewonnen. Über den letzteren Punkt habe ich bei dem Naturell des Präsidenten nicht den geringsten Zweifel."

Aus der Darstellung in Karl Helfferichs „Weltkrieg" — Band II, Seite 322 — entnehme ich, daß der damalige Schatzsekretär in Berlin die Politik empfahl, welche ich für die einzig mögliche hielt. Wenn er a. a. O. hinzufügt, sein Vorschlag habe bei dem Auswärtigen Amte keine Unterstützung gefunden, so überrascht mich das allerdings.

Ich erhielt den Auftrag, mündlich und vertraulich mit dem Staatssekretär Lansing zu verhandeln. Meine Auffassung ging dahin, daß solche Verhandlungen keinen Zweck hätten, wenn wir den U-Bootkrieg in der ursprünglichen Weise fortführen wollten. Die Politik ist die Kunst des Möglichen.

Es war aber schlechterdings unmöglich, die beiden Gegensätze zu vereinigen und gleichzeitig sowohl eine Verständigung mit den Vereinigten Staaten über die „Freiheit der Meere" als auch das Einverständnis Amerikas mit der Fortführung des ursprünglichen U-Bootkriegs zu erreichen. Wir hätten uns damals ein für allemal entweder für die eine Politik entschließen sollen oder für die andere. Ich durfte annehmen, daß die Entscheidung in Berlin für die erstere gefallen war, weil die U-Bootkommandanten in letzter Zeit ihre Operationen durchweg so geleitet hatten, daß Nichtkombattanten vor der Versenkung von Handelsschiffen gerettet werden konnten, und weil ich den Auftrag erhalten hatte, mit Herrn Lansing zu verhandeln.

Kaum hatten die Besprechungen begonnen, als am 19. August der Passagierdampfer „Arabic" versenkt wurde, wobei abermals einige Amerikaner den Tod fanden. Wiederum schien infolge des neuen Erregungssturms der Krieg unvermeidlich.

Am 20. August richtete ich auf einem der üblichen Umwege und deshalb in französischer Sprache nachstehendes Telegramm an das Auswärtige Amt.

„Je crains ne pas pouvoir empêcher rupture cette fois, si notre réponse à propos Arabic n'est pas conciliante; je conseille envoyer instructions a moi de suite pour négocier entière question. Peut-être il sera possible ainsi sauver situation.*"

Gleichzeitig erklärte ich, ohne Instruktionen abzuwarten, amtlich und durch die Presse, daß unserseits den Vereinigten Staaten volle Genugtuung gegeben werden würde, falls der Kommandant der „Arabic" falsch gehandelt haben sollte. Es war mein Hauptzweck, die öffentliche Erregung zu dämpfen, bevor sie allzu stark anschwoll. Dieser Zweck wurde auch erreicht. Der Instinkt, aus dem heraus ich

* Ich fürchte, diesmal Bruch nicht verhindern zu können, wenn unsere Antwort betreffs „Arabic" nicht versöhnlich ist. Ich rate, mir sofort Instruktionen zu schicken zur Verhandlung über die ganze Frage. Vielleicht wird es so möglich sein, Situation zu retten.

diesen eigenmächtigen Initiativschritt vollzog, hat sich später als richtig erwiesen, da, wie ich damals noch nicht wußte, die Instruktion der U-Bootkommandanten nach der „Lusitania“-Katastrophe tatsächlich geändert worden war.

Am 24. August konnte ich auf Grund von Instruktionen aus Berlin an Staatssekretär Lansing folgenden Brief schreiben, der sofort veröffentlicht wurde:

„Ich habe Auftrag meiner Regierung erhalten, Ihnen das Nachstehende mitzuteilen: Bisher ist über die Versenkung der ‚Arabic‘ noch keine Information eingegangen, welche von wirklichem Werte wäre. Die Kaiserliche Regierung vertraut darauf, daß die Regierung der Vereinigten Staaten sich jeden entscheidenden Schrittes enthalten wird, solange sie nur die von einer Seite gekommenen Berichte kennt, die nach Ansicht meiner Regierung in keiner Weise den Tatsachen entsprechen können. Die Kaiserliche Regierung hofft, daß ihr Gelegenheit gegeben werden wird, gehört zu werden. Wenn sie den guten Glauben der Zeugen nicht in Zweifel ziehen will, deren Erklärungen in der europäischen Presse verbreitet werden, so glaubt meine Regierung doch, daß die Erregung berücksichtigt werden muß, in welcher diese Erklärungen abgegeben worden sind, und die leicht einen falschen Eindruck erwecken konnte. Wenn Amerikaner bei der Versenkung das Leben verloren haben sollten, so würde dies selbstverständlich den Absichten meiner Regierung nicht entsprechen, welche mich beauftragt hat, der Regierung der Vereinigten Staaten ihr tiefstes Bedauern und ihre aufrichtigste Teilnahme auszusprechen.“

Glücklicherweise war, wie schon erwähnt, vor der Torpedierung der „Arabic“ eine Weisung an die U-Bootkommandanten ergangen, daß „Liners“ nur nach vorheriger Warnung und nach Rettung der Nichtkombattanten versenkt werden sollten, es sei denn, daß ein Schiff zu fliehen versuche oder Widerstand leiste. Ende August erhielt ich hierüber eine amtliche Mitteilung, die ich bei den

Verhandlungen über die „Lusitania“-Frage vertraulich verwerten sollte. Hier schlich sich schon das erste Mißverständnis in die Verhandlungen ein. Die amerikanische Regierung verstand unter „Liner“ jeden regelmäßig und mit gebundener Fahrtrichtung verkehrenden Dampfer, im Gegensatze zu dem sogenannten „Tramp-steamer“. Die deutschen Marinebehörden dagegen wollten ihre Rücksichtnahme nur auf die großen Dampfer ausdehnen, welche den regelmäßigen Passagierdienst versehen. Diese Differenz der Auffassungen klärte sich erst viel später auf und störte die Verhandlungen zunächst nicht.

Dagegen lag für uns ein großes Mißgeschick darin, daß in Berlin vor dem 31. Januar 1917 niemals eine der beiden oben erwähnten Richtungen vollständig die Oberhand gewann. Die schlechteste Politik — als solche habe ich immer den U-Bootkrieg angesehen, weil ich annahm, daß er seinen Zweck nicht erfüllen und die Vereinigten Staaten in den Krieg hineinziehen würde — ist, wenn sie konsequent durchgeführt wird, immer noch besser als eine zwiespältige Politik. Bei uns wurde dagegen der U-Bootkrieg, obgleich wir auf die Vereinigten Staaten Rücksicht nehmen wollten, doch nur stückweise und widerwillig geopfert. Wenn wir schon nach dem „Lusitania“- oder wenigstens nach dem „Arabic“-Zwischenfalle so reinen Tisch gemacht hätten wie nach der Versenkung der „Sussex“, so würden wir einen ganz andern diplomatischen Vorteil davon gehabt haben. Meiner Ansicht nach gab es damals nur eine mögliche Politik, nämlich sofort die Erklärung abzugeben, daß wir den U-Bootkrieg nach den allgemeinen völkerrechtlichen Bestimmungen des Kreuzerkrieges führen und daß wir für die Versenkung der „Lusitania“ und der „Arabic“ Genugtuung geben würden. Nachdem dies geschehen war, mußten wir aber ständig die amerikanische Regierung an ihre oben erwähnte Äußerung über die „Freiheit der Meere“ erinnern.

Unmittelbar nach der Beilegung des „Arabic“-Zwischenfalls schickte Herr Lansing seine schärfste Note an England.

Der Beweis, daß aus diesem Notenwechsel etwas für uns Günstiges entstehen konnte, wurde nicht erbracht, da immer neue Zwischenfälle unserer Seekriegführung eintraten, die zu Konflikten führten. Es gab ja auch eine andere Möglichkeit, nämlich den U-Bootkrieg zu führen im klaren Bewußtsein, daß er seiner Natur nach Friktionen mit Amerika unvermeidlich machen und alle daraus folgenden Konsequenzen heraufbeschwören würde.

Keiner dieser beiden Wege ist von der deutschen Politik beschritten worden, sondern sie suchte die Quadratur des Kreises, nämlich einen militärisch wirksamen U-Bootkrieg unter Vermeidung des Bruches mit Amerika. Die Weisung, „Liners" nicht ohne weiteres zu torpedieren, war am grünen Tische entstanden und militärisch unbrauchbar, da das U-Boot die befohlene Unterscheidung durch das Periskop gar nicht ausführen konnte. So war der U-Bootkrieg militärisch gelähmt, aber grundsätzlich Amerika gegenüber keine Klärung herbeigeführt. Vermutlich wagte die deutsche Regierung eine endgültige Aufgabe des U-Bootkrieges nicht aus Rücksicht auf die innerdeutsche öffentliche Meinung.

Man könnte einwenden, daß die „Freiheit der Meere" ein unfaßbarer Begriff, eine bloße Phrase oder ein uns hingeworfener Köder wäre. Dem ist aber nicht so. Amerika versteht unter diesem Begriff ganz konkret die Aufhebung des Seebeuterechtes, und ich bin überzeugt, daß nach dem Ausgange des Weltkrieges die Vereinigten Staaten mit England noch die ernstesten Konflikte haben werden, bis sie dieses Ziel erreichen. Das war ja das eigentliche Vergehen Amerikas gegen den Geist der Neutralität, daß es die Verletzung seiner Rechte hinnahm, die England durch die Unterbindung des Verkehrs der Neutralen untereinander beging. Die Herren Wilson und House haben diese Frage des Seebeuterechts oft mit mir besprochen. Es heißt die amerikanische Politik verkennen, wenn man daran zweifelt, daß in diesem Begriffe eines ihrer ernsthaften Ziele sich verkörpert.

Als ich Ende August Herrn Lansing die vertrauliche Mitteilung über die neuen Instruktionen an unsere U-Bootkommandanten machte, war er sehr befriedigt, erklärte aber sofort, daß die „Vertraulichkeit“ jede Wirkung der Mitteilung vernichten würde. Es müsse irgend etwas geschehen, um die öffentliche Meinung zu beruhigen. Ich konnte nicht umhin, dem Staatssekretär in dieser Beziehung recht zu geben. Das Schwergewicht der amerikanischen öffentlichen Meinung sah sich offenbar von Berlin aus anders an wie in Washington. Außerdem wußte ich aus Erfahrung, daß es in Washington keine Geheimnisse gab. In wenigen Tagen würde doch jeder dort die Nachricht von unserem ersten Schritte auf dem Wege der Nachgiebigkeit gehört haben. Ich hielt es daher für richtiger, den vollen diplomatischen Gewinn aus der neuen Situation zu ziehen, und gestattete auf eigene Verantwortung am 1. September die Veröffentlichung meiner Mitteilung. Diese Eigenmächtigkeit trug mir zwar einen Vorwurf aus Berlin ein, aber mein Zweck wurde wenigstens erreicht, indem die Kriegsgefahr für den Augenblick schwand.

Aus diesen Verhandlungen ergab sich der nachstehende Schriftwechsel mit Berlin;

1. Zifferbericht

„Cedarhurst, 30. August 1915.

Ich habe versucht, Euerer Exzellenz auf den uns zur Verfügung stehenden Wegen telegraphische Meldung über die Verhandlungen zu erstatten, welche ich wegen des „Arabic“-Zwischenfalles mit Staatssekretär Lansing führte. Infolge der mir erteilten Weisungen und der von Euerer Exzellenz der Associated Press in Berlin gegebenen Mitteilungen schlug die Stimmung hier völlig um. Die Kriegsfurcht verschwand, die Börse erlebte eine Hausse, und auch die Presse ließ sich von mir bewegen, die Lage in rosigem Lichte zu sehen.

Es wäre also bisher alles gut gegangen und der Abbruch der diplomatischen Beziehungen wieder einmal bis auf weiteres verhindert worden. Indessen liegt jetzt die Sache sehr viel schwieriger als bei dem „Lusitania“-Zwischenfalle. Zwar will die amerikanische Regierung den Frieden; ferner sind jetzt nur zwei Amerikaner umgekommen und der ganze „Arabic“-Zwischenfall erscheint im Vergleich unbedeutend. Die Sache muß aber von einer anderen Seite angesehen werden. Sowohl bei der Regierung als in der öffentlichen Meinung herrscht unter der Oberfläche die Auffassung, die bisher aus politischer Zucht noch wenig öffentlich geäußert wurde, daß wir in der „Lusitania“-Frage die amerikanische Regierung über das Ohr gehauen haben, d. h., daß wir monatelang die Sache dilatorisch behandelten und schließlich, als Präsident Wilson eine sehr scharfe Note schrieb, mit der Versenkung der „Arabic“ antworteten. Ich gewann die Überzeugung, daß der gewiegte Jurist Lansing, der von seiner amerikanischen Praxis her auf alle Kniffe des Gegners vorbereitet ist, glaubt, daß wir den „Arabic“-Zwischenfall wieder genau so behandeln wollen. Er ist daher noch wenig überzeugt, während der Präsident, wie ich höre, optimistischer denkt, weil ihm sein Freund House berichtet hat, daß Herrn Wilsons Politik der „Freiheit der See“ in Berlin Anklang gefunden hat. Die innere politische Lage ist hier nun so, daß der Präsident sich eine dilatorische Behandlung der „Arabic“-Angelegenheit nicht gefallen lassen kann. Wenn diese Frage kein anderes Ende findet, wie bisher hinsichtlich der „Lusitania“ der Fall gewesen ist, so wird Herr Wilson hier alles Ansehen verlieren. Es bleibt ihm dann nur übrig, entweder seine Politik künftig zu begraben oder die diplomatischen Beziehungen mit Deutschland abzubrechen. Niemand, der die amerikanischen Politiker kennt, kann darüber im Zweifel sein, daß er den letzteren Ausweg wählen wird. Eine ähnliche Sachlage mutatis mutandis führte zu dem spanischen Kriege.

Aus obigem ziehe ich folgenden Schluß:

Wenn Euere Exzellenz, wie ich aus den Berliner Meldungen der Associated Press entnehmen muß, den Entschluß gefaßt haben, die ganze Streitfrage mit den Vereinigten Staaten nach meinen gehorsamen Vorschlägen zu erledigen, so rate ich, dies mit möglichster Beschleunigung zu tun, damit hier das Vertrauen hergestellt und der Weg freigemacht wird, gegen England vorzugehen. Es kommt hierbei weniger darauf an, daß wir Entschuldigungen machen und Erklärungen abgeben, sondern daß wir der hiesigen Regierung offen sagen, welche Instruktionen den Kommandanten der Unterseeboote erteilt worden sind. Wenn wir hier mitteilen können, daß nach dem „Lusitania“-Zwischenfalle die Unterseebootkommandanten angewiesen wurden, für die Dauer der Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten Passagierdampfer gar nicht oder nur bedingungsweise anzugreifen, so werden sich alle weiteren schwebenden Fragen leicht erledigen lassen.“

2. Zifferertaß. A. Nr. 129

„Berlin, 10. September 1915.

Daily Telegraph vom 2. September veröffentlicht angeblichen Wortlaut Ew. pp. Briefs an Staatssekretär Lansing, in dem Sie ihm von der an die Unterseebootskommandanten ergangenen Instruktion Mitteilung machen. Die Veröffentlichung enthält als Schluß den Satz: „I have no objection to your making any use you please of the above information.*“

Falls Daily Telegraph Ew. pp. Brief richtig wiedergibt, würde erwähnter Satz in Widerspruch mit Instruktionen stehen, die Ew. pp. lediglich zu vertraulicher Mitteilung an amerikanische Regierung ermächtigen. Durch vorzeitige Veröffentlichung in amerikanischer Presse sind wir hier in unangenehme Lage versetzt worden, um so mehr als eine

* Ich habe nichts einzuwenden gegen irgendeinen Gebrauch, den Sie von obiger Information zu machen belieben.

amtliche Meldung, was Ew. pp. eigentlich Herrn Lansing mitgeteilt hatten, fehlte.

Ew. pp. bitte ich um gefällige Aufklärung.

gez. Jagow.“

3. Zifferbericht

„Cedarhurst, 2. Oktober 1915.

Antwort auf Erlaß A Nr. 129 vom 10. v. Mts.

Euere Exzellenz bitte ich hochgeneigtest entschuldigen zu wollen, falls ich mich in der Unterseebootfrage einer Eigenmächtigkeit schuldig gemacht haben sollte. Die Stimmung war Ende August hier eine solche, daß etwas geschehen mußte, um eine Beruhigung herbeizuführen. Sonst wäre der Bruch unvermeidlich gewesen. Bei der Schwierigkeit der Verbindung mit Berlin wußte ich mir nicht anders zu helfen, wie Herrn Lansing einen Teil meiner „Lusitania“-Instruktionen — der einzigen, welche ich damals in Händen hatte — bekannt zu geben. Übrigens habe ich in einer drahtlosen Depesche Nummer 179 Euerer Exzellenz sofort gemeldet, daß ich dies getan hätte, und in einem vorherigen Telegramm Nummer 635 um die Genehmigung hierzu gebeten. Beide Depeschen sind vielleicht verspätet oder gar nicht in Berlin eingetroffen.

Zu meiner Entschuldigung darf ich noch hinzufügen, daß von einer „Vertraulichkeit“ in europäischem Sinne hierzulande keine Rede sein kann. Die Presse wird immer in das Vertrauen gezogen. Zuweilen gelingt es indes, sich mit der hiesigen Regierung über den Inhalt der Verlautbarung in der Presse zu einigen, und darin liegt der große Vorteil, daß die Verhandlungen jetzt hier geführt werden. Wenn erst alle hiesigen Zeitungen sich gegen eine unserer amtlichen Äußerungen festgelegt haben, ist hinterher auch mit der Regierung nicht viel mehr zu machen.“

Während ich in Washington mit dem Staatssekretär Lansing verhandelte, um eine gleichzeitige Erledigung des

„Lusitania“- und des „Arabic“-Falles zu erreichen, wurde in Berlin dem Botschafter Gerard am 7. September die nachstehende Denkschrift übergeben, welche die Lage wieder verschärfte, weil sie das Verhalten des U-Bootkommandanten zu rechtfertigen schien.

„Am 19. v. M. hatte ein deutsches Unterseeboot etwa sechzig Seemeilen südlich von Kinsale den englischen Dampfer „Dunsley“ angehalten und war im Begriff, die Prise, nachdem die Besatzung das Schiff verlassen hatte, durch Geschützfeuer zu versenken. In diesem Augenblick sah der Kommandant einen größeren Dampfer in gerader Richtung auf sich zukommen. Dieser Dampfer, der — wie sich später herausstellte — mit der „Arabic“ identisch war, wurde als feindlicher erkannt, da er keine Flagge und keine Neutralitätsabzeichen führte. Beim Herannahen änderte er seinen ursprünglichen Kurs, drehte dann aber wieder direkt auf das U-Boot zu; hieraus gewann der Kommandant die Überzeugung, daß der Dampfer die Absicht habe, ihn anzugreifen und zu rammen. Um diesem Angriffe zuvorzukommen, ließ er das Unterseeboot tauchen und schoß einen Torpedo auf den Dampfer ab. Nach dem Schuß überzeugte er sich, daß sich die an Bord befindlichen Personen in fünfzehn Booten retteten.

Nach seinen Instruktionen durfte der Kommandant die „Arabic“ ohne Warnung und ohne Rettung der Menschenleben nur dann angreifen, wenn das Schiff entweder einen Fluchtversuch machte oder Widerstand leistete. Aus den Begleitumständen mußte er aber den Schluß ziehen, daß die „Arabic“ einen gewaltsamen Angriff auf das Unterseeboot plante. Dieser Schluß lag um so näher, als er am 14. v. M., also wenige Tage vorher, in der Irischen See von einem großen, anscheinend der britischen Royal Mail Steam Packet Company gehörigen Passagierdampfer, den er weder angegriffen, noch angehalten hatte, schon aus weiterer Entfernung beschossen worden war.

Daß durch das Vorgehen des Kommandanten Menschenleben verlorengegangen sind, bedauert die deutsche Regierung auf das lebhafteste; insbesondere spricht sie dieses Bedauern der Regierung der Vereinigten Staaten wegen des Todes amerikanischer Bürger aus. Eine Verpflichtung, hierfür Schadenersatz zu leisten, vermag sie indes selbst für den Fall nicht anzuerkennen, daß der Kommandant sich über die Angriffsabsicht der „Arabic“ geirrt haben sollte. Sofern etwa über diesen Punkt zwischen der deutschen und der amerikanischen Regierung eine übereinstimmende Auffassung nicht zu erzielen sein sollte, wäre die deutsche Regierung bereit, die Meinungsverschiedenheit als eine völkerrechtliche Frage gemäß Artikel 38 des Haager Abkommens zur friedlichen Erledigung internationaler Streitfälle dem Haager Schiedsgericht zu unterbreiten; dabei setzt sie als selbstverständlich voraus, daß der Schiedsspruch nicht etwa die Bedeutung haben soll, eine generelle Entscheidung über die völkerrechtliche Zulässigkeit oder Unzulässigkeit des deutschen Unterseebootkrieges zu treffen.“

Über die Situation in Washington schickte ich die folgenden drei Berichte beziehungsweise Telegramme an den Reichskanzler:

1. *Ziffertelegramm*

„Washington, den 14. September 1915.

Lansing gestattete mir, auf diesem Wege zu telegraphieren, ohne daß er das Telegramm sieht, und will Euerer Exzellenz Antwort auf gleichem Wege befördern. Hierdurch bringt hiesige Regierung Ansicht zum Ausdruck, daß ein weiterer Austausch von Noten, die sofort veröffentlicht und in beiden Ländern mißverstanden werden, zu einem Bruche führen müßte. Sie betrachtet den Weg vertraulicher Unterhandlungen mit mir als den einzigen noch möglichen Ausweg, um eine Einigung zu erzielen. Das „Arabic“-Memorandum ist hier teils wirklich nicht verstanden, teils als ein Ausfluß

deutscher mala fides betrachtet worden. Man glaubt hier, daß wir zwar im Prinzip nachgeben, in der Praxis aber stets Ausflüchte machen wollten.

Damit dieses Telegramm nicht zu lang wird und den Engländern zu sehr auffällt, wird Lansing das Zeugenmaterial in der „Arabic“-Frage an Gerard schicken, der es Euerer Exzellenz übermitteln soll. Lansing ist auf Grund dieses Materials fest davon überzeugt, daß der Kommandant des Unterseeboots nicht genötigt und infolgedessen nicht berechtigt war, die „Arabic“ ohne Warnung zu torpedieren. Er hofft, daß das Zeugenmaterial Euere Exzellenz überzeugen wird.

Um eine völlige Einigung zu erzielen, wäre es zunächst nötig, mich zu ermächtigen, hier nochmals kategorisch die Instruktion an die Kommandanten bekannt zu geben, welche eine Wiederholung ähnlicher Vorfälle ausschließt. Wenn wir allerdings dabei bleiben müssen, daß der Kommandant im „Arabic“-Falle seinen Instruktionen entsprochen hat, ist meines Erachtens eine Einigung ausgeschlossen, da das Vertrauen in die Ehrlichkeit unserer Intentionen fehlen wird. Immerhin würde ich dann versuchen, eine schiedsrichterliche Erledigung der widerstreitenden Aussagen zu erreichen. Schließlich müßte die Frage der Indemnität gemäß meinen „Lusitania“-Instruktionen dem Haager Schiedsgericht überwiesen werden.

Ich habe nicht den geringsten Zweifel, daß Abbruch diplomatischer Beziehungen erfolgen wird, wenn eine Einigung nicht erzielt werden kann.

Lansing wird das „Arabic“-Memorandum nicht beantworten und, wie gesagt, den ganzen diplomatischen Verkehr über diese Frage nur noch durch mich leiten. Er betrachtet diesen Weg als ultima ratio auf der Basis, daß Wilson und ich auf die Politik der Freiheit der See verpflichtet seien.

Zum Schluß bemerke ich noch, daß man hier außerordentlich erfreut wäre, wenn es sich schon jetzt machen ließe,

daß wir die Instruktionen an die Kommandanten auf alle Kauffahrteischiffe ausdehnten. Man argumentiert nämlich so, daß letztere doch nur langsam führen und bisher immer gewarnt worden seien. Der Vorteil des Nichtwarnens käme nur bei den schnell fahrenden Passagierdampfern in Betracht, die wir sowieso zu warnen versprochen hätten. Die Frage könne uns also gleichgültig sein, während wir hier einen großen Eindruck machen und die Stellung der Vereinigten Staaten in den Verhandlungen mit England sehr stärken würden. Immerhin kann ich allenfalls auch ohnedem eine Einigung zustande bringen. Der Kernpunkt liegt aber in der Frage der Beurteilung der Handlungsweise des Kommandanten im „Arabic“-Falle, weil diese Frage das Vertrauen in die Zukunft involviert. Übrigens ist ja sowieso kein Zweifel, daß ein neuer „Arabic“-Vorfall ohne weiteres zum Kriege führen würde.“

2. Ziffertelegramm

„Cedarhurst, 22. September 1915.

Da Lage noch immer sehr schwierig, verhandele ich zunächst streng vertraulich durch persönlichen Freund Wilsons. Bitte daher hinsichtlich Schuldfrage im „Arabic“-Fall keine Weisung zu senden, bis Euere Exzellenz wieder von mir hören. Lansing überdies augenblicklich auf Urlaub. Persönlich glaube ich nicht, daß ich hier internationale Untersuchungskommission durchsetzen kann. Nach hiesiger Auffassung liegt der ganze Schwerpunkt der Frage in der Desavouierung des Kommandanten des Unterseeboots. Ich hoffe indessen, daß es nach Prüfung des amerikanischen Materials durch Euere Exzellenz möglich sein wird, eine Form für die Desavouierung zu finden, welche beide Regierungen befriedigt, besonders wenn ich mich mit Wilson einigen kann, ehe Presse Sache bespricht. Bitte daher den dortigen amerikanischen Korrespondenten weiter nichts sagen, als daß amerikanisches Beweismaterial eingehend in Berlin geprüft würde.“

3. Zifferbericht

„Cedarhurst, 28. September 1915.

Die Verhandlung über den Unterseebootkrieg steht noch immer still. Aus der Tatsache indes, daß Lansing ruhig auf Urlaub weilt und Präsident Wilson keine Eile gezeigt hat, sich über die von mir unter der Hand unterbreiteten Vorschläge zu äußern, darf ich wohl mit Berechtigung den Schluß ziehen, daß amerikanischerseits die Situation nicht mehr als kritisch angesehen wird. Auch die Presse hat sich beruhigt, da neuerdings mehrere Fälle von Angriffen deutscher Unterseeboote gemeldet worden sind, bei denen die Kommandanten ganz nach unseren Zusicherungen verführen. Unter diesen Umständen ist es vielleicht möglich, daß Herr Wilson in dem Spezialfall der „Arabic" auf unseren Vorschlag der internationalen Untersuchungskommission eingehen wird. Irgendein Ausweg muß sich jedenfalls finden, um die „Arabic"- und „Lusitania"-Zwischenfälle ganz aus der Welt zu schaffen. Erst dann wird sich zeigen können, ob Präsident Wilson seinen Zusagen entsprechend scharf gegen England vorgehen wird.

Die anglofranzösische Anleihekommission arbeitet mit Unterstützung ihrer Agentin, der Morgan-Gruppe, mit Hochdruck. Europäische Siegesnachrichten der Alliierten werden eifrig kolportiert, um gute Stimmung zu machen. Trotzdem mußte die Kommission nach Chicago reisen, weil der dortige Widerstand ohnedem nicht zu brechen war. Immerhin wird jedenfalls eine Anleihe zustande kommen, weil die Morgan-Gruppe stark genug ist, das Ziel zu erreichen. Ihr Interesse an der Anleihe ist ein enormes, da sie bisher die englischen Einkäufe finanziert hat. Hierbei verdiente sie allerdings sehr viel, aber um diese Verdienste sicherzustellen, will sie naturgemäß die schwebende Schuld konsolidieren und auf das Publikum abwälzen. Die Frage ist nur, inwieweit dies der Morgan-Gruppe gelingen wird. Die Angabe über die

hiesige Verschuldung Englands schwankt. Ein allerdings der Morgan-Gruppe feindlich gesinnter hiesiger Großbankier schätzte den Betrag auf fünfhundert Millionen Dollar; wenn diese Angabe richtig wäre, so würde eine Anleihe von einer halben Milliarde nur den bisherigen Bedarf decken.

Die Morgan-Gruppe hat schon zwei große Konzessionen machen müssen, indem der Erlös der neuen Anleihe nicht für Munitionseinkäufe verwendet werden darf und Rußland von der Anleihe ausgeschlossen worden ist. Durch diese beiden Konzessionen wollte man die Opposition der Deutsch-amerikaner und der Juden brechen. Unsere hiesigen jüdischen Freunde befinden sich in einer schwierigen Lage. Ihre Aktion oder besser gesagt Nichtaktion kann mit den Ausdrücken „Eiertanz“ und „Leisetreterei“ gekennzeichnet werden. Sie wollen nach keiner Richtung anstoßen, haben nicht den Mut ihrer Meinung und möchten doch Geld verdienen. Dies alles scheint begreiflich, wenn man bedenkt, in welcher Zwitterstellung die Herren sich befinden und welch besessener Tanz um das goldene Kalb jetzt hier aufgeführt wird, wo alle europäischen Regierungen als Käufer auf dem amerikanischen Markt auftreten und sämtliche Waren überzahlt werden, damit der Käufer nur ja bekommt, was er braucht. Eine Lehre müssen wir jedenfalls aus dieser Sachlage für die Zukunft ziehen, nämlich daß wir uns nicht auf die hiesigen deutsch-jüdischen Privatbanken verlassen dürfen. Wenn einmal dieser Krieg vorüber ist, müssen unsere Großbanken selbst nach New York herüberkommen und Filialen gründen, wie sie es früher in London getan haben. Nach diesem Kriege wird New York, wenn nicht alle Zeichen trügen, den Geldmarkt beherrschen. Auch wir werden daraus mit tunlichster Beschleunigung die Konsequenzen zu ziehen haben.“

In Berlin wollte man den Bruch mit den Vereinigten Staaten vermeiden, und infolgedessen erteilte mir das Auswärtige Amt die folgende telegraphische Weisung:

„Bei dieser Sachlage besteht kein Zweifel, daß Unterseebootkommandant Rammversuch der „Arabic" angenommen hat und allen Grund hatte, ihn anzunehmen. Anderseits will deutsche Regierung eidliche Aussagen englischer Schiffsoffiziere „Arabic" Glauben nicht versagen und danach zugeben, daß tatsächlich ein Rammversuch nicht vorgelegen hat.

Angriff des Unterseeboots hat somit erteilten Instruktionen zu unserem Bedauern nicht entsprochen; dem Kommandanten ist eine dahingehende Eröffnung gemacht worden. Deutsche Regierung ist behufs endgültiger Beilegung Zwischenfalls aus freundschaftlichem Entgegenkommen, jedoch ohne Anerkennung völkerrechtlicher Verpflichtung, bereit, für Tod amerikanischer Bürger Entschädigung zu gewähren.

Euer Exzellenz sind ermächtigt, amerikanischer Regierung entsprechende Mitteilung zu machen und gegebenenfalls wegen Höhe Schadenersatzes mit ihr unter Vorbehalt diesseitiger Entschließung zu verhandeln. Erwarte zuversichtlich, daß Zwischenfall damit endgültige Erledigung findet, da weitergehende Konzessionen ausgeschlossen erscheinen."

Die amerikanische Regierung bestand in den mündlichen Verhandlungen mit mir unbedingt darauf, daß in der von mir abzugebenden Erklärung eine Wendung enthalten sei, welche die „Mißbilligung" des Vorfalls durch die deutsche Regierung ausdrückte. Es war nun die Frage, ob die obigen Instruktionen mir den Gebrauch einer solchen Wendung gestatteten. Da andernfalls der Bruch unvermeidlich war und eine dilatorische Behandlung nichts nützte, wir vielmehr auf die amerikanischen Schritte in einem angemessenen Zeitraume irgendeine Antwort geben mußten, handelte ich wiederum auf eigene Verantwortung und übergab Herrn Lansing folgende Erklärung:

„Die von Seiner Majestät dem Kaiser den deutschen Unterseebootkommandanten erteilten Befehle, von denen ich Ihnen bei einer früheren Gelegenheit Kenntnis gab, lauten so bestimmt, daß eine Wiederholung ähnlicher Zwischenfälle wie

des „Arabic“-Falles als ausgeschlossen gilt. Nach dem Berichte des Unterseebootkommandanten, der den „Arabic“ versenkte, und seinen eidesstattlichen Aussagen sowie denen seiner Mannschaft war der Kommandant überzeugt, daß der „Arabic“ beabsichtigte, das Unterseeboot zu rammen. Anderseits will die Kaiserliche Regierung den guten Glauben der eidlichen Aussagen der englischen Offiziere des „Arabic“, wonach der „Arabic“ einen Rammversuch nicht beabsichtigte, nicht in Zweifel ziehen. Der Angriff des Unterseeboots hat somit den erteilten Befehlen nicht entsprochen. Die Kaiserliche Regierung billigt diesen Vorgang nicht und bedauert ihn. Dem Kommandanten ist eine dahingehende Eröffnung gemacht worden. Unter diesen Umständen ist meine Regierung bereit, eine Entschädigung für die zu ihrem großen Bedauern auf dem „Arabic“ verlorengegangenen amerikanischen Menschenleben zu zahlen. Ich bin ermächtigt, mit Ihnen in bezug auf die Höhe dieser Entschädigung zu verhandeln.“

Durch obige Erklärung wurde die zweite Krisis überwunden. Die deutschen Marinebehörden waren aber mit meinem Vorgehen nicht einverstanden, weil sie die „Mißbilligung“ nicht hatten zugestehen wollen. Infolgedessen wurde mir ein zweiter Vorwurf zuteil, der mich jedoch nicht schwer drückte. Ich war mir bewußt, durch meine Interpretation der Weisungen des Auswärtigen Amtes den Krieg verhindert zu haben, und sah nunmehr die Bahn frei, um den „Lusitania“-Fall endgültig zu erledigen und an die Lösung der großen Frage der „Freiheit der Meere“ heranzutreten. Die Aussichten standen damals für uns günstig. Die Stimmung in Amerika hatte sich durch die Erledigung der „Arabic“-Frage sehr gebessert. Eine führende amerikanische Zeitung, die „New York Sun“, schrieb damals in einem Leitartikel:

„Der erfolgreiche Ausgang der Verhandlungen mit Deutschland über den U-Bootkrieg kommt allen Nationen insofern zugute, als er einen Beweis bildet für die Möglichkeit der

Diplomatie im Gegensatze zum Kriege. Er stellt einen persönlichen Sieg für zwei Personen dar, Präsident Wilson und Graf Bernstorff. Das, was erreicht worden ist, stärkt die Stellung beider Männer und gibt ihnen die Macht, noch größere Ergebnisse zu erzielen.“

Über die Erledigung des „Arabic“-Falles erstattete ich dem Auswärtigen Amt die folgenden vier Berichte:

1. *Zifferbericht*

„Cedarhurst, 6. Oktober 1915.

Die Euerer Exzellenz telegraphisch gemeldete Einigung in der „Arabic“-Frage hat hier in der öffentlichen Meinung allgemeine Freude hervorgerufen. Nur einige ausgesprochen anglophile Zeitungen, wie z. B. „New York Herald“ und „New York Tribune“, lassen in ihren Äußerungen den Pferdefuß der Enttäuschung darüber erkennen, daß der Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Deutschland vermieden worden ist. Eine so gute Presse, wie heute, haben wir hier seit Ausbruch des Krieges noch niemals gehabt.

Der Historiker wird zu entscheiden haben, ob durch die Einigung in der „Arabic“-Frage ein Krieg mit den Vereinigten Staaten vermieden wurde. Persönlich bin ich, wie Euerer Exzellenz bekannt, der Ansicht, daß wir rettungslos in den Krieg getrieben wären, wenn die Einigung nicht erfolgt wäre. Die Vermeidung des Krieges war meines gehorsamen Erachtens schon ein genügender Grund, um eine Einigung herbeizuführen. Mir hat indes dabei bekanntlich ein weiteres Ziel vorgeschwebt, nämlich, die Regierung der Vereinigten Staaten dafür zu gewinnen, energisch gegen England vorzugehen und ihre Politik der Freiheit der See wirklich durchzuführen. Ich hoffe, daß wir in dieser Beziehung keine Enttäuschung erleben werden, und ich ergreife jedes Mittel, um Herrn Wilson in der angegebenen Richtung festzuhalten. Man mag über den Präsidenten denken, wie man will; man mag ihn für neutral halten oder nicht, jedenfalls kann sein



Verdienst um die Erhaltung des Friedens nicht bestritten werden. Ein republikanischer Präsident hätte dem vereinten deutschfeindlichen Druck von Wall Street, der Presse und der sogenannten Gesellschaft nicht widerstanden.

Wie die Dinge heute liegen, scheint die amerikanische Regierung die „Lusitania“-Angelegenheit ganz fallen lassen zu wollen, wenn wir damit einverstanden sind, die Frage der Indemnität nach dem Kriege dem Haager Schiedsgericht zu unterbreiten. Man glaubt hier nicht, daß es möglich sei, während des Krieges eine schiedsgerichtliche Verhandlung abzuhalten. Obiges erfuhr ich, vorläufig nur andeutungsweise, von einem Freunde des Präsidenten.“

2. Zifferbericht

„Cedarhurst, 15. Oktober 1915.

Ich bedauere lebhaft, daß durch ein Versehen des Staatsdepartements Euere Exzellenz nicht rechtzeitig von der Erledigung der Unterseebootfrage Meldung erhalten haben. Staatssekretär Lansing behielt meinen Brief, welchem das Telegramm beilag, versehentlich in seinem Schreibtisch, wofür er sich nachträglich bei mir entschuldigte. Die Kaiserliche Botschaft trifft in der Angelegenheit keine Schuld.

Eine Einigung in der Unterseebootfrage zu erzielen, war deshalb schwer, weil der Präsident von vornherein diejenigen prinzipiellen Fragen, in welchen wir keine Konzessionen machen konnten, in den Vordergrund gestellt hatte. So sind denn auch drei der wichtigsten prinzipiellen Fragen unerledigt geblieben, worüber indessen der Schleier der Grazien gehüllt worden ist. Nur einige der wildesten proenglischen Zeitungen machen dem Präsidenten Wilson öffentlich einen Vorwurf daraus, daß er mit Ausnahme der Sicherung der Passagierdampfer gar nichts erreicht hätte. Unter vier Augen geben aber alle Amerikaner zu, daß die hiesige Regierung ihren ursprünglichen Standpunkt vollkommen aufgegeben hat.



Die drei oben erwähnten strittigen prinzipiellen Fragen sind die folgenden:

1. die Verantwortlichkeit der Kaiserlichen Regierung für die bei der Torpedierung britischer Schiffe verlorenen amerikanischen Leben;

2. die Verpflichtung, für die so verlorenen amerikanischen Leben Indemnität zu zahlen;

3. die amerikanische Forderung, daß alle Kauffahrteischiffe vor Angriffen durch unsere U-Boote gewarnt werden sollten. Ursprünglich lautete diese Forderung sogar dahin, daß die U-Boote — wie andere Kriegsschiffe — nur das Recht der Durchsuchung haben sollten.

Da die hiesige Regierung wußte, daß wir in den obigen drei Punkten nicht nachgeben konnten, begnügte sie sich damit, daß in dem „Arabic"-Falle eine Ausnahme gemacht wurde. Infolgedessen ist es allerdings fast unmöglich, in der „Lusitania"-Frage zu einer Einigung zu gelangen, da in diesem Falle kein Irrtum des U-Bootkommandanten als Grund für eine Ausnahme vorgeschoben werden kann. Indessen ist anscheinend die hiesige Regierung so froh, aus der Sache herausgekommen zu sein, daß sie vermutlich in der „Lusitania-Frage" gar keine Schwierigkeiten machen wird. Wie ich bereits zu melden die Ehre hatte, dürfte die Frage dilatorisch behandelt und schließlich nach dem Kriege einem Schiedsgerichte übergeben werden. Es wäre daher wünschenswert, daß unsere Presse gar nicht mehr über die deutsch-amerikanische Kontroverse der U-Bootfrage spräche!"

3. *Zifferbericht*

„Cedarhurst, 20. Oktober 1915.

Euere Exzellenz haben auf drahtlosem Wege die Erwartung ausgesprochen, daß ich über die Erledigung der „Arabic"-Frage berichte. Dieser hohe Auftrag dürfte bereits durch meine gehorsamen Meldungen ausgeführt sein, welche sich auf dem Wege befinden, bzw. bereits in Euerer

Exzellenz Händen sein müssen. Ich möchte indessen nicht verfehlen, noch einmal kurz die wichtigsten Seiten der Frage zu beleuchten.

Seit der Versenkung der „Lusitania“ haben wir stets dicht vor dem Abbruche der diplomatischen Beziehungen mit Amerika gestanden. Wie dicht, ist, glaube ich, der deutschen öffentlichen Meinung niemals bewußt geworden. So erscheint es mir wenigstens nach den Äußerungen unserer Presse. Zweimal waren wir dem Bruch so nahe, daß derselbe nur durch ablenkende persönliche Aufopferungen vermieden wurde. Die Herren Dernburg und Dumba gingen als Sündenböcke in die Wüste. Beide hatten Fehler begangen, die unter normalen Verhältnissen übersehen worden wären. Ihre Entfernung gab aber der hiesigen Regierung eine Gelegenheit, den starken Mann zu spielen, ohne die diplomatischen Beziehungen mit uns abzubrechen.

Wie ich immer in meinen Berichten hervorgehoben habe, ist es unmöglich, in der „Lusitania“-Frage zu einer Einigung zu gelangen, welche die Amerikaner befriedigt, da wir weder die Verantwortung der Kaiserlichen Regierung noch die Verpflichtung, Indemnität zu zahlen, anerkennen wollen, und weil wir hinsichtlich der Prinzipien des Unterseebootkrieges anderer Ansicht sind als die amerikanische Regierung.

Durch dilatorische Behandlung und Anwendung aller möglichen Überredungskünste gelang es, die „Lusitania“-Verhandlungen so lange hinzuziehen, bis die akute Mißstimmung beseitigt war. Da ereignete sich der „Arabic“-Vorfall. Das mühsam aufgebaute diplomatische Fachwerk brach völlig zusammen, und die Lage war ernster denn je. Die amerikanische Regierung stellte nun den „Arabic“-Vorfall unbedingt in den Vordergrund, von der Annahme ausgehend, daß dieser Zwischenfall den Barometer der deutschen Politik Amerika gegenüber darstelle. Entweder — so argumentierte man hier — sei dieser Zwischenfall absichtlich hervorgerufen worden, um zu beweisen, daß wir starr an unserer Auffassung

festhielten, oder es liege ein Versehen vor, das auf diplomatischem Wege beigelegt werden könne. Für den letzteren Ausweg wurde die Bahn frei, als Eure Exzellenz der hiesigen Regierung mitteilen ließen, daß sie Genugtuung erhalten würde, wenn es sich erweisen sollte, daß der Kommandant des Unterseeboots gegen seine Instruktion gehandelt habe. Auf dieser Basis verhandelte ich dann weiter. Die Einigung ist daher so zustande gekommen, daß wir hinsichtlich der „Arabic“ einen Ausnahmefall konstruierten, ohne in den prinzipiellen Fragen nachzugeben. Wenn Präsident Wilson an seiner früheren Auffassung festgehalten hätte, so wäre eine Einigung unmöglich gewesen. Er wollte aber aus der Sache herauskommen und streute der amerikanischen öffentlichen Meinung Sand in die Augen. Jetzt hofft er, den „Lusitania“-Zwischenfall ohne Sang und Klang begraben zu können. Er ließ mir durch einen persönlichen Freund sagen, „to let it drift“. Dabei steht der Gedanke im Hintergrunde, daß nach dem Kriege ein Schiedsgericht entscheiden soll, ob wir Indemnität zu zahlen haben oder nicht.

Entscheidend für die Beurteilung der Erledigung des „Arabic“-Falles ist ausschließlich die Frage, ob es sich verlohnt hätte, wegen dieses Zwischenfalles den Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit den Vereinigten Staaten herbeizuführen. Ich bin nach wie vor der Ansicht, daß die letztere Eventualität uns rettungslos in einen neuen Krieg verwickelt hätte.“

4. Zifferbericht

„Washington, 1. November 1915.

In Euerer Exzellenz letzten telegraphischen Weisungen hinsichtlich des Unterseebootkriegs sind zwei Fragen besonders hervorgehoben worden.

Was zunächst die Wilsonsche Politik der „Freiheit der See“ anlangt, so hat diese immer die Basis gebildet für alle hier geführten Verhandlungen über den Unterseebootkrieg.

Unsere Zustimmung zu der genannten Politik ist von mir bei jeder Unterredung mit hiesigen ausschlaggebenden Persönlichkeiten in den Vordergrund gerückt worden. Inwieweit wir mit unserer Zustimmung zu der Wilsonschen Politik in der Öffentlichkeit hervortreten, ist demnach lediglich eine Opportunitätsfrage. Hier befürchtet man nämlich, England werde um so halsstarriger werden, je mehr dort angenommen wird, daß die Freiheit der See eine deutsche Forderung sei. Meines gehorsamen Erachtens dürfte es sich daher empfehlen, zunächst Herrn Wilson in seiner jetzt inaugurierten Kontroverse mit England sich selbst zu überlassen. Dadurch wird sicher nichts versäumt, und wenn sich für uns später eine günstige Gelegenheit zum Eingreifen bietet, so können wir dieselbe immer benutzen.

Von diesem Gedankengange aus werde ich zur zweiten oben erwähnten Frage geführt. Ich habe hier immer betont, daß wir uns völlige Freiheit der Entschließung vorbehielten, falls England kein Entgegenkommen zeigt. Tatsächlich ist diese Freiheit — da die „Arabic“-Frage als Ausnahmefall behandelt wurde — auch nur nach einer Richtung hin beeinträchtigt worden, nämlich insofern, als wir zusagten, Passagierdampfer nicht ohne Warnung usw. zu versenken. Von dieser Zusage werden wir aber niemals zurücktreten können, es sei denn, daß wir einen Krieg mit den Vereinigten Staaten von Amerika herbeiführen wollen. Die nochmalige Versenkung eines Personendampfers mit Amerikanern an Bord würde nämlich, wenn eine solche Versenkung ohne Warnung usw. geschehe und von der Kaiserlichen Regierung gerechtfertigt würde — unausbleiblich zum Kriege führen.“

Je günstiger sich die politische Lage in den Vereinigten Staaten für uns zu gestalten schien, desto mehr strengten sich unsere Gegner an, um den Bruch herbeizuführen. Ihre

Angriffe richteten sich hauptsächlich gegen die Deutsche Botschaft, weil es auf der Hand lag, daß von deren politischer Stellung in Washington die Aufrechterhaltung der diplomatischen Beziehungen mit Deutschland in erster Linie abhing. Seitens der Ententediplomatie wurde jedes erdenkliche Mittel gegen uns angewandt, Lügen, Diebstähle, persönliche Verunglimpfungen, Klatsch usw.

Wie wenig skrupellos unsere Gegner gegen uns verfuhren, beweist der Fall des Marineattachés der Britischen Botschaft, Capt. Guy Gaunt. Nach einem Berichte Dr. Fuehrs ließ der Genannte, der jetzt eine besondere Ehrenstellung am Londoner Hofe bekleiden soll, im Frühjahr 1916 in New York den Laufburschen unseres Pressebureaus Alfred Hoff, der täglich Zeitungsausschnitte zu dem Bureau des Geheimrats Albert zu bringen pflegte, auf der Straße von zwei seiner Agenten anhalten und ihn zum Britischen Generalkonsulat bitten. Dort empfing Capt. Gaunt den Jungen in Person und bot ihm, unter Hinweis auf eine mit Banknoten gefüllte Truhe, reiche Belohnung an, wenn Hoff für ihn „belastende“ Briefe aus dem Schreibtische Dr. Fuehrs entwenden würde. Hoff ging zum Schein auf das Angebot ein, berichtete aber sofort seinem Arbeitgeber darüber. Bei einem weiteren Besuche versprach Cap. Gaunt dem Jungen Geld für jedes Dokument des Pressebureaus und außerdem ein Motorfahrrad für die Briefe, die er im kommenden Sommer vom Pressebureau zum Sommerquartier der Deutschen Botschaft in Cedarhurst L. I. zu bringen haben würde. Er machte ihn mit einem seiner Agenten bekannt, dem von Hoff darauf mehrfach verschlossene und frankierte Briefe Dr. Fuehrs sowie einige für den Zweck besonders angefertigte Dokumente gegen reiche Bezahlung eingehändigt wurden. Der unsauberen durch Detektive genau beobachteten Geschichte wurde dadurch ein Ende gemacht, daß Dr. Fuehr sie in einem ausführlichen Artikel in den Hearst-Blättern enthüllte. Gleichzeitig brachte er die Sache bei der Staatsanwaltschaft zur

Anzeige, die indessen nur in dem Falle einschreiten zu wollen erklärte, daß die Sache noch weiter in der Presse erörtert würde — eine Auffassung von Strafrechtspflege, für die Dr. Fuehr kein Verständnis hatte.

In den damaligen Kämpfen habe ich jede Achtung vor der angeblich so hohen Moral der Entente verloren. Ich erwartete daher von ihr für den Fall, daß wir unterliegen sollten, nie etwas Besseres als einen Frieden von Versailles — einen Frieden, der alle vorher verkündeten edlen Prinzipien ad absurdum führen würde. Um so mehr mußten wir in Washington alle Nerven anspannen, um eine Niederlage Deutschlands zu verhindern. Leider störte uns damals die vorerwähnte Tätigkeit der aus der Heimat gekommenen Agenten auf das Empfindlichste. Sie lieferte unseren Feinden die gewünschten Waffen gegen uns, ohne irgendeinen positiven Erfolg zu erzielen. Die englische Geheimpolizei, welche sämtliche Detektivbureaus der Vereinigten Staaten im Solde hatte, war uns allen täglich auf den Fersen, um eine Verbindung zwischen den vereinzelten Sabotagefällen und der Deutschen Botschaft nachzuweisen. Alle diese unterirdischen Minen und Gegenminen waren gänzlich überflüssige Bemühungen, da schließlich doch nur die politische Entscheidung, ob der U-Bootkrieg geführt oder nicht geführt werden sollte, den Ausschlag gab.

Anfang August gelang es einem Agenten, dem Geheimrat Albert auf der New Yorker Hochbahn eine Aktenmappe zu stehlen, deren Inhalt vom 15. August ab mehrere Tage hindurch in der Zeitung „World“ veröffentlicht wurde. Wir haben bisher angenommen, daß ein Agent der Entente den Raub begangen habe. Nun hat aber seitdem, am 13. Juli 1919, Senator Frelinghusen vor dem Untersuchungsausschusse des Senats ausgesagt, daß ein amerikanischer Geheimpolizist, Frank P. Burke, der Täter gewesen sei. Es wäre allerdings sonderbar, wenn tatsächlich ein amerikanischer Agent ein Mitglied des diplomatischen Korps bestohlen und den Raub

in der Presse verwertet hätte. Vermutlich liegt die Sache so, daß Burke von der Entente bezahlt war. Die Untersuchung des Senatskomitees hat eine derartige Fülle von Bestechungen und Diebstählen aufgedeckt, die seitens der Ententeagenten verübt wurden, um die Deutsche Botschaft zu kompromittieren und unmöglich zu machen, daß mich in dieser Hinsicht nichts wundern würde. Das Ergebnis des Raubes war ein Sturm im Glase Wasser. Die entwendeten Papiere brachten keinen Beweis für irgendeine ungesetzliche oder unehrenhafte Handlung, was schon daraus hervorgeht, daß die amerikanische Regierung nicht die Heimkehr Herrn Alberts verlangte, wie sie es später hinsichtlich anderer Herren tat. Die Presse machte viel Aufhebens von dem Inhalte der Mappe, aber im übrigen verlief diese Ententeaktion im Sande.

Erfolgreicher für die Ententeagenten verlief ihr nächster Angriff, welchem der österreichisch-ungarische Botschafter zum Opfer fiel. Herr Dumba hatte mir schon im Winter 1914/15 den amerikanischen Kriegskorrespondenten James Archibald, der an der österreichisch-ungarischen Front gewesen war, als deutschfreundlich empfohlen. Darauf empfahl auch ich diesen Herrn weiter nach Berlin, wo ihm mancherlei Vergünstigung zuteil wurde. Im Sommer 1915 kam Archibald wieder nach Amerika, um über seine Erlebnisse Vorträge zu halten. Da er gegen den Ententestrom schwamm, konnten diese Vorträge keinen finanziellen Ertrag bringen, und wir bezahlten daher Archibalds Reisespesen. Anfang September 1915 reiste er wieder nach Europa und speiste am Vorabend seiner Abfahrt mit Herrn Dumba bei mir auf dem Dachgarten des Ritz-Carlton-Hotels in New York. Trotzdem hierdurch der persönliche Zusammenhang Archibalds mit uns öffentlich anerkannt war, gab der österreichisch-ungarische Botschafter Herrn Archibald im Vertrauen auf dessen Persönlichkeit und amerikanische Staatsangehörigkeit politische Berichte nach Wien mit, die nicht einmal chiffriert waren. Archibald

hatte auch mir angeboten, Papiere für mich nach Berlin mitzunehmen. Ich lehnte aber dieses Anerbieten dankend ab, weil ich die Gefahr ahnte, und ich würde auch Herrn Dumba gewarnt haben, wenn ich gewußt hätte, daß er Archibald Depeschen anvertrauen wollte. Die Engländer ergriffen letzteren in Kirkwall und nahmen ihm alle Papiere ab.

Ich habe seitdem Archibald nie wiedergesehen, weil ich den Verdacht nicht loswerden konnte, daß es in diesem Falle nicht mit rechten Dingen zugegangen sei. Bei der Festnahme Archibalds hatten die Engländer sicher die Absicht, mich zu kompromittieren. Ich kann nicht beweisen, daß Archibald zu diesem Zwecke bestochen worden war; mein Verdacht erscheint indessen nicht unberechtigt, weil Archibald jedenfalls in der Lage gewesen wäre, die Papiere rechtzeitig zu vernichten, wenn er gewollt hätte. Unter den sofort von den Engländern veröffentlichten Depeschen des österreichisch-ungarischen Botschafters fand sich ein Bericht, in welchem er seiner Regierung ein Memorandum des ungarischen Journalisten Warm einreichte. In dieser Aufzeichnung empfahl Warm eine Propaganda unter den ungarischen Arbeitern der Waffen- und Munitionsfabriken, um Streiks herbeizuführen. Zu diesem Zwecke erbat Warm Geld. Für uns war der Zusatz in Herrn Dumbas Bericht besonders mißlich, daß der Botschafter das Memorandum dem Hauptmann von Papen gezeigt hätte, welcher es als sehr bedeutungsvoll bezeichnet haben sollte. Dadurch war auch der deutsche Militärattaché stark kompromittiert. Im übrigen enthielten die beschlagnahmten Briefe einige erheiternde Indiskretionen. So bezeichnete z. B. Herr Dumba in einem Berichte den Präsidenten Wilson als „eigensinnig", und Herr von Papen sprach in einem Briefe an seine Gemahlin von den „blödsinnigen Yankees".

Wie ich früher erwähnte, war die Stellung des österreichisch-ungarischen Botschafters bereits durch die Dumba-Bryan-Episode erschüttert. Seine Verteidigung, daß er nur ein

Memorandum eines ungarischen Journalisten eingereicht hätte, ohne sich damit zu identifizieren, fand daher bei der amerikanischen Regierung keine geneigten Ohren. Nach wenigen Tagen wurden Herrn Dumba seine Pässe zugestellt. Gleichzeitig bewilligte ihm die Entente freies Geleit.

Vor seiner Abreise von New York spielten sich dort ähnliche Szenen ab wie nach der Versenkung der „Lusitania“. Das Hotel St. Regis, in welchem der österreichisch-ungarische Botschafter wohnte, war Tag und Nacht von unzähligen Reportern umstellt. Als ich ihn dort zum Abschiede besuchte, mußte ich einen hinteren Eingang des Hotels benutzen, um der Menge und lästigen Fragern auszuweichen. Herr Dumba selbst wurde auf Schritt und Tritt von Reportern verfolgt, die ihm unter anderem oft stundenlang in Automobilen nachfuhren.

Inzwischen war der im fünften Kapitel erwähnte Rinteln in England gefangengenommen worden. Ferner hatte der Fall Fay zu unliebsamen Erörterungen in der Öffentlichkeit geführt, und endlich wurde der Prozeß gegen die Hamburg-Amerika-Linie angestrengt wegen der Belieferung unseres Kreuzergeschwaders mit Kohlen und Lebensmitteln. Bei allen diesen verschiedenen Angelegenheiten konnten die Ententeagenten eine direkte Verbindung der angeschuldigten Personen mit dem Militär- und dem Marineattaché der Deutschen Botschaft nachweisen. Inwieweit die Herren aktiv beteiligt waren, habe ich damals nicht gewußt und weiß ich auch heute nicht. Darüber können sie nur selbst Auskunft geben. Mir gegenüber haben beide Herren stets geleugnet, sich irgendwie gegen die amerikanischen Gesetze vergangen zu haben. Als Tatsache vermag ich lediglich anzuerkennen, daß sie durch Beziehungen zu den inkriminierten Persönlichkeiten kompromittiert waren. Ich wüßte nicht, daß in glaubwürdiger Form mehr nachgewiesen worden wäre. Herr von Papen galt schon seit dem Dumba-Archibald-Vorfall als kompromittiert.

Beide Herren, namentlich Kapitän Boy-Ed, wurden fortwährend in der deutschfeindlichen Presse angegriffen und für jeden Brand sowie jeden Streik, der in einer Fabrik vorkam, verantwortlich gemacht. „New York Herald" und das „Providence Journal" taten sich in dieser Richtung besonders hervor. Gleichzeitig setzte eine starke Hetze gegen die Deutschamerikaner ein, welche mehr oder weniger in ihrer Gesamtheit als illoyale Bürger der Vereinigten Staaten bezeichnet wurden. Alle diese verschiedenen Vorfälle, Verdächtigungen, angebliche Verschwörungen usw. lieferten der Ententepropaganda ausgezeichnetes Material, welches sie vortrefflich ausnutzte. Der Zusammentritt des Kongresses stand vor der Tür. Es war daher zu erwarten, daß die Regierung Schritte tun würde, um ihre Autorität zu befestigen.

Staatssekretär Lansing bat mich am 1. Dezember, ihn zu besuchen, und teilte mir mit, daß die amerikanische Regierung die Abberufung der Herren von Papen und Boy-Ed verlange, weil die beiden Attachés nicht mehr „personae gratae" seien.

Ich fragte nach den Gründen dieser Forderung, doch verweigerte Herr Lansing hierauf die Antwort mit der Motivierung, daß jede Regierung das Recht habe, ein Mitglied des diplomatischen Korps als „persona ingrata" zu bezeichnen. Erst bei späteren Unterredungen mit dem Staatssekretär erfuhr ich wenigstens so viel, daß Kapitän Boy-Ed angeblich mit dem mexikanischen General Huerta konspiriert haben sollte. Diese Anschuldigung war nachweislich unwahr, denn Boy-Ed kannte den mexikanischen Expräsidenten überhaupt nicht. Allerdings soll Rinteln mit Huerta zusammengekommen sein, und es war erwiesen, daß Rinteln von Boy-Ed die bereits erwähnte halbe Million Mark erhalten hatte.

Das erste Radiogramm, welches ich — des Chiffers wegen in englischer Sprache — in dieser Angelegenheit nach Berlin richtete, lautete wie folgt:

Übersetzung

Zifferradiogramm

„Washington, 4. Dezember 1915.

In einer offiziellen Note verlangt heute amerikanische Regierung, indem sie auf frühere mündliche Unterredung Bezug nimmt, sofortige Abberufung des Militär- und des Marineattachés, da verschiedene Tatsachen und Umstände zur Kenntnis der Regierung gekommen sind, bezüglich der Verbindung der Attachés mit ungesetzlichen und fragwürdigen Handlungen gewisser Persönlichkeiten innerhalb der Vereinigten Staaten. Regierung bedauert tief, daß dieses Verlangen notwendig geworden ist, und glaubt, daß die kaiserliche Regierung verstehen wird, daß die amerikanische Regierung unter keinen Umständen irgendeinen anderen Ausweg sieht, der mit den Interessen der beiden Regierungen und ihren Beziehungen zueinander verträglich wäre."

Außerdem telegraphierte ich meiner Regierung am 5. September:

„Erklärungen von Boy-Ed und Papen folgen hier, die an Militär- und Marinebehörden weiterzugeben bitte."

„Staatsdepartement verlangt meine Abberufung. Als Gründe werden dem Botschafter angegeben: Fall Stegler und mein angeblich zweimaliges Zusammentreffen mit Huerta. Stegler-Fall passierte schon März. Stegler erwies sich auch in seiner Paßangelegenheit als lügnerisch. Hatte mit seinen Transaktionen nichts zu tun, der geringste Beweis des Gegenteils liegt nicht vor. Ich verweise auf meinen Bericht Nr. 4605 vom 20. März und andere. Ich habe niemals in meinem Leben einziges Wort mit Huerta gesprochen und mich niemals in irgendeiner Weise in mexikanische Angelegenheiten gemischt oder meines Wissens irgendwann gegen die Interessen oder Gesetze der Vereinigten Staaten gehandelt. Betrachtungen und viele phantastische Zeitungsgeschichten über mich Ergebnis englischen Einflusses und Geldes. Muß

deshalb verlangen, meine Abberufung als ungerechtfertigt anzusehen.

Boy-Ed"

„Da meinerseits keine Gesetzesverletzung vorliegt, Verlangen der Abberufung ungerechtfertigt. Bei Wichtigkeit militärischer Interessen unserer Feinde in diesem Lande müssen wir auf gleicher wirksamer Vertretung der Zentralmächte bestehen, solange Amerika offiziell neutral. Deshalb sollte darauf bestanden werden, daß amerikanische Regierung freies Geleit für Nachfolger sichert.

Papen"

Infolge des bevorstehenden Zusammentrittes des Kongresses veröffentlichte die amerikanische Regierung schon am 5. Dezember eine Mitteilung darüber, daß sie die Abberufung der Attachés verlangt habe. Dies wurde in Berlin übel vermerkt, ebenso wie die Tatsache, daß die amerikanische Regierung ihr Vorgehen so wenig motiviert hatte. Ich wandte mich daher nochmals an Herrn Lansing und erhielt dann am 8. Dezember von ihm den nachstehenden Brief.

Übersetzung

„Wie ich Ihnen mitteilte, ist das Verlangen auf Abberufung der beiden Attachés Ihrer Botschaft erst gestellt worden nach sorgfältiger Prüfung zahlreicher Tatsachen und Umstände, welche diese Regierung überzeugten, daß die zwei Offiziere nicht mehr als „personae gratae" bei dieser Regierung betrachtet werden könnten, und daß daher ihr weiterer Aufenthalt in den Vereinigten Staaten mit diplomatischen Vorrechten nicht genehm wäre. Nachdem diese Regierung nur nach reiflicher Überlegung zu solcher Überzeugung gelangt war, glaubte sie, daß die Ankündigung der Tatsache, daß die Kapitäne Boy-Ed und von Papen hier nicht mehr genehm seien, und daß ihre Abberufung erwünscht wäre, genügen würde, damit die kaiserliche Regierung sie

sofort abberiefe ohne Aufenthalt und Rückfrage. Da diese Regierung von einer solchen Überzeugung über die Haltung, welche die kaiserliche Regierung einnehmen würde, ausging — und eine solche Haltung wäre in Übereinstimmung mit dem Völkerrechte, wenn Verlangen dieser Art gestellt werden —, sah diese Regierung keinen Grund, ihr Vorgehen geheimzuhalten. Sie bedauert, daß die kaiserliche Regierung glaubt, daß diese Regierung durch die Veröffentlichung ihres Vorgehens Unhöflichkeit gegen Ihre Regierung an den Tag gelegt habe. Da sie der Ansicht ist, daß ihr Vorgehen keine Unhöflichkeit war, kann nicht erwartet werden, daß sie Bedauern darüber ausspricht, in dieser Weise vorgegangen zu sein.

Diese Regierung ist überrascht, daß die kaiserliche Regierung nicht sofort auf die Bitte auf Abberufung der beiden Attachés eingegangen ist, da diese Regierung erklärt hat, daß sie nicht mehr personae gratae seien. Ich bin überzeugt, daß Sie einsehen werden, daß, welches auch immer die Gründe für das Verlangen waren, diese Regierung und nicht die kaiserliche Regierung darüber zu entscheiden hat, ob die Gründe für die mangelnde Genehmheit von Mitgliedern einer deutschen diplomatischen Mission genügten, um zu dem Schlusse zu kommen, ein solches Verlangen zu stellen — sei es, daß die Gründe für das Verlangen dieser Regierung juristische sind oder auf Voraussetzung oder auf Verdacht unerwünschter Handlungen beruhen. Jedenfalls bleibt die Tatsache bestehen, daß die Herren Boy-Ed und von Papen dieser Regierung nicht mehr genehm sind.

Wie ich Ihnen schon mündlich und in meinem Briefe vom 4. dieses Monats mitteilte, sind die Beziehungen der beiden Attachés zu Personen bekannt, die an ungesetzlichen und fragwürdigen Handlungen beteiligt waren. Ich erwähne: von Wedell, Rintelen, Stegler, Ruröde, Archibald, Fay und Marcus Braun als die Namen von einigen Personen, welche sich gegen unsere Gesetze vergangen haben. Ich könnte

auch andere Männer nennen und Tatsachen aus ihrer Tätigkeit anführen, aber diese sind gegenwärtig Gegenstand amtlicher Untersuchung, und daher könnte ich dadurch die Überführung derjenigen verhindern, welche unsere Gesetze verletzt haben und noch verletzen.

Obgleich ich bereits gesagt habe, daß diese Regierung nichts weiter zu tun braucht, als den Wunsch nach Abberufung der Herren Boy-Ed und von Papen auszusprechen, da sie nicht mehr personae gratae sind, so wollte ich doch nicht davon absehen, obige Erklärung abzugeben, damit Ihre Regierung in der Lage ist, über die Handlungsweise ihrer Attachés eine Untersuchung einzuleiten, falls sie dies wünschen sollte. Wenn ich ausführlicher auf diese Dinge einginge, könnte dies die Untersuchungen stören, welche jetzt von dieser Regierung vorgenommen werden. Es könnte wertvolle Informationsquellen verstopfen und so den Lauf der Gerechtigkeit behindern, während es anderseits neue Verdachtsgründe hervorrufen könnte, welche die freundlichen Beziehungen der beiden Länder eher zu stören als zu verbessern geeignet wären. Ich brauche Euerer Exzellenz nicht zu sagen, daß es der aufrichtige Wunsch dieser Regierung ist, Schwierigkeiten dieser Art zu vermeiden, wenn sie dies mit ihrer Würde und ihrer Pflicht vereinbaren kann.“

Außer einer Mitteilung über obigen Brief telegraphierte ich am 8. Dezember auch folgendes nach Berlin:

Ziffertelegramm

„Überzeugt, daß Rintelen Hauptursache Abberufung Attachés. Sofortige kategorische Desavouierung unbedingt notwendig. Einzig mögliche Verbindung mit uns sind fünfhunderttausend Dollar, die von Marineattaché erhalten und für auszuführende Waren verlangt hat.“

Darauf erhielt ich das nachstehende Radiogramm in englischer Sprache:

Übersetzung

Zifferradiogramm

„Sie sind ermächtigt, Rintelen zu verleugnen, der niemals Auftrag gehabt hat, irgend etwas zu tun, was gegen die amerikanischen Gesetze verstieße.

Jagow“

Die eigenartige Stellung der Marine- und Militärattachés an den Botschaften hat schon in Friedenszeiten oft den Diplomaten Schwierigkeiten bereitet. Wiederholt ist es bei uns und in anderen Ländern vorgekommen, daß Militär- oder Marineattachés wegen Spionage abberufen werden mußten. Die diplomatische Stellung des Missionschefs wurde hierdurch im allgemeinen nicht berührt. In der Zeit der Kriegspsychose und der Hochspannung aller Nerven mußte mir aber daran liegen, die Frage ganz klarzustellen, ob ich selbst durch die Forderung der Abberufung der Attachés kompromittiert sei. Ich stellte daher an Herrn Lansing eine direkte diesbezügliche Anfrage und fügte hinzu, daß ich sofort meiner Regierung ein Abschiedsgesuch einreichen würde, wenn das „semper aliquid haeret“ in diesem Falle von mir gelte. Der Staatssekretär erwiderte mit großer Bestimmtheit, daß ich durchaus nicht involviert sei, und daß ich nur ja nicht meinen Posten verlassen solle, da ich die schwebenden wichtigen Verhandlungen zu führen hätte und die amerikanische Regierung volles Vertrauen zu mir habe. Unter diesen Umständen sah ich keinen Anlaß, aus der erzwungenen Abberufung der Attachés irgendwelche Konsequenzen zu ziehen, um so weniger, als Herr House einige Tage später die Antwort Herrn Lansings mit noch stärkerem Nachdrucke wiederholte. Er sagte mir wörtlich:

„Sie dürfen niemals daran denken, vor dem Frieden heimzukehren, Sie sind das einzige Band, welches uns noch mit Deutschland verbindet. Wenn dieses Band risse, wäre der Krieg unvermeidlich.“

Beide Attachés reisten unter freiem Geleit der Entente Ende Dezember 1915 nach Deutschland ab. Ihre Bureaus in New York wurden von ihren Vertretern übernommen, aber nur zu dem Zweck, alle schwebenden Angelegenheiten zu liquidieren.

Mit dem Beginn des Jahres 1916 gab es in den Vereinigten Staaten keinerlei deutsche Organisation mehr, welche den Namen „Propaganda“ verdient hätte. Es ist auch keine Tätigkeit mehr entfaltet worden, die uns irgendwie kompromittieren konnte. Die politische Situation war so klar geworden, daß wir keiner Propaganda bedurften. Für uns arbeitete die pazifistische Strömung in den Vereinigten Staaten. Die Frage war nur, ob wir mit dieser Richtung zusammengehen oder ob wir auf dem U-Bootkrieg bestehen wollten, welcher uns unfehlbar den Krieg bringen mußte.

Präsident Wilson eröffnete den Kongreß am 7. Dezember 1915 mit einer Botschaft, in welcher er das neue Programm der nationalen Verteidigung darlegte. „Preparedness“ war in den Vereinigten Staaten das Schlagwort des Tages geworden. Die Botschaft verlangte eine Verstärkung von Heer und Marine und fügte hinzu:

„Die sehr dringliche Handels- und Schiffahrtsfrage ist mit dem Problem der nationalen Erhaltung verknüpft. Aus vielen schwerwiegenden Gründen nationaler Leistungsfähigkeit und Entwicklung brauchen wir eine große Handelsflotte. Es ist hohe Zeit, unsere Fehler wieder gutzumachen und die Unabhängigkeit unseres Handels zur See wiederherzustellen.“

In dieser Botschaft kündigte sich der zweite wichtige Punkt des Programms an, mit welchem Herr Wilson in den Präsidentschaftswahlkampf einzutreten gedachte. „Peace and Preparedness“ sollte der Schlachtruf der demokratischen Partei werden. Der mexikanische Konflikt des Jahres 1913/14 hatte deutlich bewiesen, daß die Streitkräfte der Vereinigten Staaten nicht einmal einer kleinen militärischen

Aufgabe gewachsen waren. Die amerikanische Regierung hatte damals Mexiko gegenüber ihren Willen nicht durchsetzen können, weil die Machtmittel fehlten. Jetzt lieferte der europäische Krieg, welcher alle Gemüter bewegte, eine günstige Gelegenheit, um die pazifistische Abneigung der Amerikaner gegen Kriegsrüstungen zu überwinden. Früher sang man in den Vereinigten Staaten mit Vorliebe das Lied „I did not raise my boy to be a soldier.“ Jetzt ließ sich durch die Ereignisse des Tages beweisen, daß nur die Staaten mit starken Machtmitteln eine selbständige Politik treiben konnten. Auch die unbedingte Notwendigkeit einer eigenen Handelsflotte ging aus den täglichen Geschehnissen hervor. Bisher hatten die Amerikaner für ihre Waren immer billigere fremde Transportgelegenheiten gefunden, als sie sich selbst in Anbetracht der Lohnverhältnisse der Vereinigten Staaten hätten schaffen können. Jetzt fehlte es überall an Handelsschiffen, und die amerikanischen Waren stauten sich turmhoch aufgehäuft in den Lagerhäusern des Hafens von New York. Wenn die Administration nicht die gute Gelegenheit des Krieges benutzte, um den Kongreß zu überzeugen, eine Armee, eine Flotte und eine Handelsmarine zu schaffen, so war anzunehmen, daß dieses Ziel nie erreicht werden würde.

Die Botschaft des Präsidenten beschäftigte sich auch mit den „Verschwörungen“, ohne jedoch die angebliche Beteiligung der deutschen Attachés zu erwähnen. Mit einem scharfen öffentlichen Tadel Herrn Wilsons an die Adresse der Deutschamerikaner und mit meiner an die Reichsdeutschen in den Vereinigten Staaten gerichteten amtlichen Aufforderung, die Gesetze des Landes streng zu beachten, schloß die Periode der sogenannten „Verschwörungen“. Was noch folgte, waren nur Nachwehen, die sich in langwierigen Prozessen äußerten. Ich wüßte nicht, daß seit dem Beginne des Jahres 1916 noch irgendein als „Verschwörung“ bezeichnetes Ereignis eingetreten wäre, aber die Prozesse und die Ententepropaganda hielten das Interesse an diesen Dingen wach, so

daß es später der amerikanischen Kriegspropaganda leicht wurde, die alten Sachen wieder hervorzuholen, die ohne den Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg vergessen worden wären. Die betreffende Stelle der Botschaft des Präsidenten lautete wie folgt:

„Wir leben im Frieden mit allen Staaten der Welt, und es besteht Grund zu der Hoffnung, daß keine Streitfrage zu einem ernsten Bruch in den freundschaftlichen Beziehungen zwischen uns und anderen Regierungen führen wird, so schwer auch manche Meinungsverschiedenheiten in Haltung und Politik gewesen sind und sich noch in Zukunft erweisen mögen. Ich bedaure, sagen zu müssen, daß die schwersten Drohungen gegen unseren nationalen Frieden und unsere nationale Sicherheit innerhalb unserer eigenen Grenzen ausgestoßen worden sind. Ich schäme mich, zugeben zu müssen, daß es Bürger der Vereinigten Staaten gibt, die unter anderen Flaggen geboren, aber unter unseren weitherzigen Einbürgerungsgesetzen mit dem vollen Genuß der Freiheit und der Entwicklungsmöglichkeiten Amerikas ausgestattet worden sind, und die das Gift des Landesverrats in die Adern unseres nationalen Lebens eingeflößt haben; die das Ansehen und den guten Namen unserer Regierung der Verachtung preisgeben und unsere Industrien, wo immer sie es für ihre verräterischen Zwecke für gut halten, zerstören und unsere Politik fremden Ränken dienstbar machen wollen. Ihre Zahl ist nicht groß im Vergleich zu der Gesamtheit kraftvoller Scharen, um die unsere Nation in den letzten Generationen aus starkem fremden Stamm bereichert worden ist. Aber sie war groß genug, um tiefe Schmach über uns zu bringen und uns zur Anwendung gesetzlicher Maßnahmen zu nötigen, die uns von ihren verderbten Bestrebungen befreien sollen.

Das Häßliche und Unglaubliche ist geschehen, und wir sind ohne entsprechende Bundesgesetze, um ihm zu begegnen. Ich bitte Sie dringend, derartige Gesetze so schnell wie überhaupt möglich zu erlassen. Sie werden damit die Ehre und

Selbstachtung der Nation retten. Solche Kreaturen des Hasses, der Verräterei und der Anarchie müssen ausgetilgt werden. Es sind nicht viele, aber sie sind ungeheuer gefährlich, und die Hand unserer Macht muß sich sofort über ihnen schließen. Sie haben Komplotte angestiftet, um Eigentum zu zerstören, Verschwörungen gegen die Neutralität der Regierung angezettelt und versucht, in die vertraulichen Angelegenheiten der Regierung Einblick zu gewinnen, um Interessen zu dienen, die nichts mit unseren eigenen zu tun haben. Diesen Dingen kann sehr wirkungsvoll begegnet werden. Ich brauche nicht zu sagen, wie das geschehen kann.“

Die Botschaft wahrte insofern die Unparteilichkeit, als sie nicht nur die Deutschamerikaner tadelte, sondern auch mit den folgenden Worten fortfuhr, welche sich nur auf die vielen in London und Paris lebenden amerikanischen Gegner der Wilsonschen Friedens- und Neutralitätspolitik beziehen konnten:

„Ich wünschte, man könnte sagen, daß nur wenige Männer aus einem falschen Gefühl der Treue zu den Staaten, unter denen sie geboren sind, schuldig sind, die Selbstbeherrschung des Landes gestört und seine Stimmung und seine Grundsätze in den Tagen furchtbaren Krieges falsch dargestellt zu haben, wo jeder wahre Amerikaner unwillkürlich seine Pflicht und Stolz darin erblicken muß, die Schalen des Urteils in gleicher Höhe zu halten und sich als Parteigänger keiner Nation außer seiner eigenen zu zeigen. Aber leider kann man das nicht sagen. Es gibt unter uns Leute, und zwar nicht wenige, die im Auslande wohnen, die, obgleich sie in den Vereinigten Staaten geboren und erzogen sind und sich Amerikaner nennen, sich und ihre Ehre als Bürger so sehr vergessen haben, daß sie ihr leidenschaftliches Gefühl für die eine oder die andere Partei in dem großen europäischen Konflikt über ihre Sorge für den Frieden und die Würde der Vereinigten Staaten gestellt haben. Sie predigen und üben Landesverrat. Zwar vermag kein Gesetz die Verderbnis des Sinnes und des

Herzens zu erreichen, aber ich darf nicht von anderen reden, ohne auch von diesen zu sprechen und die fast noch tiefere Demütigung und Verachtung zum Ausdruck zu bringen, die jeder beherrschte und wahrhaft vaterlandliebende Amerikaner empfinden muß, wenn er an sie denkt und an den schlechten Ruf, in den sie uns täglich bringen."

Um die Jahreswende 1915/16 wäre es beinahe zu dem Abbruche der diplomatischen Beziehungen zwischen der amerikanischen und der österreichisch-ungarischen Regierung gekommen. Der italienische Passagierdampfer „Ancona" wurde am 7. November von einem österreichisch-ungarischen U-Boot im Mittelländischen Meere versenkt, bevor alle Passagiere Gelegenheit gehabt hatten, sich zu retten. Viele Personen, darunter auch einige amerikanische Bürger, verloren das Leben. Daraufhin sandte die Washingtoner Regierung nach Wien eine Note, die an Schroffheit der Form alle bisherigen amerikanischen Erklärungen bei weitem übertraf. Darin wurde verlangt, daß der Vorfall als ungesetzlich und unentschuldbar anerkannt, daß Entschädigung gezahlt und daß der Kommandant des U-Boots bestraft werde wegen seiner Handlung, die von der Welt als unmenschlich und barbarisch gebrandmarkt worden wäre und bei allen zivilisierten Nationen Abscheu erregt hätte.

Der österreichisch-ungarische Vertreter, Baron Zwiedineck von Suedenhorst, befand sich in einer höchst unangenehmen Lage, da er in seiner Stellung als Geschäftsträger, die er seit Herrn Dumbas Abreise einnahm, nicht die Autorität hatte, in die Verhandlungen einzugreifen. Im übrigen bewies er sich durchweg als sehr loyaler Kollege und blieb er ständig in enger Fühlung mit mir. Ich konnte ihm in diesem Falle wenig helfen, weil die Entscheidung ausschließlich in Wien lag. Doch riet ich Baron Zwiedineck, seiner Regierung ganz deutlich zu telegraphieren, daß der Abbruch der Beziehungen

zu erwarten wäre, wenn die amerikanischen Forderungen nicht angenommen würden. Ich hatte den Eindruck, daß Herr Wilson in diesem Falle ebenso wie in dem unserer Militär- und Marineattachés von dem Wunsche beseelt war, den Vorwurf der Schwäche zu entkräften, welcher ihm ständig von der Ententepartei gemacht wurde. Darauf führte ich die ungewöhnliche Schroffheit der amerikanischen Note zurück, die geradezu einen Bruch herauszufordern schien. Für die österreichisch-ungarische Regierung war es fast unmöglich, diese bittere Pille zu schlucken, während die amerikanische Regierung, von ihrem Standpunkte aus gesehen, einen gewissen diplomatischen Vorteil erzielt hätte, wenn die Beziehungen abgebrochen worden wären. Einerseits würde der Bruch an der politischen Situation nichts geändert haben, solange die Deutsche Botschaft in Washington blieb, und anderseits hätte Herr Wilson den Zweck erreicht, die Berliner Regierung von dem vollen Ernste seiner Kriegsdrohungen zu überzeugen.

Die österreichisch-ungarische Regierung erfüllte indessen nach anfänglichem lebhaften Sträuben und einem kurzen weiteren Notenwechsel die amerikanische Forderung, und zwar, wie ich nach meiner Heimkehr gehört habe, auf Druck des deutschen Auswärtigen Amtes hin. So ging auch diese Krisis ohne Bruch vorüber, hinterließ aber einen starken weiteren Prestigeverlust für die Mittelmächte, da Herrn Wilsons Note eigentlich unannehmbar gewesen war. Es gab nichts Verhängnisvolleres für das Abbröckeln unserer Machtstellung als dieses Schwanken zwischen herausfordernden Worten und tatsächlichem Einlenken, das keinen diplomatischen Nutzeffekt haben konnte, vielmehr nur Mangel an festen Zielen verriet.

ACHTES KAPITEL

DIE ZWEITE „LUSITANIA"-KRISIS

IN Deutschland und insbesondere vor dem Ausschusse der Nationalversammlung ist der amerikanischen Regierung mala fides vorgeworfen worden, weil sie ohne Not die „Lusitania"-Frage wieder aufgenommen habe. Es wird bei uns ungefähr folgendermaßen argumentiert:

Nachdem der „Arabic"-Fall erledigt war, kann man in dem hartnäckigen Verfolgen der doch im wesentlichen verklungenen „Lusitania"-Sache ein Zeichen von mala fides vermuten. Wollten die Amerikaner sich einen neuen diplomatischen Erfolg über uns sichern? Das Prinzip hatten sie doch schon durch die Beilegung des „Arabic"-Falles erfochten; wollten sie jetzt noch einen pompöseren Effekt haben?! Gerade die andauernde Möglichkeit eines Konfliktes mit Deutschland — zumal praktisch damals keine Zwischenfälle eintraten — war als Hintergrund ganz günstig, um der amerikanischen öffentlichen Meinung, bei entsprechender Bearbeitung durch Wilson selbst, klarzumachen: Wir müssen aus dieser kriegsschwangeren Situation heraus, indem wir nach beiden Seiten unser Recht wahren!

Abgesehen davon, daß die Verhandlungen über die „Lusitania"-Frage nur ungefähr sechs Wochen geruht haben, glaube ich, daß auch in diesem Falle wieder die Bedeutung der uns feindlichen amerikanischen öffentlichen Meinung bei uns unterschätzt wird. Die Sitation in den Vereinigten Staaten dürfte am besten dadurch erklärt werden, daß ich

hier die Berichte und Telegramme einfüge, in denen ich über die Wiederaufnahme der „Lusitania“-Verhandlungen nach Berlin Meldung erstattete:

1. Zifferbericht

„Washington, den 23. Nov. 1915.

Staatssekretär Lansing nahm nunmehr nach längerem Zögern die „Lusitania“-Frage wieder mit mir auf. Anfang Oktober hatte ich ihm den Entwurf eines Schreibens übergeben, in welchem das dargelegt war, was ich nach meinen Instruktionen ihm glaubte schreiben zu können. Dieser Entwurf sollte lediglich als Grundlage vertraulicher Verhandlungen dienen und nur in dem Falle als Dokument gelten, daß die amerikanische Regierung damit die ganze Angelegenheit als befriedigend erledigt betrachtete. Es hatte keinen Zweck, die hiesige öffentliche Meinung von neuem dadurch aufzuregen, daß Schriftstücke veröffentlicht wurden, die von vornherein als unbefriedigend galten.

Wie ich mehrfach zu berichten die Ehre hatte, ist die „Lusitania“-Frage m. E. überhaupt nicht zu lösen, da die amerikanische Regierung ein Schiedsgericht jetzt nicht glaubt annehmen zu können. Man rechnet hier aber mit einer späteren schiedsrichterlichen Entscheidung, die sicher den Amerikanern eine Indemnität zubilligen würde, weil der Haager Schiedshof seiner ganzen Struktur nach für den Schutz neutraler Nichtkombattanten eintreten müsse. Infolgedessen will Herr Lansing nicht recht begreifen, warum wir die Indemnität nicht gutwillig zahlen und damit die Angelegenheit ganz aus der Welt schaffen, besonders da dieselbe infolge unserer Zusage für die Zukunft keine praktische Bedeutung mehr habe. Herrn Lansing kommt es nämlich nur auf die Indemnität an, während Präsident Wilson jetzt wie früher hauptsächlich auf die Zusage für die Zukunft und die humanitäre Seite der Sache Wert legt. Herr Wilson hat immer die doppelten, in sich zusammenhängenden Ziele vor Augen:

die Fortbildung des Völkerrechts im Sinne der Freiheit der See und die Wiederherstellung des Friedens.

Wenn Herr Lansing jetzt auf die „Lusitania“-Frage zurückkam, so tat er dies aus folgenden Gründen, die teils offen von ihm ausgesprochen wurden, teils mir anderweit bekannt geworden sind. Zunächst fürchtet die Regierung Angriffe seitens des demnächst zusammentretenden Kongresses. Es war daher zunächst erwünscht, dem letzteren sagen zu können, daß kürzlich etwas in der „Lusitania“-Frage geschehen sei. Wenn dann nichts dabei herauskommt, läßt sich wenigstens darauf hinweisen, daß eine deutsche Antwort aussteht. Präsident Wilson glaubt nämlich selbst nicht an die Möglichkeit, die Frage zu lösen, und hofft sie bis zum Friedensschluß hinzuziehen, vorausgesetzt, daß die öffentliche Meinung nicht unruhig wird oder neue Zwischenfälle eintreten. In dieser Hinsicht hat die „Ancona“-Sache ungünstig gewirkt. Wenn dieselbe auch keine große Erregung hervorrief, so hat sie doch die ganze Diskussion wieder eröffnet, und alle Welt hierzulande legt uns die österreichisch-ungarische Tat zur Last, weil man von der Voraussetzung ausgeht, daß der Krieg ganz von Berlin aus geleitet werde. In allen Erörterungen über den „Ancona“-Zwischenfall heißt es immer, die „Lusitania“-Frage sei noch nicht erledigt.

Bekanntlich stehen wir hier einem antideutschen Ring gegenüber, der großen Einfluß hat. Immer wieder habe ich in meiner gehorsamen Berichterstattung hierauf hingewiesen. Dieser Ring versucht nun, die „Ancona“- und „Lusitania“-Fragen auszunutzen, um die nach England gerichtete amerikanische Note und die britischen Übergriffe in den Hintergrund zu drängen. Die Regierung ist dem antideutschen Ringe gegenüber ebenso schwach wie die meisten amerikanischen Privatleute. Sie duldet die Terrorisierung sowie die ständige Hetze und „wurstelt fort“. Der einsame Mann im Weißen Hause hat zwar große Pläne, aber er ist durch den Wunsch, wieder gewählt zu werden, stark in der Freiheit seiner Entschließung

beeinträchtigt. Er läßt sich nicht in ganz große Torheiten hineinziehen — so hat er unbestreitbar das Verdienst, einen Krieg mit Deutschland verhindert zu haben —, aber er läßt sich doch durch den antideutschen Ring beeinflussen und in der Ausführung seiner eigenen Pläne behindern."

2. Ziffertelegramm

„Washington, den 2. Dezember 1915.

Die hiesige Regierung hat infolge des bevorstehenden Kongresses, des Hapag-Prozesses, des „Ancona"-Zwischenfalles, der Explosionen und Brände in den Munitions- und Pulverfabriken die Nerven verloren und läßt sich, wie fast alle hiesigen Privatleute, von dem antideutschen Ring terrorisieren. Daher das Verlangen auf Abberufung Papens und Boy-Eds. Die Regierung fürchtet, der Kongreß werde die obigen Fragen sowie die „Lusitania"-Angelegenheit selbst in die Hand nehmen und dann noch radikaler verfahren als die Regierung. Deshalb erfolgt jetzt das Abberufungsgesuch — das wohl als Ventil dienen soll —, damit der Kongreß nicht die diplomatischen Beziehungen mit uns abbricht. Ob letztere Gefahr wirklich vorliegt, läßt sich schwer sagen. Lansing behauptet es. Jedenfalls ist bei der hiesigen Stimmung alles möglich. Es fehlt der Mut, sich dem Strom entgegenzustellen. Vielleicht wird die Abberufung der Attachés die rasende See auf einige Zeit beruhigen, wie dies hinsichtlich Dernburgs und Dumbas der Fall war, indessen hängt alles von der Haltung des Kongresses ab, der hoffentlich keinen Krieg mit uns will. Oberst House, der ein sehr guter Kenner der hiesigen Verhältnisse ist, sieht keine Gefahr. Ich selbst glaube auch nicht, daß der Kongreß gewillt sein wird, einseitig — d. h. ohne auch England anzugreifen — gegen uns bis auf das äußerste vorzugehen, denn Abbruch der diplomatischen Beziehungen würde sicher binnen kurzem zum Krieg führen.

Jedenfalls gebietet meine heilige Pflicht, Euerer Exzellenz zu melden, daß der Kongreß unangenehme Überraschungen

bringen kann, und daß wir deshalb darauf vorbereitet sein müssen, in der „Lusitania"-Frage etwas zu tun. Wie weit wir uns dem Lansingschen Entwurf nähern können, ist von hier aus schwer zu beurteilen. Es hängt wohl in erster Linie von dem Stand unserer öffentlichen Meinung ab, denn die Frage hat keinen praktischen Wert mehr, seitdem wir versprochen haben, Passagierdampfer zu schonen.

Bisher sind meine persönlichen Beziehungen mit der hiesigen Regierung so gute gewesen, daß es immer möglich war, das Schlimmste zu verhüten. Lansing bot mir heute auch freiwillig an, dieses Telegramm zu senden. Wenn aber einmal die Sache in die Hände des Kongresses gelangt, wird es viel schwerer sein, Einfluß auszuüben, namentlich da hier nichts geheim bleibt. Wann der Kongreß die Dokumente über die „Lusitania" verlangen wird, ist noch nicht abzusehen, aber vermutlich in wenigen Wochen, falls bis dahin keine diplomatische Verständigung möglich war."

3. Zifferbericht

„Washington, den 7. Dezember 1915.

Für uns ist hauptsächlich von Bedeutung, was der Kongreß hinsichtlich der „Lusitania"-Frage tun wird. Meines Erachtens hat Präsident Wilson, indem er die Abberufung unserer beiden Attachés verlangte, den Hintergedanken gehabt, daß der Kongreß sich nun einige Zeit über die „Lusitania" beruhigen würde, weil die Beziehungen mit Deutschland schon genügend gespannt seien und da nur die rabiaten Pro-Engländer einen Krieg mit Deutschland wollen. Indessen kann man sich jetzt auf nichts verlassen, weil der antideutsche Ring jeden, der anderen Meinung ist, zu terrorisieren sucht. Allerdings sind die westlichen Senatoren und Kongreßmitglieder weniger beeinflußbar, da ihre Wähler nur ein geringes wirtschaftliches Interesse an der Sache unserer Feinde haben. Auch die Senatoren des Südens werden vermutlich alle zu uns stehen, weil sie wegen der Baumwollfrage stark gegen

England eingenommen sind. Immerhin müssen wir, wie ich bereits telegraphisch meldete, unbedingt auf weitere „Lusitania"-Verhandlungen vorbereitet sein. Wenn wir uns vollkommen ablehnend verhalten, ist der Abbruch der diplomatischen Beziehungen und der Krieg unvermeidlich. Eine Formel zu finden, welche die öffentliche Meinung beider Länder befriedigt, halte ich für ausgeschlossen. Indessen läßt sich vielleicht eine Formel finden, die über die streitigen Punkte hinweggeht, wie dies in der „Arabic"-Frage geschehen ist. Trotz allem hiesigen Geschrei ist es doch unzweifelhaft, daß die hiesige Regierung und auch der bei weitem größte Teil der öffentlichen Meinung heilfroh wären, wenn wir aus der „Lusitania"-Frage mit Grazie ohne Konflikt herauskämen. Was man hier in erster Linie verlangt, ist

1. eine Erklärung unserseits, daß der Angriff auf die „Lusitania" als Repressalie anzusehen sei und daher nicht herrschendem Völkerrecht entsprach, und

2. die Zahlung einer Indemnität, wobei die Frage der Verantwortung meines Erachtens übergangen werden könnte.

Präsident Wilson hatte bisher gehofft, daß die ganze Sache bis nach Beendigung des Krieges ruhen könnte. Jetzt zieht sich aber der Krieg immer noch hin, und Herr Wilson befürchtet radikale Eingriffe des Kongresses. Hierzulande ist prophezeien völlig unmöglich. Die Überraschung ist das einzig regelmäßig Wiederkehrende. Niemand kann sagen, was der Kongreß tun wird. Pflichtgemäß muß ich indessen die Sachlage schildern, wie ich sie heute sehe. Ob die „Lusitania"-Frage jetzt noch genügend praktische Bedeutung hat, um deswegen den Abbruch der diplomatischen Beziehungen und einen Krieg mit den Vereinigten Staaten herbeizuführen, darf ich dem hohen Ermessen Euerer Exzellenz anheimstellen."

Die amerikanische Regierung hatte für die Besprechungen über die „Lusitania" und die „Freiheit der Meere" eine uns günstige Basis geschaffen, indem sie am 21. Oktober eine sehr ausführliche Note nach London sandte, in welcher sie die Völkerrechtswidrigkeit der englischen Blockade nachwies und bestimmt erklärte, daß diese Blockade weder effektiv noch legal, noch überhaupt vertretbar sei.

Die Regierung der Vereinigten Staaten könne sich daher nicht der Beeinträchtigung ihrer neutralen Rechte durch Maßregeln unterwerfen, welche eingestandenermaßen Repressalien und daher völkerrechtswidrig seien. Sie könne nicht mit Gleichmut ihre Rechte dem Vorwande unterordnen lassen, daß die außergewöhnliche geographische Lage der Feinde Großbritanniens völkerrechtswidrige Maßregeln rechtfertige.

Der Schluß der Note lautete wörtlich:

„Es ist von der höchsten Bedeutung für die Neutralen nicht nur des heutigen Tages, sondern auch der Zukunft, daß die Prinzipien des Völkerrechts unverletzt bestehen bleiben. Die Aufgabe der Vorkämpferschaft für die Unverletzlichkeit der Rechte der Neutralen, welche die Sanktion der zivilisierten Welt erhalten haben, im Gegensatze zu dem ungesetzlichen Benehmen der Kriegführenden, das aus der Bitterkeit des großen Kampfes entstanden ist, welches die Länder Europas verwüstet — diese Aufgabe übernehmen die Vereinigten Staaten ohne Zaudern und werden ihre Energie der Erfüllung derselben widmen, indem sie immer die gleiche Unparteilichkeit üben, die sie seit dem Ausbruche des Krieges in ihren Beziehungen zu den kriegführenden Nationen geübt haben."

Obiges Programm entsprach dem Vorschlage der amerikanischen Note vom 21. Juli, welche die Kooperation zur Erreichung der „Freiheit der Meere" in Anregung gebracht hatte. Es war mir aber ohne weiteres klar, daß die Vereinigten Staaten keine Energie aufwenden würden, um die Aufgabe der Vorkämpferschaft für die Rechte der Neutralen

zu erfüllen, solange noch Konflikte mit Deutschland drohten. Die Erledigung des „Arabic“-Vorfalles ließ hoffen, daß in Zukunft die Auffassungen der beiden Regierungen hinsichtlich des U-Bootkriegs sich im Einklange befinden würden. Dies erschien mir als die Hauptsache; die amerikanische Regierung bestand jedoch auch auf der Erledigung des „Lusitania“-Vorfalles, von der ich voraussah, daß sie sich sehr schwierig gestalten würde. Schon bei dem „Arabic“-Zwischenfall war es nur durch mein selbständiges Vorgehen möglich gewesen, den Bruch zu vermeiden. Die „Lusitania“-Frage lag aber viel ungünstiger für uns, weil damals noch die alten Instruktionen der U-Bootkommandanten in Geltung gewesen waren. Ich wäre daher gern den Verhandlungen über die „Lusitania“-Frage ausgewichen, aber Herr Lansing bestand darauf, diese Angelegenheit zu erledigen, bevor er über die zukünftige „Freiheit der Meere“ sprach. Der Grund für diese Haltung des Staatssekretärs lag, wie aus meinen oben wiedergegebenen Berichten hervorgeht, in der Stimmung der öffentlichen Meinung. Es war für die amerikanische Regierung schlechterdings unmöglich, ihre gegen England eingeleitete Politik durchzuführen, wenn in der amerikanischen Presse die „Lusitania“-Frage täglich vorgeritten wurde.

Die Verhandlungen sollten mündlich und vertraulich zwischen Staatssekretär Lansing und mir geführt werden. Leider war aber die Vertraulichkeit in Washington nicht aufrechtzuerhalten, namentlich, da sich die Besprechungen sehr gegen meinen Wunsch wochenlang hinzogen. Das Staatsdepartement war ständig von Journalisten umlagert, die über jeden meiner Besuche ein Gemisch von Dichtung und Wahrheit an ihre Zeitungen berichteten. Dadurch provozierten sie Dementis und konnten sie schließlich die Sachlage ziemlich richtig darstellen. Außerdem wurden in Berlin von den maßgebenden Stellen an amerikanische Journalisten Interviews gegeben, welche den Zeitungen in den Vereinigten Staaten alles mitteilten, was sie etwa noch nicht wußten.

Infolgedessen verliefen die Verhandlungen nicht so, wie Herr Lansing und ich sie uns gedacht hatten. Wir wollten uns rasch über eine Formel einigen und diese sofort bekanntgeben. Die öffentliche Meinung beider Länder würde sich dann schnell beruhigt und die Vergangenheit begraben haben, wenn nur keine neuen Meinungsverschiedenheiten und Konflikte aus dem U-Bootkrieg entstanden. Die Formel war aber nicht so leicht zu finden. Der Wortlaut des Memorandums, welches ich der amerikanischen Regierung übergeben sollte, wurde immer wieder nach Berlin telegraphiert, wo man jedesmal Änderungen an dem von Herrn Lansing gewünschten Texte vornahm.

Die amerikanische Regierung blieb auf dem Standpunkte stehen, welchen sie in der Note vom 21. Juli folgendermaßen formuliert hatte:

„Die Vergeltungshandlung eines Kriegführenden ist an und für sich ein Handeln außerhalb des Gesetzes, und die Verteidigung einer Maßnahme als Vergeltungsmaßnahme bedeutet das Zugeständnis, daß sie ungesetzlich ist.“

Der Standpunkt der amerikanischen Note vom 21. Juli 1915 zeigt am klarsten den Fehler, den U-Bootkrieg als Repressalie auszuüben. Es zeigt sich, wie jede geräumte Position zur Preisgabe der nächstfolgenden zwingt.

Die deutsche Regierung anderseits wollte unter keinen Umständen die Ungesetzlichkeit der Kriegführung der U-Boote in der Kriegszone zugeben, weil sie das Recht, Repressalien zu üben, als einen anerkannten Teil des bestehenden Völkerrechts betrachtete. Außerdem wurde in Deutschland die amerikanische Forderung als eine uns angesonnene Demütigung betrachtet, sowie als Zwang, ein für allemal vorbehaltlos auf den uneingeschränkten U-Bootkrieg zu verzichten. Endlich würde die Anerkennung der Ungesetzlichkeit des U-Bootkriegs für uns die unliebsamen Konsequenzen im Gefolge gehabt haben, welche wir jetzt nach unserer Niederlage zu tragen gezwungen worden sind. Wenn wir den U-Bootkrieg

als ungesetzlich bezeichneten, mußten wir bei dem Friedensschlusse alle aus demselben entstandenen Schadenersatzforderungen begleichen.

Über das Wort „illegal“ kam es daher zum dritten Male zu einer Krisis, die hart an den Abbruch der diplomatischen Beziehungen führte. Obendrein verliefen die letzten Tage der Verhandlungen für uns sehr unglücklich. Herr Lansing und ich hatten uns auf eine Formel geeinigt, in welcher das Wort „illegal“ nicht aufgenommen war, weil meine Instruktionen kategorisch die Verwendung desselben verboten. In Berlin war die erzielte Einigung noch nicht bekanntgeworden, und man glaubte dort, daß es nötig sei, durch öffentliche Erklärungen auf die Gefahren der Situation hinzuweisen und den Ernst der Lage zu betonen, in der Hoffnung, dadurch die amerikanische Regierung zur Nachgiebigkeit zu bewegen.

Am 5. Februar gab Unterstaatssekretär Zimmermann der „Associated Press“ ein Interview, in welchem er sagte: Er wolle den Ernst der Lage nicht verhehlen. Deutschland könne keinesfalls die Ungesetzlichkeit der Kriegführung der U-Boote in der Kriegszone anerkennen. Die ganze Krisis sei auf die neue Forderung Amerikas zurückzuführen, daß Deutschland die Versenkung der „Lusitania“ als eine völkerrechtswidrige Tat anerkennen solle. Deutschland könne die Waffe der U-Boote nicht aus der Hand legen. Wenn die Vereinigten Staaten es zum Bruch kommen lassen wollten, könne Deutschland nichts mehr tun, um dies zu vermeiden. Der Reichskanzler bestätigte diese Erklärungen in einer Unterredung mit dem Berliner Vertreter der „World“.

Obige Interviews stellten den Abschluß der Verhandlungen wieder in Frage, weil die amerikanische Regierung zweifelhaft darüber wurde, ob sie auf das Wort „illegal“ verzichten könnte, nachdem die schwere Meinungsverschiedenheit zwischen den beiden Regierungen in der Öffentlichkeit bekanntgeworden war. Die Einigung, welche freiwillig erfolgt war, erschien nunmehr als ein schwaches

Zurückweichen vor einer deutschen Drohung. Schließlich kam aber doch eine Übereinkunft zustande. Ich übergab Herrn Lansing eine schriftliche, im wesentlichen dahingehende Erklärung, daß Repressalien zwar statthaft seien, aber nicht Neutrale treffen dürften, und daß daher die deutsche Regierung den Vorfall bedauere und zur Genugtuung und Entschädigung bereit sei. Den Empfang dieses Memorandums wollte die amerikanische Regierung bestätigen und sich damit zufrieden erklären. Das Verhängnis hatte mir jedoch in Washington die Rolle des Sisyphus zugedacht. Die Verhandlungen waren gerade beendigt als die deutsche Regierung am 8. Februar den sogenannten „verschärften U-Bootkrieg" erklärte, d. h. die Absicht der Seestreitkräfte kundgab, bewaffnete Handelsschiffe ohne Warnung und ohne Rücksicht auf die Mannschaften und Passagiere zu versenken. Daraufhin weigerte sich die amerikanische Regierung, den Schriftwechsel über die „Lusitania" zu vollziehen. Statt dessen entspann sich eine neue Kontroverse über die Frage der „bewaffneten Handelsschiffe". Meine Hoffnung, den „Lusitania"-Fall zu erledigen und dann zur Erörterung der „Freiheit der Meere" überzugehen, war gescheitert. Dies traf mich um so schmerzlicher, als ich überzeugt war, daß die Besprechungen über die letztere Frage zu Friedensverhandlungen übergeleitet haben würden.

Es ist in Deutschland die Ansicht ausgesprochen worden, daß der Abbruch der diplomatischen Beziehungen in diesem Stadium doch selbst in Amerika als übertrieben aufgefallen wäre, da ja keine akuten Reizungen vorhanden waren. Es wäre ein unverschämt provozierter Bruch gewesen, nachdem wir grundsätzlich alles zugegeben hatten. Hier hätten die Amerikanner doch vermutlich geblufft und uns mit immer stärkeren Waffen angefaßt, um zum Zwecke der eigenen Prestigeerhöhung noch mehr diplomatische Erfolge über uns zu erringen, die sie nach dem bisherigen Verlauf der Dinge als todsicher auffassen konnten.

In diesem Falle glaube ich selbst nicht, daß die amerikanische Regierung ernstlich an den Abbruch der diplomatischen Beziehungen gedacht hat. Sie wollte nur durch Erledigung der „Lusitania"-Frage die Beruhigung der amerikanischen öffentlichen Meinung herbeiführen, die notwendig war, um in Verhandlungen über die „Freiheit der Meere" oder über den Frieden einzutreten. Die Erregung und Kriegsgefahr trat nur deshalb ein, weil die Verhandlungen sich wochenlang hinzogen und das Wort „illegal" von der Presse in allen Tonarten erörtert wurde. Es war ein Unglück, daß diese Verhandlung nicht — wie die späteren Besprechungen über den Frieden — ganz geheim geführt worden sind. Ich hatte ja die amerikanische Regierung bewogen, auf das Wort „illegal" zu verzichten, was ihr aber durch die eingetretene Öffentlichkeit der Verhandlungen sehr erschwert wurde. Ohne den verschärften U-Bootkrieg wäre also die „Lusitania"-Frage endgültig begraben worden, und die Verhandlungen hätten freundschaftlich weitergeführt werden können. Dabei war der sogenannte verschärfte U-Bootkrieg nach dem Urteil des damals noch im Amt befindlichen Staatssekretärs von Tirpitz, der vor der Entschließung aber nicht gefragt wurde, eine militärische Farce. Er erklärte den Befehl technisch für Unsinn und die pompöse Ankündigung für ein unnötiges Reizen und eine Herausforderung. Das Ganze sei „nicht Fisch, nicht Vogel".

Die Kontroverse über die „bewaffneten Handelsschiffe" hatte ein Vorspiel, welches als Komödie der Irrungen bezeichnet werden müßte, wenn der Gegenstand nicht so ernst wäre. Bekanntlich gibt die Verfassung der Vereinigten Staaten dem Präsidenten das Recht, die Politik selbständig zu führen. Er allein ist für dieselbe verantwortlich, und sein Staatssekretär sowie die anderen Minister sind nur seine Gehilfen ohne eigene Verantwortung. Herr Wilson hat in dieser Hinsicht von seinen Rechten in noch weitgehenderem

Maße Gebrauch gemacht als selbst Herr Roosevelt. Seine Administration war von Anfang an die Regierung eines Mannes.

Im allgemeinen geht die Entwicklung der Demokratie in Amerika dahin, daß die Wähler auf kurze Zeit einem Manne fast unbeschränkte Rechte erteilen und ihn, je nachdem er ihr Vertrauen erworben oder verloren hat, wiederwählen oder durch einen andern Mann ersetzen. Dadurch entsteht gewissermaßen eine Autokratie auf Kündigung, welche die Vorzüge der Monarchie mit denen der Demokratie verbindet. Ob dieses historisch ausgebildete System allerdings unserer Idee der „formalen Demokratie" entspricht, ist eine andere Frage. Indessen läßt sich das politische Leben eines Volkes nicht mit Schlagworten meistern. Die Geschichte allein ist die Bildnerin der staatlichen Organismen.

In welcher Richtung unsere junge Demokratie sich auswachsen wird, kann kein Mensch voraussehen. Bei der politischen Gleichgültigkeit des deutschen Volkes ist indessen anzunehmen, daß sie sich ähnlich wie in Amerika entwickeln dürfte, nachdem wir das Prinzip der Wahl des Präsidenten durch das Volk angenommen haben. Ein solcher Präsident wird immer gegenüber allen anderen Körperschaften eine große Macht und Autorität besitzen, während das deutsche Volk vermutlich dem einmal gewählten Manne die Politik überlassen und selbst seinen wirtschaftlichen Geschäften nachgehen wird. Der deutsche Präsident der Zukunft dürfte allerdings öfters mit seinen, aus der Reichstagsmehrheit hervorgegangenen verantwortlichen Ministern ähnliche Differenzen bekommen, wie der amerikanische Präsident sie sehr häufig mit dem Senat gehabt hat. In solchen Fällen nimmt in Amerika das Volk fast immer für seinen direkt Erwählten, den Präsidenten, Partei und übt auf den Senat bzw. den Kongreß einen entsprechenden Druck aus.

Diese kurze verfassungsrechtliche Abschweifung von der Frage der „bewaffneten Handelsschiffe" sollte dazu dienen, die

überraschenden Peripetien zu erklären, welche im Verlaufe der Entwicklung dieser Frage eintraten. Herr Wilson hatte sich um die Jahreswende 1915/16 zum zweiten Male verheiratet und war zeitweilig von Washington abwesend. Infolgedessen scheint der Präsident die Politik seiner Minister nicht so genau wie sonst kontrolliert zu haben. Jedenfalls hatte er ein Memorandum über den U-Bootkrieg, welches Herr Lansing am 18. Januar 1916 den Vertretern der Ententemächte übergab, nicht oder nur flüchtig gelesen bzw. die Tragweite desselben nicht ermessen.

Dieses Memorandum wurde den Diplomaten der Zentralmächte erst später durch die Presse bekannt, die es von einem der Ententevertreter oder durch eine Indiskretion erhalten hatte.

Das Memorandum ging noch weiter als die Note vom 21. Juli 1915 und erkannte an, daß den Kriegführenden die Benutzung der U-Boote nicht untersagt werden könne, nachdem diese sich als wirksam in der Bekämpfung des feindlichen Handels erwiesen hätten. Der U-Bootkrieg müsse aber, ohne seine Wirksamkeit zu zerstören, in Einklang gebracht werden mit den allgemeinen Regeln des Völkerrechts und mit den Grundsätzen der Menschheit. Daher sollten einerseits die U-Boote verpflichtet sein, nur in den Formen des Kreuzerkrieges gegen Handelsschiffe zu operieren, d. h. sie nicht versenken dürfen, ohne sie vorher angehalten, durchsucht und den Mannschaften und Passagieren die Möglichkeit gegeben zu haben, sich zu retten. Anderseits sollten die Handelsschiffe keine Bewaffnung führen dürfen, weil infolge der Beschaffenheit der U-Boote diesen die Führung des Kreuzerkriegs unmöglich gemacht würde, wenn die Handelsschiffe auch nur leicht bewaffnet wären, wie es bisher nach den Grundsätzen des Völkerrechts zu Verteidigungszwecken gestattet gewesen sei. Jede Bewaffnung eines Handelsschiffes habe unter den obwaltenden Umständen offensiven Charakter.

Der Schluß des Memorandums lautete wörtlich:

„Ich möchte hinzufügen, daß meine Regierung das Argument verständlich findet, daß ein Kauffahrteischiff, das irgendeine Bewaffnung trägt, angesichts des Charakters des Tauchbootkriegs und der Schwäche der U-Boote in der Verteidigung sowohl von den Neutralen wie von den Kriegführenden als Hilfskreuzer zu betrachten und zu behandeln ist, und daß meine Regierung ernstlich erwägt, ihre Beamten dementsprechend zu instruieren.“

Obgleich dieses Memorandum keine historische Bedeutung gehabt hat, gehe ich hier näher darauf ein, weil es vor dem Ausschusse der Nationalversammlung eine Hauptrolle spielte, als Beweis dafür, daß Herr Wilson als Friedensvermittler kein Vertrauen verdiente. Ich habe keinen Zweifel, daß das Memorandum als Fortsetzung der Politik der amerikanischen Noten vom 21. Juli und 21. Oktober 1915 gedacht war, welche den amerikanischen Kampf für die „Freiheit der Meere“ eingeleitet hatten. Es entsprach aber nicht den üblichen Methoden des Herrn Wilson, einen so scharfen Vorstoß gegen die Entente zu machen, wie ihn der Schlußabsatz des Memorandums darstellte, solange die Verhandlungen mit mir über den „Lusitania“-Fall noch nicht beendigt waren und solange er nicht der Unterstützung durch die öffentliche Meinung unbedingt sicher war. Wie die Note vom 21. Oktober 1915 erst nach London abgesandt wurde, als der Präsident glaubte, durch die Lösung der „Arabic“-Frage uns gegenüber reinen Tisch gemacht zu haben, ebenso wollte er im Januar 1916 freie Hand behalten, bis mit uns kein Konflikt mehr vorhanden war. Der Volksmund in Amerika sagt, Wilson habe ein eingleisiges Gehirn. Er nehme immer nur eine Angelegenheit auf einmal in Arbeit. Außerdem wollte der Präsident aus Rücksicht auf die Stimmung im Lande alle seine politischen Schritte tun, ohne öffentlich von uns dazu gedrängt zu werden. Ich will durchaus nicht heute Herrn Wilsons Auffassung von Neutralität verteidigen,

nachdem ich jahrelang gegen dieselbe gekämpft habe, sondern will nur versuchen, ohne persönliche Verstimmung, zu der Arbeit Klios einen Beitrag zu liefern und die reine Wahrheit zu finden. Für mich selbst ist immer — heute ebenso wie damals — von wesentlichstem Interesse: nicht die Frage, was Herr Wilson tat oder nicht tat, sondern die Frage, was wir im deutschen Interesse demgegenüber hätten tun sollen.

Auf die Entwicklung, welche den Präsidenten nach dem 31. Januar 1917 zu unserem ausgesprochenen Feinde machte, werde ich noch öfters zurückzukommen haben. Wenn wir wahrheitliebend sein wollen, müssen wir streng unterscheiden zwischen den beiden Epochen, die vor und nach dem 31. Januar 1917 liegen. Sicher ist Herr Wilson niemals auch nur annähernd deutschfreundlich gewesen. Dazu stand er nach Abstammung, Erziehung und Bildung viel zu sehr unter dem vorerwähnten unbewußten englischen Einflusse. Der Präsident hat sich aber bis zum 31. Januar 1917 bemüht, neutral zu sein. Alle seine Reden legen hierfür Zeugnis ab. Niemals ist mir auch nur eine private unneutrale Bemerkung Herrn Wilsons zu Ohren gekommen. Er widerstand immer dem Drängen der Ententepartei, trotzdem er sich in einer fast völlig deutschfeindlichen Umgebung befand. Als einzigen, der immer den Präsidenten durchaus neutral beraten hat, wüßte ich nur Herrn House anzuführen. Im übrigen befanden wir uns im Osten der Vereinigten Staaten in geistiger Beziehung in Feindesland. Jeder neutrale Schritt Herrn Wilsons wurde sofort als „prodeutsch" angegriffen. Ich bin z. B. überzeugt, daß der Präsident die Drohung des Schlußsatzes des Memorandums vom 18. Januar niemals hätte durchführen können. Allmählich waren alle Kauffahrteischiffe der Entente bewaffnet worden. Wenn diese in amerikanischen Häfen als Hilfskreuzer behandelt wurden, mußte notwendigerweise der ganze amerikanische Handel stocken, der schon an und für sich unter dem Mangel an Schiffsraum schwer litt. Die Entente wußte genau, wieviel

Wert alle Amerikaner auf ihren Handel legten, und konnte daher getrost den Vorschlag der Vereinigten Staaten ablehnen.

Jedenfalls ist es sehr beachtenswert, daß der juristisch erzogene und ganz juristisch empfindende Staatssekretär Lansing mit dem Memorandum vom 18. Januar 1916 — ebenso wie Herr Bryan — eine andere Art der Neutralität an den Tag legte oder zu legen versuchte als der Präsident selbst. Die Frage ist nur, ob Herr Wilson damals die Lansingsche Politik hätte durchführen können. Ich glaube es nicht. An sich wird der Präsident in dieser Frage dadurch nicht entlastet, daß er einen so starken Vorstoß gegen die Entente, wie das Memorandum darstellte, nicht machen wollte, solange die Verhandlungen über die „Lusitania"-Sache schwebten. Holland hat doch während des ganzen Krieges die Regeln des Memorandums befolgt. Es ist nicht anders. Herr Wilson führte das Memorandum nicht durch, weil er es gegenüber den Interessen des amerikanischen Handels nicht durchführen konnte. Herr Lansing war in diesem Falle der neutrale Jurist und der Präsident der amerikanische Politiker, der, wie das in den Vereinigten Staaten zu geschehen pflegt, auch auswärtige Fragen nach Motiven der inneren Politik entschied.

Nach dem Ausgange der Proteste Herrn Wilsons gegen die englische Blockade sowie nach dem Verlaufe, den die Lansingsche Aktion gegen die bewaffneten Handelsschiffe genommen hatte, war es immerhin begreiflich, daß die kaiserliche Regierung an dem guten Willen und an der Macht des Präsidenten auch hinsichtlich einer Friedensvermittlung zweifelte. Indessen lagen später die inneren amerikanischen Verhältnisse anders, und diese sind, wie gesagt, in den Vereinigten Staaten auch immer in allen Fragen der auswärtigen Politik entscheidend.

Unsererseits wäre es klug gewesen, den Ausgang der Verhandlungen über den „Lusitania"-Fall abzuwarten und dann Herrn Wilson Zeit zu lassen, seine Politik der „Freiheit der

Meere“ aus eigener Initiative in Angriff zu nehmen. In Berlin hatte man aber immer Eile mit der Anwendung neuer Maßnahmen des U-Bootkriegs, obgleich die Nachteile, welche dieser uns brachte, immer die Vorteile überwogen. Indessen werden vielleicht auch die Amerikaner dereinst einmal bedauern, daß sie die Gelegenheit des Krieges versäumten, um die „Freiheit der Meere“ zu erreichen. Wenn wir Deutschen während des fünfjährigen Krieges mit unseren Entschlüssen immer zu große Eile hatten — von der Mobilmachung an bis zu dem Friedensangebot und dem Waffenstillstande —, so versäumte die amerikanische Regierung durch Zaudern manche Gelegenheit, sich den Krieg zu ersparen. Es dürfte wohl keinem Zweifel unterliegen, daß die Vereinigten Staaten als neutrale Macht der Welt einen besseren Frieden hätten bringen können, als sie es als entscheidende kriegführende Macht getan haben.

Im Januar 1916 kam noch ein unglückliches Mißverständnis dazu, das die deutsche Regierung in ihrer Absicht, den „verschärften U-Bootkrieg“ zu erklären, bestärkt haben dürfte. Der österreichisch-ungarische Geschäftsträger hatte im Anschluß an den „Ancona“-Fall eine Unterredung mit Herrn Lansing, in welcher er den Staatssekretär dahin verstand, daß es der amerikanischen Regierung genehm sein würde, wenn die Zentralmächte künftig bewaffnete feindliche Handelsschiffe als Hilfskreuzer betrachteten. Über diese Unterredung sandte Baron Zwiedineck über Nauen ein Radiogramm an seine Regierung. Wie früher erwähnt, wurden alle unsere Radiogramme von den amerikanischen Behörden gelesen, und es ist öfter vorgekommen, daß sie beanstandet worden sind. Ich nahm daher an, daß Herr Lansing mit dem Radiogramm Baron Zwiedinecks einverstanden wäre, weil es unbeanstandet abgesandt wurde. Über diesen Zwischenfall entstand später eine mündliche vertrauliche Kontroverse zwischen dem Staatssekretär, Baron Zwiedineck und mir. Herr Lansing sagte, er habe das Radiogramm nicht gelesen, da solche Schriftstücke von der Zensur nur daraufhin

geprüft würden, ob sie die Neutralität der Vereinigten Staaten verletzten. Im übrigen hätte ein Mißverständnis Baron Zwiedinecks vorgelegen, da der Staatssekretär die ihm in den Mund gelegte Äußerung nicht getan habe. Amtlich beriefen wir uns niemals auf die erwähnte Unterredung, um Herrn Lansing nicht noch größere Unannehmlichkeiten zu bereiten, als er schon infolge seines Memorandums vom 18. Januar auszustehen hatte.

Die deutsche Denkschrift vom 8. Februar 1915, welche den „verschärften U-Bootkrieg“ ankündigte, wurde Herrn Gerard in Berlin übergeben. Ich hatte zunächst keine amtlichen Verhandlungen mehr zu führen, da die „Lusitania“-Frage nie wieder aufgenommen wurde und die Frage der „Freiheit der Meere“ durch den „verschärften U-Bootkrieg“ versenkt worden war.

Inzwischen hatte sich Oberst House zum zweiten Male nach Europa begeben, und zwar jetzt als amtlicher Vertreter des Präsidenten. Er befand sich gerade in Berlin, als die zweite „Lusitania“-Krisis ihren Höhepunkt erreichte. Ich hatte dort seinen Besuch angemeldet und alles vorbereitet, damit er Gelegenheit erhielt, mit den maßgebenden politischen Persönlichkeiten zu sprechen. Als Oberst House nach Amerika zurückkehrte, sagte er mir, daß auch jetzt die Zeit für eine Vermittlungsaktion der Vereinigten Staaten noch nicht gekommen wäre. Er habe aber Gelegenheit gehabt, seine Gedanken in London, Paris und Berlin vorzutragen, wobei er in Paris am meisten Widerstand gefunden hätte, weil Frankreich so sehr durch den Krieg gelitten habe, daß es durch eine Verlängerung desselben nicht mehr viel verlieren könne. In Berlin sei dagegen prinzipielle Geneigtheit vorhanden gewesen, zu geeigneter Zeit auf eine Vermittlung Herrn Wilsons einzugehen.

Auf Wunsch des Präsidenten habe ich seit der zweiten Reise des Herrn House ausschließlich mit diesem über die Friedensfrage verhandelt. Dadurch wurde es möglich, die Besprechungen vollkommen geheimzuhalten. Ich konnte

Herrn House immer unbemerkt in New York in seiner Privatwohnung aufsuchen, während das Staatsdepartement und das Weiße Haus in Washington, wie oben erwähnt, immer von Journalisten umstellt waren. Meistens benutzte ich den Nachtzug nach New York und besuchte Herrn House schon am frühen Vormittage, bevor die Presse ahnte, daß ich Washington verlassen hatte.

Am 8. März übergab ich auftraggemäß der amerikanischen Regierung eine weitere Denkschrift, welche den deutschen Standpunkt kurz zusammenfaßte. Nach Wiederholung der verschiedenen, dem Leser bekannten Phasen der Verhandlungen über den Seekrieg schilderte sie die gegenwärtige Sachlage wie folgt:

„Nunmehr machte England dem U-Boot die Ausübung des den Völkerrechtsbestimmungen entsprechenden Handelskriegs dadurch unmöglich, daß es nahezu sämtliche Handelsschiffe bewaffnete und angriffsweisen Gebrauch der Geschütze anordnete. Die Photographien der englischen Befehle sind den neutralen Regierungen mit der Denkschrift vom 8. Februar 1916 zugestellt worden. Die Befehle widersprechen direkt den Erklärungen des englischen Botschafters in Washington vom 25. August 1914. Die Kaiserlich Deutsche Regierung hat gehofft, daß dies Tatsachenmaterial die neutralen Regierungen auf Grund der von der Regierung der Vereinigten Staaten am 23. Januar 1916 gemachten Entwaffnungsvorschläge instand setzen würde, die Entwaffnung der Handelsschiffe durchzusetzen. Tatsächlich ist aber die Bewaffnung mit Geschützen von unseren Gegnern mit großer Energie weiterbetrieben worden. Der Grundsatz der amerikanischen Regierung, ihre Bürger von feindlichen Handelsschiffen nicht fernzuhalten, wurde von England und seinen Alliierten dazu benutzt, Handelsschiffe für den Angriff zu bewaffnen. So können nämlich Kauffahrteischiffe die U-Boote leicht zerstören und sich im Falle des Mißglückens ihres Angriffs durch die Anwesenheit amerikanischer Bürger an Bord

gesichert glauben. Der Befehl des Waffengebrauchs wurde ergänzt durch die Weisung an die Führer der Handelsschiffe, falsche Flaggen zu führen und die U-Boote zu rammen. Die Nachrichten über ausgezahlte Prämien und Verleihungen von Ehrenzeichen an erfolgreiche Handelsschiffsführer zeigen die Wirkung dieser Befehle. Diesem englischen Vorgehen haben sich die Verbündeten angeschlossen.

Jetzt steht Deutschland vor der Tatsache:

a) daß eine völkerrechtswidrige Blockade seit einem Jahr den neutralen Handel den deutschen Häfen fernhält und Deutschlands Ausfuhr unmöglich macht,

b) daß völkerrechtswidrige Verschärfungen der Konterbandebestimmungen seit eineinhalb Jahren den für Deutschland in Frage kommenden Seeverkehr der neutralen Nachbarländer verhindern,

c) daß völkerrechtswidrige Eingriffe in die Post jede Verbindung Deutschlands mit dem Ausland zu verhindern streben,

d) daß systematisch gesteigerte Vergewaltigung der Neutralen nach dem Grundsatz „Macht über Recht" den Verkehr mit Deutschland über die Landgrenzen unterbindet, um die Hungerblockade der friedlichen Bevölkerung der Zentralmächte zu vervollständigen,

e) daß Deutsche, die von unseren Feinden auf See angetroffen werden, ohne Rücksicht darauf, ob Kämpfer oder Nichtkämpfer, der Freiheit beraubt werden,

f) daß unsere Gegner ihre Handelsschiffe für den Angriff bewaffnet und dadurch die Verwendung des U-Bootes nach den Grundsätzen der Londoner Deklaration unmöglich gemacht haben.

Das englische Weißbuch vom 5. Januar 1916 über die Unterbindung des deutschen Handels rühmt, daß durch diese Maßnahme Deutschlands Ausfuhrhandel fast völlig unterbunden, seine Einfuhr vom Belieben Englands abhängig gemacht ist. Die Kaiserliche Regierung darf hoffen, daß

gemäß den freundschaftlichen Beziehungen, die in einer hundertjährigen Vergangenheit zwischen den beiden Völkern bestanden haben, der hier dargelegte Standpunkt trotz der durch das Vorgehen unserer Feinde erschwerten Verständigung zwischen beiden Völkern von dem Volke der Vereinigten Staaten gewürdigt werden wird.“

Aus obiger Denkschrift wurden von der amerikanischen Presse besonders die allerletzten Worte lebhaft kommentiert, als Beweis, daß wir von der amerikanischen Regierung an das amerikanische Volk appellieren wollten in Anbetracht der Bewegung, die im Kongresse und namentlich im Senate eingesetzt hatte, damit den amerikanischen Bürgern das Reisen auf bewaffneten Handelsschiffen der kriegführenden Staaten verboten würde.

Der Kampf, welcher sich damals im Kongresse abspielte ist in Deutschland stark überschätzt worden. Bei uns glaubte man, daß die Stimmung im Kongreß für eine Warnung der Passagiere sehr mächtig sei. Von der erwähnten New Yorker deutschen Seite ist damals behauptet worden, eigentlich wünsche der Kongreß die Konfliktsgefahr aus dem Wege zu räumen. Wenn dies durch ein Nachgeben Deutschlands hätte geschaffen werden können, so wäre es für die Amerikaner natürlich am angenehmsten gewesen; wenn Deutschland aber nicht nachgegeben hätte, so würden die Vereinigten Staaten eine für uns entgegenkommendere Formel gefunden haben, da vor allen Dingen das Land den Krieg zu verhindern suchte. Auch das bei der Wiederwahl von 1916 siegreiche Feldgeschrei: „He kept us out of war*“ hätte gezeigt, daß der Kongreß mit seiner Friedensliebe der allgemeinen Anschauung entsprach. Ferner wurde von der gleichen Seite bezweifelt, ob Wilson als pazifistischer Präsidentschaftskandidat damals überhaupt Krieg erklären konnte, zumal ein besonderer Agitationsstoff, wie z. B. die Mexikodepesche, noch nicht vorlag. Die These der erwähnten

* Er hält uns außerhalb des Krieges.

kleinen deutschen New Yorker Gruppe ist, daß der Kongreß damals jeden Krieg verhindert haben würde, und daß er auch die Resolution Gore nur deshalb nicht angenommen hätte, um den Präsidenten nicht vor aller Welt in einer Weise zu demütigen, wie noch nie ein Staatsoberhaupt desavouiert worden ist.

Von der gleichen Seite ist — wie es auch vor dem Ausschusse der Deutschen Nationalversammlung geschah — die ganze Frage mit Entrüstung behandelt worden. Wenn der Deutsche lese — so sagte man —, daß es pompös als Ehrensache hingestellt werde, ob ein paar Amerikaner auf feindlichen bewaffneten Schiffen fahren dürften, so sträube sich dem deutschen Leser das Gefühl. Es hätte sich doch damals gefragt, ob ein paar Amerikaner im Kriegsgebiete sich auf neutralen Schiffen bewegen könnten oder ob eine große Kulturnation wie die deutsche unterginge! Die Entwicklung gehe vom „too proud to fight“ — als Wilson wirklich noch an eine Kriegsgefahr glaubte und infolgedessen zurückzuckte — bis zu der Tonart des Februar 1916, wo er nicht mehr an den Krieg glaubt, sondern sich sicher fühlt, uns mit scharfer Sprache niederzuboxen. Ferner wirke es seltsam, Wilson davon sprechen zu hören, daß der ganze feine Bau des Völkerrechts Stück für Stück zerbröckle. Das sei ja schon infolge von Englands Vorgehen geschehen, und im Jahre 1812 habe Amerika den Engländern den Krieg erklärt wegen einer unrichtigen Blockade.

Mit Entrüstung ist keine Politik zu machen, sondern nur mit kühlem Kopfe und klarem Blicke für die politischen Realitäten. Wir konnten die amerikanischen Verhältnisse nicht ändern, sondern mußten danach trachten, uns so zu verhalten, daß die Vereinigten Staaten uns möglichst wenig schadeten.

Ich hatte von vornherein keinen Zweifel, daß Herr Wilson seinen Willen durchsetzen würde, weil die innere Lage der Vereinigten Staaten einen anderen Ausgang unmöglich machte. Die Präsidentschaftswahlen waren nicht mehr fern, und die demokratische Partei hatte außer Wilson keinen

aussichtsreichen Kandidaten, den sie hätte aufstellen können. Wenn innerhalb der Partei eine Spaltung eintrat, mußten die Republikaner unfehlbar siegen. Die Senatoren Stone und Gore waren die Hauptführer der demokratischen Opposition, während die Republikaner in diesem Falle die Politik des Präsidenten unterstützten, teils weil sie auf Seite der Entente standen, teils weil sie die Interessen des amerikanischen Handels wahren wollten. Senator Stone war, wie schon erwähnt, bis zuletzt immer neutral gesinnt, wohl hauptsächlich, weil er einer der beiden Vertreter Missouris war und auf die große Zahl von Deutschen unter seinen Wählern Rücksicht nahm. Er wurde dafür von den Pro-Entente-Zeitungen vom Schlage des „New York Herald“ als der prodeutsche „Herr Stone“ tituliert. Senator Gore war Pazifist aus Prinzip und glaubte, daß die von ihm eingebrachte Resolution, welche den Amerikanern das Reisen auf bewaffneten Handelsschiffen verbieten wollte, die Gefahr eines Krieges beseitigen würde.

Die ganze Kongreßgeschichte kann nur verstanden werden als inneres Geplänkel der Parteien mit dem Blicke auf die kommende Präsidentenwahl; ein Teil der Demokraten wünschte einen anderen Kandidaten wie Wilson. Ebenso wie es damals falsch war, für uns irgendeinen Vorteil aus der Kongreßopposition zu erwarten, ebenso wird auch heute in Deutschland vielfach in der gleichen Richtung geirrt, wenn man annimmt, der Kampf im Senate um die Ratifizierung des Versailler Friedens habe einen deutschfreundlichen Hintergrund.

Im übrigen stand die damalige Kongreßdebatte ja gar nicht im Zusammenhange mit irgendeiner akuten deutsch-amerikanischen Verhandlung. Es erscheint nötig, hier einen ganz kurzen zusammenfassenden Überblick zu geben darüber, wie sich die Verhandlungen von meinem Standpunkte aus ansahen: Unser erstes Nachgeben geschah nach dem „Arabic“-Fall, unser zweites erst später nach dem „Sussex“-Fall.

Dazwischen trat niemals ein Augenblick ein, wo Deutschland Amerika etwas konzedierte, da die Beilegung der zweiten „Lusitania“-Krisis ein Kompromiß bedeutete. Wir führten vom Februar 1915 bis zum „Lusitania“-Fall einen scharfen U-Bootkrieg, von da ab einen abgeschwächten, was Amerika aber erst nach dem „Arabic“-Fall erfuhr, und vom Februar 1916 ab wieder den verschärften U-Bootkrieg bis zum „Sussex“-Fall, worauf der Kreuzerkrieg anfing. Das ist alles, was sich für mich in diesem Zusammenhange ergab. Interne Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Berliner Stellen, wie sie schon vom Februar 1915 ab vorhanden waren, drangen nicht über den Ozean. Zum Beispiel ist auch die Wiederaufnahme des verschärften U-Bootkriegs im Februar 1916 mit mir ebensowenig besprochen worden wie mit der amerikanischen Regierung selbst.

Aus diesem Sachverhalte ergibt sich, daß die Aktion des Kongresses für uns keinen praktischen Wert hatte, denn als nach dieser Debatte der „Sussex“-Fall eintrat — wobei es sich übrigens um einen unbewaffneten Dampfer handelte — konnte Herr Wilson ungehindert sein Ultimatum stellen und hätte er auch die diplomatischen Beziehungen abbrechen können, wenn wir nicht nachgegeben hätten. An eine völlige Besiegung des deutschen Volkes, wie sie später eintrat, dachte damals die amerikanische Regierung überhaupt nicht, denn sonst hätte sie leicht einen Anlaß finden können, um in den Krieg einzutreten. Damals war Herr Wilson überzeugt, daß ein Friede ohne Sieg erfolgen würde, bei dem er mitwirken wollte. Es hat sich immer nur darum gehandelt, ob wir diese Sachlage erkannten und ausnutzten oder nicht. Unsere einzige Stütze in Amerika war die Abneigung der Mehrheit des Volkes gegen einen Krieg, denn sonst war es ja — wie sich leider später zeigte — für die Vereinigten Staaten eine nur allzu leichte Sache, gegen uns mit Erfolg Krieg zu führen.

Der Präsident wollte seine bisherige Politik fortsetzen, indem er auf dem Standpunkte beharrte, daß der U-Bootkrieg

nach den völkerrechtlichen Grundsätzen des Kreuzerkriegs geführt werden müsse, und im übrigen abwartete, ob aus dem „verschärften U-Bootkriege" neue Zwischenfälle erwuchsen.

In einem Brief, welchen er am 24. Februar an den Senator Stone richtete, setzte der Präsident seine Politik folgendermaßen auseinander:

„Sie haben recht mit der Annahme, daß ich alles tun werde, was in meiner Macht steht, um die Vereinigten Staaten vom Kriege fernzuhalten. Ich glaube, das Land wird keine Beunruhigung über mein Vorgehen in dieser Hinsicht empfinden. Viele bange Monate habe ich an dieser Aufgabe gearbeitet, unter viel mannigfaltigeren Schwierigkeiten, als an der Oberfläche erkennbar waren, und so weit mit Erfolg. Ich zweifle nicht daran, daß ich auch weiterhin Erfolg haben werde. Der Kurs, den die europäischen Mittelmächte gemäß ihrer Ankündigung künftig im Unterseebootkrieg einschlagen wollen, scheint im Augenblick unüberwindliche Hindernisse zu schaffen, aber seine Bedeutung ist auf den ersten Blick so unvereinbar mit den ausdrücklichen Versicherungen, die uns die Mittelmächte vor kurzem über die Behandlung von Handelsschiffen auf hoher See gegeben haben, daß ich glaube, es werden alsbald Erklärungen folgen, die ein anderes Licht auf die Sache werfen. Wir haben in der Vergangenheit keine Veranlassung gehabt an ihrem guten Glauben oder an der Ehrlichkeit ihrer Versprechungen zu zweifeln, und ich für mein Teil habe das Vertrauen, daß wir auch in Zukunft keine haben werden.

Aber wie dem auch sei: unsere Pflicht liegt klar zutage. Kein Staat und keine Gruppe von Staaten hat das Recht, die Grundsätze zu ändern oder zu mißachten, über die alle Staaten zur Linderung der Schrecken und Leiden des Krieges übereingekommen sind; und wenn uns unglückseligerweise die unzweifelhaften Rechte amerikanischer Bürger geschmälert oder verweigert werden sollten, so scheint es mir, daß uns in Ehren keine Wahl bleibt, welchen Weg wir gehen sollen.

Was mich betrifft, so kann ich keiner Kürzung der Rechte amerikanischer Bürger in irgendeiner Beziehung zustimmen. Ehre und Selbstachtung der Nation sind in Mitleidenschaft gezogen. Unser Wunsch ist der Friede, und wir werden ihn um jeden Preis bewahren, außer um den unserer Ehre. Es würde eine tiefe Demütigung bedeuten, wenn wir unserem Volk die Ausübung seiner Rechte verbieten wollten aus Furcht, daß wir sie vielleicht verteidigen müssen. Es würde nicht nur eine stillschweigende, sondern so gut wie eine ausdrückliche Unterwerfung unter eine Verletzung der Rechte der ganzen Menschheit bedeuten. Es würde ein vorsätzliches Aufgeben unserer bisherigen stolzen Stellung als Sprecher für Gesetz und Recht selbst inmitten der Wirren des Krieges sein und alles wertlos machen, was wir während dieses furchtbaren Völkerkampfes erstrebt und erreicht haben.

Es ist wichtig, in Betracht zu ziehen, daß, wenn wir in diesem Falle Erwägungen der Zweckmäßigkeit an die Stelle von Grundsätzen treten lassen, unvermeidlich die Tür zu weiteren Zugeständnissen geöffnet wird. Man braucht sich nur einmal eine Rechtsverletzung ohne Widerspruch gefallen zu lassen, um sicher zu sein, daß viele andere Demütigungen folgen werden, und so kann der ganze feine Bau des Völkerrechts unter unseren Händen Stück für Stück zerbröckeln. Das, worum wir in dieser Sache ringen, ist Teil des wahren Wesens der Dinge, die Amerika zu einer unabhängigen Nation gemacht haben. Es kann sie nicht aufgeben, ohne seine eigene Unfähigkeit zur Nation zuzugeben und seine unabhängige Stellung unter den Staaten der Welt aufzugeben."

*

Bald darauf — am 3. März — beschloß der Senat mit 68 gegen 14 Stimmen die Erörterung über die Resolution Gore sine die zu vertagen. Der Kampf hatte also schon mit einem Siege Herrn Wilsons geendet, als ich die vorerwähnte Denkschrift übergab.

Von unserem Standpunkte aus betrachtet war die Erklärung des „verschärften U-Bootkriegs" ein schwerer politischer Fehler, der nicht einmal durch Erfolge der Maßregel eine Rechtfertigung fand. Zum mindesten hätten wir die Erledigung der „Lusitania"-Frage und die weiteren Schritte Herrn Wilsons abwarten müssen. Der „verschärfte U-Bootkrieg" war nicht das richtige Mittel, unsere Situation zu verbessern, sondern mußte mit unbedingter Sicherheit zu einem neuen Konflikte mit den Vereinigten Staaten führen. Es war für die U-Bootkommandanten schlechterdings unmöglich, durch das Periskop genau zu erkennen, ob ein feindliches Handelsschiff bewaffnet war. Irrtümer mußten daher über kurz oder lang eintreten. Anderseits wollten die Amerikaner nicht darauf verzichten, auf feindlichen Passagierschiffen zu reisen, da sie ihrer Geschäfte wegen meistens nach England und Frankreich reisten, wozu sie das Recht zu haben glaubten, und da sie nicht genügend eigene und neutrale Schiffe zur Verfügung hatten.

Die einzige Hoffnung auf längeres Ausbleiben eines Konflikts lag darin, daß die kaiserliche Regierung ihre Zusagen vom 5. Oktober 1915 hinsichtlich der „Liners" nicht zurückgezogen hatte, und daß die feindlichen Passagierdampfer aus Rücksicht auf die Fahrgäste nicht bewaffnet worden waren.

Auf den Frachtschiffen befanden sich in der Regel keine Amerikaner, da es damals noch wenig Seeleute in den Vereinigten Staaten gab. Aus dem obigen Briefe Herrn Wilsons an Senator Stone war aber zu entnehmen, daß die amerikanische Regierung unsere Zusagen als für alle Handelsschiffe geltend betrachtete, während, wie ich früher erwähnte, die deutschen Marinebehörden ihre Rücksichten nur auf Passagierdampfer hatten ausdehnen wollen. Dieses Mißverständnis konnte jetzt einen neuen Konfliktstoff bilden, wenn auch sonst Irrtümer der U-Bootkommandanten durch besonderes Glück vermieden werden sollten.

NEUNTES KAPITEL

DER „SUSSEX"-ZWISCHENFALL

Am 24. März erfolgte ohne Warnung die Torpedierung des unbewaffneten Passagierdampfers „Sussex", wobei einige Amerikaner verunglückten. Die ersten Nachrichten über diesen Zwischenfall lauteten so unbestimmt, daß die Angelegenheit zunächst in Washington dilatorisch behandelt wurde. Zu jener Zeit sandte ich den folgenden Bericht nach Berlin:

Zifferbericht

„Washington, 4. April 1916.

In den seit Beginn des U-Bootkriegs vergangenen vierzehn Monaten hat es immer abwechselnd Perioden gegeben, in denen die amerikanische Regierung mit Aggressivität gegen uns vorging, und solche, in welchen das zum geflügelten Wort gewordene „watchful waiting" das Leitmotiv in der Haltung der hiesigen Regierung bildete. Der vergangene Monat gehörte einmal wieder zur letzteren Kategorie, bis der Untergang der „Sussex" und ähnliche Vorgänge eine erneute Aufregung der hiesigen öffentlichen Meinung erzeugten. In amtlicher Form habe ich seit vier Wochen nichts mehr von amerikanischer Seite über den Unterseebootkrieg gehört. Inzwischen gestattete sich Herr Lansing sogar einen vierzehntägigen Erholungsurlaub. Meinerseits lag kein Anlaß vor, die Unterseebootfrage aufzurühren, da eine völlige Einigung mit der amerikanischen Regierung doch nicht zu erzielen

ist* und es sich m. E. empfiehlt, jede neue Krisis in unseren Beziehungen zu den Vereinigten Staaten möglichst hinauszuschieben. Ich begnügte mich daher, mit Oberst House in Fühlung zu bleiben, damit ich nicht durch einen plötzlichen Seitensprung der hiesigen Regierung überrascht würde. Sobald eine neue Krisis eintritt, wird Herr Wilson es, wie gewöhnlich, wieder schrecklich eilig haben und uns an den Rand des Krieges bringen. Ob eine solche Krisis wegen der „Sussex" ausbrechen wird, und ob der Präsident gegebenenfalls wieder im letzten Augenblicke vor dem Kriege zurückschrecken wird, läßt sich schwer voraussagen, da diese Frage — wie heutzutage auch alle anderen — lediglich aus dem Gesichtswinkel der bevorstehenden Präsidentschaftswahlen entschieden wird.

Vorbehaltlich der üblichen hiesigen Überraschungen weht jetzt hier Südwind. Dies erklärt sich erstens durch die Friedensliebe der Bevölkerung, welche in der angenehmen Beschäftigung des Geldverdienens nicht gestört werden will, und zweitens durch die Entwicklung der mexikanischen Frage. Die letztere steht im Vordergrunde des Interesses, und es gewinnt immer mehr den Anschein, als würde die Strafexpedition gegen Villa zu einer regelrechten Intervention führen. Vor einigen Tagen hieß es, Villa sei geschlagen, dann verwundet und schließlich sogar gefangen. Alle diese guten Nachrichten erwiesen sich indes als falsch, und jetzt soll Villa nach dem Süden entkommen sein und neue Anhänger gewonnen haben. Solange die mexikanische Frage in diesem Stadium bleibt, sind wir, glaube ich, vor aggressivem Vorgehen der amerikanischen Regierung ziemlich sicher.

Anderseits hat es den Anschein, als ob Herr Wilson einen neuen Ausweg aus der Sackgasse suchte, in die er sich durch seine Haltung in der Frage des Unterseebootkriegs begab. Wie ich bereits telegraphisch zu melden die

* Das heißt ohne neue Instruktionen von Berlin.

Ehre hatte, stellt Herr House eine baldige Friedensaktion des Präsidenten in Aussicht. Man hegt hier, durch die von Herrn House gewonnenen Eindrücke bestärkt, die Auffassung, daß allmählich durch den Druck der Verhältnisse alle neutralen Mächte in den Krieg gezogen werden würden. Wenn dieser Fall eintreten sollte, wäre dann gar keine Aussicht mehr auf Wiederherstellung des Friedens, weil niemand vorhanden sein würde, der den Anstoß dazu geben könnte. Deshalb müsse Frieden gestiftet werden, ehe der Weltbrand sich weiter ausdehnte und den Wohlstand aller Länder völlig zerstörte. Die Auffassung mag theoretisch klingen, aber sie wird dadurch praktisch, daß sie sehr gut mit der Wahlkampagne des Herrn Wilson in Einklang zu bringen ist. Als Friedensstifter in Europa und als Beruhiger — d. h. indirekter Eroberer — Mexikos, wäre Herr Wilson schwer, wenn überhaupt, bei der Wahl zu schlagen. Herr Theodor Roosevelt würde sich dann vergeblich heiser schreien, und Herr Charles Hughes, der stärkste republikanische Kandidat, vielleicht die Nomination gar nicht annehmen, wenn sie aussichtslos erschiene.“

In diesem Berichte meldete ich zum ersten Male, daß Herr Wilson seine Politik insofern geändert hätte, als er seine Friedensvermittlung jetzt in den Vordergrund und die Frage der „Freiheit der Meere“ zurückstellte. Ich werde später auf diese politische Entwicklung zurückkommen.

Als in Washington Nachrichten eingingen, die keinen Zweifel mehr darüber aufkommen ließen, daß die „Sussex“ von einem deutschen U-Boot torpediert worden war, erbat ich sofort telegraphisch Instruktionen aus Berlin, um eine amtliche Mißbilligung der Tat aussprechen zu können. Ohne weiteres war mir klar, daß es sich jetzt um Biegen oder Brechen handelte. Ich konnte nicht wissen, ob in Berlin die Befürworter des U-Bootkriegs oder die Vertreter der Verständigung mit den Vereinigten Staaten siegen würden. Im ersteren Falle war der Krieg unvermeidlich. Für den andern empfahl

ich in meinem Telegramm, daß von einem amtlichen Notenwechsel abgesehen werden möge, weil ich vermeiden wollte, daß unser Zurückweichen obenein in eine für uns demütigende Form gekleidet würde. Wenn unsere Regierung zur Nachgiebigkeit bereit war, sah ich den geeignetsten „Modus procedendi“ in der sofortigen Erteilung von Instruktionen an mich, der amerikanischen Regierung für den neuen Vorfall Genugtuung und Entschädigung anzubieten. Mit geringeren Zugeständnissen als dem Versprechen, den U-Bootkrieg künftig nach den völkerrechtlichen Grundsätzen des Kreuzerkriegs zu führen, war die Vermeidung des Bruches nicht mehr zu erkaufen. Ich empfahl aber eine einstweilige völlige Einstellung des U-Bootkriegs auf Grund einer mündlichen Vereinbarung mit der amerikanischen Regierung. Falls so verfahren wurde, hätte letztere unbedingt Farbe bekennen müssen, und es hätte keinen scharfen Notenwechsel gegeben, der die Stimmung auf beiden Seiten noch mehr verdarb. Wenn nach einer solchen Pause des U-Bootkriegs und nach Schaffung einer ganz klaren diplomatischen Situation Herr Wilson versagte und keine positiven Leistungen aufwies, weder hinsichtlich seines Programms der „Freiheit der See“ noch hinsichtlich der Herbeiführung des Friedens, dann hätten wir eine ganz andere diplomatische Stellung gehabt, um — wenn wir es durchaus wollten — zum uneingeschränkten U-Bootkrieg überzugehen. Wir hatten ja immer den Fehler begangen, mit halben Zugeständnissen zu arbeiten. Meines Erachtens mußten wir eine völlige Einigung mit Amerika erstreben, wenn wir nicht die Absicht hatten, auf jede Gefahr hin den U-Bootkrieg zu führen.

Mein Vorschlag wurde in Berlin nicht berücksichtigt, obgleich damals gerade Herr von Tirpitz zurückgetreten und die Entscheidung gegen die Führung des uneingeschränkten U-Bootkriegs gefallen war. Ich weiß nicht, weshalb die Absendung einer amtlichen Note den von mir vorgeschlagenen mündlichen Verhandlungen vorgezogen wurde, doch glaube

ich, daß die Rücksicht auf die deutsche öffentliche Meinung ausschlaggebend war.

Einige Tage später telegraphierte ich das Folgende nach Berlin:

Ziffertelegramm

„Washington, den 8. April 1916.

House schilderte mir Stimmung wegen „Sussex“ in sehr düsterer Färbung. Lage werde im Weißen Hause als hoffnungslos betrachtet, weil man Ansicht sei, daß deutsche Regierung trotz Abgang Tirpitz U-Bootkrieg selbst mit bestem Willen nicht zügeln kann. Es sei bisher lediglich glücklicher Zufall, daß kein Amerikaner umgekommen wäre, und jeder Augenblick könnte Krisis bringen, die Bruch herbeiführen müßte. Amerikanische Regierung sei überzeugt, daß „Sussex“ von deutschem U-Boot torpediert wäre. Wiederholung solcher Versehen müßte Vereinigte Staaten von Amerika in Krieg mit uns treiben, was Wilson sehr bedauern würde, da er in wenigen Monaten — wie ich berichtete — Frieden stiften möchte. Wenn Vereinigte Staaten in den Krieg gezogen würden, sei jede Aussicht auf baldigen Frieden verloren.

Bitte mich mit Weisung versehen, auf Grund deren ich hiesige Regierung beruhigen kann, welche jetzt wieder an unserer ‚bona fides‘ zweifelt.“

Nachdem Herr Gerard außer anderen Anfragen über zweifelhafte Fälle von Torpedierungen auch eine solche über den „Sussex“-Fall an das Auswärtige Amt gerichtet hatte, wurde ihm am 10. April eine amtliche Antwort erteilt, die folgendermaßen lautete:

Die Feststellung, ob der Kanaldampfer „Sussex“ von einem deutschen Unterseeboote beschädigt worden ist oder nicht, ist dadurch außerordentlich erschwert worden, daß keine genauen Angaben über Ort, Zeit und Begleitumstände der Versenkung bekannt waren, auch ein Bild dieses Schiffes

bis zum 6. April nicht erlangt werden konnte. Infolgedessen hat die Untersuchung auf alle Unternehmungen ausgedehnt werden müssen, die an dem in Frage kommenden Tage, den 24. März, im Kanal etwa auf dem Wege zwischen Folkestone und Dieppe überhaupt stattgefunden haben.

In diesem Gebiet ist am 24. März ungefähr in der Mitte des Englischen Kanals von einem deutschen Unterseeboot ein langes schwarzes Fahrzeug ohne Flagge mit grauem Schornstein und kleinem grauen Aufbau sowie mit zwei hohen Masten angetroffen worden. Der deutsche Kommandant gewann die bestimmte Überzeugung, daß er ein Kriegsschiff, und zwar einen Minenleger der neugebauten englischen „Arabic"-Klasse, vor sich habe. Er wurde zu dieser Überzeugung geführt:

1. durch das glatt durchlaufende Deck des Schiffes,
2. durch die kriegsschiffmäßige, schräg nach hinten und unten abfallende Form des Hecks,
3. durch den kriegsschiffmäßigen Anstrich,
4. durch die hohe Geschwindigkeit von etwa 18 Seemeilen, die das Schiff entwickelte,
5. durch den Umstand, daß das Schiff nicht den Weg nördlich der Leuchttonnen zwischen Dungeness und Beachy Head innehielt, der nach den häufigen, übereinstimmenden Beobachtungen der deutschen Unterseeboote für die Handelsschiffahrt üblich ist, sondern mitten im Kanal, mit dem Kurs ungefähr auf Le Havre, fuhr.

Infolgedessen griff er das Schiff um 3 Uhr 55 Minuten nachmittags mitteleuropäischer Zeit 1½ Seemeilen südöstlich der Bullrock-Bank unter Wasser an. Der Torpedo traf und rief im Vorschiff eine so schwere Explosion hervor, daß das ganze Vorschiff bis zur Brücke abriß. Die besonders starke Explosion läßt mit Sicherheit darauf schließen, daß an Bord große Munitionsmengen vorhanden waren.

Der deutsche Kommandant hat eine Skizze des von ihm angegriffenen Schiffes angefertigt, von der zwei Abzeichnungen

beigefügt werden. Das ebenfalls in zwei Exemplaren angeschlossene Bild des Dampfers „Sussex“ ist aus der englischen Zeitung „Daily Graphic“ vom 27. v. M. in photographischer Wiedergabe entnommen. Die Vergleichung der Skizze und des Bildes zeigt, daß die „Sussex“ mit dem angegriffenen Fahrzeug nicht identisch ist, besonders auffallend ist der Unterschied in der Stellung des Schornsteins und der Form des Hecks. Ein weiterer Angriff hat in der für die „Sussex“ in Frage kommenden Zeit auf dem Wege zwischen Folkestone und Dieppe seitens deutscher Unterseeboote überhaupt nicht stattgefunden.

Hiernach muß die deutsche Regierung annehmen, daß die Beschädigung der „Sussex“ auf eine andere Ursache als auf den Angriff eines deutschen Unterseeboots zurückzuführen ist. Zur Aufklärung des Sachverhaltes ist vielleicht die Tatsache dienlich, daß allein am 1. und 2. April im Kanal nicht weniger als 26 englische Minen von deutschen Seestreitkräften abgeschossen worden sind; überhaupt ist die ganze dortige Meeresgegend durch treibende Minen und nichtgesunkene Torpedos gefährdet. Vor der englischen Küste wird sie ferner auch durch deutsche Minen, die gegen die feindlichen Seestreitkräfte ausgelegt werden, in zunehmendem Maße gefährdet sein.

Sollte der amerikanischen Regierung weiteres Material zur Beurteilung des Falles „Sussex“ zur Verfügung stehen, so darf die deutsche Regierung um dessen Mitteilung bitten, um auch dieses Material einer Prüfung unterziehen zu können. Für den Fall, daß sich hierbei Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Regierungen ergeben sollten, erklärt sich die deutsche Regierung schon jetzt bereit, den Tatbestand durch eine gemischte Untersuchungskommission gemäß dem dritten Titel des Haager Abkommens zur friedlichen Erledigung internationaler Streitfälle vom 18. Oktober 1907 feststellen zu lassen.“

Ich habe diese Note ausführlich wiedergegeben, weil sie in ihrer Wirkung ganz besonders verhängnisvoll und vielleicht das unglücklichste amtliche Schriftstück war, das

jemals von Berlin nach Washington gegangen ist. Herr Wilson glaubte ihr die Unwahrhaftigkeit direkt abzulesen, und die Mischung von schlechtem Gewissen und Ungeschick, welche die deutsche Note zu verraten schien, veranlaßte den Präsidenten zu dem scharfen Tone seiner Antwort. Herr Wilson war jetzt schon durch die vorhergehenden Ereignisse aus Prestigegründen zum Einschreiten gezwungen, obwohl die Erregung der öffentlichen Meinung diesmal ganz unzweifelhaft geringer war als nach den Torpedierungen der „Lusitania“ und der „Arabic“. Die amerikanische Regierung kleidete also die Note, welche sie am 18. April abschickte, in die Form eines Ultimatums. Inzwischen hatten die in dem Rumpfe der „Sussex“ vorgefundenen Stücke eines deutschen Torpedos den Sachverhalt außer allen Zweifel gestellt. Die Bedeutung des Ultimatums wurde von Herrn Wilson noch besonders dadurch hervorgehoben, daß er es vor der Absendung in einer feierlichen Sitzung persönlich zur Kenntnis des Kongresses brachte.

Ohne dieses Ultimatum wären meiner festen Überzeugung nach auch im Jahre 1917 die diplomatischen Beziehungen nicht sofort abgebrochen worden. In der Verschärfung der Situation durch den „Sussex“-Notenwechsel sehe ich demnach einen der wesentlichsten Keime des Krieges mit Amerika. Nach diesem Notenwechsel konnte eine Herausforderung in der Art unserer feierlichen Ankündigung vom 31. Januar 1917 nicht mehr ertragen werden. Das Ungeschick solcher feierlichen Ankündigungen ist, wie gesagt, nur überboten worden durch den bedauerlichen Eindruck einer juristischen Abhandlung wie unserer ersten „Lusitania“-Note.

Da das amerikanische Ultimatum später die Basis abgab, von welcher aus die Washingtoner Regierung sofort nach der Erklärung des uneingeschränkten U-Bootkriegs die diplomatischen Beziehungen mit uns abbrach, lasse ich den wesentlichen Inhalt der amerikanischen Note vom 18. April hier wörtlich folgen:

„Immer wieder hat die Kaiserliche Regierung der Regierung der Vereinigten Staaten feierlich versichert, daß zum mindesten Passagierschiffe nicht in dieser Weise behandelt werden würden, und gleichwohl hat sie wiederholt zugelassen, daß ihre Unterseebootkommandanten diese Versicherungen ohne jede Ahndung mißachteten. Noch im Februar dieses Jahres machte sie davon Mitteilung, daß sie alle bewaffneten Handelsschiffe in feindlichem Eigentume als Teil der bewaffneten Seestreitkräfte ihrer Gegner betrachten und als Kriegsschiffe behandeln werde, indem sie sich so wenigstens implizite verpflichtete, nichtbewaffnete Schiffe zu warnen und das Leben ihrer Passagiere und Besatzungen zu gewährleisten; aber sogar diese Beschränkung haben ihre Unterseebootkommandanten unbekümmert außer acht gelassen.

Die Regierung der Vereinigten Staaten hat eine sehr geduldige Haltung eingenommen. Auf jeder Stufe dieser schmerzlichen Erfahrung von Tragödie über Tragödie war sie bestrebt, durch wohlüberlegte Berücksichtigung der außergewöhnlichen Umstände eines Krieges ohne Beispiel sich lenken und durch Gefühle echter Freundschaft für Volk und Regierung Deutschlands leiten zu lassen. Sie hat die aufeinanderfolgenden Erklärungen und Versicherungen der Kaiserlichen Regierung als selbstverständlich in voller Aufrichtigkeit und gutem Glauben abgegeben angenommen und hat die Hoffnung nicht aufgeben wollen, daß es der Kaiserlichen Regierung möglich sein werde, die Handlungen der Befehlshaber ihrer Seestreitkräfte in einer Weise zu regeln und zu überwachen, die ihr Verfahren mit den anerkannten, im Völkerrecht verkörperten Grundsätzen der Menschlichkeit in Einklang bringen werde. Sie hat den neuen Verhältnissen, für die es keine Präzedenzfälle gibt, jedes Zugeständnis gemacht und war willens zu warten, bis die Tatsachen unmißverständlich und nur einer Auslegung fähig wurden.

Wenn es noch die Absicht der Kaiserlichen Regierung ist, unbarmherzig und unterschiedslos weiter gegen Handels-

schiffe mit Unterseebooten Krieg zu führen ohne Rücksicht auf das, was die Regierung der Vereinigten Staaten als die heiligen und unbestreitbaren Gesetze des internationalen Rechts und die allgemein anerkannten Gebote der Menschlichkeit ansehen muß, so wird die Regierung der Vereinigten Staaten schließlich zu der Folgerung gezwungen, daß es nur einen Weg gibt, den sie gehen kann. Sofern die Kaiserliche Regierung nicht jetzt unverzüglich ein Aufgeben ihrer gegenwärtigen Methoden des Unterseebootkriegs gegen Passagiere und Frachtschiffe erklären und bewirken sollte, kann die Regierung der Vereinigten Staaten keine andere Wahl haben, als die diplomatischen Beziehungen zur deutschen Regierung ganz zu lösen. Einen solchen Schritt faßt die Regierung der Vereinigten Staaten mit dem größten Widerstreben ins Auge, sie fühlt sich aber verpflichtet, ihn im Namen der Menschlichkeit und der Rechte neutraler Nationen zu unternehmen.“

Nach dieser Note hatte man in Berlin offenbar keinen Zweifel mehr, daß ein Beharren auf dem bisherigen Standpunkte den Bruch mit den Vereinigten Staaten herbeiführen würde, denn ich erhielt den Auftrag, alles vorzubereiten, damit die in den amerikanischen Häfen liegenden deutschen Handelsschiffe durch Zerstörung der Maschinen unbrauchbar gemacht werden könnten.

Ferner bekam ich den Befehl, zu veranlassen, daß Herr Gerard, der nicht über die Minimalforderungen der amerikanischen Regierung informiert sei, entsprechende Instruktionen erhielte.

Ich antwortete wie folgt:

Ziffertelegramm

„Washington, den 1. Mai 1916.

House sagte mir, Gerard sei schon auf seinen Wunsch über Minimumforderungen hiesiger Regierung informiert worden. Wilson wird stark beeinflußt durch Friedensstimmen.

Selbst antideutscher Ring wünscht Beendigung des Krieges, da sonst finanzielle Verluste befürchtet werden. Meine Vorschläge beruhen auf Gedanken, daß Unterseebootkrieg nach internationalem Rechte geführt doch wertlos sei und Beginn von Friedensverhandlungen doch wichtiger. Es dürfte sich empfehlen, in Antwortnote nur prinzipielle Frage zu berühren, viel von Völkerrecht und Humanität zu sprechen und Einzelfälle späterer Erledigung zu überlassen. Ich fürchte, daß Führung U-Bootkriegs als Kreuzerkrieg nur Aufschub Bruchs bedeutet, da sicher neue Zwischenfälle eintreten werden.“

Am 4. Mai erfolgte die deutsche Antwort, welche die vierte schwere Krisis beilegte, indem sie die Mitteilung machte, daß der U-Bootkrieg auf die völkerrechtlich anerkannten Formen des Kreuzerkriegs zurückgeführt werden würde. Die Note trat zuerst in scharfen Worten der amerikanischen Auffassung entgegen und schloß dann mit folgenden Sätzen:

„Mit Berechtigung darf die deutsche Regierung aussprechen, daß es vor der Menschheit und der Geschichte nicht zu verantworten wäre, nach einundzwanzigmonatiger Kriegsdauer die über den Unterseebootkrieg entstandene Streitfrage eine den Frieden zwischen dem deutschen und dem amerikanischen Volke ernstlich bedrohende Wendung nehmen zu lassen. Einer solchen Entwicklung will die deutsche Regierung, soweit es an ihr liegt, vorbeugen. Sie will gleichzeitig ein letztes dazu beitragen, um — solange der Krieg noch dauert — die Beschränkung der Kriegführung auf die kämpfenden Streitkräfte zu ermöglichen, ein Ziel, das die Freiheit der Meere einschließt und in dem sich die deutsche Regierung mit der Regierung der Vereinigten Staaten auch heute noch einig glaubt.

Von diesem Gedanken geleitet, teilt die deutsche Regierung der Regierung der Vereinigten Staaten mit, daß Weisung an die deutschen Seestreitkräfte ergangen ist, in Beobachtung

der allgemeinen völkerrechtlichen Grundsätze über Anhaltung, Durchsuchung und Zerstörung von Handelsschiffen auch innerhalb des Seekriegsgebiets Kauffahrteischiffe nicht ohne Warnung und Rettung der Menschenleben zu versenken, es sei denn, daß sie fliehen oder Widerstand leisten.

Die deutsche Regierung geht von der Erwartung aus, daß ihre neue Weisung an die Seestreitkräfte auch in den Augen der Regierung der Vereinigten Staaten jedes Hindernis für die Verwirklichung der in der Note vom 23. Juli 1915 angebotenen Zusammenarbeit zu der noch während des Kriegs zu bewirkenden Wiederherstellung der Freiheit der Meere aus dem Wege räumt, und sie zweifelt nicht daran, daß die Regierung der Vereinigten Staaten nunmehr bei der großbritannischen Regierung die alsbaldige Beobachtung derjenigen völkerrechtlichen Normen mit allem Nachdruck verlangen und durchsetzen wird, die vor dem Kriege allgemein anerkannt waren und die insbesondere in den Noten der amerikanischen Regierung an die britische Regierung vom 28. Dezember 1914 und vom 5. November 1915 dargelegt sind. Sollten die Schritte der Regierung der Vereinigten Staaten nicht zu dem gewollten Erfolge führen, den Gesetzen der Menschlichkeit bei allen kriegführenden Nationen Geltung zu verschaffen, so würde die deutsche Regierung sich einer neuen Sachlage gegenüber sehen, für die sie sich die volle Freiheit der Entschließung vorbehalten muß.“

Die Note traf stückweise auf der deutschen Botschaft ein, und ihr grober Ton erweckte bei der Entzifferung der ersten Teile in steigendem Maße bei uns den Eindruck: „also Krieg!“, und erst der Schluß des Textes brachte das Einlenken.

Der von der kaiserlichen Regierung gemachte Versuch, sich die Wiederaufnahme des U-Bootkriegs zu einem späteren Zeitpunkte vorzubehalten, wurde von Herrn Wilson nicht angenommen, und es blieb also der Meinungszwiespalt bestehen, der sofort wieder zum Konfliktsstoff werden mußte

wenn wir zu dem uneingeschränkten U-Bootkriege übergingen. Der Vorbehalt führte zu einer weiteren Washingtoner Note, die nachstehend wiedergegeben ist:

„Die Note der Kaiserlichen Regierung vom 4. Mai 1916 ist von der Regierung der Vereinigten Staaten sorgfältig erwogen worden. Es ist besonders an ihr beachtet worden, daß sie als Absicht der Kaiserlichen Regierung für die Zukunft kundgibt, „daß sie ein letztes dazu beitragen will, um — solange der Krieg noch dauert — die Beschränkung der Kriegführung auf die kämpfenden Streitkräfte zu ermöglichen“, und daß die Kaiserliche Regierung entschlossen ist, allen ihren Seebefehlshabern die Beschränkungen nach den anerkannten völkerrechtlichen Grundsätzen aufzuerlegen, auf denen die Regierung der Vereinigten Staaten in all den Monaten bestanden hat, seit die Kaiserliche Regierung am 4. Februar 1915 ihre jetzt glücklicherweise aufgegebene Unterseebootpolitik ankündigte. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat sich in ihren geduldigen Bemühungen um einen freundschaftlichen Ausgleich der aus jener Politik erwachsenen kritischen Fragen, welche die guten Beziehungen zwischen den beiden Ländern so ernst bedrohten, beständig durch Beweggründe der Freundschaft leiten und zurückhalten lassen. Die Regierung der Vereinigten Staaten wird sich darauf verlassen, daß die jetzt geänderte Politik der Kaiserlichen Regierung hinfort eine gewissenhafte Ausführung finden wird, die die hauptsächliche Gefahr für eine Unterbrechung der guten, zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland bestehenden Beziehungen beseitigen wird. Die Regierung der Vereinigten Staaten hält für notwendig zu erklären, daß sie es für ausgemacht ansieht, daß die Kaiserliche Regierung nicht beabsichtigt, zu verstehen zu geben, daß die Aufrechterhaltung der neuangekündigten Politik in irgendeiner Weise von dem Verlaufe oder Ergebnisse diplomatischer Verhandlungen zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten und irgendeiner anderen kriegführenden

Regierung abhänge, obwohl einige Stellen in der Note der Kaiserlichen Regierung vom 4. d. M. einer solchen Auslegung fähig sein könnten. Um jedoch die Möglichkeit eines Mißverständnisses zu vermeiden, teilt die Regierung der Vereinigten Staaten der Kaiserlichen Regierung mit, daß sie keinen Augenblick den Gedanken in Betracht ziehen, geschweige denn erörtern kann, daß die Achtung der Rechte amerikanischer Bürger auf der hohen See von seiten der deutschen Marinebehörden in irgendeiner Weise oder in geringstem Grade von dem Verhalten irgendeiner anderen Regierung, das die Rechte der Neutralen und Nichtkämpfenden berührt, abhängig gemacht werden sollte. Die Verantwortlichkeit in diesen Dingen ist getrennt, nicht gemeinsam; absolut, nicht relativ.“

Diese amerikanische Note änderte indessen nichts an den friedlichen Ergebnissen der Verhandlungen.

Anläßlich des „Sussex“-Falles war in der Frage der amerikanischen Friedensvermittlung ein Fortschritt zu verzeichnen. Als ich Herrn House während der letzten Tage der Krisis besuchte, hatten wir eine längere Unterredung über diese Frage. Wie immer wurde auch anläßlich des „Sussex“-Falles der Einfluß des Herrn House in beruhigendem Sinne ausgeübt. Bei dieser Gelegenheit teilte er mir als erfreuliche Nachricht mit, daß, laut einem Telegramme Herrn Gerards, die deutsche Regierung nunmehr bereit sei, eine amerikanische Friedensvermittlung anzunehmen.

Diesem Telegramme lag folgender Sachverhalt zugrunde: Herr Gerard war wegen seiner deutschfeindlichen Gesinnung in Berlin nicht gern gesehen. Er fühlte sich auch dadurch persönlich verletzt, daß die wichtigsten Verhandlungen teils in Washington, teils durch Herrn House in Berlin geführt worden waren. Der Botschafter wollte deshalb die Gelegenheit des „Sussex“-Falles benutzen, um zur Geltung

zu kommen, und sprach den Wunsch aus, in das Hauptquartier zu reisen und dem Kaiser persönlich Aufklärung über den amerikanischen Standpunkt zu geben. Am 1. Mai wurde Herr Gerard in Gegenwart des Reichskanzlers vom Kaiser empfangen, bei welcher Gelegenheit er die von ihm gemeldete Zusicherung erhielt. Die Darstellung in Karl Helfferichs „Weltkrieg“ erweckt den Eindruck, als wäre am 1. Mai die Frage einer amerikanischen Friedensvermittlung zum ersten Male erörtert worden. Die beiden Reisen des Herrn House, welche viel mehr Bedeutung hatten als Herrn Gerards Besuch im Hauptquartier, finden in der Helfferichschen Schilderung überhaupt keine Erwähnung. Im übrigen kann ich mich hinsichtlich der Vorgänge in Deutschland nur an diese und andere Veröffentlichungen halten sowie an die Aussagen vor dem Ausschuß der Nationalversammlung. Jedenfalls betrachtete Herr House das aus Berlin eingegangene Telegramm als eine Fortsetzung der dort von ihm selbst geführten Verhandlungen, worüber die Form seiner Mitteilung an mich nicht den leisesten Zweifel ließ. Um mich auch meinerseits über die Haltung unserer Regierung zu informieren, fragte ich in der nachstehenden Depesche in Berlin an, ob die Meldung des amerikanischen Botschafters den Tatsachen entspreche.

Ziffertelegramm

„Washington Nr. 26, vom 4. Mai.

House sagte mir, Gerard habe telegraphiert, daß wir Friedensvermittlung Präsidenten annehmen würden und daß Houses Besuch in Berlin zu diesem Zwecke willkommen sei. Hier über Lösung Unterseebootfrage noch nichts bekannt. Friedensvermittlung hängt natürlich von glattem Verlaufe ab, welcher noch immer am leichtesten zu erreichen wäre durch Pause Unterseebootkriegs während Verhandlung.“

Ich erhielt vom Reichskanzler die folgende Antwort:

Ziffertelegramm

„Berlin 6. Mai 1916.

Auf Telegramm Nr. 26

Zu Euerer Exzellenz Orientierung:

Wir hoffen, daß unsere Note und großes Zugeständnis Zustand Mißtrauens endgültig beseitigt und Ära gegenseitiger vertrauensvoller Beziehungen eröffnet. Animosität hiesiger öffentlicher Meinung gegen Wilson wegen Ton und Inhalt seiner Note und wegen Eindrucks der Parteinahme gegen uns allerdings so groß, daß eine öffentlich erkennbare Aktion gegenüber England vorhergehen muß, bevor er als unparteiischer Friedensanreger vom deutschen Volk akzeptiert würde. Insofern ist Gerards Telegramm übereilt. Unterläßt Wilson eine derartige Aktion, so besteht Gefahr, daß sich Animosität unheilbar vertieft und Möglichkeit der Friedensvermittlung in weiteste Ferne gerückt wird. Letzten Endes bleibt Anbahnung Friedens natürlich immer erwünscht. Vorgehen gegen England erscheint aber auch notwendig, um dort Nachgiebigkeit zu erzeugen, wenn nicht schließlich ein lediglich England günstiger Friede zustandekommen soll.

Gelingt es nicht, England zu der Bereitwilligkeit zu bestimmen, mit uns, wenn auch vielleicht zunächst inoffiziell, über Frieden zu sprechen, so entsteht, da England wohl keinesfalls zur Rückkehr zur Londoner Deklaration zu bewegen sein wird, für uns nach der großen, im letzten Ende die Aufgabe des U-Bootkriegs in sich schließenden Konzession ein völlig unhaltbarer Zustand.

Besuch von House hier jederzeit sehr willkommen.

Bethmann Hollweg"

Die Darstellung Karl Helfferichs bestätigt nachträglich meine damalige Auffassung, welche dahin ging, daß unsere

Nachgiebigkeit in der Frage des U-Bootkriegs wesentlich durch die Hoffnung auf eine Friedensvermittlung Herrn Wilsons motiviert war. Namentlich die am angeführten Orte wiedergegebenen folgenden Worte des Kaisers lassen dies deutlich erkennen:

„Wenn man Politik machen wolle, müsse man vor allem wissen, worauf es dem andern ankomme; denn Politik sei nun einmal ein zweiseitiges Geschäft. Gerards Äußerungen hätten ihm bestätigt, daß Wilson eine Leiter zu der neuen Präsidentschaft suche. Da wollten wir ihm lieber die Friedensleiter hinstellen als die Kriegsleiter, die uns schließlich selbst auf den Kopf fallen werde.“

Übrigens hat auch Herr von Bethmann Hollweg vor dem Ausschusse der Nationalversammlung ausgesagt, er habe Herrn Gerard gegenüber die Hoffnung ausgesprochen, daß der Präsident nunmehr Schritte zur Herbeiführung des Friedens tun werde.

Als damals Herr House mit mir den deutschen Vorbehalt in der Note vom 4. Mai im Zusammenhange mit den Fragen der „Freiheit der Meere“ und des Friedens besprach, sagte er, die Verhältnisse hätten sich so gestaltet, daß der Präsident nicht mehr die Macht habe, England zur Beobachtung des Völkerrechts zu zwingen. Großbritannien würde nur nachgeben, wenn es einen Krieg befürchten müsse. Bei der Stimmung in den Vereinigten Staaten und infolge der Entwicklung der Handelsbeziehungen der Amerikaner zur Entente sei aber ein Krieg gegen England ausgeschlossen. Dagegen habe Herr Wilson die Macht, den Frieden herbeizuführen, weil er sich in dieser Frage auf die Mehrheit des amerikanischen Volkes stützen könne. Wenn die Zeit dafür reif sei, werde der Präsident die erforderlichen Schritte tun. Eine solche neutrale Tat würde aber von der sehr aktiven Ententepartei in den Vereinigten Staaten als prodeutsch verschrien und könne nur ausgeführt werden, wenn die Stimmung gegen Deutschland freundlicher geworden wäre. Es müsse daher eine politische Ruhepause eintreten, in welcher von

Deutschland womöglich gar nicht gesprochen würde. Die bevorstehende heiße Jahreszeit und der übliche Exodus der politischen Persönlichkeiten von Washington auf das Land würden eine günstige Gelegenheit bieten, alle Verhandlungen ruhen zu lassen, namentlich da neue Zwischenfälle nach der Einigung über die „Sussex" nicht mehr zu erwarten seien. Die Ausführungen des Herrn House entsprachen durchaus den tatsächlich in den Vereinigten Staaten bestehenden Verhältnissen. Ich konnte ihm nur beistimmen und zweifelte von da ab nicht mehr daran, daß die amerikanische Vermittlungsaktion im Spätsommer einsetzen werde Nachdem wir in der U-Bootfrage nachgegeben hatten, um den Bruch mit den Vereinigten Staaten zu vermeiden, nahm ich als sicher an, daß wir nicht später durch Aufnahme des uneingeschränkten U-Bootkriegs den soeben mit Mühe und Not vermiedenen Bruch direkt herbeiführen würden, denn anders war die Sache nach dem amerikanischen Ultimatum vom 18. April 1916 nicht anzusehen.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich schon klarstellen, daß ich immer die amerikanische Friedensvermittlung als den für uns einzig möglichen Ausweg aus dem Kriege betrachtete. Ich glaubte nicht an den U-Bootkrieg als Retter aus der Not, weil der Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg alle Vorteile, welche der U-Bootkrieg bringen konnte, mehr als ausgleichen mußte. Anderseits war ich überzeugt, daß, wenn die amerikanische Regierung eine Friedenskonferenz zustande brachte, auf dieser auch der Friede geschlossen werden würde. Es war nicht anzunehmen, daß bei dem allgemeinen Friedensbedürfnisse der Völker eine solche Konferenz resultatlos auseinandergehen könnte. Auch waren die Vereinigten Staaten nach Zusammentritt einer Konferenz gar nicht mehr in der Lage, in den Krieg einzutreten, weil die amerikanische öffentliche Meinung dies nicht verstanden hätte. Ohne Hilfe der Vereinigten Staaten konnte die Entente aber nicht siegen. Es war also nur eine Frage der Geschicklichkeit unserer

Unterhändler, ob ein für uns erträglicher Friede aus der Konferenz hervorging. Diplomatische Verhandlungen pflegen durch allgemeine Ermüdung ein Ende zu nehmen, wobei diejenige Partei den Vorteil genießt, welche die besten Pfänder in der Hand hat. In diesem Falle waren wir aber in der günstigeren Lage, da unsere Eroberungen uns eine vorteilhaftere Stellung bei den Verhandlungen gaben.

Hier möge eine andere Frage berührt werden, mit der ich in jener Zeit befaßt wurde. Seit der „Lusitania"-Katastrophe hatte ich das Prinzip aufgestellt und nach Möglichkeit durchgeführt, die Propaganda unseren amerikanischen Freunden zu überlassen, die eher als wir in der Lage waren, Gehör zu finden, und jedenfalls die amerikanische Psyche besser verstanden als reichsdeutsche Agenten. Das Wort „German Propagandist" war zwar in Amerika bereits zum Schimpfworte geworden; man machte uns dort den Vorwurf, zu viel des Guten getan zu haben, während in Deutschland der gegenteilige Vorwurf gegen uns erhoben worden ist. Es fanden sich aber trotz der ungünstigen Situation doch Amerikaner deutscher und anderer Abkunft, welche den Mut hatten, öffentlich für uns einzutreten und gegen den Strom zu schwimmen. Unter anderem bildete sich ein „Citizens Committee for food shipments", dessen Tätigkeit sich über das ganze Land erstreckte und ausgesprochen prodeutsch war. Eine Spezialität dieses Komitees, mit Dr. von Mach als ausführendem Leiter, war eine sich monatelang über das ganze Land erstreckende Propaganda, die Mittel für die Versendung von Milch für die Kinder Deutschlands im Auge hatte. Die englische Postbehandlung führte schließlich sogar zu dem kühnen Plan, ein Unterseeboot bauen zu lassen, um die Milch durch die englische Blockade zu bringen. Die Propaganda wurde von dem größten Teile der amerikanischen Presse recht stark angefeindet, ging aber unerschrocken ihren Weg,

melte Gelder, legte Proteste bei dem Staatsdepartement gegen die Haltung der Alliierten ein usw.

Dr. Mach erreichte, daß die Sache dem Präsidenten vorgetragen wurde, der sich lebhaft dafür interessierte und versprach, Sorge zu tragen, daß die Milch durch die englische Blockade nach Deutschland gelangte. Daraufhin forderte das Staatsdepartement eine Äußerung der Amerikanischen Botschaft in Berlin ein. Inzwischen kam der bekannte amerikanische Journalist Mac Clure von einer Informationsreise aus Deutschland zurück, wo er in jeder Weise die Unterstützung der deutschen Behörden erhalten hatte. Er schilderte die Milchfrage, wie überhaupt die Säuglingsfrage, in rosigen Farben, und es ergab sich daraus eine erste unangenehme Kontroverse. Indessen war Herr Mac Clure schließlich nicht maßgebend. Leider veröffentlichte aber dann das Staatsdepartement einen ebenso günstigen Bericht, der, als von der Amerikanischen Botschaft kommend und mit dem Einverständnisse des Auswärtigen Amtes in Berlin veröffentlicht, Dr. von Mach völlig den Boden unter den Füßen wegzog. Die Angelegenheit machte in Amerika einen sehr peinlichen Eindruck und führte zu einer Reihe gehässiger Angriffe gegen Dr. von Mach und die ganze Bewegung, die sich in unerfreulicher Weise bloßgestellt fühlte. Der günstige Bericht über die Milchfrage war von einem Dr. E. A. Taylor verfaßt und ausdrücklich von deutscher amtlicher Seite gebilligt bzw. inspiriert.

Ich erwähne diesen Vorfall als Beweis dafür, daß unsere Propaganda jedenfalls von Deutschland aus nicht erleichtert wurde, obgleich unser Pressebureau gerade die vorliegende Frage mehrfach in Berlin zur Sprache brachte. Diese Sache lag uns besonders am Herzen, weil die Amerikaner am leichtesten zu gewinnen sind, wenn an ihre humane Gesinnung appelliert wird. Auch stimmten doch günstige Berichte über die deutsche Verpflegungsfrage keineswegs zusammen mit der Verteidigung des U-Bootkriegs als Repressalie gegen die Hungerblockade. Unser bestes Argument wurde uns durch

diese heimische Methode der Propaganda genommen. Noch heute wissen die Amerikaner in ihrer Mehrzahl gewiß nicht, wieviel Kinder durch die Blockade gemordet worden sind.

*

In der jetzt von mir besprochenen Zeit spielte auch die viel erörterte Bolo-Affäre. Es ist ganz erstaunlich, wieviel Lügen über diese Sache vor dem Untersuchungsausschusse des amerikanischen Senats vorgebracht worden sind. Unter anderen wurden Hotelbedienstete, Chauffeure usw. eidlich vernommen, die bezeugten, daß ich Bolo bei Herrn Hearst getroffen hätte. Allerdings habe ich Herrn Hearst öfters besucht, was sich von selbst versteht, da er der einzige große Zeitungsbesitzer war, der sich während des Krieges neutral verhielt. Ich habe aber Bolo weder dort noch irgendwo anders getroffen; ich habe ihn überhaupt nie gekannt, oder auch nur von weitem gesehen. Seinen Namen hörte ich zum ersten Male, als er in Paris angeklagt wurde.

Wenn die Aussagen vor dem Untersuchungsausschusse des amerikanischen Senats in irgendeinem Punkte zuverlässig sind, läßt sich nach denselben annehmen, daß Bolo zunächst in der Absicht nach Amerika kam, ein Zeitungskartell zwischen dem „Journal“ und den Hearstschen Blättern zu gründen. Dieses Kartell sollte dann auf die Beendigung des Krieges im pazifistischen Sinne hinwirken. Wer die Auftraggeber Bolos waren, weiß ich nicht. Doch scheint so viel festzustehen, daß er mit der Zeitung „Journal“ in Verbindung stand. Vermutlich wollte Bolo Aktien dieses Blattes an Herrn Hearst verkaufen, um bares Geld für eine pazifistische Agitation zu bekommen. Diese Annahme scheint berechtigt, da Bolo sich auf der Reise nach Amerika an Herrn Bertelli anschloß, den Vertreter Hearsts in Paris. Der letztere ging aber auf Bolos Ideen nicht ein.

Später — ob absichtlich oder zufällig, weiß ich nicht — traf Bolo mit dem Mitbesitzer der Firma Amsinck und Co.,

Herrn Pavenstedt, zusammen, der einer der oder vielleicht der angesehenste Reichsdeutsche New Yorks war und allen Herren der Botschaft sehr nahe stand. Herr Pavenstedt, der nicht in der Lage war, als Privatmann auf Bolos Vorschläge einzugehen, reiste dann nach Washington, um mir die Sache vorzutragen. Er stellte sie mir so dar, daß ein langjähriger französischer Bekannter, für den er bürgen könne, nach Amerika gekommen sei, um Geld zu suchen für eine pazifistische Agitation in Frankreich. Dort wäre die Stimmung an einem Punkte angelangt, wo eine solche Agitation Erfolg verspräche, wenn ein Verständigungsfrieden in Aussicht gestellt werden könne. Herr Pavenstedt sagte, er dürfe unter keinen Umständen den Namen des Herrn nennen. Da die Absichten des von Herrn Pavenstedt empfohlenen Franzosen zu meiner Politik der Herbeiführung eines Verständigungsfriedens paßten und ich unbedingtes Vertrauen zu Herrn Pavenstedt hatte, meldete ich die Sache nach Berlin, wo das nötige Geld bewilligt wurde. Später zerstörte der Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit den Vereinigten Staaten die von mir eingeleitete Politik und schloß auch jede Aussicht auf eine Änderung in der Stimmung Frankreichs aus, wo die Hoffnung auf amerikanische Hilfe kriegsbelebend einwirkte.

Ich weiß nicht, wie Bolos Vorgehen zur Kenntnis der französischen Regierung gekommen ist. Jedenfalls kann dies aber nicht durch die Entzifferung meiner nach Berlin gerichteten Depeschen geschehen sein, da ich Bolos Namen nicht kannte. Infolge dieser Unkenntnis meinerseits wurde in einer zweiten Unterredung zwischen Herrn Pavenstedt und mir abgemacht, daß der ungenannte Franzose zu gegebener Zeit unter dem Pseudonym „St. Regis“ weitere Mitteilungen über den Verlauf der Aktion an unsere Gesandtschaft in Bern gelangen lassen werde.

In die Zeit der „Sussex"-Krise fiel ferner ein unangenehmer Zwischenfall, der uns in die Tage der „Verschwörungen" zurückversetzte. Infolge des Welland-Kanal-Prozesses überfielen amerikanische Geheimpolizisten Herrn von Igel, den Vertreter des Militärattachés, wegen angeblicher Mitschuld in seinem Bureau in New York, verhafteten ihn gewaltsam und entwendeten Akten, die sie auf seinem Tische fanden. Ich legte sofort Protest bei dem Staatsdepartement ein, worauf Herr von Igel befreit wurde und eine lange völkerrechtliche Kontroverse entstand, die noch kein Ende gefunden hatte, als Herr von Igel mit mir nach Deutschland zurückkehrte. Das amerikanische Justizdepartement behauptete, Herr von Igel sei der Teilnahme an einem Verbrechen verdächtig, könne daher nicht auf Exterritorialität Anspruch erheben und müsse vor ein amerikanisches Gericht gestellt werden. Das Staatsdepartement hegte zwar Zweifel, ob die Exterritorialität eines Bureaus in New York anzuerkennen sei, nahm aber im übrigen eine korrekte Haltung ein und gestattete nicht die Einleitung eines Prozesses gegen Herrn von Igel.

Die beschlagnahmten Dokumente wurden an das Staatsdepartement abgeliefert, wo sie noch heute liegen dürften. Mir gegenüber erklärte sich das Staatsdepartement bereit, die Papiere abzuliefern, wenn ich sie als Dokumente der Botschaft anerkennen wollte. Ich nahm aber an, daß man später den Versuch machen würde, mir aus einer solchen Erklärung einen Strick zu drehen, und verzichtete unter diesen Umständen auf die Rückgabe der Papiere, da sie für uns doch von keinem Werte mehr waren. Wenn sich darunter Material befand, daß sich gegen die früheren Attachés der Botschaft verwenden ließ, war anzunehmen, daß das Justizdepartement die Dokumente schon längst hatte abschreiben lassen.

Ein positives politisches Ergebnis hat die Igel-Affäre nicht gehabt, da die amerikanische Regierung alle Kontroversen fallen ließ, als sie die Friedensvermittlung aufzunehmen begann.

Um zu der Erledigung des „Sussex"-Zwischenfalles zurückzukehren, so wäre noch zu erwähnen, daß unser Zurückweichen in der U-Bootfrage von weiten Kreisen in Deutschland mißbilligt wurde. Ferner erlitt der U-Bootbau dadurch eine Hemmung. Wenigstens hat Staatssekretär von Capelle vor dem Untersuchungsausschusse der Nationalversammlung ausgesagt, daß die Aufstellung eines großzügigen U-Bootbauprogrammes auch deshalb unterbleiben mußte, weil es der politischen Haltung Deutschlands nach Beilegung des „Sussex"-Falles zu schroff widersprochen hätte. Der U-Bootbau ist tatsächlich, wie von den Herren Struve, Gothein und Genossen hervorgehoben wurde, von 1916 ab nicht mehr mit voller Entschiedenheit gefördert worden. Deshalb muß der Entschluß, im Jahre 1917 zum uneingeschränkten U-Bootkrieg überzugehen, als doppelt schwer bezeichnet werden. Man sieht hier besonders klar, wie unsere zwiespältige Politik einerseits die U-Bootpolitik und anderseits die Friedensvermittlungspolitik dauernd lähmte und schädigte.

Als Abschluß der „Sussex"-Frage lasse ich noch ein Telegramm folgen, das ich an das Auswärtige Amt richtete, als Staatssekretär Lansing öffentlich von einem englisch-amerikanischen Vertragsverhältnisse gesprochen hatte — eine Äußerung, welche in Berlin dahin gedeutet worden war, daß die Vereinigten Staaten in einem Bündnisverhältnisse mit England stünden. Bekanntlich ist während des Krieges öfters eine solche Behauptung aufgestellt worden.

Ziffertelegramm

„Washington, den 21. Mai 1916.

Ich verhandle vertraulich unter Mitwirkung Houses über Erledigung noch schwebender Fragen wie „Lusitania" und „Igel", damit völlig reiner Tisch geschaffen wird. Stimmung hier jetzt günstiger wegen der Wirkungen der irischen Hinrichtungen. Wilson hält Konflikt mit uns für erledigt und wünscht Beruhigung und baldige Friedensstiftung. Lansings

Äußerung über englisch-amerikanische Vertragspflicht bezieht sich auf den Bryan-Vertrag. Er wollte andeuten, daß Krieg mit England über Blockade ausgeschlossen sei und deshalb Pressionsmittel fehlen. Äußerung zusammenhängt mit der von mir gemeldeten hiesigen Auffassung, daß es leichter sei, den Krieg zu beendigen, als England zur Aufhebung der Blockade zu zwingen.“

*

Ich habe bisher die verschiedenen deutschen Schiffe nicht erwähnt, die während des Krieges die Häfen der Vereinigten Staaten besuchten. Ihre Geschichte ist auch allgemein bekannt. Ich will daher hier nur einige psychologische Wirkungen und eigene Erlebnisse anführen.

Die Hilfskreuzer „Kronprinz Friedrich Wilhelm“ und „Eitel Friedrich“ waren die ersten deutschen Schiffe, die in Hampton Roads einliefen und dort interniert wurden.

Viel mehr Aufsehen erregte am 15. Februar 1916 die Einfahrt der „Appam“, weil zu jener Zeit die deutsche Flagge schon lange nicht mehr auf der amerikanischen Seite des Atlantischen Ozeans gesehen worden war. Den deutschen Lesern ist die Tatsache aus Graf Dohnas „Möwe“-Buch geläufig. Die Anerkennung der Tat des Leutnants Berg war in den Vereinigten Staaten eine allgemeine, um so mehr, als sein Verhalten den amerikanischen völkerrechtlichen Auffassungen vollkommen entsprach. Noch heute klingt mir der Ton innerster Überzeugung in den Ohren, in dem Staatssekretär Lansing mir im Metropolitan Club sagte, die Fahrt der „Appam“ sei ein „marvellous achievement“.

In den fernsten Tagen der Zukunft werden die Studenten des Völkerrechts den „Appam“-Fall als klassisches Beispiel zitieren hören. Auf der deutschen Botschaft in Washington füllten sich Bände von Akten mit juristischen Gutachten von hervorragenden Rechtsgelehrten, da die Angelegenheit von der amerikanischen Regierung nicht politisch behandelt,

sondern den Gerichten übergeben worden war. Einstweilen blieb die „Appam“ als Prise in Hampton Roads liegen. Der Prozeß kam erst nach dem Abbruche der diplomatischen Beziehungen zum Austrage, als die Sache für uns von keiner Bedeutung mehr war.

Das von der „Appam“ erregte Interesse verschwand in Nichts gegenüber dem Aufsehen, welches die Ankunft der U-„Deutschland“ am 8. Juli 1916 verursachte. Die darauffolgenden Tage waren neben denen nach der Einigung über den „Arabic“-Zwischenfall die angenehmsten, die ich während des Krieges in Amerika erlebte. Überall entstand eine geradezu freundliche Stimmung, und Kapitän König war der populärste Mann in den Vereinigten Staaten. Wenn wir zehn solcher Handels-U-Boote nach Amerika geschickt und den U-Bootkrieg im übrigen konsequent nach den Grundsätzen des Kreuzerkriegs geführt hätten, würden wir weit größere politische Resultate erzielt haben als uns vergönnt gewesen sind.

Die Einfahrt der U-„Deutschland“ in Baltimore und der erste Besuch Kapitän Königs in der Stadt glichen einem Triumphzuge. Ich beabsichtigte, sofort dorthin zu fahren, um den Helden des Tages und seine wackeren Seeleute zu begrüßen, zog es aber dann vor, zunächst abzuwarten, wie sich die amerikanische Regierung zu den Protesten des englischen und französischen Botschafters verhalten würde, die beide erklärt hatten, daß der „Deutschland“ als U-Boot ohne weiteres Kriegsschiffcharakter zukomme. Am 13. Juli wurde die „Deutschland“ von einer amerikanischen Regierungskommission, bestehend aus drei Marineoffizieren, auf das genaueste inspiziert und ihr Charakter als reines Handelsschiff anerkannt. Daraufhin durfte die „Deutschland“ in Baltimore nach Bedarf liegenbleiben und zur Rückfahrt Ladung an Bord nehmen. Nunmehr konnte auch ich einen offiziellen Besuch in Baltimore abstatten und die „Deutschland“ besichtigen. Der Bürgermeister der Stadt begleitete mich und

stieg mit mir trotz der glühenden Hitze von einigen vierzig Grad in alle Tiefen des U-Boots hinab, was dem kräftig gebauten Herrn immerhin einige Mühe und viele Schweißtropfen kostete. Abends gab der Bürgermeister eine Festtafel, bei der es wie in den guten Tagen vor dem Kriege herging. Deutsche und amerikanische Flaggen schmückten die Räume, die Musik spielte die „Wacht am Rhein“ und viele Reden wurden auf das gute Einvernehmen zwischen beiden Ländern gehalten.

Auch bei ihrem zweiten Besuche, welcher sich im Oktober in New London (Connecticut) abspielte, fand die „Deutschland“ eine sehr freundliche Aufnahme, wenn auch die Atmosphäre wesentlich kühler war. Die Stimmung in den Neu-England-Staaten ist uns immer besonders ungünstig gewesen. Ich verlebte aber auch dort einen sehr angenehmen Tag mit Kapitän König, der meine Frau zu ihrer großen Freude alle Teile des U-Boots besuchen ließ.

Im Gegensatze zu den moralischen Eroberungen, welche die U-„Deutschland“ für uns machte, stand der im allgemeinen ungünstige Eindruck des gleichzeitigen Besuchs des U 53. Völlig überraschend erhielt ich die Nachricht, daß ein deutsches U-Boot in Newport eingefahren sei, dessen Kommandant sich bei dem amerikanischen Stationschef gemeldet und einen Brief für mich abgegeben habe. Dann sei das U-Boot nach kurzem Aufenthalt wieder ausgelaufen. Der Brief erregte in der Presse viel Aufsehen, enthielt aber tatsächlich nichts weiter wie die Meldung des Kommandanten. Die Episode des U 53 war, vom politischen Standpunkt aus betrachtet, höchst unerwünscht und hatte militärisch gar keinen Wert. Als vollends nach wenigen Tagen die Nachrichten einliefen, daß U 53 an der amerikanischen Küste mehrere Schiffe versenkt habe — allerdings immer nach den Regeln des Völkerrechts —, nahm die Angelegenheit eine ziemlich ernste Wendung. Ich fuhr gerade in diesen Tagen nach Shadow Lawn, dem schönen, an der Küste New Jerseys gelegenen Sommersitze des Präsidenten, um Herrn Wilson

einen Brief des Kaisers zu überreichen. Der Präsident hatte sich an die Staatsoberhäupter aller kriegführenden Mächte gewandt, um diese zu bewegen, die Versorgung des unter Hungersnot leidenden Polens nach belgischem Muster zu gestatten. Wie vorauszusehen war, lehnte die Entente den Vorschlag ab, während die Zentralmächte ihre Einwilligung gaben. Die kaiserliche Zustimmung war in dem Briefe enthalten, den ich Herrn Wilson überbrachte.

Bei dieser Gelegenheit sprach mir der Präsident mit sehr ernsten Worten von der Kreuzerfahrt des U 53 und bat mich dringend, dafür zu sorgen, daß dieser Vorfall keine Wiederholung finde. Andernfalls vermöge er nicht für die Stimmung in den Vereinigten Staaten einzustehen, die wieder sehr bitter werden könnte. Mir selbst war die Sache höchst unangenehm, weil ich auf Herrn Wilsons Friedensaktion wartete und weil ich fürchtete, die Fahrt des U 53 werde so ausgelegt werden, als wollten wir die Wiederwahl des Präsidenten erschweren. Es war anzunehmen, daß seine republikanischen Gegner sagen würden, Deutschland erlaube sich jetzt alles, da Herr Wilson niemals energische Maßregeln ergriffen habe.

Über diese Unterredung mit dem Präsidenten telegraphierte ich das Folgende an das Auswärtige Amt:

Ziffertelegramm

„Washington, den 11. Oktober 1916.

Ich hatte Unterredung mit Wilson anläßlich Übergabe Kaiserlichen Handschreibens, betreffend polnische Hilfsaktion. Präsident möchte Sache weiterverfolgen und fragte mich, wie dies am besten geschehen könne. Ich erwiderte, daß die Schwierigkeiten ausschließlich auf englischer Seite lägen.

Hinsichtlich Kreuzerkrieg unserer U-Boote an amerikanischer Küste ist Wilson naturgemäß besorgt, weil seine ganze Hoffnung, wiedergewählt zu werden, ausschließlich darauf beruht, daß er nach hiesiger Auffassung bisher Vereinigte Staaten nicht in den Krieg hat hineinziehen lassen und trotz-

dem unsere sogenannten illegalen Angriffe auf amerikanische Leben beendet hat. Dies ganze Gebäude stürzt zusammen, wenn jetzt Amerikaner umkommen oder hier gegen U-Bootkrieg an amerikanischer Küste starke Erregung entsteht. Eine solche ist bisher nicht vorhanden. Der Erfolg von U-Boot 53 wird sogar als Sporterfolg gefeiert. Diese Auffassung würde sich indessen ändern, wenn der Vorfall nicht vereinzelt bleibt. Deshalb sprach auch Wilson ausdrücklich von Fortsetzung U-Bootkriegs an amerikanischer Küste. Besonders bedenklich fand er die Tatsache, daß zwei neutrale Schiffe versenkt wurden und ein kanadisches Passagierschiff, welches nach den Vereinigten Staaten fuhr. Solche Fälle seien dem amerikanischen Publikum unbegreiflich.

Auf dieses Telegramm erhielt ich von dem Reichskanzler die nachstehende Antwort:

Ziffertelegramm

„Berlin, den 14. Oktober 1916.

In polnischer Hilfsaktion Schwierigkeiten lediglich bei England. Fortsetzung des U-Bootkriegs an amerikanischer Küste, wie ich ausschließlich zu Euerer Exzellenz persönlicher Information bemerke, nicht beabsichtigt. Endgültige Stellungnahme zu Tätigkeit von U-Boot 53 erst möglich, wenn es zurück ist. Unsere Zusagen an Amerika werden jetzt und bis zu etwaigem späteren ausdrücklichen Widerruf strikt eingehalten.

gez. Bethmann Hollweg"

ZEHNTES KAPITEL

DIE AMERIKANISCHE FRIEDENS-VERMITTLUNG

IM Hochsommer 1916 trat tatsächlich die von Herrn House gewünschte politische Ruhepause ein. Der Oberst begab sich an einen der schönen Seen des Staates New Hampshire, weit im Norden der Vereinigten Staaten, wo ich im allgemeinen ihn nur brieflich oder telegraphisch erreichen konnte. Wie sehr wir unsere Beziehungen geheimhielten, geht daraus hervor, daß ich verabredungsgemäß Herrn House immer unter dem angenommenen Namen „Martin“ schrieb und telegraphierte. Diese Vorsicht war sehr berechtigt, da die Untersuchung des Senatskomitees ergeben hat, daß die Briefe der Botschaft häufig von Agenten der Ententepropaganda geöffnet worden sind — ob mit oder ohne Beihilfe der amerikanischen Geheimpolizei lasse ich dahingestellt. Auf diese Frage kam ich schon anläßlich der Beraubung Herrn Alberts zu sprechen. In der Geheimpolizei aller Länder finden sich dunkle Ehrenmänner. Es dürfte als sicher anzunehmen sein, daß solche Leute von den Ententeagenten bestochen worden sind.

Bald nach der Erledigung des „Sussex“-Falles — am 27. Mai — trat Herr Wilson zum erstenmal mit seinem Plane der Errichtung eines Völkerbundes an die Öffentlichkeit. Dieser Gedanke sollte den Grundstein seiner Friedensvermittlung bilden und alle Hoffnungen der amerikanischen Pazifisten auf obligatorische Schiedsgerichte in internationalen Streitigkeiten und allgemeine Abrüstung erfüllen. Vor dem Kriege hatten viele einsichtige Männer in den Vereinigten

Staaten geglaubt, daß das von der amerikanischen Regierung in Angriff genommene System der Schiedsgerichtsverträge die Möglichkeit großer Kriege ausschließen würde. Der Ausbruch des Weltkrieges zeigte, daß Amerika sich Illusionen hingegeben hatte, und es ergab sich daraus die Frage, welche stärkeren Sicherungen möglich wären, um der Wiederkehr einer Weltkatastrophe vorzubeugen. Herr Wilson war einer der ersten, in welchem der Gedanke reifte, daß die bis dahin als utopistisch geltende Idee einer alle Kulturvölker zur friedlichen Schlichtung ihrer Streitigkeiten verpflichtenden Liga durchaus praktischer Durchführung fähig sei, sofern sie sich auf das Zwangsmittel des Handelsboykotts stützte, wie ihn die Entente in völkerrechtswidriger Weise mit furchtbaren Folgen gegen Deutschland anwandte.

Die wichtigsten Sätze aus der Ansprache, welche der Präsident am 27. Mai an die amerikanische Friedensliga richtete, lauteten wie folgt:

„Als ich Ihre Einladung zu heute abend erhielt, freute ich mich, sie annehmen zu können, weil sich die ganze Welt immer lebhafter der Hoffnung auf Frieden zuwendet und berechtigter Grund dafür vorhanden ist, daß wir unsern Anteil an der Beratung dieses großen Gegenstandes haben.

Mit den Ursachen und Zwecken des Krieges haben wir nichts zu tun. Wir haben kein Interesse daran, die dunkeln Quellen zu erforschen, aus denen seine furchtbare Flut hervorgebrochen ist.

Die klare Lehre der Erschütterung, durch welche die ganze Welt in einer für alle Nationen so weittragenden Frage überrascht worden ist, ist die, daß der Weltfriede sich von nun an auf eine neue und bessere Diplomatie stützen muß. Erst dann, wenn die großen Staaten der Welt eine Art Übereinkommen darüber getroffen haben, was sie als grundlegend für ihre gemeinsamen Interessen betrachten, und wenn sie einen brauchbaren Weg zu gemeinschaftlichem Handeln für den Fall gefunden haben, daß irgendein Staat oder eine

Gruppe von Staaten diese grundlegenden Dinge zu stören sucht, — erst dann können wir die Empfindung haben, daß die Kultur endlich dabei ist, ihr Dasein zu rechtfertigen und Anspruch auf Dauer zu erheben. Staaten müssen in Zukunft von demselben hohen Ehrenkodex beherrscht werden, den wir von Einzelpersonen verlangen.

Die führenden Staatsmänner der meisten großen, jetzt im Kriege befindlichen Nationen sind nach ihren wiederholten Äußerungen zu dem Schlusse gekommen, daß die Grundsätze des Völkerrechts künftig den Vorrang vor den Sonderinteressen der einzelnen Völker haben und die Völker der Welt sich irgendwie zusammenschließen müssen, um dafür zu sorgen, daß dies Recht gegen alle Arten selbstsüchtiger Angriffe aufrechterhalten werde; daß künftig nicht Bündnis gegen Bündnis, Verständigung gegen Verständigung stehe, sondern daß ein allgemeines Einvernehmen zu gemeinsamem Zwecke bestehen und das Hauptstück dieses Zweckes die Unverletzbarkeit der Rechte der Völker und der Menschheit sein muß. Das ist zweifellos die Meinung Amerikas, und es ist das, was wir selbst aussprechen werden, wenn eine geeignete Gelegenheit dazu kommt.

Wir halten folgendes für die grundlegenden Dinge:

Erstens, daß jedes Volk das Recht hat, die Herrschaft zu wählen, unter der es leben will. Wie andere Völker haben auch wir unzweifelhaft hin und wieder gegen diesen Grundsatz verstoßen, wenn wir uns für kurze Zeit von selbstsüchtiger Leidenschaft leiten ließen, wie unsere aufrichtigeren Geschichtschreiber ehrlich zugegeben haben; aber er ist mehr und mehr die Regel für unsere Lebensführung geworden.

Zweitens, daß die kleinen Staaten der Welt das Recht haben, dieselbe Achtung für ihre Souveränität und die Unversehrtheit ihres Gebiets zu genießen, welche die großen und mächtigen Nationen erwarten und auf der sie bestehen, und

drittens, daß die Welt ein Recht hat, von jeder Friedensstörung verschont zu bleiben, die ihren Ursprung in Angriff

und Nichtachtung gegen die Rechte der Völker und der Staaten hat.

So aufrichtig glauben wir an diese Dinge, daß ich sicher bin, nach dem Sinn und dem Wunsche des amerikanischen Volkes zu sprechen, wenn ich sage, daß die Vereinigten Staaten gewillt sind, an jeder möglichen Verbindung von Staaten teilzunehmen, die zu dem Zwecke eingegangen wird, diese Ziele zu verwirklichen und ihre Verletzung zu verhüten.

Wenn es je unser Vorrecht sein sollte, eine Bewegung für den Frieden unter den jetzt im Kriege befindlichen Nationen anzuregen oder in das Werk zu setzen, so wird das Volk der Vereinigten Staaten sicherlich wünschen, daß seine Regierung von den folgenden Richtlinien ausgeht:

Erstens, eine Auseinandersetzung über die unmittelbaren Interessen der Kriegführenden, so wie sie selbst sich darüber einigen. Wir erstreben für uns selbst keinen materiellen Vorteil irgendeiner Art und sind uns voll bewußt, in keinem Sinne und in keinem Grade in dem gegenwärtigen Kampf Partei zu sein. Unser Interesse ist allein der Friede und seine zukünftige Gewährleistung.

Zweitens, eine allgemeine Verbindung der Staaten zu dem Zwecke, die Sicherheit der Hauptseewege für den gemeinsamen und unbehinderten Gebrauch aller Nationen der Welt unverletzt aufrechtzuerhalten und jede Kriegserklärung zu verhindern, die Verträge verletzt oder ohne vorherige Warnung und Vorlage ihrer Gründe vor der öffentlichen Meinung der Welt erfolgt, was eine tatsächliche Gewähr für Unversehrtheit des Gebiets und politische Unabhängigkeit wäre."

Diese Rede zeigte alle Merkmale der Rhetorik Herrn Wilsons: glänzende Beherrschung der englischen Sprache, blendende Fülle der Worte, und nebelhafte Satzbildung, welche nur Eingeweihten das Ziel klar zeigt. Immerhin konnte die Rede in ihren wesentlichen Punkten nicht mißverstanden werden. Sie bereitete die Welt auf eine amerikanische

Friedensvermittlung vor unter starker Betonung des Völkerbundgedankens.

Die politische Ruhe des Hochsommers brachte eine bedeutende Verbesserung der Stimmung uns gegenüber. Diese günstige Wendung zeigte sich besonders bei der schon erwähnten Ankunft des Handelstauchbootes „Deutschland".

In die gleiche Zeit wie die obige Rede Herrn Wilsons fiel der folgende meiner Berichte:

Zifferbericht

„Washington, 28. Mai 1916.

Die Beruhigung der hiesigen öffentlichen Meinung schreitet fort. In der Presse ist kaum mehr von den deutsch-amerikanischen Beziehungen die Rede. Nur zwei Fragen schweben noch. Die amerikanische Regierung zögert mit der Veröffentlichung meines Briefes über die „Lusitania"-Einigung, weil sie glaubt, daß diese die hiesige öffentliche Meinung nicht befriedigen wird. Vermutlich dürfte die Veröffentlichung während des republikanischen Nationalkonvents zu Anfang Juni erfolgen, damit sie in der allgemeinen inneren politischen Aufregung möglichst unbemerkt vorübergeht. Das Zögern der amerikanischen Regierung in dieser Frage zeigt deutlich, wie groß die Gegensätze gewesen sind. Während wir glaubten, gewaltige Konzessionen gemacht zu haben, ist die hiesige Regierung der Ansicht, daß sie ihr von der öffentlichen Meinung vorgeschriebenes Ziel nicht erreicht hat.

Ferner ist der Igel-Fall noch nicht erledigt. In dieser Frage besteht eine Meinungsverschiedenheit zwischen dem Staats- und Justizdepartement. Ersteres steht auf unserem Standpunkte, daß die Beschlagnahme der Papiere illegitim war und deshalb rückgängig gemacht werden müßte. Das Justizdepartement dagegen behauptet, Herr von Igel habe sich eines Verbrechens schuldig gemacht und genieße deshalb nicht die diplomatischen Privilegien. Infolgedessen komme ich

nicht weiter, und der Prozeß wird immer wieder vertagt. Hoffentlich rafft sich das Staatsdepartement bald zu einer Entscheidung auf, die indessen jedenfalls die Heimberufung Herrn von Igels notwendig machen dürfte.

Die Friedenspläne Präsident Wilsons werden immer greifbarer. Es fragt sich nur, ob er genügend Autorität haben wird, um unsere Feinde zum Eintritt in Verhandlungen zu zwingen. Oberst House ist überzeugt, daß Herr Wilson Erfolg haben wird. Dem Präsidenten schwebt die Berufung einer Konferenz nach dem Haag vor, an welcher die Neutralen nur insoweit teilnehmen sollen, als es sich um die „Freiheit der See" handelt. Falls die Sache zustande kommt, wird Oberst House jedenfalls an der Konferenz teilnehmen, wenn auch vielleicht nicht als der amtliche amerikanische Vertreter. Sein Einfluß dürfte aber sehr groß werden, da niemand anders in wirklichem Meinungsaustausche mit Herrn Wilson steht. Der letztere ist immer noch der Ansicht, daß die Vereinigten Staaten sich keinesfalls in die eigentlichen Friedensbedingungen einmischen sollen. Er und sein „alter ego" sind indessen vorläufig sehr besorgt, daß unsere Feinde halsstarrig bleiben könnten, weil sie den Eindruck hätten oder zu erwecken suchten, als handle der Präsident im deutschen Auftrage, wenn er seine Friedensaktion beginne. Von England aus wird letzterer Gedanke allerdings immer wieder in die Diskussion geschoben. Einmal heißt es, Fürst von Bülow komme hierher, um Herrn Wilson die deutschen Friedensbedingungen zu unterbreiten; ein andermal, daß Deutschland der Hungersnot nahe sei und deshalb um Frieden bitten müsse. Diesen Bemühungen unserer Feinde sollten wir so viel wie möglich entgegentreten. Allzu großen Schaden werden sie hoffentlich nicht anrichten, weil die Friedensstimmen im amerikanischen Volke ständig wachsen und Herr Wilson wohl mit Sicherheit auf seine Wiederwahl rechnen kann, wenn er eine Friedenskonferenz zustande bringt. Deshalb werden wir täglich hier an Terrain gewinnen, solange es den Anschein

hat, daß wir bereit sind, der amerikanischen Friedensaktion entgegenzukommen, während unsere Feinde sich ablehnend verhalten. Das amerikanische Volk ist nun einmal pazifistisch gesinnt. Es wird täglich klarer, wie schwer es ist, hier eine Stimmung für Kriegsbereitschaft usw. hervorzurufen. Wer lange hier gelebt hat, kann sich der Überzeugung nicht verschließen, daß friedlicher Gelderwerb der Lebensinhalt des Amerikaners ist. Nur wenn er glaubt, es sei ihm ein schweres Unrecht geschehen, läßt er sich in eine hysterische Kriegsstimmung versetzen. Warum sollten auch kriegerische Gelüste im Herzen eines Volkes wohnen, dessen Grenzen noch lange nicht zu eng sind, das niemals einen Feind innerhalb derselben gesehen hat und nach menschlicher Berechnung auf absehbare Zeit hinaus auch nicht sehen kann."

*

Nach der Erledigung des „Sussex"-Falles wünschte die kaiserliche Regierung naturgemäß, daß seitens Herrn Wilsons Schritte erfolgen sollten, die unsere Nachgiebigkeit in der U-Bootfrage rechtfertigten. Dementsprechend wurden mir die nachstehenden generellen Instruktionen erteilt:

Erlaß A. 56

„Geheim Berlin, den 7. Juni 1916.

Mehr als ein Monat ist seit unserer letzten Note an die Vereinigten Staaten in der Unterseebootfrage verstrichen, ohne daß sich Präsident Wilson bei der englischen Regierung zu irgendeinem Schritte in der Blockadefrage entschlossen hätte. Ich erwarte zwar nicht, daß sich England unter der Einwirkung der Vereinigten Staaten zu einem Verzichte auf seine völkerrechtswidrigen Maßnahmen verstehen würde; ebensowenig nehme ich an, daß eine Zurückweisung der amerikanischen Forderungen durch England zu einer ernstlichen Trübung der Beziehungen beider Länder führen würde. Schon der bestehende Schiedsvertrag, der es ermöglicht, äußerstenfalls

die Erledigung der Streitpunkte auf die lange Bank zu schieben, schließt das aus. Aber die völlige Passivität Herrn Wilsons, die erklärlich war, solange er den Anschein zu vermeiden wünschte, unter deutschem Drucke zu handeln, die aber auf die Dauer hiermit nicht zu rechtfertigen ist, muß unsere öffentliche Meinung sehr ungünstig beeinflussen und versetzt die Kaiserliche Regierung in die denkbar schwierigste Lage.

Euer Exzellenz werden schon aus den dorthin gelangten Nachrichten entnommen haben, daß unser Zurückweichen in der Unterseebootfrage vor Amerika von weiten und einflußreichen Kreisen in Deutschland mißbilligt wird. Verharrt Präsident Wilson noch länger in seiner Untätigkeit gegenüber England, so ist zu befürchten, daß auch der Teil der deutschen öffentlichen Meinung, der die Haltung der Regierung bis jetzt gebilligt hat, sich den Gegnern der Regierungspolitik anschließt und daß die gesamte öffentliche Meinung in Deutschland die Wiederaufnahme des Unterseebootkriegs in den früheren Formen gebieterisch fordert. Die Kaiserliche Regierung würde dann um so weniger in der Lage sein, sich dieser Forderung auf die Dauer zu widersetzen, als alle militärischen Stellen nach wie vor den rücksichtslosen Unterseebootkrieg als das einzig wirksame Kriegsmittel zur völligen Niederkämpfung Englands ansehen und empfehlen. Dazu kommt, daß, wie wir aus ganz geheimen Quellen wissen, die Entente eine noch weitere erhebliche Verschärfung der Blockademaßnahmen beschlossen und gleichzeitig vereinbart hat, Proteste der Neutralen, insbesondere aber Amerikas, in Zukunft mit dem Argument zurückzuweisen, daß nur auf diese Weise eine auch im Interesse der Neutralen liegende Beendigung des Krieges herbeigeführt werden könne. Euer Exzellenz wollen daher den Präsidenten Wilson durch Herrn House auf die ernsten Gefahren aufmerksam machen lassen, die seine Passivität England gegenüber in sich birgt.

Was die Friedensvermittlungsabsicht Herrn Wilsons betrifft, so findet dieselbe einstweilen ja in England lebhaften

Widerspruch. Es kann uns nur willkommen sein, wenn die Ablehnung von England ausgeht, denn es liegt auf der Hand, daß wir der Vermittlung eines in seinen ganzen Auffassungen dem englischen Standpunkte so weit zuneigenden und überdies so naiven Staatsmannes wie Präsident Wilson skeptisch gegenüberstehen. Dazu nötigt schon die Erwägung, daß der Präsident voraussichtlich bemüht sein würde, den Frieden im wesentlichen auf der Grundlage des Status quo ante, insbesondere auch bezüglich Belgiens, herbeizuführen.

So wenig es sich auch heute noch übersehen läßt, inwieweit wir in der Lage sein werden, eine unseren Interessen entsprechende Lösung der belgischen Frage herbeizuführen, die durch den Krieg aktuell geworden ist, so läßt sich doch heute so viel schon sagen, daß bei weiterem für uns günstigen Fortgange des Krieges ein Friede auf der Grundlage des absoluten Status quo ante für uns unannehmbar ist. So wie der Präsident seine Rolle auffaßt, als berufener Schirmherr alles dessen, was nach seiner Auffassung Recht und Gerechtigkeit ist, ist zu befürchten, daß unsere Weigerung, auf dieser Grundlage Frieden zu schließen, ihn veranlassen könnte, dann offen in das Lager unserer Feinde überzugehen. Es ist aber nicht ausgeschlossen, daß die öffentliche Meinung in England mit der Zeit sich Herrn Wilson und seinem Vermittlungswunsche wieder zuwendet. Sobald die Vermittlungsabsichten Herrn Wilsons drohen, konkretere Formen anzunehmen, und auf englischer Seite die Neigung erkennbar wird, auf sie einzugehen, wird es daher die Aufgabe Euerer Exzellenz sein, zu verhindern, daß Präsident Wilson mit einem positiven Vermittlungsvorschlage an uns herantritt. Die Wahl der Mittel, um dieses Ziel ohne Gefährdung unserer Beziehungen zu den Vereinigten Staaten zu erreichen, glaube ich dem diplomatischen Geschick Euerer Exzellenz überlassen zu dürfen, da ich von hier aus die dortige Lage der Dinge nicht zu übersehen vermag.

gez. von Jagow"

Ich erwähnte schon früher, daß Herr Wilson seit einiger Zeit die Frage dei „Freiheit der See“, das heißt in diesem konkreten Falle der englischen Blockade, hinter seinen Wunsch den Frieden zu vermitteln, zurückgestellt hatte. Von seinem Standpunkte aus betrachtet, beruhte diese neue Reihenfolge seiner Pläne auf einem ganz richtigen politischen Gedankengange. Der Präsident stellte das Erreichbare in den Vordergrund, um das vorläufig für ihn Unerreichbare später in Angriff zu nehmen. In Anbetracht der Tatsache, daß wir keine Pressionsmittel hatten, um Herrn Wilson umzustimmen, blieb uns nur übrig, seine Absichten möglichst für die Zwecke der deutschen Politik auszunutzen.

Da die mir erteilten Instruktionen in dem wichtigsten Punkte — der Frage der Friedensvermittlung — nicht genügend klar zu sein schienen, erbat ich in dem folgenden, aus dem Sommersitze der Botschaft datierten Berichte nähere Aufklärung:

Zifferbericht

„Rye, den 13. Juli 1916.

Antwort auf Erlaß A. 56

Die Passivität Herrn Wilsons, der nur den einen Gedanken hat, wiedergewählt zu werden, erklärt sich in erster Linie dadurch, daß von seiten der hiesigen öffentlichen Meinung keinerlei Druck auf ihn ausgeübt wird, gegen England vorzugehen. Es fehlen bekanntlich hier alle Vorbedingungen für eine solche Aktion. Diejenigen amerikanischen Kreise, welche durch die englische Blockade finanzielle Verluste erleiden, kommen nicht in Betracht gegenüber dem ungeheuren Goldstrom, den unsere Feinde, ohne im einzelnen zu knausern oder „graft“ übelzunehmen, über dieses Land ergossen haben. Im übrigen sind die Gedankengänge Herrn Wilsons über eine von ihm England gegenüber zu unternehmende Aktion ungefähr die gleichen, die Euere Exzellenz zum Ausdruck gebracht haben. Er glaubt eben nicht, daß

er irgendwelchen Erfolg haben wird, da er kein Pressionsmittel hat. Niemand würde ihm glauben, wenn er England mit Krieg bedrohte.

Anders liegt die Sache hinsichtlich des bekannten Wunsches des Präsidenten, den Frieden in Europa herbeizuführen. Hierin hat er jetzt fast die gesamte amerikanische öffentliche Meinung hinter sich. Auch glaubt er, daß unsere Feinde nach dem zu erwartenden Mißlingen ihrer gegenwärtigen Offensive bereit sein werden, in Friedensverhandlungen einzutreten. Wenn er sich in dieser Annahme täuscht und unsere Feinde eine entsprechende amerikanische Aufforderung ablehnen, so ist damit die Hauptfrage erledigt, auf welche sich die mir von Euerer Exzellenz erteilten Weisungen bezogen. Indessen wird Herr Wilson, schon aus Wahlrücksichten, sicher den Versuch machen, den Frieden herbeizuführen. Deshalb möchte ich Euere Exzellenz gehorsamst bitten, mir nochmals eine kurze telegraphische Weisung zu erteilen, wie ich die Worte „konkretere Formen der Vermittlungsabsichten" und „positiven Vermittlungsvorschlag" aufzufassen habe. Ich nehme an, daß die meisten meiner gehorsamen Berichte erst gleichzeitig mit diesem in die Hand Euerer Exzellenz gelangen werden. Auch war Herr Gerard, als Euere Exzellenz mit ihm Anfang Mai über die Friedensvermittlung sprachen, wohl nicht genau über die Absichten des Präsidenten unterrichtet. Jedenfalls hat er sich über die Haltung getäuscht, welche Euere Exzellenz einer amerikanischen Friedensanregung gegenüber einnehmen wollen. Auf Grund eines damaligen Telegramms Herrn Gerards glaubte Herr Wilson, daß die Kaiserliche Regierung seine Vermittlung annehmen würde, und ich schwächte daraufhin weisungsgemäß bei Herrn House diesen Eindruck ab. Soweit mir bekannt, will Herr Wilson sich durchaus nicht in territoriale Fragen einmischen, sondern sich nur für „Abrüstung" und „Freiheit der See" interessieren. Es schwebt ihm eine Konferenz im Haag vor, an welcher die Vereinigten Staaten und

die anderen neutralen Mächte nur insoweit teilnehmen sollen, als die beiden erwähnten Fragen in Betracht kommen. Die „Abrüstung" mag uns zwar sehr unerwünscht sein, doch dürfte anderseits die „Freiheit der See" uns zweifellos mit den Vereinigten Staaten zusammenführen. Wenn es einmal zu Friedensverhandlungen zwischen den Kriegführenden kommt, halte ich es — selbst bei einem Scheitern derselben — für ausgeschlossen, daß die Vereinigten Staaten in den Krieg gegen uns eintreten würden. Dafür ist die Friedensstimmung hier zu stark. Es bedurfte schon der hysterischen Aufregungen, welche der „Lusitania"-Fall und die damit in Verbindung stehenden Vorgänge verursachten, um die Amerikaner in eine Erregung zu versetzen, aus der heraus zeitweilig Krieg mit uns unvermeidlich schien. Ohne ähnliche Zwischenfälle wäre eine gleiche Stimmung nicht mehr hervorzurufen. Die Bewunderung, welche die Fahrt des Unterseebootes Deutschland hier allgemein erregte, zeigte deutlich, welcher Wind jetzt hier weht.

Meine oben ausgesprochene Bitte tat ich deswegen, weil ich es für ausgeschlossen halte, Herrn Wilson daran zu verhindern, eine Friedensaktion zu unternehmen. Ich bin aber im Zweifel, ob Euere Exzellenz mit einem „positiven Vermittlungsvorschlag" nicht etwa nur einen solchen meinen, wie ihn Herr Roosevelt nach dem russisch-japanischen Kriege machte. Bei dieser Gelegenheit fanden bekanntlich die Verhandlungen unter direktem amerikanischem Einflusse statt. Das will Wilson, wie gesagt, gar nicht. Er wünscht nur den Friedensanreger zu spielen; er möchte das Verdienst erwerben, die Kriegführenden dazu gebracht zu haben, miteinander zu verhandeln. Ein solcher Erfolg dürfte bei der hiesigen Stimmung vermutlich seine Wiederwahl sichern. Ich bin daher überzeugt, daß der Präsident in einigen Wochen eine Friedensanregung machen wird, falls sich bis dahin die Fruchtlosigkeit der Offensive unserer Feinde ergeben hat. Herr Wilson will dann den Engländern sagen,

daß er aus innerpolitischen Gründen genötigt sein würde, scharf gegen die Blockade aufzutreten, falls es nicht zu Friedensverhandlungen komme. Für mich entsteht nun die Frage, ob ich versuchen muß, eine solche Anregung zu verhindern. Natürlich könnte ich bei Herrn House stark abwiegeln. Wilson würde aber sofort den Verdacht bekommen, daß wir schon mit seinem Nachfolger rechnen und Herrn Hughes die Ehre der Friedensanregung zuwenden wollen.

Soweit ich es von hier aus beurteilen kann, scheint es nur drei Möglichkeiten zu geben:

1. Die Wilsonsche Friedensanregung scheitert an dem Widerspruch unserer Feinde. Dann ist, falls wir, um England niederzuzwingen, den Unterseebootkrieg wieder aufnehmen sollten, die Lage jedenfalls günstiger für uns als vorher.

2. Die Friedensanregung scheitert an unserm Widerspruch, und wir nehmen den Unterseebootkrieg wieder auf.

3. Die Friedensanregung wird von beiden kriegführenden Teilen angenommen.

Im ersten Falle halte ich den Krieg mit den Vereinigten Staaten für wahrscheinlich, im zweiten für sicher. Dadurch erklärt sich meine Bitte um eine bestimmte Weisung, ob ich eine Friedensanregung verhindern soll, oder nur einen positiven Vorschlag, der uns hinsichtlich territorialer Bedingungen binden würde."

Auf diesen Bericht erhielt ich die nachstehende Antwort, mit der ganz klaren Weisung, Herrn Wilson in der von ihm eingeschlagenen Richtung nachdrücklich zu ermutigen:

Ziffertelegramm

„Berlin, den 18. August.

Auf Bericht A. 350 vom 13. v. M.

Eine Vermittlung des Präsidenten, die den Beginn von Friedensverhandlungen der Kriegführenden untereinander

herbeiführen will, sind wir gerne bereit anzunehmen. Bitte hierauf gerichtete Tätigkeit des Präsidenten nachdrücklich ermutigen. Natürlich darf uns nicht zugemutet werden, uns bei Annahme solcher Vermittlung auf irgendwelche konkrete Friedensbedingungen zu verpflichten. Allgemeine Friedenskonferenz unter Beteiligung der Neutralen nur im Anschluß an vorangegangene erfolgreiche Friedensverhandlungen unter Kriegführenden über allgemeine völkerrechtliche und internationale Fragen von Freiheit der See, Abrüstung letzten Endes erträglich.

Bethmann Hollweg"

In den obigen Schriftwechsel schaltete sich noch ein anderer Austausch von Telegrammen ein, der sich auf die eventuelle Wiederaufnahme des uneingeschränkten U-Bootkriegs bezog. Ich erhielt folgende Depesche:

Ziffertelegramm

„Ganz geheim Berlin, den 12. Juni 1916.

Militär und Marine drängen von neuem auf U-Bootkrieg als einziges Kampfmittel gegen England, besonders gegen dessen Blockade, gegen welche Präsident Wilson noch nichts unternommen hat und auch wohl kaum unternehmen wird.

Läßt sich jetzt einigermaßen beurteilen:

1. Ob Wilson nach der Nomination es noch zu Bruch und Krieg treiben würde, selbst wenn wir bei neuem U-Bootkrieg Menschenleben schonen?

2. Wie sich republikanischer Kandidat dazu stellen würde?

Wilsons Friedensvermittlung findet bei öffentlicher Meinung in England Ablehnung und wäre im Grunde auch uns unerwünscht, weil zu unpopulär.

von Jagow"

Ich sandte so schnell wie möglich als Antwort das nachstehende Telegramm nach Berlin:

Ziffertelegramm

„Washington, den 19. Juni 1916.

Vorausgesetzt, daß mit Aufnahme U-Bootkriegs offiziell oder stillschweigend Zurücktreten von Zusicherungen gemeint ist, welche wir in Note vom 4. Mai gegeben, so würde eine solche Zurücknahme oder Abschwächung unserer Konzessionen meines Erachtens zum Bruch und Eintritt Kriegs führen. Wilson würde bei Nachgiebigkeit jede Hoffnung auf Wiederwahl verlieren, und Hughes, der schon als deutscher Kandidat verdächtigt wird, könnte erst recht nicht Nachgeben empfehlen. Wegen Friedensvermittlung und Blockade stehe ich fortgesetzt mit House in Verbindung. Erstere im Laufe des Sommers bestimmt zu erwarten, schon aus Wahlrücksichten; vermutlich wird Wilson unseren Feinden vorhalten, daß er in Blockadefrage scharfe Maßregeln ergreifen müsse, wenn es nicht zum Frieden käme."

Aus den hier wiedergegebenen Erlassen und Telegrammen entnahm ich, daß die politische Situation für mich gewissermaßen wie ein Wettrennen zwischen dem uneingeschränkten U-Bootkrieg einerseits und der amerikanischen Friedensvermittlung anderseits anzusehen sei. Es gab offenbar keine dritte Möglichkeit.

Am 1. September sah ich Herrn House wieder. Um diese Begegnung unbemerkt herbeizuführen, besuchte ich andere Freunde in New Hampshire über die üblichen amerikanischen Septemberfeiertage (Labor Day). Von dort fuhr ich im Automobil nach New London, wo Herr House den Sommer verbracht hatte. Die Unterredung ergab, daß der Präsident einen Aufschub der Vermittlungsaktion für unbedingt erforderlich hielt, weil die Entente infolge des Eintritts Rumäniens in den Krieg voller Siegeshoffnungen sei. Bei allen meinen Unterredungen mit Herrn House waren wir beide

immer von der Voraussetzung ausgegangen, daß eine amerikanische Vermittlungsaktion nur gelingen könne, wenn die Entente keine Hoffnung mehr habe, ohne den Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg den Sieg zu erringen. Deshalb riet Herr House auch immer, daß in Berlin in der Öffentlichkeit nicht so viel wie es bisher geschehen sei, von einem baldigen Frieden gesprochen werden sollte, weil wir dadurch Schwäche verrieten und die amerikanische Aktion erschwerten.

Im übrigen sagte Herr House, daß der Präsident nunmehr beabsichtige, den weiteren Verlauf der Kriegsereignisse abzuwarten und, wenn er wiedergewählt würde, gleich darauf seine Vermittlung eintreten zu lassen. Vor der Präsidentschaftswahl sei die Zeit für eine Aktion zu kurz geworden, denn die Entente werde auf die Vermittlung eines unsicheren Wahlkandidaten keinerlei Rücksicht nehmen.

Rückblickend scheint mir auch heute noch die Auffassung des Herrn House beziehungsweise des Präsidenten, vom amerikanischen Standpunkte aus betrachtet, durchaus richtig gewesen zu sein. Herr Wilson konnte nur in dem Falle seine Vermittlung anbieten, daß er des Erfolges sicher war. Für uns lag die Sache meiner Ansicht nach anders. Für Deutschland war die amerikanische Vermittlung jederzeit wünschenswert. Entweder hatte dieselbe Erfolg und brachte einen annehmbaren Frieden, oder die Entente lehnte den Vorschlag Herrn Wilsons ab, nachdem wir denselben angenommen hatten. In letzterem Falle errangen wir in Washington einen diplomatischen Erfolg, welcher es der amerikanischen Regierung sehr schwer gemacht hätte, in den Krieg einzutreten. An die dritte Möglichkeit, daß die deutsche Regierung, nach allem was vorhergegangen war, die Vermittlung Herrn Wilsons ablehnen könnte, habe ich damals überhaupt nicht gedacht.

Sofort nach meiner Rückkehr aus New Hampshire telegraphierte ich folgendes an das Auswärtige Amt:

Ziffertelegramm Nr. 100

„Rye, den 6. September 1916.

Friedensvermittlung Wilsons bis auf weiteres aufgeschoben, weil augenblicklich aussichtslos wegen Eintritts Rumäniens und dadurch hervorgerufener Siegeszuversicht unserer Feinde. Wilson glaubt, vor den Wahlen nicht mehr vermitteln zu können, weil England ihn bis nach dem Wahltage dilatorisch behandeln und ihn, wenn er nicht wiedergewählt würde, kühl abweisen dürfte. Falls aber Wilson bei den Wahlen siegt, wofür Aussichten jetzt günstig, und bis dahin Stillstand in Kriegsoperationen eingetreten ist, will Präsident sofort Vermittlung eintreten lassen. Er glaubt, dann stark genug zu sein, um Friedenskonferenz zu erzwingen.

Wilson betrachtet es als amerikanisches Interesse, daß keiner der Kriegführenden entscheidenden Sieg erringt."

Dieser telegraphische Bericht über meine Unterredung mit Herrn House traf in Berlin ein, als man dort anfing, über die Verzögerung der Friedensaktion ungeduldig zu werden. Nach der Darstellung Karl Helfferichs „ist die Frage damals zwischen ihm, dem Reichskanzler und Herrn von Jagow eingehend besprochen worden". Darauf trat, nach General Ludendorffs „Kriegserinnerungen", der Reichskanzler „an den Kaiser mit dem Vorschlage heran, den Botschafter Grafen Bernstorff anzuweisen, daß er den Präsidenten Wilson veranlassen möge, baldigst, jedenfalls noch vor seiner Wiederwahl, Anfang November, den Mächten einen Friedensantrag zu machen". Herr Helfferich berichtet dann weiter, daß der Kanzler an mich telegraphierte, um mich ganz persönlich um meine Ansicht über Wilson als Friedensvermittler zu befragen. Die Darstellungen beider Herren sind zweifellos richtig, nur erwähnen sie nicht, daß die an mich gerichtete Anfrage nicht eine neue Situation schuf oder schaffen sollte, sondern nur den Zweck hatte, mein Urteil über die Aussichten einer längst in die Wege geleiteten Aktion einzuholen. In der

Anfrage wurde mir, wie auch Herr Helfferich berichtet, mitgeteilt, daß wir Belgien herausgeben würden. Dies war eine selbstverständliche Voraussetzung für Herrn Wilsons Friedensvermittlung, die andernfalls bei der in Amerika herrschenden Stimmung gänzlich ausgeschlossen gewesen wäre.

Die Anfrage des Reichskanzlers lautete wie folgt:

Ziffertelegramm Nr. 74

„Geheim Berlin, den 2. September 1916.

Unsere Westfront steht fest. Ostfront durch Kriegserklärung Rumäniens natürlich etwas gefährdet. Aufrollung der Front oder Zusammenbruch Österreichs aber nicht zu besorgen. Türkei und Bulgarien zuverlässig. Griechenland unsicher. Hoffnung, vor Winter durch Kriegsmüdigkeit Rußlands oder Frankreichs zum Frieden zu kommen, durch diese Entwicklung verringert. Erscheint, wenn im Osten keine größere Katastrophe eintritt, Friedensvermittlung Wilsons möglich und erfolgreich, wenn wir Belgiens bedingte Wiederherstellung zusichern? Andernfalls müßte rücksichtsloser U-Bootkrieg ernstlich erwogen werden. Erbitte lediglich Ihre persönliche Ansicht, ohne nach irgendeiner Seite Andeutung zu machen.

Bethmann Hollweg"

Auf diese Anfrage antwortete ich wie folgt:

Ziffertelegramm Nr. 101

„Rye, den 8. September 1916.

Antwort auf Telegramm Nr. 74

Frage im wesentlichen durch mein Telegramm 100 beantwortet, es sei denn, daß Euere Exzellenz beabsichtigen, selbst Wilsons Vermittlung anzuregen. Soweit Vereinigte Staaten von Amerika sich in Territorialfragen einmischen werden — was ich bisher immer kategorisch ablehnte —, dürfte Wiederherstellung Belgiens hauptsächlichstes amerikanisches

Interesse bilden, weil öffentliche Meinung ausschließlich daran Anteil nimmt.

Wenn Wilson wiedergewählt wird, halte ich seine Vermittlung noch vor Jahresschluß für sehr aussichtsvoll.

Von hier aus betrachtet, erscheint Erreichung Friedens durch rücksichtslosen Unterseebootkrieg hoffnungslos, weil dadurch Vereinigte Staaten unbedingt sicher in den Krieg gezogen würden — gleichgültig, wie die Wahlen ausfallen — und infolgedessen Krieg nur verlängert werden dürfte."

Auf dieses Telegramm möchte ich den Leser besonders aufmerksam machen, weil ich darin bestimmt die Ansicht aussprach, daß der U-Bootkrieg uns nicht den Frieden bringen könne.

Bald darauf wurde ich wiederum von dem Reichskanzler gemahnt, die Friedensaktion Herrn Wilsons zu beschleunigen. Sein Telegramm ist nachstehend wiedergegeben:

Ziffertelegramm

„Berlin, 26. September 1916.

Zu Euerer Exzellenz persönlichen Information:

Absicht der Entente, unsere Fronten zu durchbrechen, bisher nicht gelungen und wird nicht gelingen, ebensowenig wie offensive Operation von Saloniki her und in Dobrudscha. Dagegen nehmen Operationen Mittelmächte gegen Rumänien erfreulichen Verlauf. Ob es hier aber gelingen wird, schon dieses Jahr einen den Krieg beendigenden Erfolg zu erringen, ist noch zweifelhaft; daher muß vorläufig noch mit längerer Kriegsdauer gerechnet werden. Demgegenüber verspricht sich Kaiserliche Marine durch rücksichtslosen Einsatz vermehrter U-Boote angesichts wirtschaftlicher Lage Englands schnellen Erfolg, der den Hauptfeind England in wenigen Monaten dem Friedensgedanken geneigter machen würde. Deshalb muß Oberste Kriegsleitung rücksichtslosen U-Bootkrieg in ihre Maßnahmen einbeziehen, unter anderm auch, um Lage an Somme-Front durch Verminderung

Munitionszufuhr zu entlasten und Entente das Vergebliche ihrer Anstrengungen an dieser Stelle vor Augen zu führen.

Gesamtlage würde sich ändern, falls Präsident Wilson, seinen angedeuteten Absichten folgend, den Mächten einen Friedensvermittlungsvorschlag macht. Dieser müßte allerdings ohne bestimmte Vorschläge territorialer Art gehalten sein, da diese Fragen Gegenstand der Friedensverhandlungen sein sollen. Eine diesbezügliche Aktion müßte aber bald erfolgen, da wir sonst nicht länger ruhig zusehen könnten, wie England in Erkenntnis der vielen Schwierigkeiten, mit denen es zu rechnen hat, ungehindert einen immer stärkeren Druck auf Neutrale ausübt, um seine militärische und wirtschaftliche Lage zu unseren Ungunsten zu verbessern, und wir darum die Freiheit des Handelns wieder erlangen müßten, die wir uns in Note vom 4. Mai dieses Jahres vorbehielten. Wollte Herr Wilson bis kurz vor oder nach seiner Wahl warten, so würde er zu einem solchen Schritte kaum mehr Gelegenheit finden. Auch dürften die Verhandlungen nicht erst auf Abschluß eines Waffenstillstandes abzielen, sondern müßten lediglich unter den Kriegsparteien geführt werden und innerhalb kurzer Frist unmittelbar den Präliminarfrieden bringen. Ein längeres Hinausziehen würde die militärische Lage Deutschlands verschlechtern und auch weitere Vorbereitungen der Mächte zur Fortsetzung des Krieges bis in das nächste Jahr zur Folge haben, so daß an einen Frieden in absehbarer Zeit dann nicht mehr zu denken wäre.

Euere Exzellenz wollen Angelegenheit mit Oberst House vorsichtig besprechen und die Absichten des Herrn Wilson in Erfahrung bringen. Eine Friedensaktion des Präsidenten, die nach außen hin spontan erscheinen müßte, würde bei uns ernsthaft in Erwägung gezogen werden, und dies würde ja auch für die Wahlkampagne Herrn Wilsons schon einen Erfolg bedeuten.

Gerard hat auf Privatbrief von House Urlaub erbeten, aber vom Staatsdepartement keine Antwort erhalten.

Bethmann Hollweg“

Zu dem Schlußsatze obigen Telegramms ist hier folgendes einzuschalten. Ich erwähnte bereits, daß Herr Gerard wegen seiner deutschfeindlichen Gesinnung sowie hochgradiger Nervosität, Heftigkeit und mangelnder Diskretion in Berlin nicht gern gesehen wurde. Man wünschte dort lebhaft seine Abberufung. Infolgedessen hatte ich die Instruktion erhalten, womöglich die Versetzung Herrn Gerards, jedenfalls aber so viel durchzusetzen, daß der Botschafter zeitweilig nach Washington berufen würde, damit sich seine Nerven inzwischen beruhigten. Wie immer in streng vertraulichen Fragen, wandte ich mich auch in dieser an Herrn House, der mir sagte, eine Abberufung Gerards könnte bei der augenblicklichen politischen Lage nicht in Frage kommen. Er werde aber sofort den Botschafter zu mündlicher Berichterstattung nach Amerika berufen lassen, damit er neue Instruktionen erhalte. Wenn Herr Gerard erst erfahren hätte, daß der Präsident nunmehr die bestimmte Absicht habe, den Frieden zu vermitteln, werde der Botschafter auch in Berlin eine freundlichere Haltung einnehmen.

Das letzte Telegramm des Reichskanzlers beantwortete ich folgermaßen:

Ziffertelegramm Nr. 121

„Washington, den 5. Oktober 1916.

Telegramm Nr. 89 weisungsgemäß besprochen.

Hiesige Sachlage unverändert, wie Telegramm Nr. 100 und 101 darstellten.

Vorbehaltlich Möglichkeit Überraschung durch Krieg und Wahlkampf, will Wilson aus angegebenen Gründen erst Vermittlung versuchen, wenn wiedergewählt. Ausgang Wahlkampfes, der sich ausschließlich um auswärtige Politik dreht, ganz unsicher. Präsident erweist sich überraschend stark. Wenn rücksichtsloser U-Bootkrieg wirklich unvermeidlich, rate dringend, mindestens bis nach Wahlen aufschieben. Jetzt wäre sofortiger Bruch mit Vereinigten Staaten sicher

zu erwarten; nach Wahlen dagegen ist in einem Falle Wilsons Vermittlung wahrscheinlich, im anderen wenigstens eine schwache Möglichkeit vorhanden, durch Verhandlung mit Vereinigten Staaten einen Modus vivendi zu finden."

Die aus Berlin eingegangenen Instruktionen gaben mir die Veranlassung zu wiederholten Unterredungen mit Herrn House. Die kaiserliche Regierung war jetzt bereit, das Völkerbundprogramm Herrn Wilsons anzunehmen, welches allgemeine Abrüstung, Freiheit der Meere und obligatorisches Schiedsverfahren enthielt. Meine diesbezüglichen Berichte nach Berlin hatten das Ergebnis, daß der Reichskanzler sich am 9. November auch in einer Rede im Reichstage öffentlich zu diesem Programm bekannte, und daß ich, auf meinen Vorschlag, die Genehmigung erhielt, die Rede des Reichskanzlers amtlich der amerikanischen Friedensliga mitzuteilen, die mein Schreiben veröffentlichte.

Anderseits wünschte die kaiserliche Regierung, daß die territorialen Fragen durch direkte Verhandlungen zwischen den kriegführenden Mächten geregelt werden sollten. Hiermit war der Präsident, wie mir Herr House sagte, einverstanden. Herr Wilson hatte sich schon in der oben erwähnten Rede vom 27. Mai in diesem Sinne ausgesprochen und vertrat im allgemeinen den Standpunkt, daß die Vereinigten Staaten kein Interesse an den Einzelheiten der territorialen Regelung hätten, daß es aber für Amerika von ebenso grundlegender Bedeutung wie für Europa wäre, künftige Kriege zu vermeiden. Der Präsident wollte nur so weit eingreifen, wie er sicher war, die öffentliche Meinung der Vereinigten Staaten hinter sich zu haben. Bei meinen Besprechungen mit Herrn House war niemals die Rede von der Abtretung irgendwelchen deutschen Gebietes. Es handelte sich immer nur um einen wahren Verständigungsfrieden auf der Basis des „Status quo ante". Bei einem solchen Frieden hätte Deutschland seine Weltstellung ungeschmälert behalten. Die „Freiheit der Meere", ein Hauptpunkt des Wilsonschen Programms, konnte

uns nur willkommen sein. Der Präsident und Herr House sind in Amerika die geistigen Väter dieses Gedankens gewesen. Beide wurden nicht müde, immer wieder für diese Idee einzutreten, welche sie in der Weise zu realisieren gedachten, daß das Seebeuterecht abgeschafft und jeder Handel auch in Kriegszeiten für frei erklärt werden sollte. Von dieser Fortentwicklung des Seekriegsrechts erhoffte Herr Wilson als unausbleibliche Folge, eine allgemeine Abrüstung zur See, weil die Kriegsflotten ihre Daseinsberechtigung verlieren würden, wenn sie nicht mehr gegen den Handel und zur Blokkade, sondern nur noch gegen feindliche Flotten Verwendung finden dürften. Bekanntlich haben wir ja leider auf der Haager Konferenz in der Frage des Seebeuterechts den englischen Standpunkt eingenommen und nicht den amerikanischen.

*

Im Oktober wurde ich wiederum von Berlin aus gemahnt, die Friedensaktion Herrn Wilsons zu beschleunigen. Über diese neue Urgierung hat Herr von Jagow am 14. April 1919 dem Berliner Vertreter der „New York Sun", Herrn von Wiegand, ein Interview gegeben, welches im wesentlichen folgendermaßen lautete:

„Im Herbst 1916 nahmen der Kaiser, Graf Bernstorff und ich unbedingt Stellung gegen die Wiederaufnahme des uneingeschränkten U-Bootkriegs, welche von unseren Militär- und Marinebehörden immer dringender gefordert wurde als einziges Mittel, den Krieg schnell zu beenden. Von Woche zu Woche warteten wir auf die erhoffte Friedensaktion des Präsidenten Wilson, die aber nicht erfolgte. Endlich, im Oktober, sandte der Kaiser, welcher mehr und mehr gedrängt wurde, seine Zustimmung zum uneingeschränkten U-Bootkrieg zu geben, an die amerikanische Regierung ein Memorandum, in dem er an gewisse Vermittlungsversprechen erinnerte, welche zur Zeit der „Sussex"-Krisis gegeben worden waren.

Als das Memorandum, das an Herrn Gerard gerichtet war, Berlin erreichte, hatte der Botschafter bereits seine Reise nach Amerika angetreten. Ich telegraphierte daher den Text nach Washington und instruierte den Grafen Bernstorff, das Memorandum Herrn Gerard bei seiner Ankunft in New York zu übermitteln. Graf Bernstorff, welcher genau darüber unterrichtet war, daß der Kaiser den U-Bootkrieg und den Bruch mit den Vereinigten Staaten zu vermeiden wünschte, wurde von mir auch darüber informiert, daß das Memorandum von dem Kaiser persönlich geschrieben worden war. Aus Gründen, die ich jetzt nicht zu erwähnen brauche, gab Graf Bernstorff das Memorandum nicht Herrn Gerard, sondern dem Oberst House, welcher dasselbe sicher dem Präsidenten übermittelte."

Das Telegramm, in dem mir das kaiserliche Memorandum amtlich mitgeteilt wurde, lautete folgendermaßen:

Ziffertelegramm

„Berlin, den 9. Oktober 1916.

Seine Majestät der Kaiser wünschen, daß dem Botschafter Gerard bei dortiger Ankunft das am Schluß folgende Aide-Memoire ausgehändigt wird.

Euere Exzellenz wollen dies streng vertraulich tun und sagen, daß Memoire keine Drohung mit U-Bootkrieg bedeuten soll. Ich wünschte nur, Botschafter vor seiner Besprechung mit Präsidenten an unsere im Frühjahr auf Wilson gesetzten Erwartungen zu erinnern und auf immer rücksichtsloser werdende Kriegführung der Gegner hinzuweisen. Ich voraussetze, daß Gerard mein Memoire streng vertraulich behandeln und dasselbe nicht veröffentlichen wird.

Sollten Euere Exzellenz jedoch Übergabe des Memoire für zu bedenklich erachten, bitte ich, es zu unterlassen. Zu Euerer Exzellenz streng vertraulicher Information:

1. Memoire ist von Seiner Majestät persönlich verfaßt.
2. Rücksichtsloser U-Bootkrieg wird vorläufig nicht geführt.

Bethmann Hollweg"

Aide-Memoire

„Your Excellency hinted to His Majesty in your last conversation at Charleville in April that President Wilson possibly would try towards the end of summer to offer his good services to the belligerents for the promotion of peace. The German-Government has no information as to whether the President adheres to this idea and as to the eventual date at which his step would take place. Meanwhile the constellation of war has taken such a form, that the German Government forsees the time at which it will be forced to regain the freedom of action that it has reserved to itself in the note of May 4/last and thus the Presidents steps may be jeopardized. The German Government thinks it its duty to communicate this fact to Your Excellency in case you should find that the date of the intended action of the President should be so far advanced*."

Herr Gerard traf in New York ein, wenige Tage nachdem ich das kaiserliche Memorandum erhalten hatte. In seiner Begleitung befand sich der amerikanische Journalist Herbert Swope, ein Berichterstatter der „World", der sich längere Zeit in Berlin aufgehalten hatte. Dieser Herr gab sich als Vertrauensmann Herrn Gerards aus und sandte schon vom Schiffe aus drahtlose Telegramme an sein Blatt, in denen er den uneingeschränkten U-Bootkrieg als bevorstehend bezeichnete. Auch der Botschafter sprach sich nach seiner Landung in New York, wie ich sofort erfuhr, im gleichen Sinne aus, und Herr Swope setzte seine öffentliche Preßkampagne in derselben Richtung fort.

* Euere Exzellenz deuteten Seiner Majestät bei Ihrer letzten Unterhaltung in Charleville an, daß Präsident Wilson möglicherweise gegen Ende des Sommers versuchen würde, den Kriegführenden seine guten Dienste zur Herstellung des Friedens anzubieten. Die deutsche Regierung hat keine Information, weder ob der Präsident an dieser Idee festhält noch über das eventuelle Datum, an dem sein Schritt stattfinden würde. Unterdessen hat die Kriegskonstellation eine solche Form angenommen, daß die deutsche Regierung den Zeitpunkt voraussieht, an dem sie gezwungen sein wird, die Aktionsfreiheit, die sie sich in der Note vom 4. Mai d. J. vorbehalten hat, wieder in Anspruch zu nehmen, wodurch die Schritte des Präsidenten gefährdet werden könnten. Die deutsche Regierung hält es für ihre Pflicht, Euerer Exzellenz diese Tatsache mitzuteilen für den Fall, daß das Datum der vom Präsidenten beabsichtigten Aktion so weit vorgerückt sein sollte.

Unter diesen Umständen hielt ich es für inopportun, das Memorandum Herrn Gerard zu geben, da ich annahm, daß er daraus lediglich eine Bestätigung seiner Auffassung lesen und in seinem Sinne darüber sprechen werde. Wenn aber in der Öffentlichkeit der Glaube aufkam, daß wir den uneingeschränkten U-Bootkrieg aufnehmen wollten, ging jede Aussicht auf Erfolg der Friedensvermittlung verloren. Es war ja klar, daß die Entente nicht auf eine amerikanische Vermittlung eingehen würde, wenn sie auf den U-Bootkrieg und die daraus folgende Kriegserklärung der Vereinigten Staaten hoffen konnte. Immer wieder muß betont werden, daß eine Friedensvermittlung nur glücken konnte, wenn die Entente jede Hoffnung auf amerikanische Hilfe verloren hatte. Aus diesen Erwägungen übergab ich das Memorandum Herrn House, dessen Diskretion ich seit zwei Jahren erprobt hatte. So gelangte es in die Hände des gleichfalls außerordentlich diskreten Präsidenten, ohne daß andere Persönlichkeiten irgend etwas davon erfuhren. Das Memorandum übte insofern eine starke Wirkung aus, als nunmehr die maßgebenden amerikanischen Persönlichkeiten keinen Zweifel mehr hatten, daß die kaiserliche Regierung die beabsichtigte Friedensvermittlung annehmen würde. Eine Beschleunigung der letzteren wurde aber dadurch nicht herbeigeführt, weil Herr Wilson nicht so kurz vor den Wahlen eine große politische Aktion unternehmen wollte.

In dieser Zeit erstattete ich dem Reichskanzler nachstehenden Bericht:

Zifferbericht

„Washington, 17. Oktober 1916.

Während einer Woche herrschte hier wieder einmal etwas Erregung über die auswärtige Politik. Es kam mancherlei zusammen, um diesen Zustand herbeizuführen. Zuerst hieß es, Botschafter Gerard brächte einen Friedensvorschlag der deutschen Regierung mit. Trotz aller Dementis wurde dieses

Gerücht eine Zeitlang geglaubt, weil es von einem der ersten Bankiers New Yorks in die Welt gesetzt worden war. Leider erfuhr Herr Gerard noch auf dem Schiffe von dieser Ente, und da er mit Herbert Swope zusammen reiste, erschien ein drahtlos gesandtes Dementi in der „World“, welches noch viel schlimmer war als die Nachricht selbst. Darin meldete Swope, daß Herr Gerard hierher käme, um den bevorstehenden Beginn des rücksichtslosen Unterseebootkrieges anzukündigen. Gerade in diesem Augenblicke erschien U 53 in Newport, und zwei Tage darauf hatte ich eine Audienz bei dem Präsidenten, welche schon längere Zeit vorher verabredet war, damit ich Herrn Wilson die Antwort Seiner Majestät des Kaisers und Königs in der polnischen Hilfsaktion überreichte.

Oberst House, mit dem ich bekanntlich in stetiger Verbindung stehe, erwartete, daß Herr Gerard bei der Landung irgendeinen absichtlichen oder unabsichtlichen diplomatischen Lapsus linguae begehen würde, und begab sich daher am frühen Morgen nach der Quarantänestation, um Gerard vor den Reportern zu schützen. Der letztere erhielt hier einen sehr freundlichen Empfang, der allerdings hauptsächlich aus Wahlrücksichten inszeniert worden war, weil es im Interesse der demokratischen Administration liegt, ihre Botschafter und ihre auswärtige Politik herauszustreichen. Gerard frühstückte gleich nach dem Empfange bei House, und von dort aus wurde dann alles dementiert, was tatsächlich oder angeblich gesagt worden war.

Da ich mit Herrn und Frau Gerard seit vielen Jahren gut bekannt bin, hatte ich am Tage nach ihrer Ankunft mit beiden eine längere Unterredung. Die Quintessenz der Bemerkungen des Botschafters war, daß er völlig neutral sei, aber daß man in Berlin mehr als das erwarte.

Jetzt hat sich hier wieder alles beruhigt, und man spricht nur noch von dem Wahlkampfe, der in drei Wochen entschieden sein wird. Wie ich mehrfach zu berichten die Ehre

hatte, ist der Ausgang höchst zweifelhaft. Während vor vier Monaten ein republikanischer Sieg sicher zu sein schien, ist heute ein Erfolg Wilsons sehr möglich. Es erklärt sich dies dadurch, daß Herr Hughes als Redner keinen nachhaltigen Eindruck erweckt hat, während Roosevelt in seiner üblichen bombastischen Art in die Kriegstrompete blies. Wenn Hughes geschlagen werden sollte, so kann er sich dafür bei Roosevelt bedanken. Der Durchschnittsamerikaner ist und bleibt Pazifist. „Er segnet Fried' und Friedenszeiten" und kann nur durch eine leidenschaftliche populäre Erregung in den Krieg getrieben werden."

Auf die in dem obigen Berichte gemeldeten Tatsachen bezog sich auch das folgende Telegramm, das ich nach dem erwähnten Besuche bei dem Präsidenten absandte:

Ziffertelegramm

„Washington, den 11. Oktober 1916.

Wilson machte seine Bemerkungen besonders eindringlich durch den Hinweis, daß die Führer der Opposition, Roosevelt, Lodge und so weiter, Krieg mit Deutschland wünschten, was er gar nicht begreifen könne. Er habe nur den einen Wunsch, neutral zu bleiben und zu helfen, den Krieg zu beendigen, da eine Entscheidung durch die Waffen seiner Ansicht nach ausgeschlossen sei. Keine der beiden kriegführenden Parteien werde einen entscheidenden Sieg herbeiführen können. Daher sei es besser, heute als morgen Frieden zu machen. Jede Aussicht auf Beendigung des Krieges würde aber verschwinden, wenn auch Vereinigte Staaten hineingezogen würden.

Da Wilson sich immer in dem Sinne aussprach, daß er sich bereit halte, falls seine Vermittlerdienste erwünscht, sagte ich ihm, daß meines Erachtens keine Aussicht auf eine solche Anregung seitens der kriegführenden Mächte vorhanden sei.

Offenbar würde Wilson am liebsten sehen, wenn er vor den Wahlen direkt zum Friedenstiften ermutigt würde, weil er

dann seiner Wiederwahl sicher wäre. Wenn er aber ohnedies wiedergewählt wird, dürfte er den Mut finden, selbst die Initiative zu ergreifen. Ausgang der Wahlen noch immer sehr zweifelhaft. Wilson überraschend stark, da Hughes selbst als Redner wenig Erfolg hat und Roosevelt viel verdirbt."

Darauf erhielt ich nachstehende Antwort des Reichskanzlers:

Ziffertelegramm

„Berlin, den 14. Oktober 1916.

Forderung nach rücksichtslosem U-Bootkrieg hier mit zunehmender Kriegsdauer und Unwahrscheinlichkeit entscheidender militärischer Schläge wachsend, ohne aber Stellung der Regierung zu erschüttern.

Ausdrücklicher Antrag auf Friedensvermittlung Wilsons nach wie vor wegen bisheriger Begünstigung der Entente und nach letzter Rede Asquith und Lloyd George unmöglich. Spontaner Friedensappell, zu dem ich ihn weiter zu ermutigen bitte, würde von uns gern angenommen werden. Macht Wilsons und infolgedessen auch seine Pflicht, dem Menschenmorden Einhalt zu gebieten, hervorzuheben. Wenn er allein Entschluß nicht finden kann, sollte er sich mit Papst, König von Spanien und europäischen Neutralen in Verbindung setzen. Solche gemeinschaftliche Aktion würde ihm, weil sie auch von Entente nicht abgelehnt werden kann, Wiederwahl und historischen Ruhm sichern.

Bethmann Hollweg"

Die Angelegenheit des kaiserlichen Memorandums fand ihren Abschluß durch das folgende von mir abgesandte Telegramm:

Ziffertelegramm

„Washington, den 20. Oktober 1916.

Ich vorzog, Aide-Memoire House zu geben für Gerard, da so größere Diskretion gesichert. Letzterer war hier unvorsichtig in Äußerungen an Presse. House wird mit Gerard sprechen. Beide Herren sehen Wilson demnächst und sind dementsprechend in ständiger Fühlung.

Nach wie vor ist nicht zu erwarten, daß Wilson vor den Wahlen Friedensschritte tut. Auch nicht, daß er sich mit Papst und König von Spanien in Verbindung setzt, da bisher jeder Vorschlag auf gemeinsame Aktion hier auf unüberwindlichen Widerstand stieß, der hauptsächlich auf Tradition beruht. Indessen wächst augenblicklich täglich Aussicht auf Wiederwahl Wilsons. Falls diese Eventualität eintritt, glaube ich, daß Wilson sehr bald Friedensvermittlung versuchen und dabei Erfolg haben wird, und zwar hauptsächlich, weil die Stimmung gegen England sich hier sehr verschlechtert hat, was man allerdings englischerseits zu verschleiern sucht. Wenn der Friede nicht eintritt, sind ernstliche angloamerikanische Meinungsverschiedenheiten zu erwarten. Bisher ist jede neue Erörterung mit Deutschland über die Unterseebootfrage hier immer von unseren Feinden dahin ausgenutzt worden, die Differenzen mit England zu überbrücken. Schon die Agitation in der deutschen Presse für rücksichtslosen Unterseebootkrieg wird stets in dieser Richtung verwertet."

*

Nach hartem Kampfe wurde Herr Wilson wieder zum Präsidenten gewählt. Die pazifistische Richtung in den Vereinigten Staaten hatte gesiegt, denn der Kampf ging hauptsächlich vor sich unter der Parole, daß Herr Wilson dem Lande den Frieden erhalten hätte. „He kept us out of war" war das Feldgeschrei der demokratischen Partei

gewesen. Die wenigen Wahlreden, welche der Präsident hielt, atmeten den Geist wahrer Neutralität und Friedensliebe. Insbesondere ist hervorzuheben, daß Herr Wilson damals in einer Ansprache die Frage der Schuld am Ursprunge des Krieges, welche später ausschlaggebend für seine Haltung uns gegenüber werden sollte, in durchaus objektiver Weise behandelte. Die Bahn war nunmehr in Amerika für den Beginn der Friedensaktion frei geworden. Die Stimmung hatte sich auch insofern für uns günstiger gestaltet, als die amerikanische Kriegsindustrie nicht mehr so viel Wert auf die Verlängerung des Kampfes legte, nachdem die siegreiche demokratische Partei ein umfangreiches Rüstungsprogramm aufgestellt hatte und somit der Industrie große staatliche Aufträge winkten.

Über meine Stellung zum Wahlkampfe sind in den Vereinigten Staaten unendlich viele Legenden verbreitet worden. Die wenigen Deutschamerikaner, welche die Auffassung der sogenannten „Deutsch-Amerikanischen Handelskammer" teilten, haben mir vorgeworfen, ich hätte die Wahl Herrn Wilsons durch Beeinflussung der Deutschamerikaner herbeigeführt. Deutschfeindliche amerikanische Zeitungen behaupteten anderseits, daß ich alle Hebel in Bewegung gesetzt hätte, um die Wahl des republikanischen Kandidaten, Herrn Hughes, zu erreichen und dadurch Herrn Wilson für seine Haltung dem U-Bootkrieg gegenüber zu strafen. Meine Stellung war eine außerordentlich schwierige, da ich mich weder in den Wahlkampf einmischen noch die Beziehungen aufgeben durfte, welche ich pflicht- und naturgemäß ständig mit den Deutschamerikanern und Pazifisten unterhielt. Im allgemeinen kann ich sagen, daß die überwiegende Mehrheit der Deutschamerikaner mir durchweg unbedingtes Vertrauen entgegengebracht hat. Hierfür legte der große deutsche Basar, der in New York zugunsten unseres Roten Kreuzes veranstaltet wurde, ein glänzendes Zeugnis ab. Diese Veranstaltung erzielte den erstaunlich großen Reingewinn

von achthunderttausend Dollar. Bei der Eröffnung waren annähernd dreißigtausend Personen anwesend, die mir lediglich deswegen unbeschreiblich begeisterte Ovationen darbrachten, weil sie glaubten, daß ich den Krieg zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten verhindert hätte.

Ich leugne gar nicht, daß ich persönlich den Wunsch hatte, Herrn Wilson wiedergewählt zu sehen, da ich überzeugt war, daß er den Willen und die Macht hatte, den Frieden herbeizuführen. Ich konnte damals unmöglich voraussehen, daß unsere Regierung in dieser Frage ihre Haltung ändern würde. Alle amerikanischen Pazifisten befanden sich im Lager der Demokraten, alle Kriegstreiber gehörten der republikanischen Partei an. Eine Wendung zu unseren Gunsten war daher von einer Wahl des Herrn Hughes nicht zu erwarten. Abgesehen von den erwähnten ständigen Beziehungen zu den Pazifisten und Deutschamerikanern, die sich während des Wahlkampfes in keiner Weise änderten, habe ich mich aber — wie meine exponierte Stellung es erforderte — vollkommen zurückgehalten. Wenn mir eine aktive Parteinahme hätte nachgewiesen werden können, würden die Ententeagenten die Gelegenheit nicht verpaßt haben, mich zur Strecke zu bringen, da sie diese Aufgabe als ihren Lebenszweck betrachteten. Von „Agents provocateurs" erhielt ich fortgesetzt Briefe, die mich um meine Ansicht über die Wahlen befragten. Selbstverständlich beantwortete ich solche Schreiben niemals. Ebensowenig hatten die falschen Behauptungen deutschfeindlicher Zeitungen Erfolg, welche meldeten, daß ich in New York am Wahltage meine Parteinahme für Herrn Hughes öffentlich dokumentiert hätte.

Das Leben und Treiben in New York am Abende nach der Wahl gehört zu den Sehenswürdigkeiten Amerikas. Alle Straßen, Plätze, Theater und Restaurants sind überfüllt. Überall werden die Wahlresultate durch elektrische Beleuchtung und Kinematographen bekanntgegeben. Namentlich wenn das Ergebnis wie im Jahre 1916 höchst ungewiß ist,

bemächtigt sich der Menge eine ungeheure Erregung. Am Abend um elf Uhr schien die Wahl des Herrn Hughes gesichert, da der Osten der Vereinigten Staaten fast geschlossen für ihn gestimmt hatte und es als Regel galt, daß ein demokratischer Kandidat nur siegen könne, wenn er den Staat New York gewonnen hätte. Am nächsten Tage änderte sich das Bild, nachdem allmählich die Wahlergebnisse aus dem Westen eingegangen waren, wo überall die demokratische Partei triumphiert hatte. So knapp war aber die Mehrheit, daß es einige Tage dauerte, bis die Wahl Herrn Wilsons feststand.

Die oben erwähnten frondierenden Eigenbrötler unter den Deutschamerikanern behaupteten, daß, wenn Herr Hughes gewählt worden wäre, der Kongreß die vier Monate von der Wahl bis zum 4. März, während deren Herr Wilson ohnmächtig und Herr Hughes noch nicht in der Macht war, benutzt haben würde, um schleunigst die Warnung amerikanischer Bürger vor britischen Passagierschiffen im Kongreß durchzusetzen. Dann hätte Hughes bei seinem Amtsantritt eine Lage vorgefunden, die ihn am Eintritt in den Krieg gehindert haben würde, entsprechend der überwiegenden Friedensneigung des Volkes. Infolgedessen hätten die Deutschamerikaner für Hughes eintreten müssen. Das wäre auch den Deutschen im Osten klar gewesen. Die Wiederwahl Wilsons sei auf die deutschen Stimmen des Westens zurückzuführen, welche hierbei einer mehr oder weniger deutlichen Parole der deutschen Botschaft gefolgt wären.

Diese Argumentation beweist wieder einmal, daß die in Rede stehenden Deutschen gar nicht über die Verhältnisse in Amerika orientiert waren. Sie verkehrten nur unter sich in dem „Deutschen Verein“ und sahen kaum jemals einen wirklichen Vollblutamerikaner. Zunächst ist gar nicht einzusehen, warum die Deutschen im Westen meiner angeblichen Wahlparole gefolgt sein sollten, wenn die Deutschen des Ostens dies nicht taten. Die Hauptsache bleibt aber, daß Wilson den bestimmten Entschluß gefaßt hatte, falls Herr

Hughes gewählt worden wäre, ihn sofort zum Staatssekretär zu ernennen und, nachdem Hughes sich in diesem Amte über die politische Lage informiert hatte, ihm die Präsidentschaft zu übergeben und selbst zurückzutreten. Herr Wilson war der Ansicht, daß es unmöglich sei, das Land in einem solchen gefahrvollen Augenblick ohne feste Führung zu lassen.

Sofort nach der amtlichen Bekanntgabe seiner Wiederwahl schrieb der Präsident eine Friedensvermittlungsnote, behielt sie aber leider in seinem Schreibtische, weil gerade damals unglücklicherweise wegen der belgischen Deportationen eine neue deutschfeindliche Woge über das Land ging. Herr Wilson pflegte zu jener Zeit die Entwürfe seiner Noten und Reden selbst auf der Maschine zu schreiben und sie nur in juristischer oder sonstiger technischer Beziehung von seinen Ratgebern begutachten zu lassen. Ob er heute noch in der gleichen Weise arbeitet, ist mir nicht bekannt. Wenn die unselige Maßregel der belgischen Deportationen nicht erfolgt wäre, die obendrein in einem Augenblicke ergriffen wurde, wo wir dem Präsidenten mitgeteilt hatten, daß wir Belgien nicht annektieren wollten, hätte die Weltgeschichte vermutlich einen anderen Verlauf genommen. Die amerikanische Vermittlungsaktion würde unserem Friedensangebote zuvorgekommen sein und infolgedessen wahrscheinlich Erfolg gehabt haben, weil wir dann den uneingeschränkten U-Bootkrieg nicht hätten aufnehmen können, ohne die Vermittlung auslaufen zu lassen.

Im November ereigneten sich mehrere Unterseeboot-Zwischenfälle, bei denen Zweifel bestanden, ob nach den Regeln des Kreuzerkriegs verfahren worden war. Insbesondere kamen die Schiffe „Marina“ und „Arabic“ in Betracht. Ich gehe aber auf diese Fälle nicht ein, da sie keine politische Bedeutung gehabt haben. Präsident Wilson ließ dieselben dilatorisch behandeln, weil er seine Vermittlungsaktion nicht durch Kontroversen gestört sehen wollte.

Von größerer Wichtigkeit war der jetzt wieder in Berlin auftauchende Wunsch, den sogenannten „verschärften U-Bootkrieg“ aufzunehmen. Ich erfuhr davon durch folgendes Telegramm des Staatssekretärs von Jagow:

Ziffertelegramm

Nr. 112 „Berlin, den 8. November 1916.

Marine wünscht mindestens bewaffnete feindliche Frachtdampfer ohne Warnung zu torpedieren. Halten Ew. Exzellenz dies, auch abgesehen von wahrscheinlichen Verwechslungen, für bedenklich, namentlich im Hinblick darauf, daß an Bord solcher Dampfer jetzt häufig Amerikaner angeheuert sind?

von Jagow“

Da der „verschärfte U-Bootkrieg“ jede Aussicht auf eine amerikanische Vermittlungsaktion vernichtet haben würde, riet ich in den beiden nachfolgenden Telegrammen dringend davon ab.

1. Ziffertelegramm

Nr. 152 „Washington, den 17. November 1916.

Es ist dringend erwünscht, Streitfrage über bewaffnete Handelsschiffe nicht wieder zu eröffnen, namentlich auch wegen Friedensplan Wilsons.“

2. Ziffertelegramm

„Washington, den 20. November 1916.

Antwort auf Telegramm Nr. 112, welches verspätet.

Im Anschluß an Telegramm Nr. 152.

Bitte dringend, keinerlei Änderung im Unterseebootkrieg eintreten lassen, bis entschieden, ob Wilson in Friedensvermittlung eintreten wird. Ich halte diese für nahe bevorstehend.“

Zu derselben Zeit erhielt ich die erste Mitteilung über das von der kaiserlichen Regierung beabsichtigte Friedensangebot. Zunächst traf das nachstehende Telegramm des Staatssekretärs von Jagow ein:

Ziffertelegramm

„Berlin, den 16. November 1916.

Läßt sich übersehen, ob Präsident in Friedensvermittlung Schritte unternehmen will, eventuell welche und wann? Frage wichtig zur Beurteilung etwaiger anderweiter Schritte in gleichem Sinn.

Wie steht mexikanische Frage?

von Jagow"

Dann folgte eine weitere Depesche, die nachstehenden Wortlaut hatte:

Ziffertelegramm

„Ganz Geheim Berlin, den 22. November 1916.

Zu Ew. Exzellenz ausschließlich persönlicher Information. Sofern günstige militärische Lage es gestattet, beabsichtigen wir mit unseren Verbündeten demnächst Bereitwilligkeit unserseits anzukündigen, in Friedensverhandlungen einzutreten.

von Jagow"

Auf das erstere dieser beiden Telegramme sandte ich die folgende Antwort:

Ziffertelegramm

„Washington, den 21. November 1916.

Wilson beauftragte House spontan, mir streng vertraulich zu sagen, daß er möglichst bald in Friedensvermittlung Schritte tun wolle, vermutlich zwischen jetzt und Neujahr. Er macht indes zur Bedingung, daß bis dahin bei uns möglichst wenig von Friedensvermittlung gesprochen und geschrieben wird, um vorzeitige Ablehnung seitens unserer Feinde zu verhindern, und daß wir ferner U-Bootkrieg strengstens nach unseren Versprechungen führen und keine neuen Kontroversen aufkommen lassen.

Wilsons Gründe für obige Bedingungen sind die folgenden: Er glaubt, seine Vermittlung nur eintreten lassen zu können, wenn die hiesige öffentliche Meinung uns gegenüber so günstig bleibt, wie sie in den letzten Monaten gewesen ist. Deshalb beklagt er auch die sogenannten belgischen Deportationen. Jede neue U-Bootkontroverse würde die Stimmung hier wieder gegen uns verschlechtern, während, wenn diese Frage ausgeschaltet werden kann, die Spannung mit England sich verschärfen wird. Die britische Antwort hinsichtlich der schwarzen Listen und die englischen Presseäußerungen über die Wahl Wilsons haben hiesige Regierungskreise sehr verstimmt. Durch die U-Bootfrage wird diese Verstimmung aber immer wieder auf uns abgelenkt.

Wilson zögert noch, Friedensvermittlung eintreten zu lassen, weil Staatsdepartement eine Ablehnung seitens unserer Feinde erwartet, während House stark drängt und hoffnungsvoll ist. Ich habe ihn weisungsgemäß nach Möglichkeit ermutigt, indem ich ihm sagte, daß meines Erachtens unsere Feinde gar nicht ablehnen könnten, in Verhandlungen zu treten, und weiter beabsichtigt Wilson nichts. House schien sehr dadurch beeindruckt, daß ich ihn daran erinnerte, wie die englische Regierung während des ganzen Krieges immer durch lügnerische und diplomatische Künste versucht hätte, die öffentliche Meinung auf ihre Seite zu bringen. Dieses durch Lug und Trug aufgebaute Kartenhaus würde sofort zusammenbrechen, wenn unsere Feinde jetzt Verhandlungen ablehnten und dadurch ihre Eroberungsgelüste offen zugeben müßten. Ich fürchtete viel eher, daß England zum Schein auf Verhandlungen eingehen und in diesen versuchen würde, uns ins Unrecht zu setzen.

Ich wählte diese Argumentation, weil Wilson vor allen Dingen die Demütigung der Ablehnung fürchtet. Wenn es überhaupt zu Verhandlungen, selbst zu erfolglosen, kommt, so hat Wilson großen Erfolg zu verzeichnen. Ob die Verhandlungen zu einem Ergebnisse führen werden, kann ich

von hier aus nicht beurteilen. Jedenfalls wird von der hiesigen Regierung ein starker Druck in der Richtung des Friedens ausgeübt werden, wenn es überhaupt zu Verhandlungen kommt.

Die mexikanische Frage befindet sich noch immer im Stadium der Versumpfung durch diplomatische Verhandlungen. Diese Angelegenheit interessiert hier so gut wie niemanden mehr und hat sich auch bei den Wahlen als wirkungslos erwiesen.

Wenn Ew. Exzellenz noch Wilsons Friedensvermittlung wünschen, so ist nach obigem durchaus erforderlich, die ‚Marina'- und ‚Arabic'-Fälle sofort ohne weitere Kontroverse aus der Welt zu schaffen und keine neuen Streitfragen eintreten zu lassen. Ich glaube, daß ich hier mit Hilfe von House die beiden vorliegenden Fälle ziemlich unauffällig begraben kann, da Wilson dies selbst wünscht. Wie House sagte, nimmt Präsident diese Fälle tragisch, weil er nach der ‚Sussex'-Note unmöglich noch eine Note schreiben könne und also nur Abbruch der diplomatischen Beziehungen übrigbliebe, wenn die Sache nicht unter der Hand vertraulich mit mir beigelegt würde.

Gerard wird nächste Woche ein bis zwei Tage in Washington sein, bei mir mit Lansing frühstücken und mit mir bei Lansing essen. House hält ihn in strenger Kontrolle. Falls Gerards Rückkehr nach Berlin nicht gewünscht wird, bitte ich um Weisung. Andernfalls dürfte er Ende des Jahres wieder dort sein."

Auf diese Depesche, welche die amerikanische Friedensvermittlung mit großer Bestimmtheit ankündigte, erhielt ich von dem Auswärtigen Amt die nachstehende Antwort:

Ziffertelegramm

Nr. 121 „Berlin, den 26. November 1916.

Abberufung oder wenigstens weiteres Zurückhalten Gerards in Amerika erwünscht, falls ohne Verletzung seiner Eitelkeit

und Empfindlichkeit zu unserem Nachteil möglich, auch Sicherheit besteht, daß Tatsache diesseitiger Anregung dort nicht bekannt wird und geeigneterer Nachfolger zur Verfügung steht.

Friedensaktion Wilsons würden wir unserer in Telegramm Nr. 116 vom 22. 11. erwähnten Aktion vorziehen. Hierfür jedoch unbedingt erwünscht, daß Wilson sich zu baldigem Handeln, womöglich bei Eröffnung Kongresses oder unmittelbar nachher, entschließt. Bei Hinziehen bis Neujahr oder später würde Abflauen militärischer Operationen während des Winterfeldzuges Friedensneigung in öffentlicher Meinung bei Gegnern herabstimmen, andererseits weitere militärische Vorbereitungen für Frühjahrsoffensive erforderlich machen, deren Durchführung dann wieder bei Militär Widerstand gegen Friedensaktion vermutlich stärken würde. Bitte diese Gesichtspunkte vorsichtig ohne Empressement als Ihre persönliche Ansicht bei House verwerten und mich fortlaufend über Sachlage telegraphisch unterrichten.

Zimmermann"

Auf diese Depesche sandte ich die beiden folgenden Antworten:

1. *Ziffertelegramm*

Nr. 164 „Washington, den 1. Dezember 1916.

Antwort auf Telegramm Nr. 121.

Morgen werde ich House in New York sehen und versuchen zu erreichen, daß Gerard, der 5. Dezember abreisen soll, zurückgehalten wird.

Lansing sprach mir besonders eindringlich von dem amerikanischen Protest bezüglich der belgischen Deportationen. Durch diese werde die gesamte belgische Hilfsaktion gefährdet; ferner werde hiesige Stimmung wieder vergiftet, und zwar gerade im Augenblicke, wo es so aussehe, als ob Friedensverhandlungen begonnen werden könnten. Lansing sprach

Ansicht aus, daß, wenn Kaiserliche Regierung einen Weg finden könnte, um in belgischer Frage den Protesten des neutralen Auslandes nachzugeben, dies hier einen gewaltigen Eindruck zu unseren Gunsten hervorrufen, und daß es wahrscheinlich gleich darauf möglich sein werde, den Beginn von Friedensverhandlungen vorzuschlagen. Bisher sei leider immer etwas dazwischengekommen.

Die Warnung des Federal Reserve Board an die Banken vor ungedeckten Schuldscheinen fremder Staaten ist das erste Zeichen, daß die hiesige Regierung einen Druck auf unsere Feinde im Sinne des Friedens ausüben will."

2. Ziffertelegramm

„Washington, den 4. Dezember 1916.

Im Anschluß an Telegramm 164 vom 1. d. M.

House sagte mir streng vertraulich, Frage der Rücksendung Herrn Gerards sei eingehend von ihm mit Herrn Wilson und Herrn Lansing erörtert worden. Herrn Gerards Unbeliebtheit in Berlin und seine unfreundliche Art wären hier wohl bekannt, indessen sei kein genügender Nachfolger vorhanden, und Herr Gerard wäre wenigstens aufrichtig und tue genau, was man ihm sage. Er habe hier sehr eindringliche Instruktionen erhalten und sei selbst ganz begeistert für den Gedanken, bei der Herbeiführung des Friedens zu helfen. Außerdem wäre Herr Gerard so erfreut über die Ernennung des Staatssekretärs, daß er in Zukunft gewiß eine freundliche Haltung einnehmen werde.

Tatsächlich hat Herr Gerard hier überall die Personalveränderungen im Auswärtigen Amt als außerordentlich günstig für die deutsch-amerikanischen Beziehungen bezeichnet und insbesondere seine persönliche Freundschaft mit dem Staatssekretär betont.

Für Friedensaktion ist alles vorbereitet, doch bleibt es bei dem ständig zaudernden Herrn Wilson noch immer zweifelhaft, wann er damit herauskommen wird. Alle

maßgebenden hiesigen Persönlichkeiten sind jetzt für die Aktion gewonnen. Diese kann daher über Nacht kommen, namentlich wenn es für uns möglich ist, in der belgischen Frage Entgegenkommen zu zeigen. Herr Wilson glaubt, er sei in England so verhaßt, daß man dort gerade auf ihn nicht werde hören wollen. Aus diesem Gedankengange erklärt sich hauptsächlich sein Eifer in der belgischen Frage. Jedenfalls ist so viel sicher, daß House Herrn Wilson fortwährend zur Aktion drängt; auch wächst hier Friedenspropaganda ständig, trotzdem sie augenblicklich durch die belgische Frage sehr behindert wird. Wenn Herr Wilson — was zu erwarten ist — im Kongreß starke Friedensstimmung findet, dürfte er endlich zum Entschlusse kommen."

*

Nachdem Herr Gerard sich ungefähr zwei Monate in Amerika aufgehalten hatte, reiste er, mit neuen Instruktionen versehen, am 5. Dezember nach Berlin ab. Wenn der Botschafter später auf dem vielbesprochenen Adlon-Diner erklärte, die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland seien während des Krieges niemals so gute gewesen wie augenblicklich, so war diese Rede nur ein Niederschlag seiner Instruktionen. Wenn anderseits Herr Helfferich a. a. O. sagt, die Überschwenglichkeit des Botschafters habe ihn erstaunt, so erklärt sich dies dadurch, daß man in Berlin niemals an die Absicht Herrn Wilsons, Frieden zu stiften, glauben wollte. Warum eine solche Ungläubigkeit immer bestehen blieb, trotzdem Herr House behufs Ausführung dieser Absicht zweimal nach Berlin gereist war und trotzdem die Friedenspolitik des Präsidenten das A und O meiner gesamten Berichterstattung bildete, wird mir stets unerklärlich bleiben, während ich anderseits begreife, daß die Passivität Herrn Wilsons den englischen Völkerrechtsbrüchen gegenüber bei uns ein starkes Mißtrauen gegen ihn erzeugt hatte.

Herr Gerard schien übrigens über die Verhältnisse in Berlin nicht gut orientiert zu sein. Mit seiner Voraussage des uneingeschränkten U-Bootkriegs hat er allerdings recht behalten, aber in diesem Falle war wohl der Wunsch der Vater des Gedankens. Herrn Gerards deutschfeindlicher Gesinnung, die er später in unnötig häßlicher Weise durch seine Klatschliteratur und Filmproduktionen zum Ausdruck brachte, entsprach es, den U-Bootkrieg und damit den Bruch mit den Vereinigten Staaten sowie unsere Niederlage herbeizuwünschen. Aber schließlich hat der Botschafter auf dem Adlon-Diner bewiesen, daß er auch „anders konnte“.

Als Herr Gerard in Washington bei mir frühstückte, war gerade durch Berliner Telegramme bekanntgeworden, daß Herr von Jagow zurückgetreten und durch Herrn Zimmermann ersetzt worden war. Auf diese Nachricht hin sagte der Botschafter: jetzt werde kein Bruch zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten eintreten, denn Herr Zimmermann sei sein persönlicher Freund und wolle keinen Krieg, während Herr von Jagow als Aristokrat die Amerikaner nicht liebe und auf ihn, den bürgerlichen Gerard, herabsehe. Eine größere Verkennung der tatsächlich in Berlin bestehenden Verhältnisse, läßt sich kaum vorstellen, da der uneingeschränkte U-Bootkrieg erst möglich geworden ist durch den Rücktritt Herrn von Jagows, der in Berlin der Hauptgegner des U-Bootkriegs und der Träger des amerikanischen Vermittlungsgedankens war. Solange Herr von Jagow Staatssekretär blieb, konnte der Bruch mit den Vereinigten Staaten als ausgeschlossen gelten. Eine seiner letzten Amtshandlungen war ein an mich gerichteter Privatbrief vom 20. November 1916, der mit folgendem Absatze schloß:

„Wie Sie aus Ihren anderweitigen Instruktionen ersehen haben, stehen wir den Friedenstendenzen des Präsidenten Wilson nach wie vor sympathisch gegenüber. Seine darauf gerichtete Tätigkeit ist nachdrücklich zu ermutigen.

Natürlich darf aber seine Vermittlungstendenz nicht auf konkrete Vorschläge hinauslaufen (weil diese uns doch ungünstig wären)."

Wir kommen in dieser Darstellung jetzt zu dem Augenblicke, wo das Friedensangebot der kaiserlichen Regierung sich mit der Vermittlungsabsicht Herrn Wilsons verquickte. Es liegt nicht in meiner Absicht, auf die Vorgänge, die sich in Berlin abspielten, und die Erwägungen, die dort Platz griffen, näher einzugehen, da ich sie nur aus der Reflexwirkung der mir erteilten Instruktionen kenne. Ich will nur kurz erwähnen, daß, nach der Aussage Herrn von Bethmann Hollwegs vor dem Ausschusse der Nationalversammlung, das Friedensangebot der kaiserlichen Regierung erfolgt ist, um auf die friedenswilligen Minoritäten in den Ententeländern und durch die Völker auf die Regierungen einzuwirken. Ferner war nicht beabsichtigt, die Friedensaktion Herrn Wilsons durch unser Angebot auszuschalten, sondern die kaiserliche Regierung wollte „zwei Eisen im Feuer" haben. Endlich sind alle Äußerungen der kaiserlichen Regierung, welche diesen beiden Hauptgrundlagen ihrer Politik nicht zu entsprechen scheinen, als von rein taktischen Motiven ausgehend zu betrachten. Demnach ist also die entscheidende Wendung in unserer Politik erst am 9. Januar 1917 erfolgt, als der Beschluß, den uneingeschränkten U-Bootkrieg aufzunehmen, gefaßt wurde. Bis dahin galt die Politik der „Zwei-Eisen-im-Feuer".

So habe auch ich in Washington damals die Sachlage aufgefaßt. Wenn ich überzeugt gewesen wäre, daß der Rücktritt Herrn von Jagows und das deutsche Friedensangebot ein bestimmtes Abgehen von der Politik bedeuteten, die wir bisher der Friedensaktion Herrn Wilsons gegenüber beobachtet hatten, so würde ich sofort von meinem Posten zurückgetreten sein, da ich mit der bisherigen Politik völlig identifiziert war. Auf diese Seite der Frage werde ich indessen später noch einmal zurückkommen.

Die nachstehende Depesche des Auswärtigen Amtes brachte mir die amtliche Mitteilung unseres Friedensangebotes.

Ziffertelegramm Nr. 128

„Berlin, den 9. Dezember 1916.

Geheim, zur persönlichen Information

Wir haben uns entschlossen, die durch Fall Bukarests geschaffene günstige Lage auszunutzen, um gemäß Telegramm Nr. 116 vom 21. 11. voraussichtlich Dienstag, den 12. Dezember, gemeinsam mit unseren Bundesgenossen an Gegner mit Friedensangebot heranzutreten. Wir laufen augenblicklich nicht Gefahr, dadurch unserem Prestige Abbruch zu tun oder Schein der Schwäche hervorzurufen. Lehnen Gegner Angebot ab, so fällt auf sie Odium für Fortsetzung Krieges. Aus den in Telegramm Nr. 121 angegebenen Gründen konnten wir nicht länger warten, ob Präsident Wilson den Entschluß zu einer Friedensaktion finden würde.

Hiesige Amerikanische Botschaft wird im gegebenen Augenblick Note erhalten, durch die amerikanische Regierung gebeten wird, unser Friedensangebot denjenigen unserer Gegner mitzuteilen, bei denen sie unsere Interessen vertritt. Bezüglich anderer Gegner erfolgt Mitteilung durch Vermittlung Schweiz, bzw. Spaniens. Amerikanischer Geschäftsträger hat in Unterredung mit Reichskanzler am 5. Dezember im Auftrage Präsidenten u. a. vertraulich geäußert: „What the President now most earnestly desires is practical cooperation on part of German Authorities in bringing about a favourable opportunity for soon and affirmative action by the President looking to an early restoration of peace*." Reichskanzler hat amerikanischem Geschäftsträger erwidert, er sei „extremely gratified to see from the President's message that in the given moment he could count upon the sincere and practical

* „Was der Präsident nun dringend wünscht, ist tätige Mitwirkung seitens der deutschen Regierung, indem sie eine günstige Gelegenheit schafft für eine schnelle und positive Aktion durch den Präsidenten, im Sinne der baldigen Wiederherstellung des Friedens."

cooperation of the President in the restoration of peace as much as the President could count upon the practical cooperation of German Authorities *". Wir glauben annehmen zu dürfen, daß unsere Aktion Wünschen Präsidenten entgegenkommt.

Bitte Sie jedenfalls, Präsident und House gegenüber in diesem Sinne interpretieren.

v. Stumm"

Auf dieses Telegramm antwortete ich wie folgt:

Ziffertelegramm

„Washington, den 13. Dezember 1916.

Antwort auf Telegramm Nr. 128

Auftrag bei House ausgeführt, der gerade im Weißen Hause zu Besuch. Ich habe noch keine Antwort von Wilson, doch glaubt man hier allgemein, daß er Friedensvorschläge energisch befürworten wird.

Herr Gerard hielt auf einem Abschiedsdiner, welches man ihm in New York gab, eine Rede, in der er bestimmt erklärte, daß Deutschland gesiegt hätte und ihm der Sieg nicht mehr zu rauben sei. Obgleich nicht veröffentlicht, machte diese Rede doch Aufsehen, namentlich, da Herr Gerard hervorhob, daß er Wilson im gleichen Sinne berichtet hätte."

Vor dem Ausschusse der Nationalversammlung bin ich gefragt worden, ob ich den Versuch gemacht hätte, unser Friedensangebot zu verhindern, damit dieses nicht die Aktion Herrn Wilsons störe. Ich habe keine solchen Schritte getan, weil ich glaubte, einem feststehenden Entschlusse der kaiserlichen Regierung gegenüberzustehen, und weil ich nicht annahm, daß unser Friedensangebot die Wilsonsche Aktion

* „Außerordentlich erfreut, aus des Präsidenten Botschaft zu ersehen, daß er im gegebenen Moment auf die ernste und tätige Mitwirkung des Präsidenten bei der Wiederherstellung des Friedens ebenso rechnen könne, wie der Präsident auf die tätige Mitwirkung der deutschen Regierung."

wesentlich beeinträchtigen würde, vorausgesetzt, daß wir diese auslaufen ließen.

Ferner wurde vor dem Ausschusse gesagt, daß ich vielleicht meiner Politik in Berlin hätte zum Siege verhelfen können, wenn ich mich eindringlicher dafür eingesetzt hätte. Hierzu muß ich zunächst sagen, daß ich eine stärkere Einwirkung meinerseits nicht für unbedingt erforderlich hielt, da meine Instruktionen immer kategorisch dahin lauteten, Herrn Wilson zu ermutigen, eine Friedensaktion zu unternehmen. Ferner war mir mitgeteilt worden, daß die kaiserliche Regierung diese Aktion unserem eigenen Friedensangebot vorziehen würde, und daß der Zeitpunkt der letzteren von der militärischen Situation abhängig gemacht werden sollte. Ich war daher bis zum Eingange des Berliner Telegrammes Nr. 128 nicht im klaren darüber, welche von beiden Aktionen der anderen zuvorkommen würde, um so mehr, als ich nach meinen Instruktionen unsere Absicht, ein Friedensangebot zu machen, geheimhalten mußte und nicht mit Herrn House darüber sprechen durfte.

Unter normalen Verhältnissen wäre ich ja während des Krieges sicher mehrfach nach Berlin gereist, um mich dort mit den maßgebenden Persönlichkeiten auszusprechen. Das war aber leider nicht möglich, da die Engländer mich niemals hätten hin und her reisen lassen. Wenn ich Mittel und Wege gehabt hätte, die deutsche Öffentlichkeit über die amerikanischen Verhältnisse aufzuklären, so wäre das allerdings sehr nützlich gewesen. Nach dem Ergebnisse der Vernehmungen vor dem Ausschusse der Nationalversammlung war ja das Mißtrauen gegen die Persönlichkeit Wilsons der Hauptgrund für unsere Ablehnung seiner Vermittlung. Immerhin glaube ich doch, daß Unkenntnis und Unterschätzung Amerikas dabei noch mehr Einfluß ausgeübt haben. Ich kann mir wenigstens nicht denken, daß alle die in Betracht kommenden Persönlichkeiten für den uneingeschränkten U-Bootkrieg gestimmt hätten, wenn sie fest überzeugt gewesen wären, daß die

Vereinigten Staaten mit voller militärischer und wirtschaftlicher Kraft in den Krieg eintreten würden. Wie dem auch sei, ich wollte wenigstens mein Möglichstes tun und machte den Versuch, Herrn Albert, der völlig mit mir harmonierte, auf dem U-Boot „Deutschland" nach Berlin zu senden. Der Kapitän der „Deutschland" erhob indessen Bedenken gegen die Mitnahme von Passagieren, und die Reise Herrn Alberts mußte infolgedessen unterbleiben. Nach den Erfahrungen, die ich mit den Reisen der Herren Meyer-Gerhard und Dernburg gemacht habe, glaube ich allerdings nicht, daß Herr Albert sehr viel in Berlin erreicht haben würde. Auch ich selbst hätte wohl kaum die Aufnahme des uneingeschränkten U-Bootkriegs verhindern können, da dies Herrn von Jagow, Herrn von Kühlmann und anderen nicht gelungen ist, und darauf allein kam es schließlich an.

Die Absicht Herrn Wilsons, Frieden zu stiften, war mir so bestimmt und häufig angekündigt worden, daß ich es für selbstverständlich hielt, daß der Präsident trotz unseres Friedensangebotes auf seinem Vorhaben beharren würde. Da ich keine anderweitigen Weisungen erhalten hatte, blieb ich bei meiner bisherigen Auffassung der Dinge und nahm an, daß wir zwar selbst ein Friedensangebot gemacht hätten, weil die Wilsonsche Aktion zu lange auf sich warten ließ, daß wir aber die Hilfe des Präsidenten nach wie vor gern in Anspruch nehmen würden. Anders ließ sich meines Erachtens das obenerwähnte Telegramm Nr. 128 des Auswärtigen Amtes nicht interpretieren. Der Präsident selbst war, wie mir Herr House sagte, sehr enttäuscht, als er die Nachricht unseres Friedensangebotes erhielt. Er hätte natürlich gern selbst den ersten Schritt getan. Außerdem hatte er uns immer davor gewarnt, vom Frieden zu sprechen, weil dies von der Entente als Schwäche ausgelegt werden würde. Er hielt also unser Friedensangebot für eine Erschwerung seiner Aktion, da es die Bereitwilligkeit der Gegner, in Verhandlungen einzutreten, vermindern müsse. Anderseits übte der Schritt der

kaiserlichen Regierung eine günstige Wirkung auf die öffentliche Meinung der Vereinigten Staaten aus, und diese Wirkung würde noch günstiger gewesen sein, wenn unser Angebot weniger im Tone des Siegers redigiert worden wäre. Die Haltung der amerikanischen öffentlichen Meinung und die Befürchtung, daß Friedensverhandlungen vielleicht ohne seine Mitwirkung zustande kommen könnten, dürften die Hauptgründe gewesen sein, die Herrn Wilson bewogen haben, unser Friedensangebot öffentlich zu unterstützen. Hierüber machte ich folgende Meldung nach Berlin:

Ziffertelegramm

„Washington, den 16. Dezember 1916.

Lansing sagte mir, folgende Erklärung, die ich drahtlos heute nicht senden konnte, sei von Wilson persönlich ausgegangen: „President Wilson has decided that the notes of the Centralpowers proposing a discussion of peace to the Entente allies will be sent forward by the american Government acting as intermediary without any accompanying offer of its own. He has not determined whether any action in behalf of peace will be taken later by the United States on its own accont, but is holding himself in readiness to serve in any way possible toward bringing the waring nations together *." Aus Lansings Äußerungen entnahm ich, daß er überzeugt ist, daß unsere Feinde auf eine Konferenz eingehen werden, und daß dann hiesige Regierung Gelegenheit haben wird, Sache des Friedens zu fördern. Da auch hiesige Presse allgemein Ansicht ist, daß unsere Feinde eine Konferenz nicht ablehnen können, ohne öffentliche Meinung gegen sich aufzubringen, habe ich Grund, anzunehmen, daß amerikanische

* Präsident Wilson hat entschieden, daß die Noten der Zentralmächte, die den Alliierten Friedensbesprechungen vorschlagen, durch die amerikanische Regierung als Vermittlerin, ohne irgendein begleitendes Angebot ihrerseits, weitergesandt werden. Er hat nicht bestimmt, ob später irgendeine Aktion zugunsten des Friedens von den Vereinigten Staaten auf eigene Rechnung unternommen werden wird; aber er hält sich selbst in Bereitschaft, auf jede mögliche Weise zu helfen, um die kriegführenden Nationen zusammenzubringen.

Botschaft in London trotz der obenerwähnten amtlichen Erklärung diese Auffassung zur Geltung bringen wird."

Wie ich erwartet hatte, ließ sich der Präsident in seinen Absichten nicht beirren, und sandte er am 18. Dezember die schon längst fertige Note, mit geringen Änderungen, an die kriegführenden Mächte ab. Diesen Schritt würde er sicher nicht getan haben, wenn er nicht bestimmt auf einen Erfolg gerechnet hätte. Die Note Herrn Wilsons mußte unserem Friedensplane förderlich sein und wurde daher in ganz Amerika als „prodeutsch" betrachtet. Gerade deshalb wirkte sie als Sensation. An der New Yorker Börse erfolgte ein ungeheuerer Kurssturz aller Werte der Kriegsindustrie. Einige deutschfeindliche Zeitungen, welche zu ahnen begannen, daß ich der einzige Diplomat in Washington war, der etwas von den Absichten des Präsidenten wußte, behaupteten, ich hätte bei diesem Anlasse durch Spekulationen Millionen verdient. Jedes andere nur irgend denkbare Verbrechen hatte mir die Jingo- und Ententepresse schon früher vorgeworfen. Dem Schwiegersohne Herrn Wilsons, dem Schatzsekretär Mc Adoo, wurde gleichfalls der Verdacht angehängt, daß er seine politischen Informationen zu Börsenspekulationen mißbraucht hätte. Als ich bald darauf bei dem Präsidenten speiste, fragte er mich scherzend, was ich dazu sagte, daß mir die amerikanische Presse Millionengewinne andichtete. Ich erwiderte, daß ich nachgerade an derartige Angriffe gewöhnt wäre und nur darüber lachte. Herr Wilson sagte darauf: „Das ist recht. Mein Schwiegersohn nimmt die Sache viel zu ernst. Ich sage ihm immer: Wenn du dich so ärgerst, werden die Leute glauben, daß die Geschichte wahr ist."

Die amerikanische Presse geriet über die Note des Präsidenten in die größte Erregung und bestürmte das Staatsdepartement. Herr Lansing wurde von Fragestellern umringt und machte dabei die Bemerkung, daß die Vereinigten

Staaten das größte Interesse an der Beendigung des Krieges hätten, weil sie andernfalls selbst in denselben hineingezogen werden würden. Da sich in der letzten Zeit, wie schon erwähnt, einige nicht ganz einwandfreie U-Bootvorfälle ereignet hatten, faßte die Presse diese Bemerkung so auf, daß die Vereinigten Staaten in den Krieg gegen uns eintreten würden, wenn die Vermittlungsaktion scheitern sollte. Herr Wilson erkannte sofort, daß eine derartige Auslegung der Lansingschen Worte seine Friedensaktion auf das stärkste gefährden mußte. Wenn die Entente auf eine Beteiligung Amerikas am Kriege hoffen durfte, war keine Aussicht vorhanden, daß sie auf einen „Frieden ohne Sieg" eingehen würde. In dem Falle war ihr die Richtung ihrer Politik ganz von selbst vorgezeichnet. Sie brauchte nur die Vermittlung abzulehnen, um an das Ziel ihrer längst gehegten Wünsche zu gelangen. Der Präsident ersuchte daher sofort Herrn Lansing, die Äußerungen der Presse zu dementieren. Das geschah mit dem Bemerken, daß für die Vereinigten Staaten keinerlei Anlaß vorliege, in den Krieg einzutreten. Das Unheil war aber nicht völlig wieder gutzumachen, da Dementis immer Zweifeln begegnen.

Die wesentlichen Teile der Wilsonschen Note lauteten wie folgt:

„Der Präsident regt an, daß baldigst Gelegenheit genommen werde, von allen jetzt kriegführenden Staaten ihre Ansichten über die Bedingungen zu erfahren, unter denen der Krieg zum Abschluß gebracht werden könnte, und über die Vorkehrungen, die gegen die Wiederholung des Krieges oder die Entfachung irgendeines ähnlichen Konflikts in der Zukunft zufriedenstellende Bürgschaft leisten könnten, so daß sich die Möglichkeit biete, sie offen zu vergleichen. Dem Präsidenten ist die Wahl der zur Erreichung dieses Zieles geeigneten Mittel gleich. Er ist gerne bereit, zur Erreichung dieses Zwecks in jeder annehmbaren Weise seinerseits dienlich zu sein oder sogar die Initiative zu ergreifen; er wünscht jedoch nicht, die Art und Weise und die Mittel zu bestimmen.

Jeder Weg wird ihm genehm sein, wenn nur das große Ziel, das er im Auge hat, erreicht wird.

Das Volk und die Regierung der Vereinigten Staaten haben an den Maßnahmen, die in der Zukunft den Frieden der Welt sicherstellen sollen, ein ebenso dringendes und unmittelbares Interesse wie die jetzt im Kriege befindlichen Regierungen. Die Vereinigten Staaten müssen es sich versagen, die Bedingungen vorzuschlagen, auf Grund deren der Krieg beendigt werden soll. Aber der Präsident sieht es als sein Recht und als seine Pflicht an, das Interesse der Vereinigten Staaten an der Beendigung des Krieges darzutun, damit es nicht einst zu spät ist, die großen Ziele, die sich nach Beendigung des Krieges auftun, zu erreichen, damit nicht die Lage der neutralen Staaten, die jetzt schon äußerst schwer zu ertragen ist, ganz unerträglich wird, und damit vor allem nicht die Zivilisation einen nicht zu rechtfertigenden und nicht wieder gutzumachenden Schaden erleidet.

Die konkreten Ziele, für die der Kampf geführt wird, sind niemals endgültig festgestellt worden.

Die Führer der verschiedenen kriegführenden Mächte haben diese Ziele in allgemeinen Wendungen aufgestellt. Aber in allgemeinen Ausdrücken gehalten, scheinen sie die gleichen auf beiden Seiten. Bisher haben die verantwortlichen Wortführer auf beiden Seiten noch kein einzigesmal die genauen Ziele angegeben, die, wenn sie erreicht würden, sie und ihre Völker so zufriedenstellen würden, daß der Krieg nun auch wirklich zu Ende gefochten wäre. Der Welt ist es überlassen, zu vermuten, welche endgültigen Ergebnisse, welcher tatsächliche Austausch von Garantien, welche politischen oder territorialen Veränderungen oder Verschiebungen, ja, selbst welches Stadium des militärischen Erfolges den Krieg zu Ende bringen würde.

Vielleicht ist der Friede näher, als wir glauben. Vielleicht sind die Bedingungen, auf denen die beiden kriegführenden Parteien es für nötig halten, zu bestehen, nicht so unvereinbar,

als manche fürchten, vielleicht könnte so ein Meinungsaustausch wenigstens den Weg zu einer Konferenz ebnen, vielleicht könnte so schon die nächste Zukunft auf ein dauerndes Einvernehmen der Nationen hoffen und sich ein Zusammengehen der Nationen alsbald verwirklichen.

Der Präsident schlägt keinen Frieden vor; er bietet nicht einmal seine Vermittlung an. Er regt nur an, daß man sondiere, damit die Neutralen und die kriegführenden Staaten erfahren, wie nahe wohl das Ziel des Friedens sein mag, wonach die ganze Menschheit mit heißem und wachsendem Begehren sich sehnt. Der Präsident glaubt, daß der Geist, in dem er spricht, und die Ziele, die er erstrebt, von allen Beteiligten verstanden werden, und er hofft und vertraut auf eine Antwort, die ein neues Licht in die Angelegenheiten der Welt bringen wird."

Da diese Note in ihren positiven Vorschlägen ziemlich tastend und unklar gehalten war, — wohl mit Absicht, um eine direkte Ablehnung unmöglich zu machen, — fragte ich Herrn Lansing, welches Verfahren seitens des Präsidenten gewünscht würde. Über diese Unterredung berichtete ich in der folgenden Depesche nach Berlin:

Ziffertelegramm Nr. 188

„Washington, den 21. Dezember 1916.

Lansing gab mir vor einigen Tagen Nachricht von Wilsons Friedensnote und sagte mir, amerikanische Regierung befinde sich mehr und mehr in einer unerträglichen Lage wegen fortgesetzter Verletzung ihrer Rechte. Deshalb erhoffe sie offene Antworten (frank statements) von den kriegführenden Mächten über ihre Friedensbedingungen. Ich antwortete als meine persönliche Auffassung, daß dies schwer anders wie auf einer Konferenz zu machen sein würde wegen der Presse usw. Lansing erwiderte, Erklärungen könnten auch vertraulich sein und allmählich zu einer Konferenz führen. Danach scheint die hier verbreitete Ansicht richtig zu sein, daß Wilson

als „clearing house" für die weiteren Schritte zum Frieden dienen möchte. Er hat hiesige öffentliche Meinung völlig hinter sich mit Ausnahme unserer ganz wilden Gegner, welche Wilsons Note als prodeutsch bezeichnen."

Meine Unterredung mit Herrn Lansing und der Wortlaut der amerikanischen Note machten es vollkommen klar, daß der Präsident zunächst nur die Bekanntgabe der beiderseitigen Friedensbedingungen wünschte. Gerade dieses Verlangen Herrn Wilsons wollte die Berliner Regierung nicht erfüllen, weil dadurch in Deutschland zwischen den verschiedenen Richtungen der öffentlichen Meinung ein schwerer Kampf um die „Kriegsziele" entstanden wäre. Ich erhielt daher auf meine Depesche die nachfolgende ablehnende Antwort:

Ziffertelegramm Nr. 142

„Berlin, den 26. Dezember 1916.

Antwort auf Telegramm Nr. 188

Ich werde amerikanische Friedensnote dahin beantworten, daß uns unmittelbarer Gedankenaustausch am geeignetsten erscheint, um zum erwünschten Ergebnis zu gelangen. Wir schlügen daher alsbaldigen Zusammentritt von Delegierten der kriegführenden Staaten an neutralem Ort vor. Wir teilten Ansicht Präsident, daß an Werk der Verhütung künftiger Kriege erst nach Beendigung jetzigen Krieges herangetreten werden könne.

Zur ausschließlich persönlichen Information: Als Ort für eventuellen Zusammentritt der Delegierten kommt nur Platz in neutralem Europa in Frage. Abgesehen von schwierigen Verkehrsverbindungen mit Vereinigten Staaten lehren die in Portsmouth gemachten Erfahrungen, daß amerikanische Indiskretion und Einmischung sachgemäße Verhandlungen unmöglich machen. Ingerenz des Präsidenten auch in Form des „clearing house" wäre unseren Interessen abträglich, ist daher zu verhindern. Die Grundlagen für künftigen Friedensschluß müssen wir durch direktes Benehmen mit unseren

Gegnern schaffen, wollen wir nicht Gefahr laufen, durch Druck der Neutralen um gewünschten Gewinn gebracht zu werden. Wir lehnen daher auch Konferenzgedanken ab. Dagegen besteht kein Bedenken, nach Friedensschluß internationalen Kongreß zur Beratung über Probleme der Sicherung künftigen Weltfriedens zu beschicken.

Zimmermann"

Aus diesem Telegramme war zu entnehmen, daß die kaiserliche Regierung die Tätigkeit Herrn Wilsons darauf beschränken wollte, die beiden kriegführenden Parteien an den Verhandlungstisch zu bringen. Auf dieser Basis hätten wir auch sehr gut mit dem Präsidenten weiterarbeiten können, wenn der uneingeschränkte U-Bootkrieg nicht dazwischengetreten wäre. Es war immerhin begreiflich, daß die kaiserliche Regierung aus innerpolitischen Gründen damals unsere Friedensbedingungen noch nicht gleich nennen wollte. Dementsprechend bedeutete auch die Antwort auf die Wilson-Note, die in Berlin am 26. Dezember mit überraschender Schnelligkeit erfolgte, in dieser Beziehung eine in freundliche Form gekleidete Ablehnung.

Die deutsche Note hatte folgenden Wortlaut:

„Die Kaiserliche Regierung hat die hochherzige Anregung des Herrn Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, Grundlagen für die Herstellung eines dauernden Friedens zu schaffen, in dem freundschaftlichen Geiste aufgenommen und erwogen, der in der Mitteilung des Herrn Präsidenten zum Ausdruck kommt. Der Herr Präsident zeigt das Ziel, das ihm am Herzen liegt, und läßt die Wahl des Weges offen. Der Kaiserlichen Regierung erscheint ein unmittelbarer Gedankenaustausch als der geeignetste Weg, um zu dem gewünschten Ergebnis zu gelangen. Sie beehrt sich daher, im Sinne ihrer Erklärung vom 12. d. M., die zu Friedensverhandlungen die Hand bot, den alsbaldigen Zusammentritt von Delegierten der kriegführenden Staaten an einem neutralen Orte vorzuschlagen.

Auch die Kaiserliche Regierung ist der Ansicht, daß das große Werk der Verhütung künftiger Kriege erst nach Beendigung des gegenwärtigen Völkerringens in Angriff genommen werden kann. Sie wird, wenn dieser Zeitpunkt gekommen ist, mit Freuden bereit sein, zusammen mit den Vereinigten Staaten von Amerika an dieser erhabenen Aufgabe mitzuarbeiten."

Für die innerpolitischen Gründe, welche die kaiserliche Regierung verhinderten, unsere Friedensbedingungen zu nennen, war in Amerika kein Verständnis vorhanden. Als Staatssekretär Lansing die deutsche Note vom 26. Dezember mit mir besprach, sagte er, daß er nicht begreife, warum wir unsere Bedingungen nicht nennen wollten. Wenn beide kriegführenden Parteien ihre Bedingungen mitteilten, würde sich schließlich eine Einigung auf der mittleren Linie ergeben. Meinem Einwande, unsere Forderungen seien so maßvoll, daß sie uns als Schwäche ausgelegt werden würden, begegnete der Staatssekretär mit der Bemerkung: wir sollten doch mehr verlangen; wir könnten ja irgend etwas fordern, nur sprechen sollten wir, damit ein Ausgangspunkt gegeben wäre, von welchem aus ver- und abgehandelt werden könnte.

Dieses Gespräch hatte zunächst keine praktischen Folgen, da Herr House mich am gleichen Tage ersuchte, ihn in New York zu besuchen. Über das Ergebnis unserer Unterredung telegraphierte ich das Nachstehende nach Berlin:

Ziffertelegramm Nr. 192

„Washington, den 29. Dezember 1916.

House sagte mir als Wilsons Meinung, daß eine Friedenskonferenz ohne vorherige vertrauliche Verhandlungen nicht zustande kommen würde, da unsere Feinde, wie die Dinge jetzt lägen, die Einladung ablehnen bzw. ihre Annahme von Bedingungen abhängig machen würden. Diese Mitteilung

von House war begleitet von einer Aufforderung zu unbedingt vertraulichen Verhandlungen, von denen nur er, Wilson und ich etwas wissen sollten. Unter diesen Umständen wäre völlige Diskretion sicher, da Wilson und House beide ziemlich geschickt, im Gegensatz zu anderen Amerikanern, Geheimnisse zu wahren wissen.

Ich bitte um baldige Weisung, ob ich solche Verhandlungen ablehnen soll, oder ob Euere Exzellenz mich dazu ermächtigen und mit entsprechenden Instruktionen versehen wollen. Wie ich früher immer berichtet, legt Wilson verhältnismäßig wenig Wert auf die territoriale Seite der Friedensbedingungen. Ich bin nach wie vor der Ansicht, daß das Hauptgewicht auf das zu legen ist, was hier als die „Garantien für die Zukunft" bezeichnet wird. Wenn wir Wilson solche so weitgehend wie möglich geben könnten, glaubt er die Friedenskonferenz zustande bringen zu können, denn damit würde das Hauptargument unserer Feinde entwaffnet. Letztere behaupten nämlich immer, daß wir jetzt nur Frieden machen wollten, um bei günstiger Gelegenheit den Krieg wieder anzufangen, während unsere Feinde genötigt seien, die gegen uns gebildete Koalition so lange wie möglich zusammenzuhalten, um einen dauernden Frieden zu erreichen. Die Wilsonschen Gedanken über solche Garantien sind Euerer Exzellenz bekannt. Sie bestehen in erster Linie in einer beschränkten Abrüstung zu Lande und zu Wasser (Freiheit der See), schiedsrichterlichen Einrichtungen und Friedensliga. Glaube auf Grund Euerer Exzellenz Reichstagsrede, daß die Kaiserliche Regierung solche Garantien unter der Bedingung geben würde, daß ein Friede zustande käme.

Ich habe mich House gegenüber vorwiegend zuhörend verhalten, um Euerer Exzellenz in keiner Weise vorzugreifen. Indessen schließe ich mich der Auffassung des Herrn House an, daß eine Friedenskonferenz ohne Hilfe der Vereinigten Staaten nicht zustande kommen wird. Unsere Feinde werden versuchen, uns ins Unrecht zu setzen, indem sie sagen, daß wir zwar eine Konferenz vorgeschlagen, aber nichts über

unsere Bedingungen und Garantien hätten verlauten lassen. Ich kann natürlich nur vom hiesigen Standpunkt aus ein Urteil abgeben. Wir haben durch unser Friedensangebot eine große Umstimmung der hiesigen öffentlichen Meinung hervorgebracht. Diesen Vorteil werden wir gänzlich verlieren, wenn sich der von unseren Feinden kolportierte Gedanke festsetzt, daß wir nur eine für unsere eigene öffentliche Meinung berechnete theatralische Friedensgeste gemacht hätten. Welche Schritte Wilson tun wird, wenn mich Euere Exzellenz zu solchen Verhandlungen ermächtigen, ist noch nicht bestimmt und hängt wesentlich von Euerer Exzellenz Instruktionen ab. House dachte daran, eventuell selbst nach England zu reisen. Je mehr Euere Exzellenz mir über unsere Bedingungen und Bereitwilligkeit zu Garantien mitteilen wollen, desto besser von hier aus gesehen. Indessen weiß ich nicht, ob Euere Exzellenz nicht vielleicht lieber die Verhandlungen scheitern lassen wollen, als amerikanische Hilfe anzunehmen. Es braucht m. E. nicht zugestanden zu werden, daß die Vereinigten Staaten an allen Verhandlungen teilnehmen. Notwendig wäre nur die Verpflichtung unserseits zu den Garantien, welche in einer allgemeinen Konferenz im einzelnen festzusetzen wären, nachdem eine Konferenz der Kriegführenden einen Präliminarfrieden zustande gebracht hätte.

Ich unterbreite Euerer Exzellenz obigen Vorschlag, weil ich überzeugt bin, daß unsere Feinde nicht auf Verhandlungen eingehen werden, wenn nicht von hier aus ein starker Druck ausgeübt wird. Letzteres wird aber m. E. geschehen, wenn Euere Exzellenz im übrigen glauben, amerikanische Vermittlung annehmen zu können. Mit Ausnahme der belgischen Frage dürfte die hiesige Regierung uns bei allen Verhandlungen mehr Vorteil als Nachteil bringen, da die Amerikaner jetzt erst zur Erkenntnis gekommen sind, was die Seeherrschaft Englands bedeutet."

Dieses Telegramm halte ich insofern für das wichtigste der gesamten Verhandlungen, weil es am 3. Januar in Berlin

eintraf, also sechs Tage vor der Entscheidung zugunsten des uneingeschränkten U-Bootkriegs. Wenn ich heute meine Depesche wieder lese, habe ich — auch nach den Vernehmungen vor dem Ausschusse der Nationalversammlung — die gleiche Empfindung wie damals, nämlich, daß Herr Wilson auf unsere Wünsche einging und seine Hauptaufgabe darin sah, Besprechungen zwischen den kriegführenden Parteien herbeizuführen. Ich kann daher nicht verstehen wie es möglich war, daß dieses amerikanische Angebot nicht als ein solches zur Vermittlung des Friedens angesehen, und daß seitens des Auswärtigen Amtes in das deutsche Hauptquartier gemeldet wurde, von einer Friedensvermittlung Herrn Wilsons sei niemals die Rede gewesen. Anderseits begreife ich vollkommen, daß Herr von Bethmann Hollweg, wie er vor dem Ausschusse der Nationalversammlung aussagte, der Politik des Präsidenten gegenüber eine starke Skepsis empfand. Immerhin lag aber doch ein Vermittlungsangebot vor, welches angenommen oder abgelehnt werden mußte. Im ersteren Falle war es notwendig, den U-Bootkrieg zum mindesten aufzuschieben; im anderen mußten wir in Washington eine klare diplomatische Situation schaffen, wenn wir dem Vorwurfe entgehen wollten, gleichzeitig mit Herrn Wilson über einen Frieden verhandelt und den U-Bootkrieg geplant zu haben, der den Bruch mit den Vereinigten Staaten herbeiführen mußte.

Als ich damals mit Herrn House sprach, nahm ich an, daß die deutsche Note vom 26. Dezember den Hauptzweck verfolgte, unseren alten, von Herrn Wilson bereits anerkannten Standpunkt besonders zu betonen, wonach die territoriale Regelung zwischen den kriegführenden Mächten erfolgen und die Völkerbundsfrage mit allem, was dazu gehörte, in einer Weltkonferenz unter amerikanischem Vorsitz behandelt werden sollte. Herr House sprach damals selbst immer von zwei Konferenzen, welche der Präsident im Haag zu vereinigen hoffte. Die eine sollte nur aus den kriegführenden

Mächten bestehen und die territorialen Fragen erledigen, die andere eine Weltkonferenz sein, die den Völkerbund zu gründen haben würde. Herr Wilson wünschte nicht, die Konferenz nach Washington einzuladen wegen der großen Entfernung von Europa und wegen der Eigenartigkeit der amerikanischen Presseverhältnisse.

Wie ich schon erwähnte, wurde in Berlin seit Wochen die Wiederaufnahme des „verschärften U-Bootkriegs" geplant. Diese Frage war jetzt akut geworden, und ich erhielt darüber die beiden nachstehenden Depeschen des Auswärtigen Amtes:

1. Ziffertelegramm Nr. 145

„Berlin, den 4. Januar 1917.

Frage bewaffneter Handelsschiffe duldet nach Ansicht Marine und Oberster Heeresleitung keinen weiteren Aufschub.

Bitte nachstehende Denkschrift, die in engster Anlehnung an amerikanisches Memorandum vom 25. März abgefaßt ist, mündlich mit Lansing besprechen und als Aide-Memoire hinterlassen. Unser Vorgehen gegen bewaffnete Handelsschiffe, wie es nunmehr entsprechend der Denkschrift erfolgen wird, bedeutet selbstverständlich keine Zurücknahme unserer Zusicherung in der Note vom 4. März 1916, bezüglich der Versenkung von Handelsschiffen.

Zimmermann"

2. Ziffertelegramm Nr. 148

„Berlin, den 5. Januar 1917.

Im Anschluß an Telegramm Nr. 145 vom 4. Januar.

Bitte mir sofort Euerer Exzellenz persönliche Auffassung über Eindruck und Erfolg Demarche gemäß Telegramm Nr. 145 telegraphisch mitzuteilen. Hierdurch darf jedoch Besprechung mit Lansing nicht hinausgeschoben werden, da, wie ich zur streng vertraulichen Information bemerke, Vorgehen gegen bewaffnete Schiffe in allernächster Zeit beginnen wird.

v. Stumm"

Da die Frage des „verschärften U-Bootkriegs" infolge des weiteren Verlaufs der Ereignisse von keiner politischen Bedeutung gewesen ist, brauche ich darauf nicht näher einzugehen und begnüge ich mich damit, meine beiden Antworten nachstehend wiederzugeben.

1. Zifferradiogramm

„Washington, den 9. Januar 1917.

Telegramm Nr. 145 and 148 received to-day

Request most urgently to postpone further steps till you have received my answer*."

2. Ziffertelegramm

„Washington, den 10. Januar 1917.

Antwort auf Telegramm 148

Memorandum Lansing überreicht. Meines Erachtens wird Vorgehen im Sinne dieses Memorandums Friedensvermittlung Wilsons zum Scheitern bringen und statt dessen Bruch mit Vereinigten Staaten herbeiführen, wenn nicht mindestens so lange mit Vorgehen gewartet wird, bis Einigung mit hiesiger Regierung herbeigeführt ist. Es wird sich vielleicht erreichen lassen, daß Amerikaner davor gewarnt werden, auf Schiffen Dienst zu nehmen, welche zu Angriffszwecken bewaffnet sind. Hierzu muß aber jedenfalls der hiesigen Regierung Zeit gelassen werden. Da alles von Wilson entschieden wird, ist Besprechung mit Lansing reine Formsache. Er antwortet niemals, bis er Instruktionen von Wilson hat. Im vorliegenden Fall muß letzterer erst Denkschrift lesen.

Wieviel Wert Euere Exzellenz auf Wilsons Friedensvermittlung legen, kann ich von hier aus nicht ermessen. Davon abgesehen, muß ich pflichtgemäß bestimmt erklären, daß ich Bruch mit Vereinigten Staaten für unvermeidlich halte, wenn ohne weiteres im Sinne des Memorandums vorgegangen wird."

* „Bitte dringend weitere Schritte aufzuschieben, bis Sie meine Antwort erhalten haben."



Gleichzeitig mit der Absendung dieses Telegramms erhielt ich durch folgende Depesche die Antwort des Auswärtigen Amtes, auf die letzten Vorschläge Herrn Wilsons, die mir durch Herrn House übermittelt worden waren.

Ziffertelegramm Nr. 149

„Berlin, den 7. Januar 1917.

Antwort auf Telegramm Nr. 192 vom 29. 12

Zur persönlichen Information

Amerikanische Vermittlung für eigentliche Friedensverhandlungen ist uns schon wegen unserer öffentlichen Meinung durchaus unerwünscht. Auch müssen wir im gegenwärtigen Augenblick alles vermeiden, was den Eindruck bei unseren Gegnern vertiefen könnte, als sei unser Friedensangebot aus einer bei uns bestehenden Zwangslage heraus entstanden. Das ist nicht der Fall. Wir sind der Überzeugung, den Krieg militärisch und wirtschaftlich zu siegreichem Ende bringen zu können. Die Frage der Mitteilung unserer Friedensbedingungen wollen Euere Exzellenz daher dilatorisch behandeln. Dagegen ermächtige ich Sie, schon jetzt unsere Bereitwilligkeit zur Mitwirkung an demjenigen Teil des Programms zu dokumentieren, für das sich Präsident besonders interessiert und das mit der von Oberst House hier früher skizzierten sogenannten „Second Convention“ identisch zu sein scheint. Hierunter rechnen wir schiedsrichterliche Einrichtungen, Friedensliga und Durchprüfung der Abrüstungsfrage und der Frage der Freiheit der Meere. Wir sind mithin im Prinzip bereit zu jenen Garantien, die in einer allgemeinen Konferenz im einzelnen festzusetzen wären, nachdem eine Konferenz der Kriegführenden einen Prämilinarfrieden zustande gebracht hat. Um unsern guten Willen in dieser Richtung zu beweisen, sind wir im Prinzip auch bereit, sofort in Verhandlungen mit Amerika über den Abschluß eines Schiedsvertrages und Bryanschen Friedensvertrags einzutreten.

Euere Exzellenz wollen dies den Präsidenten wissen lassen und ihn bitten, das Programm für die Konferenz zur Sicherung des Weltfriedens auszuarbeiten und uns so bald wie möglich mitzuteilen.

Bitte ferner, Oberst House und Präsident Wilson gegenüber zu betonen, daß unsere eigentlichen Friedensbedingungen sehr mäßig sind und sich im Gegensatze zu denen der Entente in durchaus vernünftigen Grenzen bewegen; dies gilt insbesondere auch bezüglich Belgiens, das wir nicht annektieren wollen. Auch wünschen wir eine Ordnung der Handels- und Verkehrsbeziehungen nach dem Kriege unter Ausschluß jeglichen Boykotts, eine Forderung, für die wir wohl bei dem gesunden Menschenverstand der Amerikaner ohne weiteres auf Verständnis rechnen dürfen. Dagegen bleibt elsaß-lothringische Frage für uns indiskutabel.

Es wäre erwünscht, zu erfahren, wie Euere Exzellenz persönlich sich starken Druck vorstellen, den Präsident Wilson auf Entente ausüben könnte, um sie Friedensverhandlungen geneigt zu machen. Nach Erfahrungen der beiden Kriegsjahre scheint uns Ausfuhrverbot auf Kriegsgerät und Lebensmittel, das wohl in erster Linie Entente zum Einlenken nötigen würde und auch uns am erwünschtesten wäre, leider wenig wahrscheinlich. Nur ein wirkungsvoller Druck in dieser Richtung könnte uns der zwingenden Notwendigkeit entheben, unserseits auf das Mittel des uneingeschränkten U-Bootkriegs zurückzugreifen. Sollten Euere Exzellenz Vorschläge zu machen haben, wie uneingeschränkter U-Bootkrieg ohne Bruch mit Amerika geführt werden kann, bitte ich um alsbaldigen Drahtbericht.

Zimmermann"

Dieses Telegramm verstand ich dahin, daß ich die Verhandlungen mit Herrn House fortführen sollte. Die im Eingange der Depesche ausgesprochene Ablehnung bezog sich ja nur auf eine Forderung, die von amerikanischer Seite gar nicht gestellt worden war. Übrigens habe ich persönlich die

Berufung auf die deutsche öffentliche Meinung, welche von einer Friedensvermittlung Herrn Wilsons nichts wissen wollte, niemals als stichhaltig erachtet. Wenn die kaiserliche Regierung wenige Wochen vorher eine solche Vermittlung wünschte, muß sie doch geglaubt haben, daß unsere öffentliche Meinung sich damit abfinden würde. Auch hätte sich meines Erachtens ganz von selbst in Deutschland eine Agitation für die amerikanische Friedensvermittlung gebildet, wenn das deutsche Volk gewußt hätte, daß eine solche Aktion Herrn Wilsons gute Aussichten auf einen Verständigungsfrieden bot. Als ich später von Amerika nach Deutschland zurückkehrte, fiel mir auf, wie wenige meiner Landsleute sich unter vier Augen für den U-Bootkrieg aussprachen. Ich glaube daher noch heute, daß die deutsche öffentliche Meinung sich leicht hätte bestimmen lassen, die Vermittlung Herrn Wilsons anzunehmen, wenn dem Terrorismus der Parteigänger des U-Bootkriegs rechtzeitig entgegengetreten worden wäre. Auch Herr von Bethmann Hollweg hat vor dem Untersuchungsausschusse der Nationalversammlung von der Hypnose gesprochen, welche der Gedanke des U-Bootkriegs auf die deutsche öffentliche Meinung ausgeübt habe.

Wenn ferner die Depesche des Auswärtigen Amtes vom 7. Januar die Pressionsmittel erwähnt, die Präsident Wilson der Entente gegenüber gebrauchen könnte, so ist mir schon damals aufgefallen, daß der erste Schritt, den die Vereinigten Staaten taten, um die Herbeiführung des Friedens zu erzwingen, in Deutschland keine seiner Bedeutung entsprechende Beachtung fand. Auch die verschiedenen jetzt veröffentlichten „Kriegserinnerungen" gehen auf diesen Punkt gar nicht ein. Wie schon oben erwähnt, hatte der „Federal Reserve Board" — die unserer Reichsbank entsprechende Behörde — die Banken vor der Beleihung der Anleihen kriegführender Staaten gewarnt. Damit war der Entente praktisch die amerikanische Geldquelle verstopft. In den Vereinigten Staaten werden fremde Wertpapiere an und für sich schon

ungern gekauft. Wenn vollends die Beleihung derselben verboten war, hätten sich solche Effekten in Zukunft überhaupt nicht unterbringen lassen, da der Amerikaner in weit höherem Maße, als in anderen Ländern üblich, Bankkredite in Anspruch nimmt. Bekanntlich hat die Regierung der Vereinigten Staaten, nachdem sie in den Krieg eingetreten war, selbst „Liberty-Anleihen“ aufgenommen, und ihren Bundesgenossen Gelder vorgeschossen, weil dieses Verfahren den amerikanischen Neigungen mehr entsprach als das Auflegen fremder Anleihen.

*

Nachdem die deutsche Friedensaktion, wie allgemein bekannt, gescheitert war, wurde am 9. Januar in Pleß der definitive Beschluß zur Erklärung des uneingeschränkten U-Bootkriegs gefaßt. Damit war, wie der Reichskanzler sagte, „der Rubikon überschritten“. Der Krieg mit den Vereinigten Staaten erschien unvermeidlich, wenn es nicht noch in der zwölften Stunde gelang, den Beschluß der deutschen Regierung rückgängig zu machen. Herr von Bethmann Hollweg hat vor dem Ausschusse der Nationalversammlung ausgesagt, daß er nicht genügendes Vertrauen zu der Friedensvermittlung Herrn Wilsons gehabt habe, um dem Kaiser zu raten, sich der Forderung der Obersten Heeresleitung auf Einleitung des uneingeschränkten U-Bootkriegs zu widersetzen.

Zum Schlusse dieses Kapitels füge ich einen Bericht ein, den ich über die Haltung der amerikanischen öffentlichen Meinung vor Einsetzen der Friedensvermittlung erstattete. Wie ich immer wieder betonen möchte, habe ich bei der Beurteilung und Einschätzung der amerikanischen Politik stets mehr Wert auf die öffentliche Meinung gelegt wie auf die An- oder Absichten irgendeines einzelnen Staatsmannes.

„Washington, den 11. Dezember 1916.

In den letzten Phasen präsidentschaftlicher Wahlkampagnen pflegte die amerikanische Presse früher so sehr durch

innerpolitische Fragen in Anspruch genommen zu sein, daß sie für die Besprechung auswärtiger Angelegenheiten nur wenig Raum übrig hatte. Im Gegensatze dazu spielte bei der diesjährigen Kampagne die Preßpolemik über Fragen der auswärtigen Politik zwar eine sehr bedeutende Rolle, die Erörterung stand aber naturgemäß so sehr unter dem Einflusse parteipolitischer Bestrebungen und Erwägungen, daß eine Berichterstattung über die Haltung der Presse zu den europäischen Kriegführenden in dieser Zeit kein zutreffendes Bild zu geben vermocht hätte. Ganz besonders war das hinsichtlich Deutschlands der Fall. Auf der einen Seite sahen sich die republikanischen Parteiorgane aus Rücksichtnahme auf die Wähler deutscher Abkunft zu einer erheblichen Mäßigung ihrer Sprache gegenüber Deutschland veranlaßt, während auf der anderen Seite die demokratische Presse den republikanischen Kandidaten seines deutschamerikanischen Anhanges wegen als „Kaiserite“ brandmarkte und gleichzeitig Deutschland und alles was deutsch heißt, mehr denn je mit Schmutz bewarf; bis die in den letzten Wochen der Wahlkampagne auftauchende Hoffnung, größere Massen der „Bindestrichler“ in das demokratische Lager hinüberzuziehen, plötzlich eine Mäßigung im Tone auch dieser Organe herbeiführte.

Erst jetzt, nachdem die Absurditäten der Präsidentschaftswahl überwunden sind, ist es wieder möglich, ein annähernd klares Urteil über die Stellung der Presse zu Deutschland und den übrigen kriegführenden Nationen zu gewinnen.

Dieses Urteil läßt sich kurz dahin zusammenfassen, daß die amerikanische Presse im allgemeinen weniger leidenschaftlich für die eine oder die andere Seite Partei nimmt als früher, im übrigen aber des Krieges herzlich müde ist.

Damit soll keineswegs gesagt sein, daß unseren Gegnern hier nicht nach wie vor eine Reihe sehr einflußreicher Parteigänger zur Seite stünden, welche die Sache der „Alliierten“ allezeit treu verfechten, keine Gelegenheit vorbeigehen lassen,

Deutschland zu verunglimpfen, und im Falle einer drohenden Krisis eine nicht zu unterschätzende Gefahr für uns bilden. Es ist sogar zuzugeben, daß der Ton, welchen die Organe dieser Richtung, die besonders in New York, Boston und Philadelphia stark vertreten sind, gegen Deutschland anschlagen, in den letzten Monaten womöglich noch gehässiger geworden ist. Aber die große Masse der einflußreichen Zeitungen, besonders in den von der atlantischen Küste mehr abgelegenen Landesteilen, ist fraglos unparteilicher geworden, — sie lieben uns nicht und trauen uns nicht, haben aber nachgerade auch England kennen und nicht schätzen gelernt.

Die gegenwärtige Stellungnahme Amerikas zu der Sache der Ententemächte, mit der sich die Haltung des größten Teiles der unabhängigen Presse deckt, wurde von der „New York Tribune", einer der überzeugtesten Vorkämpferinnen für unsere Gegner, dieser Tage folgendermaßen gekennzeichnet:

„Despite a very widespread sympathy for France and a well defined affection for Great Britain in a limited circle of Americans, there has been no acceptation of the Allied point of view as to the war, and there is not now the smallest chance that this will be the case ... The thing that the British have failed to get before the American people is the belief that the war was one in which the question of humanity and of civilization was uppermost for the British. The Germans have succeeded in making Americans in very great numbers believe that it is purely and simply a war of trade and commerce between the British and the Germans, and the various economic conference proposals have served to emphasize this idea *."

* Ungeachtet einer sehr weitverbreiteten Sympathie für Frankreich und einer ganz bestimmten Zuneigung für Großbritannien in einem begrenzten Kreis von Amerikanern, hat der Standpunkt der Alliierten in bezug auf den Krieg keine Zustimmung erfahren, und es ist auch jetzt nicht die geringste Aussicht, daß das der Fall sein wird ... Was die Engländer beim amerikanischen Volke nicht erreicht haben, ist, es glauben zu machen, daß es sich für den Engländer im Kriege in erster Linie um die Frage der Menschlichkeit und der Zivilisation handle. Die Deutschen haben einer großen Zahl von Amerikanern mit Erfolg den Glauben beigebracht, daß es lediglich ein Geschäfts- und Handelskrieg zwischen den Engländern und Deutschen ist; und die verschiedenen Wirtschaftskonferenz-Vorschläge haben dazu beigetragen, diese Meinung zu bestärken.

Die Vergewaltigung Griechenlands, das rücksichtslose Vorgehen gegen Irland seit der Osterrevolte — über das ein gutgeleiteter Preßdienst der hiesigen Iren die öffentliche Meinung trotz der strengen englischen Zensur beständig auf dem laufenden hält — das selbstsüchtige Dahinopfern von Serbien, Montenegro und Rumänien sowie die völkerrechtswidrigen wirtschaftlichen Maßnahmen gegen Holland und Skandinavien haben hier Englands Rolle als Schirmherrin der kleinen Nationen stark erschüttert. Gewisse allzu freimütige Auslassungen der englischen Presse über die amerikanische Bundesregierung, ihre den Präsidenten herabsetzenden „cartoons", sowie der herablassende Ton („patronizing air"), der in vielen englischen Kriegsschriften und oft auch in englischen Tageszeitungen Amerika gegenüber angeschlagen wird — z. B. unlängst von der Londoner „Morning Post" in bezug auf angebliche frühere deutsche Kolonialgelüste in Südamerika, vor deren Verwirklichung England die Union bewahrt haben sollte —, rufen hier wachsenden Unmut hervor. Die wiederholten systematischen Versuche des britischen Preßbureaus, Amerika in Fragen des Unterseebootkriegs mit Deutschland aneinander zu bringen, werden unangenehm empfunden. Die schroffen britischen Antworten auf die amerikanischen Vorstellungen in den Fragen der „Schwarzen Liste" und der „Postblockade" sowie Englands neueste kleine Bosheit, die Ablehnung des erbetenen freien Geleits für den neuernannten österreichisch-ungarischen Botschafter, die selbst von einem so probritischen Blatt wie dem „Philadelphia Public Ledger" als „a British affront" bezeichnet wird, haben stark verstimmt. „It is unmistakable," sagt die ententefreundliche „Evening Sun", mit Bezug auf England, „that American opinion has been irritated and sympathy estranged by many acts which have damaged our interests and wounded our national selfrespect *."

* „Es ist nicht mißzuverstehen, daß durch manche Handlungen, die unsere Interessen geschädigt und unsere nationale Selbstachtung verletzt haben, die amerikanische Meinung erregt und die Sympathie vermindert worden ist."

Vor allem aber haben auch die starken, hier mit laienhafter Übertreibung kritisierten Mängel in der obersten Heeresleitung unserer Gegner und die Erfolglosigkeit ihrer Aktionen — „a lamentable succession of false moves", wie der angesehene „Springfield Republican" sagt — eine allgemeine Ernüchterung über die Leistungsfähigkeit unserer Gegner hervorgerufen, die selbst die früher allgemeine Begeisterung über die heroische Haltung des französischen Heeres und seines hier sehr populären Führers — „We give Thanks for Joffre" lautete die Überschrift eines typischen Leitartikels der New York „Sun" am „Thanksgiving"-Tage — stark herabgestimmt. Die unlängst an die amerikanischen Banken ergangene Warnung des Federal Reserve Board, sich vor dem Erwerb größerer Posten auswärtiger ungedeckter Schatzscheine zu hüten — eine Warnung, die sich nur auf die von dem Bankhause Morgan angekündigte Verausgabung englischer und französischer ungedeckter kurzfristiger Sekuritäten beziehen konnte — haben schließlich auch den Glauben an die unbegrenzten wirtschaftlichen Hilfsquellen Frankreichs und Englands auf das schwerste erschüttert.

Mit einem ganz besonderen Kraftaufwande versuchen in letzter Zeit die unter britischem oder französischem Einflusse stehenden Blätter, zu denen in erster Linie „New York Times", „New York Herald" und „Evening Telegram", „Philadelphia Public Ledger", „Chicago Herald" und „Providence Journal" gehören, sowie eine Reihe sonstiger geschworener Parteigänger der Ententemächte, unter denen besonders „New York Tribune", „New York Sun" und „Evening Sun", „New York Evening Post", „Journal of Commerce", „New York Globe", „Brooklyn Daily Eagle", „Boston Evening Transcript" und „Philadelphia Inquirer" zu nennen sind, die Breschen, die das Ansehen unserer Gegner in der hiesigen öffentlichen Meinung erlitten hat, wieder auszufüllen. Das zeigt sich besonders in den Überschriften und der Anordnung der Kriegsnachrichten in den genannten Zeitungen. Jede

der deutschen Sache abträgliche Nachricht, auch wenn sie aus noch so unzuverlässiger Quelle stammt, erscheint mit fetter Überschrift an möglichst sichtbarer Stelle. Jeder noch so winzige Geländegewinn der Alliierten wird als großer Sieg gefeiert, und selbst mit den amtlichen Berichten unserer Gegner im Widerspruch stehende, ohne weiteres als glatte Erfindungen erkennbare Meldungen von privaten Nachrichtenagenturen erscheinen als vollendete Tatsachen an dem Kopfe der Zeitungen. Ihre Leitartikel strömen Mißgunst und Haß gegen Deutschland aus. Ihre Briefkastenspalten sind mit Zuschriften angefüllt, die voller Gift und Galle gegen Deutschland und seine Bundesgenossen sind, und in ihren Feuilletons oder Sonntagsbeilagen wird ungefähr das Stärkste geleistet, was selbst in der amerikanischen Presse gegen uns bisher vorgebracht worden ist. Aber es will scheinen, als ob ihre verhetzende Tätigkeit nicht mehr den Erfolg von ehedem hat. Ihre Äußerungen, abgesehen von solchen, die sich auf die Themata Belgien und „Lusitania" beziehen, machen keinen rechten Eindruck mehr.

Auf der anderen Seite ist die schon immer freundliche Haltung der dem Hearst-Syndikat angehörigen zehn Zeitungen, die täglich mehr als drei Millionen Leser in allen Teilen des Landes erreichen, durch den von England über den International News Service verhängten Boykott und die Ausschließung aller Hearst-Publikationen von der Zirkulation in Kanada, in der letzten Zeit noch erheblich freundlicher geworden. Herr Hearst hat auf das unbegreiflich kurzsichtige Vorgehen der britischen Behörden gegen seinen Nachrichtendienst mit einer Reihe von scharfen, gegen die britische Zensur gerichteten, ganzseitigen Leitartikeln geantwortet, welche das ohnehin längst schwach gewordene Vertrauen der amerikanischen Presse zu den aus England kommenden Nachrichten stark erschüttert haben dürften. Es wurde in den fraglichen Artikeln nicht nur das gegenwärtige englische System der Unterdrückung und Entstellung der Wahrheit einer vernichtenden Kritik unterzogen, sondern auch nachgewiesen, daß

Amerika seit Jahren in bezug auf seine Beurteilung fremder Völker — zum Beispiel der „degenerierten" Franzosen — von London aus systematisch irregeführt worden sei. Außerdem wurde von den Hearst-Zeitungen wiederholt im einzelnen dargelegt, wie die Sache der Mittelmächte im Herbst 1916 eine geradezu glänzende, die Englands und seiner Bundesgenossen aber eine völlig hoffnungslose sei. Zu betonen ist, daß die Hearst-Zeitungen trotzdem keineswegs als blinde deutsche Parteigängerinnen anzusprechen sind, da sie manches bringen, was uns kaum erwünscht sein kann — zum Beispiel gelegentliche Artikel über die „deutsche Gefahr", welche durch die Leistungen der „U-Deutschland" und besonders der „U 53" wieder neue Nahrung erhalten hat und hier für die Frage der Heeres- und Flottenvergrößerung ausgebeutet wird. Die genannten Blätter stehen eben auf dem Boden einer gesunden amerikanischen Politik, wirken aber mit ihrer scharfen antienglischen Tendenz viel besser für uns, als Blätter mit ausgesprochen prodeutscher Orientierung es zu tun vermöchten. Dabei ist der größte Wert der deutschfreundlichen Haltung der Organe des Hearst-Syndikats darin zu erblicken, daß sich ihre Wirksamkeit nicht auf eine Stadt oder einen kleinen Teil des Landes, sondern über die ganze Union erstreckt. Ein englischer Kritiker, S. K. Ratcliffe, schrieb unlängst über die amerikanischen Zeitungen im „Manchester Guardian": „Northern papers are of no account in the South; the most influential New York journals do not exist for the people of the Pacific Coast and carry very little weight in the Middle States. Hence summaries of opinion ... confined to a small number of papers published east of the Mississippi are imperfectly representative of the Republic *." Diese zutreffend beobachtete räumliche Begrenztheit des Einflusses der allerersten

* Die Zeitungen aus dem Norden haben keine Bedeutung im Süden. Die einflußreichsten New Yorker Zeitungen existieren für die Leute an der pazifischen Küste nicht und haben sehr wenig Gewicht in den Mittelstaaten. Daher sind kurze Übersichten über die öffentliche Meinung auf Grund einer kleinen Zahl von Zeitungen, die östlich des Mississippi erscheinen, ein unvollständiges Abbild der Meinung der Republik.

amerikanischen Zeitungen wird bei der Hearstschen Organisation im wesentlichen überwunden. Denn die Leitartikel, die heute der „New York American“ bringt, erscheinen morgen in den affiliierten Blättern von Boston, Chicago und Atlanta, übermorgen in San Franzisko und Los Angelos.

Ein anderer Faktor, welcher die Stellung der amerikanischen Presse gegenüber Deutschland verbessert hat, ist die seit einiger Zeit erfolgte bedeutende Erweiterung des drahtlosen Nachrichtendienstes. Es ist dabei allerdings weniger an die Vergrößerung des Transozeandienstes zu denken, von dessen Meldungen leider noch immer ein beträchtlicher Teil die hiesige Presse nicht zu interessieren scheint, sondern an die radiographische Übermittlung von ausführlichen Berichten amerikanischer Spezialberichterstatter in Berlin und an den deutschen Fronten an ihre hiesigen Zeitungen oder Nachrichtenagenturen. Von den auf diesem Wege unverstümmelt hierher übermittelten interessanten Berichten dürften insbesondere die der Herren Wm. B. Hale, Karl von Wiegand, Cyril Brown und Carl W. Ackerman sehr zu unseren Gunsten gewirkt haben, besonders zu den kritischen Zeitpunkten während des südgalizischen Durchbruchsversuchs und der Schlachten an der Somme, bei welchen Gelegenheiten die hiesige Presse ohne die Spezialberichterstattung über Nauen durch die aus London einkommende Nachrichtenfülle vollständig irregeleitet worden wäre. Von anderen in Deutschland tätig gewesenen amerikanischen Journalisten ist besonders Herbert Swope zu erwähnen, der nach seiner Rückkehr in der „World“ und anderen Pulitzer-Zeitungen eine Folge von vierzehn Aufsätzen über die Lage und Stimmung in Deutschland veröffentlicht hat, die hier ebensosehr bei der Presse als bei dem lesenden Publikum Beachtung gefunden haben. In recht unerwünschter Weise betonte Herr Swope in seinen ersten, unmittelbar vor dem Wahltage herauskommenden Aufsätzen — es handelt sich dabei offenbar um ein bloßes Wahlmanöver — den tiefen Haß des deutschen Volkes gegen die

Vereinigten Staaten und den angeblich allgemeinen Wunsch aller deutschen Kreise, Herrn Wilson zur Strafe für seine unneutrale Haltung im Wahlkampfe unterliegen zu sehen. Dafür hat er uns in seinen späteren Artikeln den sehr schätzenswerten Dienst erwiesen, eine ebenso sachgemäße als überzeugende Darstellung der derzeitigen wirtschaftlichen Lage in Deutschland zu geben, die hier jeden Zweifel darüber, daß Deutschland von seinen Gegnern ausgehungert werden könnte, beseitigt und der allgemeinen Achtung vor Deutschlands Tüchtigkeit und Organisationskraft neue Nahrung zugeführt hat.

Die große und ehrliche Anerkennung, welche die amerikanische Presse der deutschen „efficiency" bei jeder Gelegenheit zollt — und sie hat in den letzten Monaten wiederum häufig Gelegenheit zu derartigen anerkennenden Äußerungen gehabt —, vermag indessen an dem tiefen „sentiment" gegen Deutschland wenig oder nichts zu ändern. Sobald die oben erwähnten Themata Belgien und „Lusitania" angeschlagen werden, gibt es wenige Zeitungen, die sich nicht, sei es in ausfallender, sei es in gemäßigter Form, in Worten des Abscheus gegen deutsche „Schrecklichkeit" und „Rücksichtslosigkeit" ergingen.

In sehr bedauerlicher Weise hat diese tiefgehende Stimmung in der gesamten Presse gegen Deutschland über Belgien durch die jüngsten belgischen Deportationen wieder neue Nahrung erhalten. Die Entrüstung der Presse über die über die Belgier verhängte „Sklaverei" ist eine allgemeine, tiefgehende und aufrichtige. Auch Zeitungen, die jetzt eine ziemlich scharfe Sprache wegen englischer Übergriffe führen, verurteilen diese Deportationen auf das schärfste. Das diese Maßnahme betreffende Interview des Generalgouverneurs von Bissing mit dem Journalisten Cyril Brown, das von den „New York Times" auf der Frontseite veröffentlicht wurde, hat hier leider nicht den geringsten Eindruck gemacht. Herrn von Bissings zweite Äußerung zu dem nämlichen Gegenstande, in der er unter anderem betonte, es sei seine Pflicht, darauf

zu sehen, daß für die Bewachung Belgiens so wenig Deutsche als möglich dem Dienste an den Fronten entzogen würden, war Wasser auf der Mühle der gegnerischen Preßorgane. „The cat is out of the bag," schreiben die „New York Times," die nicht verfehlten, an Herrn von Bissings Verantwortlichkeit für die Erschießung der Edith Cavell zu erinnern. „Not a word about economic necessity, Germany needs men at the front. Every dozen Belgians deported means a German soldier released from watching them and sent to the front. Simple, almost crude in fact, and completely German *." Der „Philadelphia Public Ledger" sagt: „The original offense of the invasion of Belgian territory regardless of treaty obligations has almost been obliterated by the cruelty which is now depopulating the land, stripping it of all its resources, sending its people into exile and slavery, making a wilderness and calling it order. There has not been such tragedy since the fierce barbarian tribes swept over Europe; none would have believed two years ago that it could be enacted **." Ausdrücke wie „Huns", „Attila", „Hohenzollern slave trade" und dergleichen sind an der Tagesordnung, und die Erregung wird durch Berichte aus London und Le Havre, die hier niemand nachzuprüfen vermag, sowie durch verhetzende Interviews, unter denen eine Unterredung des Herrn Carton de Wiard mit dem „World"-Korrespondenten hervorzuheben ist, weiter angefacht. Die Nachricht, daß Herr Lansing wegen der belgischen Deportationen in Berlin „protestiert" habe, wurde von der gesamten Presse mit großem Beifall aufgenommen. Die darauf erfolgende amtliche Erklärung, daß dieser Protest nicht im Namen der Vereinigten Staaten, sondern im

* „Nicht ein Wort von wirtschaftlicher Notwendigkeit, Deutschland braucht Männer an der Front. Jedes Dutzend deportierter Belgier bedeutet einen von ihrer Bewachung abgelösten und an die Front geschickten deutschen Soldaten. Einfach, beinahe roh in der Tat und ganz deutsch."

** „Die ursprüngliche, ohne Rücksicht auf Vertragsverpflichtungen begangene Missetat des Einfalls in belgisches Gebiet ist beinahe in Vergessenheit geraten infolge der Grausamkeit, die jetzt das Land entvölkert, es seiner Hilfsmittel beraubt und seine Menschen in Verbannung und Sklaverei schickt, die eine Wildnis schafft und sie Ordnung nennt. Es hat keine solche Tragödie gegeben, seit die wilden Barbarenstämme über Europa fegten. Niemand würde vor zwei Jahren geglaubt haben, daß sie in Szene gesetzt werden könnte."

Namen des von der amerikanischen Regierung vertretenen Königreichs Belgien erfolgt sei, erregte Verstimmung und das Verlangen, daß die Bundesregierung auch ihrerseits in Berlin vorstellig werden solle. Protestresolutionen werden an den Präsidenten gesandt und in der Presse veröffentlicht, und Protestversammlungen größeren Stils werden für Boston und New York angekündigt, die zu weiteren antideutschen Demonstrationen in der Presse Anlaß geben werden. —

In der Frage des Unterseebootkriegs steht die amerikanische Presse völlig einmütig auf dem Standpunkte, daß eine Zurücknahme der nach dem „Sussex“-Falle gegebenen deutschen Zusicherungen oder auch nur eine beabsichtigte Verletzung derselben sozusagen automatisch zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Deutschland führen muß; und sie ist sich auch durchaus klar darüber, daß der Bruch der Beziehungen nur der erste Schritt zum offenen Kriege sein werde. Die große Mehrzahl der führenden amerikanischen Blätter spricht bei jeder gegebenen Gelegenheit die aufrichtige Hoffnung aus, daß eine solche Notwendigkeit nicht eintreten möchte. Nur das chauvinistisch antideutsche Element in der Presse hält den Casus ruptionis beständig für gekommen und gibt sich willig dazu her, englische Nachrichten über angebliche Untaten der deutschen Tauchboote in der sensationellsten Weise zu veröffentlichen und zu kommentieren. Die Zeitungen dieser Kategorie werden von London überreichlich mit einschlägigem Material, namentlich Mitteilungen über angebliche Versenkungen ohne Warnung, versehen, welches sie ihrerseits — wahrscheinlich unter Mithilfe der hiesigen britischen Behörden — durch aufgebauschte Berichte hier ankommender überlebender „Opfer deutscher Schrecklichkeit“ zu vergrößern wissen. Trotz des meisterhaften Geschickes, mit dem diese Stimmungsmache gegen unsere Tauchbootkriegführung hier betrieben wird, darf jedoch festgestellt werden, daß sie beständig an Boden verliert. So tief und aufrichtig der Abscheu des amerikanischen Volkes gegenüber

Fällen von der Art der Versenkung der „Lusitania“ ist — eine Tatsache, die immer wieder unterstrichen werden muß —, so groß ist offenbar seine Gleichgültigkeit gegenüber der Vernichtung von nichtamerikanischen Handelsschiffen, sofern dabei die Regeln des Kreuzerkriegs gewahrt bleiben. Man hat sich hier nachgerade daran gewöhnt, täglich die Berichte über die Versenkung eines weiteren halben Dutzend britischer oder anderer Fahrzeuge zu lesen. Die Tageszeitungen drucken dieselben ganz routinemäßig ab, und nur dann an hervorragender Stelle, wenn die tägliche Strecke einmal eine besonders hohe Ziffer aufweist. In den editoriellen Spalten vieler Zeitungen ist sogar gelegentlich eine gewisse Schadenfreude darüber zu entdecken, daß England, das sich gerühmt, der Unterseeboote Herr geworden zu sein, von ihnen jetzt so unbarmherzig und unablässig geschröpft wird.

Eine Phase des Unterseebootkriegs hat freilich fast die gesamte amerikanische Presse in Aufregung versetzt, nämlich die Kaperfahrt des „U 53“ an der Küste Neu-Englands. Das Zerstörungswerk dieses Tauchbootes in nächster Nähe und die damit verbundene, tagelang anhaltende Lahmlegung der gesamten Handelsschiffahrt waren selbst den gemäßigten Zeitungen zu viel und hatte recht energische Ausbrüche gegen unsere „Rücksichtslosigkeit“ zur Folge. Anscheinend wird dieser Umstand neuerdings von unseren Gegnern zu einer neuen Art von Stimmungsmache gegen uns ausgebeutet, indem mysteriöse britische Kriegsschiffe an der atlantischen Küste radiographische Warnungen gegen angeblich herannahende deutsche Tauchboote ausgeben, die von den hiesigen Zeitungen, zum Teil unter panikartigen Überschriften, verbreitet werden und Mißstimmung hervorrufen. Dieses bedenkliche Treiben, bei welchem den England ergebenen Preßorganen natürlich die Hauptrolle zufällt, hat dem Staatssekretär Lansing unlängst Anlaß zu einer geharnischten Drohung gegen die unbekannten Urheber solcher Gerüchte gegeben. Überhaupt darf, ganz allgemein gesprochen, hervorgehoben

werden, daß der große Einfluß, welchen das Staatsdepartement auf die Washingtoner Korrespondenten der leitenden Zeitungen des Landes ausübt, in den letzten Monaten, wenn immer sich die Unterseebootkrieg-Frage zuzuspitzen drohte, stets in beschwichtigendem Sinne geltend gemacht worden ist, wodurch in mehr als einem Falle, besonders auch in den Fällen der Versenkung der „Marina“ und der „Arabia“, einer tiefergehenden Erregung in der Presse vorgebeugt wurde.

Hinsichtlich der allgemeinen Kriegslage hat sich schon seit geraumer Zeit bei der großen Mehrzahl der maßgebenden amerikanischen Zeitungen die Überzeugung Bahn gebrochen, daß ein entscheidender Sieg einer der beiden kriegführenden Mächtegruppen nicht mehr zu erwarten ist. Mit Ausnahme einer immer kleiner werdenden Minorität, die ihre Leser auch heute noch auf den „ultimate victory“ der Ententemächte vertröstet, ist das Verdikt der amerikanischen Presse hinsichtlich des wahrscheinlichen Kriegsausganges: „a draw“, „a stalemate“. Nur wenige Blätter, darunter die dem Hearst-Syndikat angehörenden, bekennen sich zu dem Glauben: „a stalemate or a victory of the Teutonic Allies.“ Wie die unseren Gegnern dienstbaren Organe, die nach wie vor an der Legende eines mißglückten deutschen Eroberungskrieges festhalten, in Wirklichkeit die Lage beurteilen, ergibt sich nur gelegentlich aus beiläufigen Feststellungen der Art des folgenden Bekenntnisses der gegen einen Frieden im jetzigen Stadium predigenden „New York Tribune“: Das amerikanische Volk solle einsehen, daß, wenn die Alliierten jetzt Frieden schlössen, das Resultat ein ungeheurer Sieg Deutschlands sein würde. Derartige vereinzelte abweichende Ansichten vermögen jedoch an dem Gesamteindrucke nichts zu ändern, daß der weitaus größte Teil der führenden Zeitungen den Krieg, besonders nach dem ergebnislosen Ausgang unserer Verdun-Operationen, dem Zusammenbruch der großen Offensiven an der Somme und in Südgalizien sowie im Hinblick auf die von vielen Seiten bestätigte Tatsache, daß die britische

Blockade ihr Ziel, die Aushungerung Deutschlands, nicht erreicht hat, den Krieg als unentschieden ansieht.

An dieser Auffassung haben unsere neuerlichen Waffentaten in Rumänien kaum etwas zu ändern vermocht. Diese Erfolge werden — vielfach unter Bezugnahme auf die großen Hoffnungen, die unsere Gegner und die ihnen hier dienstbaren Preßorgane an den Eintritt Rumäniens in den Krieg geknüpft hatten — allseitig willig oder mit Mißvergnügen, aber ohne jeden Funken von Sympathie für das geschlagene Land, anerkannt, vereinzelt sogar als militärische Glanzleistungen ersten Ranges gepriesen. Die überwiegende Meinung der Presse geht indessen dahin, daß die Eroberung Rumäniens, wiewohl sie Deutschland bedeutende neue Hilfsquellen erschließen werde, kaum geeignet sei, die durch den Stellungskrieg in Ost und West sowie die noch ungebrochene britische Seeherrschaft bestimmte Kriegslage in erheblicher Weise zu beeinflussen.

Die Ansicht, daß der Krieg auf einem toten Punkt angelangt sei, die von einzelnen Blättern schon seit Präsident Wilsons im Mai dieses Jahres in Charlotte gehaltener Rede beständig vertreten wurde, in letzter Zeit aber, von den ausgesprochenen Pro-Aily-Organen abgesehen, eine allgemeine geworden ist, steht im engsten Zusammenhang mit der Erörterung der Frage der Wiederherstellung des Friedens, die für die amerikanische Presse vielfach gleichbedeutend ist mit der Frage einer Vermittlungsaktion der Vereinigten Staaten oder aller neutralen Nationen.

Es gab eine Zeit, zu der ein sehr bedeutender Teil der amerikanischen Presse auf dem Niveau des damals die Runde machenden Scherzwortes „Wall Street fürchte nichts mehr, als daß Frieden ausbrechen könnte", zu stehen schien. Diese Zeiten sind indessen längst vorbei. Das Verlangen nach einer baldigen Beendigung der Feindseligkeiten in Europa ist heute ein aufrichtiges, von nahezu der ganzen Presse geteiltes. Aus dem feindlichen Lager wird uns darüber von der „New York Tribune", die ihre Leser zu weniger humanen Anschauungen

bekehren möchte, folgendes bezeugt: „Für Millionen von Amerikanern ist dieser Krieg eine Tragödie, ein Verbrechen, eine Ausgeburt kollektiven Wahnsinns, und ihrer Ansicht nach ist der größte Dienst, den Amerika der Welt leisten kann, der — eine Anspielung auf das von Henry Ford für seine verunglückte Friedensmission geprägte Schlagwort —, die Jungens aus den Schützengräben herauszuholen."

Die Erörterung der Voraussetzungen eines Friedensschlusses nimmt daher seit einiger Zeit in den Tageszeitungen und zum Teil auch in den Zeitschriften einen sehr bedeutenden Raum ein. Berichte über Sitzungen der mannigfachen amerikanischen Friedensgesellschaften werden mit der größten Ausführlichkeit wiedergegeben, und was sich in dem eingehenden überseeischen Nachrichtenmaterial auf die Frage eines Friedensschlusses bezieht, wird an hervorragender Stelle zum Abdruck gebracht und in den Leitartikeln gebührend besprochen.

Es würde zu weit führen, von dieser die gesamte Presse des Landes beherrschenden Diskussion ein auch nur annähernd ausführliches Bild zu geben. Nur ein Gegenstand erfordert eine nähere Betrachtung: die Stellungnahme der maßgebenden Organe zu der von Euerer Exzellenz in den letzten Wochen bei drei verschiedenen Gelegenheiten öffentlich erklärten deutschen Friedensbereitschaft.

Die von Euerer Exzellenz in der Budgetkommission des Reichstags am 9. November gehaltene große Rede traf hier leider zu einem Zeitpunkte ein, zu dem sich das ganze Interesse der Presse und des Publikums auf das anfänglich unsichere Ergebnis der Präsidentenwahl richtete. Sie wurde daher zwar allgemein, von den Abendzeitungen allerdings meist nur im Auszug, abgedruckt, in den editoriellen Spalten dagegen so gut wie nicht beachtet. Ein Versuch, durch Verbreitung besonderer Abdrücke der Rede in Broschürenform eine nachträgliche Pressediskussion darüber herbeizuführen, oder wenigstens die Blätter, die nur einen Auszug gebracht hatten, zur Wiederholung des ganzen Textes zu veranlassen,

schlug leider fehl; lediglich die „Current History", ein besonderes Kriegsmagazin der „New York Times", hat sich bewogen gefühlt, in ihrer Dezembernummer die Rede in extenso abzudrucken. Dagegen hat der Passus der Rede, der sich auf unsere Bereitwilligkeit, nach diesem Kriege internationalen Organisationen zur Sicherung des Friedens beizutreten, hier weite Verbreitung und entsprechende Beachtung gefunden. Da ich auftragsgemäß diesen Passus der „League to enforce Peace" als amtliche deutsche Kundgebung für ihr am 24. vorigen Monats hier abgehaltenes Bankett übermittelte, wurde er in den eingehenden Presseberichten über diese, hier viel beachtete Veranstaltung über das ganze Land verbreitet und von vielen Zeitungen um so sympathischer besprochen, als Deutschlands bisherige skeptische Zurückhaltung gegenüber der Frage der friedlichen Schlichtung internationaler Streitigkeiten hier immer stark gegen uns gewirkt hat.

Das von Euerer Exzellenz dem amerikanischen Journalisten Hale gewährte Interview ist von den zehn Hearst-Blättern in ganz besonders eindrucksvoller Weise und überdies auch von sämtlichen weiteren Teilnehmern des International News Service zum Abdruck gebracht worden. Im „New York American" füllte es am „Thanksgiving Day" die ganze, mit dem Bilde Euerer Exzellenz geschmückte Frontseite aus. Die Zeitung wiederholte, angeblich auf vielfaches Verlangen, den Abdruck drei Tage später.

Die in diesem Interview von Eurerer Exzellenz von neuem betonte Bereitwilligkeit Deutschlands, in Friedensverhandlungen einzutreten, sowie Euerer Exzellenz am 29. vorigen Monats im Reichstage abgegebene Erklärung, daß Deutschland zu jedem Frieden, der seinen Bestand und seine Zukunft garantiere, bereit sei, haben in den letzten Tagen in den New Yorker Zeitungen eine ziemlich eingehende Besprechung erfahren, die sich hauptsächlich auf den Ausdruck „a peace guaranteeing our existence and future*" beziehen und

* „einen Frieden, der unsere Existenz und Zukunft sicherstellt".

sämtlich darin übereinstimmen, daß eine weitere, genauere Formulierung der deutschen Friedensbedingungen dringend wünschenswert sei.

Die „New York Times" sagt: „All depends on what guarantees of the existence and future of Germany are expected*." Die Zeitung führt aus, wie sich Deutschland wohl in territorialer Hinsicht seine Zukunft gesichert vorstellen könnte, betont aber zum Schluß, daß dieses ja alles nur Äußerlichkeiten seien, und schließt, auf ihr Lieblingsthema zurückkommend, in folgender Weise: „Deeper than all, fundamental in any discussion of peace, is the question of the German political ideals, of German Machtpolitik and Weltpolitik, of Prussian militarism." „. . . The fear, the practical certainty, that von Bethmann Hollweg's guarantees would be not merely guarantees of the existence and the future of Germany, but of new and not distant wars with her, stands in the way of any serious discussion of his remarks**."

Die „Evening Sun" bemerkt sarkastisch, daß offenbar keinem Lande derartige Garantien zuerkannt werden sollten als „Deutschland-über-Alles." Auch ihr Verdikt lautet: „The peace that Germany craves still is a peace that will enable her to begin the next war in five or ten years with a certainty of immediate victory and complete conquest of the overlordship of Europe if not America***."

Der Brooklyn „Daily Eagle" schreibt: „If . . . an inconclusive peace, a peace based upon the theory that the war is a draw, a peace fertile in the liabilities to future trouble, is

* „Alles hängt davon ab, welche Garantien für die Existenz und Zukunft von Deutschland erwartet werden."

** „Tiefer als alles, grundlegend in jeder Friedenserörterung ist die Frage der deutschen politischen Ideale, der deutschen Machtpolitik und Weltpolitik, des preußischen Militarismus." „. . . Die Furcht, die praktische Gewißheit, daß von Bethmann Hollwegs Garantien nicht nur Garantien für die Existenz und die Zukunft Deutschlands, sondern für neue und baldige Kriege mit ihm sein würden, steht irgendeiner ernsthaften Erörterung seiner Bemerkungen im Wege."

*** „Der Friede, den Deutschland immer noch fordert, ist ein Friede, der es instand setzen wird, den nächsten Krieg in fünf oder zehn Jahren zu beginnen mit der Gewißheit des unmittelbaren Sieges und gänzlicher Eroberung der Oberherrschaft in Europa, wenn nicht in Amerika."

not in the mind of the German Chancellor, what is in his mind? He should speak out. He will never have a better opportunity to be specific. The whole neutral world is listening, ready togive careful and intelligent consideration to his words*."

Wichtiger als diese und andere Äußerungen der im Fahrwasser unserer Gegner segelnden Blätter ist der einschlägige Leitartikel der „World", die in auswärtigen Fragen meist den Standpunkt der Administration zum Ausdruck bringt. Die Zeitung sagt: „If Germany is ready to end the war, the first thing for the Imperial Government to do is to make definite proposals for peace. Those proposals need not be made officially to the allies through the United States or any other intermediary. They could be made to the world at large. The Chancellor could describe to the Reichstag the conditions under which Germany would regard her existence and future assured." „. . . Germany began the war. It is proper that Germany should take the first steps toward ending the war, but something more than vague generalizations are necessary. At present there is nothing to talk about. There are no terms, not even extravagant and ridiculous terms, that can be discussed as a possible basis of settlement. Thus far there has been no evidence of good faith in the repeated German professions of a desire for peace. In consequence nobody takes them seriously, and nobody will take them seriously until there is at least a tentative proposal of terms. When that is made, the responsible Ministers of other beligerent Governments will be forced to meet the issue. Public opinion in Great Britain and France, no less than in Germany and Austria-Hungary, will have a chance to make itself heard. When peace comes it cannot be merely the peace of diplomats and of Governments. It must be a peace in which popular sentiment has

* „Wenn ein nicht entscheidender Friede, ein Friede, der auf der Theorie beruht, daß der Krieg unentschieden ist, ein Friede, der vielfachen zukünftigen Störungen ausgesetzt sein wird, nicht die Meinung des deutschen Kanzlers ist, was ist seine Meinung? Er sollte sie aussprechen. Er wird niemals eine bessere Gelegenheit haben, sich speziell zu äußern. Die ganze neutrale Welt horcht auf, bereit, seine Worte aufmerksam und einsichtsvoll zu erwägen."

the final word, and popular sentiment has no means of expression until there is something tangible to discuss *."

Der Gesamteindruck der Friedenserörterungen in der amerikanischen Presse ist der, daß sie einerseits — von einer kleinen Zahl einflußreicher Zeitungen abgesehen — den Frieden herbeiwünscht und in diesem Wunsche an sich schon zu erkennen gibt, daß sie über die oft gehörten extravaganten Kriegsziele der Ententestaatsmänner zur Tagesordnung überzugehen gedenkt; daß sie anderseits aber bislang keinen gangbaren Weg zur Herbeiführung eines baldigen Friedensschlusses zu entdecken vermag und auch in den letzten Äußerungen Euerer Exzellenz, die bezeichnenderweise nur wenige Zeitungen besprochen haben, keinen Schritt vorwärts in dieser Richtung erblickt.

Der Wechsel in der Leitung des Auswärtigen Amtes ist von den maßgebenden Zeitungen, die gewöhnlich europäische Ministerwechsel in ihrem Nachrichtenteile abzufertigen pflegen, auch in ihren Leitartikeln in verhältnismäßig weitgehender Weise erörtert worden — weniger in bezug auf die hier ziemlich unbekannt gebliebene Persönlichkeit des zurückgetretenen, als die des neuen Staatssekretärs. Herrn von Jagow widmete lediglich die „New York Times" einige freundliche Worte, in denen sie ihn, mit Beziehung auf seine Konferenzen

* „Wenn Deutschland bereit ist, den Krieg zu beendigen, ist es die erste Aufgabe der kaiserlichen Regierung, bestimmte Friedensvorschläge zu machen. Diese Vorschläge brauchen den Alliierten nicht offiziell durch die Vereinigten Staaten oder irgendeinen andern Vermittler gemacht zu werden. Sie könnten in aller Welt bekanntgemacht werden. Der Kanzler könnte im Reichstag die Bedingungen beschreiben, unter welchen Deutschland seine Existenz und Zukunft als gesichert betrachten würde." . . .

„Deutschland begann den Krieg. Es ist angemessen, daß Deutschland den ersten Schritt tut, um den Krieg zu beendigen, aber etwas mehr als vage Verallgemeinerungen ist notwendig. Gegenwärtig gibt es nichts, worüber zu sprechen wäre. Es gibt keine Forderungen, nicht einmal überspannte und lächerliche Forderungen, die als eine mögliche Basis eines Übereinkommens erörtert werden können. Bis jetzt liegt noch kein Beweis vor für die Aufrichtigkeit der wiederholten deutschen Bekenntnisse eines Verlangens nach Frieden. Infolgedessen nimmt sie niemand ernst, und niemand will sie ernst nehmen, bis wenigstens ein versuchsweiser Vorschlag von Bedingungen gemacht wird. Wenn das geschehen ist, werden die verantwortlichen Minister der kriegführenden Regierungen gezwungen sein, den Vorschlag zu beantworten. Die öffentliche Meinung in Großbritannien und Frankreich, nicht weniger als in Deutschland und Österreich-Ungarn, wird die Möglichkeit haben, sich hören zu lassen. Wenn der Friede kommt, kann es nicht nur ein Friede der Diplomaten und der Regierungen sein. Es muß ein Friede sein, in dem das Volksempfinden das letzte Wort hat, und das Volksempfinden hat keine Ausdrucksmittel, bis es etwas Greifbares zu erörtern gibt."

mit Baron Beyens und Sir Edward Goschen beim Kriegsausbruch, als einen „gentleman in war and peace“ bezeichnete und außerdem seine freundliche Gesinnung bei den Verhandlungen wegen der Unterseebootkrieg-Streitfrage anerkennend hervorhob. Herrn Zimmermanns Übernahme des Staatssekretariats dagegen wurde von zahlreichen Zeitungen, und zwar im ganzen — nur einigen Blättern erschien seine unlängst telegraphisch mitgeteilte Stellung zu der Frage der bewaffneten Handelsschiffe etwas beunruhigend — mit großem Beifall kommentiert. Tonangebend für diese Kommentare dürften die überall kolportierten, sehr sympathischen Äußerungen des Botschafters Gerard und des Journalisten Swope über die Person des neuen Staatssekretärs sowie ein längerer in der „New York Evening Post“ und anderen Zeitungen veröffentlichter Aufsatz von Gilbert Hirsch mit der Überschrift „Our friend Zimmermann“ gewesen sein. Die von dieser Seite und in ähnlicher Weise in den hierher übermittelten, allerwärts abgedruckten deutschen Pressekommentaren angeschlagenen Note, daß Herr Zimmermann ein besonders warmer Freund der Vereinigten Staaten sei, fand in der hiesigen Presse überall freudigen Widerhall. Außerdem wurde allgemein die Tatsache betont, daß in der Person des Herrn Zimmermann ein nicht aus dem diplomatischen, sondern aus dem minder glanzvollen konsularischen Dienstzweige hervorgegangener Beamter, und zwar ein Bürgerlicher, den bisher dem „preußischen Junkertum“ vorbehalten gewesenen wichtigen Posten des Leiters der auswärtigen Angelegenheiten erhalten habe. Vereinzelt wurden daran Spekulationen der Art geknüpft, daß man in diesem Ereignisse vielleicht wirklich den ersten Schritt zu einem „Regime des Liberalismus“ zu erblicken habe, das ein nicht unbedeutender Teil der amerikanischen Presse noch immer für Deutschland zu seinem und der Welt Heile herbeisehnt.

Die Ankündigung der Autonomie für Polen ist von der amerikanischen Presse, die mit der polnischen Frage

the final word, and popular sentiment has no means of expression until there is something tangible to discuss*."

Der Gesamteindruck der Friedenserörterungen in der amerikanischen Presse ist der, daß sie einerseits — von einer kleinen Zahl einflußreicher Zeitungen abgesehen — den Frieden herbeiwünscht und in diesem Wunsche an sich schon zu erkennen gibt, daß sie über die oft gehörten extravaganten Kriegsziele der Ententestaatsmänner zur Tagesordnung überzugehen gedenkt; daß sie anderseits aber bislang keinen gangbaren Weg zur Herbeiführung eines baldigen Friedensschlusses zu entdecken vermag und auch in den letzten Äußerungen Euerer Exzellenz, die bezeichnenderweise nur wenige Zeitungen besprochen haben, keinen Schritt vorwärts in dieser Richtung erblickt.

Der Wechsel in der Leitung des Auswärtigen Amtes ist von den maßgebenden Zeitungen, die gewöhnlich europäische Ministerwechsel in ihrem Nachrichtenteile abzufertigen pflegen, auch in ihren Leitartikeln in verhältnismäßig weitgehender Weise erörtert worden — weniger in bezug auf die hier ziemlich unbekannt gebliebene Persönlichkeit des zurückgetretenen, als die des neuen Staatssekretärs. Herrn von Jagow widmete lediglich die „New York Times" einige freundliche Worte, in denen sie ihn, mit Beziehung auf seine Konferenzen

* „Wenn Deutschland bereit ist, den Krieg zu beendigen, ist es die erste Aufgabe der kaiserlichen Regierung, bestimmte Friedensvorschläge zu machen. Diese Vorschläge brauchen den Alliierten nicht offiziell durch die Vereinigten Staaten oder irgendeinen andern Vermittler gemacht zu werden. Sie könnten in aller Welt bekanntgemacht werden. Der Kanzler könnte im Reichstag die Bedingungen beschreiben, unter welchen Deutschland seine Existenz und Zukunft als gesichert betrachten würde." ...

„Deutschland begann den Krieg. Es ist angemessen, daß Deutschland den ersten Schritt tut, um den Krieg zu beendigen, aber etwas mehr als vage Verallgemeinerungen ist notwendig. Gegenwärtig gibt es nichts, worüber zu sprechen wäre. Es gibt keine Forderungen, nicht einmal überspannte und lächerliche Forderungen, die als eine mögliche Basis eines Übereinkommens erörtert werden können. Bis jetzt liegt noch kein Beweis vor für die Aufrichtigkeit der wiederholten deutschen Bekenntnisse eines Verlangens nach Frieden. Infolgedessen nimmt sie niemand ernst, und niemand will sie ernst nehmen, bis wenigstens ein versuchsweiser Vorschlag von Bedingungen gemacht wird. Wenn das geschehen ist, werden die verantwortlichen Minister der kriegführenden Regierungen gezwungen sein, den Vorschlag zu beantworten. Die öffentliche Meinung in Großbritannien und Frankreich, nicht weniger als in Deutschland und Österreich-Ungarn, wird die Möglichkeit haben, sich hören zu lassen. Wenn der Friede kommt, kann es nicht nur ein Friede der Diplomaten und der Regierungen sein. Es muß ein Friede sein, in dem das Volksempfinden das letzte Wort hat, und das Volksempfinden hat keine Ausdrucksmittel, bis es etwas Greifbares zu erörtern gibt."

mit Baron Beyens und Sir Edward Goschen beim Kriegsausbruch, als einen „gentleman in war and peace" bezeichnete und außerdem seine freundliche Gesinnung bei den Verhandlungen wegen der Unterseebootkrieg-Streitfrage anerkennend hervorhob. Herrn Zimmermanns Übernahme des Staatssekretariats dagegen wurde von zahlreichen Zeitungen, und zwar im ganzen — nur einigen Blättern erschien seine unlängst telegraphisch mitgeteilte Stellung zu der Frage der bewaffneten Handelsschiffe etwas beunruhigend — mit großem Beifall kommentiert. Tonangebend für diese Kommentare dürften die überall kolportierten, sehr sympathischen Äußerungen des Botschafters Gerard und des Journalisten Swope über die Person des neuen Staatssekretärs sowie ein längerer in der „New York Evening Post" und anderen Zeitungen veröffentlichter Aufsatz von Gilbert Hirsch mit der Überschrift „Our friend Zimmermann" gewesen sein. Die von dieser Seite und in ähnlicher Weise in den hierher übermittelten, allerwärts abgedruckten deutschen Pressekommentaren angeschlagenen Note, daß Herr Zimmermann ein besonders warmer Freund der Vereinigten Staaten sei, fand in der hiesigen Presse überall freudigen Widerhall. Außerdem wurde allgemein die Tatsache betont, daß in der Person des Herrn Zimmermann ein nicht aus dem diplomatischen, sondern aus dem minder glanzvollen konsularischen Dienstzweige hervorgegangener Beamter, und zwar ein Bürgerlicher, den bisher dem „preußischen Junkertum" vorbehalten gewesenen wichtigen Posten des Leiters der auswärtigen Angelegenheiten erhalten habe. Vereinzelt wurden daran Spekulationen der Art geknüpft, daß man in diesem Ereignisse vielleicht wirklich den ersten Schritt zu einem „Regime des Liberalismus" zu erblicken habe, das ein nicht unbedeutender Teil der amerikanischen Presse noch immer für Deutschland zu seinem und der Welt Heile herbeisehnt.

Die Ankündigung der Autonomie für Polen ist von der amerikanischen Presse, die mit der polnischen Frage



verhältnismäßig wohlvertraut ist, gelinde gesagt mit Skepsis aufgenommen worden. Eine Äußerung des hier im Interesse der polnischen Kriegsnotleidenden tätigen Virtuosen Paderewski: „This means only more suffering for my people; it means that another army will be raised and that there will be more killing and more devastating*" wurde von zahlreichen Zeitungen wiedergegeben und als maßgebend dafür bezeichnet, was man von der deutsch-österreichischen Proklamation zu halten habe. Viele Blätter erklärten sie als einen einfachen Schachzug zur Gewinnung neuer Rekruten. Andere betonten mit Sarkasmus, daß die Proklamation die allerwichtigsten Fragen, nämlich die der Abgrenzung des neuen Staatswesens und seiner Regierungsform, späterer Regelung überlasse. Nur wenige maßgebende Zeitungen, darunter die „New York Evening Post" und der „Philadelphia North American", spendeten den verbündeten Regierungen ein gewisses Maß von Anerkennung, da, wie sie hervorhoben, man auf keinen Fall die rauhe Hand Rußlands, die so lange auf dem Land gelastet habe, vergessen könne. Sehr reserviert verhält sich zunächst die hiesige polnische Presse. Ihr Standpunkt ergibt sich aus folgendem Passus eines Leitartikels des während des Krieges entstandenen, von dem Polish National Council of America herausgegebenen Wochenblattes „Free Poland": „What the Poles desire is an independent Poland. The Powers have acknowledged Poland's right to live, but either with a limitation of independence or diminution of territory. The Russians would fain lop off Eastern Galicia. And now the Germans grant Poland an autonomy, but without Posen, West Prussia, or Silesia, in return demanding a polish army to take up their cause against Russia. Though this move on the part of Germany will at least draw the world's attention to the inalienable rights of Poland as a nation, and make of the Polish Question an international one, yet it must not be forgotten that the

* „Dies bedeutet nur mehr Leiden für mein Volk; es bedeutet, daß noch eine Armee aufgestellt wird, und daß es noch mehr Tod und Verwüstung geben wird."

Poles in Europe will vehemently protest against any curtailment of their national aims and aspirations*."

Der im ganzen ziemlich ungünstige Eindruck, welchen die polnischen Maßnahmen auf die hiesige Presse gemacht haben, wurde nachträglich zum Teil wieder durch die Ankündigung wettgemacht, daß die polnischen Juden als selbständige Religionsgemeinschaft anerkannt worden seien. Da man in dieser Ankündigung vielfach den ersten Schritt auch zur politischen und kulturellen Emanzipation der östlichen Juden sehen zu dürfen glaubte, so wurde sie, mit Rücksicht auf den starken Einfluß, den die amerikanische Judenheit auf einen bedeutenden Teil der hiesigen, namentlich der New Yorker Presse, ausübt, mit viel Interesse besprochen.

Zum Schlusse ist noch auf die Stellung der Presse zu einer Frage einzugehen, die an sich rein interner, wirtschaftlicher Natur ist, für die auswärtige Politik aber von der weittragendsten Bedeutung zu werden verspricht, nämlich der Frage eines Kornembargo. Die Preise der meisten Lebensmittel sind in den letzten Monaten so abnorm in die Höhe gegangen, daß die „New York Sun" ohne allzu große Übertreibung sagen kann: wenn der Krieg noch zwei weitere Jahre dauere, so würden die Lebensmittelpreise in Berlin und Wien wohl auch schließlich auf den hohen Stand von New York kommen. Namentlich die bedenkliche Lage des Weizenmarktes und die ziemlich sichere Aussicht auf eine akute Weizenteuerung im Laufe des Winters oder nächsten Frühjahrs geben der Presse zu beständigen Äußerungen Anlaß, bei welchen die Frage, ob die Bundesregierung ein Kornausfuhrverbot erlassen solle oder nicht, die größte Rolle spielt. Die Gegner

* „Was die Polen wünschen, ist ein unabhängiges Polen. Die Mächte haben Polens Recht zu leben anerkannt, aber entweder mit einer Begrenzung der Unabhängigkeit oder mit einer Verkleinerung des Territoriums. Die Russen würden sich gern Ostgalizien herausschneiden und jetzt garantieren die Deutschen Polen eine Autonomie, aber ohne Posen Westpreußen oder Schlesien, und verlangen dagegen eine polnische Armee, um ihre Sache gegen Rußland aufzunehmen. Wenn auch dieser Schritt von seiten Deutschlands immerhin die Aufmerksamkeit der Welt auf die unveräußerlichen Rechte Polens als eine Nation lenkt und die polnische Frage zu einer internationalen macht, so darf doch nicht vergessen werden, daß die Polen in Europa heftig gegen jede Beschneidung ihrer nationalen Ziele und Wünsche protestieren werden."

einer solchen Maßnahme, zu denen „World", „New York Times", „New York Evening Post", „Journal of Commerce", „Boston Evening Transcript", „Philadelphia Public Ledger", „St. Louis Globe-Democrat", „Pittsburgh Post", „St. Paul „Pioneer Press", „Indianapolis News" und viele andere gehören, behaupten, daß die Lage von den Vorkämpfern für ein Embargo, die damit in erster Linie die Alliierten zu treffen beabsichtigten, weit drohender dargestellt werde, als sie wirklich sei. „World" versucht ihre Leser damit zu trösten, daß die hohen Lebensmittelpreise den Beitrag des amerikanischen Volkes zu den Kosten des größten Verwüstungskrieges der Weltgeschichte darstellten, während die „New York Times" die Gefahr der Entfremdung der Alliierten durch ein Embargo betont. Die Deutschland freundlich gegenüberstehenden Zeitungen, insbesondere die Hearst-Blätter und die „Milwaukee Free Press", sprechen sich energisch für ein allgemeines Lebensmittelausfuhrverbot aus, wobei sie mehr oder minder offen durchblicken lassen, daß eine solche Maßnahme England zum Frieden zwingen werde. Aber auch eine Reihe der schärfsten Gegner Deutschlands, zum Beispiel der „Philadelphia Inquirer", befürworten aus rein sachlichen Gründen ein baldiges Embargo. Es steht zu erwarten, daß diese Angelegenheit bei Eröffnung der bevorstehenden Kongreßtagung als eine der ersten zur Aussprache kommen wird, bei welcher die Pressepolemik, die von den Gegnern des Embargo wohl durchweg mit dem Hintergedanken der Beschützung der Interessen Englands und seiner Bundesgenossen geführt wird, ihren Höhepunkt erreichen dürfte."

ELFTES KAPITEL

DER ABBRUCH DER DIPLOMATISCHEN BEZIEHUNGEN

BEVOR ich die amtliche Mitteilung über die Aufnahme des uneingeschränkten U-Bootkriegs erhielt, hatte ich eine weitere Unterredung mit Herrn House über die Friedensaktion des Präsidenten. Mein hierauf bezügliches Telegramm an das Auswärtige Amt ist nachstehend wiedergegeben:

Ziffertelegramm Nr. 212

„Washington, den 16. Januar 1917.

Antwort auf Telegramm Nr. 149 vom 7. Januar

Von Euerer Exzellenz Ermächtigung Mr. House gegenüber Gebrauch gemacht. Er sagte mir, Wilson betrachte diese Äußerung der Kaiserlichen Regierung als höchst wertvoll. Über den weiteren Verlauf der Wilsonschen Friedensaktion kann ich noch nichts Bestimmtes sagen. Nur so viel ist sicher, daß Präsident augenblicklich keinen anderen Gedanken hat, als Frieden zu stiften, und diese Absicht mit äußerster Energie und jedem möglichen Mittel durchzuführen suchen wird. In allernächster Zeit ist eine weitere Erklärung Wilsons, vermutlich in Form einer Botschaft an den Kongreß, zu erwarten. Anscheinend will er darin das amerikanische Volk auffordern, ihm zu helfen, den Frieden zu erzwingen; wenigstens loben er und House jetzt die Hearstschen Zeitungsartikel, die in diesem Sinne geschrieben sind. Ob es wirklich zu einem Embargo auf alle Ausfuhr kommen wird, ist heute noch schwer zu sagen. Vielleicht

wird auch die Drohung damit genügen, um unsere Feinde zu einer Konferenz zu zwingen.

Aus obigem geht hervor, daß wir mit den alten Unterseebootfragen keine Schwierigkeiten haben dürften. Auch in der Frage bewaffneter Handelsschiffe hoffe ich auf einen Modus vivendi. Nur müssen wir nicht allzubald und ohne weiteres vorgehen, damit nicht Konflikt eintritt, bevor Präsident fernere Schritte getan hat.

So merkwürdig dies deutschen Ohren klingen mag, gilt Wilson jetzt hier allgemein als prodeutsch. Seine Note wurde auf unseren Einfluß zurückgeführt, und Gerards Rede verstärkte diesen Eindruck. Letztere Rede entspricht ja den Weisungen, die Herr Gerard hier erhielt. Unsere hiesigen Gegner sind förmlich tobsüchtig geworden und wenden jedes denkbare Mittel an, um Wilson Hindernisse in den Weg zu legen. Dadurch sind die Angriffe gegen Präsident zu erklären, sowie der schmutzige von Republikanern inszenierte Versuch, der Administration Börsenspekulationen vorzuwerfen, wobei auch mein Name (ohne jede Berechtigung natürlich) genannt wurde. Die deutsche Botschaft wird von unseren hiesigen Gegnern bekanntlich für alles verantwortlich gemacht."

Aus derselben Zeit wie obiges Telegramm stammt der folgende Bericht, in welchem ich die damals in Washington herrschende politische Stimmung schilderte:

Zifferbericht

„Washington, den 14. Januar 1917.

Seit den Präsidentschaftswahlen hat sich die politische Lage hier nicht verändert. Außer der Frage der Beendigung des Weltkrieges beschäftigte keine Angelegenheit die öffentliche Meinung andauernd oder ernstlich.

Der Kongreß erledigt die üblichen Budgetvorlagen, und die fruchtlosen Verhandlungen über die mexikanische Frage schleppen sich träge weiter.

Inzwischen ist die seit dem „Sussex"-Zwischenfalle eingetretene Besserung in der Stimmung uns gegenüber langsam fortgeschritten. Man begegnet dieser veränderten Gesinnung auf Schritt und Tritt. Allerdings kommt sie in der Presse wenig oder gar nicht zum Ausdruck, und unsere wildesten Gegner sind gerade durch die allgemeine Verbesserung der deutsch-amerikanischen Beziehungen zu noch heftigeren Angriffen auf uns veranlaßt worden. Namentlich seitdem Präsident Wilson seine Friedensnote absandte, kennt die Wut unserer Gegner keine Grenzen mehr. Man kann ohne Übertreibung sagen, daß diese Note fast das gesamte amerikanische Volk hinter sich hat. Nur Wallstreet und der antideutsche Ring sowie deren Anhang in der Presse sind unzufrieden und versuchen, dem Präsidenten Hindernisse in den Weg zu legen. In diesen Kreisen, welche immer von England aus beeinflußt werden, hat sich der Glaube festgesetzt, daß Herr Wilson unter deutschen Einfluß geraten sei. Der bekannte antideutsche republikanische Senator Lodge sprach diese Ansicht im Senat unverblümt aus, konnte dadurch aber doch nicht verhindern, daß der Senat mit großer Majorität die Friedensnote Herrn Wilsons indossierte.

Die öffentliche Meinung beschäftigt sich hauptsächlich mit der Frage, warum der Präsident seine Note gleich nach dem deutschen Friedensangebot absandte. Bekanntlich war die Note schon seit längerer Zeit vorbereitet und wäre wohl auch ohne unser Vorgehen zu Weihnachten abgeschickt worden, obgleich dies bei dem zaudernden Naturell Herrn Wilsons, der alle Fragen gern dilatorisch behandelt, nicht so unbedingt sicher ist. Ich glaube, das Hauptmotiv des Präsidenten war sein dringender Wunsch, die Vermittlerrolle zu übernehmen — eine Aussicht, die gefährdet erschien, wenn unsere Feinde auf direkte Verhandlungen mit uns eingegangen wären. Hierdurch dürfte sich die Wahl des Zeitpunktes erklären, welche Herrn Wilson von unseren Gegnern besonders übel genommen wird. Ein „cartoon" des am meisten deutschfeindlichen

Blattes, des „New York Herald", zeichnet die Friedenstaube Herrn Wilsons als einen Papagei, welcher die deutschen Vorschläge nachplappert.

Von der Wahl des Zeitpunktes ganz abgesehen, ist der Wunsch des Präsidenten, den Frieden herbeizuführen, sehr erklärlich, nachdem er hauptsächlich auf dieses Programm hin wiedergewählt worden ist. Ferner wird den Amerikanern die Ausdehnung der japanischen Macht im fernen Osten sehr unheimlich, und schließlich ist Herr Wilson seit unseren rumänischen Siegen zu der endgültigen Überzeugung gelangt, daß unsere Feinde uns nicht mehr überwinden können. Von den Mitgliedern des Kabinetts und von sonstigen Freunden des Präsidenten, die sein Vertrauen genießen, hört man immer wieder die Ansicht aussprechen, daß keine der beiden kriegführenden Parteien jetzt einen entscheidenden Sieg erringen könne, und daß daher ferneres Blutvergießen völlig nutzlos sei.

Wie schon oben erwähnt, versucht die antideutsche Partei, Herrn Wilson jedes irgendwie mögliche Hindernis in den Weg zu legen. Immer wieder wird in der Presse behauptet, daß die Friedensnote als Drohung gegen Deutschland interpretiert werden müsse. Dadurch hofft man, unseren Feinden den Rücken zu steifen, indem man ihnen die Hoffnung auf den Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg vorspiegelt. Es wird auch viel mit dem Argument gearbeitet — und namentlich war dies im Senat der Fall — daß die Intervention Herrn Wilsons die traditionelle Politik der Vereinigten Staaten gefährde, welche in erster Linie auf der Monroedoctrin und auf dem Prinzip der Nichteinmischung in Europa beruhe. Schließlich ist seitens der republikanischen Partei ein schmutziger Versuch gemacht worden, Wilson in den Arm zu fallen, indem ein notorischer Börsenspekulant, namens Lawson, veranlaßt wurde, öffentlich die Anklage zu erheben, daß Mitglieder der Administration auf Grund von Vorkenntnis der Wilsonschen Aktion an der Börse spekuliert hätten. Da Lawson aber keine Beweise erbringen konnte, machte er sich nur lächerlich.

Ich habe schon mehrfach in meiner gehorsamsten Berichterstattung darauf hingewiesen, daß die lang andauernde Kriegshysterie hier eine Atmosphäre von Klatsch geschaffen hat, die man sonst für völlig undenkbar gehalten hätte. So wird z. B. selbst von ernsthaften Leuten geglaubt, daß ich kompromittierende Privatbriefe Wilsons käuflich erworben hätte, um ihn dadurch zu beeinflussen. Senator Lodge hat in seinem Hause privatim dies Gerücht als glaubwürdig bezeichnet und dann sogar im Senat darauf angespielt. Der Präsident ist über diese und ähnliche Machinationen der Republikaner, welche ihm den Ruhm des Friedensstifters nicht gönnen wollen, so aufgebracht, daß er kürzlich einer öffentlichen Feier fernblieb, weil Herr Lodge bei derselben die Hauptrede hielt.

Wegen der unglaublichen Gerüchte, die hier kolportiert werden, hielt ich es für notwendig, den berüchtigten Hochstapler und Erpresser Graves vor die Gerichte zu bringen. Ich wollte die Öffentlichkeit davon überzeugen, daß die Botschaft nichts zu fürchten habe. Auch in zukünftigen Erpressungsfällen beabsichtige ich, so vorzugehen, nachdem wir in allen kompromittierenden Fragen reinen Tisch gemacht haben. Unsere Feinde werden aber trotzdem fortgesetzt kein Mittel unversucht lassen, um der Botschaft etwas anzuhängen, denn ihr Haupttrachten ist nach wie vor darauf gerichtet, meine Abberufung oder den Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Deutschland zu erreichen. Wenn letzteres erst gelungen ist, sind sie überzeugt, daß es ihnen leicht werden wird, die Vereinigten Staaten in den Krieg hineinzuziehen."

* •

Bekanntlich erhielt Präsident Wilson auf seine Friedensanregung von der Entente eine Antwortnote, die für uns ganz unannehmbare Bedingungen enthielt. Die Herren Wilson und House betrachteten diese Bedingungen als „Bluff" und waren nach wie vor überzeugt, daß die Entente

auf einen Verständigungsfrieden eingehen würde. Man wies damals in Amerika öfters darauf hin, daß in dem letzten anglo-amerikanischen Kriege — 1812—1814 — die Engländer noch kurz vor der Verständigung unannehmbare Friedensbedingungen aufgestellt hätten, die sie dann plötzlich fallen ließen. Auch ich glaubte und glaube noch heute, daß die Entente die politische Lage in Deutschland genau kannte und uns durch Aufstellung solcher Bedingungen abschrecken und zur Erklärung des uneingeschränkten U-Bootkriegs zwingen wollte. Die Entente verfolgte immer nur das eine Ziel, die Vereinigten Staaten in den Krieg zu ziehen und dadurch die Entscheidung desselben herbeizuführen. Übrigens hatte die von der Entente an unsere Regierung gegebene ablehnende Antwort bereits zu diesem Zwecke genügt, denn der definitive Beschluß zur Erklärung des uneingeschränkten U-Bootkriegs ist gefaßt worden, bevor die von der Entente aufgestellten Bedingungen in Berlin bekannt waren.

Am 19. Januar erhielt ich die amtliche Mitteilung, daß der uneingeschränkte U-Bootkrieg am 1. Februar beginnen werde. Die entsprechende Anzeige sollte ich der amerikanischen Regierung am 31. Januar abends machen. Nach allem, was vorhergegangen war, konnte ich diese Mitteilung nur als eine Kriegserklärung an die Vereinigten Staaten ansehen, und zwar obendrein als eine solche, die uns in das Unrecht setzte, weil sie die mit unserer Zustimmung erfolgte Friedensaktion Herrn Wilsons über den Haufen warf. Ich bemühte mich daher nach Kräften, den Berliner Beschluß rückgängig zu machen, oder wenigstens einen Aufschub der Ausführung desselben zu erreichen. Zu diesem Zwecke sandte ich sofort nachstehende Depesche nach Berlin:

Ziffertelegramm

„Washington, den 19. Januar 1917.

Krieg unvermeidlich bei beabsichtigtem Vorgehen. Gefahr Bruch könnte vermindert werden durch Ansetzung

bestimmter Frist, etwa eines Monats, behufs Schonung neutraler Schiffe und Passagiere, da eine vorherige rechtzeitige Warnung, wie Vorgehen jetzt geplant, unmöglich erscheint. Stichwort für Unfahrbarmachung deutscher Dampfer werde ich am 1. Februar geben müssen, da Ausführung meines Auftrags hier als Kriegserklärung wirken und deshalb sofort strenge Bewachung eintreten wird. Sowieso dürfte ein der „Lusitania“ ähnlicher Fall bald zu erwarten sein.

Wenn militärische Gründe nicht unbedingt durchschlagend sind, wäre im Hinblick auf mein Telegramm 212 Aufschub dringend erwünscht. Wilson glaubt, Frieden erreichen zu können auf Grundlage der von uns vorgeschlagenen Gleichberechtigung aller Nationen. House sagte mir noch gestern, daß Wilson in allernächster Zeit vorgehen wolle, da er infolge unserer Erklärungen über künftige Friedensliga usw. Aussichten auf Friedenskonferenz für günstig halte.“

Bei meinen Bemühungen, den Bruch mit den Vereinigten Staaten zu verhindern, kam mir der Präsident insofern zu Hilfe, als er am 22. Januar eine Botschaft an den Senat richtete, welche er persönlich in feierlicher Sitzung vorlas. In dieser Botschaft entwickelte Herr Wilson ausführlich sein Programm eines „Friedens ohne Sieg“. Da der Präsident die Botschaft den kriegführenden Mächten am gleichen Tage amtlich mitteilen ließ, war dieselbe als eine neue Friedensaktion in feierlichster Form zu betrachten. Da sie andererseits dasjenige Dokument ist, welches Herrn Wilsons Wünsche und Absichten vor seinem Eintritt in den Krieg am deutlichsten ausspricht, lasse ich die Botschaft hier im Wortlaute folgen. Wer sie heute liest, muß die Empfindung haben, daß wohl niemals eine schärfere Kritik des Versailler Friedens geschrieben worden ist, der alle Merkmale des dem Besiegten aufgezwungenen Friedens trägt, vor welchem der Präsident damals in seiner Botschaft warnte:

„Am 18. Dezember des vorigen Jahres habe ich an die Regierungen der gegenwärtig kriegführenden Staaten eine

gleichlautende Note gerichtet, in der sie ersucht wurden, die Bedingungen, unter denen sie den Friedensschluß für möglich hielten, genauer festzustellen, als dies bis dahin von irgendeiner kriegführenden Gruppe geschehen war. Ich sprach im Namen der Menschheit und für die Rechte der neutralen Staaten, zu denen auch wir gehören. Denn viele unserer wichtigsten Lebensinteressen werden durch den Krieg beständig gefährdet. Die Mittelmächte erteilten eine Antwort, die lediglich ihre Bereitschaft erklärte, mit den Gegnern auf einer Konferenz über Friedensbedingungen zu unterhandeln. Die Ententemächte haben viel bestimmter erwidert und haben, allerdings auch in allgemeinen Ausdrücken, aber mit einer Bestimmtheit, die auch Einzelheiten andeutete, die Vorkehrungen, Bürgschaften und Wiedergutmachungen festgestellt, die nach ihrer Ansicht die unerläßlichste Vorbedingung einer befriedigenden Schlichtung des Streites sind. Wir sind so einer bestimmten Erörterung des Friedens, der diesen Krieg beenden soll, viel näher gekommen. Wir sind so auch der Erörterung des internationalen Einvernehmens näher gekommen, das nachher den Weltfrieden sichern soll. In allen Friedenserörterungen wird zugestanden, daß der Friede zu irgendeiner klaren Vereinbarung der Mächte führen muß, die es praktisch unmöglich macht, daß wir jemals wieder von einer solchen Katastrophe überwältigt werden. Jeder Freund der Menschheit, jeder denkende Mensch muß das für ausgemacht halten.

Ich habe diese Gelegenheit gesucht, zu Ihnen zu sprechen, weil ich es Ihnen als dem mir beigesellten Organ für die endgültigen Beschlüsse über unsere internationalen Verpflichtungen schuldig zu sein glaubte, mit voller Offenheit die Gedanken und Ziele zu enthüllen, die sich bei mir über die Pflichten unserer Regierung in den kommenden Tagen gebildet haben, wenn man daran gehen wird, nach neuem Plan einen neuen Frieden zwischen den Nationen zu begründen.

Es ist undenkbar, daß das Volk der Vereinigten Staaten an einem so großen Unternehmen keinen Anteil haben sollte, denn an solch einem Dienst teilzunehmen ist die Gelegenheit, für die unser Volk sich stets durch die Grundsätze und Absichten seines Staatsgedankens und durch die anerkannte Praxis seiner Regierung seit den Tagen vorzubereiten suchte, da wir eine neue Nation gebildet haben, in der hohen und ehrenhaften Hoffnung, in allem, was wir waren und taten, der Menschheit den Weg zur Freiheit zu zeigen. Wir können uns jetzt nicht in Ehren von der Mitarbeit zurückhalten, zu der wir aufgefordert sind. Wir wünschen uns auch nicht zurückzuhalten, aber wir schulden es uns selbst und den anderen Nationen der Welt, die Bedingungen zu nennen, unter denen wir uns dazu bereit fühlen.

Der Dienst, den wir leisten, besteht in nichts Geringerem als dem folgenden: Wir müssen unser Ansehen und unsere Macht denen der anderen Nationen zugesellen, um Frieden und Gerechtigkeit auf der ganzen Welt zu verbürgen. Diese endgültige Regelung kann nicht mehr lange hinausgeschoben werden. Es ist nur recht, daß unsere Regierung vorher offen die Bedingungen formuliert, auf Grund deren sie sich berechtigt fühlt, die Zustimmung unseres Volkes zu ihrem feierlichen und förmlichen Anschluß an ein Friedensbündnis zu erbitten. Ich bin hier, um eine Zusammenstellung dieser Bedingungen zu versuchen.

Zuerst muß der gegenwärtige Krieg beendigt werden; aber die Aufrichtigkeit und die gerechte Rücksicht auf die Meinung der Welt verpflichten uns, auszusprechen, daß es für uns, soweit unsere Teilnahme an den Bürgschaften eines zukünftigen Friedens in Frage kommt, einen großen Unterschied ausmacht, auf welchem Wege und auf Grund welcher Bedingungen der Krieg beendigt wird. Die Verträge und Vereinbarungen, die ihn beendigen, müssen Bestimmungen enthalten, durch die ein Friede geschaffen wird, der wert ist, verbürgt und gewahrt zu werden, ein Friede, der die

Zustimmung der ganzen Menschheit findet und nicht bloß den verschiedenen Interessen und unmittelbaren Zielen der im Kriege befindlichen Völker dient. Wir haben keine Stimme bei der Entscheidung darüber, welches diese Bestimmungen sein sollen, aber sicherlich haben wir eine Stimme bei der Beschlußfassung darüber, ob sie durch die Bürgschaften eines Weltvertrages Dauer erhalten sollen oder nicht. Und unser Urteil darüber, was die grundlegenden und wesentlichen Vorbedingungen der Dauer sein sollen, muß jetzt ausgesprochen werden, nicht später, wenn es zu spät sein könnte.

Kein Gesamtfriedensvertrag, der die Völker der Neuen Welt nicht mit einzieht, kann genügen, um die Zukunft gegen den Krieg zu sichern. Und doch gibt es nur eine Art von Frieden, die die Völker Amerikas mit verbürgen können. Die Elemente eines solchen Friedens müssen das Vertrauen der amerikanischen Regierungen finden, ihren Grundsätzen genugtun und sich mit dem politischen Glaubensbekenntnis und den praktischen Überzeugungen vertragen, für die sich die Völker Amerikas seit jeher eingesetzt haben.

Ich will nicht sagen, daß irgendeine amerikanische Regierung irgendwelchen Friedensbedingungen der kriegführenden Mächte Widerstand leisten oder versuchen wird, sie zu beseitigen, wie sie auch beschaffen sein mögen. Ich halte es nur für sicher, daß ein einfacher Friedensschluß zwischen den Kriegführenden nicht einmal diese selbst befriedigen würde. Es ist denkbar, daß solche Friedensvereinbarungen den Frieden nicht sichern, es wird durchaus nötig sein, daß als Bürge für die Dauerhaftigkeit der Vereinbarung eine Macht geschaffen wird, so viel stärker als die irgendeines jetzt Kriegführenden oder bis jetzt geschlossenen Bündnisses, daß keine Nation und keine wahrscheinliche Verbindung von Nationen ihr entgegentreten oder widerstehen könnte. Wenn der bevorstehende Friede dauerhaft sein soll, muß er durch die organisierte Machtmehrheit gesichert sein.

Die Bedingungen des unmittelbaren Friedensschlusses werden darüber entscheiden, ob ein Friede erzielt wird, für den so eine Bürgschaft geleistet werden kann. Die Frage, von der der ganze künftige Friede und die Politik der Welt abhängt, ist die folgende: Ist der gegenwärtige Krieg ein Kampf um ein neues Mächtegleichgewicht? Ist er nur dies, wer will, wer kann die dauernde Gleichgewichtslage der neuen Vereinbarungen verbürgen? Nur ein in sich beruhigtes Europa kann Bestand haben. Es darf nicht ein Gleichgewicht der Mächte, es muß eine Gesellschaft der Mächte entstehen; keine organisierte Nebenbuhlerschaft, sondern ein organisierter Gemeinschaftsfriede.

Glücklicherweise haben wir sehr bündige Versicherungen über diesen Punkt erhalten. Die Staatsmänner beider jetzt kriegführenden Völkergruppen haben in völlig unmißverständlichen Ausdrücken erklärt, daß es nicht in ihren Absichten liege, den Gegner zu vernichten und zu unterdrücken. Aber die stillschweigenden Folgerungen aus diesen Versicherungen mögen nicht für alle gleich klar und diesseits und jenseits des großen Wassers nicht die gleichen sein. Ich halte es für dienlich, wenn ich auseinanderzusetzen versuche, wie wir sie verstehen:

Vor allem scheint mir darin enthalten, daß ein Friede ohne Sieg geschlossen werden muß. Das klingt nicht angenehm. Ich bitte um Erlaubnis, meine Auslegung davon geben zu dürfen und bitte festzuhalten, daß ich an keine andere gedacht habe. Ich suche den Wirklichkeiten ohne jede schwächliche Heimlichtuerei ins Gesicht zu sehen. Ein Sieg würde einen Frieden bedeuten, der dem Besiegten aufgezwungen ist, die Bedingungen des Siegers, die dem Unterlegenen auferlegt werden. Er würde nur mit dem Gefühl der Demütigung hingenommen werden, unter Härten, mit unerträglichen Opfern, und er würde einen Stachel zurücklassen, ein Rachegefühl, eine bittere Erinnerung, auf denen der geschlossene Friede nicht dauernd, sondern nur wie auf Triebsand ruhen

würde. Nur ein Friede zwischen gleichen Mächten kann dauern, nur einer, dessen innerstes Wesen Gleichheit und gleiche Teilnahme an gemeinsamem Vorteil sind. Der rechte Geisteszustand, die richtige Stimmung zwischen Völkern ist für einen dauernden Frieden ebenso notwendig wie eine gerechte Regelung schwieriger Fragen des Gebiets oder der Stammes- und Nationalzugehörigkeit.

Die Gleichheit der Völker, auf der ein dauernder Friede begründet sein muß, muß eine Gleichheit ihrer Rechte sein. Die ausgetauschten Bürgschaften dürfen zwischen großen und kleinen, starken und schwachen Nationen einen Unterschied weder anerkennen noch voraussetzen. Das Recht aller, nicht einzelner, muß auf der Stärke der Völker ruhen, von deren Einvernehmen der Friede abhängen wird. Dabei kann es natürlich keine Gleichheit des Gebietes und der Machtmittel geben wie überhaupt keine Gleichheit, die nicht aus der friedlichen und gesetzlichen Entwicklung der Völker selbst herrührt; aber niemand verlangt und erwartet mehr als eine Gleichheit der Rechte. Die Menschheit sehnt sich heute nach der Freiheit des Lebens, nicht nach einem Gleichgewicht der Mächte.

Aber noch eine tiefere Angelegenheit als selbst die Gleichheit des Rechts zwischen organisierten Nationen hängt hiermit zusammen. Kein Friede kann oder soll dauern, der nicht den Grundsatz anerkennt und annimmt, daß die Regierungen alle ihre gerechte Macht nur von der Zustimmung der Regierten erhalten und daß es nirgend ein Recht gibt, Völker von einer Landesherrschaft an die andere zu übertragen, als ob sie Sachen wären. Ich halte zum Beispiel für sicher, wenn ich ein einzelnes Beispiel wagen darf, alle Staatsmänner stimmen darin überein, daß es ein geeintes, unabhängiges und selbständiges Polen geben und daß in Zukunft die unverletzliche Sicherheit des Lebens, des Glaubens und der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung allen Teilen dieses Volkes verbürgt werden sollte,

die bisher unter der Macht von Regierungen feindlichen Glaubens und Willens lebten.

Ich spreche davon, nicht weil ich einen abstrakten politischen Grundsatz nachdrücklich unterstreichen will, der von jeher den Erbauern amerikanischer Freiheit teuer war, sondern aus dem gleichen Grunde, aus dem ich über die übrigen mir unerläßlich erscheinenden Vorbedingungen des Friedens gesprochen habe: weil ich ganz aufrichtig enthüllen möchte, was ist. Jeder Friede, der nicht diesen Grundsatz anerkennt und annimmt, wird unvermeidlich scheitern. Er wird nicht auf den Neigungen und Überzeugungen der Menschheit ruhen. Der gärende Geist ganzer Bevölkerungen wird findig und beständig dagegen kämpfen, und die ganze Welt wird ihm Beifall geben. Die Welt kann nur friedlich sein, wenn ihr Leben stetig verläuft, eine solche Stetigkeit kann es aber nicht geben, wo ein rebellischer Wille ohne Ruhe des Geistes, ohne Sinn für Gerechtigkeit, Freiheit und Recht ist.

Außerdem sollte, soweit möglich, jedem Volk, das jetzt um die volle Entwicklung seiner Mittel und seiner Macht kämpft, ein unmittelbarer Zugang zu den großen Verkehrsstraßen des Meeres zugebilligt werden. Wo dies nicht durch Gebietsabtretungen geschehen kann, kann es zweifellos durch die Neutralisierung unmittelbarer Wegerechte unter der allgemeinen Friedensbürgschaft geschehen. In einer echten Rechtsgemeinschaft braucht kein Volk vom freien Zutritt zu den offenen Pfaden des Welthandels ausgeschlossen zu bleiben.

Und die Wege der See müssen rechtlich und tatsächlich frei sein. Die Freiheit der See ist die notwendige Bedingung des Friedens, der Gleichheit und der gemeinsamen Arbeit. Zweifellos wird auch eine ziemlich tiefgehende Umgestaltung vieler Völkerrechtsregeln, die bisher als feststehend erachtet wurden, notwendig sein, um die Meere so gut wie in allen Fällen für den Gebrauch der Menschheit tatsächlich frei und gemeinsam zu machen, aber die Notwendigkeit einer solchen

Umgestaltung ist überzeugend und zwingend; ohne sie kann kein Vertrauen und keine Freundschaft zwischen den Völkern der Welt bestehen. Der freie, beständige und unbedrohte Verkehr zwischen den Völkern ist ein wesentlicher Teil des Friedens und der Entwicklung. Es kann nicht schwer sein, die Freiheit der Meere zu bestimmen und zu sichern, wenn alle Regierungen der Welt ehrlich darüber zu einer Verständigung kommen wollen.

Das ist ein Problem, das eng verknüpft ist mit der Begrenzung der Rüstungen zur See und der Zusammenarbeit der Flotten der Welt, um das Meer frei und sicher zu halten. Die Frage nach der Begrenzung der Seerüstungen führt zu der größeren und vielleicht schwierigeren Frage der Begrenzung der Heere und der militärischen Rüstungsprogramme. Schwierig und heikel, wie diese Fragen sind, müssen sie mit der äußersten Aufrichtigkeit betrachtet und im Geiste wirklicher Verständigung gelöst werden, wenn der Friede auf seinen Fittichen das Heil bringen und sich dauernd niederlassen soll. Der Friede ist ohne Zugeständnisse und Opfer nicht zu haben. Das Gefühl der Sicherheit und Gleichheit zwischen den Nationen kann nicht währen, wenn große, übergewichtige Rüstungen hüben und drüben begründet und unterhalten werden. Die Staatsmänner der Welt müssen den Frieden planen und die Nationen ihre Politik danach einrichten, wie sie bisher den Krieg planten und sich zu erbarmungslosem Kampf und Wettstreit rüsteten. Die Frage der Rüstungen zu Lande und zu Wasser ist die am unmittelbarsten und dringendsten praktische Frage für das künftige Schicksal der Nationen und der Menschheit. Ich habe über diese großen Dinge rückhaltlos und mit der größten Deutlichkeit gesprochen, weil mir das notwendig erschien, wenn anders die brennende Sehnsucht der Welt nach Frieden irgendwo frei zu Worte und zum Ausdruck gelangen soll. Ich bin vielleicht der einzige Mensch in hoher verantwortlicher Stellung in allen Völkern der Welt, der sich frei aussprechen

kann und nichts zu verschweigen braucht. Ich spreche als Einzelner und doch natürlich zugleich auch als das verantwortliche Haupt eines großen Staats. Und ich bin überzeugt, daß ich gesagt habe, was das Volk der Vereinigten Staaten von mir erwartet. Darf ich nicht auch sagen, daß ich hoffe und glaube, tatsächlich für die frei Gesinnten und die Freunde der Menschheit und jeder freiheitlichen Richtung in jedem Volke zu sprechen? Gern würde ich mich dem Glauben hingeben, daß ich auch für die stumme Masse der Menschheit allerorten spreche, die noch keine Stelle und noch keine Gelegenheit gehabt hat, ihre wirklichen Gefühle über das Hinsterben der Menschen und die Vernichtung der Stätten zum Ausdruck zu bringen, die ihrem Herzen am teuersten sind.

Und wenn ich der Erwartung Ausdruck gebe, daß sich Volk und Regierung der Vereinigten Staaten den übrigen zivilisierten Völkern der Erde zur Sicherung eines dauernden Friedens auf Grund der von mir dargelegten Bedingungen anschließen werden, so spreche ich mit um so größerer Kühnheit und Zuversicht, als für jeden Denkenden klar ist, daß in einer solchen Zusage kein Abweichen, weder von unseren nationalen Überlieferungen noch von unserer nationalen Politik, sondern Erfüllung alles dessen liegt, was wir verkündet und wofür wir gekämpft haben.

Ich möchte, um mich so auszudrücken, vorschlagen, daß sich die Völker einmütig die Doktrin des Präsidenten Monroe als Doktrin der Welt zu eigen machen: daß kein Volk danach streben sollte, seine Regierungsform auf irgendein anderes Volk oder eine Nation auszudehnen, daß es vielmehr jedem Volke, kleinen sowohl wie großen und mächtigen, freistehen sollte, seine Regierungsform und seinen Entwicklungsgang unbehindert, unbedroht und ohne Furcht selbst zu bestimmen.

Ich schlage vor: Eine Regierung unter Zustimmung der Regierten, jene Freiheit der Meere, die die Vertreter des Volkes der Vereinigten Staaten in einer internationalen Konferenz

nach der anderen mit der ganzen Beredsamkeit überzeugter Anhänger der Freiheit verfochten haben, und eine Beschränkung der Rüstungen, die aus den Heeren und Flotten lediglich ein Werkzeug der Ordnung, nicht aber ein Werkzeug für Angriff oder eigensüchtige Gewalttätigkeit macht.

Das sind amerikanische Grundsätze und Richtlinien. Für andere können wir nicht eintreten. Es sind auch die Grundsätze und Richtlinien in die Zukunft gewandter Männer und Frauen allerorten in jedem neuzeitlichen Volk, in jedem aufgeklärten Gemeinwesen. Es sind die Grundsätze der Menschheit, und sie müssen siegen."

Die Helfferichsche Darstellung wirft a. a. O. dieser Botschaft Herrn Wilsons vor, daß sie für die Entente Partei ergriffen habe, weil sie die Bedingungen derselben als annehmbare Basis des Friedens bezeichnet hätte. Als ich nach Deutschland zurückkehrte, gebrauchte auch der Reichskanzler mir gegenüber das gleiche Argument, welchem ich auch sonst häufig in der Heimat begegnete, unter anderem auch vor dem Untersuchungsausschusse der Nationalversammlung. Mir scheint diese Auffassung eine Berliner „fable convenue" zu sein. In der Botschaft steht kein Wort, das so gedeutet werden könnte. Der Präsident konstatierte lediglich, daß er beide kriegführenden Parteien ersucht habe, ihre Friedensbedingungen zu bezeichnen, und daß die Entente diesem Ersuchen Folge geleistet, die Zentralmächte dagegen ihre Bedingungen nicht genannt hätten. Man sei jetzt der Erörterung des Friedens insofern näher gerückt, als die Bedingungen der einen Partei nunmehr bekannt wären. Wenn wir den Wortlaut der Botschaft unbefangen und im Zusammenhange mit den mündlichen Äußerungen der amerikanischen Staatsmänner lesen, erscheint es vollkommen klar, daß der Präsident die Bedingungen unserer Gegner als Maximalforderungen betrachtete, daß er ferner glaubte, wir würden in gleicher Weise Maximalbedingungen aufstellen, und die Einigung schließlich auf der mittleren Linie erfolgen.

Einen ähnlichen Vorwurf erhebt Herr Helfferich auch gegen die Wilson-Note vom 18. Dezember wegen der darin enthaltenen Drohungen. Dieser Vorwurf erscheint mir ebenfalls unberechtigt. Die Drohungen wurden in London ebenso ausgesprochen wie in Berlin. Eine Parteilichkeit könnte darin nur gefunden werden, wenn die Drohungen lediglich in der Berliner Fassung der Note enthalten gewesen wären.

Übrigens ist in allen Ententeländern behauptet worden, daß die Note vom 18. Dezember und die Botschaft vom 22. Januar eine Parteinahme für die Zentralmächte darstellten. Die Ententediplomaten in Washington waren ganz aus der Fassung geraten und ließen Herrn Wilson ihr Mißfallen deutlich merken. Es geht nicht an, die Friedensaktion des Präsidenten ex post zu beurteilen. Die Tatsache, daß Herr Wilson nach dem 31. Januar 1917 persönlich unser Feind wurde und daß er den Frieden von Versailles zuließ, ist noch kein Beweis dafür, daß er vor dem 31. Januar 1917 ebenfalls als Friedensvermittler versagt haben würde. Die gehässige Beurteilung und Behandlung, welche der Präsident uns während des Kriegs und der Friedensverhandlungen in Versailles angedeihen ließ, ist psychologisch daraus zu erklären, daß wir seine Friedensvermittlung ablehnten und den U-Bootkrieg erklärten.

In allen Verhandlungen spielten die persönliche Empfindlichkeit und das egozentrische Naturell Herrn Wilsons eine wesentliche Rolle. Als die französische und englische Presse den Präsidenten im November 1916 verhöhnte, nachdem der Draht zunächst die Erwählung des Herrn Hughes gemeldet hatte, nahm Herr Wilson das äußerst übel. Eine weitere Verbesserung unserer Stellung in seiner Beurteilung erfolgte, als wir uns seiner Friedensvermittlung geneigt zeigten. Daß Deutschland sich ihm anvertraute, hob sein Selbstgefühl in einem solchen Maße, daß er bis zu einem gewissen, nicht zu unterschätzenden Grade an dem Gelingen einer auch für Deutschland befriedigenden Friedensverhandlung interessiert war. Ich gestehe es offen, daß es auch mein Ehrgeiz war, an

der Wiederherstellung des Friedens mitzuwirken, um unser Vaterland vor dem drohenden Unglück zu retten und der Welt weiteres Elend zu ersparen. Noch heute bin ich der Überzeugung, daß für eine geschickte deutsche Verhandlungskunst bei diesen Friedensverhandlungen alles Nötige herauszuholen war. Die guten persönlichen Beziehungen, die in diesem Falle zwischen Herrn Wilson und der deutschen Vertretung auf der Friedenskonferenz geherrscht hätten, wären uns bei den Zufälligkeiten eines solchen Kongresses außerordentlich zustatten gekommen. Andererseits war und bin ich aber auch überzeugt, daß der Friede, der damals zustande gekommen wäre, die deutsche öffentliche Meinung im Augenblicke nicht befriedigt hätte. Diesem Momente legte ich aber gar keine Bedeutung bei. Wer Politik im Interesse seines Vaterlandes treibt, muß jeden Augenblick bereit sein, sich wie Curtius in den Abgrund zu stürzen, um sein Vaterland zu retten. Dafür ist Curtius auch unsterblich geworden. Außerdem würde das deutsche Volk sicher nach einigen Jahren, wenn nicht früher, eingesehen haben, daß ein „Friede ohne Sieg" ein deutscher Sieg war.

Nach dem 31. Januar 1917 hat Herr Wilson gar keine objektive Vorstellung von Deutschland mehr gehabt. Er sieht rot, wenn er an die kaiserliche Regierung denkt, und kennt kein Maß in seiner Abneigung gegen dieselbe. Noch heute nagt an ihm der Groll darüber, daß die deutsche Regierung ihm den Ruhm raubte, die erste politische Figur auf der Weltbühne zu werden. Selbstverständlich hat die Entente in Versailles diese Stimmung und das Naturell des Präsidenten weidlich ausgenutzt. Wir wußten durch abgefangene Radiogramme aus Paris, daß die erste amerikanische Interpretation der vierzehn Punkte völlig mit der unserigen übereinstimmte, und haben uns daher in Berlin nicht ohne Grund gewissen Hoffnungen auf die amerikanische Hilfe hingegeben. Aber Herr Wilson, der klüger getan hätte, nicht nach Versailles zu reisen, saß dort allein den drei europäischen Staatsmännern gegenüber, denen er an

Kenntnis der europäischen Probleme nicht gewachsen war. Sie faßten den Präsidenten an seinem wunden Punkte, indem sie ihm den Gesichtspunkt suggerierten, daß neben der deutschen Regierung auch das mitschuldige deutsche Volk bestraft werden müßte, und daß diese Pflicht, Schuldige zu strafen, über den vierzehn Punkten stünde. Hatte sich doch bei Herrn Wilson seit dem Januar 1917 der Glaube festgesetzt, den Beweis für die Kriegsschuld und Weltherrschaftsgelüste Deutschlands in Händen zu haben. Während er bis dahin objektiv über die Kriegsschuld dachte, argumentierte er nun so, daß die Deutschen durch seine Vermittlung einen vernünftigen Frieden hätten haben können, diesen aber ausgeschlagen und den U-Bootkrieg gewählt hätten, um einen vollen Sieg zu erringen. Folglich sei es den Deutschen nicht auf einen Verständigungsfrieden angekommen, sondern auf die Weltherrschaft, und daraus sei durch Rückschluß auch ihre Kriegsschuld erwiesen. Aus diesem Gedankengange heraus predigte Herr Wilson den Kreuzzug gegen das militaristische und autokratische Deutschland, das die Weltherrschaft habe erringen wollen. Nur durch einen solchen Kreuzfahrerglauben konnte das friedliebende amerikanische Volk bewogen werden, Krieg zu führen.

Über die Wirkung der Botschaft des Präsidenten an den Senat sandte ich nachstehende Depesche an das Auswärtige Amt.

Ziffertelegramm

„Washington, den 23. Januar 1917.

Wilsons Botschaft an Senat findet allgemeinen Beifall und wird als weiterer energischer Schritt in Friedensbewegung betrachtet. Nur unsere ganz wilden Gegner greifen Präsident wieder als prodeutsch an. Fast durchweg findet sich in Äußerungen zur Botschaft Wunsch, daß nunmehr auch Zentralmächte Friedensbedingungen nennen möchten. House bat mich ebenfalls dringend, daß dies entweder öffentlich oder vertraulich geschehen möge. Dann würde Wilson sofort Friedenskonferenz vorschlagen, Präsident scheint auch geneigt, Bryan-Vertrag

mit uns abzuschließen. Zeit ist jetzt leider zu kurz, andernfalls hätte Vertrag uns vielleicht helfen können, Krieg zu verhindern. Durch beabsichtigten uneingeschränkten Unterseebootkrieg wird vermutlich Friedensbewegung ganz zum Stillstand kommen. Immerhin ist möglich, daß Wilson umgekehrt Friedensanstrengung verdoppelt, wenn Frist gewährt wird. Ich möchte nichts unversucht lassen, Krieg mit Vereinigten Staaten zu verhindern. Wie ich annehme, beruht unsere Ablehnung, Friedensbedingungen zu nennen, darauf, daß sie von unserer öffentlichen Meinung als zu gemäßigt betrachtet werden würden. Wäre es vielleicht möglich, vor Beginn des uneingeschränkten U-Bootkriegs Friedensbedingungen zu nennen, welche wir der von uns vorgeschlagenen Friedenskonferenz unterbreitet hätten und dabei zu sagen, daß wir uns, nach der unverschämten Ablehnung seitens unserer Gegner, nicht mehr an diese milden Bedingungen halten könnten? Dabei ließe sich einflechten, daß wir als Sieger ein unabhängiges Irland verlangen würden. Eine solche Erklärung würde die hiesige öffentliche Meinung gewinnen, soweit dies überhaupt möglich ist, und vielleicht auch die unserige befriedigen."

Am Tage nach der Verlesung der Botschaft des Präsidenten im Senat erhielt ich eine telegraphische Einladung, Herrn House in New York zu besuchen. Bei unserer Besprechung las mir der Oberst eine Instruktion Herrn Wilsons vor, laut welcher der Präsident uns nunmehr formell seine Vermittlung anbot, um einen Verständigungsfrieden herbeizuführen. Das Schreiben ließ keinen Zweifel darüber, daß Herr Wilson sicher glaubte, dieses Ziel erreichen zu können. Über meine Unterredung mit Herrn House sandte ich mit tunlichster Beschleunigung auf drei verschiedenen Wegen nachstehende Depeschen nach Berlin, in der Annahme, daß es nunmehr für uns unmöglich sei, auf den bisherigen Beschlüssen zu beharren.

1. Zifferradiogramm

„Washington, den 26. Januar 1917.

Most urgent

After having had very important conference request most urgently postponement till my next two messages received. Suggest reply by wireless *.“

2. Ziffertelegramm

„Washington, den 26. Januar 1917.

Wilson anbot offiziell aber zunächst vertraulich Friedensvermittlung auf Grund seiner Senatsbotschaft, das heißt also ohne Einmischung in territoriale Friedensbedingungen. Als nicht vertraulich betrachtet Wilson sein gleichzeitig ausgesprochenes Ersuchen um Mitteilung unserer Friedensbedingungen. Ich drahte eingehend durch Staatsdepartement. Beginn U-Bootkriegs ohne vorherige Verhandlung über obige Vorschläge würde meines Erachtens uns hier stark ins Unrecht setzen und wegen persönlicher Verletztheit Wilsons Vermeiden Bruchs ganz unmöglich machen.“

3. Ziffertelegramm

„Washington, den 27. Januar 1917.

House bat mich spontan im Auftrage Wilsons, ihn zu besuchen, und sagte mir das Folgende als offiziellen Auftrag des Präsidenten:

Wilson anbietet zunächst vertraulich Friedensvermittlung auf Grund seiner Senatsbotschaft, das heißt also ohne Einmischung in territoriale Friedensbedingungen. Als nicht vertraulich betrachte Wilson sein gleichzeitig an uns gerichtetes Ersuchen um Mitteilung unserer Friedensbedingungen.

House entwickelte mir folgenden Gedankengang des Präsidenten: Unsere Feinde hätten ihre unmöglichen Friedensbedingungen offen ausgesprochen. Darauf habe Präsident in

* „Höchst dringend. Soeben sehr wichtige Besprechung gehabt. Erbitte dringend Aufschub, bis meine nächsten beiden Berichte eingetroffen sind. Erbitte drahtlose Antwort.“

direktem Gegensatze hierzu sein Programm entwickelt. Nunmehr seien auch wir moralisch verpflichtet, unsere Bedingungen bekanntzugeben, weil unsere Friedensabsichten sonst als nicht ehrliche angesehen werden würden. Nachdem Euere Exzellenz Herrn Wilson mitgeteilt hätten, daß unsere Friedensbedingungen gemäßigte seien, und daß wir auf die zweite Friedenskonferenz eingehen wollten, glaube Präsident, daß er mit seiner Senatsbotschaft unseren Absichten entsprochen hätte.

Wilson hoffe, daß wir ihm Friedensbedingungen mitteilen würden, welche hier und in Deutschland veröffentlicht werden dürften, damit sie unbedingt in der ganzen Welt bekannt würden. Wenn wir nur zu ihm Vertrauen hätten, sei Präsident überzeugt, daß er dann die beiden Friedenskonferenzen erreichen könne. Er wäre besonders erfreut, wenn Euere Exzellenz gleichzeitig erklären wollten, daß wir bereit seien, auf der Basis seiner Senatsbotschaft in die Konferenzen einzutreten. Motivieren ließe sich unsere Erklärung dadurch, daß Wilson uns jetzt direkt um unsere Friedensbedingungen gebeten habe. Präsident meint, die an ihn gerichtete Ententenote brauche als Bluff nicht in Betracht gezogen zu werden. Er hoffe bestimmt, Friedenskonferenzen zustande zu bringen, und zwar so schnell, daß unnötiges Blutvergießen der Frühjahrsoffensive verhindert werde.

Wie weit Euere Exzellenz Wilson entgegenkommen wollen und können, läßt sich von hier aus nicht beurteilen. Indes bitte ich dringend, folgendes vortragen zu dürfen: Wenn jetzt ohne weiteres U-Bootkrieg begonnen wird, wird Präsident dies als Schlag ins Gesicht betrachten, und Krieg mit den Vereinigten Staaten ist unvermeidlich. Hiesige Kriegspartei wird Oberhand gewinnen und Beendigung des Krieges meines Erachtens unabsehbar sein, da Machtmittel der Vereinigten Staaten trotz allem, was man dagegen sagen kann, sehr groß sind. Andernfalls, wenn wir auf Wilsons Vorschlag eingehen, allein Pläne trotzdem an der Hartnäckigkeit unserer Gegner scheitern, wird es dem Präsidenten sehr schwer

werden, gegen uns in den Krieg zu gehen, selbst wenn wir dann uneingeschränkten U-Bootkrieg anfangen. Es handelt sich also vorläufig nur um einen Aufschub von kurzer Dauer, um unsere diplomatische Stellung zu verbessern. Ich selbst bekenne mich allerdings zur Ansicht, daß wir jetzt durch Konferenzen einen besseren Frieden erreichen werden, als wenn sich die Vereinigten Staaten unseren Feinden anschließen.

Da Kabeltelegramme stets mehrere Tage brauchen, bitte um umgehende drahtlose Weisung, falls telegraphischer Erlaß 157 am 1. Februar nicht auszuführen ist.“

Ich hatte gehofft, daß schon die Überreichung der Botschaft des Präsidenten durch Herrn Gerard einen Aufschub des uneingeschränkten U-Bootkriegs zur Folge gehabt haben würde. Dies war leider nicht der Fall. Die Vorgänge, die sich damals in Berlin abspielten, und die Erwägungen, welche dort stattfanden, kann ich hier übergehen, da ich selbst an ihnen nicht teilgenommen habe und sie obenein jetzt durch die Aussagen vor dem Untersuchungsausschusse der Nationalversammlung allgemein bekannt geworden sind. Hier brauche ich nur zu erwähnen, daß ich auf meine Vorschläge die folgende Antwort des Reichskanzlers erhielt.

Ziffertelegramm

„Berlin, den 29. Januar 1917.

Bitte dem Präsidenten Dank Kaiserlicher Regierung für seine Mitteilung aussprechen. Wir bringen ihm volles Vertrauen entgegen und bitten ihn, dasselbe auch uns zu schenken. Deutschland ist bereit, die von ihm vertraulich angebotene Vermittlung zur Herbeiführung einer direkten Konferenz der Kriegführenden anzunehmen, und wird seinen Verbündeten das gleiche empfehlen. Wir bitten, unsere Annahme ebenso wie das Angebot ganz vertraulich zu behandeln.

Öffentliche Bekanntgabe unserer Friedensbedingungen ist jetzt unmöglich, nachdem Entente Friedensbedingungen publiziert hat, die auf Entehrung und Vernichtung Deutschlands

und seiner Bundesgenossen hinauslaufen und vom Präsidenten selbst als unmöglich bezeichnet werden. Als Bluff können wir sie nicht auffassen, da sie vollkommen mit den Reden übereinstimmen, die feindliche Machthaber nicht nur vorher, sondern auch nachher gehalten haben, und sich genau mit Zielen decken, um derentwilien Italien und Rumänien überhaupt in Krieg eingetreten sind, auch was die Türkei anlangt, den von England und Frankreich vertraglich an Rußland gemachten Zusicherungen entsprechen. Solange diese Kriegsziele unserer Gegner öffentlich aufrechterhalten werden, würde öffentliche Bekanntgabe unserer Friedensbedingungen als Zeichen nicht vorhandener Schwäche unvertretbar sein und nur zur Verlängerung des Krieges beitragen. Um Präsidenten Wilson einen Beweis unseres Vertrauens zu geben, teilen wir ihm jedoch ganz ausschließlich für seine Person hiermit die Bedingungen mit, unter denen wir bereit gewesen wären, in Friedensverhandlungen einzutreten, falls die Entente unser Friedensangebot vom 12. Dezember vorigen Jahres angenommen hätte:

Rückerstattung des von Frankreich besetzten Teils von Oberelsaß.

Gewinnung einer Deutschland und Polen gegen Rußland strategisch und wirtschaftlich sichernden Grenze.

Koloniale Restitution in Form einer Verständigung, die Deutschland einen seiner Bevölkerungszahl und der Bedeutung seiner wirtschaftlichen Interessen entsprechenden Kolonialbesitz sichert.

Rückgabe der von Deutschland besetzten französischen Gebiete unter Vorbehalt strategischer und wirtschaftlicher Grenzberichtigungen sowie finanzieller Kompensationen.

Wiederherstellung Belgiens unter bestimmten Garantien für die Sicherheit Deutschlands, welche durch Verhandlungen mit der belgischen Regierung festzustellen wären.

Wirtschaftlicher und finanzieller Ausgleich auf der Grundlage des Austausches der beiderseits eroberten und im Friedensschluß zu restituierenden Gebiete.

Schadloshaltung der durch den Krieg geschädigten deutschen Unternehmungen und Privatpersonen.

Verzicht auf alle wirtschaftlichen Abmachungen und Maßnahmen, welche ein Hindernis für den normalen Handel und Verkehr nach Friedensschluß bilden würden, unter Abschluß entsprechender Handelsverträge.

Sicherstellung der Freiheit der Meere.

Die Friedensbedingungen unserer Verbündeten bewegen sich in Übereinstimmung mit unseren Anschauungen in gleichmäßigen Grenzen.

Wir sind ferner bereit, auf der Basis der Senatsbotschaft des Präsidenten Wilson in die von ihm nach Beendigung des Krieges angestrebte internationale Konferenz einzutreten.

Euere Exzellenz wollen dem Präsidenten diese Mitteilungen bei Übergabe der Note über den verschärften U-Bootkrieg machen und gleichzeitig folgendes bemerken:

Wenn sein Angebot nur wenige Tage vorher erfolgt wäre, hätten wir den Beginn des neuen U-Bootkriegs vertagen können. Jetzt sei es hierzu trotz bester Dispositionen aus technischen Gründen leider zu spät, da umfassende militärische Vorbereitung getroffen, die nicht mehr rückgängig zu machen, und U-Boote mit neuen Instruktionen bereits ausgelaufen seien. Form und Inhalt der feindlichen Antwortnote auf unser Friedensangebot und die Note des Präsidenten seien derart schroff gewesen, daß wir angesichts des uns aufs neue angekündigten Kampfes auf Leben und Tod die Anwendung des besten zu schneller Kriegsbeendigung geeigneten Mittels nicht mehr hinausschieben und Verzicht darauf vor unserem eigenen Volke nicht hätten verantworten können.

Wie die Instruktion wegen verschärften U-Bootkriegs ergibt, sind wir jederzeit bereit, den Bedürfnissen Amerikas nach aller Möglichkeit Rechnung zu tragen. Wir bäten den Präsidenten, seine Bemühungen trotzdem aufzunehmen, respektive fortzusetzen, und erklären uns zur Einstellung des verschärften U-Bootkriegs bereit, sobald volle Sicherheit

dafür geboten sei, daß die Bemühungen des Präsidenten zu einem für uns annehmbaren Frieden führen würden.

Bethmann Hollweg"

Die in diesem Telegramme genannten Friedensbedingungen teilte ich sofort Herrn House mit, wobei ich noch die leise Hoffnung hatte, daß er doch vielleicht irgendeine günstige Einwirkung auf den Präsidenten ausüben könnte. Tatsächlich ist er auch nach Washington gereist, um an den Beratungen teilzunehmen über die nunmehr von der amerikanischen Regierung uns gegenüber einzunehmende Haltung. Abgesehen davon, daß die „Vertraulichkeit" unter den obwaltenden Umständen der Mitteilung unserer Friedensbedingungen jeden diplomatischen Wert nahm, gab die gleichzeitige Erklärung des uneingeschränkten U-Bootkriegs der Hoffnung auf Erhaltung des Friedens den Todesstoß. Wie Herr von Bethmann Hollweg vor dem Ausschusse der Nationalversammlung aussagte, „bestand auch in Deutschland darüber Klarheit, daß mit dem Entschluß zum unbeschränkten U-Bootkrieg jede Möglichkeit einer weiteren Betätigung des Präsidenten im Sinne der Herbeiführung des Friedens abgeschnitten wurde. Der U-Bootkrieg bedeutete den Bruch und in weiterer Folge den Krieg mit Amerika. Hierum drehten sich seit Jahren die Auseinandersetzungen zwischen der militärischen und der politischen Leitung. Das Entscheidende war, daß die Oberste Heeresleitung nunmehr fest entschlossen war, auch das Risiko Amerika auf sich zu nehmen, und daß sie es dabei auch auf die Machtprobe mit der politischen Leitung ankommen lassen wollte."

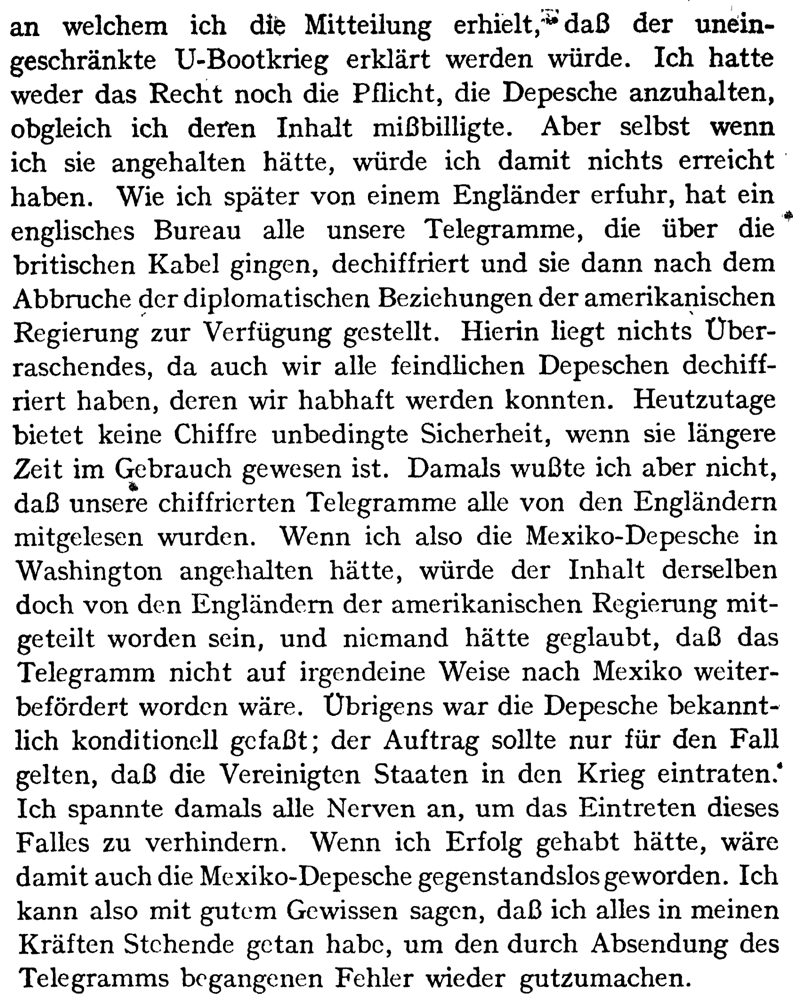
Am 31. Januar nachmittags 5 Uhr machte ich Herrn Lansing die vorgeschriebene Mitteilung über den uneingeschränkten U-Bootkrieg. Es war meine letzte politische Unterredung in Amerika. Wir wußten beide, daß das Ende gekommen sei,

aber wir sagten es uns nicht. Der Staatssekretär begnügte sich damit zu antworten, daß er dem Präsidenten meine Mitteilung unterbreiten werde. Über die zu erwartende Entscheidung machte ich mir keine Illusionen, da das Ultimatum vom 18. April 1916 keinen Ausweg mehr ließ, um den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu verhindern. Infolgedessen hatte ich schon am Morgen des 31. Januar den Befehl gegeben, die Maschinen der in den amerikanischen Häfen liegenden deutschen Schiffe zu zerstören, wie es mir schon zur Zeit der „Sussex“-Krisis und auch jetzt wieder von Berlin aus aufgetragen worden war. Tatsächlich lag auch Gefahr im Verzuge, denn schon am Abend des 31. Januar wurden die Schiffe von der amerikanischen Polizei besetzt. Soviel ich weiß, waren aber alle ohne Ausnahme vorher noch rechtzeitig unbrauchbar gemacht worden.

Am 3. Februar vormittags 12 Uhr kündigte Herr Wilson in einer gemeinsamen Sitzung beider Häuser des Kongresses den Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Deutschland an, und zu gleicher Zeit wurden mir meine Pässe durch einen höheren Beamten des Staatsdepartements überbracht.

Damit war der Krieg entschieden, wenn er auch nicht gleich erklärt wurde. Alles was folgte, war nur noch Kriegsvorbereitung oder Kriegspropaganda. Nichts außer der Preisgabe des U-Bootkriegs hätte den Krieg verhindern können.

Vielfach ist behauptet worden, daß die berüchtigte Mexiko-Depesche den Krieg mit den Vereinigten Staaten herbeigeführt hätte. Ich halte diese Auffassung nicht für richtig. Die Depesche ist mit großem Erfolge propagandistisch gegen uns ausgenutzt worden, aber der Abbruch der diplomatischen Beziehungen war — wie ich früher ausführte — nach Lage der Dinge unter allen Umständen gleichbedeutend mit Krieg. Ich bin mit der Mexiko-Depesche, die mich völlig überraschte, niemals befaßt worden. Sie war in der üblichen Weise direkt an die Gesandtschaft in Mexiko adressiert und ging durch die Washingtoner Botschaft an demselben Tage,



an welchem ich die Mitteilung erhielt, daß der uneingeschränkte U-Bootkrieg erklärt werden würde. Ich hatte weder das Recht noch die Pflicht, die Depesche anzuhalten, obgleich ich deren Inhalt mißbilligte. Aber selbst wenn ich sie angehalten hätte, würde ich damit nichts erreicht haben. Wie ich später von einem Engländer erfuhr, hat ein englisches Bureau alle unsere Telegramme, die über die britischen Kabel gingen, dechiffriert und sie dann nach dem Abbruche der diplomatischen Beziehungen der amerikanischen Regierung zur Verfügung gestellt. Hierin liegt nichts Überraschendes, da auch wir alle feindlichen Depeschen dechiffriert haben, deren wir habhaft werden konnten. Heutzutage bietet keine Chiffre unbedingte Sicherheit, wenn sie längere Zeit im Gebrauch gewesen ist. Damals wußte ich aber nicht, daß unsere chiffrierten Telegramme alle von den Engländern mitgelesen wurden. Wenn ich also die Mexiko-Depesche in Washington angehalten hätte, würde der Inhalt derselben doch von den Engländern der amerikanischen Regierung mitgeteilt worden sein, und niemand hätte geglaubt, daß das Telegramm nicht auf irgendeine Weise nach Mexiko weiterbefördert worden wäre. Übrigens war die Depesche bekanntlich konditionell gefaßt; der Auftrag sollte nur für den Fall gelten, daß die Vereinigten Staaten in den Krieg eintraten. Ich spannte damals alle Nerven an, um das Eintreten dieses Falles zu verhindern. Wenn ich Erfolg gehabt hätte, wäre damit auch die Mexiko-Depesche gegenstandslos geworden. Ich kann also mit gutem Gewissen sagen, daß ich alles in meinen Kräften Stehende getan habe, um den durch Absendung des Telegramms begangenen Fehler wieder gutzumachen.

In der Helfferichschen Darstellung wird a. a. O. gesagt: „Wenn Graf Bernstorff der Ansicht war, und heute noch, wie es den Anschein hat, der Ansicht ist, daß Wilson damals im Begriff gewesen sei, sich für einen für uns annehmbaren und erträglichen Frieden einzusetzen und sich dafür mit Erfolg einzusetzen, so ist das nur erklärlich durch die nachhaltige

Wirkung von Suggestionen, denen er seit zwei Jahren ohne das Gegengewicht einer auch nur einigermaßen ausreichenden Fühlung mit der Heimat ausgesetzt war. Da der Verkehr zwischen Berlin und der Deutschen Botschaft in Washington völlig abgebunden war, ist es schließlich zu verstehen, daß unserer Vertretung jenseits des großen Wassers der Kontakt mit dem um seine Existenz ringenden deutschen Volke und das Augenmaß für das Notwendige und Erträgliche verloren ging."

Darauf möchte ich zunächst erwidern, daß der uneingeschränkte U-Bootkrieg erst recht nicht dem deutschen Volke das Notwendige und Erträgliche gebracht hat. Ferner haben nicht nur ich, sondern fast alle Herren, die mit mir nach Deutschland zurückgekehrt sind, nach unserer Ankunft die Empfindung gehabt, daß wir die wahre Lage Deutschlands von Amerika aus viel klarer erkannt hatten als die in der Heimat lebenden Landsleute, welche durch die Blockade gänzlich von der Welt abgesperrt waren. Nachdem wir die in Deutschland bestehenden Verhältnisse gesehen hatten, konnten wir noch weniger als vorher begreifen, warum die kaiserliche Regierung nicht mit Vergnügen zugegriffen hatte, als sich eine Friedensmöglichkeit bot.

Was endlich die Frage anlangt, ob wir durch Herrn Wilson einen annehmbaren und erträglichen Frieden erhalten hätten, so bin ich noch heute fest davon überzeugt, daß dies der Fall gewesen wäre. Der Präsident würde seine Vermittlung nicht angeboten haben, wenn er nicht bestimmt auf einen Erfolg hätte rechnen können, und er war eher als irgendein Deutscher in der Lage, die Stimmung der Entente zu kennen. In seinem Abschiedsbriefe an mich schrieb Herr House:

„Es ist zu traurig, daß Ihre Regierung den uneingeschränkten U-Bootkrieg in einem Augenblicke erklärt hat, wo wir dem Frieden so nahe waren. Der Tag wird kommen, an dem man in Deutschland einsehen wird, wie viel Sie in Amerika für Ihr Vaterland getan haben."

Ferner hat Herr Bonar Law später im englischen Parlament offen gesagt, daß Großbritannien finanziell zusammengebrochen wäre, wenn die amerikanische Hilfe nicht Rettung gebracht hätte. In Frankreich ist die Kriegsstimmung im Jahre 1917 lediglich durch die Hoffnung auf die amerikanische Unterstützung aufrechterhalten worden, und endlich erfolgte schon im März die russische Revolution. Wenn wir die Wilsonsche Vermittlung angenommen hätten, wäre der ganze amerikanische Einfluß in Rußland im Sinne des Friedens und nicht, wie es tatsächlich geschah, gegen uns ausgeübt worden. Aus den Friedensprogrammen Wilsons und Kerenskys hätte sich das für uns Notwendige leicht durch diplomatische Verhandlungen erreichen lassen. Meine Überzeugung, daß sich im Jahre 1917 ein für uns annehmbarer Friede erreichen ließ, gründet sich nicht so sehr auf Wilsons Wohlwollen wie darauf, daß die Entente ohne die amerikanische Hilfe gar nicht hätte siegen können.

Gegen meine Auffassung wird auch das Argument in das Treffen geführt, daß die Vereinigten Staaten doch unter allen Umständen in den Krieg eingetreten wären, um einen deutschen Sieg zu verhindern. Ich habe schon früher gesagt, daß meines Erachtens seit der ersten Schlacht an der Marne niemals wieder Aussicht auf einen „deutschen Frieden" vorhanden gewesen ist. Außerdem war es ja gerade der Zweck der auf die amerikanische Friedensvermittlung ausgehenden Politik, den Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg zu verhindern.

Heute wird auch Herr Wilson selbst als Kronzeuge dafür angeführt, daß Amerika unter allen Umständen gegen uns in den Krieg eingetreten wäre. Bei den Besprechungen über den Friedensvertrag, die der Präsident am 19. August 1919 im Weißen Hause abgehalten hat, ist ein Passus viel beachtet worden, welcher den Eindruck erweckt, als ob Herr Wilson Amerikas Kriegseintritt selbst in dem Falle gewollt habe, daß Deutschland nicht den rücksichtslosen Unterseebootkrieg

erklärt hätte. Die deutschnationalen Zeitungen haben fast durchweg das fragliche kurze Zwiegespräch zwischen dem Präsidenten und dem Senator McCumber in dieser Weise ausgelegt, und die „Deutsche Tageszeitung" ging sogar so weit, dasselbe als einen schlagenden Beweis für das anzusehen, was sie Wilsons „A-priori-Entschlossenheit zum Kriege mit Deutschland" nennt.

Ich muß diese Auslegung des fraglichen Passus, deren sich übrigens auch einige Blätter in Amerika im politischen Kampfe bedient haben, auf das bestimmteste ablehnen.

Zunächst möchte ich darauf hinweisen, daß es selbstredend nicht angängig ist, das gedachte Zwiegespräch aus dem Zusammenhange zu reißen und als einen Meinungsaustausch zwischen den Herren Wilson und McCumber für sich zu betrachten. Vielmehr muß es in Verbindung mit dem vorangehenden Teile der Aussprache beurteilt werden.

Zur Diskussion stand der Satz des Präsidenten, daß der Völkerbund eine moralische Verpflichtung unter den Mitgliederstaaten schaffe, gegen ein Land, das sich Völkerrechtsverletzungen schuldig mache, gemeinsam vorzugehen. Senator Harding, einer der schärfsten Bekämpfer des Völkerbundes, warf den Gedanken in die Debatte, daß sich die Vereinigten Staaten, als souveränes Land, unmöglich von einer außerhalb stehenden Körperschaft, nämlich dem Völkerbundsrate, vorschreiben lassen könnten, welches ihre moralische Verpflichtung in irgendeinem internationalen Konflikte sei. Herr Wilson, in die Enge getrieben, mußte dieses natürlich zugeben, betonte aber, daß trotzdem der Wert des Völkerbundes in keiner Weise beeinträchtigt werde. Er sagte:

„Die amerikanische Republik bedarf an sich keines Rates von irgendwelcher Seite, damit sie ihre moralischen Verpflichtungen erfüllt; aber sie stabilisiert die ganze Welt durch ihr im voraus abgegebenes Versprechen, daß sie mit anderen Nationen, die in derselben Weise urteilen, zusammenstehen wird, um das Recht in der Welt aufrechtzuerhalten."

In diesem Zusammenhange nun versuchte Senator Mc Cumber die Theorie des Präsidenten durch einen praktischen Hinweis auf die letzten geschichtlichen Ereignisse zu erschüttern. Er wies auf den letzten Krieg hin, in dem es ja einen Völkerbund noch nicht gegeben habe, und es entspann sich folgendes Zwiegespräch:

Mc Cumber: „Würde unsere moralische Überzeugung von der Ungerechtigkeit des deutschen Krieges uns in diesen Krieg gezogen haben, wenn Deutschland keine aggressiven Handlungen gegen uns begangen hätte, und zwar ohne den Völkerbund, da wir ja damals noch keinen Völkerbund hatten?"

Wilson: „Wie die Dinge sich entwickelten, hoffe ich, sie würde es schließlich getan haben, Herr Senator."

Mc Cumber: „Glauben Sie, daß wir, wenn Deutschland keinen Akt der Ungerechtigkeit gegen unsere Bürger begangen hätte, in diesen Krieg hineingekommen sein würden?"

Wilson: „Ich glaube es."

Mc Cumber: „Sie glauben, wir würden sowieso hineingekommen sein?"

Wilson: „Ja."

Es ist vollständig klar, daß der Präsident mit seiner ersten Antwort „Wie die Dinge sich entwickelten, hoffe ich, daß sie" — nämlich Amerikas moralische Überzeugung von der Ungerechtigkeit des deutschen Krieges — „uns schließlich in den Krieg hineingebracht haben würde" den Nachdruck legt auf die Worte „Wie die Dinge sich entwickelten". Er meint damit zweifellos: wie sich die Dinge hinsichtlich seiner Friedensaktion entwickelten, die ihm, trotz des früheren bereitwilligen Eingehens der kaiserlichen Regierung auf dieselbe, im entscheidenden Momente durchkreuzt wurde. Mit einer solchen Regierung, meint Herr Wilson, war es Amerika auf die Dauer unmöglich, in Frieden zu leben. Er hielt die kaiserliche Regierung von diesem Zeitpunkte an — ein früherer kommt nicht in Betracht, da er ja bis dahin mit

uns beständig verhandelt hatte — für moralisch gerichtet. Nun erinnert er sich aber genau der sehr wenig kriegerischen Stimmung des amerikanischen Volkes im Frühjahr 1917, die bekanntlich erst durch eine ungeheure Propaganda zum Kriege aufgepeitscht werden mußte. Deshalb sagt der Präsident, er „hoffe", daß die moralische Überzeugung des amerikanischen Volkes von der Ungerechtigkeit der deutschen Sache doch schließlich über seinen noch im November 1916 so eklatant zum Ausdrucke gekommenen Friedenswillen triumphiert haben würde. Seine Worte sind daher eine Reflexion ex post, keineswegs ein Beweis für eine „a-priori-Absicht", unter allen Umständen die Vereinigten Staaten doch schließlich in den Krieg hineinzutreiben.

Tatsächlich hätte es ja Herrn Wilson, wenn er wirklich auf den Krieg gegen uns ausgegangen wäre, nach dem „Lusitania"-Vorfalle kaum mehr als eines Kopfnickens bedurft, um sein Land zum Losschlagen zu veranlassen, — so stark war die Kriegsstimmung gegen uns in jener kritischen Zeit. Später gab sich dann der Präsident so vollständig dem Gedanken hin, Friedensstifter der Welt zu werden, und stellte er auch das Motto „He kept us out of war" bei der Kampagne für seine Wiederwahl so sehr in den Vordergrund, daß es völlig undenkbar ist, er habe sich im Stillen doch noch mit der Absicht getragen, zu guter Letzt in den Krieg gegen Deutschland einzutreten.

In dieser Beziehung beweist auch nichts die Tatsache, daß Herr Wilson wirklich nach dem Abbruche der amerikanisch-deutschen Beziehungen den Krieg mit allen Mitteln betrieben hat. Nach dem 31. Januar 1917 war eben Wilson ein veränderter Mann. Unsere für ihn gänzlich unerklärliche Ablehnung seines Vermittlungsvorschlages durch Ankündigung des rücksichtslosen Tauchbootkriegs machten aus ihm einen erbitterten Gegner der kaiserlichen Regierung. Das aber gibt nicht den geringsten Beweis dafür, daß er vor dem genannten Datum hinterhältig doch noch auf eine Gelegen-

heit zum Losschlagen gegen Deutschland gelauert habe. Es entschuldigt indessen nicht die Tatsache, daß sich der Präsident in Versailles von der angeblichen Mitschuld des deutschen Volkes überzeugen und daß er die vierzehn Punkte fallen ließ. Er hatte doch früher immer zwischen der Autokratie sowie dem Militarismus einerseits und dem deutschen Volke anderseits unterschieden. In Versailles stellte er plötzlich die Theorie auf, daß die Deutschen für ihre Verbrechen bestraft werden müßten, und zwar nicht nur die verantwortlichen Personen, sondern auch das unschuldige deutsche Volk, welches weder die Verletzung der Neutralität Belgiens wollte, noch die moralische Tragweite des U-Bootkriegs begriff, noch etwas von Herrn Wilsons Friedensvermittlung wußte.

Das obige Zwiegespräch ist auch insofern interessant, als der Präsident offenbar jetzt noch überzeugt ist, daß die Entente ohne amerikanische Hilfe nicht hätte siegen können. Wenn er heute daraus den Schluß zieht, daß Amerika schließlich hätte eingreifen sollen, um Deutschland zu strafen, so zog er damals die Folge daraus, daß er einen „Frieden ohne Sieg" herbeiführen müsse. Wäre ihm letzteres gelungen, so lebten wir alle, Freund und Feind, jetzt in einer besseren Welt als der heutigen. Es wäre die Welt, wie sie uns in der Botschaft vom 22. Januar 1917 in Aussicht gestellt wurde, und nicht die Welt des Friedens von Versailles, in der Hungersnot, Bolschewismus und nationalistischer Haß blühen.

Herr von Tirpitz sagt in seinen „Erinnerungen", daß von den praktischen Vorteilen, die bei einer nachgiebigen Haltung von mir in Aussicht gestellt wurden, uns nicht ein einziger zugefallen sei. Ich wüßte auch nicht, daß der U-Bootkrieg uns irgendwelche Vorteile gebracht hätte. Die Ergebnisse desselben waren eine schwere moralische Belastung und eine hohe Kostenrechnung, welche das deutsche Volk zahlen muß. Wie sollte auch die Politik, die ich empfahl, praktische Vorteile haben bringen können, nachdem ich dieselbe niemals durchführen konnte noch durfte? Der

U-Bootkrieg wurde zu keiner Zeit wirklich aufgegeben. Jedesmal, wenn ein diplomatischer Erfolg winkte, trat irgendein Zwischenfall ein, der alles Erreichte wieder in Frage stellte.

Von anderer Seite ist gesagt worden, daß ich mein Amt hätte niederlegen sollen, da ich mit der Politik der kaiserlichen Regierung nicht einverstanden war. Diese Auffassung entspricht nicht der Sachlage. Solange Herr von Jagow Staatssekretär des Auswärtigen Amtes war, befand ich mich mit ihm in vollster Harmonie. Wir haben gemeinsam versucht, den Krieg mit den Vereinigten Staaten zu verhindern. Ich wußte aber ebensowenig wie Herr von Jagow selbst, ob wir in jedem einzelnen Falle mit unserer Auffassung durchdringen würden, da der Staatssekretär sich in ständigem Kampfe mit den Militär- und Marinebehörden befand. Wenn ich rechtzeitig erfahren hätte, daß der Rücktritt Herrn von Jagows in ursächlichem Zusammenhange mit der Frage des U-Bootkriegs stand, würde ich gleichzeitig mit ihm zurückgetreten sein, weil meine Person mit dem Gedanken der amerikanischen Friedensvermittlung identifiziert war. Übrigens befand ich mich noch bis zum 9. bzw. 19. Januar 1917 im Einklange mit dem Reichskanzler; denn Herr von Bethmann Hollweg hat vor dem Untersuchungsausschusse der Nationalversammlung ausgesagt:

„Meine ganze Arbeit an der Wilsonschen Friedensaktion ist ja gerade darauf gerichtet gewesen, den drohenden U-Bootkrieg durch Herbeiführung einer rechtzeitigen Friedensaktion, die natürlich Aussicht auf Erfolg versprechen mußte, unnötig zu machen."

In diesen Worten ist eine volle Billigung der Politik ausgesprochen, die ich in Washington betrieb. Als ich dann am 19. Januar die Mitteilung über den beabsichtigten Beginn des uneingeschränkten U-Bootkriegs erhielt, konnte ich kein Abschiedsgesuch einreichen, da ich es als meine Pflicht dem deutschen Volke gegenüber ansah, bis zuletzt gegen die

U-Bootpolitik anzukämpfen und womöglich den Bruch mit den Vereinigten Staaten zu verhindern. Nachdem die U-Bootpolitik am 31. Januar 1917 definitiv gesiegt hatte, gab es keine Gelegenheit mehr für mich, von meinem Amte zurückzutreten, das ich an und für sich durch den sofortigen Bruch verlor.

Vor dem Untersuchungsausschusse der Nationalversammlung sind die Gründe, die im Winter 1916—17 für oder gegen eine Friedensvermittlung Herrn Wilsons sprachen, nach allen Richtungen hin erörtert worden. Ausschlaggebend für das Scheitern dieser Vermittlung war danach das Mißtrauen, welches die maßgebenden deutschen Staatsmänner dem Präsidenten gegenüber empfanden. Wenn Vertrauen zu Herrn Wilson vorhanden gewesen wäre, so hätte sich Herr von Bethmann Hollweg der Aufnahme des U-Bootkriegs widersetzt und die Friedensvermittlung des Präsidenten auslaufen lassen. Er hat ja selbst als Zeuge ausgesagt:

„Unzweifelhaft, wenn man jetzt die Sache rückschauend betrachtet, wären wir besser gefahren, wenn wir uns damals in die Hand des Präsidenten Wilson begeben und seine Friedensvermittlung angenommen hätten."

Wie ich schon früher erwähnte, hat meines Erachtens auch die allgemein in Deutschland verbreitete Unterschätzung und Unkenntnis Amerikas bei der Entscheidung stark mitgewirkt. Von vornherein ist das Problem bei uns nicht richtig erkannt worden. Man übersah, daß der wichtigste diplomatische Kampf des Krieges sich in Washington abspielte, und als der Höhepunkt der Tragödie eintrat, glaubte man nicht, daß die Vereinigten Staaten mit ihrer vollen politischen, militärischen und wirtschaftlichen Macht in den Krieg eintreten würden.

Endlich wird gegen meine Auffassung noch der Einwurf erhoben, daß die Entente doch die Wilsonsche Friedensvermittlung abgelehnt haben würde. Ich kann das Gegenteil heute nicht mehr beweisen, und es ist immerhin möglich,

daß der Präsident und Herr House sich in ihren Voraussetzungen irrten. Wenn wir damals aber eine Ablehnung der Entente erwarteten, mußten wir erst recht den U-Bootkrieg aufschieben und die amerikanische Vermittlung annehmen, um unsere diplomatische Stellung in Washington zu verbessern, bevor wir zu der „ultima ratio“ griffen. Es ist unser Verhängnis gewesen, daß alle unsere wichtigsten Entscheidungen im Kriege auf Grund militärischer und nicht auf Grund politischer Erwägungen erfolgten. Bei der Entente griff immer das umgekehrte Verhältnis Platz, und deshalb gewann sie den Krieg, wenn sie auch dadurch manche militärische Schlappe erlitt.

Ich bin bei der von mir befürworteten Politik von folgenden Erwägungen ausgegangen, die ich zum Schlusse noch einmal zusammenfassen möchte.

1. Ein entscheidender deutscher Sieg war seit der ersten Marneschlacht nicht mehr zu erringen. Deshalb mußte die deutsche Politik auf einen „Frieden ohne Sieg“ eingestellt werden, und ein solcher Friede war — wie sich die Dinge entwickelt hatten — nur durch amerikanische Vermittlung zu erreichen.

2. Die Person Wilsons spielte für mich keine ausschlaggebende Rolle. Ich habe durchaus nicht auf sein persönliches Wohlwollen für uns gerechnet, da ich ihn zu gut kannte, um deutschfreundliche Tendenzen bei ihm vorauszusetzen. Ich erwartete von ihm nichts weiter, als daß er amerikanische Politik treiben würde — amerikanische und keine andere —, gestützt auf die öffentliche Meinung der Vereinigten Staaten. Die amerikanische Politik verfolgte aber aus realpolitischen Gründen, das Ziel, einen „Frieden ohne Sieg“ herbeizuführen, damit weder Deutschland noch England zu einer übermächtigen Stellung gelangten. Ein solcher „Friede ohne Sieg“ unter amerikanischem Patronate würde den Vereinigten Staaten unwidersprochen die erste politische Stellung in der Welt gebracht haben. Hinzutraten

noch Gründe idealpolitischer Natur, indem Herr Wilson und mit ihm die überwiegende Mehrheit des amerikanischen Volkes dem Blutvergießen und Elend ein Ende bereiten wollten.

3. Der Beginn des uneingeschränkten U-Bootkriegs mußte, wie sich die Dinge entwickelt hatten, automatisch den Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit den Vereinigten Staaten herbeiführen.

4. Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen mußte, wie die Verhältnisse in Amerika lagen, ebenso automatisch den Krieg mit den Vereinigten Staaten im Gefolge haben.

5. Der Krieg mit den Vereinigten Staaten mußte unter allen Umständen verhindert werden, weil er eine so überwältigende Übermacht unserer Feinde schaffte, daß eine Niederlage Deutschlands mit unbedingter Sicherheit vorauszusehen war.

6. Aus der politischen Situation ergab sich, daß die Annahme der amerikanischen Friedensvermittlung das einzige Mittel war, um den Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg zu verhindern, denn, wenn es nicht zu der Friedensvermittlung kam, war der U-Bootkrieg nicht zu vermeiden. Ein Drittes gab es nicht, wie die Dinge nun einmal in Deutschland lagen.

7. Wenn Amerika nicht am Kriege teilnahm, war die Entente nicht imstande, uns zu besiegen.

8. Wenn es Herrn Wilson glückte, die beiden kriegführenden Parteien an den Verhandlungstisch zu bringen, so wäre eine Art von Hubertusburger Friede zustandegekommen. Ein für uns ungünstigerer Friede war nach Lage der Verhältnisse gar nicht denkbar. Wer konnte uns damals zwingen, Bedingungen anzunehmen, die wir für unvereinbar mit der Weltstellung Deutschlands hielten? Herr Helfferich hat vor dem Ausschusse der Nationalversammlung die Ansicht ausgesprochen, daß Herr Wilson uns schließlich den Frieden mit dem Gewehrkolben aufgezwungen haben würde. Woher

sollte er denn diesen Gewehrkolben nehmen? Er hatte doch keinen und brauchte ein Jahr, um eine Armee zu schaffen. Kein Mensch, der die Vereinigten Staaten kennt, kann glauben, daß es möglich gewesen wäre, die Amerikaner in den Krieg zu treiben, nachdem einmal eine Friedenskonferenz zusammengetreten war. Es hätte sich dann doch nur noch um ein paar Gebietsstreifen oder Kolonien gehandelt, welche die Amerikaner gar nicht interessierten. Selbstverständlich mußten wir Belgien wiederherstellen und die Abrüstung usw. annehmen. Dazu hatten wir uns aber schon bereit erklärt, und was insbesondere die Abrüstung usw. betrifft, so ergab sie sich schon von selbst aus einer vernünftigen Beurteilung der wirtschaftlichen Lage aller Völker, die — im Gegensatze zu der Auffassung der Machthaber von Versailles — den gemeinsamen Wiederaufbau der Welt als die Hauptaufgabe des Friedens betrachtete. Wenn Amerika nicht in den Krieg eintrat, konnte uns niemand zwingen, schlechtere Bedingungen anzunehmen als den Status quo ante mit eventuellen gegenseitigen Kompensationen.

ZWÖLFTES KAPITEL

DIE HEIMKEHR

NACH dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen übergab ich die Vertretung unserer Interessen dem schweizerischen Gesandten. Seitdem habe ich keine der amtlichen amerikanischen Persönlichkeiten mehr gesprochen mit Ausnahme des Hilfsstaatssekretärs Breckenridge Long, der uns bis auf das Schiff nach New York begleitete. Ich erhielt aber von den meisten Herren, mit denen ich amtliche Beziehungen unterhalten hatte, sehr freundliche Abschiedsbriefe.

Der Hauptsatz in dem Schreiben des Staatssekretärs Lansing lautete:

„Ich gedenke Ihrer vielfachen Bemühungen um die Sache des Friedens und erinnere mich gern unserer persönlichen Beziehungen, die mir trotz der schwierigen Verhältnisse immer angenehm gewesen sind."

Die Vorbereitungen für unsere Abreise nahmen unter den obwaltenden Umständen längere Zeit in Anspruch. Nur mit Mühe gelang es, auf dem dänischen Dampfer „Frederik VIII." für die große Anzahl amtlicher deutscher Personen nebst ihren Familien die erforderliche Zahl von Plätzen zu erlangen. Auch die Beschaffung der notwendigen Papiere, wie z. B. des freien Geleites der Entente, erforderte längere Verhandlungen, die von dem schweizerischen Gesandten unter Mitwirkung des Botschaftsrats Prinzen Hatzfeldt geführt wurden. Unsere Abreise konnte daher erst am 14. Februar erfolgen.

Es war nicht angenehm, noch elf Tage in Washington bleiben zu müssen. Sofort nach Abbruch der Beziehungen hatte die Geheimpolizei die Botschaft besetzt und begleitete mich auf allen meinen Wegen. Diese Vorkehrungen sollten zu meinem Schutze dienen, doch hätte sich auch ohnedem sicher kein Zwischenfall ereignet, da sich die Amerikaner alle mir gegenüber durchaus korrekt und zuvorkommend benahmen. Unsere persönlichen Freunde ließen sich durch den Bruch in keiner Weise beeinflussen. Bis zu unserer Abreise waren meine Frau und ich noch täglich Gäste in amerikanischen Häusern. Auch die Presse nahm, mit geringen Ausnahmen, eine freundliche Haltung ein, da die Journalisten alle wußten, daß ich für Erhaltung des Friedens gearbeitet hatte. Als Beispiel gebe ich hier einen Artikel der „New York Tribune" wieder, eines Blattes, das zu den führenden deutschfeindlichen Organen gehörte. Ich lasse den Artikel etwas verkürzt in der Ursprache folgen, um den echt amerikanischen Charakter desselben nicht zu verwischen:

„Diplomacy and Friendship twin arts of Bernstorff.

Departing German Envoy target of critics here and at home, quits post with brilliant record and many personal friends.

The sailing of Frederik VIII invites the cordial obituary style though diplomatic deaths are supposed to warrant no sadness. And yet, curiously enough Count Bernstorff probably finds himself leaving when more people are personally for him and fewer against him than at any time in the last two years. A less distinguished diplomat would not have had the art to stay so long.

A letter from Washington, dated June 1915 is in my desk. It tells incidentally about the visit of a friend to the ambassador shortly after his interview with the President. ‚It's coming out all right,' the count said cheerfully, his melancholy eyes lighting up and the anxious lines etched in his face during the months past lightening. ‚No, they're

not going to get rid of me yet for a while,' referring to the press clamor for his dismissal.

,I'm glad of that,' answered the friend. ,Then you'll stay and get some more degrees.' (Eight American universities had honored him.) ,Oh,' he answered with a gesture, ,I may leave by degress.' It is winning to catch an Excellency at puns.

At his departure many persons—close friends of the last eight years and newspaper correspondents — are going to miss his amazing charm and the easy candor of his talk. He has had an intimate directness in his dealings with all sorts and conditions of people that only a personage of magnetic personality can adopt.

Sheer charm alone can forget caste consciousness. Count Bernstorff has had none of the patent heavy regard for himself that makes three-quarters of official Germany a chore to meet. ,I'll put you through,' the little telephone girl, at his favorite New York hotel, used to say promptly, when his Excellency was asked for, and knew that she was safe.

Reporters will miss seeing him teeter informally by the embassy fireplace as he interviewed them, or gave out a significant something from behind a hastily raised newspaper.

The insistent ,friends of Germany', heavily friendly and advisory will miss his English, very soft with an attractive ghost, now and then, of a lisp. He learned it in London, his first language, for he was born there fifty-five years ago. His father, Count Albrecht was on service as Ambassador to the Court of St. James.

Count Bernstorff came to America from his post as consul-general in Cairo. He was stationed there in the trying diplomatic period of Anglo-French raprochement and the rise of naval competion between the English and the German empires. By many, Count Bernstorff is credited with saving

Turkish Egypt and most of the Moslem world to the German balance. They say he did it over coffee with Khedive Abbas Hilmy, who never, never was bored by his wit, nor failed to appreciate the graces bred down from thirteen century Mecklenburg of the tall Herr Consul-general. And in return from the Moslems Count Bernstorff may have caught some of his comforting regard for kismet.

The man is more than a little fatalist. ‚What happens must happen,' he was wont to say as he sorted the threatening letters from his morning correspondence. And, again: ‚What difference does it make? They've killed so many that one more can make no difference.'

He goes back to Berlin now, there as here different things to different people. ‚A rank Social Democrat' I have heard him called in drawing rooms where news of his earnest plea to his government for a liberal Lusitania note had leaked out.

It has not been easy for him to construe and weigh the American situation for his government, and have his judgement taken, any more than it has been easy for Mr. Gerard to convince the German Foreign Office that the American notes were really meant. Often the same agents knocked both men and got in ahead of either as the authority on what America would do.

A certain American Baroness, Egeria to the American journalists in Berlin, who has no use for Bernstorff or Gerard or Zimmermann, has been one of his many cockle burrs. Most of the German-Americans who chose to protest about the shipment of munitions and all of pro-submarine Germany plus an aspirant or two for his post-all of these have been busy against him. And the Americans are legion who have seconded the hate. He himself has been silent, with an occasional wry smile over it all. He has never excused himself when attacks on him, personally, followed german actions against which he had counselled.

He has tried over and over again to explain to the German Foreign Office the temper of the American people whoes

sentimentality is so different from that which prevails in the Hannover-Bremen-Leipzig breast. The ‚Hamburger Nachrichten' has reviled him. It has been hard to see with Hamburg eyes what Count Bernstorff must know — that hardly a diplomat alive could have stayed so long on friendly terms with Washington through these two years, or reaped so heavy a harvest of understanding from his study of poker and baseball as well as american commerce and institutions. People like to write — I, too — of his melancholy eyes, his gently cynical estimates of most dreamers hopes. Over one circumstance he has been always hopefull. He has clung always to the hope that America neutral would be a leader in the erection of peace mashinery, eager that every diplomatic transaction should perhaps have the possibility of an instrument. His real regret in leaving, I am sure, is that not again will he turn over a communication from the American State Department to read a faint hope of peace between lines*."

* Diplomatie und Freundschaft, eine Doppelkunst Bernstorffs.

Der abreisende deutsche Botschafter, die Zielscheibe der Kritik hier und zu Hause, verläßt seinen Posten mit glänzendem Rekord und hinterläßt viele persönliche Freunde.

Die Abfahrt des „Frederik VIII." fordert zu dem Stil eines herzlichen Nachrufs auf, obgleich das diplomatische Sterben angeblich keine Trauer rechtfertigt. Und doch, seltsam genug: vermutlich scheidet Graf Bernstorff in einem Augenblick, wo mehr Leute persönlich für ihn und weniger gegen ihn sind als zu irgendeiner anderen Zeit in den letzten zwei Jahren. Ein weniger ausgezeichneter Diplomat würde nicht die Geschicklichkeit gehabt haben, sich so lange zu halten.

Ich habe in meinem Schreibtisch einen Brief aus Washington, datiert vom Juni 1915. Er erzählt beiläufig von dem Besuche eines Freundes bei dem Botschafter, kurz nach seiner Unterredung mit dem Präsidenten. „Es wird schon gut ausgehen," sagte der Graf heiter, indem seine melancholischen Augen aufleuchteten und die Sorgenfalten sich glätteten, die sich während der letzten Monate in sein Antlitz eingegraben hatten. — „Nein, sie werden mich so bald nicht loswerden," fuhr er fort mit Bezug auf das Geschrei der Presse, die seine Heimsendung verlangte.

„Das freut mich," antwortete der Freund, „dann werden Sie hier bleiben und noch mehr Grade erhalten." (Acht amerikanische Universitäten hatten ihn mit Doktorhüten ausgezeichnet.) „O," antwortete er mit einer Geste, „ich werde das Land vielleicht gradatim verlassen." Es nimmt für eine Exzellenz ein, wenn man sie auf Wortspielen ertappt.

Nach seiner Abreise werden viele Leute — intime Freunde der letzten acht Jahre und Zeitungskorrespondenten — seinen überraschenden Zauber und die natürliche Offenheit seiner Unterhaltung vermissen. Er legt im Verkehr mit Leuten aller Stände und Stellungen eine ntime Aufrichtigkeit an den Tag, die nur eine magnetische Persönlichkeit sich aneignen kann.

Persönlicher Zauber ist allein imstande, den Kastengeist zu überwinden. Graf Bernstorff hat nichts von der offenkundigen dummen Selbstüberschätzung, die eine Begegnung mit Dreiviertel des offiziellen Deutschland höchst unerfreulich macht. „Ich werde Sie gleich verbinden," pflegte das kleine Telephonmädchen in seinem New Yorker Lieblingshotel prompt zu sagen, wenn Seine Exzellenz angerufen wurde, und sie wußte, daß er zu Hause war.

Unsere Abreise von Washington und New York gestaltete sich, abgesehen von den Sicherheitsmaßnahmen, nicht anders, als wäre ich unter normalen Verhältnissen auf einen anderen Posten versetzt worden. Viele Freunde kamen auf

---

Die Reporter werden es vermissen, zwanglos vor dem Kamin der Botschaft mit ihm zu plaudern, wenn er sie ausfragte oder ihnen etwas Wichtiges mitteilte, nachdem er hastig eine Zeitung aufgenommen hatte.

Die hartnäckigen „Freunde Deutschlands", die immer etwas aufdringlich, freundlich und belehrend waren, werden sein sehr weiches Englisch vermissen, in welchem dann und wann ein leichter, anziehender Anflug von einem Lispeln vernehmbar ist. Er lernte es in London als seine erste Sprache, denn er wurde dort vor 55 Jahren geboren. Sein Vater, Graf Albrecht, war Botschafter am Hofe St. James.

Graf Bernstorff kam nach Amerika von seinem Posten als Generalkonsul in Kairo. Er war dort akkreditiert in der schwierigen diplomatischen Periode der anglo-französischen Annäherung und der Entstehung des Wettbewerbs zur See zwischen Deutschland und England. Viele schreiben dem Grafen Bernstorff das Verdienst zu, das türkische Ägypten und den größten Teil der islamitischen Welt für den deutschen Einfluß gerettet zu haben; man sagt, er habe dies bei dem Kaffee mit dem Khediven Abbas Hilmi erreicht, der niemals seines Witzes überdrüssig wurde und die seit dem 13. Jahrhundert aus Mecklenburg überkommene aristokratische Kultur des hochgewachsenen Herrn Generalkonsuls zu schätzen wußte. Dagegen mag Graf Bernstorff von den Moslems etwas von seinem trostreichen Vertrauen in das Kismet gelernt haben.

Der Mann ist durchaus Fatalist. „Was geschieht, muß geschehen," pflegte er zu sagen, wenn er die Drohbriefe aus seiner morgendlichen Korrespondenz sortierte. Und ein anderes Mal: „Was macht es für einen Unterschied? Man hat so viele getötet, daß es auf einen mehr nicht ankommen kann."

Er geht jetzt nach Berlin zurück; dort wie hier werden die Dinge von verschiedenen Personen verschieden aufgefaßt. Einen „eingefleischten Sozialdemokraten" habe ich ihn in Berliner Salons nennen hören, wo es durchgesickert war, daß er seine Regierung dringend gebeten hatte, in der „Lusitania"-Frage eine entgegenkommende Note zu schreiben.

Es ist nicht leicht für ihn gewesen, seiner Regierung die amerikanische Situation nach ihre Bedeutung zu erklären und seiner Auffassung der Lage Geltung zu verschaffen — ebenso wie es für Herrn Gerard nicht leicht war, das Deutsche Auswärtige Amt zu überzeugen, daß die amerikanischen Noten tatsächlich ernst gemeint waren. Oft haben die gleichen Agenten beide Männer angegriffen und sind ihnen bei der deutschen Regierung zuvorgekommen als Autorität darüber, was Amerika tun würde.

Eine gewisse amerikanische Baronin, die Egeria der amerikanischen Journalisten in Berlin, die weder Bernstorff noch Gerard noch Zimmermann leiden kann, war eine der vielen Wespen, die ihn stachen. Die meisten der Deutschamerikaner, die gegen die Verschiffung von Munition zu protestieren liebten, alle, die in Deutschland für den U-Bootkrieg eintraten, dazu ein oder zwei Bewerber um seinen Posten — alle diese Leute haben in Berlin gegen ihn gearbeitet. Eine große Zahl von Amerikanern hat diesen Haß geschürt. Er selbst ist schweigsam gewesen mit einem gelegentlichen spöttischen Lächeln über alle diese Intrigen. Er hat sich niemals gerechtfertigt, wenn persönliche Angriffe gegen ihn selbst auf deutsche politische Aktionen folgten, denen er widerraten hatte.

Er hat immer und immer wieder versucht, dem Deutschen Auswärtigen Amte die Geistesverfassung des amerikanischen Volkes zu erklären, dessen Sentimentalität so verschieden ist von derjenigen, welche sich in der Hannover-Bremen-Leipziger Brust regt. Die „Hamburger Nachrichten" haben ihn geschmäht. Mit Hamburger Augen war es schwer, zu sehen, was Graf Bernstorff sicher weiß — nämlich, daß kaum ein lebender Diplomat so lange auf freundlichem Fuße mit Washington diese zwei Jahre hindurch hätte bleiben können, oder eine so reiche Ernte von gegenseitigem Verständnis in die Scheuern gebracht hätte durch seine Kenntnisse einerseits von Poker und Baseball, anderseits des amerikanischen Handels und der amerikanischen Staatseinrichtungen. Die Leute lieben es — ich ebenfalls —, von seinen melancholischen Augen zu schreiben und von seinen anmutigen satirischen Urteilen über die Hoffnungen der

den Bahnhof in Washington und auf das Schiff in New York. Die Abschiedstelegramme und Briefe zählten nach Hunderten, und unsere Kabinen waren überfüllt mit den in Amerika üblichen Reisegeschenken von Obstkörben, Blumen, Zigarren, Büchern und Getränken aller Art. Unter diesen Umständen und nach allem, was ich auf den vorstehenden Seiten dargelegt habe, war ich einigermaßen überrascht, als ungefähr ein Jahr später die amerikanische Kriegspropaganda anfing, mich für Vorgänge verantwortlich zu machen, die zum Teil einfach erfunden waren, zum Teil sich ohne meine Mitwirkung zugetragen hatten. Ich verstehe vollkommen den Wunsch der amerikanischen Propaganda, Kriegsstimmung zu erzeugen, wie dies die Propaganda in jedem kriegführenden Lande zu tun strebt. Immerhin wäre es nicht notwendig gewesen, die Kriegspropaganda mit unberechtigten persönlichen Angriffen zu schmücken. Seit meiner Abreise aus Amerika hat sich nichts ereignet, wodurch solche Angriffe motiviert werden könnten. Einzelne meiner Telegramme sind allerdings dechiffriert und veröffentlicht worden, um zu beweisen, daß ich Verschwörungen angezettelt hätte. Diese Telegramme stammen aber alle aus der Zeit nach den angeblichen Verschwörungen. Als der Militär- und der Marineattaché genötigt wurden, die Vereinigten Staaten zu verlassen, blieb mir nichts übrig, wie selbst die Liquidation der sämtlichen Militär- und Marineangelegenheiten in die Hand zu nehmen. Damit ist aber keineswegs bewiesen, daß ich vorher mit diesen Dingen irgend etwas zu tun hatte, falls überhaupt ungesetzliche Handlungen seitens des Militär- und des Marineattachés begangen worden sind, was ich nicht für erwiesen halte, trotz allen Geschreis der feindlichen Propaganda. Wenn einmal die Kriegspsychose verschwunden ist,

meisten Träumer. In einer Frage ist er immer hoffnungsvoll gewesen: Er hat stets an der Hoffnung festgehalten, daß das neutrale Amerika der Führer in der Aufrichtung des Friedensapparats sein würde, und war immer eifrig bemüht, in jeder diplomatischen Verhandlung ein Instrument zu diesem Zwecke zu finden. Ich bin überzeugt, daß er bei dem Scheiden in erster Linie darüber Bedauern empfindet, daß er nie wieder eine Mitteilung des Staatsdepartements erhalten wird, zwischen deren Zeilen sich eine schwache Friedenshoffnung lesen läßt.

wird vermutlich kein Mensch mehr das Interesse haben, sich mit solchen Fragen abzugeben. Sollte aber später jemand geneigt sein, die „deutschen Verschwörungen“ und die „deutsche Propaganda“ in den Vereinigten Staaten unbefangen zu untersuchen, so würde er erstaunt sein, wie viele phantastische Erfindungen vor dem Untersuchungsausschuß des Senats vorgebracht worden sind, und wie wenig Berechtigung den gegen die deutsche Botschaft erhobenen Vorwürfen zugrunde lag.

Als wir am 14. Februar nachmittags in See stachen, ahnten wir nicht, daß der treffliche Dampfer „Frederik VIII.“ und sein liebenswürdiger Kapitän uns vier Wochen lang Gastfreundschaft bieten würden. Wir dürften wohl seit Einführung regelmäßiger Passagierdampferlinien zwischen Amerika und Europa den Rekord gebrochen haben mit Bezug auf die Länge der Reise. An Bord des „Frederik VIII.“ befand sich das ganze Personal der Botschaft einschließlich aller dazugehörigen Frauen und Kinder, ferner das gesamte Personal der Konsulate sowie noch einige Reichsangehörige, die aus diesem oder jenem Grunde in Amerika gewesen waren und vorher nicht hatten heimreisen können, und endlich einige wenige Skandinavier. Die Gesamtzahl der Deutschen betrug annähernd zweihundert. Nach dem Wortlaute des uns gewährten freien Geleites durften wir unser persönliches Eigentum und eine angemessene Summe Geldes mitnehmen — „a reasonable amount of money“. Ausdrücklich wurde uns das Mitnehmen von Papieren untersagt.

Die ersten vierundzwanzig Stunden der Reise waren die angenehmsten. Bei ruhiger See und nicht zu großer Kälte gelangten wir am nächsten Abend nach Halifax, dem Hafen, welcher uns als Untersuchungsstation angewiesen worden war, damit wir nicht in die Kriegszone einzulaufen brauchten. Hier fingen gleich die Unannehmlichkeiten der Reise an. Unser Kapitän

wollte in den Hafen einfahren, wurde aber angewiesen, draußen zu bleiben. Am nächsten Morgen gestatteten die Behörden uns die Einfahrt. Wir wurden unter Aufsicht des englischen Kreuzers „Devonshire“ gestellt, und ich kann nicht umhin, zu sagen, daß die englischen Seeoffiziere sich der ihnen gestellten unwürdigen und unsympathischen Aufgabe mit großer Höflichkeit unterzogen. Die kanadischen Beamten dagegen benahmen sich äußerst rücksichtslos und unmanierlich. Sie waren anscheinend nur gewohnt, Einwanderer aus den Zwischendecken zu untersuchen.

Ich weiß noch heute nicht, warum man uns trotz des freien Geleites zwölf Tage in Halifax, in dem völlig abgeschlossenen und von schneebedeckten Hügeln umgebenen Bedford-Basin aufhielt. Die Untersuchung konnte keinen zureichenden Grund für dieses eigentümliche und einem Botschafter gegenüber ungewöhnliche Verfahren abgeben, denn obgleich schließlich sogar die Kohlen des Schiffes nach Konterbande durchsiebt wurden, hätte die Untersuchung bei einigermaßen gutem Willen in drei bis vier Tagen beendigt sein können. Ich vermute indessen, daß der Aufenthalt politischen Zwecken dienen sollte. Die Engländer wollten uns wahrscheinlich so lange in Halifax einsperren, bis die Vereinigten Staaten in den Krieg eingetreten waren. Sie kannten meine Auffassungen genau und fürchteten, daß ich in Berlin doch vielleicht eine Verständigung mit der amerikanischen Regierung erreichen könnte. Da die Entwicklung in den Vereinigten Staaten aber sehr langsam vor sich ging und dort zunächst nur eine bewaffnete Neutralität in das Auge gefaßt wurde, ließen uns die Engländer schließlich weiterfahren, weil sie uns nicht gut wochenlang einsperren konnten.

Ich persönlich kann über die mir in Halifax zuteil gewordene Behandlung nicht klagen, da ich, als einzige Ausnahme unter sämtlichen deutschen Mitreisenden, nicht körperlich untersucht wurde und nur einen Revers zu unterschreiben brauchte, daß ich keine Papiere bei mir hätte. Alle

anderen — auch meine Frau — mußten sich eine, in unwürdiger Weise vorgenommene körperliche Untersuchung gefallen lassen, wobei es mehrfach zu unliebsamen Szenen kam. Selbst die kleine, drei Monate alte Huberta Hatzfeldt wurde aus den Windeln gezogen. Die kanadischen Behörden normierten die erlaubte Geldsumme auf 90 Dollar pro Kopf und beschlagnahmten die gefundenen höheren Beträge als Konterbande, wobei Gräfin Manfred Matuschka 25 000 Dollar einbüßte, die sie in Unkenntnis der betreffenden Bestimmung mitgenommen hatte. Die Summe sollte auf einer kanadischen Bank deponiert werden, dürfte aber auf alle Zeiten für die Eigentümerin verloren sein. Da mir jede Verbindung mit der Außenwelt verboten wurde, konnte ich nicht, wie ich beabsichtigte, in Washington über die Verletzung des gewährten freien Geleites Beschwerde führen.

Schließlich nahm die Gefangenschaft ein Ende, und wir durften unsere Fahrt fortsetzen. Unter lautem Jubel aller Mitreisenden, und nicht am wenigsten unseres vortrefflichen Kapitäns, der die fremde Vergewaltigung tief empfand, lichteten wir den Anker. Um so größer war die fast panikartige Enttäuschung aller Passagiere, als das Schiff nach wenigen Seemeilen umkehrte. Zu allgemeiner Erleichterung stellte es sich aber heraus, daß nur der uns in Halifax abgenommene drahtlose Telegraphenapparat aus Versehen zurückgeblieben war. Von da ab verlief die Reise, von sehr schlechtem und kaltem Wetter abgesehen, ohne Zwischenfälle. Wir fuhren in weitem Bogen nach Norden und dann an der norwegischen Küste entlang, ohne feindlichen Schiffen oder deutschen U-Booten zu begegnen. Einige der neutralen Passagiere hatten vor den letzteren eine derartige Furcht, daß sie mehrere Nächte hindurch das Bett nicht aufsuchten.

Am 10. morgens landeten wir in dem schneebedeckten Christiania. Inzwischen war die Mexiko-Depesche in Washington veröffentlicht worden, und der Gesandte Michahelles kam daher auftragsgemäß an Bord, um mich darüber zu ver-

nehmen, ob ich diese Veröffentlichung erklären könnte, beziehungsweise ob ich an Verrat seitens einer meiner Beamten glaubte. Aus dem mehrfach erwähnten Berichte des Senatskomitees geht zwar hervor, daß viele unsaubere Dinge — namentlich auf der Post — vorgekommen sein müssen, indessen nehme ich an, daß in diesem Falle die Erklärung, welche ich oben gab, die richtige ist. Die Depesche wurde vermutlich, wie viele andere, von den Engländern dechiffriert. Aus den Erfahrungen des Krieges ist zu lernen, daß die Diplomatie der Zukunft sich in wichtigen Fällen niemals mehr auf das Chiffregeheimnis wird verlassen dürfen, da gewandte Sachverständige selbst die kompliziertesten Verfahren zu ergründen vermögen, wenn sie eine genügende Zahl von Depeschen abfangen können. Obenein hatte unsere Absperrung in Washington zur Folge gehabt, daß die Chiffres nur selten gewechselt werden konnten. An Verrat seitens eines meiner Botschaftsbeamten habe ich damals nicht geglaubt und glaube ich auch heute nicht. Sie erwiesen sich in schweren Tagen als durchaus treu und tüchtig.

In Christiania mußten wir uns länger als beabsichtigt aufhalten, weil die Einfahrt durch den Sund nach Kopenhagen vollkommen vereist war. Schließlich wurde auch dieses Hindernis mit Hilfe von Eisbrechern überwunden, und gelangten wir nach eintägigem Aufenthalt in Kopenhagen über Warnemünde nach Berlin. In Christiania und Kopenhagen hatten wir bei den Gesandten Michahelles und Graf Brockdorff-Rantzau eine äußerst gastfreundliche und kollegiale Aufnahme gefunden. Wir konnten uns davon überzeugen, daß in Dänemark und Norwegen die Stimmung sich infolge des U-Bootkriegs ebenso scharf gegen uns gewandt hatte wie in Amerika. Indessen waren die Machtverhältnisse andere. Wenn sich unsere neutralen Nachbarn nicht vor der deutschen Macht gefürchtet hätten, würden sie damals dem Appell Herrn Wilsons gefolgt sein und die diplomatischen Beziehungen mit uns abgebrochen haben. Ich glaube, daß der Präsident auf

eine solche Wendung der Dinge hoffte, die ihm den Krieg ersparen sollte. Wenn alle Staaten der Welt gegen Deutschland und seine Verbündeten aufträten, würde — so nahm man in Washington an — der wirtschaftliche Druck genügen, um die Zentralmächte zur Nachgiebigkeit zu zwingen. Es wäre dies eine ähnliche Politik gewesen, wie sie der Völkerbund in kommenden Tagen gegen widerspenstige Mitglieder führen soll, und wie sie die Entente heute gegen das bolschewistische Rußland vorschlägt. Die Langsamkeit, mit welcher die Vereinigten Staaten damals in den Krieg eintraten, beruhte, meiner Ansicht nach, auch auf solchen Erwägungen. Man wollte abwarten, wie sich die Dinge weiterentwickelten. Inzwischen arbeitete die Kriegspropaganda in Amerika, dank der Mexiko-Depesche, mit großem Erfolge, und die Rüstungen gingen weiter, so daß, selbst wenn ein wirtschaftliches Eingreifen genügt hätte, um den Krieg zu beendigen, die Vereinigten Staaten die längst ersehnte Armee sowie die Kriegs- und Handelsflotte bekommen hätten, für welche der Kongreß in Friedenszeiten niemals die Mittel bewilligt haben würde.

Am ersten Abende nach unserer Ankunft in Berlin wurde ich von dem Reichskanzler empfangen, mit dem ich eine längere Unterredung hatte. Herr von Bethmann Hollweg sagte mir bei dieser Gelegenheit, er hätte nicht umhin gekonnt, seine Zustimmung zu dem U-Bootkrieg zu geben, weil das deutsche Volk es nicht verstanden haben würde, wenn er einen faulen Frieden geschlossen hätte, ohne den Versuch zu machen, durch die letzte und schärfste Waffe, zu der das Volk Vertrauen hatte, eine günstige Entscheidung herbeizuführen. Er würde auch nicht mit einem Vermittlungsangebot Herrn Wilsons vor den Reichstag haben treten können, weil eine solche Vermittlung bei der öffentlichen Meinung zu unpopulär gewesen und nur von den Sozialdemokraten angenommen worden wäre. Herr von Bethmann Hollweg gebrauchte die Wendung, daß der Reichstag ihn hinaus-

geworfen haben würde. Die Frage blieb aber damals unaufgeklärt, warum wenige Wochen vorher eine Vermittlung Herrn Wilsons erwünscht erschien, wenn es tatsächlich unmöglich war, zu einer solchen die Zustimmung des Reichstages zu erlangen. Indessen wurde seitdem eine völlige Klärung der damaligen politischen Situation herbeigeführt durch das Zeugnis Herrn von Bethmann Hollwegs vor dem Untersuchungsausschusse der Nationalversammlung, wo er über seine Unterredung mit mir folgendes aussagte:

„Was mein Gespräch mit dem Grafen Bernstorff, nachdem er zurückgekommen ist, anlangt, so möchte ich dazu folgendes bemerken: Was ich im einzelnen mit dem Grafen Bernstorff gesprochen habe, ist mir nicht mehr gegenwärtig. Herr Graf Bernstorff hat darüber Bekundungen gemacht, was ich ihm gesagt hätte, die unzweifelhaft richtig wiedergeben, was ich gesagt habe. Meine Aufgabe war es — das ist ein Gedanke, den ich heute früh auch schon gestreift habe —: Nachdem der uneingeschränkte U-Bootkrieg einmal beschlossen war, mußte ich allen gegenüber die Wirksamkeit des U-Bootkriegs nicht irgendwie in Zweifel ziehen, mußte auch hier sagen: wir werden damit etwas erreichen. Und darum habe ich in meinem Gespräch mit dem Grafen Bernstorff nicht die innersten Falten meines Herzens aufgedeckt — dazu lag auch gar keine Notwendigkeit vor —, sondern ich habe diejenigen Momente angegeben, welche für den U-Bootkrieg gesprochen haben."

Die Aufnahme, welche mir in Berlin zuteil wurde, ließ zunächst nichts zu wünschen übrig. Der Reichskanzler hatte mir bei unserer ersten Begegnung mit sehr freundlichen Worten für meine Arbeit in Washington gedankt und ließ mir wenige Tage darauf anbieten, in außerordentlicher Mission nach Stockholm zu gehen. Hierzu war ich im Prinzip bereit, weil die im Entstehen begriffene russische Revolution und die in Stockholm beabsichtigte internationale Sozialistenkonferenz neue Friedensmöglichkeiten und Aussicht auf nützliche Arbeit boten. Ich nahm nach meinen ersten Berliner

Beobachtungen an — was durch die Vernehmungen vor dem Untersuchungsausschusse bestätigt wurde —, daß der Reichskanzler zwar selbst lieber auf den U-Bootkrieg verzichtet und die amerikanische Friedensvermittlung angenommen hätte, aber von den übermächtigen Befürwortern des U-Bootkriegs zum Nachgeben gezwungen worden war. Nach der bald zu erwartenden Diskreditierung des U-Bootkriegs ließ sich also hoffen, daß Herr von Bethmann Hollweg die nächste Gelegenheit zu einem Frieden ergreifen würde. War doch, als er trotz des U-Bootkriegs im Amte blieb, sein Hauptmotiv gewesen, daß „nach seinem Abgange die ganze Macht, sowohl außerpolitisch als innerpolitisch, widerstandslos an die Maschinerie der Kriegsleidenschaft übergegangen wäre". Ich hielt jede Politik für richtig, welche auf einen baldigen Friedensschluß ausging, solange wir nur nicht durch erneute eigene Friedensangebote Schwäche dokumentierten. In dieser Richtung hatten wir schon einmal gefehlt. In Stockholm konnte sich aber Gelegenheit bieten, entweder die Russen oder die fremden Sozialisten für Friedensschritte zu gewinnen.

Als ich weder von der Stockholmer Mission noch von einer mir in Aussicht gestellten Audienz bei dem Kaiser wieder etwas hörte, erkundigte ich mich nach einiger Zeit nach der Sachlage und erfuhr, daß der Kaiser sich geweigert habe, meine Mission nach Stockholm zu genehmigen. Trotz einer zweiten Unterredung mit dem Reichskanzler habe ich niemals bestimmt erfahren, warum der Kaiser damals gegen mich aufgebracht war. Seitdem General Ludendorff vor dem Untersuchungsausschusse der Nationalversammlung ohne Grund und lediglich wegen meiner „Weltanschauung" seinen „temperamentvollen" Ausfall gegen mich gemacht hat, weiß ich ja genau, welcher Wind in dem Großen Hauptquartier wehte. Damals vermutete ich nur, daß dort solche Empfindungen gegen mich vorherrschten, als ich unter der Hand hörte, daß dem Monarchen meine „demokratischen Anschauungen" nicht sympathisch wären.

Die mir amtlich angegebenen Gründe für den Zorn des Kaisers waren zu kleinlicher Natur, um stichhaltig zu sein. Da ist zunächst der Depeschenkoffer des schwedischen Gesandten in Washington zu nennen. Herr Ekengren hatte in New York einen Koffer mit schwedischen Depeschen auf den Dampfer „Frederik VIII." verladen lassen zur Weiterbeförderung nach Stockholm. Dieser Koffer, von dessen Existenz wir Deutschen keine Kenntnis hatten, wurde von den britischen Behörden in Halifax beschlagnahmt und nach England gesandt. Londoner Zeitungen berichteten dann, es sei dort ein Koffer des Grafen Bernstorff mit Akten der deutschen Botschaft eröffnet worden. Obgleich der absichtliche oder unabsichtliche Irrtum sehr bald aufgeklärt wurde, hatte jemand dem Kaiser diesen Vorfall in einem schiefen Lichte dargestellt. Man ließ anscheinend dem Monarchen gegenüber den Verdacht durchblicken, daß die Eröffnung des Koffers das Geheimnis der Mexiko-Depesche verraten hätte.

Einen anderen Grund für die damalige Verstimmung hat der Kaiser mir selbst nachträglich in Konstantinopel mitgeteilt. Er sagte, ich hätte ihn „schrecklich hineingelegt" mit der Ernennung des Herrn Gerard zum amerikanischen Botschafter in Berlin. Einen solchen „Tammany Hall"-Mann hätte ich nicht empfehlen dürfen. Wenn er — der Kaiser — damals gewußt hätte, wer Gerard war und was „Tammany Hall" wäre, so würde er diesen Botschafter nicht akzeptiert haben. In Konstantinopel konnte ich dem Kaiser eingehend erwidern, da die Unterredung auf einer längeren Bosporusfahrt stattfand. Allerdings hatte ich Herrn Gerard seinerzeit empfohlen, aber erst, nachdem er schon durch Herrn Wilson zum Botschafter ausersehen war. Vor seiner Wahl war ich nicht gefragt worden. Wenn ich damals — im Jahre 1913 — geraten hätte, Herrn Gerard abzulehnen, würden dadurch, wie bei der Ernennung des Herrn Hill, nur unnötige Verstimmungen entstanden sein. Die Botschafter werden nun einmal in Amerika den politisch einflußreichen Kreisen der

siegreichen Partei entnommen, gleichgültig, ob dabei „Tammany Hall" oder eine andere Organisation in Betracht kommt.

Übrigens glaubte ich im Jahre 1913, daß Herr Gerard aus gesellschaftlichen Gründen in Berlin gern gesehen werden würde. Der Kaiser liebte es bekanntlich, fremde Botschafter zu haben, die gesellschaftlichen Aufwand trieben. Herr Gerard war der einzige unter den damaligen Kandidaten, der hierzu geeignet und in der Lage zu sein schien. Seine liebenswürdige, reiche Frau konnte ihm in dieser Beziehung sehr viel helfen. Vor dem Kriege hatte ein amerikanischer Botschafter in Berlin eigentlich niemals politische Geschäfte zu erledigen, weil die Regierung der Vereinigten Staaten traditionell alle Verhandlungen so gut wie ausschließlich mit den fremden Botschaftern in Washington führt. Es war also im Jahre 1913 für mich gar kein Grund vorhanden, in Berlin die Ablehnung Herrn Gerards zu befürworten. Leider hat er gerade auf gesellschaftlichem Gebiete schon vor dem Kriege in Berlin Enttäuschungen erlebt, die unserseits hätten vermieden werden können und Herrn Gerard vielleicht in seiner Haltung beeinflußt haben. Jedenfalls gefiel Berlin dem Botschafter nicht, woraus er allzuwenig Hehl zu machen pflegte. Herr Gerard war nicht der Mann dazu, um gegen den allgemeinen antideutschen Strom zu schwimmen, nachdem es einmal in Amerika zum guten Tone gehörte, „proalliiert" zu sein. Ob aber ein anderer Botschafter der Vereinigten Staaten uns gegenüber weniger feindselig aufgetreten wäre, kann füglich immer noch bezweifelt werden. Ich erwähnte schon das Adlon-Diner als Beweis dafür, daß Herr Gerard auch „anders konnte".

Wie dem auch sei, die angegebenen Gründe schienen mir nicht genügend erheblich, um bona fide die im Großen Hauptquartier mir gegenüber eingenommene Haltung zu rechtfertigen. Ich sage ausdrücklich „im Großen Hauptquartier," denn der Kaiser war offensichtlich nur durch die im Wilhelminischen Zeitalter üblichen Einflüsterungen gegen mich

eingenommen worden. Ich hatte immerhin die wichtigsten diplomatischen Verhandlungen des Krieges geführt, und der Monarch mußte an und für sich den Wunsch haben, hierüber den Vortrag des Nächstbeteiligten zu hören. Auch wußte der Kaiser ebensogut wie ich, daß ich in Washington diejenige Politik geführt hatte, welche er und der Kanzler eigentlich wünschten. Andernfalls wäre das früher erwähnte, mir seinerzeit übersandte kaiserliche Memorandum über den U-Bootkrieg nicht zu erklären. Diese Politik hatte sich indessen gegen das Übergewicht der militärischen Stellen, welche den U-Bootkrieg forderten, nicht durchsetzen können. Jetzt habe ich natürlich keinen Zweifel mehr, daß dem Kaiser ungefähr das suggeriert worden ist, was General Ludendorff vor dem Untersuchungsausschusse als seine subjektiven Anschauungen ohne Beweis gegen mich vorgebracht hat. Kurz gesagt: man wollte mich zum Sündenbock für den Kriegseintritt der Vereinigten Staaten machen, trotzdem alle meine Voraussagungen über die amerikanische Politik sich als richtig und die meiner Gegner sich als falsch erwiesen hatten. Bei diesem Bemühen ließ sich aus meinen Friedensbestrebungen und meinen bekannten demokratischen Anschauungen eine Giftmischung brauen, welcher der Kaiser nicht zu widerstehen vermochte.

Der bedauernswerte Monarch hat leider niemals begriffen, daß die „Demokraten" seine besten Freunde waren. Die Kaisergewalt ließ sich auf die Dauer nur erhalten, wenn sie in einer starken Demokratie zugleich ihre Stütze und ihr Gegengewicht fand. Wie Friedrich Wilhelm IV. konnte auch Wilhelm II. sich nicht in den Wandel der Zeiten finden. Die einseitige Zusammensetzung seiner Umgebung, die sich immer wieder aus Gleichgesinnten rekrutierte, trug hieran allerdings wohl die Hauptschuld.

Trotzdem der Reichskanzler mir gesagt hatte, daß er die kaiserliche Verstimmung gegen mich beseitigen wollte, bin ich erst nach fast zwei Monaten im Großen Hauptquartier empfangen worden, und auch dann nur, weil im Reichstage

eine diesbezügliche Anfrage gestellt worden war. Als ich Anfang Mai den Kaiser in Kreuznach sah, hatte die amerikanische Frage nur noch für den Historiker Interesse und nicht mehr für den Politiker. Dementsprechend ergab meine Unterredung mit dem Monarchen, die sich spazierengehend abspielte, keine bemerkenswerten Momente. Der Kaiser wich mit seinem üblichen Geschick allem tieferen Eingehen auf die politischen Probleme aus und war im übrigen mir gegenüber ebenso liebenswürdig wie in früheren Zeiten.

Ich hatte die Reise nach Kreuznach gemeinsam mit meinem verstorbenen Freunde Ballin zurückgelegt, den ich seitdem niemals wiedersah. Während ich zur kaiserlichen Frühstückstafel eingeladen war, sollte Herr Ballin erst an der Abendtafel teilnehmen.

Unter den mannigfachen Vorwürfen, die in meiner Washingtoner Zeit gegen mich erhoben worden sind, figurierte auch die Behauptung, daß ich vorwiegend ein Agent Ballins gewesen sei. Ich bin immer im Einvernehmen mit Herrn Ballin sehr energisch für die Interessen der deutschen Schiffahrtsgesellschaften eingetreten, aber selbst meine schärfsten Gegner können ihre Behauptung doch nur für die Zeit vor dem Kriege aufstellen wollen, denn während des Krieges hatte Herr Ballin weder in Amerika noch zu Hause Einfluß. Namentlich wurde er von dem Kaiser ferngehalten, weil er als „Interessent“ und „Schwarzseher“ galt. Damals sagte mir bei der kaiserlichen Frühstückstafel ein hoher Hofbeamter: wenn ich vor meiner Abreise von Kreuznach Ballin noch einmal sähe, sollte ich ihm ja sagen, daß er dem Monarchen gegenüber nicht so pessimistische Reden führen dürfe, wie er es sonst tue. Der Kaiser dürfe so etwas nicht hören, denn sonst verliere er die Nerven. Diese Äußerung liefert einen Beweis mehr für die bekannte Tatsache der Absperrung, in welcher der Kaiser gehalten wurde.

Nach der Frühstückstafel machte ich einen Besuch bei unseren beiden großen Heerführern, denen ich bei dieser Gelegenheit zum ersten Male begegnete.

„Der Not gehorchend nicht dem eigenen Triebe" muß ich hier leider auf persönliche Dinge eingehen, die ich sonst in diesem Buche geflissentlich vermieden habe. Ich kann aber nicht umhin, an dieser Stelle die völlig unmotivierten Angriffe zu erwähnen, die General Ludendorff vor dem Untersuchungsausschusse der Nationalversammlung gegen mich erhoben hat, um meine Aussagen über die damalige Unterredung mit ihm zu entkräften. Der General hatte allerdings in der Sitzung des Ausschusses die Selbstbeherrschung so sehr verloren, daß hierdurch vielleicht seine falsche Auslegung meiner Zeugenaussagen erklärlich wird.

Um zunächst von den Gründen meines Besuches bei dem General Ludendorff zu sprechen, so entwickelte sich bei meiner Vernehmung vor dem Ausschusse das folgende Zwiegespräch, welches ich nach dem stenographischen Berichte wiedergebe:

Abgeordneter Dr. Cohn: Ist nun die Besprechung mit dem Generalfeldmarschall Hindenburg und General Ludendorff auch von irgendeiner Seite, insbesondere von Ihnen oder von dem Herrn Reichskanzler oder vom Auswärtigen Amt, veranlaßt worden, oder ergab sie sich nur zufällig?

Zeuge Graf von Bernstorff: Sie ergab sich aus der Sachlage. Ich erhielt ein Telegramm, in welchem mir durch das Auswärtige Amt mitgeteilt wurde, daß ich mich am 4. Mai in Kreuznach beim Kaiser zu melden hätte. Bei der Frühstückstafel befanden sich auch der Feldmarschall und General Ludendorff, und ich habe mich nachher rein aus Höflichkeit verpflichtet gefühlt, den beiden Herren Besuche zu machen.

Abgeordneter Dr. Cohn: Gut! Ich verstehe Sie recht, Herr Graf, daß die Oberste Heeresleitung selbst nicht das Bedürfnis empfunden hat, den aus Amerika zurückkehrenden Botschafter zu sprechen.

Zeuge Graf von Bernstorff: Nein, eine Aufforderung dazu habe ich nicht erhalten.

Ich beharre noch heute bei diesen Aussagen, weil ich tatsächlich sieben Wochen lang keine Aufforderung zu einer

Besprechung mit General Ludendorff erhalten und ihn dann freiwillig besucht habe, als ich mich bei dem Kaiser meldete. Unter diesen Umständen war ich also völlig berechtigt, meinen Besuch als einen reinen Akt der Höflichkeit zu bezeichnen. Ich hätte vielleicht unter Berücksichtigung der Verhältnisse sagen können: „der Überhöflichkeit".

General Ludendorffs Behauptung, ich hätte den Wunsch ausgesprochen, ihn zu sehen, will ich gar nicht bestreiten. Wenn ich diesen Wunsch nicht gehabt hätte, würde ich Kreuznach verlassen haben, ohne ihn zu besuchen. Da aber General Ludendorff bei seiner Aussage vor dem Ausschusse deutlich zu erkennen gegeben hat, daß ihm wegen unserer verschiedenen Weltanschauungen jede Berührung mit mir unangenehm ist, will ich hier gleich betonen, daß mein Wunsch aus rein sachlichen Motiven entsprang. In der Politik habe ich jederzeit alle persönlichen Empfindungen außer acht gelassen und nur an die Sache und das Interesse des Vaterlandes gedacht. Als ich in Berlin wochenlang auf die Berufung zu dem Kaiser wartete, ist mir von verschiedenen Persönlichkeiten nahegelegt worden, eine Begegnung mit General Ludendorff zu suchen, um ihn über amerikanische Dinge aufzuklären, da er auf diesem Gebiete sehr falsch informiert sei. Letzteres ist allerdings durch General Ludendorffs Aussagen vor dem Ausschusse bestätigt worden. Die betreffenden Herren bemühten sich auch selbst, die Begegnung herbeizuführen. Diese Bemühungen verliefen aber ohne Resultat und sind deshalb als belanglos von mir bei meiner Vernehmung nicht erwähnt worden. Ich habe mich in allen meinen Zeugenaussagen jeder persönlichen und subjektiven Zuspitzung enthalten.

General Ludendorff hat ferner behauptet, ich habe seine Ehre angetastet, indem ich gesagt hätte, der General wollte — generell gesprochen — keinen Frieden schließen. Eine so unsinnige Behauptung habe ich natürlich nicht aufgestellt. Sofort nach meinem damaligen Besuche bei dem General Ludendorff machte ich mir Notizen über den wesentlichen

Inhalt des Gesprächs, weil ich vermutete — was mir jetzt durch seine Aussagen zur Gewißheit geworden ist —, daß der General die Schuld für den Krieg mit Amerika auf mich abwälzen wollte. Jeder unbefangene Leser der unten wiedergegebenen Notizen wird zugeben müssen, daß sie nichts anderes enthalten wie Angaben, die durch alle Zeugenaussagen vor dem Ausschusse der Nationalversammlung bestätigt worden sind, nämlich:

1. Daß ich die Friedensvermittlung Herrn Wilsons annehmen wollte.

2. Daß die Reichsregierung beziehungsweise die Oberste Heeresleitung, oder wer immer die letzte Entscheidung getroffen hat, die Wilsonsche Friedensvermittlung nicht annehmen wollte, um statt dessen den uneingeschränkten U-Bootkrieg zu erklären.

3. Daß die Marinebehörden sich stark gemacht hatten, in fünf Monaten — vom 1. Februar ab — eine Friedensgeneigtheit Englands herbeizuführen.

Meine Notizen über das Gespräch mit General Ludendorff lauteten wie folgt:

General Ludendorff empfing mich mit den Worten:

„Sie wollten in Amerika Frieden machen. Sie dachten wohl, wir seien am Ende."

Ich erwiderte: „Das nicht, aber ich wollte Frieden machen, bevor wir am Ende wären."

Darauf sagte der General: „Wir wollten aber nicht. Übrigens wäre es verständlich, wenn Sie geglaubt hätten, wir seien am Ende. Ihre Instruktionen, die ich dann und wann gelesen habe, ließen darauf schließen."

Im weiteren Verlaufe des Gesprächs fragte mich General Ludendorff, ob und wann, nach meiner Ansicht, die Amerikaner mit großer Macht in den Krieg eingreifen würden.

Ich erwiderte, nach einem Jahre sei in Frankreich eine große amerikanische Armée zu erwarten, die sich verhältnismäßig leicht organisieren lassen werde.

Der General entgegnete hierauf, daß wir dann reichlich Zeit hätten, den Krieg vorher zu beendigen, denn in drei Monaten würden die U-Boote England zum Frieden zwingen. Er habe ganz sichere diesbezügliche Informationen erhalten. Als ich Abschied nahm, wiederholte General Ludendorff diese Behauptung mit größter Bestimmtheit.

Bei ganz gleichem Sinne weicht der Wortlaut meiner Aussage vor dem Untersuchungsausschusse von den oben wiedergegebenen Notizen etwas ab, was sich dadurch erklärt, daß ich vollkommen frei sprach und meine Aussage daher mit den Worten einleitete: „Soviel ich mich entsinne, und soweit ich unter meinem Eide aussagen kann, hat sich die Konversation ungefähr so abgespielt usw."

Auf die von General Ludendorff in seiner Aussage vorgebrachten subjektiven Anschauungen bin ich vor dem Ausschusse nicht eingegangen, weil ich der Ansicht bin, daß der Ausschuß lediglich die Aufgabe hat, ohne Rücksicht auf persönliche oder Parteianschauungen die objektive Wahrheit durch Ermittlung von Tatsachen festzustellen. Dem Ausschusse steht es frei, an mich jede beliebige Frage über meine Tätigkeit in Washington zu richten, und ich werde freimütig antworten, aber einen Zank zwischen den Zeugen über ihre subjektiven Anschauungen hinsichtlich der persönlichen Schuld an unserer Niederlage hielt ich für ein unwürdiges Schauspiel, an welchem ich bestimmt ablehnte, mich zu beteiligen. Ich überlasse es gern dem Leser dieses Buches, sich selbst ein Bild von meiner Arbeit in Amerika zu machen.

Im Mai 1917 verließ ich das Hauptquartier mit der Überzeugung, daß für mich in der deutschen Diplomatie augenblicklich kein Platz sei, da die einzige Politik, die ich für richtig hielt, keinerlei Aussicht auf Verwirklichung hatte. Nach meiner Rückkehr aus Amerika war ich zur Disposition gestellt worden. Ich konnte daher ungestört nach Hause reisen, wenn ich mich auch ungern in der Zeit der schweren Bedrängnis des Vaterlandes einem beschaulichen Nichtstun

hingab. Während meiner Ruhezeit erfolgten Reichstagsresolution und Kanzlerwechsel.

Als Herr von Kühlmann, mit dem ich befreundet bin, das Auswärtige Amt übernommen hatte, rief er mich telegraphisch nach Berlin und sagte mir, der Reichskanzler Michaelis werde mir den Botschafterposten in Konstantinopel anbieten. Ich hatte vor Jahren mit Herrn von Kühlmann gemeinschaftlich und sehr harmonisch in London gearbeitet und war seitdem immer mit ihm in Berührung geblieben. Da er mir bestimmt erklärte, daß er das Auswärtige Amt übernommen habe, um Frieden zu schließen, hatte ich keine Bedenken, wieder in die Diplomatie einzutreten. Ich verhehlte jedoch Herrn von Kühlmann nicht, daß ich seitens des Hauptquartiers starken Widerstand gegen meine Wiederverwendung im Auslandsdienste erwartete. Der Staatssekretär meinte, wir könnten diese Seite der Frage getrost dem Reichskanzler überlassen, der sich gegenwärtig in seinen Flitterwochen befinde und daher in der Lage sei, viel durchzusetzen. Meine Unterredung mit Herrn Michaelis bestärkte mich in meiner Bereitwilligkeit, die Mission nach Konstantinopel zu übernehmen. Der Reichskanzler sagte, er biete mir einen sehr schweren und unangenehmen Posten an, denn ich werde den Türken Konzessionen abringen müssen, damit ein Friede zustande käme. Diese Auffassung der Lage entsprach vollkommen der meinigen. Wider mein Erwarten erfolgte die kaiserliche Zustimmung zu meiner Ernennung, doch machte der Monarch auch bei diesem Anlasse Bemerkungen über meine demokratischen Anschauungen, ohne indessen seine Unterschrift unter mein Beglaubigungsschreiben zu verweigern.

Im September reiste ich nach Konstantinopel ab, wo ich vor dreißig Jahren meine diplomatische Laufbahn begonnen hatte und sie nun beendigen sollte.


U
Ullstein & Co
Berlin